



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2024

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei



Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:

Teil I: Regierungsrat

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei (vorliegend)

Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer Form auf folgender
Internetseite abrufbar:

zh.ch/gb

Inhaltsverzeichnis

01 Staatskanzlei	1
Überblick	2
Legislaturziele	2
Finanzierung	3
Personal- und Lohnstatistik	3
Parlamentarische Vorstösse	4
Leistungsgruppen	5
02 Direktion der Justiz und des Innern	9
Überblick	10
Legislaturziele	11
Finanzierung	14
Personal- und Lohnstatistik	14
Parlamentarische Vorstösse	15
Leistungsgruppen	17
03 Sicherheitsdirektion	65
Überblick	66
Legislaturziele	66
Finanzierung	67
Personal- und Lohnstatistik	68
Parlamentarische Vorstösse	68
Leistungsgruppen	69
04 Finanzdirektion	91
Überblick	92
Legislaturziele	94
Finanzierung	95
Personal- und Lohnstatistik	97
Parlamentarische Vorstösse	97
Leistungsgruppen	99
05 Volkswirtschaftsdirektion	127
Überblick	128
Legislaturziele	130
Finanzierung	131
Personal- und Lohnstatistik	131
Parlamentarische Vorstösse	132
Leistungsgruppen	134
06 Gesundheitsdirektion	151
Überblick	152
Legislaturziele	153
Finanzierung	154
Personal- und Lohnstatistik	154
Parlamentarische Vorstösse	155
Leistungsgruppen	157
07 Bildungsdirektion	177
Überblick	178
Legislaturziele	179
Finanzierung	181
Personal- und Lohnstatistik	182
Parlamentarische Vorstösse	183
Leistungsgruppen	185
08 Baudirektion	221
Überblick	222
Legislaturziele	223
Finanzierung	228
Personal- und Lohnstatistik	229
Parlamentarische Vorstösse	229
Leistungsgruppen	232

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

275

Abrechnung Budgetkredite

275

Rücklagen und Gewinnverwendung

281

Anhang

283

Behörden

285

Rechtspflege

290

Zu konsolidierende Organisationen

310

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

342

Kreditübertragungen

351

Bewilligte Kreditüberschreitungen

361

Definitionen und Konventionen

364

01

Staatskanzlei

Überblick	2
Legislaturziele	2
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	2
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	2
Finanzierung	3
Übersicht	3
Personal- und Lohnstatistik	3
Beschäftigungsumfang	3
Lohnaufwand	3
Anstellungsverhältnisse	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	4
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	4
Leistungsgruppen	5
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	5

Überblick

Digitale Verwaltung

Zu Beginn des Berichtsjahres wurde der Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden AGOV als neues Behörden-Login für die digitale Steuererklärung lanciert. Der Kanton nahm dabei eine Pionierrolle ein. Das Zürikonto ist im April mit vier Leistungen live gegangen und bietet für die Bevölkerung und die Unternehmen einen zentralen Einstiegspunkt für die Nutzung digitaler Leistungen der Verwaltung. Im Juni wurden die Mitarbeitenden des Kantons auf dem neuen Mitarbeitendenportal ZHub begrüsst. Mit dem Projekt DigiBasis sollen weitere Rechtsgrundlagen im Bereich der digitalen Transformation geschaffen werden. Die Vorlage für ein Gesetz über elektronische Basisdienste wurde Mitte September des Berichtsjahres zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 963/2024). Die Erneuerung der Strategie Digitale Verwaltung wurde im Berichtsjahr vorangetrieben. Die Strategie knüpft an die Erfolge der letzten Jahre an und adressiert die heute identifizierten Herausforderungen.

Verhältnis Schweiz-EU

Im Februar des Berichtsjahres verabschiedeten die Kantone ihre gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf des Verhandlungsmandates des Bundesrates zur Weiterentwicklung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Der Entwurf entspricht grundsätzlich den Erwartungen und Anliegen der Kantone, die Aufnahme von Verhandlungen wurde entsprechend begrüsst. In den im März lancierten Verhandlungen wurden die Kantone – und besonders auch der Kanton Zürich – in die Verhandlungen einbezogen: die Kantone nahmen an allen Modulen teil, die sich auf ihre Zuständigkeitsbereiche auswirken. Die Verhandlungen mit der EU konnten im Dezember des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Um für die anstehende Vernehmlassung, die auch die innerstaatliche Umsetzungs-gesetzgebung umfassen wird, optimal aufgestellt zu sein, wurde die zuständige interne Arbeitsgruppe unter der Leitung der Staatsschreiberin erneuert.

Integrales Risikomanagement

Das Integrale Risikomanagement erfasst und steuert Risiken, die eine ausserordentliche Lage auslösen können, sowie wei-

tere vom Regierungsrat als wesentlich erachtete Risiken. Im Zentrum stehen die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit und die Stärkung der Resilienz von Verwaltung und Behörden. Dies in Abgrenzung zum Risikomanagement Bevölkerungsschutz, das sich auf das Handeln gegen ausser zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen bezieht. Im Dezember hat der Regierungsrat erstmals vom Risikobericht des Integralen Risikomanagements und den darin festgestellten Toprisiken Kenntnis genommen. Dabei hat er die Ziele und Massnahmen sowie die entsprechenden Verantwortlichkeiten festgelegt. Der Risikobericht erscheint künftig jährlich.

Rekurse aus dem Covid-19-Härtefallprogramm

Im Rahmen des Härtefallprogramms konnten von der Coronapandemie betroffene Unternehmen Gesuche um finanzielle Unterstützung in Form von nicht rückzahlbaren Beiträgen und von Darlehen einreichen. Gegen Verfügungen mit negativen Entscheiden konnte Rekurs beim Regierungsrat erhoben werden. Bis Ende des Berichtsjahres sind insgesamt 1559 Rekurse eingegangen, 21 davon im Berichtsjahr. 1536 Rekurse (98,6%) wurden bis Ende des Berichtsjahres erledigt, 22 (1,4%) waren noch pendent. Auch wenn weiterhin vereinzelt Rekurse im Zusammenhang mit diesem Programm eingehen werden, ist damit die überwiegende Mehrheit erledigt. Die Bewältigung dieser sehr grossen Anzahl an Rekursen bedingte die vorübergehende Vergrösserung der Rekursabteilung; diese konnte bis Ende des Berichtsjahres weitestgehend wieder abgebaut werden.

Verwaltung der Zukunft

Im Oktober führte die Staatskanzlei die Auftaktveranstaltung zur neu lancierten kantonsinternen Veranstaltungsreihe Verwaltung der Zukunft durch. Im Fokus standen Fragen wie: Welche Themen werden die Verwaltungen in den kommenden Dekaden beschäftigen? Was werden Gesellschaft und Staat von der Verwaltung erwarten? Kader- und Fachpersonen aus allen Direktionen und der Staatskanzlei setzten sich direktionsübergreifend in thematischen Diskussionsrunden mit zukünftigen Chancen und Herausforderungen auseinander.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

RRZ 1 Die Resilienz des Kantons weiter stärken.

RRZ 1a Das integrale Risikomanagement des Regierungsrates wirksam einführen und umsetzen.

LG bis

1000 2024

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

RRZ 10 In einem vielfältigen sich rasch verändernden Umfeld Agilität der Verwaltung und Vertrauen in den Staat stärken.

RRZ 10a Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.

RRZ 10b Die digitale Transformation vorantreiben, indem Vorhaben aus den strategischen Initiativen und den Direktionen gebündelt und effizient realisiert werden.

LG bis

1000 2027

1000 2027

Staatskanzlei

Legislaturziele, Finanzierung, Personal- und Lohnstatistik

RRZ 10c	Kantonales Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten.	1000	2025
RRZ 10d	Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalerfassung datenschutzkonform umsetzen.	1000	2027
RRZ 10e	Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.	1000	2027
RRZ 10f	Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern.	1000	2027
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
SK 10.1	Die Staatskanzlei gestaltet die digitale Transformation ganzheitlich und innovativ mit und koordiniert sie.		
SK 10.1a	Die Strategie Digitale Verwaltung erneuern und ihre Umsetzung vorantreiben	1000	2026
SK 10.2	Die Staatskanzlei erbringt konsequent hochwertige Leistungen in Regierungsgeschäften, Aussenbeziehungen und Verwaltungsführung und entwickelt diese weiter.		
SK 10.2a	Das Zürikonto mit ersten Leistungen in Betrieb nehmen	1000	2024
SK 10.2b	Die Publikationen der gesamtpolitischen Planung und Steuerung digital veröffentlichen und die Erstellungsprozesse weiterentwickeln	1000	2026
SK 10.2c	Mit egovpartner die erneuerte Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten gestalten und bedarfsgerechte Vorhaben realisieren	1000	2026
SK 10.2d	Die Unterstützung des Regierungsrates und der Direktionen in der Public Corporate-Governance gewährleisten	1000	2026
SK 10.3	Die Staatskanzlei leistet einen Beitrag zur Stärkung der Position des Kantons Zürich nach aussen, indem sie eine Gesamtsicht der Interessen schafft und in einem einheitlichen Auftritt vertritt.		
SK 10.3a	Den Regierungsrat bei der Entwicklung seiner Haltung zum Verhältnis Schweiz-EU unterstützen	1000	2025
SK 10.3b	Die Position des Kantons Zürich wird in der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) aktiv eingebracht.	1000	2025
SK 10.4	Die Staatskanzlei pflegt eine zukunftsorientierte Dienstleistungskultur und wird als verlässliche und professionelle Partnerin anerkannt.		
SK 10.4a	Gemeinsam ein Führungsverständnis und eine Zusammenbeitskultur pflegen, die eine ganzheitliche Perspektive in den Fokus stellen	1000	2026
SK 10.4b	Die Entwicklungsmöglichkeiten aller Mitarbeitenden aktiv fördern und die hierfür nötigen Rahmenbedingungen und Instrumente bereitstellen	1000	2025
SK 10.4c	Massnahmen zur Förderung der Resilienz der Organisation erarbeiten	1000	2024

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.3	3.6	0.0	0.0	3.6	3.0	-0.6	-16.8
Aufwand	-34.2	-33.7	0.0	0.0	-33.7	-33.2	0.4	1.2
Saldo	-29.8	-30.1	0.0	0.0	-30.1	-30.3	-0.2	-0.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	-0.7	-0.7		0.7	100.0
Saldo		0.0	0.0	-0.7	-0.7		0.7	100.0

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	89.4	89.6	88.7	-0.9	-1.0

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	14320	14086	14773	687	4.9
Total	14320	14086	14773		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2024)

		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
1000	Regierungsrat und Staatskanzlei	103	45	58	66	37
	Total	103	45	58	66	37

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
158/2021	Digitale Grundleistungen Kanton und Gemeinden (Motion Beatrix Frey, Meilen, Marc Bourgeois, Zürich, und Raffaella Fehr, Volketswil)	Vorlage 5985 vom 18.09.2024	17.09.2021
348/2021	Schaffung einer kantonalen E-ID für natürliche Personen (Motion Beatrix Frey, Meilen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 348a/2021 vom 10.01.2024	21.02.2022
323/2022	Qualitätsanforderungen beim Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung (Postulat Gabriel Mäder, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 323a/2021 vom 30.10.2024	28.11.2022

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
401/2019	Anstandsregel für scheidende Regierungsrätinnen und Regierungsräte (Motion Anne-Claude Hensch Frei und Selma L'Orange Seigo, Zürich)	27.03.2023
240/2021	Gesetzliche Grundlage zur Bestellung von Führungsorganen in selbstständigen Organisationen (Motion Esther Staub, Zürich, und Mitunterzeichnende)	27.03.2023
124/2021	Kundenfreundliche Einsicht in amtliche Publikationen (Motion Kommission für Planung und Bau)	27.03.2023
442/2022	Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Teilnahme der Bevölkerung an Wahlen und Abstimmungen	29.04.2024

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Aufgaben

- A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen: Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Verwaltungsführung und Repräsentation
- A2 Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen unterstützen
- A3 Den Regierungsrat bei der Information der Öffentlichkeit und Kommunikation unterstützen: Medienarbeit und Medienbeobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG
- A4 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken: Leitung direktionsübergreifender Gremien, Bewirtschaftung Intranet, Postdienst, Weibeldienst
- A5 Die Umsetzung der digitalen Verwaltung fördern und koordinieren

Bemerkungen

- A3 Auf dem kantonalen Webauftritt wurden erste Inhalte in Leichter Sprache publiziert.
- A4 Das Mitarbeitendenportal ZHub wurde in Betrieb genommen.
- A5 Die fünf strategischen Initiativen haben im Berichtsjahr erfolgreich fachliche Ergebnisse produziert sowie eine Reihe von Vorhaben erfolgreich abgeschlossen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse	A1	1486	1400	1339	-61	-4.4
L2	Erledigte Rekurse	A1	285	30	114	84	280.0
L3	Betreute Verfahren der gesamtpolitischen Steuerung und Berichterstattung	A1	4	4	4	0	0.0
L4	Entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat	A1	842	1300	856	-444	-34.2
L5	Dokumentationen an die Zürcher Mitglieder der Bundesversammlung über die Haltung des Kantons	A2	36	30	38	8	26.7
L6	Für den Regierungsrat organisierte Repräsentationsanlässe (ohne Grossanlässe)	A1	248	245	250	5	2.0
L7	Medienkonferenzen	A3	45	60	69	9	15.0
L8	Medienmitteilungen	A3	300	300	282	-18	-6.0
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls	A3	16756	16600	15884	-716	-4.3
L10	Geleitete direktionsübergreifende Koordinationsgremien	A4	17	17	17	0	0.0
L11	Vorhaben aus den strategischen Initiativen (Zielwert)	A5	15	10	18	8	80.0
L12	Auf ZHservices bereitgestellte Angebote (Zielwert)	A5	15	27	22	-5	-18.5
L13	Bearbeitete Postsendungen (intern/extern)	A4	3264668	3400000	3143328	-256672	-7.5
L18	Bearbeitete Gesuche um Herausgabe von Regierungsratsbeschlüssen	A3	93	80	71	-9	-11.3
L19	Betreute interkantonale und internationale Gremien	A2	18	15	20	5	33.3
L20	Von der Redaktionskommission behandelte Vorlagen	A1	24	25	32	7	28.0
W2	Auf ZHservices abgewickelte Transaktionen	A5	1330000	2500000	1387000	-1113000	-44.5
W3	Durchschnittliche Anzahl Besuche auf zh.ch pro Tag	A3	47000	60000	50000	-10000	-16.7

Bemerkungen

- L2 Im Rahmen des Covid-19-Härtefallprogramms gingen 2021–2024 insgesamt 1559 Rekurse ein, was in diesem Zeitraum auch die Zahl der erledigten Rekurse stark ansteigen liess. Nachdem nun 98,6% der Rekurse aus diesem Programm erledigt sind, dürfte 2025 der Zielwert nicht mehr derart deutlich überschritten werden.
- L4 Am 1. Oktober 2022 trat eine Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes in Kraft mit der Folge, dass dem Regierungsrat nicht mehr alle Entscheide des Verwaltungsgerichts zugestellt werden und die entgegengenommenen und weitergeleiteten Eingaben an den Regierungsrat rückläufig sind.
- L6 Gemäss Bericht des Regierungsrates zu den Erklärungen des Kantonsrates zum KEF 2024–2027 wird der Indikator L6 ab dem KEF 2025–2028 ersatzlos aufgehoben (RRB Nr. 333/2024).
- L11 Ab dem Berichtsjahr werden Vorhaben und Projekte zusammengezählt. Im Berichtsjahr wurden drei neue Projekte gestartet und eines abgeschlossen.
- L12 Gegenüber dem Vorjahr werden die Angebote auf ZHservices weiter ausgebaut. Die Schätzung für das Berichtsjahr war zu optimistisch.
- L19 Die Anzahl der betreuten interkantonalen und internationalen Gremien sind auf dem Niveau des Vorjahres. Zusätzlich werden ab dem Berichtsjahr zwei neue Gremien betreut: ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit und Digitale Verwaltung Schweiz (DVS); Arbeitsgruppe Architektur.
- W2 Die abgewickelten Transaktionen auf ZHservices konnten gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Prognose für das Berichtsjahr war zu optimistisch.
- W3 Die durchschnittliche Anzahl Besuche auf zh.ch sind auf dem Niveau des Vorjahres.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1a Das integrale Risikomanagement des Regierungsrates wirksam einführen und umsetzen.

Im Dezember hat der Regierungsrat erstmals vom Risikobericht des Integralen Risikomanagements und von den darin festgestellten Toprisiken Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat er die Ziele und Massnahmen der Risikoreduktion sowie die Verantwortlichkeiten dafür festgelegt. Damit ist die Initialisierung des Integralen Risikomanagements abgeschlossen und die Verantwortlichkeit geht von der Staatskanzlei an die Sicherheitsdirektion über.

Stand
Abgeschlossen
bis
2024

RRZ 10a Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.

Die föderalismuspolitischen Interessen des Kantons – insbesondere in den Bereichen Gouvernanz und Finanzierung – wurden in interkantonalen Konferenzen und Gremien verstärkt eingebracht. Vorarbeiten zu einer entsprechenden Sensibilisierung der Verwaltung sind angestossen.

Planmässig 2027

RRZ 10b Die digitale Transformation vorantreiben, indem Vorhaben aus den strategischen Initiativen und den Direktionen gebündelt und effizient realisiert werden.

Im Berichtsjahr wurden das Zürikonto und das neue Mitarbeitendenportal ZHub erfolgreich in Betrieb genommen. Dies gilt auch für wichtige Grundlagen wie das ArchitekturmanagementZH, das die Basis für eine geordnete prozessuale und technische Entwicklung darstellt, sowie für das kantonale Change Management, das zukünftig die Einführung notwendiger Instrumente und Neuerungen unterstützt. Der Regierungsrat hat im September die Vorlage 5985 für ein Gesetz über elektronische Basisdienste zuhanden des Kantonsrates verabschiedet sowie im Juni eine Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren erlassen, die mit dem revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetz am 1. Januar 2026 in Kraft treten wird. Die Erneuerung der Strategie Digitale Verwaltung konnte Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Die Gestaltung einer Umsetzungsorganisation, die übergreifende und direktionale Interessen ausbalanciert, ist angestossen.

Planmässig 2027

RRZ 10c Kantonales Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten.

Wichtige rechtliche Meilensteine zur Ermöglichung von durchgängig digitalen Verfahren und den rechtssicheren Einsatz von Basisdiensten konnten erreicht werden. So hat der Regierungsrat im Juni die Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren verabschiedet (RRB Nr. 727/2024) und im September dem Kantonsrat den Neuerlass eines Gesetzes über elektronische Basisdienste beantragt (Vorlage 5985).

Planmässig 2025

RRZ 10d Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalerfassung datenschutzkonform umsetzen.

Mit der kantonalen Datenplattform wurde im Berichtsjahr ein wichtiger Baustein für die spätere Nutzung von Daten als zentrale Ressource gelegt.

Planmässig 2027

RRZ 10e Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.

Im Berichtsjahr wurde das Kantonale Change Management (KCM) aufgebaut mit dem Ziel, Projekte der digitalen Transformation professionell zu begleiten und damit die Mitarbeitenden in der Veränderung mitzunehmen. Die Methodik ist mit der kantonalen Projektmanagementmethodik Hermes verbunden. Das KCM wird per Januar 2025 vom Personalamt betrieben. Die Anwendung erfolgt durch Vertreterinnen und Vertreter der Querschnittämter sowie der Direktionen und der Staatskanzlei.

Planmässig 2027

RRZ 10f Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern.

Mitte des Berichtsjahres wurde in der Staatskanzlei eine Anlaufstelle für Fragen rund um Künstliche Intelligenz aufgebaut. Diese koordiniert rechtliche, technische und organisatorische Fragen rund um den Einsatz Künstlicher Intelligenz mit den in einem Netzwerk zusammengeschlossenen Fachpersonen. Im Weiteren wurde ein Lernpfad zum Thema Künstliche Intelligenz entwickelt, der den Mitarbeitenden einen einfachen und professionellen Einstieg in das Thema ermöglicht.

Planmässig 2027

SK 10.1a Die Strategie Digitale Verwaltung erneuern und ihre Umsetzung vorantreiben

Die Erneuerung der Strategie wurde im Berichtsjahr vorangetrieben. Sie wurde vom Regierungsrat festgesetzt. Die Umsetzung wird mit den Direktionen und der Staatskanzlei konkretisiert.

Planmässig 2026

SK 10.2a Das Zürikonto mit ersten Leistungen in Betrieb nehmen

Seit dem 17. April des Berichtsjahres steht das Zürikonto mit den ersten vier Leistungen der Bevölkerung und Wirtschaft zur Verfügung. Eine fünfte Leistung ist im Laufe des Jahres dazugekommen, weitere sind in der Entwicklung oder Planung bereits weit fortgeschritten und werden 2025 freigeschaltet.

Abgeschlossen 2024

SK 10.2b Die Publikationen der gesamtpolitischen Planung und Steuerung digital veröffentlichen und die Erstellungsprozesse weiterentwickeln

Für die digitale Veröffentlichung des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF) sowie des Geschäftsberichts des Regierungsrates auf den Webseiten des Kantons wurde ein Konzept erarbeitet und die Umsetzung vorbereitet. Für den Ersatz der Tools zur Erstellung des KEF und des Geschäftsberichts wurde ein Projekt vorangetrieben.

Planmässig 2026

SK 10.2c Mit egovpartner die erneuerte Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten gestalten und bedarfsgerechte Vorhaben realisieren

Die externe Evaluation von egovpartner wurde abgeschlossen. Sie hat gezeigt, dass die Organisation angemessen und zweckmässig ist. Die Weiterentwicklung und ein Rechtsetzungsprojekt wird im ersten Quartal 2025 lanciert. Verschiedene Projektvorhaben mit dem Fokus auf die Realisierung von Synergien zwischen Gemeinden und Städten und durchgängig digitalisierte Prozesse zwischen Kanton und Gemeinden sowie Städten wurden umgesetzt. Zusätzlich konnte die strategische Stossrichtung für gemeinsame E-Services für Gemeinden und Städte festgelegt werden.

Planmässig 2026

SK 10.2d Die Unterstützung des Regierungsrates und der Direktionen in der Public Corporate-Governance gewährleisten

In Umsetzung von § 95 Abs. 3–6 des Kantonsratsgesetzes (KRG; LS 171.1) wurde im April der Bericht über die Strategie zu den bedeutenden Beteiligungen (Beteiligungsstrategie) zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Die Beteiligungsstrategie umfasst die Eigentümerstrategien sämtlicher bedeutenden Beteiligungen sowie eine Liste aller übrigen Eigentümerstrategien. Darüber hinaus hat die Staatskanzlei den Regierungsrat und die Direktionen bei zahlreichen Geschäften zu den Beteiligungen des Kantons unterstützt.

Planmässig 2026

SK 10.3a Den Regierungsrat bei der Entwicklung seiner Haltung zum Verhältnis Schweiz-EU unterstützen

Im Rahmen der Stellungnahme der Kantone zum Entwurf des Verhandlungsmandates des Bundesrates zur Weiterentwicklung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) brachte der Kanton seine europapolitische Haltung ein. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) begrüsst in ihrer Stellungnahme den Entwurf des Mandates und die Aufnahme von Verhandlungen. Die Kantone waren in den für sie relevanten Bereichen eng in die Verhandlungen eingebunden, der Kanton Zürich auch über seine politische Vertretung in der Europakommission der KdK. Der Abschluss der Verhandlungen im Dezember des Berichtsjahres stellt einen wichtigen Meilenstein dar. Für die 2025 anstehende Vernehmlassung des Verhandlungsergebnisses, der innenpolitischen Umsetzungsgesetzgebung und weiterer begleitender Massnahmen hat der Kanton die der Staatsschreiberin unterstehende verwaltungsinterne Arbeitsgruppe erneuert.

Planmässig 2025

SK 10.3b Die Position des Kantons Zürich wird in der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) aktiv eingebracht.

Die Staatsschreiberin und die Delegierten des Kantons vertreten in formalen Gremien und Mitwirkungsprozessen sowie in fachlichen Arbeitsgruppen die Haltung des Kantons in der Digitalen Verwaltung Schweiz.

Planmässig 2025

SK 10.4a Gemeinsam ein Führungsverständnis und eine Zusammenarbeitskultur pflegen, die eine ganzheitliche Perspektive in den Fokus stellen

Die fach- und direktionsübergreifende Zusammenarbeit hat einen hohen Stellenwert. Sie wird anlässlich von gemeinsamen Vorhaben, Entwicklungen und Veranstaltungen adressiert und soll weiter institutionalisiert werden.

Planmässig 2026

SK 10.4b Die Entwicklungsmöglichkeiten aller Mitarbeitenden aktiv fördern und die hierfür nötigen Rahmenbedingungen und Instrumente bereitstellen

Erste Vorbereitungsarbeiten wurden aufgenommen. Die Konzipierung zur Umsetzung von möglichen Massnahmen und Instrumenten erfolgt 2025.

Planmässig 2025

SK 10.4c Massnahmen zur Förderung der Resilienz der Organisation erarbeiten

Aufgrund anderer prioritärer Geschäfte des Risikomanagements reichte die Kapazität nicht aus, um die Massnahmen zur Förderung der Resilienz der Organisation plangemäss voranzutreiben.

Verzögert 2024

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
89.4	89.6	88.7	-0.9	-1.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.3	3.6	0.0	0.0	3.6	3.0	-0.6	-16.8
Aufwand	-34.2	-33.7	0.0	0.0	-33.7	-33.2	0.4	1.2
Saldo	-29.8	-30.1	0.0	0.0	-30.1	-30.3	-0.2	-0.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	-0.7	-0.7		0.7	100.0
Saldo		0.0	0.0	-0.7	-0.7		0.7	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.3	A1	- Weniger Abstimmungsvorlagen
-0.5	A1	- Höherer Personalaufwand aufgrund des Zusatzbedarfs an juristischem Personal zur Bewältigung der Rekurse im Rahmen des Covid-19-Härtefallprogramms
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.7	0.0	0.7	
- Erneuerung KEF- und GB-Tools	-0.2	0.0	0.2	- Die Projektrealisierung wird auf 2026 verschoben.
- Erneuerung ZHservices, RRB Nr. 237/2020	-0.5	0.0	0.5	- Keine Projektausgaben zulasten der Investitionsrechnung
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -263886	Verwendung 2024 43939	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -219947	Veränderung Bestand 43939

Bemerkungen

Die Rücklagen werden ausschliesslich für Personalanlässe verwendet.

02

Direktion der Justiz und des Innern

Überblick	10
Legislaturziele	11
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	11
Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)	12
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	12
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	13
Finanzierung	14
Übersicht	14
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	14
Personal- und Lohnstatistik	14
Beschäftigungsumfang	14
Lohnaufwand	14
Anstellungsverhältnisse	15
Parlamentarische Vorstösse	15
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	15
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	15
Leistungsgruppen	17
2201 Generalsekretariat	17
2204 Staatsanwaltschaft	22
2205 Jugendstrafrechtspflege	25
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	28
2207 Gemeindeamt	33
2216 Kantonaler Finanzausgleich	36
2217 Abwicklung Investitionsfonds	38
2221 Handelsregisteramt	39
2223 Statistisches Amt	41
2224 Staatsarchiv	44
2232 Kantonale Opferhilfestelle	48
2233 Fachstelle Gleichstellung	51
2234 Fachstelle Kultur	53
2241 Fachstelle Integration	56
2251 Bezirksräte	58
2261 Statthalterämter	60
2270 Religionsgemeinschaften	62
2934 Kulturfonds	63

Überblick

Überblick

Zu den Aufgaben der Direktion der Justiz und des Innern gehören die Strafverfolgung und der Vollzug von Strafen und Massnahmen sowie die Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Personen. Weitere Aufgaben sind die Opferhilfe, die Beziehungen zu den Gemeinden, Bezirken und Religionsgemeinschaften, das Archivwesen, die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung, die Kulturförderung und die Gleichstellung, das Handelsregisteramt und das Statistische Amt, das auch für Wahlen und Abstimmungen zuständig ist. Ein wichtiger Aspekt der Arbeit der Direktion ist die Stärkung der gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.

KMU konkret+: Präventionsangebot

Sexuelle und sexistische Belästigung am Arbeitsplatz ist eine Realität, vor der Unternehmen ihre Mitarbeitenden schützen müssen. Mit der Beteiligung an der Trägerschaft KMU konkret+ unterstützt der Kanton neu ein Präventionsangebot, das die Unternehmen für die Bedeutung präventiver Massnahmen gegen sexuelle Belästigung sensibilisiert. «KMU konkret+» ist spezifisch auf die Bedürfnisse von KMU zugeschnitten und steht allen KMU in der Deutschschweiz offen. Die Möglichkeit, ein auf den Betrieb zugeschnittenes Reglement zu erarbeiten, ergänzt die zielgruppenspezifischen Schuleinheiten für Kader und Mitarbeitende. Dank Finanzhilfen des Bundes nach Gleichstellungsgesetz ist das Angebot für die KMU vergleichsweise günstig.

Digitale Kultur (Förderung audiovisueller Formate)

Zürich ist nicht nur die Filmhauptstadt der Schweiz. Auch in den Bereichen New Media, Games und Medienkunst gibt es eine starke und dynamische Szene. Angemessene Förderinstrumente für die digitale Kultur gibt es bisher kaum. Der Regierungsrat nimmt darum eine Forderung des Kantonsrates auf und schlägt vor, neben Filmen in einem dreijährigen Pilotprojekt auch die Produktion neuer audiovisueller Formate und Darstellungsformen zu unterstützen (RRB Nr. 658/2024). Er sieht darin ein grosses Potenzial für den Kultur- und Innovationsstandort Zürich. Mittelfristig soll die Zürcher Filmstiftung die digitale Kultur in einem zweiten eigenständigen Geschäftsfeld fördern. Die Fachstelle Kultur wird für die Förderung der Medienkunst zuständig sein.

25 Jahre JuWe

Die Direktion der Justiz und des Innern ist 25 Jahre alt und damit feiert auch Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe) Jubiläum. Justizvollzug findet nicht nur hinter geschlossenen Mauern statt. Im Berichtsjahr organisierte die Direktion deshalb eine Veranstaltungsreihe mit dem Ziel, die unterschiedlichen Aspekte des Vollzugs und der Wiedereingliederung mitten in der Gesellschaft zu diskutieren. Teile davon waren ein Einblick in das moderne Vollzugszentrum Bachtel, das auf den offenen Vollzug von Freiheitsstrafen für Straffällige mit geringer Wiederholungs- und Fluchtgefahr sowie Ersatzfreiheitsstrafen spezialisiert ist. Interessierte hatten zudem die Gelegenheit die Halbgefangenschaft Winterthur zu erkunden oder die öffentliche Vorlesungsreihe Justizvollzug an der Universität Zürich zu besuchen. Abgerundet

wurde das Jubiläumsprogramm mit einer Reihe von Kinofilmen zum Thema Justizvollzug und der Aufführung des Theaterstücks Freigänger im Theater Rigiblick.

Modellversuch U-Haft

Die Reformvorhaben in der Untersuchungshaft machen Fortschritte. Der über mehrere Jahre laufende Modellversuch ist Teil der Bemühungen, Ressourcen der Inhaftierten zu erhalten und Haftschäden zu verhindern. Damit wollen die involvierten Kantone dem Umstand Rechnung tragen, dass für Personen in Untersuchungshaft die Unschuldsvermutung gilt. Diese litten in der Vergangenheit oft unter den strengen Haftbedingungen. Beim Eintritt in die Untersuchungshaft findet neu ein Lebensbereichsgespräch statt, um die verschiedenen Lebensbereiche, etwa die Wohn- oder die berufliche Situation, systematisch zu erfassen. Zusätzlich werden die Inhaftierten mit dem Programm «Prison Stress Management» (PRISMA) dazu befähigt, mit Stress und Problemen umzugehen. Sie erhalten Hilfe zur Selbsthilfe. Weiter umfasst der Modellversuch ein neu entwickeltes Ausbildungsprogramm für die Mitarbeitenden, die Förderung von Kontakten zwischen Inhaftierten und Bezugspersonen sowie ein verbessertes Übergangsmanagement in die Freiheit oder den Strafvollzug. Damit die Inhaftierten individuell die für sie passende Unterstützung erhalten, wird im Rahmen von einem verbesserten Case Management die Zusammenarbeit von Betreuungs-, Sozial- und Gesundheitsdienst intensiviert.

Einweihung Bezirksanlage Winterthur

Ins Berichtsjahr fällt der Abschluss der Modernisierung und Erweiterung der Bezirksanlage Winterthur. Die alte Anlage genügt den aktuellen Anforderungen und dem erhöhten Platzbedarf nicht mehr. Das vormalige Gefängnis wurde abgebrochen und durch eine neue, in den Neubau integrierte Einheit ersetzt. Das neue Gefängnis bietet mehr Platz für die Untersuchungshaft sowie die vorläufige Festnahme. Dadurch entstand ein regionales Zentrum für die Strafverfolgung. Jugend- und Staatsanwaltschaft sind nun im Westteil des bestehenden Baus sowie im Neubau organisiert, sodass Synergien genutzt werden können. Die Jugendanwaltschaft, die ab 2011 aus Platzgründen andernorts untergebracht war, ist dank der Erweiterung wieder in die Bezirksanlage integriert. Die Staatsanwaltschaft erhält zusätzliche Büroflächen am Standort Winterthur. Zudem werden Arbeitsplätze vom Flughafen nach Winterthur verlegt. Die räumliche Nähe der verschiedenen Partnerorganisationen der Strafverfolgung ermöglicht eine effiziente Fallbearbeitung. Die Bezirksanlage Winterthur ist für die Zukunft gerüstet.

Smart Prisons Zürich

Der Kanton modernisiert den Justizvollzug. Mit Blick auf eine möglichst reibungslose Wiedereingliederung bedeutet das unter anderem, dass Inhaftierte hinter den Gefängnismauern Fertigkeiten nicht verlieren dürfen, die sie für ein erfolgreiches Bestehen des Alltags in Freiheit brauchen. Inhaftierten Personen sollen in einem sicheren Rahmen digitale Angebote zur Verfügung gestellt werden. Im Projekt Smart Prisons Zürich (SMAZH) führen die Institutionen von Justizvollzug und Wiedereingliederung eine Softwareplattform für interne

Abläufe sowie sichere digitale Endgeräte für die Inhaftierten ein. Die Softwareplattform als Teil der Gesamtlösung wurde öffentlich ausgeschrieben. Das Projekt leistet im Rahmen der kantonalen Digitalisierungsstrategie einen wichtigen Beitrag zur digitalen, medienbruchfreien Verwaltung. Gemäss Art. 75 des Strafgesetzbuches soll das Leben innerhalb eines Gefängnisses möglichst so gestaltet sein, wie das Leben in Freiheit (Normalisierungsprinzip). Daraus folgt, dass der Umgang mit digitalen Arbeitsinstrumenten auch innerhalb der Institutionen zum Alltag gehören muss. Je besser die Inhaftierten im Gefängnis auf ein deliktfreies Leben in Freiheit vorbereitet werden, umso eher gelingt die Wiedereingliederung. Das gilt auch im digitalen Bereich.

Zukunft Oper

Das Opernhaus leidet unter einem erheblichen Platzmangel, der für viele Mitarbeitende zu kaum zumutbaren Arbeitsbedingungen führt. Der akute Platzmangel führt dazu, dass die geltenden gesetzlichen Richtlinien für Arbeitssicherheit und Standards der Arbeitsplatzgestaltung an vielen Stellen nicht eingehalten werden können. Es besteht ein zusätzlicher Raumbedarf von rund 60%. Das Problem der gegenwärtigen Platznot kann langfristig nur mit einem Um- oder Neubau des Erweiterungsbaus gelöst werden. Aus diesem Grund haben die Verantwortlichen einen breit angelegten Dialog über die Zukunft des Opernhauses lanciert. Dieser soll die Erwartungen der Bevölkerung sowie der politischen, kulturellen und touristischen Anspruchsgruppen aufzeigen und klären, welchen Beitrag das Opernhaus für die Gesellschaft in Zukunft leisten kann. Neben der kultur- und gesellschaftspolitischen Bedeutung wird auch diskutiert, wie der Standort am See

baulich weiterentwickelt werden könnte. Die Ergebnisse bilden dann die Grundlage für die langfristige Weiterentwicklung des Opernhauses und die Entscheidungsgrundlage für den notwendigen Um- oder Neubau. Auf diesen Um- oder Neubau, der nach heutiger Schätzung frühestens Mitte der 2030er-Jahre bezugsbereit sein wird, kann in der jetzigen Situation nicht gewartet werden. Deshalb ist zwischen Juli und November 2024 auf dem Dach des Erweiterungsbaus eine eingeschossige, pavillonartige Holzkonstruktion entstanden. Dieser temporäre Überbrückungsbau stellt dem Opernhaus kurzfristig etwa 330 m² zusätzliche Nutzfläche bereit. Die Holzkonstruktion fügt sich in die vorhandene Baustruktur ein und legt vor allem Wert auf Funktionalität, Flexibilität und Nachhaltigkeit: Auf dem Dach des Neubaus wurde eine Photovoltaikanlage installiert und der gesamte Überbrückungsbau kann später an anderer Stelle wiedererrichtet werden.

Kompetenzzentrum Business Support & Compliance

Im Zug der Reorganisation des Generalsekretariats entstand die neue Abteilung Business Support & Compliance unter der Leitung der stellvertretenden Generalsekretärin als neues Kompetenzzentrum der Direktion für alle Fragen in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit, Beschaffungswesen, Vertragswesen und Finanzrecht. Die Abteilung soll den Datenschutz und die Informationssicherheit dauerhaft sicherzustellen. Das Kompetenzzentrum bietet den Organisationseinheiten innerhalb der Direktion Dienstleistungen an (Business Support, Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip) und ist überdies zuständig für die Unterstützung der Organisationseinheiten bei der Sicherstellung des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 1 Die Resilienz des Kantons weiter stärken.

RRZ 1b	Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken.	2204	2027
RRZ 1c	Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen.	2204	2027
RRZ 1d	Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.	2204 2223 2232	2027 2027 2027
RRZ 1e	Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern.	2204	2027
RRZ 1f	Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren.	2204	2027
RRZ 1g	Durch stärker individualisierten Vollzug mehr Sicherheit schaffen und die nachhaltige Wiedereingliederung fördern.	2206	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

JI 1.1 Die Rechtssicherheit des Wirtschaftsstandorts Zürich wird gestärkt.

JI 1.1a	Konsequente Verfolgung der Straftaten mit den dafür notwendigen Ressourcen gewährleisten (Umsetzung Entwicklungsplan)	2204	2026
JI 1.2	Die Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung werden umgesetzt.		
JI 1.2a	Erarbeitung einer umfassenden Opferhilfestrategie	2232	2027

Direktion der Justiz und des Innern

Legislaturziele

JI 1.3	Das Risikomanagement im Straf- und Justizvollzug wird ausgebaut.		
JI 1.3a	Das Integrale Risikomanagement des Regierungsrates im Bereich Jugendstrafrechtspflege umsetzen	2205	2027
JI 1.4	Die Wiedereingliederung als Kernauftrag des Justizvollzugs wird ausgebaut.		
JI 1.4a	Psychisch kranke Personen im Justizvollzug werden angemessen behandelt und betreut (Etablierung psychiatrische Betreuungsangebote in den Institutionen des Justizvollzugs, Durchführung von Therapien im intra- bzw. extramuralen Setting. Weiterentwicklung von Fachstrategien zur Sicherung der intra- und extramuralen psychotherapeutischen Versorgung von Klientinnen und Klienten des Justizvollzugs).	2206	2027
JI 1.4b	Die nachhaltige Wiedereingliederung wird als durchgehender Prozess verstanden, die Prozessperspektive gefördert und ein Fokus auf das Übergangsmanagement gelegt (Gewährleistung eines bedarfsgerechten, an den Ressourcen und den Risiken orientierten Justizvollzugs).	2206	2027
JI 1.4c	Der Vollzug für ausländische inhaftierte Personen ohne Bleiberecht ist weiterentwickelt. Die Rückkehrorientierung der ausländischen inhaftierten Personen ohne Bleiberecht wird gefördert. Das Haft- und Vollzugsangebot für diese Personengruppe wird weiterentwickelt.	2206	2027
JI 1.5	Der Schutz der Frauen sowie von verletzlichen Gruppen (insbesondere LGBT) vor Gewalt wird gestärkt.		
JI 1.5a	Zur Prävention gegen Zwangsheirat den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Fachstellen und Ämtern der Gemeinden, des Kantons und des Bundes fördern sowie die Gesellschaft sensibilisieren	2207	2027
JI 1.6	Die justiziellen Verfahrensschritte in der JI werden kindsgerecht vorgenommen.		
JI 1.6a	Umsetzung von Massnahmen aus dem Projekt «Child Friendly Justice» im Bereich der JI	2201	2027

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

RRZ 3	Die gesellschaftliche Beteiligung fördern, indem nichtstaatliches Engagement in Kultur, Sport, Religionsgemeinschaften und weiteren gesellschaftlichen Organisationen passend unterstützt wird.	LG	bis
RRZ 3a	Die Kultur als Begegnungsort für alle stärken.	2234	2027
RRZ 3c	Gestützt auf das Anerkennungssystem die Finanzierung von Angeboten mit gesamtgesellschaftlichem Nutzen aller etablierten Religionsgemeinschaften sicherstellen.	2201	2027

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

RRZ 5	Der rasch zunehmenden Vielfalt der Gesellschaft gerecht werden.	LG	bis
RRZ 5a	Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.	2223	2027
		2224	2027
		2232	2027
		2233	2027
		2241	2027
RRZ 5b	Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.	2201	2027
		2223	2027
		2232	2027
		2233	2027
		2234	2027
		2241	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

JI 5.1	Organisatorische und spezifische gesetzliche Grundlagen entsprechen der gesellschaftlichen Vielfalt.	LG	bis
JI 5.1a	Erarbeitung einer Gleichstellungsstrategie	2233	2027
JI 5.1b	Umsetzung der Gemeinsamen Schwerpunkte 2023-2027 von JI und anerkannten Religionsgemeinschaften	2201	2027
JI 5.1c	Stärkung der Organisation und Struktur des Dachverbands der muslimischen Gemeinschaften im Kanton Zürich (VIOZ)	2201	2027
JI 5.1d	Durchführung eines Testbetriebs für muslimische Seelsorge im USZ, in der PUK und im KSW	2201	2025
JI 5.1e	Förderung und Sicherung der Gedächtnisinstitutionen und des kulturellen Erbes des Kantons Zürich (Revision Archivgesetz) (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2224, Staatsarchiv, umgesetzt.)	2201	2027

JI 5.1f	Errichtung einer interkantonalen Aufsichtsregion zur BVG-Stiftungsaufsicht und Anpassung des Gesetzes über die BVG- und Stiftungsaufsicht	2201	2026
JI 5.1g	Revision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2207, Gemeindeamt, umgesetzt.)	2201	2025

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10 In einem vielfältigen sich rasch verändernden Umfeld Agilität der Verwaltung und Vertrauen in den Staat stärken.

RRZ 10a	Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.	2201	2027
RRZ 10c	Kantonales Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten.	2201	2027
RRZ 10d	Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmal Erfassung datenschutzkonform umsetzen.	2201 2223	2027 2027
RRZ 10f	Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern.	2223	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

JI 10.1 Die kommunalen Strukturen sind eigenständige und eigenverantwortliche Träger des Service public.

JI 10.1a	Revision des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) sowie der Verordnung über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERV) mit dem Ziel, Einwohnerregister zu harmonisieren und die Datenqualität zu verbessern (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, umgesetzt.)	2207	2025
JI 10.1b	Aufbau und Abstimmung der Strategischen Initiative Recht und Daten in der JI (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2223, Statistisches Amt, umgesetzt.)	2201	2027

JI 10.2 Das Öffentlichkeitsprinzip und der Datenschutz werden in das digitale Zeitalter übergeführt.

JI 10.2a	Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP) mit dem Ziel, die Datensicherheit und den Datenschutz zu verbessern sowie die bestehenden Software-Module und die Benutzeroberfläche zu modernisieren (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, umgesetzt.)	2207	2026

JI 10.3 Kanton und Gemeinden sind in der Lage, elektronische Informationen langfristig zu archivieren.

JI 10.3a	Aufbau einer abgestuften Lösung für Kanton und Gemeinden zur elektronischen Archivierung (DigDataZH)	2224	2027

JI 10.4 Die Führungs- und Organisationskultur wird auf eine kollaborative Arbeitsweise ausgerichtet.

JI 10.4a	Erheben und Darstellen der Zusammenarbeit der Gemeinden (Beitrag des Gemeindeamtes zum Vorhaben «Gemeinden 2030»)	2207	2027

JI 10.5 Die Arbeitsabläufe und Prozesse sind weitgehend digitalisiert.

JI 10.5a	Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen	2224	2027

JI 10.6 Die Verständlichkeit im Schriftverkehr der JI wird verbessert.

JI 10.6a	Etablierung einer inklusiven, einfachen und verständlichen Sprache in Bild und Inhalt durch Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden	2201	2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1258.1	1299.2	0.0	0.0	1299.2	1344.1	44.9	3.5
Aufwand	-2348.9	-2423.2	0.0	-7.9	-2431.1	-2457.4	-26.3	-1.1
Saldo	-1 090.9	-1 124.0	0.0	-7.9	-1 131.9	-1 113.3	18.6	1.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-3.2	-7.7	0.0	-10.2	-17.8	-6.4	11.4	63.9
Saldo	-3.2	-7.7	0.0	-10.2	-17.8	-6.4	11.4	63.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
18.6		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
7.7	2201	- Geringerer Nettobedarf Generalsekretariat
7.2	2204	- Geringerer Nettobedarf Staatsanwaltschaft
6.3	2241	- Geringerer Nettobedarf Fachstelle Integration
4.5	2216	- Geringerer Nettobedarf Kantonalen Finanzausgleich
2.5	2205	- Geringerer Nettobedarf Jugendstrafrechtspflege
0.9	2221	- Geringerer Nettobedarf Handelsregisteramt
0.6	2223	- Geringerer Nettobedarf Statistisches Amt
0.5	2207	- Geringerer Nettobedarf Gemeindeamt
-0.9	2224	- Höherer Nettobedarf Staatsarchiv
-2.9	2232	- Höherer Nettobedarf Kantonale Opferhilfe
-7.8	2206	- Höherer Nettobedarf Justizvollzug und Wiedereingliederung
0.0		- Übrige Abweichungen

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2088.2	2329.4	2267.2	-62.1	-2.7

Δ abs.	LG	Begründungen
-62.1		Abweichungen total R24 zu B24
6.9	2204	- Doppelbesetzungen aufgrund länger dauernder Abwesenheiten
3.2	2224	- Ausbildungsstellen
-1.6	2221	- Aushilfsstellen zur Bewältigung des Geschäftseinganges
-1.7	2234	- Aushilfsstellen
-5.9	2201	- Vor allem Stellenübertrag an das Amt für Informatik
-6.2	2223	- Verzögerte Stellenbesetzungen und Ausbildungsstellen
-53.6	2206	- Verzögerte Stellenbesetzungen und Ausbildungsstellen
-3.2		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
2201 Generalsekretariat	12236	13285	13281	-4	-0.0
2204 Staatsanwaltschaft	54939	56294	57731	1437	2.6
2205 Jugendstrafrechtspflege	11174	11870	11796	-74	-0.6
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	120270	142480	138025	-4455	-3.1
2207 Gemeindeamt	7512	7622	7702	80	1.0
2216 Kantonalen Finanzausgleich	0	0	0	0	
2217 Abwicklung Investitionsfonds	0	0	0	0	
2221 Handelsregisteramt	6296	6562	6651	89	1.4
2223 Statistisches Amt	4610	5848	5298	-550	-9.4
2224 Staatsarchiv	6480	6066	6498	432	7.1
2232 Kantonale Opferhilfestelle	1055	1115	1192	77	6.9
2233 Fachstelle Gleichstellung	462	474	480	6	1.3
2234 Fachstelle Kultur	1831	1634	1829	195	11.9
2241 Fachstelle Integration	1606	1599	1625	26	1.6
2251 Bezirksräte	7251	7330	7212	-118	-1.6
2261 Statthalterämter	10109	10345	10338	-7	-0.1

Direktion der Justiz und des Innern
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

2270	Religionsgemeinschaften	0	0	0	0
2934	Kulturfonds	0	0	0	0
Total		245831	272524	269658	

Bemerkungen

Allg. Der Teuerungsausgleich 2024 wurde zentral bei der Finanzdirektion budgetiert, er beträgt rund 3.9 Mio. Franken (1.6% gemäss RRB Nr. 1123/2023).

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2024)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
2201 Generalsekretariat	111	52	59	68	43
2204 Staatsanwaltschaft	510	335	175	314	196
2205 Jugendstrafrechtspflege	114	88	26	57	57
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	1498	645	853	1047	451
2207 Gemeindeamt	74	54	20	40	34
2221 Handelsregisteramt	72	46	26	49	23
2223 Statistisches Amt	49	22	27	21	28
2224 Staatsarchiv	99	60	39	33	66
2232 Kantonale Opferhilfestelle	13	13	0	4	9
2233 Fachstelle Gleichstellung	4	3	1	0	4
2234 Fachstelle Kultur	12	11	1	5	7
2241 Fachstelle Integration	18	15	3	4	14
2251 Bezirksräte	104	76	28	17	87
2261 Statthalterämter	125	92	33	42	83
Total	2803	1512	1291	1701	1102

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
33/2019	Zusammenarbeit der Gemeinden im Gesundheitsbereich verbessern (Motion Ronald Alder, Ottenbach, Hans-Peter Brunner, Horgen, und Karin Fehr Thoma, Uster)	Vorlage 5997 vom 11.12.2024	28.03.2022
324/2019	Wohnsituation von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen in kantonalen Unterkünften und in Gemeinden (Postulat Jasmin Pokerschnig, Zürich, Cristina Cortellini, Dietlikon, und Mark Anthony Wisskirchen, Kloten)	Vorlage 324a/2019 vom 15.05.2024	30.05.2022
226/2019	Neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung (Postulat Claudia Hollenstein, Stäfa, und Cristina Cortellini, Dietlikon)	Vorlage 226a/2019 vom 10.04.2024	30.05.2022
116/2020	Kultur für alle statt für wenige (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Sarah Akanji, Winterthur)	Vorlage 116a/2020 vom 29.05.2024	12.09.2022
237/2022	Effizienzsteigerung an den Bezirksgerichten (Postulat Beat Habegger, Zürich, Alex Gantner, Maur, und Angie Romero, Zürich)	Vorlage 237a/2022 vom 11.09.2024	26.09.2022
364/2022	Optimierte Organisation der Friedensrichterkreise (Motion Michael Biber, Bachenbülach, Urs Glättli, Winterthur, und Thomas Marthaler, Zürich)	Vorlage 5938 vom 25.10.2023	28.11.2022
104/2024	Wahrung aller politischen Rechte ohne zwingende Veröffentlichung der Privatadresse (Postulat Chantal Galladé, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 104a/2024 vom 25.09.2024	26.08.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
155/2020	Illegale Auslandsadoptionen (Postulat Sybille Marti, Zürich, und Mitunterzeichnende)	12.09.2022
377/2020	Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation (Postulat Hannah Pfalzgraf, Mettmenstetten, und Mitunterzeichnende)	04.09.2023
233/2023	Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung eines Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer Beistandschaft (Behördeninitiative Gemeinderat Zürich)	18.09.2023
438/2020	Anpassung der Möglichkeit zur Bildung von finanzpolitischen Reserven im Gemeindegesetz (Postulat André Müller, Uitikon, und Fabian Müller, Rüschlikon)	30.10.2023
287/2023	Mehr Flexibilität für kirchliche Bauten (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	04.12.2023

Direktion der Justiz und des Innern
Parlamentarische Vorstösse

209/2023	Unvereinbarkeit (Motion Geschäftsleitung des Kantonsrates)	02.02.2024
92/2023	Kantonaler Massnahmenplan gegen Rassismus (Postulat Mandy Abou Shoak, Zürich, und Mitunterzeichnende)	15.04.2024
68/2024	Fehlende Angebote im Kanton Zürich im Bereich Jugendstrafrechtspflege (Postulat Tobias Mani, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	29.04.2024
273/2023	Psychiatrische Versorgung von Menschen im Strafvollzug (Postulat Jeannette Büsser, Horgen, und Mitunterzeichnende)	02.12.2024

2201 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat startete im Berichtsjahr das Reformprogramm Zukunft GS mit dem Ziel, die Herausforderungen der digitalen Transformation zu meistern und die neuen Aufgaben in den Bereichen Datenschutz und Compliance zu erfüllen. Im Zuge der Reorganisation schaffte das GS auf den 1. Juli die neue Abteilung Business Support & Compliance, ein Kompetenzzentrum für Datenschutz, Informationssicherheit, das Beschaffungs- und Vertragswesen sowie das Finanzrecht. Leiterin der Abteilung ist Susanna Stähelin, die stellvertretende Generalsekretärin. Sie und Andreas Müller haben per 1. Juli 2024 die Leitung des Rechtsdienstes an David Rechsteiner und Alexander Locher übergeben. Eine neue Leitung bekommt per 1. Januar 2025 auch die Abteilung Finanzen, Controlling und Logistik. Evren Türker löst

Daniel Wick ab, der in Pension geht. Die Abteilung heisst neu Planung und Ressourcen. Unter der Leitung der Abteilung Digital Solutions hat die gesamte Direktion die Einführung des neuen Digitalen Arbeitsplatzes abgeschlossen. Die grossen Digitalisierungsprojekte für die Ämter sind im Berichtsjahr gut fortgeschritten. Die Abteilung Human Resources hat intensiv daran gearbeitet, das interne Change Management für das Projekt Aurora aufzugleisen und die Einführung des Recruiting-Moduls zu begleiten. Die Abteilung Kommunikation hat das neue Mitarbeitendenportal ZHub in Betrieb genommen und zum 25-jährigen Bestehen der Direktion der Justiz und des Innern das Mitarbeitendenmagazin «Wendepunkte 3» produziert.

Aufgaben

- A1 Unterstützung der Vorsteherin und der nachgeordneten Verwaltungseinheiten. Politische Lagebeurteilung und Planung. Führung stabseigener Projekte
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Direktion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A3 Gesetzgebungsdienst der Verwaltung (GGD)
- A4 Informatikunterstützung für die Direktion

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Rekurserledigungen (inkl. Begnadigungen)	A2	177	170	173	3	1.8
L2	Betreute PC-Arbeitsplätze	A4	2560	0	0	0	
L3	RR-Anträge der Direktion	A1	220	220	243	23	10.5
L4	Pressekonferenzen und Medienveranstaltungen	A2	8	12	12	0	0.0
L5	Gesetzgebungsdienst, geprüfte Vorlagen	A3	60	60	83	23	38.3
L6	Betreute Fachapplikationen/Fachlösungen	A4	25	27	26	-1	-3.7
B4	Durchschnittliche Kosten pro betreute Fachapplikation/Fachlösung	A4	320885	427541	358797	-68744	-16.1
W5	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren, in % (Maximalwert)	A3	10	10	6.5	-3.5	

Bemerkungen

- L2 Mit dem Abschluss der Einführung des digitalen Arbeitsplatzes (DAP) ging Grundversorgung an das Amt für Informatik (AFI) über.
- L5 Beim Gesetzgebungsdienst wurden deutlich mehr Vorlagen geprüft als geplant.
- B4 Infolge tieferen Informatikaufwands ergibt sich ein tieferer Durchschnittswert.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3c Gestützt auf das Anerkennungssystem die Finanzierung von Angeboten mit gesamtgesellschaftlichem Nutzen aller etablierten Religionsgemeinschaften sicherstellen.

Für die Jahre 2026–2031 legten die beiden grossen anerkannten Kirchen (Evangelisch-reformierte Landeskirche und Römisch-katholische Körperschaft) in ihren Tätigkeitsprogrammen fest, dass sie für etablierte, nichtanerkannte Religionsgemeinschaften künftig pro Jahr je 1 Mio. Franken einsetzen wollen, sofern der Rahmenkredit des Kantons für diese Zeitspanne gleichbleiben wird (vgl. Vorlage 5976).

Stand	bis
Planmässig	2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Das Projekt zur Erarbeitung eines Aktionsplans unter der Leitung der Koordinationsstelle Teilhabe und in Zusammenarbeit mit den Fachstellen Gleichstellung und Integration sowie dem Generalsekretariat befindet sich in der Umsetzungsphase. In der Initialisierungsphase fand eine Bestandesaufnahme statt. Dazu wurden 20 Interviews mit Schlüsselpersonen innerhalb der Verwaltung geführt sowie eine Analyse der kantonalen Webseite in Bezug auf Diskriminierungsschutzangebote vorgenommen. Es wurde eine Projektstruktur aufgebaut, welche die Fachstellen Integration und Gleichstellung, die Koordinationsstelle Behindertenrechte sowie das Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern einbezieht. Aufgrund der Bestandesaufnahme wurde ein Durchführungsauftrag zur Erarbeitung des Massnahmenplans erstellt, der im Oktober freigegeben wurde. Zudem wurde eine Datenerhebung bei Interessenorganisationen der Zivilgesellschaft vorbereitet, die im ersten Quartal 2025 durchgeführt wird.

Planmässig	2027

RRZ 10a Bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Bund und den Gemeinden die Weiterentwicklung des Föderalismus mitgestalten.

Im Rahmen der Plattform «Gemeinden 2030» hat die Arbeitsgruppe Zusammenarbeit drei Modelle zur Stärkung der optimalen Aufgabenerfüllung auf kommunaler Ebene ausgearbeitet und im Gemeindeforum 2024 zur Diskussion gestellt (Kompetenzzentren, Verwaltungs- und Gemeindefusionen).

Planmässig	2027

RRZ 10c Kantonales Recht unterstützend für die digitale Transformation gestalten.

Der Entwurf für ein Gesetz über elektronische Basisdienste (GEB) durchlief im Berichtsjahr ein breit abgestütztes Vernehmlassungsverfahren. Nach der Verarbeitung der Vernehmlassungsantworten verabschiedete der Regierungsrat den Gesetzesentwurf samt Erläuterungsbericht zuhanden des Kantonsrates (Vorlage 5985). Im Rahmen der strategischen Initiative Recht konnte der proaktive Austausch zwischen den Direktionen und mit der Staatskanzlei zu rechtlichen Fragen der digitalen Transformation ausgebaut werden. Einen wesentlichen Beitrag leistet dabei der laufende Aufbau des «Legal Hub» als Kompetenzzentrum für rechtliche Querschnittfragen der digitalen Transformation.

Planmässig	2027

RRZ 10d Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalerfassung datenschutzkonform umsetzen.

Mit der Schaffung eines «Data Governance Frameworks» wird der organisatorische Rahmen für die effiziente Bewirtschaftung von Daten geschaffen und die Datengouvernanz (Steuerung, Unterstützung und Überwachung der Datenbewirtschaftung) definiert. Mit der kantonalen Datenplattform wird die dazu nötige Infrastruktur in enger Kooperation zwischen den strategischen Initiativen Daten und IKT-Infrastruktur aufgebaut. Im Berichtsjahr konnten diese Projekte erfolgreich initiiert und direktionsübergreifend abgestützt werden. Zur Adressierung der rechtlichen Fragen, insbesondere in Zusammenhang mit der datenschutzkonformen Umsetzung des Prinzips der Einmalerfassung (once only), wird die strategische Initiative Recht eng in diese Projekte einbezogen. Im Berichtsjahr konnten die hierfür nötigen Austausch- und Koordinationsmechanismen aufgebaut und etabliert werden.

Planmässig	2027

JI 1.6a Umsetzung von Massnahmen aus dem Projekt «Child Friendly Justice» im Bereich der JI

Es wurde untersucht, wie die Kinderrechte im Zuständigkeitsbereich der Direktion umgesetzt werden. Zur Stärkung der Kinderrechte wurden Massnahmenempfehlungen ausgearbeitet. Dabei werden folgende Ziele verfolgt: Die Fachpersonen, die in den Verfahren direkt mit den Kindern arbeiten, sind aufgrund ihrer Aus- und Weiterbildung für diese Aufgabe geeignet. Die Kinder und Jugendlichen kennen ihre Rechte und verstehen den Ablauf der Verfahrensschritte. Sie können partizipieren und werden respektvoll sowie fair behandelt. Die Kinder und Jugendlichen fühlen sich sicher, ernst genommen sowie verstanden. Die Fachleute stellen sicher, dass auch die Interessen derjenigen geschützt werden, die sich nicht äussern können.

Planmässig	2027

JI 5.1b Umsetzung der Gemeinsamen Schwerpunkte 2023–2027 von JI und anerkannten Religionsgemeinschaften

Für die drei gemeinsamen Schwerpunkte wurden drei Arbeitsgruppen mit Vertretungen der anerkannten Religionsgemeinschaften eingesetzt und die jeweiligen Aufträge festgelegt.

Planmässig	2027

JI 5.1c Stärkung der Organisation und Struktur des Dachverbands der muslimischen Gemeinschaften im Kanton Zürich (VIOZ)

Die VIOZ befindet sich in einem Organisationsentwicklungsprozess. Sie ist derzeit nicht in der Lage, alle Aufgaben als Dachverband wahrzunehmen, da die finanziellen und somit personellen Ressourcen nach wie vor sehr bzw. zu knapp sind.

Verzögert 2027

JI 5.1d Durchführung eines Testbetriebs für muslimische Seelsorge im USZ, in der PUK und im KSW

Der Testbetrieb konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die muslimische Seelsorge stellt nun ein konstantes Angebot in besagten Einrichtungen dar.

Abgeschlossen 2025

JI 5.1e Förderung und Sicherung der Gedächtnisinstitutionen und des kulturellen Erbes des Kantons Zürich (Revision Archivgesetz) (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2224, Staatsarchiv, umgesetzt.)

Der Projektauftrag für die Revision des Archivgesetzes wurde erteilt. Die Kick-off-Veranstaltung zum Projekt fand im Oktober des Berichtsjahres statt.

Planmässig 2027

JI 5.1f Errichtung einer interkantonalen Aufsichtsregion zur BVG-Stiftungsaufsicht und Anpassung des Gesetzes über die BVG- und Stiftungsaufsicht

Die Interkantonale Vereinbarung über eine gemeinsame BVG- und Stiftungsaufsicht wurde zwischen den neun Vereinbarungskantonen am 22. Mai des Berichtsjahres geschlossen. Es obliegt nun den jeweiligen Kantonsparlamenten, dieser Vereinbarung beizutreten. Das kantonalzürcherische Beitritts-gesetz befindet sich bei der zuständigen Sachkommission des Kantonsrates (STGK).

Planmässig 2026

JI 5.1g Revision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2207, Gemeindeamt, umgesetzt.)

Zum Entwurf der Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht wurde im Sommer des Berichtsjahres eine Vernehmlassung bei einem breiten Adressatenkreis durchgeführt. Anschliessend erfolgte die Auswertung der Rückmeldungen mit dem Ziel, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat im zweiten Quartal 2025 eine Vorlage zur Teilrevision überweisen kann.

Planmässig 2025

JI 10.6a Etablierung einer inklusiven, einfachen und verständlichen Sprache in Bild und Inhalt durch Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden

Die Abteilung Kommunikation führte regelmässig Workshops für Mitarbeitende verschiedener Einheiten der Direktion durch und sensibilisiert dabei rund um Fragen der Anwendung von Sprache. Dabei ermuntert sie die Teilnehmenden auch, die vom Statistischen Amt entwickelte Sprach-App einfachesprache.datazh.ch zu benutzen.

Planmässig 2027

JI 10.1b Aufbau und Abstimmung der Strategischen Initiative Recht und Daten in der JI (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2223, Statistisches Amt, umgesetzt.)

Die strategischen Initiativen (SI) dienen als Umsetzungsinstrument der Strategie Digitale Verwaltung dazu, die digitale Transformation ganzheitlich anzugehen und gemeinsam auszurichten. Die SI Recht wie auch die SI Daten wurden erfolgreich aufgebaut und innerhalb der SI (Leistungen, Daten, Recht, IKT-Infrastruktur, Organisation) wie auch in den Direktionen und der Staatskanzlei verankert. Dabei wurde im Berichtsjahr ein enger Austausch und eine laufende Abstimmung zwischen der SI Daten und der SI Recht etabliert, um bei datenzentrierten Projekten rechtliche Querschnittfragen, insbesondere datenschutz- und grundrechtlicher Natur, zu adressieren. Diese Abstimmung wird fortlaufend und projektspezifisch ausgebaut.

Planmässig 2027

2201 3a Übergangsfinanzierung Museen Kyburg und Rheinau

Der Regierungsrat beschloss am 12. Dezember 2023 über eine neue Ausgabe zur Finanzierung des Museums Kyburg (RRB Nr. 1462/2023).

Abgeschlossen 2025

2201 3b Durchführung der Studie «Wegsperrungen – so oder so?»

Der konkretisierte Auftrag an die Studienleitenden wurde erteilt. Die erste Zwischenberichterstattung erfolgt im Januar 2025.

Planmässig 2026

2201 5a Aufbau und Betrieb des Dialogs Geschäftsfeld Gesellschaft

Im Generalsekretariat wurden dem Fachbereich personelle Ressourcen zugeordnet, organisatorisch wurde er als Abteilung gefasst. Zudem wurde ein Organisationkonzept verabschiedet, das den Leistungskatalog festlegt sowie die Zusammenarbeit mit den Ämtern der Direktion und den anderen Fachbereichen regelt.

Planmässig 2024

2201 10a Aufbau und Betrieb des Fachbereichs Information und Datenschutz im Generalsekretariat

Im Generalsekretariat wurden dem Fachbereich personelle Ressourcen zugeordnet, organisatorisch wurde er als Abteilung gefasst. Zudem wurde ein Organisationkonzept verabschiedet, das den Leistungskatalog festlegt sowie die Zusammenarbeit mit den Ämtern der Direktion und den anderen Fachbereichen regelt.

Planmässig 2025

2201 10b Aufbau und Betrieb der Koordinationsstelle Beschaffungen, Ausgaben und Verträge

Das bereits bestehende Fachteam zum Beschaffungswesen wurde mit juristischen Mitarbeitenden verstärkt und dessen Auftrag auf die juristische Unterstützung aller Organisationseinheiten der Direktion bei der Zusammenarbeit mit Dritten ausgeweitet. Weiter im Aufbau befindet sich die zentrale Bündelung des Wissens zu den Themen Ausgaben und Verträge, das den Organisationseinheiten niederschwellig zur Verfügung gestellt werden soll.

Planmässig 2025

2201 10c Stärkung der Gemeinden (Weiterführung und Organisation Gemeinden 2030)

Die Plattform «Gemeinden 2030» ermöglicht Vertretenden von Gemeinden und Kanton aus Politik und Verwaltung einen Austausch über die Zukunft der Gemeinden. Für die Amtsdauer 2023–2027 wurde die Plattform mit drei Arbeitsgruppen thematisch erneuert und der «Klimadialog» integriert.

Planmässig 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	86.9	98.9	93.1	-5.9	-5.9

Bemerkungen R24 zu B24

- 7.0 Übertrag Informatikstellen an Amt für Informatik
- 1.9 Die Ausbildungsstellen werden in der Rechnung nicht ausgewiesen, sind aber im Budget jeweils enthalten.
- 0.5 Stellenübertragung von Gemeindeamt und Handelsregisteramt
- 1.0 Zusätzliche Stellen gemäss RRB Nr. 113/2024 (SMAZH)
- 2.0 Zusätzliche Stellen für Führungsunterstützung und Vertretung Mutterschaftsurlaub

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	23.7	21.6	0.0	0.0	21.6	22.2	0.7	3.0
Aufwand	-31.9	-42.4	0.0	-1.6	-44.0	-36.9	7.1	16.1
Saldo	-8.2	-20.8	0.0	-1.6	-22.4	-14.7	7.7	34.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-0.3	-4.2	0.0	-1.3	-5.5	-0.9	4.6	84.2
Saldo	-0.3	-4.2	0.0	-1.3	-5.5	-0.9	4.6	84.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
7.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
5.3	A4	- Minderaufwand im Informatikbereich, zeitliche Verzögerungen
1.5	A2	- Minderaufwand Mobiliar Bezirksanlagen (Beschaffung erfolgte über das Immobilienamt)
1.1	A2, A3, A4	- Tieferer Personalaufwand (weniger temporäre Informatikarbeitskräfte)
0.8	A4	- Rückerstattung Abraxas im Projekt ELFA (Fachapplikation JuWe)
0.4	A4	- Minderaufwand bei Abschreibungen und Zinsen infolge tieferer Investitionstätigkeit im Informatikbereich
0.2	A4	- Minderaufwand bei internen Verrechnungen für kalkulatorische Mieten und Nebenkosten
-0.2	A2, A3, A4	- Mehraufwand aufgrund Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
-0.4	A4	- Mehraufwand bei Dienstleistungen Dritter (u.a. an KKJPD für Programme HIS und Justitia 4.0)
-0.9	A4	- Mehraufwand wegen höherer IKT-Verrechnung an das Amt für Informatik (u.a. Verrechnung der übertragenen Stellen)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2201

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-5.5	-0.9	4.6	
- GZW-Programm (Insassen-Identifikationssystem Gefängnis Zürich West)	-0.4	-0.0	0.4	
- ELEKTRA		-0.1		
- SMASH (ehem. DigServices Insassen / Projekt Mediennetz)	-1.9	-0.1	1.8	
- RESys (Neues Resultatermittlungssystem Wahlen & Abstimmungen)	-0.6	-0.4	0.2	
- SISU JuWe (Sicherheitssupportsystem)	-0.7	-0.4	0.3	
- ELFA (elektronische Fallführung JuWe / Ablösung RIS1)	-0.1			
- Digitalisierungsprojekte	-1.7			- B24plus enthält eine Kreditübertragung von 1 Mio. Franken.
- CR Business (Ersatz HR-Inkasso)	-0.3			- B24plus entspricht der Kreditübertragung.
- Übrige	0.2	0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023	Verwendung	Antrag Bildung 2024	Bestand 31.12.2024	
plus Bildung 2023	2024	(verbucht 2025)	plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-224614	61 396	0	-163218	61 396

2204 Staatsanwaltschaft

Die Eingangszahlen bewegten sich mit 31 876 Geschäften weiterhin auf sehr hohem Niveau. Damit präsentieren sich die Eingangszahlen gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (-1,2%), wobei in den letzten drei Jahren insgesamt eine Zunahme von 14,2% zu verzeichnen ist (2021: 27 904; 2022: 30 434; 2023: 32 270). Die Zahl der Erledigungen konnte gegenüber dem Vorjahr um 5,7% gesteigert werden, insbesondere erhöhte sich der Anteil an Anklagen und Strafbefehle. Das Berichtsjahr stand unter anderem im Zeichen der von den eidgenössischen Räten beschlossenen Änderungen des Sexualstrafrechts per Juli. Diese erforderten die Anpassung von verschiedenen Arbeitsprozessen sowie die Schul-

ung der Mitarbeitenden. Die Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland als grösste regionale Staatsanwaltschaft im Kanton hat im Berichtsjahr die umgebauten Räumlichkeiten der Bezirksanlage Winterthur bezogen. Gleichzeitig wurde die vormals am Flughafen Zürich angesiedelte Abteilung der Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland in die Bezirksanlage Winterthur integriert und der Standort am Flughafen aufgegeben. Die neuen Abläufe im modernen Gebäude und die Zusammenarbeit mit den ansässigen Schnittstellenpartnern funktionieren bereits gut, wobei Optimierungsmassnahmen laufend umgesetzt werden.

Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes und des Kantons Zürich, die Strafprozessordnung sowie das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess. Strafverfahren werden als Anklagen, Strafbefehle oder Einstellungen erledigt.
- A2 Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Anklagen	A1	1749	2000	1860	-140	-7.0
L2	Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	A1	18265	18300	19790	1490	8.1
L3	Strafbefehle	A1	15902	15300	16321	1021	6.7
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	A1	35916	35600	37971	2371	6.7
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	A1	97	75	129	54	72.0
L6	Pendenzen total (Zielwert)	A2	12586	10550	12072	1522	14.4
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr, in % (Zielwert)	A2	17.4	16.1	15.4	-0.7	
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre, in % (Zielwert)	A2	6.9	6.3	4.4	-1.9	
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Regionalen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	2435	2600	2365	-235	-9.0
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Kantonalen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	21457	22500	20843	-1657	-7.4
W1	Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen, in %	A1	41.2	40	41.5	1.5	
W2	Erstmalige Strafbefehle, in %	A1	82.4	80	81.7	1.7	
W3	Zugelassene Anklagen, in %	A1	96.4	98	96.3	-1.7	

Bemerkungen

- L1, L2, Die ambitionierten Budgetvorgaben der Erledigungen konnten um 2371 Verfahren (6.7%) übertroffen werden. Bei den L3, L4 erhobenen Anklagen wurde der Budgetwert zwar knapp verfehlt, konnte gegenüber dem Vorjahr jedoch um über 100 Anklagen gesteigert werden. Deutlich übertroffen wurden die Budgetvorgaben und Vorjahreswerte bei den Einstellungen sowie der Strafbefehle. Alle Leistungsindikatoren verzeichnen gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung. Dies konnte dank grossem Einsatz der Fallbearbeitenden, effizienter Arbeit und zusätzlichen personellen Ressourcen erreicht werden.
- L6 Die Eingangszahlen stabilisierten sich im Berichtsjahr auf hohem Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr war zwar ein leichter Rückgang von 1.2%, seit 2022 jedoch insgesamt eine Zunahme von 14.2% zu verzeichnen (2021: 27 904; 2022: 30 434; 2023: 32 270). Als Folge der anhaltend hohen Eingangszahlen wurde trotz deutlicher Steigerung der Erledigungen die Budgetvorgabe beim Pendenzenbestand erneut verfehlt. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Pendenzenbestand jedoch trotz höheren Eingangszahlen um rund 3% gesenkt werden.
- L7, L8 Aufgrund der anhaltend hohen Eingangszahlen im Berichtsjahr konnten die Budgetvorgaben in Bezug auf die Pendenzen älter als ein Jahr bzw. älter als zwei Jahre deutlich übertroffen werden. Auch gegenüber dem Vorjahr konnte die Altersstruktur dank Steigerung der Erledigungen und konsequenter Altfallbewirtschaftung massiv verbessert werden.
- B1, B2 Mit den Bruttoaufwänden pro erledigten Fall wurden die Budgetvorgaben unterschritten. Bei den Regionalen Staatsanwaltschaften entsprechen die Aufwände dem Vorjahreswert, bei den Kantonalen Staatsanwaltschaften konnte der Aufwand gegenüber dem Vorjahr gar noch gesenkt werden.
- W3 Der Anteil zugelassener Anklagen als Indikator für die Qualität der geleisteten Arbeit entspricht praktisch dem Vorjahreswert, wobei die Budgetvorgabe knapp um 1.7% verpasst wurde.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1b Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken.

Weiterführende Massnahmen eines altersadäquaten Umgangs mit Geschädigten im Strafverfahren und der Bedarf an altersspezifischen Unterstützungsangeboten bei der Verarbeitung der Deliktsfolgen werden geprüft. Es wurden verschiedene Ermittlungsverfahren im Bereich Seniorenschutz durchgeführt. Die Entwicklung von Standards für altersadäquaten Umgang mit Geschädigten in Verfahren ist in Prüfung. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wird gemeinsam mit der Kantonspolizei (LG 3100) umgesetzt.

Stand	bis
Planmässig	2027

RRZ 1c Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen.

Im Bereich der Erhebung strukturierter Bankdaten wurde basierend auf den Empfehlungen der Schweizerischen Staatsanwaltskonferenz ein neuer Datenstandard erarbeitet. Seitens Staatsanwaltschaft wurden die betreffenden Prozesse auf diesen neuen Standard ausgerichtet mit Anpassungen von Formularen, Wegleitungen sowie Arbeitsmitteln und ausgerollt. Mit Blick auf die sich in Überarbeitung befindenden Empfehlungen wurden die Erfahrungen in die Arbeitsgruppe Wirtschaftskriminalität der Schweizerischen Staatsanwaltskonferenz eingebracht. Die gemeinsame Ermittlungsplattform der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei wurde im Herbst ausgeschrieben, die eingegangenen Submissionen wurden evaluiert, im Bereich Kryptowährungen wurde ein Teilprojekt zur rascheren Sicherstellung und Rückführung von Kryptovermögen initiiert, erste Pilotversuche sind im Gang. Im Bereich Online-Anlagebetrüge wurden anhand eines Pilotverfahrens neue Ansätze zur effizienten und effektiven Bekämpfung erarbeitet. Diese befinden sich derzeit in der Testphase.

Planmässig	2027

RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.

Die Massnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention gemäss RRB Nr. 338/2021 sind weit fortgeschritten oder abgeschlossen. Bei der Umsetzung zeigte sich die Notwendigkeit weiterer Massnahmen, um die Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erfüllen. Im Auftrag der Sicherheitsdirektion erarbeitete die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (IST) deshalb zusammen mit den innerhalb der Direktionen für die Umsetzung der Massnahmen zuständigen Personen sowie dem Strategischen Kooperationsgremium, der fachübergreifenden Arbeitsgruppe gemäss § 17 Abs. 2 des Gewaltschutzgesetzes vom 19. Juni 2006 (LS 351) verschiedene Folgemaassnahmen (vgl. RRB Nr. 1254/2024). Die noch laufenden Massnahmen gemäss RRB Nr. 338/2021 werden unter der übergeordneten Koordination der IST weitergeführt.

Planmässig	2027

RRZ 1e Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern.

Um die Lagebeurteilung und Früherkennung zu verbessern, wurden Kriterien zur Identifikation von Personen mit grossem kriminellen Sozialkapital festgelegt. Dabei sollen neu Personen, Strukturen und Netzwerke sowie Delikte und Phänomene konkret ersichtlich werden. Bereits vorhandene Konzepte wurden gemeinsam mit der Kantonspolizei auf den Bedrohungs- und Lagebericht ausgerichtet. Weiter erfolgte eine umfangreiche Befragung von kommunalen Behörden hinsichtlich ihrer Wahrnehmung des konkreten Gefährdungs- und Bedrohungspotenzials in ihrem Wirkungsbereich. Im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung der Gesetzesänderungen zur Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses wurden mit den Handelsregister- und Konkursämtern effizientere Prozesse zur Erkennung, Rapportierung und Verfolgung dieser auch clantypischen Straftaten gestaltet. Mehrere ausländische Fachpersonen aus der Wissenschaft und Strafverfolgung vermittelten zudem ihre Erfahrungen und ihr Wissen im Umgang mit clanartigen kriminellen Strukturen im Ausland.

Planmässig	2027

RRZ 1f Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren.

Die Vertiefung und Verbreitung des Wissens zum Thema Cyber-Sexualdelikte gegen Minderjährige wurde durch verschiedene Weiterbildungen und proaktive Referate von internen Kompetenzträgern an Fachveranstaltungen und Fachpublikationen gefördert (z.B. Beitrag zum «Handbuch Cybercrime» der Universität Bern, Herausgeber Prof. Dr. Marianne Lehmkuhl und Dr. Jan Wenk, zum Thema «Virtuelle Pädokriminalität» [Publikation ausstehend]). Das polizeiliche Falltriage-Konzept zu NCMEC-Fällen (National Center for Missing & Exploited Children) wird aktiv umgesetzt. Der Zugriff auf eine entsprechende Datenbank wurde etabliert. Die Einlieferung neuer Datensätze an das Bundesamt für Polizei erfolgte Ende des Berichtsjahres.

Planmässig	2027

Jl 1.1a Konsequente Verfolgung der Straftaten mit den dafür notwendigen Ressourcen gewährleisten (Umsetzung Entwicklungsplan)

Ab 2025 können drei Stellen geschaffen werden, davon zwei für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie eine Verwaltungsassistentin.

Planmässig	2026

2204 1a Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (L7/L8: Pendenzen älter als 1 Jahr / 2 Jahre)

Eine Verbesserung der Altersstruktur konnte im Berichtsjahr sowohl bei den über zweijährigen Fällen (-2,4%) als auch bei den über dreijährigen Fällen (-3,9%) erreicht werden. Sodann gelang es auch, im Vergleich zum Vorjahr die Abschlusszahlen um 4,1% zu steigern und die Anzahl pender Verfahren von 12 586 (Vorjahr) auf 12 072 (Berichtsjahr) um 4,1% zu senken.

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	403.5	413.4	420.1	6.7	1.6

Bemerkungen R24 zu B24

6.7 Doppelbesetzung von Stellen aufgrund von länger dauernden Abwesenheiten (Mutterschaftsurlaube, Krankheitsfälle, Unfälle sowie Militär)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	29.2	30.3	0.0	0.0	30.3	38.6	8.3	27.4
Aufwand	-128.4	-133.3	0.0	0.0	-133.3	-134.5	-1.1	-0.8
Saldo	-99.2	-103.0	0.0	0.0	-103.0	-95.8	7.2	7.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.7	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.3	0.4	61.5
Saldo	-0.7	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.3	0.4	61.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
7.2		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
8.7	A1	- Höhere beschlagnahmte Vermögenseinziehungen auf Staatskasse (TEVG). Dieser Wert schwankt jährlich stark
1.6	A1, A2	- Minderaufwand interne Verrechnungen bei den Nutzungskosten PJZ, dem Sicherheitspersonal PJZ und Informatikmitteln
1.5	A1, A2	- Tiefere Forderungsverluste auf Untersuchungen
0.6	A1, A2	- Tieferer Aufwand von amtlichen Verteidigungen, Umtriebsentschädigungen und Genugtuungen bei Untersuchungskosten
0.1	A1, A2	- Minderaufwand für Abschreibungen Mobilien
-0.4	A1	- Tieferer Ertrag bei Bussen, Geldstrafen und Verfahrensgebühren
-0.7	A1, A2	- Mehraufwand Kostenbeitrag Bund für Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr
-1.9	A1	- Höherer Personalaufwand aufgrund nicht budgetierten Teuerungsausgleichs sowie Doppelbesetzung von Stellen aufgrund von länger dauernden Abwesenheiten (Mutterschaftsurlaube, Krankheitsfälle, Unfälle sowie Militär)
-2.5	A1, A2	- Aufgrund des hohen Debitorenbestandes per Ende des Berichtsjahres wurde gegenüber dem Vorjahr ein höheres Delkredere (Wertberichtigung Forderungen) verbucht.
0.2		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-1 701 216	0	-1 150 000	-2 851 216	-1 150 000

Bemerkungen

Dank des engagierten Einsatzes der Fallbearbeitenden, einer konsequent effizienten Arbeitsweise und gezielten Optimierungsmassnahmen konnte die Fallbearbeitung gesteigert werden. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die gesamthaften Erledigungen um bemerkenswerte 6.7% übertroffen. Dieses Ergebnis unterstreicht die nachhaltige Wirkung strategischer Massnahmen sowie die erfolgreiche und effiziente Nutzung der verfügbaren Ressourcen.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Die Reduktion der Jugendgewalt sowie die Integration der Straftäter in die Gesellschaft waren primäre Ziele der Jugendstrafrechtspflege. Thematisch geprägt wurde das Berichtsjahr durch kantonale und schweizweite Extremismüsälle, die auch medial und damit in der Öffentlichkeit grosse Beachtung fanden. Da Radikalisierungen in der strafrechtlichen Abklärung sehr komplex und vielschichtig sind, ist die Jugendstrafrechtspflege dabei, ein Konzept zu entwickeln. Dabei setzt sie auf interne Weiterbildung, Vernetzung und Prävention.

Der Straf- und Massnahmenvollzug stand vor der Herausforderung, delinquente Jugendliche, insbesondere auch Mineurs non-accompagnés in geeigneten Institutionen unterzubringen, was sich aufgrund beschränkter Platzressourcen oft schwierig gestaltete.

Die Stelle für Mediation im Jugendstrafverfahren, organisatorisch der Jugendstrafrechtspflege angegliedert, hat den diesjährigen Mediationspreis der Fédération Suisse Médiation gewonnen. Damit wurde ihre erfolgreiche Verankerung im Jugendstrafverfahren als Ergänzung zur herkömmlichen Strafjustiz gewürdigt.

Ins Berichtsjahr fällt der Wechsel der Leitung der Oberjugendanwaltschaft. Roland Zurkirchen löst den langjährigen leitenden Oberjugendanwalt Marcel Riesen ab. Dies bringt Organisationsänderungen mit sich. Vorderhand wird ein neues Kommunikationskonzept entwickelt. Innerhalb der Jugendstrafrechtspflege ist eine Organisationsentwicklung im Gange, welche die Organisation in die Zukunft führen soll.

Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (mit Strafbefehl verurteilte Jugendliche)	A1	5868	5000	5041	41	0.8
L2	Anklagen an das Jugendgericht	A1	25	45	51	6	13.3
L3	Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen)	A1	2 132	2200	2177	-23	-1.0
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	A2	51	55	42	-13	-23.6
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanter Behandlungen)	A2	255	250	229	-21	-8.4
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	104	100	101	1	1.0
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	85	100	85	-15	-15.0
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche	A1, A2	828	850	703	-147	-17.3
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen, in Tg.	A1, A2	2216	3500	2120	-1380	-39.4
L10	Haftfälle (Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	A1, A2	55	65	83	18	27.7
L11	Schutzaufsichten (Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	A2	862	850	793	-57	-6.7
L12	Pendenzen pro Jugendanwältin/-anwalt (Zielwert)	A1	68	80	69	-11	-13.8
L13	Durchschnittliches Pendenzenalter, in Tg. (Zielwert)	A1	156	135	180	45	33.3
L14	Pendenzen > 365 Tage, in % (Zielwert)	A1	10	8.5	11	2.5	
L15	Belegungstage in stationären Einrichtungen (Familien, Heimen, Kliniken usw.)	A1, A2	27 766	29 000	23 754	-5 246	-18.1
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer, in Tg.	A1	97	95	82	-13	-13.7
B2	Innert 180 Tagen abgeschlossene Untersuchungen, in %	A1	82	82	86	4	
B3	Durchschnittliche Kosten pro Belegungstag in stationären Einrichtungen (Familien, Heimen, Kliniken usw.)	A1, A2	580	580	608	28	4.8
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassene), in %	A2	65	65	62	-3	

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2205

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel, inkl. Rechtsbehelfen), in %	A1	1.2	2	1.7	-0.3	

Bemerkungen

- L1, L2 Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 55 (Vorjahr: 83) Schutzmassnahmen, davon 8 (9) stationäre und 47 (74) ambulante sowie 4694 (5524) Strafen ausgesprochen. Als Strafen wurden ausgefällt: 2998 (3582) Verweise, 703 (828) Persönliche Leistungen, 897 (974) Bussen und 91 (138) Freiheitsentzüge. In 5 (2) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 13 (19) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und Gerichte 16 (24) Erwachsenenstrafen an.
- L4, L5 Am 31. Dezember 2024 befanden sich 23 (Vorjahr: 31) Jugendliche im Vollzug einer mit rechtskräftigem Urteil angeordneten stationären und 136 (170) Jugendliche im Vollzug einer mit rechtskräftigem Urteil angeordneten ambulanten Schutzmassnahme. Abhängig von den eingegangenen Fällen und deren Entwicklung kann es zu Schwankungen betreffend Anordnung von ambulanten und stationären Schutzmassnahmen kommen.
- L8 Der Rückgang der Sanktion persönliche Leistung ist ein Trend, welcher sich fortsetzt. Je nach Fallkonstellation resultieren unterschiedliche Sanktionen.
- L9 Die Anzahl angeordneter Tage persönlicher Leistung ist tiefer als budgetiert, entspricht aber weitgehend dem Vorjahr.
- L10 Der Anstieg ist weitgehend auf die Untersuchungshaft zurückzuführen. Diese sind abhängig von den eingehenden Fällen.
- L13, L14 Die Zunahme der Falleingänge und deren Komplexität verlängerte das durchschnittliche Pendenzenalter und die Anzahl der über ein Jahr pendenten Strafuntersuchungen.
- L15 Da weniger Jugendliche als angenommen untergebracht werden mussten, liegt die Anzahl Belegungstage tiefer als budgetiert.

Entwicklungsschwerpunkte

Jl 1.3a Das Integrale Risikomanagement des Regierungsrates im Bereich Jugendstrafrechtspflege umsetzen

Das Integrale Risikomanagement wird gemäss den Vorgaben des Regierungsrates umgesetzt. Stand bis

Planmässig 2027

2205 1a Anstieg der von Jugendlichen verübten Gewaltdelikte verringern

Die Jugendstrafrechtspflege behandelt Gewaltstraftaten weiterhin mit oberster Priorität und interveniert nach Möglichkeit sofort. Sie setzt sich ausserdem für eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit mit ihren Partnerorganisationen ein, um die Lösungseffizienz zu steigern. Dabei geht es nicht nur um Informationsaustausch, sondern auch um das Bereitstellen von Institutionen, die eine zielgerichtete Intervention erlauben.

Planmässig 2027

2205 1b Senkung der Anzahl Wiederholungstäterinnen und -täter bei mittelschweren und schweren Delikten

Bei schweren Gewaltdelikten intervenieren die Jugendanwaltschaften wenn möglich sofort. Bei Bedarf ordnen sie vorsorgliche Schutzmassnahmen an, um weitere Straftaten zu verhindern. Ausserdem legt die Jugendstrafrechtspflege ihr Augenmerk auch auf sogenannte Bagatellfälle, sollten diese personenbezogen gehäuft auftreten. Durch frühzeitiges Eingreifen will man schwerere Delikte verhindern.

Planmässig 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	90.1	94.0	93.1	-0.9	-0.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24plus	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	1.9	0.0	0.0	1.9	1.5	-0.4	-19.2
Aufwand	-40.6	-43.2	0.0	0.0	-43.2	-40.4	2.8	6.5
Saldo	-38.9	-41.3	0.0	0.0	-41.3	-38.9	2.5	5.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24plus	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.7	A2	- Interne Verrechnungen: Minderaufwand für jugendstrafrechtliche Strafen und Schutzmassnahmen insbesondere für stationäre jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen
1.3	A2	- Geringerer Sachaufwand: Minderaufwand für Dienstleistungen Dritter insbesondere für stationäre jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen
0.1	A1, A2	- Geringerer Personalaufwand: Vorübergehende Vakanz / tiefer besoldete Neubesetzungen von Stellen
-0.2	A1	- Interne Verrechnungen: Mehraufwand für Strafuntersuchungen
-0.4	A2	- Geringerer Ertrag: Weniger Beiträge an Schutzmassnahmen
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -94531	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -94531	Veränderung Bestand 0

2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung

Das Berichtsjahr war geprägt durch die sehr hohe Auslastung vieler Institutionen von Justizvollzug und Wiedereingliederung. Im ersten Halbjahr waren die vorläufige Festnahme im Gefängnis Zürich West und die Untersuchungsgefängnisse teilweise über 100% ausgelastet. Dies obwohl im Berichtsjahr – trotz der Schliessung des Gefängnisses Pfäffikon aufgrund der Sanierung – mehr Untersuchungsgefängnisse zur Verfügung standen als in früheren Jahren. Möglich war dies durch die volle Betriebsaufnahme der Untersuchungshaft im Gefängnis Zürich West, durch die Inbetriebnahme des neuen Gefängnisses Winterthur mit mehr Plätzen sowie durch die Nutzung des Gefängnisses Zürich als Überlaufgefängnis. Im zweiten Halbjahr stabilisierte sich die Situation in den Untersuchungsgefängnissen auf hohem Niveau. Die Institutionen

mit geschlossenen Vollzugsplätzen (Justizvollzugsanstalt Pöschwies und Gefängnis Affoltern) verzeichneten das ganze Jahr über Auslastungen von 90% bis 100%.

Im ersten Halbjahr des Berichtsjahres wurden alle Mitarbeitenden mit dem Digitalen Arbeitsplatz ausgestattet, ein wichtiger Schritt in der Digitalisierungsstrategie des Justizvollzugs. Smart Prisons Zürich wurde als Pilotprojekt im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft eingeführt. Indem den ausgewiesenen Personen ein erweiterter Internetzugang ermöglicht wurde, wurde der bundesgerichtlichen Rechtsprechung entsprochen.

In der Hauptabteilung Untersuchungsgefängnisse folgte Nathalie Dorn auf Roland Zurkirchen in der Funktion der Direktorin.

Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen und Massnahmen einschliesslich Bewährungshilfe und Weisungskontrolle
- A2 Durchführung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft, ausländerrechtlicher Administrativhaft sowie vorläufige Festnahme
- A3 Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen
- A4 Betreuung, Beschäftigung und Ausbildung inhaftierter und verurteilter Personen
- A5 Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Aufenthaltstage in Zürcher Justizvollzugsinstitutionen	A3	409794	420000	443700	23700	5.6
L2	(L1) davon Aufenthaltstage Untersuchungs- und Sicherheitshaft	A2	129116	145000	154553	9553	6.6
L16	(L1) davon Aufenthaltstage vorläufige Festnahme	A2	19700	19000	20713	1713	9.0
L17	(L1) davon Aufenthaltstage ausländerrechtliche Administrativhaft	A2	28000	28500	31276	2776	9.7
L11	Aufenthaltstage von Zürcher Fällen in externen Institutionen	A1	130989	160000	152433	-7567	-4.7
L3	Auslastung aller Gefängnisse und Vollzugseinrichtungen, in %	A3	83.9	85	86	1	
L18	Eintritte Gefängnis Zürich West (GZW)	A2	11380	11100	12115	1015	9.1
L19	Eintritte Zentrum ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA)	A2	1200	2500	1429	-1071	-42.8
L10	Fälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende)	A1	4259	4700	4263	-437	-9.3
L4	(L10) davon Freiheitsstrafen (Bestand Jahresende)	A1	2117	2200	1991	-209	-9.5
L20	Zuweisungen Lernprogramme	A1	400	450	388	-62	-13.8
L8	Psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	A5	13335	17500	13444	-4056	-23.2
L9	Lerngruppen «Bildung im Strafvollzug» (Bestand Jahresende)	A4	25	30	30	0	0.0
B6	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Zürcher Justizvollzugsinstitutionen, in Fr.	A3	364	400	390	-10	-2.5
B7	Durchschnittliche Kosten pro Aufenthaltstag in externen Institutionen (Kostgelder), in Fr.	A1	539	460	467	7	1.5
B8	Durchschnittliche Kosten pro Vollzugsfall (Bestand) der Bewährungs- und Vollzugsdienste im Jahr (exkl. Kostgelder), in Fr.	A1	4698	4000	5004	1004	25.1
W1	Ausbrüche aus gesicherten Gefängnissen und Vollzugseinrichtungen	A3	3	0	4	4	
W2	Übergriffe auf Personal	A4	23	15	45	30	200.0
W3	Suizide	A4	2	0	0	0	

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
W4	Quote korrekt absolvierter Urlaube aus geschlossenem Regime, in %	A4	98.2	95	98.5	3.5	
W5	Bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	A1	259	350	251	-99	-28.3
W6	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit, in %	A1	75.1	80	79.9	-0.1	

Bemerkungen

- L1, L2, Die Anzahl der Aufenthaltstage in den Untersuchungsgefängnissen ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen.
- L16, Dies ist zurückzuführen auf die angestiegene Zahl der Verhaftungen, verbunden mit Anordnung von Untersuchungshaft
- L17, (vgl. dazu auch die Kriminalstatistik). Auch die Auslastung des geschlossenen Vollzugs war im Berichtsjahr ausserordentlich hoch.
- L11 Die Anzahl Aufenthaltstage von Zürcher Fällen in externen Institutionen fällt tiefer aus als budgetiert, da es in den Sicherheitsabteilungen bei psychiatrischen Kliniken Kapazitätsengpässe gibt. Inhaftierte Personen warten in den Institutionen des Justizvollzugs darauf, dass adäquate Plätze frei werden.
- L18 Höhere Anzahl Verhaftungen durch die Polizei (siehe auch oben).
- L19 Im KEF 2024–2027 ist fälschlicherweise eine zu hohe Zahl angegeben worden.
- L10, Die Gesamtzahl der Vollzugsfälle hat im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen, liegt jedoch Ende des Jahres weiterhin unter dem erwarteten Budgetwert. Bei der Budgetierung wurde eine höhere Zahl an Fallzuweisungen durch die Gerichte angenommen.
- L20 Zwischenzeitlicher Rückgang der Zuweisungen in Lernprogramme.
- L8 Die Anzahl der psychiatrisch-psychologischen Konsultationen bewegt sich auf gleichem Niveau wie im Vorjahr. Der Indikator wurde im KEF 2025–2028 basierend auf einer Bedarfsanalyse und dem Versorgungskonzept auf 13 500 Konsultationen festgesetzt. Die angestrebte Intensivierung erfolgt durch eine durchschnittlich längere Dauer der Konsultationen.
- B8 Weniger Erträge aus Bussen und Geldstrafen sowie höhere Personalkosten als im Vorjahr erhöhen die durchschnittlichen Kosten pro Vollzugsfall der Bewährungs- und Vollzugsdienste.
- W1 Im Mai brachen vier Personen aus dem Massnahmenzentrum Uitikon aus. Alle Personen wurden nach kurzer Zeit gefasst.
- W2 Die Übergriffe auf das Personal haben sich im Vergleich zum Vorjahr knapp verdoppelt. Dies ist auf eine Zunahme von inhaftierten Personen mit erhöhter Gewaltbereitschaft und psychischen Störungen zurückzuführen.
- W4 Die Quote der korrekt absolvierten Urlaube aus geschlossenem Regime übertraf den Planwert.
- W5 Die Anzahl bedingter Entlassungen ist tiefer als budgetiert, bewegt sich aber im Bereich der Vorjahre.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1g Durch stärker individualisierten Vollzug mehr Sicherheit schaffen und die nachhaltige Wiedereingliederung fördern.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es Fachkonzepte, eine geeignete bauliche Infrastruktur sowie genügend und gut qualifiziertes Personal. Im Berichtsjahr konnten in allen drei Bereichen bedeutende Meilensteine erreicht werden wie die Weiterentwicklung der psychiatrischen Grundversorgung von inhaftierten Personen, der Neubau des Gefängnisses in Winterthur oder die Weiterbildung des Aufsichts- und Betreuungspersonals zur Gewährleistung der dynamischen Sicherheit. Um in einem herausfordernden Umfeld mit einem zunehmend anspruchsvollen Klientel zu bestehen, brauchen die Institutionen des Justizvollzugs genügend und gut qualifiziertes Aufsichts- und Betreuungspersonal. Der Personalschlüssel der Institutionen nähert sich den Empfehlungen des Bundesamtes für Justiz an, womit sich die Sicherheit der Mitarbeitenden, der Inhaftierten und der Gesellschaft nachhaltig verbessert.

Planmässig 2027

Jl 1.4a Psychisch kranke Personen im Justizvollzug werden angemessen behandelt und betreut (Etablierung psychiatrische Betreuungsangebote in den Institutionen des Justizvollzugs, Durchführung von Therapien im intra- bzw. extramuralen Setting. Weiterentwicklung von Fachstrategien zur Sicherung der intra- und extramuralen psychotherapeutischen Versorgung von Klientinnen und Klienten des Justizvollzugs).

Um den Bedarf nach psychotherapeutischer und psychiatrischer Versorgung zu erfassen, wurde eine Studie in allen Institutionen durchgeführt. Zwischen 2022 und 2024 beantworteten rund 1800 inhaftierte Personen Fragen zu ihrer psychischen Verfassung. Die Befragung zeigte, dass die psychische Belastung bei inhaftierten Personen im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung deutlich erhöht ist. Ausgehend von diesen Ergebnissen wurde das Konzept Gefängnispsychiatrie 2024–2028 erstellt und umgesetzt. Das Versorgungskonzept sieht neben der Grundversorgung geeignete Betreuungsangebote und Vollzugssettings für inhaftierte Personen mit besonderen Bedürfnissen vor sowie bessere Schulungen für das Personal. Neben den bestehenden Angeboten der Krisenintervention im Gefängnis Limmattal und der Integrationsgruppe in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies wurde im Vollzugszentrum Bachtel neu eine Abteilung Integrationsvollzug aufgebaut. Weitere vergleichbare Angebote sind im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft und im Gefängnis Affoltern in Entwicklung.

Planmässig 2027

Jl 1.4b Die nachhaltige Wiedereingliederung wird als durchgehender Prozess verstanden, die Prozessperspektive gefördert und ein Fokus auf das Übergangsmanagement gelegt (Gewährleistung eines bedarfsgerechten, an den Ressourcen und den Risiken orientierten Justizvollzugs).

Eine nachhaltige Wiedereingliederung beginnt mit der Untersuchungshaft, indem Haftschäden möglichst vermieden und vorhandene Ressourcen erhalten und gestärkt werden. Im Berichtsjahr begann der Sozialdienst damit, beim Eintritt der Personen in die Untersuchungshaft vertiefte Lebensbereichsgespräche zu führen sowie ein Angebot zur besseren Stressregulation zu etablieren. Damit sollen Ressourcen in den Lebensbereichen Angehörige, Arbeit, Wohnen und Finanzielles sowie persönliche Ressourcen wie die psychische Resilienz der Inhaftierten erhalten werden.

Im neu in Betrieb genommenen Ausbildungsgefängnis Meilen absolvierten rund 80 Aufsichts- und Betreuungspersonen Kurse für eine ressourcenorientierte Arbeit. Dazu kamen Vorbereitungen für einen möglichst nahtlosen Übertritt in die Folgeinstitution. Das betrifft die Weitergabe von Informationen ebenso wie die nahtlose Fortsetzung von Interventionen und Massnahmen.

Planmässig 2027

Jl 1.4c Der Vollzug für ausländische inhaftierte Personen ohne Bleiberecht ist weiterentwickelt. Die Rückkehrorientierung der ausländischen inhaftierten Personen ohne Bleiberecht wird gefördert. Das Haft- und Vollzugsangebot für diese Personengruppe wird weiterentwickelt.

Im Berichtsjahr konnte Smart Prisons Zürich als Pilotprojekt im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft eingeführt werden. Dieses ermöglicht den eingewiesenen Personen einen erweiterten Internetzugang gemäss der bundesgerichtlichen Rechtsprechung. Sie können beispielsweise frei mit ihren Angehörigen kommunizieren, ausgewählte Medien nutzen und haben Zugang zu Übersetzungs- und Informationsangeboten. Das 2023 gestartete Projekt Rückkehrorientierung und Rückkehrberatung im Sanktionenvollzug zielt darauf ab, den Rückkehrwillen von Personen ohne Bleiberecht bereits während des Straf- und Massnahmenvollzugs zu stärken und deren Wiedereingliederung im Herkunftsland zu erleichtern. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Migrationsamt und dem Kantonalen Sozialamt durchgeführt. Im Berichtsjahr wurde das Projekt durch Rückkehrberatungen und das Festlegen von rückkehrorientierten Massnahmen in Vollzugsplänen vorangetrieben. Eine erste Evaluation zeigt, dass die Massnahmen erfolgreich sind.

Planmässig 2027

2206 1j Die Infrastruktur von JuWe ist im Hinblick auf einen bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Justizvollzug baulich weiterentwickelt. Inbetriebnahme des Gefängnisses Winterthur (2024); Sanierung Gefängnis Pfäffikon (2024–2026); Neubau Gefängnis Zürich (ab 2027); Kompetenzzentrum Frauen, Dielsdorf; Projekt ZAA Umbau (2025–2027), Konzeption ZAA+ (2023–2025), Umsetzung JVA+ Pöschwies (ab 2024), JVA Pöschwies Eingangszone/Parkierung (2024–2027), Sanierung Geschlossene Abteilung Massnahmenzentrum Uitikon (MZU), Schaffen von baulichen Voraussetzungen für die Digitalisierung der Infrastruktur, Umsetzen neue Arbeitswelten im JuWe.

Das neue Gefängnis Winterthur ist seit April des Berichtsjahres in Betrieb. Die Sanierungsarbeiten im Gefängnis Pfäffikon verlaufen planmässig. Sie sollen Anfang 2026 abgeschlossen sein. Für das geplante Kompetenzzentrum für Frauen in Dielsdorf gibt es ein erstes Betriebskonzept. Um die alte Technologie abzulösen, wurde im Berichtsjahr mit dem Ausbau des Telefonienetzes und WLAN im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft begonnen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die geplanten Digitalisierungsprojekte innerhalb von Justizvollzug und Wiedereingliederung. Für das Projekt Normalvollzug+ in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies ist der Objektkredit bewilligt worden. Mit der Realisierung der geplanten Aussenhöfe kann 2025 gestartet werden. Das Projekt Neubau der Eingangszone und der Parkplätze der Justizvollzugsanstalt Pöschwies konnte weiter vorangetrieben und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Planmässig 2027

2206 1k Die Digitale Transformation im JuWe ist weit fortgeschritten. Um eine effiziente Auftragserfüllung zu gewährleisten sind Prozesse und Arbeitsabläufe digitalisiert und die digitalen Kompetenzen der Mitarbeitenden gestärkt. Die digitale Transformation fliesst auch in das Leistungsangebot der inhaftierten Personen / Klientinnen und Klienten ein.

Im Berichtsjahr wurde der Digitale Arbeitsplatz erfolgreich eingeführt. Durch die Einführung eines neuen mobilen Sicherheitssupportsystems kann sichergestellt werden, dass die Betreuenden der Betriebe der vorläufigen Festnahme und der Untersuchungsgefängnisse jederzeit über die notwendigen Informationen verfügen. Im Berichtsjahr wurde das System im Gefängnis Winterthur eingeführt und die Grundlagen für die Ausstattung weiterer Gefängnisse geschaffen. Nach Abbruch des Projekts Elektronische Fall- und Aktenführung ELFA durch die Abraxas Informatik AG genehmigte der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 821/2024 die Vergabe für die Standard-Fachapplikation GINA, die sich bereits im Justizvollzug von 17 Kantonen bewährt hat.

Planmässig 2027

2206 11 Das Vollzugsangebot ist qualitativ auf die individuellen und spezifischen Bedürfnisse der Inhaftierten/Eingewiesenen ausgerichtet. Bedürfnisse von Frauen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, psychisch Beeinträchtigten und Auffälligen, besonders renitente Personen sowie Konzepte für Alter, Pflege, Verwahrungsvollzug usw.

Das Vollzugsangebot wird noch gezielter auf die individuellen und spezifischen Bedürfnisse der inhaftierten Personen ausgerichtet, wie zum Beispiel in spezialisierten Abteilungen zur Betreuung von Personen mit psychischen Auffälligkeiten. Mit der Abteilung Integrationsvollzug im Vollzugszentrum Bachtel konnte eine erste solche Abteilung eröffnet werden. Weitere Konzepte für den Ausbau bestehender Abteilungen wurden erstellt oder befinden sich in Erarbeitung, so zum Beispiel für die IG+ in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies oder für eine Abteilung für Personen mit besonderen Bedürfnissen im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft. In allen Institutionen wurden zudem Massnahmen getroffen, um die Sicherheit im Umgang und bei der Arbeit mit gewaltbereiten Personen zu verbessern.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
1 119.1	1 312.0	1 258.3	-53.6	-4.1

Bemerkungen R24 zu B24

-53.6 Die vakanten Stellen sind zum Teil aufgrund natürlicher Fluktuation entstanden, da nicht alle Positionen nahtlos wiederbesetzt werden konnten. Weitere vakante Stellen gibt es insbesondere im gesundheits- und medizinischen Bereich, wo anhaltender Fachkräftemangel eine grosse Herausforderung darstellt und qualifizierte Mitarbeitende nur schwer zu gewinnen sind. Im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft musste der Beginn der Stellenrekrutierung aufgrund eines technischen Umbaus und dadurch eingeschränkter Kapazitäten auf Oktober des Berichtsjahres verschoben werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	91.5	100.3	0.0	0.0	100.3	97.2	-3.0	-3.0
Aufwand	-335.5	-365.8	0.0	0.0	-365.8	-370.6	-4.8	-1.3
Saldo	-243.9	-265.5	0.0	0.0	-265.5	-273.4	-7.8	-3.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.6	-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.7	0.2	19.8
Saldo	-0.6	-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.7	0.2	19.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-7.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
5.1	A3	- Minderaufwand Personal, da vakante Stellen nicht zeitnah besetzt werden konnten.
2.1	A3	- Mehrertrag (Interne Verrechnung) aus Verrechnung von Eigenleistungen und Unterhalt an das Immobilienamt
1.1	A2	- Höherer Kostgeldertrag für Administrativhaft, insbesondere mehr ausserkantonale Einweisungen in das Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft
0.4	A3	- Mehrertrag aus Bundessubventionen für Kleinprojekte
-0.5	A3	- Mehraufwand Interne Verrechnung IKT (Telematik)
-1.0	A4	- Minderertrag Verkäufe in den Gewerben von JuWe
-1.6	A1	- Minderertrag aus Bussen und Geldstrafen
-1.6	A1	- Tieferer Kostgeldertrag aufgrund höherer Auslastung mit Zürcher Fällen und infolgedessen tieferer Aufnahmekapazität für ausserkantonale Einweisungen in die Justizvollzugsanstalt Pöschwies.
-2.1	A1	- Tieferer Kostgeldertrag im Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) infolge einer vorübergehenden Reduktion der Anzahl Zellenplätze aufgrund der schweren Sachbeschädigung beim Ausbruch von vier inhaftierten Personen aus der geschlossenen Abteilung des MZU.
-2.7	A3	- Mehraufwand Personal aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
-7.3	A3	- Mehraufwand interne Verrechnung Nebenkosten und Miete mit Immobilienamt
0.3		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -407744	Verwendung 2024 143683	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -264061	Veränderung Bestand 143683

Bemerkungen

Im Berichtsjahr wurden Fr. 143 683 über Rücklagen finanziert. Dabei handelt es sich um Personalaufwand für befristete Stellen. Justizvollzug und Wiedereingliederung beantragt keine Rücklagen.

2207 Gemeindeamt

Die Abteilung Gemeinderecht hat eine Vorlage für die Änderung des Gemeindegesetzes ausgearbeitet, welche die Regelung von virtuellen Sitzungen von Gemeindebehörden zum Inhalt hat. Sie wurde zuhänden des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 1269/2024). Zudem wurde ein Entwurf zur Änderung des Gemeindegesetzes in Bezug auf das gemeindeinterne Neubeurteilungsverfahren erarbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. Weiter wurden die Änderungen von zehn Gemeindeordnungen, fünf Zweckverbandsstatuten und die Schaffung von drei Ausgliederungen begleitet. Die Abteilung Gemeindefinanzen hat den Finanzausgleich mit einem Ausgleichsvolumen von 1,46 Mrd. Franken vollzogen. Sie hat die Jahresrechnungen von 83 gemeinderechtlichen Organisationen vertieft geprüft. Die Abteilung Einwohnerwesen hat die

Vorlage zur Teilrevision des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister erarbeitet. Sie wurde zuhänden des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 1295/2024). Zudem wurde die Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform vorangebracht. Die Abteilung Zivilstandswesen inspizierte elf Zivilstandsämter mit Hauptfokus auf rechtskonforme Führung. Ausserdem begleitete sie die Gemeinde Bauma bei der Auflösung des Zivilstandskreises und dem Anschluss an die bestehenden Kreise Wetzikon und Pfäffikon. Die Abteilung Einbürgerungen verzeichnete bereits im Vorjahr die hohe Anzahl von 6900 Anträgen um ordentliche Einbürgerungen, die im Berichtsjahr mit rund 7800 Gesuchen deutlich übertroffen wird.

Aufgaben

- A1 Beratung und Aufsicht hinsichtlich der rechtskonformen Organisation, Haushaltsführung und Rechnungslegung der Gemeinden und gemeinderechtlichen Organisationen
- A2 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs (vgl. Leistungsgruppe Nr. 2216, Kantonaler Finanzausgleich)
- A3 Betrieb der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP), Beratung und Aufsicht hinsichtlich des Meldewesens und der Einwohnerregister der Gemeinden
- A4 Erfüllen der kantonalen Zivilstandsaufgaben, Aufsicht über die Zivilstandsämter und Bearbeiten der Namensänderungsgesuche
- A5 Erfüllen der kantonalen Bürgerrechtsaufgaben, Betrieb der Applikation «eEinbürgerung» und des kantonalen Grundkenntnistests, Beratung und Aufsicht hinsichtlich der Einbürgerung in den Gemeinden
- A6 Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Behördenschulungstage (Anzahl; Zielwert)	A1	29	31	23	-8	-25.8
L3	Erledigte Namensänderungsgesuche (Anzahl)	A4	1 171	1 300	1 263	-37	-2.8
L4	Erledigte Gesuche um ordentliche Einbürgerungen (Anzahl)	A5	5 652	5 500	5 781	281	5.1
L6	Geprüfte Jahresrechnungen gemeinderechtlicher Organisationen (Anzahl; Zielwert)	A1		91	83	-8	-8.8
L7	Verfügbarkeit der kantonalen Einwohnerdatenplattform (Anzahl Tage pro Jahr; Zielwert)	A3		363	365	2	0.6
L8	Abgeschlossene Prüfungen ausländischer Urkunden (Anzahl)	A4		6 000	6 449	449	7.5
W2	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen (Anzahl Monate)	A5	19.2	21	20.5	-0.5	-2.4

Bemerkungen

- L1 Die geringe Nachfrage nach Behördenschulungen hat wie schon im Vorjahr zu Absagen von Schulungen geführt. Der Indikator führt nur die Schulungsveranstaltungen des Gemeindeamtes auf. Mitarbeitende des Gemeindeamtes unterrichten auch in Veranstaltungen von Partnerorganisationen, wie dem Verband Zürcher Finanzfachleute, dem Verband Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute und der KV Business School Zürich (Fachausweis öffentliche Verwaltung) und in der Ausbildung der Rechnungsprüfungskommissionen der katholischen Kirche.
- L3 Wer seinen Vor- oder Nachnamen ändern will, muss dafür achtenswerte Gründe nennen. Die Nachfrage nach Namensänderungen ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, allerdings etwas weniger als erwartet.
- L4 Die Anzahl erledigter Gesuche um ordentliche Einbürgerung ist höher als budgetiert und auch höher als im Vorjahr. Die Anzahl Gesuche stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an.
- L6 Neuer Indikator seit B24. Das Gemeindeamt kontrolliert in gemeinsamer Organisation mit dem Bezirksrat, ob die gemeinderechtlichen Organisationen ihre Haushalte gesetzeskonform führen. Dabei nimmt der Bezirksrat jedes Jahr eine Basisprüfung und das Gemeindeamt in grösseren Abständen eine vertiefte Prüfung anstelle des Bezirksamtes vor. Das Gemeindeamt prüft die genehmigten Jahresrechnungen und den umfassenden Bericht der finanztechnischen Prüfstelle der Gemeinde. Bei den politischen Gemeinden und Schulgemeinden ist das alle vier Jahre und bei Zweckverbänden und Anstalten alle vier bis sechs Jahre der Fall. Weil durch Fusionen, die Schaffung von Einheitsgemeinden und Veränderungen der Rechtsform die Anzahl der gemeinderechtlichen Organisationen gesunken ist, ist auch die Anzahl der jährlich geprüften Rechnungen gesunken.
- L7 Neuer Indikator seit B24. Im Berichtsjahr war die kantonale Einwohnerdatenplattform 365 Tage verfügbar, mit der Ausnahme eines kurzen technischen Ausfalls von 1.8 Stunden.

- L8 Neuer Indikator seit B24. Die Prüfungen ausländischer Urkunden bleiben auf konstant hohem Niveau.
- W2 Die durchschnittliche Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen war im Berichtsjahr etwas tiefer als budgetiert, aber höher als im Vorjahr. Am Verfahren beteiligt sind neben dem Kanton auch die Gemeinden und der Bund, was zu Abweichungen gegenüber der budgetierten Verfahrenszeit führen kann.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

Jl 1.5a Zur Prävention gegen Zwangsheirat den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Fachstellen und Ämtern der Gemeinden, des Kantons und des Bundes fördern sowie die Gesellschaft sensibilisieren

Mit der Fachstelle Zwangsheirat wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Gegenstand der Vereinbarung sind die Unterstützung bei der Erstellung einer Wissensplattform zu Zwangsheirat, die bedarfsgerechte Unterstützung bei der Erarbeitung von Schulungen sowie die Unterstützung bei der Erhebung von Fallzahlen zur Zwangsheirat.

Planmässig 2027

Jl 10.1a Revision des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) sowie der Verordnung über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERV) mit dem Ziel, Einwohnerregister zu harmonisieren und die Datenqualität zu verbessern (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, umgesetzt.)

Die Teilrevision des MERG wurde zuhänden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlage 5997). Nach Abschluss der Behandlung im Kantonsrat wird die Verordnung über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERV) überarbeitet.

Planmässig 2025

Jl 10.2a Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP) mit dem Ziel, die Datensicherheit und den Datenschutz zu verbessern sowie die bestehenden Software-Module und die Benutzeroberfläche zu modernisieren (Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, umgesetzt.)

Die Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform erfolgt planmässig. Erste Bestandteile werden bereits 2025 in Betrieb genommen. Die Modernisierung der Benutzeroberfläche ist in Arbeit.

Planmässig 2026

Jl 10.4a Erheben und Darstellen der Zusammenarbeit der Gemeinden (Beitrag des Gemeindeamtes zum Vorhaben «Gemeinden 2030»)

Im Bezirk Bülach wurden alle Zusammenarbeitsformen der Gemeinden im Sinne eines Monitorings erfasst. Das Gemeindeamt hat in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt begonnen, die Daten auszuwerten.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
59.3	60.9	60.8	-0.1	-0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.3	4.5	0.0	0.0	4.5	4.4	-0.1	-1.8
Aufwand	-14.5	-14.8	0.0	0.0	-14.8	-14.2	0.6	4.0
Saldo	-10.2	-10.3	0.0	0.0	-10.3	-9.7	0.5	5.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.0	-1.9	0.0	0.0	-1.9	-1.4	0.5	24.8
Saldo	-1.0	-1.9	0.0	0.0	-1.9	-1.4	0.5	24.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.3	A3	- Tieferer Aufwand der Informatikkosten für Pflege- und Supportaufgaben, die aufgrund der Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform zurückgestellt wurden.
0.2	A5	- Tieferer Aufwand für den Unterhalt der Applikation eEinbürgerungZH. Geplante Anpassungen mussten wegen fehlender personeller Ressourcen auf 2025 verschoben werden.
0.1	A5	- Tieferer Aufwand der Gemeindeanteile am Ertrag der erleichterten Einbürgerungen
-0.1	A3	- Tieferer Ertrag aus Gebühren für die Nutzung der Applikation eUmzugCH sowie die Nutzung der Applikation eDrittmeldung
0.0		- Übrige Abweichungen

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2207

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.9	-1.4	0.5	
- Investitionsausgaben für Anpassungen und Weiterentwicklung der KEP (kantonale Einwohnerdatenplattform) mit Umsetzung technische Roadmap in drei Etappen (RRB Nr. 789/2022)	-1.9			- Als Folge personeller Engpässe bei der Leistungserbringerin haben sich die Arbeiten verzögert. Die fehlenden und notwendigen Arbeiten müssen 2025 nachgeholt und ausgeführt werden.
- Übrige	0.0	-1.4	-1.4	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023	Verwendung	Antrag Bildung 2024	Bestand 31.12.2024	
plus Bildung 2023	2024	(verbucht 2025)	plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
0	0	0	0	0

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Der Ressourcenausgleich ist das wichtigste Instrument des kantonalen Finanzausgleichs. Im Berichtsjahr wurden bei finanzstarken Gemeinden 985 Mio. Franken abgeschöpft und 922 Mio. Franken an finanzschwache Gemeinden ausbezahlt.

Zur Abgeltung der Zentrumslasten erhielten die Stadt Zürich 422,5 Mio. Franken und die Stadt Winterthur 88,1 Mio. Franken.

Aufgaben

- A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs mit den folgenden fünf Instrumenten: 1) Der Ressourcenausgleich vermindert die Steuerkraftunterschiede, die eine unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden hervorruft. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt. 2) Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren. 3) Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und unwegsamer Topografie aus. 4) Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen. 5) Der Zentrumslastenausgleich leistet den Städten Zürich und Winterthur einen Beitrag an die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
W1	Ressourcendisparität vor Finanzausgleich, in Fr.	A1	13607	14789	14789	0	0.0
W2	Ressourcendisparität nach Finanzausgleich, in Fr.	A1	3972	4306	4306	0	0.0
W3	Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %	A1	41	43	43	0	
W4	Ausgleichsvolumen, in Mio. Franken	A1	1419	1463	1460	-3	-0.2

Bemerkungen

- W1 Die Ressourcendisparität drückt den Unterschied der Steuerkraft pro Kopf zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde aus. Der Wert von Fr. 14 789 ist höher als im Vorjahr. Die Disparität wurde grösser, weil die Steuerkraft in der ressourcenstärksten Gemeinde zugenommen und in der ressourcenschwächsten Gemeinde abgenommen hat.
- W2 Mit dem Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde verringert werden. Die Abnahme der Disparität von Fr. 14 789 (vor Finanzausgleich) auf Fr. 4306 pro Kopf (nach Finanzausgleich) zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs. Aufgrund der Entwicklung wie unter W1 erwähnt, hat auch der Ressourcenunterschied nach Finanzausgleich gegenüber dem Vorjahr zugenommen.
- W3 Gemeinden mit einer hohen Steuerkraft brauchen einen tieferen Steuerfuss als Gemeinden mit einer schwächeren Steuerkraft, um den gleichen Aufwand zu decken. Um diese Gegenüberstellung unabhängig von den tatsächlichen Aufwänden einer Gemeinde zu berechnen, wird für diesen Indikator in allen Gemeinden von einem einheitlichen Nettoaufwand pro Kopf ausgegangen. Der Wert der ressourcenbedingten Steuerfussdisparität zeigt, wie viele Steuerprozent die ressourcenschwächste Gemeinde mehr erheben muss gegenüber der ressourcenstärksten Gemeinde nach dem Finanzausgleich, damit der jeweils gleiche Aufwand gedeckt wird. Dieser Wert ist mit 43 gegenüber dem Vorjahr etwas höher ausgefallen, da die Steuerkraft der ressourcenschwächsten Gemeinde gesunken ist.
- W4 Das Volumen zeigt den Bruttoaufwand des Finanzausgleichs. Der Bruttoaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr vergrössert, unter anderem wegen des grösseren Unterschieds zwischen der ressourcenstärksten und der ressourcenschwächsten Gemeinde.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	941.0	998.2	0.0	0.0	998.2	998.2	-0.0	-0.0
- Ressourcenabschöpfung	928.4	985.5	0.0	0.0	985.5	985.5	-0.0	-0.0
- Beitrag aus Strassenfonds	12.6	12.6	0.0	0.0	12.6	12.6	0.0	0.0
Aufwand	-1 442.5	-1 484.2	0.0	0.0	-1 484.2	-1 479.7	4.5	0.3
- Ressourcenzuschuss	-896.8	-922.0	0.0	0.0	-922.0	-922.0	0.0	0.0
- Zentrumslastenausgleich	-496.3	-510.6	0.0	0.0	-510.6	-510.6	-0.0	-0.0
- Geografisch-topografischer Sonderlastenausgleich	-20.5	-21.1	0.0	0.0	-21.1	-21.1	0.0	0.0
- Demografischer Sonderlastenausgleich	-4.7	-4.4	0.0	0.0	-4.4	-4.4	0.0	0.0
- Individueller Sonderlastenausgleich	-1.1	-5.0	0.0	0.0	-5.0	-1.3	3.6	73.3
- Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilung	-3.3	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-0.1	0.9	87.0
- Zusatzunterstützung Gemeinden infolge STAF	-20.0	-20.0	0.0	0.0	-20.0	-20.0	0.0	0.0
Saldo	-501.5	-486.0	0.0	0.0	-486.0	-481.5	4.5	0.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
3.6	A1	- Tieferer individueller Sonderlastenausgleich
0.9	A1	- Tiefere Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilungen (Fusionsbeiträge)
-0.0		- Übrige Abweichungen

2217 Abwicklung Investitionsfonds

Seit das Finanzausgleichsgesetz 2012 in Kraft getreten ist, wurden keine Investitionsbeiträge mehr bewilligt. Seit 2017 werden auch keine Beiträge mehr ausbezahlt. Der Aufwand beschränkt sich deshalb auf die Verzinsung und Abschreibung des Fonds.

Aufgaben

- A1 Ziel des Investitionsfonds war die Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Kantons. Nach dem 31. Dezember 2013 waren keine neuen Beträge zugesichert worden.
- A2 Die Leistungsgruppe «Abwicklung Investitionsfonds» dient dem Abschreiben und Verzinsen der bilanzierten Investitionsbeiträge, die bis 2017 ausbezahlt wurden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-0.6	-0.4	0.0	0.0	-0.4	-0.4	0.0	0.6
- Abschreibungen	-0.5	-0.4	0.0	0.0	-0.4	-0.4	0.0	0.6
Saldo	-0.6	-0.4	0.0	0.0	-0.4	-0.4	0.0	0.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

2221 Handelsregisteramt

Die Anzahl der eingetragenen aktiven Gesellschaften stieg gegenüber dem Vorjahr um 3516 (2,7%) auf 132151. Dieser Zuwachs liegt leicht unter dem schweizweiten Durchschnitt (2,8%). Damit haben weiterhin über 17% aller Unternehmen in der Schweiz ihren Sitz im Kanton. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) war einmal mehr die bevorzugte Rechtsform. Nach einer Zunahme von 2060 (4,4%) sind im Berichtsjahr nun 48862 aktive GmbH eingetragen. Die Zahl der Einzelunternehmen stieg um 1023 (3,1%) auf 33874, jene der Aktiengesellschaften um 330 (0,9%) auf 37254. Diese drei Rechtsformen machen über 90% aller eingetragenen, aktiven Unternehmen aus. Der Bestand der ausländischen Zweigniederlassungen (-22), Stiftungen (-22), Kommanditgesellschaften (-20), Genossenschaften (-18) und Kollektivgesellschaften (-4) verringerte sich.

Rund 100 auf der Webseite angebotene PDF-Dokumente wurden barrierefrei gestaltet und Ende 2024 aufgeschaltet. Das Handelsregisteramt erfüllt damit eine wesentliche Forderung des «Aktionsplans Behindertenrechte 2022–2025» (RRB Nr. 980/2022) in Bezug auf den barrierefreien Zugang zu Informationen.

Die Anbindung des Referenzpersonenregisters, das Bundesgesetz zur Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses und das geplante Transparenzregister erfordern schweizweit technische Anpassungen und Weiterentwicklungen der Handelsregistersoftware. Das Handelsregisteramt engagiert sich bei den IT-Projekten bereits in den Konzeptionsphasen sehr stark.

Aufgaben

- A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen über Rechtseinheiten und dient der Rechtssicherheit sowie dem Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts.
- A2 Führen eines aktuellen und wahren Registers

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Zu bewirtschaftende Gesellschaften	A1	404505	407000	415510	8510	2.1
L2	Rechtsauskünfte	A1	22758	25000	21867	-3133	-12.5
L3	Eintragungen ins Tagesregister	A1	53502	51000	56680	5680	11.1
L4	Registerrückgaben	A1	45062	50000	46734	-3266	-6.5
L5	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen, in % (Zielwert)	A1	100	80	100	20	
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt, in %	A1	101	92	100	8	
W2	Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit	A1					
W4	Kundenumfrage: Beratungsqualität	A1					
W5	Rückstellungsquote Eintragungsgeschäfte	A1		< 1.0%	0.6%		

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.
- L2 Im Berichtsjahr wurden weniger kostenlose Fachauskünfte erteilt. Dies ist unter anderem auf eine verbesserte Navigation auf der Webseite zurückzuführen.
- L3 Die Anzahl Eintragungen ins Tagesregister liegt über den Erwartungen.
- L4 Der Wegfall der internen Statutenbeglaubigungen führt zu tieferen Registerrückgaben.
- L5 Sämtliche Registerbereinigungsbriefe konnten versendet werden.
- W2, W4 Die Kundenumfrage wird alle drei Jahre durchgeführt. Das nächste Mal im Jahr 2025.
- W5 Von 56 680 Eintragungen ins Tagesregister wurden 354 vom Eidgenössischen Amt für das Handelsregister zurückgestellt. Der Indikator wurde für das Jahr 2024 neu definiert und zeigt die prozentuale Häufigkeit der vom Eidgenössischen Handelsregisteramt nicht genehmigten Eintragungen ins Tagesregister.

Entwicklungsschwerpunkte

2221 10a Vereinfachung des elektronischen Behördenverkehrs

Im Berichtsjahr konnte mit den Projektarbeiten für die elektronische Anmeldung via Zürikonto und EasyGov begonnen werden. Stand bis

2221 10b Digitalisierung des physischen Archivs

Es wurde eine zweite Scan-Strasse aufgebaut, mit der, parallel zum Tagesgeschäft, die Digitalisierung des physischen Archivs beginnen kann. Planmässig 2026

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2221

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	59.0	60.8	62.4	1.6	2.5

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Um den hohen Geschäftseingang bewältigen zu können, war der Einsatz von Aushilfen notwendig.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	10.5	10.8	0.0	0.0	10.8	11.2	0.4	3.7
Aufwand	-10.4	-11.7	0.0	0.0	-11.7	-11.2	0.5	4.5
Saldo	0.1	-0.9	0.0	0.0	-0.9	0.0	0.9	102.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.4	A1	- Höhere Gebühreneinnahmen aufgrund des höheren Geschäftseingangs
0.4	A1	- Tieferer Sachaufwand (insbesondere Softwareunterhalt, Dienstleistungen Dritter und Unterhalt Hochbauten)
0.2	A1	- Tiefere interne Verrechnungen
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -323'737	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -323'737	Veränderung Bestand 0

2223 Statistisches Amt

Das Statistische Amt führte mit den politischen Gemeinden an vier Urnengängen fünf kantonale und zwölf eidgenössische Abstimmungen durch. Es veröffentlichte unter anderem vertiefte Analysen zur Wärmebelastung im Kanton, der Erwerbsituation von Personen mit Schutzstatus S, den Geburten- und Sterbefällen sowie den Wohnungsmieten und der Wohnbautätigkeit. Die Vorhaben der strategischen Initiative Daten zur Ausgestaltung einer koordinierten Datenbewirtschaftung und zum Aufbau einer kantonsweiten Datenplattform

wurden vorangetrieben. Das Kompetenzzentrum für Datenwissenschaften hat verschiedene Verwaltungseinheiten mit Pilotprojekten im Bereich Machine Learning unterstützt. Für verschiedene Direktionen und politische Gemeinden wurden Vernehmlassungen und Befragungen durchgeführt. Die Koordinationsstelle Teilhabe setzt verschiedene Projekte zur Partizipation und zum Diskriminierungsschutz um. Weiter läuft ein Projekt, um eine umfassende Datengrundlage zu häuslicher Gewalt bereitzustellen.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich
- A2 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen sowie Förderung eines freien und offenen Prozesses zur Meinungsbildung und Teilhabe
- A3 Koordination der Datenbewirtschaftung und Förderung der Datenkompetenz sowie -transparenz
- A4 Kundenspezifische Dienstleistungen (Auswertungen, Studien, Befragungen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L3	Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (Zielwert)	A1	18	18	12	-6	-33.3
L5	Kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 1000 je Fall (Zielwert)	A3	170	110	172	62	56.4
B1	Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten), in %	A3	113.0	100	102.3	2.3	
W1	Berichte in den Medien über statistische Analysen	A1	90	85	89	4	4.7
W3	Beurteilung des Angebots (Web, Publikationen, Dienstleistungen) durch Nutzer (Anteil zufriedener Nutzer, in %)	A1					
W4	Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern	A1					
W5	Zufriedenheitsgrad der beteiligten Instanzen bei Wahlen und Abstimmungen, in %	A2	96				
W6	Zufriedenheitsgrad der Kunden, in %	A3	93				
W7	Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantons-ebene nach Eintreffen des letzten Gemeinderesultats, in Min.	A2	2	5	3.7	-1.3	-26.0

Bemerkungen

- L3 Niedriger als in den Vorjahren aufgrund Vakanzen und verstärkter Einbindung in kantonale Datenprojekte
- W3, W4 Die Indikatoren werden überarbeitet, weshalb für R23 und R24 keine Werte erhoben wurden.
- W5, W6 Die Indikatoren werden alle zwei Jahre erhoben.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.

Ein Projekt zum Aufbau von Datensätzen zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt, das in Co-Leitung mit der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt geführt wird, befindet sich in der Einführungsphase. Die Veröffentlichung einer Indikatorenseite im ZHweb mit Datengrundlagen zu häuslicher Gewalt ist für 2025 geplant. Im Berichtsjahr wurden die Datengrundlagen von Polizei, Opferhilfe, Schutzunterkünften, Statthalterämtern, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und Staatsanwaltschaft dokumentiert. Für jede dieser Quellen wurden relevante Indikatoren identifiziert, die in einem nächsten Schritt analysiert, visualisiert und publiziert werden.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Die Koordinationsstelle Teilhabe setzt verschiedene Projekte um, um die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Im Projekt Kinderfreundliche Gemeinden werden in Kooperation mit UNICEF Schweiz und dem Dachverband der kantonalen Kinder- und Jugendarbeit (okaj) Gemeinden in der Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene unterstützt. Im Projekt Rede mit! werden in Zusammenarbeit mit Discuss it, easyvote und dem Jugendparlament Kanton Zürich Podiumsdiskussionen an Berufsfachschulen durchgeführt, um das Interesse junger Lernender an Politik zu wecken.

Planmässig 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Das Projekt zur Erarbeitung eines Aktionsplans unter der Leitung der Koordinationsstelle Teilhabe und in Zusammenarbeit mit den Fachstellen Gleichstellung und Integration sowie dem Generalsekretariat befindet sich in der Umsetzungsphase. In der Initialisierungsphase fand eine Bestandesaufnahme statt. Dazu wurden 20 Interviews mit Schlüsselpersonen innerhalb der Verwaltung geführt sowie eine Analyse der kantonalen Webseite in Bezug auf Diskriminierungsschutzangebote vorgenommen. Es wurde eine Projektstruktur aufgebaut, welche die Fachstellen Integration und Gleichstellung, die Koordinationsstelle Behindertenrechte sowie das Generalsekretariat einbezieht. Aufgrund der Bestandesaufnahme wurde ein Durchführungsauftrag zur Erarbeitung des Massnahmenplans erstellt, der im Oktober freigegeben wurde. Zudem wurde eine Datenerhebung bei Interessenorganisationen der Zivilgesellschaft vorbereitet, die im ersten Quartal 2025 durchgeführt wird.

Planmässig 2027

RRZ 10d Daten als Ressource nutzen und das Prinzip der Einmalerfassung datenschutzkonform umsetzen.

Mit der Schaffung eines «Data Governance Frameworks» wird der organisatorische Rahmen für die effiziente Bewirtschaftung von Daten geschaffen und die Datengouvernanz (Steuerung, Unterstützung und Überwachung der Datenbewirtschaftung) definiert. Mit der kantonalen Datenplattform wird in enger Kooperation zwischen den strategischen Initiativen Daten und IKT-Infrastruktur die dazu nötige Infrastruktur aufgebaut. Im Berichtsjahr konnten diese Projekte erfolgreich initiiert und direktionsübergreifend abgestützt werden. Zur Adressierung der rechtlichen Fragen, insbesondere in Zusammenhang mit der datenschutzkonformen Umsetzung des Prinzips der Einmalerfassung (once only), wird die strategische Initiative Recht eng in diese Projekte einbezogen. Im Berichtsjahr konnten die hierfür nötigen Austausch- und Koordinationsmechanismen aufgebaut und etabliert werden.

Planmässig 2027

RRZ 10f Den kompetenten und umsichtigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ausbauen und den Wissensaustausch dazu fördern.

Das Kompetenzzentrum Datenwissenschaft hat an über zehn Pilotprojekten in KI & Machine Learning Umfeld gearbeitet. Mehrere KI-Dienste sind umgesetzt oder in Umsetzung. Die Audiotranskription wird als Basisdienst für die gesamte Verwaltung eingesetzt werden. Die aus den Projekten gewonnenen Erkenntnisse wurden in einem Erfahrungsbericht zuhanden des Gremiums «Steuerung Digitale Verwaltung und IKT» dokumentiert. In über 40 Präsentationen und Weiterbildungen (25+ intern / 15+ extern) mit über 2800 Teilnehmenden wurde der Wissensaufbau zu KI in der Verwaltung und darüber hinaus vorangetrieben.

Planmässig 2027

2223 10e Umsetzung Statistikkoordination gemäss StatG

Die Zusammenarbeit mit den Amtsstellen hat sich etabliert. 49 Erhebungen wurden rapportiert.

Abgeschlossen 2024

2223 10f Verankerung von Open Government Data (OGD) und Unterstützung von Verwaltungseinheiten und öffentlich-rechtlichen Anstalten bei Erschliessung ihrer Datenbestände und Publikation als OGD

Im Berichtsjahr haben weitere Stellen begonnen, offene Behördendaten bzw. Open Government Data zu publizieren. Insgesamt wurden 95 neue Ressourcen veröffentlicht.

Planmässig 2025

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2223

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
33.0	44.0	37.8	-6.2	-14.1

Bemerkungen R24 zu B24

- 3.0 Ausbildungsstellen wurden budgetiert, diese werden jedoch beim Ist-Wert nicht ausgewiesen.
- 3.2 Teilweise wurden Stellen nicht nahtlos wiederbesetzt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.8	1.4	0.0	0.0	1.4	1.5	0.2	11.8
Aufwand	-9.5	-9.7	0.0	0.0	-9.7	-9.3	0.4	4.2
Saldo	-7.8	-8.3	0.0	0.0	-8.3	-7.8	0.6	6.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.7		- Tiefere Personalkosten durch verzögerte Stellenbesetzung
-0.1		- Höherer Sachaufwand
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023	Verwendung	Antrag Bildung 2024	Bestand 31.12.2024	Veränderung Bestand
plus Bildung 2023	2024	(verbucht 2025)	plus Bildung 2024	
-79302	0	0	-79302	0

Bemerkungen

Das Statistische Amt beantragt keine Rücklagen.

2224 Staatsarchiv

Die Vorarbeiten für die Bestellung von Bau 4 wurden gestartet. Die Mängel in Bau 3 konnten behoben werden. Für den Ersatz der Lüftungs- und Klimaanlage in Bau 1 und 2 laufen die Ausschreibungen. Das Forschungsprojekt über Adoptionen in den Kantonen Zürich und Thurgau 1973–2002 (mit dem Kanton Thurgau) ist abgeschlossen; die Publikation «Mutter unbekannt» ist erschienen. Die beiden Projekte über zivil- und strafrechtliche Versorgungsinstrumente der

Schweiz, die in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern und Justizvollzug und Wiedereingliederung umgesetzt werden und das Projekt Zeichen der Erinnerung, das gemeinsam mit fünf Pilotgemeinden umgesetzt wird, sind auf Kurs. Das Projekt Totalrevision des Archivgesetzes wurde mit einer Kick-off-Sitzung und der Bildung von vier Arbeitsgruppen gestartet.

Aufgaben

- A1 Überlieferungsbildung: Bildung und Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten (Bewertung und Übernahme der angebotenen Akten)
- A2 Aktenerschliessung: Erschliessung der übernommenen Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
- A3 Nacherschliessung und Digitalisierung: Erschliessung vormoderner Bestände bis 1830 sowie Digitalisierung zentraler Aktenserien und wichtiger Quellen des Kantons
- A4 Individuelle Kundendienste: Gewährleistung bzw. Herstellung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
- A5 Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen
- A6 Bereich Gemeindearchive: Unterstützung und Beaufsichtigung der Gemeinden bei der Wahrnehmung ihres gesetzlichen Archivierungsauftrags

Bemerkungen

- A6 Der Bereich Gemeindearchive wurde zur Abteilung Gemeindearchive.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L2 Ablieferungen anbieterpflichtiger Stellen	A1	86	80	106	26	32.5
L3 Ablieferungen nicht anbieterpflichtiger Stellen	A1	24	30	32	2	6.7
L4 Abgelieferte Akten anbieterpflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	929	700	846	146	20.9
L5 Abgelieferte Akten nicht anbieterpflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	49	100	70	-30	-30.0
L6 Erschlossene, im Durchschnitt der letzten vier Jahre abgelieferte analoge Unterlagen + 600 Laufmeter Restanzen, in %	A2	78	100	68	-32	
L7 Nacherschliessungen von Endarchivbeständen, in Laufmetern	A2, A3	71	100	169	69	69.0
L15 Erschlossene Verzeichnungseinheiten im Archivinformationssystem (AIS)	A2, A3	98800	100000	96907	-3093	-3.1
L8 Besucher/innen und schriftliche Anfragen	A4	2393	2000	2246	246	12.3
L11 Konservierte/restaurierte Bestände, in Laufmetern	A5	365	350	379	29	8.3
L12 Konservierte/restaurierte audiovisuelle Bestände (bestellbare Einheiten)	A5	6951	8000	4394	-3606	-45.1
L14 Gemeindearchivberatungen pro Jahr	A6	65	50	67	17	34.0
B1 Anteil Ablieferungen mit elektronischen Metadaten, die für die Aktenerschliessung direkt verwendbar sind, in %	A1	59	65	81	16	
B2 Innerhalb einer Woche beantwortete schriftliche Anfragen, in %	A4	100	90	90	0	
B3 Innerhalb von drei Monaten katalogisierte Neuzugänge in der Bibliothek, in %	A4	90	90	95	5	
B4 Verfügbarkeit des Online-Archivkatalogs und des Online-Bestellschalters, in %	A4	98	98	98	0	
W3 Positive Rückmeldungen der anbieterpflichtigen Stellen in Bezug auf die Dienstleistungen in den Bereichen Records Management und Ablieferungsprozess, in %	A1	95				
W4 Verbesserung der durchschnittlichen Überlieferungslage aller anbieterpflichtigen Stellen, in %	A1					
W11 Anteil anbieterpflichtiger Stellen mit einer guten Informationsverwaltung, in %	A1					
W6 Zufriedenheit der externen Kunden mit den Dienstleistungen vor Ort und auf dem Korrespondenzweg, in %	A4	90				

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2224

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
W7	Zufriedenheit der externen Kunden mit der Qualität und der Verfügbarkeit des Online-Angebots, in %	A4	90				
W8	Recherchen auf Online-Datenbank (in Mio.)	A4	0.0409				
W9	Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen, in %	A5	99	99	99	0	
W10	Angebot «Integrierte Informationsverwaltung für Zürcher Gemeinden»: Erfüllungsgrad der Dienstleistungsverträge	A6	100	95	100	5	5.3
W1	Nennungen in Medien (Printmedien, TV, Radio)	A1, A2, A3, A4, A5, A6	38	50	41	-9	-18.0

Bemerkungen

- L2, L4 Es haben deutlich mehr Organisationseinheiten abgeliefert als in den letzten Jahren. Es erfolgte ein Transfer einer grossen Ablieferung mit Militärunterlagen aus dem Stadtarchiv Zürich im Umfang von 110 Laufmetern.
- L5 Der Wert liegt im normalen Schwankungsbereich.
- L6, L7 Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung. Erschlossen wurden 1204 Laufmeter Akten. Zudem konnten 169 Laufmeter Akten von Parteibeständen und des Bauwesens des 19./20 Jahrhunderts nacherschlossen werden.
- L12 Der Zielwert konnte nicht erreicht werden. Die Dossiers einzelner audiovisueller Medien waren sehr umfangreich.
- L14 Im Zusammenhang mit elektronischer Informationsverwaltung besteht bei den Gemeinden viel Beratungsbedarf.
- B1 Verstärkte Bemühungen haben zu mehr Ablieferungen von Metadaten geführt.
- W3 Der Indikator wird alle drei Jahre erhoben.
- W4, W11 W4 wird nicht mehr weitergeführt und durch W11 (keine jährliche Erhebung) abgelöst.
- W7 Der Indikator wird alle zwei Jahre erhoben.
- W10 Die Zufriedenheit der Gemeinden mit den Dienstleistungen des Staatsarchivs ist weiterhin sehr hoch. Seit dem Berichtsjahr nutzen 39 Gemeinden das Angebot.
- W8 Die Messinstrumente zur Zählung der Anzahl Recherchen auf der Online-Datenbank wurden überarbeitet. Ab 2025 wird es einen neuen Indikator geben.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Die Projekte Zeichen der Erinnerung (Betrieb ab 2025) und Wegsperrern – so oder so? (2024–2026) wurden fortgesetzt. Das Projekt Adoptionen ZH/TG (Herbst 2024) wurde abgeschlossen.

Stand bis

JI 10.3a Aufbau einer abgestuften Lösung für Kanton und Gemeinden zur elektronischen Archivierung (DigDataZH)

Die Projektarbeiten stehen vor dem Abschluss. Das Informations-, Sicherheits- und Datenschutzkonzept wurde von der Datenschutzbeauftragten genehmigt. Die ersten drei Pilotgemeinden starten 2025 mit der elektronischen Archivierung.

Planmässig 2027

JI 10.5a Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen

Mit zahlreichen Organen haben individuelle Beratungen zur Informationsverwaltung stattgefunden. Der Leitfaden zur Verordnung über die Informationsverwaltung und -sicherheit wird 2025 publiziert.

Planmässig 2027

2224 10b Aktenerschliessung Akten 20./21. Jahrhundert

Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung. Erschlossen wurden 1204 Laufmeter. Der Zielerfüllungsgrad liegt bei 68%. Die Zielerreichung bei der Anzahl erschlossener Verzeichnungseinheiten lag bei 97%, es wurden 96 900 Einheiten erschlossen. Es fallen weiterhin grosse Mengen analoger Akten aus der Verwaltung an. Dieser Umstand verzögert seinerseits den Abbau der Restanzen aus dem Zwischenarchiv.

Verzögert 2027

2224 10c Abbau Restanzen Zwischenarchiv

Es konnten 849 Laufmeter (Lfm) erschlossen werden, der Zuwachs betrug 533 Lfm, somit konnte das Zwischenarchiv um 316 Lfm abgebaut werden (Zielerreichung: 53%).

Verzögert 2027

2224 10d Betrieb leistungsfähiger Kundendienst vor Ort und für korrespondierende Kundschaft

Das «Quellenbasierte Lernangebot für Schulen» stösst bei der Kantonsschule Zürich Nord (zurzeit auf dem Campus Irchel zu Gast) und weiteren Kantonsschulen auf grossen Anklang. Auch die weiteren Angebote für die Öffentlichkeit, die Schulen und die Forschung werden sehr gut genutzt.

Planmässig 2027

2224 10e Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter) / Koppelung mit Portal Museum / Ein Projekt zur Schaffung einer neuen digitalen Nutzungsplattform ist in Planung

Im Rahmen des Projekts zur Beschaffung einer digitalen Nutzungsplattform als künftiges Kundenfront-end starteten die Staatsarchive Zürich und Thurgau sowie das Stadtarchiv Zürich ein Projekt für eine gemeinsame Ausschreibung und Beschaffung. Die Submission ist für 2025 geplant.

Planmässig 2027

2224 10f Zürichs zentrale Quellenserien des 19. und 20. Jahrhunderts sind online verfügbar.

Die Freischaltung von «Sources online» im Herbst des Berichtsjahres verlief erfolgreich und stösst auf sehr gutes Echo. Die weiteren Arbeiten für die Nacherschliessung und Digitalisierung zentraler Quellen aus älteren Beständen (Projekt NED26) laufen planmässig. Das Projekt Amtsblatt ist weiterhin in Realisierung.

Planmässig 2027

2224 10g Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen

Die Infrastruktur wurde um einen Lösemittelarbeitsplatz einschliesslich Saugscheibe erweitert. Dadurch ist eine effizientere Entfernung von Selbstklebebandern auf historischen Schriftstücken möglich. Im Weiteren ist es neu möglich, unter Verwendung eines Aerosolgenerators pudrige und fragile Malschichten zu festigen. Die Verwendung und der Einsatz von Nanocellulose im Bereich der Papierstabilisierung wurde vorangetrieben und bietet ab 2025 neue Möglichkeiten im Bereich der Papierrestaurierung.

Planmässig 2027

2224 10h Betrieb Kompetenzzentrum Medien und Daten

Die Arbeiten verlaufen planmässig. Der Gerätepark wird den Anforderungen entsprechend angepasst, verschiedene Hardware und Software-Applikationen wurden beschafft. Die Abläufe werden weiter standardisiert und automatisiert.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
70.0	75.2	72.0	-3.2	-4.3

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Im Beschäftigungsumfang sind Lernende sowie Praktikantinnen und Praktikanten im Umfang von 4.5 Stellen nicht einberechnet. Der Beschäftigungsumfang einschliesslich Lernender sowie Praktikantinnen und Praktikanten beträgt insgesamt 76.5 Stellen; die effektive Abweichung von 1.3 Stellen ist auf die Beschäftigung von Aushilfen (Ukraine: 2.8 Stellen) und nicht besetzte Praktikumsstellen (1.5 Stellen) zurückzuführen.

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	1.3	1.1	0.0	0.0	1.1	1.7	0.6	54.6
Aufwand	-12.5	-12.3	0.0	0.0	-12.3	-13.9	-1.6	-12.6
Saldo	-11.2	-11.2	0.0	0.0	-11.2	-12.1	-0.9	-8.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.9		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.7	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Ertrag: Drittmittelfinanzierte Projekte
0.2	A1, A2, A3, A4, A5	- Tieferer Aufwand Anschaffung Möbel, Geräte und Maschinen
0.2	A1, A2, A3, A4, A5	- Tieferer Aufwand Anschaffung Betriebsmaterial, Unterhalt Maschinen, Nebenkosten Mietermodell
-0.1	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Aufwand Infomatik
-0.1	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Aufwand Dienstleistungen Dritter
-0.5	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Aufwand Beitrag/Subvention an Museum Schloss Kyburg
-0.6	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Personalaufwand Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 45/2024, Beschäftigung ukrainischer Aushilfen und sonstiger Aushilfen
-0.7	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Aufwand: Drittmittelfinanzierte Projekte
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
0	0	0	0	0

2232 Kantonale Opferhilfestelle

Insgesamt richtete die Kantonale Opferhilfestelle im Berichtsjahr finanzielle Leistungen im Umfang von 6,4 Mio. Franken (Vorjahr: 6,2 Mio. Franken) an Opfer und Angehörige aus. Die acht vom Regierungsrat anerkannten Opferberatungsstellen erhielten 9,2 Mio. Franken Staatsbeiträge (Vorjahr: 8,5 Mio. Franken) als Abgeltung für ihre Leistungen. Sie führten 13741 (Vorjahr: 13109) Beratungen durch. Die pro Fall zur Verfügung stehende durchschnittliche Zeit liegt bei 4,56 Stunden (Vorjahr 4,37).

Die aufgrund der Änderung des Gewaltschutzgesetzes (Beratungsstelle für Minderjährige, ABI 2023-07-07) notwendigen Umsetzungsarbeiten konnten abgeschlossen werden. Die Beratungsstellen setzen die ihnen zusätzlich übertragenen Aufgaben seit dem 1. Juli des Berichtsjahres um.

Im Berichtsjahr wurde das Strategieprojekt weitergeführt und Ende Jahr abgeschlossen. Dabei wurde das Unterstützungsangebot für Opfer von Gewalt im Auftrag der Kantonalen Opferhilfestelle von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften überprüft. Gestützt darauf beschloss der Regierungsrat verschiedene Folgemaassnahmen zur weiteren Umsetzung der Istanbul-Konvention (RRB Nr. 1254/2024). Die Grundlagen für die Umsetzung der schweizweiten Telefonnummer für Opfer von Gewalt wurden erarbeitet. Der Auftrag für deren Betrieb für den Kanton Zürich ab November 2025 konnte an die Stiftung Opferhilfe Zürich vergeben werden (RRB Nr. 1042/2024). Das Projekt zur Einführung einer neuen Fachapplikation befindet sich in der Umsetzungsphase.

Aufgaben

- A1 Beurteilung und Entscheid betreffend Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe
- A2 Administrative Aufsicht über Beratungsstellen
- A3 Finanzierung der Beratungsstellen
- A4 Geltendmachung der Ansprüche gegenüber der Täterschaft (Regress)
- A5 Information über die Opferhilfe und ihre Organisation

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Neu eröffnete Opferhilfverfahren	A1	800	800	814	14	1.8
L2	Abgeschlossene Opferhilfverfahren	A1	731	770	700	-70	-9.1
L4	Neu eröffnete Regressverfahren	A4	77	50	65	15	30.0
L5	Beratungsstellen mit Leistungsvertrag	A2	8	8	8	0	0.0
L6	Eingekaufte Beratungsstunden bei den Beratungsstellen	A3	57305	61590	62687	1097	1.8
B2	Durchschnittliche Kosten je Opferhilfverfahren, in Fr. (inkl. Personalaufwand und finanzieller Leistungen an Opfer)	A1	8431	7200	9377	2177	30.2
B3	Kosten pro eingekaufte Beratungsstunde	A3	149	149	151	2	1.3
B4	Abgeltung anderer Kantone für Opferberatungsleistungen (Gesamtbetrag)	A3	693781	700000	810302	110302	15.8
B5	Vereinnahmte Erträge aus Regressverfahren	A4	130886	120000	128155	8155	6.8
W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung), in Mt.	A1	1.73	1.5	1.5	0.0	0.0
W3	Neu eröffnete Beschwerdeverfahren	A1	2	10	8	-2	-20.0
W4	Durch das Sozialversicherungsgericht vollumfänglich oder teilweise gutgeheissene Beschwerden	A1	2	2	0	-2	-100.0

Bemerkungen

- L1 Um die Fallführung administrativ zu vereinfachen, wurden im Bereich Menschenhandel mehrere Gesuche einer Person zusammengefasst und lediglich als ein Verfahren ausgewiesen. Ohne diese Anpassung wäre von insgesamt rund 940 Verfahren auszugehen.
- L2 Die Opferhilfverfahren werden zunehmend komplexer.
- B4 Zunehmende Beratungsdienstleistungen für andere Kantone.
- B2 Komplexere Fälle mit mehreren Schadenspositionen und höheren finanziellen Leistungen an die Opfer

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.

Das Strategieprojekt der Opferhilfe konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Es wurden verschiedene Massnahmen zur Verbesserung des Zugangs und der Unterstützungsangebote für Opfer von Gewalt beschlossen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden. So soll unter anderem die Begleitung des Opfers im Strafverfahren verbessert werden. Weiter soll die Sichtbarkeit des Opferberatungsangebot für männliche Personen erhöht werden. Schliesslich soll die Opferhilfe mittels Kampagnen besser bekannt gemacht werden. Bei potenziell zuweisenden Bereichen, wie beispielsweise dem Gesundheitssystem oder der sozialen Arbeit, soll das Wissen zur Opferhilfe verbessert werden, indem regelmässige Schulungen durchgeführt werden.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Um zu prüfen, ob die gesamte Bevölkerung Zugang zu den Leistungen der Opferhilfe hat, wurde bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften eine Studie in Auftrag gegeben. Die Bedarfserhebung zur Opferhilfe im Kanton befasst sich mit der Frage, wie der Zugang für unterschiedliche Opfergruppen, Formen von Gewalt (z.B. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt) und Opfersituationen gewährleistet werden kann. Alsinteressierende Opfergruppen definiert wurden Frauen, Männer, LGBTQIA+-Personen, Personen über 60 Jahren, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Unter dem Begriff der Opfersituationen wurden unterschiedliche Ausgangslagen Betroffener berücksichtigt, z.B. Opfer in Strafverfahren oder mehrfachbelastete Opfer mit längerfristigem Unterstützungsbedarf. Die Studie wurde im Berichtsjahr publiziert. Sie zeigt unter anderem auf, dass die Fachpersonen der Opferhilfe zu Themen einer inklusiven Opferhilfe und den Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen geschult werden müssen.

Planmässig 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Die Bedarfserhebung zur Opferhilfe zeigt auf, dass es für die Zielgruppe von trans und nichtbinären Personen wichtig ist, dass sich ein Angebot explizit an sie richtet. Sie benötigen Unterstützungsangebote, die ihre Identitäten ernst nehmen und sie vor Diskriminierung schützen. Es soll ein nach aussen deutlich sichtbares Beratungsangebot für LGBTQI+-Personen geschaffen und mittels spezifischer Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht werden.

Planmässig 2027

J1 1.2a Erarbeitung einer umfassenden Opferhilfestrategie

Das Strategieprojekt konnte im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden.

Abgeschlossen 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
7.9	8.5	9.0	0.5	5.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24plus	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.9	1.2	0.0	0.0	1.2	1.4	0.2	18.2
Aufwand	-17.6	-15.7	0.0	0.0	-15.7	-18.8	-3.1	-19.5
Saldo	-15.6	-14.5	0.0	0.0	-14.5	-17.4	-2.9	-19.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24plus	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2232

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.9		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.1	A4	- Höhere Regresseinnahmen
0.1	A3	- Höhere Rückerstattungen von anderen Kantonen für Beratungsleistungen zugunsten ausserkantonaler Opfer
-0.1	A4	- Höherer Wertberichtigungsbedarf im Zusammenhang mit den Regressforderungen
-0.3	A3	- Teuerungsausgleich an Beratungsstellen
-0.3	Jl 1.2a	- Höhere Dienstleistungsaufwand für kantonale Opferhilfestrategie
-0.4	RRZ 1d	- RRB Nr. 1320/2023: Dienstleistungen des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich im Zusammenhang mit dem Projekt «Aufsuchender Dienst Forensic Nurses»
-0.9	A3	- Höhere Anzahl eingekaufter Stunden bei Beratungsstellen infolge Änderung des Gewaltschutzgesetzes
-1.2	A1	- Komplexere Fälle mit mehreren Schadenspositionen und höheren finanziellen Leistungen an die Opfer
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-1 195	1 195	0	0	1 195

2233 Fachstelle Gleichstellung

Im Berichtsjahr lag der Fokus neben den operativen Aufgaben auf der Weiterentwicklung der Strategie der Fachstelle mit dem Ziel, Strategie zu schärfen und die Fachstelle als Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen zu positionieren. Hierzu wurden Handlungsfelder identifiziert und basierend auf fundiertem Wissen in einem vierteiligen Umsetzungskonzept weiterentwickelt: Im Bereich «Strategie» wurde eine direktionsübergreifende Bestandsaufnahme zu Gleichstellungsprojekten fortgeführt. Im Bereich «Koalition» stand eine innovative Workshop-Reihe mit der Gleichstellungskommission im Zentrum, um breit abgestützte, konstruktive Massnahmen zu entwickeln. Die Erkenntnisse daraus bilden die Grundlage für den Entwicklungsschwerpunkt JI 5.1a. Im

Bereich «Produkte» lag der Fokus auf der Weiterentwicklung von Instrumenten zur Gleichstellungsförderung. Die «nutzenzentrierte Angebotsentwicklung konnte zusammen mit KMU und Gemeinden bedarfsorientiert weiterentwickelt sowie der Zugang zu Gleichstellungsinstrumenten für Arbeitgebende erleichtert werden. Im Bereich «Kommunikation» stand der Abbau von Zugangsbarrieren und damit zielgruppenge-rechte Weiterentwicklung der Kommunikationskanäle im Vordergrund. Weiter sensibilisierte die Fachstelle zu Themen wie sexuelle Belästigung, Diskriminierungsschutz, Lohn und Vereinbarkeit und beriet Betriebe, Privatpersonen, Fachkräfte und verwaltungsinterne Stellen zum Gleichstellungsgesetz.

Aufgaben

- A1 Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Unterstützung von Regierungsrat und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der Gleichstellungspolitik
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und der Arbeitgebenden in der Umsetzung von Chancengleichheit

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L2 Erarbeiten von Stellungnahmen (Zielwert)	A2	18	20	23	3	15.0
L4 Vorträge, Medienarbeit, Workshops, Schulungen usw., in Std.	A3	1 246	2 394	1 879	-515	-21.5
L6 Auskünfte und Beratungen (Zielwert)	A1	300	830	260	-570	-68.7
B2 Aufwand pro Beratung, in Fr.	A1	197	200	67	-133	-66.5
B3 Aufwand für Vorträge, Medienarbeit, Workshops, Schulungen usw., in Fr.	A3	143 371	345 000	229 343	-115 657	-33.5
W2 Einbezug der Fachstelle durch Arbeitgebende und Bildungsinstitute	A1, A3	75	75	68	-7	-9.3

Bemerkungen

- L4, B3 Strategische Neuausrichtung mit Fokussierung auf den gesetzlichen Auftrag. In Erfüllung dessen verstärkte Projektarbeit. Vermehrt Anfragen für Schulungen und Vorträge als im Vorjahr, zudem Erarbeitung einer neuen Webseite (Sensibilisierungsauftrag und proaktives Aufgreifen von gängigen Beratungsanfragen).
- L6 Es wird nicht mehr jeder einzelne Kontakt, sondern fallbezogen gezählt. Eine Beratung kann auch eine Serie von Beratungen in demselben Fall umfassen. Dazu kommen ein Personalwechsel (jur. Beraterin) sowie ein Mutterschaftsurlaub (Leitung).
- B2 Infolge strategischer Neuausrichtung und Fokussierung auf den gesetzlichen Auftrag der Beratung, kürzere Beratungszeiten aufgrund von Fokus auf Vorgehensberatung
- W2 Aufgrund von Projekt zur Weiterentwicklung der Angebote für Arbeitgebende wurde der Einbezug der Fachstelle durch Arbeitgebende im Berichtsjahr mehrheitlich über dieses Projekt erfasst, was zu einer Minderung bei W2 führte.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Mit verschiedenen Veranstaltungen und Projekten wurde zum Abbau von Zugangsbarrieren und zur gesellschaftlichen Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen beigetragen. Dazu zählten die Arbeiten zur Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention. Im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans Behindertenrechte wurde ein Instrument entwickelt, mit dem zukünftig die geschlechtersensible Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen unterstützt werden kann. In Umsetzung von RRB Nr. 338/2021 verantwortete die Fachstelle im Co-Lead mit der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt Massnahmen zur Verhinderung und Verringerung geschlechtsspezifischer Gewalt. Zudem initiierte die Fachstelle die Weiterentwicklung bestehender Angebote zur Gleichstellung am Arbeitsplatz und baute Austauschplattformen für KMU auf. Durch Beratungen und Schulungen unterstützte die Fachstelle zudem die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes und förderte so die Teilhabe am Arbeitsleben.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Im Berichtsjahr arbeitete die Fachstelle in einer Projektgruppe am Massnahmenplan Diskriminierungsschutz mit und war im Steuerungsausschuss aktiv. Sie bringt damit sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene die Geschlechterperspektive ein. Mit dem Ziel einen koordinierten und umfassenden Ansatz sicherzustellen. So wurde gewährleistet, dass die Arbeiten zur Berichterstattung zum Postulat KR-Nr. 377/2020 betreffend Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation und zur Gleichstellungsstrategie gut auf die Aktivitäten weiterer Fachstellen sowie den gesamten Massnahmenplan Diskriminierungsschutz abgestimmt sind sowie die Effektivität der Massnahmen gewährleistet ist.

Planmässig 2027

Jl 5.1a Erarbeitung einer Gleichstellungsstrategie

Als Grundlage für die Erarbeitung einer Gleichstellungsstrategie wurden im Berichtsjahr die bestehenden Projekte und der Bedarf von vorerst drei Direktionen identifiziert und analysiert. Diese Erkenntnisse bildeten die Grundlage für die Schärfung der Handlungsfelder und die Fortführung der Bestandsaufnahme in den weiteren Direktionen und der Staatskanzlei. Die direktionsübergreifende Bestandes- und Bedarfserhebung als Grundlage für die Gleichstellungsstrategie ermöglicht ein koordiniertes Vorgehen im gesamten Kanton, verleiht den vielfältigen Massnahmen und Projekten Sichtbarkeit und stellt die Erfüllung der Verbundaufgabe Gleichstellung (Bund-Kanton-Gemeinden) sicher.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
3.1	4.1	2.8	-1.3	-32.7

Bemerkungen R24 zu B24

-1.1 Die Praktikumsstellen werden in der Rechnung nicht ausgewiesen, sind aber im Budget jeweils enthalten.

Finanzierung

	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-53.7
Aufwand	-0.8	-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.9	0.0	1.8
Saldo	-0.8	-0.8	0.0	0.0	-0.8	-0.8	-0.0	-0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-5692	0	0	-5692	0

2234 Fachstelle Kultur

Das Kulturförderungsgesetz verpflichtet den Kanton, das Kulturschaffen zu fördern und damit die kulturelle Vielfalt zu stärken. Die Ausgestaltung der Kulturförderung regelt das Leitbild Kulturförderung. Erstmals richtete die Fachstelle im Berichtsjahr das Kulturprogramm mittelgrosse Städte aus, das zur Stärkung der Kultur in regionalen Zentrumsstädten und Agglomerationsgemeinden entwickelt wurde. Vier Städte wurden mit einem Gesamtbetrag von 0,5 Mio. Franken unterstützt. Zudem wurden die Kulturprogramme von 70 Gemeinden aus dem ganzen Kanton sowie 104 Kulturinstitutionen (einschliesslich Opernhaus und Theater Kanton Zürich) mit rund 108 Mio. Franken unterstützt. Hinzu kommen Beiträge an Sonderprojekte und Investitionsbeiträge sowie die sogenannten Legislaturtranchen für die grossen Kulturinstitutionen der Städte Zürich und Winterthur. In der Projektförderung wurden 780 Gesuche mit über 15 Mio. Franken unterstützt. Insgesamt hat die Fachstelle gemeinsam mit der Kulturförderungskommission 2023 Gesuche geprüft. Gemäss Bericht zum Postulat KR-Nr. 248/2015 kommt bei der Finanzierung der Kulturförderung das sogenannte Zweisäulenmodell (Finanzierung aus Kulturfondsmitteln und Staatsmitteln) zur Anwendung. Einmalige Unterstützungsbeiträge wie die Projektförderung, Beiträge an Investitionsvorhaben oder die Legislaturtranchen werden aus Kulturfondsmitteln finanziert, Beiträge an die Kulturprogramme der Gemeinden sowie grössere, langfristig zugesagte Betriebsbeiträge mit Staatsmitteln.

Aufgaben

- A1 Unterstützung von kulturellen Werken und künstlerisch Begabten
- A2 Unterstützung öffentlicher und privater Kulturinstitutionen und -organisationen
- A3 Subventionierung von professionellen kommunalen Kulturprogrammen
- A4 Mitfinanzierung des Opernhaus Zürich (Kostenbeitrag Betrieb, Kostenanteil Bauunterhalt und Subvention Bauvorhaben)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützte Projekte (Zielwert)	A1	811	730	780	50	6.8
L2	Unterstützte öffentliche und private Kulturinstitutionen (Zielwert)	A2	109	102	104	2	2.0
L3	Unterstützte kommunale Kulturprogramme (Zielwert)	A3	70	80	74	-6	-7.5
L4	Opernhaus Zürich: Aufführungen Hauptbühne (Zielwert)	A4	235	200	220	20	10.0
L5	Opernhaus Zürich: Premieren (Zielwert)	A4	12	10	12	2	20.0
L6	Opernhaus Zürich: Volksvorstellungen (Zielwert)	A4	28	20	20	0	0.0
B1	Anteil Verwaltungskosten am Total der Förderbeiträge (ohne Subvention Bauvorhaben und ohne Kostenanteil Opernhaus Zürich), in %	A1, A2, A3, A4	2.04	2	1.9	-0.1	
B2	Opernhaus Zürich: Eigenwirtschaftlichkeit, in %	A4	36	33	35.7	2.7	
W1	Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge	A1	62	70	74	4	5.7
W2	Unterstützte Veranstaltungen in den Gemeinden (ohne Zürich und Winterthur)	A3	1 571	1 600	1 724	124	7.8
W3	Opernhaus Zürich: Auslastung, in %	A4	89	78	91.5	13.5	

Bemerkungen

L1, L2, Die Indikatoren umfassen sowohl die über die LG 2234, Fachstelle Kultur, als auch die über die LG 2934, Kulturfonds, L3, B1, unterstützten Projekte, Institutionen und Beiträge.

W1,

W2

L1 Die Zahl der eingereichten Gesuche bewegt sich auf anhaltend hohem Niveau. Entsprechend hoch bleibt der Druck auf eine stärkere Selektion zur Förderung von fairen Arbeitsbedingungen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3a Die Kultur als Begegnungsort für alle stärken.

Im Rahmen der Berichterstattung zum Postulat KR-Nr. 116/2020 betreffend Kultur für alle statt für wenige hat die Fachstelle Massnahmen für einen erleichterten Zugang zu Kulturveranstaltungen für Menschen mit beschränkten finanziellen Möglichkeiten erarbeitet. Grundlage dazu war eine Erhebung bei sämtlichen Kulturinstitutionen, die vom Kanton einen wiederkehrenden Betriebsbeitrag erhalten. Das Ergebnis machte deutlich, dass eine Mehrheit der Institutionen bereits niederschwellige Angebote wie Volksvorstellungen oder Tage der offenen Tür anbieten. Im Fokus der Massnahmen liegt die Optimierung der KulturLegi, die bereits gut etabliert ist.

Stand	bis
Planmässig	2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Im Sinne eines Aktionsplans gegen Diskriminierung in der Kulturförderung hat das Team der Fachstelle zusammen mit der Kulturförderungskommission einen Weiterentwicklungsprozess mit Fokus auf Massnahmen für eine «diversitätsbewusste Kulturförderung» durchgeführt. Eine der Massnahmen, die im Berichtsjahr umgesetzt wurde, ist die öffentliche Ausschreibung von Vakanzen in der Kulturförderungskommission mit dem Ziel, die Perspektivenvielfalt bei der Gesuchsbeurteilung zu erweitern.

Planmässig	2027

2234 3a Regionale Strukturen und Kooperationen stärken; Förderprogramm für mittel-grosse Städte initiieren

Das Förderprogramm für die regionalen Zentrumsstädte und die Agglomerationsgemeinden, Kulturprogramm mittelgrosse Städte, wurde im Berichtsjahr umgesetzt. Mit vier Städten, welche die Vorgaben des Programms erfüllen, konnten dreijährige Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Zudem wurde im Rahmen der von der Fachstelle organisierten regelmässigen Treffen mit den kommunalen Kulturbeauftragten die Idee einer gemeinsamen kantonalen Informationsplattform für Kulturveranstaltungen weiter vorangetrieben und konkretisiert.

Planmässig	2027

2234 3b Strahlkraft des Zürcher Kulturangebots stärken: Mitwirkung in den strategischen Gremien der grossen Kulturinstitutionen in den Städten Zürich und Winterthur

Mitarbeitende der Fachstelle sowie Dritte nahmen im Auftrag des Regierungsrates Einsitz in Aufsichtsgremien von ausgewählten Kulturinstitutionen der Städte Zürich und Winterthur. Die Fachstelle tauschte sich regelmässig mit den Kulturabteilungen der beiden Städte aus.

Planmässig	2027

2234 3c Förderung des gesamten Kurationsprozesses von Ideation und Kreation bis Distribution und Rezeption; faire Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende vorantreiben

Mit mehrjährigen Unterstützungsbeiträgen im Bereich der projekt- und personenbezogenen Förderung konnte bei der Unterstützung von Ensembles, Theatergruppen und Kunstveranstaltungen eine Lücke geschlossen werden. Darüber hinaus wurden in der gesamten Fördertätigkeit Massnahmen zur Umsetzung fairer Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende eingeführt.

Planmässig	2027

2234 3d Sicherung der Kulturfinanzierung mittels Zwei-Säulen-Modell

Mit dem neuen Lotteriefondsgesetz, das 2021 in Kraft trat, wurde ein Meilenstein für die Sicherung der Kulturfinanzierung gelegt. Die etappierte Umsetzung des Zweisäulenmodells in der Finanzierung der übrigen Kulturförderung konnte im Berichtsjahr weiter vorangetrieben werden. Gemäss Vorgaben der Kulturfondsstrategie (RRB Nr. 651/2022) soll der Fonds über einen Mindestbestand verfügen, der die Höhe einer jährlichen Fondseinlage nicht unterschreiten darf. Die Äufnung dieses Fondsvermögens, das dem Ausgleich von Schwankungen infolge grösserer Vorhaben dient, ist umgesetzt.

Planmässig	2027

2234 3e Die Kulturinstitutionen in ihren Öffnungsprozessen stärken und eine diversitätsbewusste Kulturförderung umsetzen

Um die Öffnungsprozesse in Kulturinstitutionen voranzutreiben, wurde das Förderprogramm Transformationsbeiträge Kulturelle Teilhabe für Kulturinstitutionen lanciert. Unterstützt werden organisatorische und strukturelle Veränderungsprozesse in Kulturinstitutionen, die darauf abzielen, die Vielfalt unserer Gesellschaft im Kulturbetrieb abzubilden.

Planmässig	2027

2234 3f Grundlagenprojekt Zukunft Oper erarbeiten

Das Projekt Zukunft Oper umfasst die langfristige Planung der baulichen und betrieblichen Massnahmen. Ziel ist die Behebung des durch verschiedene Studien nachgewiesenen erheblichen Platzmangels im Erweiterungsbau sowie des Sanierungsbedarfs im Altbau. Im Berichtsjahr sicherte der Regierungsrat dem Opernhaus eine Subvention von höchstens 4 Mio. Franken für die Vorstudie einschliesslich Wettbewerb und Gestaltungsplan zu (RRB Nr. 430/2024).

Planmässig	2027

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2234

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	10.9	9.5	11.2	1.7	17.4

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Aushilfsstellen infolge Langzeitabsenz; befristete Erhöhungen des Beschäftigungsumfangs zur Bewältigung des doppelten Führungswechsels; Assistenz Kulturfondsverwaltung (finanziert über die Leistungsgruppe Nr. 2934, Kulturfonds)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	13.3	8.3	0.0	0.0	8.3	8.5	0.3	3.1
- Mittel aus Kulturfonds	2.4	0.2	0.0	0.0	0.2	0.4	0.1	54.1
- Mittel aus ILV	8.0	8.0	0.0	0.0	8.0	8.1	0.1	1.3
Aufwand	-105.4	-109.0	0.0	0.0	-109.0	-109.5	-0.5	-0.4
- Kostenbeitrag Betrieb Opernhaus Zürich	-85.1	-85.6	0.0	0.0	-85.6	-86.9	-1.3	-1.6
- Kostenanteil Opernhaus Zürich	-4.3	-5.3	0.0	0.0	-5.3	-5.2	0.1	2.0
- Theater Kanton Zürich	-2.5	-2.7	0.0	0.0	-2.7	-2.7	0.0	1.2
- Übrige Kulturförderung	-4.4	-11.7	0.0	0.0	-11.7	-11.0	0.6	5.4
Saldo	-92.1	-100.8	0.0	0.0	-100.8	-101.0	-0.2	-0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.6	0.0	0.0	-8.9	-8.9	-3.1	5.7	64.5
Saldo	-0.6	0.0	0.0	-8.9	-8.9	-3.1	5.7	64.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.6	A2, A3	- Minderaufwand Übrige Kulturförderung
0.3	A4	- Minderaufwand Abschreibungen und Zinsen (Verzögerungen Investitionsprojekte Opernhaus Zürich)
0.1	A2	- Mehrertrag aus dem interkantonalen Kulturlastenausgleich (Beteiligung Kanton Schaffhausen)
0.1	A4	- Minderaufwand Kostenanteil Opernhaus Zürich
-1.3	A4	- Mehraufwand Kostenbeitrag Opernhaus Zürich aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-8.9	-3.1	5.7	
- Bauvorhaben OHZ (Zukunft Oper, Überbrückungsbau)	-8.9	-3.1	5.8	- Planmässiger Fortschritt der Bauvorhaben nach Verzögerungen in den Vorjahren
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-6836	0	0	-6836	0

2241 Fachstelle Integration

Nach drei Jahren der Umsetzung der Integrationsagenda Kanton Zürich zeigt sich, dass sich das Fördersystem für Geflüchtete bewährt hat und dass selbst die infolge des Ukrainekriegs stark gestiegenen Flüchtlingszahlen bewältigt werden konnten. Die aussergewöhnlichen Bedingungen der letzten zwei Jahre machten aber auch Schwächen sichtbar. Um die Wirksamkeit und die Effizienz des Fördersystems langfristig zu gewährleisten, startete die Fachstelle ein Projekt zur Optimierung der Steuerung.

Die Integration von Personen mit Schutzstatus S prägte das Berichtsjahr weiterhin stark. Um die Arbeitsintegration zu verbessern, suchte die Fachstelle verstärkt den Austausch mit der öffentlichen Arbeitsvermittlung, den Sozialdiensten, den ukrainischen Gemeinschaften und den Arbeitgebenden.

Auch im Berichtsjahr blieb die Fachstelle eine wichtige Anlaufstelle für kommunale Integrationsbeauftragte und förderte die Weiterentwicklung der Kantonalen Integrationsprogramme in den Gemeinden durch themenspezifische Austauschtreffen und den Dialog mit regionalen Gemeindeverbänden. Sie wirkte in dem vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) geleiteten Projekt zur Verstetigung der Integrationsvorlehre mit und sorgte gemeinsam mit dem Programm Grundkompetenzen des MBA dafür, dass ab dem 1. Januar 2025 Alphabetisierungskurse für Migrantinnen und Migranten bereitstehen.

Aufgaben

- A6 Prüfung der Auswirkungen von Rechtsetzung und Verwaltungstätigkeit auf die Stärkung der Chancengleichheit und Integration
- A7 Koordination der kantonalen Integrationsförderung in den und ausserhalb der Regelstrukturen
- A8 Unterstützung von kommunalen Angeboten in den Gemeinden sowie Bereitstellung von ergänzenden überkommunalen Angeboten zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung
- A9 Unterstützung der Gemeinden durch die Bereitstellung von Integrationsangeboten für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L2	Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden	A8, A9	58	60	59	-1	-1.7
L7	Bearbeitete politische Geschäfte	A6	38	30	30	0	0.0
L8	Sitzungen in Gremien	A7	74	60	89	29	48.3
L9	Ergänzende überkommunale Angebote des Kantons	A8	24	33	37	4	12.1
L10	Integrationsangebote des Kantons für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge	A9	16	16	16	0	0.0
L11	Teilnahmen aus den Gemeinden an Integrationsangeboten des Kantons	A9	21600	15000	29000	14000	93.3
B4	Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro Gemeinde	A8	79600	80900	81300	400	0.5
B5	Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro ergänzendes überkommunales Angebot des Kantons	A8	49400	40700	39300	-1400	-3.4
B6	Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro kantonales Integrationsangebot	A9	4347000	3215000	5213000	1998000	62.1
W3	Anteil der Ausländerinnen/Ausländer des Kantons, die in den Vertragsgemeinden leben, in %	A8	84	84	84	0	
W4	Anteil Gemeinden, welche die kantonalen Integrationsangebote nutzen, in %	A9	98	98	98	0	

Bemerkungen

- L8 Hoher Koordinations- und Abstimmungsaufwand kantonal und national infolge der Geflüchteten aus der Ukraine (Status S).
- L9 Bei der Budgetierung wurde ein Durchschnittswert angenommen. Die Anzahl der ausgewählten Projekte aus dem Projektförderkredit schwankt jährlich.
- L11 Infolge der hoch bleibenden Flüchtlingszahlen und einer intensiveren Förderpraxis sind die Angebotsteilnahmen gestiegen. Budget 2024 war ohne Personen mit Status S.
- B6 Aufgrund der Verlängerung des Status S sind die für das Berichtsjahr erwarteten Kosten (und die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel) höher als budgetiert.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5a Zur Förderung einer inklusiven Gesellschaft spezifische Massnahmen umsetzen.

Als Folge des Ukrainekriegs sind auch Angehörige der Minderheit der Roma in die Schweiz geflüchtet. Auf Nachfrage mehrerer Gemeinden hat die Fachstelle im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit einem Experten für osteuropäische Roma ein Entlastungsangebot zur interkulturellen Begleitung und Vermittlung von Roma(-Familien) mit Schutzstatus S eingerichtet.

Weiter hat die Fachstelle anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens zu einem Austausch über die Zürcher Integrationspolitik eingeladen. Im Fokus standen eine kritische Reflexion sowie die Frage, wie Integration im Kanton weiterentwickelt werden kann.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 5b Einen Aktionsplan zur Umsetzung von Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeiten.

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung zum Postulat KR-Nr. 92/2023 betreffend Kantonalem Massnahmenplan gegen Rassismus wurde eine Auslegeordnung zu möglichen Massnahmen erstellt und die Zusammenarbeit mit einem Sounding Board vorbereitet, dem Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft angehören. Der Bericht wird in den kantonalen Aktionsplan gegen Diskriminierung integriert, der in Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen partizipativ erarbeitet wird und unterschiedliche Formen von Diskriminierung adressiert.

Planmässig 2027

2241 5a Information und Kommunikation mit den relevanten Akteuren und der Öffentlichkeit zum Potenzial von Migration, Integration und Diversität

Die Fachstelle Integration hat im Berichtsjahr eine Kampagne gestartet, um Freiwillige für das kantonale Tandemprogramm zu gewinnen und die Öffentlichkeit für die Begegnung mit Geflüchteten und deren soziale Integration zu sensibilisieren. Die Kampagne umfasste Plakate, Werbung auf sozialen Medien und die Plattform zhusammen.ch. Zudem lud die Fachstelle Medienschaffende ein, um über Bildungsangebote für unbegleitete minderjährige Geflüchtete zu informieren. Die breite Medienresonanz unterstrich die Relevanz dieser Angebote und sensibilisierte dafür, wie wichtig Bildung für eine nachhaltige Integration ist – gerade bei Jugendlichen.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
13.7	13.7	14.5	0.8	5.7

Bemerkungen R24 zu B24

0.8 Schaffung einer befristeten Stelle zur Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie im Bereich Monitoring und Reporting

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	75.0	58.4	0.0	0.0	58.4	89.4	31.0	53.1
- Beiträge vom Bund, Integrationsförderung	5.4	6.0	0.0	0.0	6.0	5.8	-0.2	-4.1
- Beiträge vom Bund, Asyl- und Flüchtlingsbereich	69.7	52.3	0.0	0.0	52.3	83.6	31.2	59.7
Aufwand	-77.8	-61.2	0.0	-6.3	-67.5	-92.2	-24.7	-36.5
- Beiträge an Gemeinden	-64.0	-48.0	0.0	-6.3	-54.4	-77.4	-23.0	-42.4
- Beiträge an andere Direktionen	-8.6	-4.5	0.0	0.0	-4.5	-8.3	-3.8	-83.5
- Beiträge an Dritte	-2.8	-5.8	0.0	0.0	-5.8	-3.7	2.1	36.7
Saldo	-2.8	-2.8	0.0	-6.3	-9.2	-2.8	6.3	69.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

6.3 Abweichungen total R24 zu B24^{plus}

- RRZ 5a - Weniger Aufwand für Status S im Berichtsjahr. Kredit wird in das Jahr 2025 übertragen.
6.3 - Übrige Abweichungen

2251 Bezirksräte

Die Bezirksräte visitierten Gemeinden, Zweckverbände, (inter)kommunale Anstalten, Alters- und Pflegeheime, Invalideinrichtungen und Spitex-Organisationen. Sie prüften die Jahresrechnungen der Gemeinden, Zweckverbände, (inter)kommunalen Anstalten und der beaufsichtigten Stiftungen. Bei wesentlichen Mängeln wurde aufsichtsrechtlich eingeschritten und die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes sichergestellt. Die Zahl der Geschäftseingänge der Rechtsmittel und insbesondere der Kindes- und Erwachsenenschutzfälle befinden sich auf einem konstant hohen Niveau. Dieses Jahr gingen zudem ausserordentlich viele

Schulrekurse ein, vor allem aus einer Gemeinde. Die Anzahl Geschäfte gemäss Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland haben erneut stark zugenommen. Die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Gemeinden steigen stetig. Weiterhin benötigen die Definition der Anforderungen an ein neues Geschäftsverwaltungssystem, die Vorbereitung auf das neue Verwaltungsrechtspflegegesetz sowie generell Fragen der Digitalisierung zahlreiche Ressourcen bei den Bezirksamtskanzleien. Zudem wirkten sie in weiteren Arbeitsgruppen des Kantons mit und erarbeiteten zahlreiche Vernehmlassungen.

Aufgaben

- A1 Der Bezirksrat ist erste Rechtsmittelinstanz für die Behandlung von Rekursen gegen Entscheide der Gemeinde oder deren Behörden einschliesslich Sozialbehörden und Schulpflegen sowie Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.
- A2 Der Bezirksrat ist Aufsichtsbehörde über die Gemeindebehörden und -verwaltungen einschliesslich deren Anstalten und Zweckverbände, die gemeinnützigen privatrechtlichen Stiftungen sowie im Sozialbereich die Fürsorgebehörden, Heime und Spitex-Organisationen (u.a. Aufsichtsbeschwerden, Jahresrechnungen und Revisionsberichte).
- A3 Der Bezirksrat nimmt Verwaltungsaufgaben wahr. Er ist wahlleitende Behörde für Bezirkswahlen und entscheidet über Bewilligungen von Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller) sowie über die Entbindungen vom Amtsgeheimnis, Entlassungen und Bewilligungen zur Beendigung der Amtsdauer der unter seiner Aufsicht stehenden kommunalen Behörden.
- A4 Der Bezirksrat übernimmt Bezirksaufgaben, für die keine andere Behörde zuständig ist, und steht den Gemeindebehörden wie auch Privaten für Auskünfte zur Verfügung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L9	Eingänge Rechtsmittel, Aufsichtsbeschwerden	A1, A2	1388	1350	1346	-4	-0.3
L1	Erledigte Rechtsmittel	A1, A2	1408	1450	1399	-51	-3.5
L3	Erledigte erstinstanzliche Entscheide (die nicht bereits von L1, L4, L5 erfasst sind)	A2, A3	860	800	895	95	11.9
L10	(L3) davon erledigte Lex Koller	A3	472	500	548	48	9.6
L2	Erteilte Rechtsauskünfte für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen	A4	8334	8100	8422	322	4.0
L4	Geprüfte Jahresrechnungen und Revisionsberichte, durchgeführte Visitationen beim Gemeinwesen im Rahmen des Aufsichtsrechts	A2	1738	1650	1851	201	12.2
L11	(L4) davon Visitationen gemeinderechtliche Organisationen	A2	223	200	227	27	13.5
L12	(L4) davon geprüfte Jahresrechnungen	A2	317	360	346	-14	-3.9
L5	Durchgeführte Visitationen bei Heimen, Spitex-Organisationen und Sozialbehörden im Rahmen des Aufsichtsrechts	A2	768	900	709	-191	-21.2
L7	Pendente Geschäfte spruchreif	A1, A2, A3	284	250	154	-96	-38.4
L8	Pendente Geschäfte total	A1, A2, A3	878	700	881	181	25.9
B1	In 60 Tagen erledigte Rekurse, in % (gemäss § 27c VRG)	A1	75.53	78	79.51	1.51	
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide, in %	A1	11.20	12.1	11.71	-0.39	
W2	Rückweisungen der nächst höheren Instanz, in %	A1	0.68	0.2	0.57	0.37	

Bemerkungen

- L7 Es werden nur noch Rechtsmittel gemäss § 27c VRG gezählt, da nur für diese Verfahren die Ordnungsfrist von 60 Tagen gilt.
- L5 Weniger Zuwachs als angenommen bei den Spitex-Organisationen. Nebenstandorte werden nur einmal in vier Jahren visitiert, weshalb diese Zahl variiert.
- L8 Steigerung bei den «Lex Koller»-Gesuchen führt zu höherer Anzahl pendenter Geschäften.
- L3, L10 Erneut starke Zunahme von «Lex Koller»-Gesuchen

Entwicklungsschwerpunkte

2251 10a Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c VRG) durch Optimierung der Abläufe zwecks Effizienzsteigerung

Die Behandlungsdauer konnte verkürzt werden, was sich auch an der erneuten Steigerung der in 60 Tagen erledigten Rekurse zeigt. Dank der Unterstützung der ausserordentlichen Ratsschreibern konnte zudem die Anzahl pender Rechtsmittel gesenkt werden.

Stand bis

Planmässig 2025

2251 10b Konsolidieren der einheitlichen Praxis KESB

Beschwerden gegen Entscheide der KESB haben die Bezirksräte in Anwendung der geltenden Rechtsprechung und Rechtsentwicklung entschieden. Massgebliche Rechtsfragen haben die Bezirkratschreibenden regelmässig im Kollegium besprochen. Die Mitglieder des Bezirkrates wirkten zudem aktiv in der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht mit.

Planmässig 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
48.1	47.9	46.8	-1.1	-2.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.4	2.2	0.0	0.0	2.2	1.7	-0.6	-24.5
Aufwand	-11.3	-11.9	0.0	0.0	-11.9	-11.3	0.7	5.5
Saldo	-9.9	-9.7	0.0	0.0	-9.7	-9.6	0.1	1.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2023
plus Bildung 2023
-30328

Verwendung
2024
14622

Antrag Bildung 2024
(verbucht 2025)
0

Bestand 31.12.2024
plus Bildung 2024
-15706

Veränderung Bestand
14622

2261 Statthalterämter

Das Geschäftsjahr war geprägt durch ein enormes Wachstum der neu eingegangenen Straffälle. Das Wachstum verteilte sich nicht gleichmässig über den gesamten Kanton, sondern fand schwerpunktmässig in den Ballungszentren statt. Ebenfalls war ein markanter Anstieg bei den Bussenbezugsmassnahmen zu verzeichnen und spiegelte einmal mehr die schlechte Zahlungsmoral wider. Erfreulicherweise konnte die Zahl der erledigten Straffälle gesteigert werden, was auf Effizienzsteigerungsmassnahmen zurückzuführen ist.

Trotzdem ist infolge des starken Fallwachstums die Pendenzenlast weiter angestiegen. Die neu geschaffene Stelle einer für die Informations- und Kommunikationstechnologie zuständigen Person zeigt Wirkung, was sich bei der Erarbeitung und Einführung von Robotics und weiteren Digitalisierungsschritten zeigt. Das Ziel der Statthalterämter, einen grossen Teil des Fallwachstums durch Digitalisierung- und Effizienzsteigerungsmassnahmen aufzufangen, ist auf gutem Weg.

Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
- A2 Aufsicht über das Polizeiwesen, das Strassenwesen, das Feuerwehr- und Feuerpolizeiwesen der Gemeinden sowie Bearbeiten von Rekursen und Aufsichtsbeschwerden in diesen Bereichen. Inspektionen der Feuerwehren
- A3 Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
- A4 Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
- A5 Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L6	Neueingänge Straffälle	A1	74527	72000	87653	15653	21.7
L1	Erledigte Straffälle	A1	73930	73000	89145	16145	22.1
L3	Ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	A3, A5	289	300	254	-46	-15.3
L2	Rekurse, erstinstanzliche Verfahren (inkl. Aufsichtsbeschwerden)	A2, A5	474	380	375	-5	-1.3
L7	(L2) davon Waffenbeschlagnahmen/-einziehungen	A5	360	350	270	-80	-22.9
L4	Übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	A2, A3, A4	224	200	200	0	0.0
L5	Bussenbezugsmassnahmen	A1	125031	136900	150775	13875	10.1
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht gebührenfinanziert, in %	A1	79.91	80	80.87	0.87	
W1	Einsprachen gegen Strafbefehle	A1	2451	3000	2782	-218	-7.3
W2	Einsprachequote gegen Strafbefehle	A1	3.32	4.1	3.76	-0.34	
W7	Erledigte Einsprachen ohne Weiterzüge	A1	2281	2700	2582	-118	-4.4
W8	Erledigungsquote Einsprachen ohne Weiterzüge	A1	93.06	90	92.81	2.81	
W3	Pendente Straffälle Ende Jahr	A1	9987	8000	13878	5878	73.5
W4	Quote pendente Straffälle Ende Jahr	A1	11.93	10.1	14.21	4.11	
W5	Pendenzen Strafverfolgung älter als sechs Monate; Anzahl Fälle	A1	4105	3500	5114	1614	46.1
W6	Quote Pendenzendauer Strafverfolgung älter als sechs Monate	A1	5.55	4.8	6.92	2.12	
W10	Einstellungen Strafverfahren	A1	5477	5000	6214	1214	24.3
W11	Einstellungsquote Strafverfahren	A1	7.41	6.8	8.41	1.61	

Bemerkungen

- W3, W6 Durch die stark angestiegene Falllast erhöhte sich die Zahl der pendenten Straffälle, insbesondere derjenigen mit einer Erledigungsdauer länger als sechs Monate.
- L7 Rückgang von Waffensicherstellungen durch Polizei
- L5 Die hohe Zahl der erledigten Straffälle sowie die schlechte Zahlungsmoral führen zu mehr Bussenbezugsmassnahmen.

Entwicklungsschwerpunkte

2261 1a Planmässige Umsetzung neuer Rechtsentscheide und Optimierung der Abläufe zwecks Effizienzsteigerung

Massgebliche Rechtsentscheide bespricht die Statthalterkonferenz regelmässig. Neue Rechtslagen fliessen laufend und umgehend in Praxisentscheide ein. Möglichkeiten zur Ablaufoptimierung und zu weiteren Effizienzsteigerungsmassnahmen werden laufend eruiert und umgesetzt.

Stand bis
 Planmässig 2025

2261 6a Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes

Durch die enge Zusammenarbeit mit der Polizei wurde die Durchsetzung des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) optimiert, sodass neue Rechtslagen laufend und umgehend in Praxisentscheide einfließen.

Planmässig 2025

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2261

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
83.7	86.6	85.6	-1.0	-1.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	31.1	32.0	0.0	0.0	32.0	34.7	2.7	8.4
Aufwand	-24.3	-24.3	0.0	0.0	-24.3	-26.9	-2.6	-10.6
Saldo	6.8	7.6	0.0	0.0	7.6	7.7	0.1	1.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
2.7	A1, A5	- Höherer Ertrag durch gesteigerte Fallbearbeitung im Übertretungsstrafrecht
-0.1	A1, A5	- Leicht höherer Personalaufwand
-2.5	A1, A5	- Stark angestiegene Wertberichtigungen und Forderungsverluste
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023

plus Bildung 2023

-115798

Verwendung

2024

33219

Antrag Bildung 2024

(verbucht 2025)

-132171

Bestand 31.12.2024

plus Bildung 2024

-214750

Veränderung Bestand

-98952

Bemerkungen

Dank des engagierten Einsatzes aller Mitarbeitenden, einer konsequent effizienten Arbeitsweise und gezielten Optimierungsmassnahmen konnte die Fallbearbeitung gesteigert werden. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die erledigten Straffälle um 20.5% übertroffen. Dieses Resultat unterstreicht die nachhaltige Wirkung strategischer Massnahmen sowie die erfolgreiche und effiziente Nutzung der verfügbaren Ressourcen. Infolge der höheren Fallbearbeitung konnten die Entgelte gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. Franken gesteigert werden.

2270 Religionsgemeinschaften

Die verfassungsrechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften erbringen wichtige Leistungen für die gesamte Gesellschaft, zum Beispiel im Bereich von Jugendarbeit, Sozialberatungen oder Bildung. Dafür erhielten die Religionsgemeinschaften einen finanziellen Beitrag von 50 Mio. Franken. Beitragsberechtigt sind die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft, die Christkatholische Kirchgemeinde, die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdisch Liberale Gemeinde.

Weitere 5 Mio. Franken wurden zur Kompensation für die Einbussen an die Landeskirchen entrichtet, die diese durch die Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung bei den Steuereinnahmen für juristische Personen erlitten. Die Entwicklungsschwerpunkte werden in der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, abgebildet.

Aufgaben

A1 Begleitung bei der Erstellung von Tätigkeitsprogrammen und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. des Kirchengesetzes

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-55.0	-55.0	0.0	0.0	-55.0	-55.0	0.0	0.0
Saldo	-55.0	-55.0	0.0	0.0	-55.0	-55.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

2934 Kulturfonds

Die Fachstelle Kultur ist gemäss Lotteriefondsgesetz für die Verwaltung des Kulturfonds zuständig. Wie unter Leistungsgruppe Nr. 2234, Fachstelle Kultur, dargestellt, werden die einmaligen Unterstützungsbeiträge (projekt- und personenbezogene Förderung, Beiträge an Sonderprojekte und Investitionsvorhaben, Legislaturtranchen für die Städte Zürich und Winterthur sowie kleinere Betriebsbeiträge aus dem Kulturfonds finanziert.

Aufgrund der über mehrere Jahre gestaffelten Einführung des Zweisäulenmodells hat die Fachstelle Kultur im Berichtsjahr auch einige grössere Betriebsbeiträge über den Kulturfonds finanziert. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 23,5 Mio. Franken ausgerichtet. Von den im Rahmen der Legislaturtranchen bewilligten 14,2 Mio. Franken konnten 2,5 Mio. Franken im Berichtsjahr ausbezahlt werden.

Aufgaben

A1 Die Mittel des Kulturfonds werden für gemeinnützige Zwecke im kulturellen Bereich verwendet.

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-36.3	-36.7	-44.1	-7.4	-20.3
Finanzierung	36.3	36.7	44.1	7.4	20.3

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	30.3	27.1	0.0	0.0	27.1	31.8	4.6	17.1
- Swisslos	30.3	26.4	0.0	0.0	26.4	31.8	5.4	20.4
- Entnahme Bestandeskonto		0.7	0.0	0.0	0.7	-0.7	-100.0	
Aufwand	-30.3	-27.1	0.0	0.0	-27.1	-31.8	-4.6	-17.1
- Beiträge	-26.3	-25.7	0.0	0.0	-25.7	-23.5	2.2	8.5
- Einlage in Bestandeskonto	-1.6	-1.2	0.0	0.0	-1.2	-7.9	-6.7	-564.0
- Übertrag an Fachstelle Kultur	-2.4	-0.2	0.0	0.0	-0.2	-0.4	-0.1	-54.1
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
5.4	A1	- Höhere Swisslos-Erträge
2.2	A1	- Minderaufwand Beiträge für gemeinnützige Zwecke im Kulturbereich (v.a. verzögerte Auszahlung der Legislaturtranche 2019–2023)
-0.1	A1	- Höherer Übertrag an Fachstelle Kultur
-0.7	A1	- Keine Fondsentnahme
-6.7	A1	- Fondseinlage infolge Mehrertrag Swisslos und Minderaufwand Beiträge für gemeinnützige Zwecke im Kulturbereich
-0.1		- Übrige Abweichungen

03

Sicherheitsdirektion

Überblick	66
Legislaturziele	66
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	66
Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)	67
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	67
Finanzierung	67
Übersicht	67
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	67
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	67
Personal- und Lohnstatistik	68
Beschäftigungsumfang	68
Lohnaufwand	68
Anstellungsverhältnisse	68
Parlamentarische Vorstösse	68
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	68
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	68
Leistungsgruppen	69
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	69
3100 Kantonspolizei	71
3200 Strassenverkehrsamt	74
3300 Migrationsamt	77
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	79
3500 Sozialamt	81
3700 Sportamt	84
3910 Sportfonds	86
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht	87
3930 Schutzraumfonds	89

Überblick

Zu den Aufgaben der Sicherheitsdirektion zählen die öffentliche Sicherheit, die soziale Sicherheit, die Verkehrssicherheit, die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen, das Ausländerrecht und der ausser-schulische Sport. Mit ihrer Arbeit trägt die Sicherheitsdirektion dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Die Lage im Asylwesen bleibt anspruchsvoll

Dem Kanton wurden gemäss Asylstatistik im Berichtsjahr rund 5500 Personen (rund 2900 Personen mit Schutzstatus S und 2600 Personen aus dem Asylbereich) zur Betreuung zugewiesen. Die Bestandeszahl im Kanton stieg weiter an. Die Situation bleibt damit für Kanton und Gemeinden herausfordernd. Um die Aufgabe zu bewältigen, hat der Kanton den Betrieb seiner im Verlauf der letzten Jahre zur Entlastung der Gemeinden stark ausgebauten, temporären Kapazitäten verlängert. Die Gemeinden leisteten ihrerseits einen grossen Einsatz, um die per 1. Juli des Berichtsjahres von 1,3% auf 1,6% erhöhte Aufnahmequote zu erfüllen.

Mehr Selbstbestimmung für ältere Menschen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen

Im Kanton ist fast jede dritte Person in den Alters- und Pflegeheimen nicht oder nur leicht pflegebedürftig. Mit gezielten Anpassungen an der Zusatzleistungsverordnung wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass auch Seniorinnen und Senioren in bescheidenen finanziellen Verhältnissen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem angestammten Umfeld wohnen bleiben können. So sollen Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV nicht mehr vorzeitig aus finanziellen Gründen in ein Alters- oder Pflegeheim umziehen müssen. Durch eine Erweiterung des Leistungskatalogs für Hilfe und Betreuung im Alter, die Anerkennung zusätzlicher Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer sowie eine Erhöhung der Stundensätze für Hilfe und Betreuungsangebote zu Hause können vorzeitige, kostenintensive Heimeintritte vermieden werden (vgl. RRB Nr. 531/2024).

Förderung des Fussballs für Mädchen und Frauen

Im Juli 2025 findet die UEFA Women's EURO in der Schweiz mit fünf Spielen in Zürich statt. Der Kantonsrat hat zur Unterstützung einen Beitrag von 3,5 Mio. Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds bewilligt. Davon setzt der Kanton 1,5 Mio. Franken ganz gezielt zugunsten von Begleitmassnahmen und Projekten ein, um Mädchen und Frauen im Fussball auf allen Ebenen zu fördern. Dazu gehören etwa der Ausbau der Abteilung Juniorinnen/Frauen und des Vereins-Coach-Angebots des Fussballverbands Region Zürich. Für lokale Initiativen stellt das kantonale Sportamt einen niederschwelligen Fördertopf bereit. Im Vorfeld der UEFA Women's EURO können daraus Aktivitäten wie Fussballcamps, Mini-EMs und Schnuppertrainings für Mädchen und Frauen unterstützt werden. Um die Sichtbarkeit des Frauen- und Mädchenfussballs weiter zu erhöhen, hat das Sportamt zudem mit «hergame.ch» eine spezifische Informationsplattform für fussballspielende Frauen und Mädchen lanciert, mit dem Ziel, dass sich diese vermehrt als Spielerinnen, Trainerinnen, Schiedsrichterinnen oder Funktionärinnen engagieren.

Taskforce «Sport» bei der Kantonspolizei

Die Gewaltbereitschaft gewisser Gruppierungen aus dem Umfeld der grossen Zürcher Fussballklubs beschränkt sich nicht mehr auf die Spieltage und das Umfeld der Stadien. Die Kantonspolizei hat deshalb eine spezialisierte Taskforce Sport eingesetzt. Damit setzt die Kantonspolizei einen Schwerpunkt in der Bekämpfung und Aufklärung von Konflikten und Gewaltstraftaten im Zusammenhang mit Sportgruppierungen. Die Taskforce hat insbesondere zum Ziel, zusammenhängende Straftaten und Tätergruppierungen zu erkennen, Ermittlungen zu koordinieren und den Strafverfolgungsdruck auf die Täterschaft zu erhöhen.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 1	Die Resilienz des Kantons weiter stärken.		
RRZ 1a	Das integrale Risikomanagement des Regierungsrates wirksam einführen und umsetzen.	3100	2026
RRZ 1b	Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken.	3100	2027
RRZ 1c	Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen.	3100	2027
RRZ 1d	Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.	3100	2027
RRZ 1e	Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern.	3100	2027
RRZ 1f	Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren.	3100	2027
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
DS 1.1	Kundenorientierter Vollzug des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsrechts		
DS 1.1a	Softwareerweiterungen der Geschäftsfallkernapplikation «Cari» für Strassenverkehrsämter	3200	2026
DS 1.1b	Digitalisierung von Geschäftsprozessen (u.a. Sprach-, Texterkennungsroboter sowie Ausbau der digitalen Verwaltungsgeschäfte)	3200	2027

DS 1.2	Kundenorientierter Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen		
DS 1.2a	Mitwirkung bei der Erneuerung des zentralen Migrationsinformationssystems des Bundes (ZEMIS)	3300	2027
DS 1.3	Ausbildungsstand des Zivilschutzes und Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes optimieren		
DS 1.3a	Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern	3400	2027
DS 1.3b	Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen	3400	2027
DS 1.3c	Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen	3400	2027

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 3	Die gesellschaftliche Beteiligung fördern, indem nichtstaatliches Engagement in Kultur, Sport, Religionsgemeinschaften und weiteren gesellschaftlichen Organisationen passend unterstützt wird.		
RRZ 3b	Freiwilliges Engagement im Sport unterstützen und fördern.	3700	2027

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 5	Der rasch zunehmenden Vielfalt der Gesellschaft gerecht werden.		
RRZ 5c	Die Gemeinden bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention unterstützen.	3500	2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1478.6	1499.2	0.0	0.0	1499.2	1587.7	88.5	5.9
Aufwand	-2902.6	-2948.9	-28.2	-0.2	-2977.2	-3089.4	-112.2	-3.8
Saldo	-1424.0	-1449.7	-28.2	-0.2	-1478.1	-1501.7	-23.7	-1.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.0	2.4	0.0	0.0	2.4	7.9	5.5	226.6
Ausgaben	-57.6	-51.6	0.0	-19.5	-71.1	-46.0	25.0	35.2
Saldo	-56.5	-49.2	0.0	-19.5	-68.6	-38.1	30.5	44.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-23.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-12.3	3200	- Strassenverkehrsamt: Umbuchung gemäss Hinweis der Finanzkontrolle eines Teils der von 2020 bis 2024 getätigten Investitionen für die Geschäftsfallkernapplikation (-7.7 Mio. Franken) sowie Minderertrag aus Gebühren (-4.0 Mio. Franken)
-12.7	3500	- Sozialamt: Höhere Beiträge für Zusatzleistungen an AHV/IV und Familienzulagen (-39.9 Mio. Franken), nur teilweise kompensiert durch tiefere Nettoaufwendungen für wirtschaftliche Hilfe (+30.4 Mio. Franken)
1.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R24	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-46.0			
- ICT (Hard- und Software) sowie Kommunikationsmittel, u.a. Funknetz «Polycom» bei der Kantonspolizei	-20.8			
- Weitere Sachinvestitionen (v.a. Fahrzeuge) bei der Kantonspolizei	-11.9			
- Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen (ab 2024 Selbstbestimmungsgesetz mit nachgelagertem Investitionsrückgang) beim Sozialamt	-12.0			
- Übrige	-1.3			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4539.1	4707.5	4715.9	8.4	0.2

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	9244	9826	9610	-216	-2.2
3100 Kantonspolizei	396045	419144	419480	336	0.1
3200 Strassenverkehrsamt	39975	40322	41034	712	1.8
3300 Migrationsamt	16863	17253	17952	699	4.1
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13544	13869	13823	-46	-0.3
3500 Sozialamt	20541	22530	22253	-277	-1.2
3700 Sportamt	1762	1547	1821	274	17.7
Total	497974	524491	525973		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2024)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	88	59	29	51	37
3100 Kantonspolizei	4160	1492	2668	3154	1006
3200 Strassenverkehrsamt	444	177	267	331	113
3300 Migrationsamt	208	134	74	143	65
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	142	44	98	114	28
3500 Sozialamt	254	153	101	94	160
3700 Sportamt	20	12	8	5	15
Total	5316	2071	3245	3892	1424

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
309/2022	Liberalisierung der Kennzeichenvergabe und Stärkung deren Halterrechte (Einzelinitiative Adolf Flüeli, Winterthur)	Vorlage 309a/2022 vom 22.05.2024	16.01.2023
477/2022	Kantonspolizei Oberrieden, Seepolizei, Gesamtinstandsetzung (13043) (dringliches Postulat Domenik Ledergerber, Herrliberg, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 477a/2022 vom 10.01.2024	23.01.2023

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
30/2023	Auch ZL-Bezügerinnen und -Bezüger haben Anrecht auf ein Einzelzimmer in einer Altersinstitution (Postulat Christoph Fischbach, Kloten, und Mitunterzeichnende)	10.07.2023
278/2023	Abänderung Text § 19 Abs. 4 des Zusatzleistungsgesetzes des Kantons Zürich (Einzelinitiative Bruno Roth, Hettlingen)	18.09.2023
176/2023	Ertrag aus Kontrollschilderversteigerung für den Strassenfonds (Motion Karl Heinz Meyer, Neerach, Martin Huber, Neftenbach, und Janine Vannaz, Aesch)	27.11.2023

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzungsaufgaben und Rekursabteilung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat, die Zentralen Vollzungsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und den Eichämtern zusammensetzen, sowie die Rekursabteilung. Für das Generalsekretariat standen die Unterstützung des Direktionsvorstehers im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Amtsstellen unter Federführung des Generalsekretariats. Die

ses vertrat die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten, vor allem in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Die Zahl der durch das Passbüro bearbeiteten Ausweisgeschäfte blieb mit rund 343000 Ausweisen leicht unter Vorjahresniveau. Die Rekursabteilung behandelt Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen, vor allem im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Die Zahl der eingegangenen Rekurse lag im Berichtsjahr leicht über derjenigen des Vorjahres.

Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»)
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Dienstleistungen und Unterstützung für die Sicherheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, IT (Fachapplikationen), Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A4 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A5 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligungen von Geldspielen, Unterschriftenbeglaubigungen, Messwesen
- A6 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A7 Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	A1, A2, A3, A4	134	100	102	2	2.0
L2	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Geldspiele	A5	285	500	254	-246	-49.2
L3	Beglaubigungen	A5	34 772	36 000	34 935	-1 065	-3.0
L4	Geeichte/geprüfte Messmittel	A5	12 844	13 000	12 329	-671	-5.2
L5	Statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	A5	1 691	1 800	1 911	111	6.2
L6	Ausweisgeschäfte	A6	346 368	330 000	342 789	12 789	3.9
L7	Erledigte Rekurse	A7	771	900	741	-159	-17.7
B1	Anteil Mitarbeitender Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion, in % (Beschäftigungsumfang)	A2	0.7	0.5	0.7	0.2	
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion, in %	A2	0.4	0.6	0.8	0.2	
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen, in %	A1, A2, A3, A4	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2 Weniger gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Geldspiele (v.a. Lotterien und Tombolas) aufgrund von höheren Anforderungen im neuen Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz, SR 935.51)

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	76.3	82.9	77.9	-5.0	-6.1

Bemerkungen R24 zu B24

- 5.0 Die höhere Anzahl Ausweisgeschäfte im Passbüro konnte mit weniger Personalressourcen als geplant bewältigt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	13.3	13.0	0.0	0.0	13.0	13.0	-0.0	-0.4
Aufwand	-16.5	-17.0	0.0	-0.2	-17.2	-16.9	0.3	1.7
Saldo	-3.2	-4.0	0.0	-0.2	-4.2	-3.9	0.2	5.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.2	A6	- Geringerer Personalaufwand
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -4351	Verwendung 2024 2003	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -2348	Veränderung Bestand 2003

3100 Kantonspolizei

Mit der Ukraine-Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock und der Rad-WM in Zürich fanden im Berichtsjahr zwei Grossanlässe statt, die auch die Kantonspolizei forderten. Bei diesen beiden Grosseinsätzen wurden die Fronteinsatzkräfte der Regionalpolizei, der Verkehrspolizei und der Sicherheitspolizei durch Polizistinnen und Polizisten aus allen anderen Hauptabteilungen unterstützt. Deren Ausbildung wurde dafür mit einem sicherheitspolizeilichen Einsatztraining gezielt aufgefrischt.

Im Weiteren wurden ein Online-Polizeiposten lanciert sowie die weiterentwickelte Führungsorganisation umgesetzt. Beim Online-Polizeiposten kann man per Videotelefonie mit einer Polizistin oder einem Polizisten in Kontakt treten. So können, wie bei einem Besuch auf einem Polizeiposten, Anzeigen erstattet und Auskünfte eingeholt werden. Der Versuch läuft ein Jahr. Mit diesen Vorhaben ist auch in Zukunft sichergestellt, dass die Kantonspolizei ihrem Leitsatz «Wir übernehmen Verantwortung für die Sicherheit im Kanton Zürich» gerecht wird.

Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Bemerkungen

- A3 Die Kantonspolizei reagiert mit der Bildung einer hauptabteilungsübergreifenden Taskforce «Sport» auf die auch auf Kantonsgebiet zunehmende Gewalt rund um Sportveranstaltungen. In enger Zusammenarbeit mit den Stadtpolizeien Zürich und Winterthur werden Ermittlungen und Aktionen getätigt, um Straftaten zu verhindern oder zu ahnden.
- A6 Sicherheit der Schengen-Aussengrenze trotz komplexer Rahmenbedingungen (stark steigende Passagierzahlen; parallel laufendes Schengen-Projekt Entry-Exit-System) stets gewährleistet.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen)	A1	170	130	128	-2	-1.5
L2	Aktivitäten Kinder-/Jugendinstruktion (Unterricht, Aktionen)	A2	9904	9700	9736	36	0.4
L3	Notrufe	A5	255273	220000	214014	-5986	-2.7
L4	Interventionen über Einsatzzentralen	A1	130366	130000	134557	4557	3.5
L5	Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	A3	9836	9500	9412	-88	-0.9
L6	Ordnungsdienst-Stunden	A3	54794	36000	99335	63335	175.9
L7	Geschwindigkeitskontrollen	A1	2380	2100	2226	126	6.0
L8	Erfasste Straftaten StGB/BetmG	A4	114147	105000	119437	14437	13.7
L9	Erfasste Straftatverdächtige StGB/BetmG	A4	24356	23000	23142	142	0.6
L10	Ordnungsbussen	A1	26759	25000	28092	3092	12.4
L11	Arrestanteneingänge	A4	11459	11500	12289	789	6.9
L12	Arrestantentransporte	A4	31312	35000	36255	1255	3.6
L13	Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	A2	231875	240000	234466	-5534	-2.3
L14	Sicherheitskontrollierte Passagiere, in Mio.	A3	14.4	14	15.6	1.6	11.4
L15	Sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	A3	90337	60000	139358	79358	132.3
L16	Rückführungen auf dem Luftweg	A1	2900	4300	3406	-894	-20.8
L17	Grenzkontrollierte Passagiere durch Flughafenpolizei, in Mio.	A6	10.7	10.5	11.7	1.2	11.4
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung, in %		0.5	0	-0.20	-0.2	
B2	Interventionen pro Korpsangehörige/n	A1	75	60	77	17	28.3
B3	Aufwand für den Betrieb des PJZ, in Mio. Franken		20.9	21	21.4	0.4	1.9
B4	Ertrag aus dem Betrieb des PJZ, in Mio. Franken		20.9	21	21.4	0.4	1.9
B5	Investitionen für den Betrieb des PJZ, in Mio. Franken		0.2	1	0	-1	-100.0
B6	Mitarbeitende für den Betrieb des PJZ, Beschäftigungsumfang		164.6	166.4	165.7	-0.7	-0.4
W1	Zufriedenheit der Bevölkerung mit Polizeikontakt, Befragung, in %	A1	86	90	91	1	
W2	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen, in Min.	A1	17	18	15	-3	-16.7
W3	Anteil Interventionszeit über 30 Min., in %	A1	13	12	12	0	

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
W4	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG), in %	A4	42	45	42	-3	
W5	Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben), in %	A4	81	85	81	-4	

Bemerkungen

- L6 Mehr Ordnungsdienst-Stunden, unter anderem für die Ukraine-Friedenskonferenz
- L8 Höhere Anzahl erfasster Straftaten nach Strafgesetzbuch/Betäubungsmittelgesetz
- L14 Mehr sicherheitskontrollierte Passagiere aufgrund des Anstiegs der Reisetätigkeit
- L15 Höhere Anzahl von sichergestellten gefährlichen Gegenständen im registrierten Gepäck, infolge des Anstiegs der Reisetätigkeit sowie mehr Detektion von unerlaubten Gegenständen
- L16 Die Anzahl der Rückführungen auf dem Luftweg liegt über dem Vorjahresniveau.
- L17 Höhere Anzahl grenzkontrollierter Passagiere durch die Flughafenpolizei aufgrund des Anstiegs der Reisetätigkeit
- W1 Bezüglich Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Polizeikontakt wurden Geschädigte von Einbruchdiebstählen befragt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1a Das Integrale Risikomanagement des Regierungsrates wirksam einführen und umsetzen.

Das Integrale Risikomanagement (IntRM) erfasst und steuert verwaltungsweit insbesondere Risiken, die eine ausserordentliche Lage auslösen können. Ziel ist die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit und die Stärkung der Resilienz von Verwaltung und Behörden. Im Berichtsjahr wurden die Toprisiken identifiziert, analysiert und beurteilt sowie Massnahmen zur Risikosteuerung erfasst. Diese Erkenntnisse wurden erstmalig zusammengefasst und per Ende 2024 vom Regierungsrat verabschiedet (RRB Nr. 1294/2024). Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 1000, Regierungsrat und Staatskanzlei, umgesetzt. Für den Regelbetrieb ist ab 2025 die Sicherheitsdirektion zuständig. Die Kantonspolizei führt den Prozess.

Stand bis
Planmässig 2026

RRZ 1b Den Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Delikten in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen verstärken.

Prävention ist zum Schutz für Seniorinnen und Senioren von zentraler Bedeutung. Mit der Angliederung der Fachstelle Seniorenschutz an die Präventionsabteilung können Synergien mit dem Dienst Gewaltschutz für das Monitoring und die Massnahmen genutzt werden. Die Vernetzungsanlässe mit dem fachspezifischen interdisziplinären Netzwerk zur Optimierung der Früherkennung und Prävention fanden weiterhin statt. Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt.

Planmässig 2027

RRZ 1c Cyberkriminalität mit gezielter digitaler Beweisführung, namentlich durch Kompetenzentwicklung im Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen, konsequent bekämpfen.

Das digitale Wissen wurde im CyberWiki systematisch aufbereitet und allen Polizeiangehörigen entsprechend ihren Bedürfnissen digital zur Verfügung gestellt. Zwei spezialisierte Teams für die Krypto-Auswertung wurden implementiert. Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden, insbesondere der Armee und den Hochschulen, wurde intensiviert und vertraglich festgesetzt. Im Bereich der Cybercrime-Prävention wurden gemeinsam mit Partnern umfangreiche Kampagnen gegen Online-Anlagebetrug gestartet, und unter der Leitung des Netzwerks digitale Ermittlungsunterstützung Internetkriminalität (NEDIK) wurde cybercrimepolice.ch auf nationaler Ebene erweitert.

Planmässig 2027

RRZ 1d Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch Umsetzung der Istanbul-Konvention und konsequentes Bedrohungsmanagement mindern sowie Datensätze zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aufbauen.

Die Erweiterung der Kampagne «Stopp Häusliche Gewalt!» erfolgte mit der Webseite «www.hilfe-finden.ch» und Plakataushängen in den Gemeinden sowie in Verkaufsgeschäften im ganzen Kanton. Mit der Änderung des Gewaltschutzgesetzes führen spezialisierte Beratungsstellen neu zeitnahe Ansprachen von minderjährigen Betroffenen bei häuslicher Gewalt durch. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention gemäss RRB Nr. 338/2021 ist weit fortgeschritten. Die Berichterstattung und die Folge-massnahmen hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 1254/2024 festgelegt. Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Direktion der Justiz und des Innern umgesetzt.

Planmässig 2027

RRZ 1e Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern.

Im Bereich Repression wurden innovative Vorgehensweisen zur Bekämpfung von clanartigen kriminellen Strukturen erfolgreich getestet. Die daraus resultierenden Konzepte sind in die Regelstrukturen der Kantonspolizei zu überführen. Der internationale und interkantonale Austausch im Fachbereich wurde ausgebaut und in erkannten Problemfeldern vertieft. Die Arbeiten am Lagebild schreiten fort; zur Komplettierung wurde im Berichtsjahr eine Behördenumfrage (Gemeindeverwaltungen und Notariate) gestartet. Die Massnahme RRZ 1e wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt.

Planmässig 2027

RRZ 1f Die Bekämpfung der Pädokriminalität im Netz mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern intensivieren.

Die Kantonspolizei hat im Rahmen eines Pilotprojekts die spezialisierte Gruppe «Bekämpfung virtuelle Pädokriminalität» (BVP) etabliert. Zum 1. Februar 2024 wurde diese als Fachteam in den Regelbetrieb überführt. Ein Konzept für Falltriage und Ermittlungsstandards bei Meldungen des National Center for Missing and Exploited Children (NCMEC) wurde in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft entwickelt. Mit diesem Konzept werden jährlich mehrere Hundert Verdachtsmeldungen aus dem Ausland bearbeitet. Eigene Ermittlungstools wurden auch anderen Kantonen zur Verfügung gestellt. Im Rahmen verschiedener operativer Fälle wurden mehrere Personen festgenommen und technische Infrastruktur der Täterschaft beschlagnahmt.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
3544.4	3699.3	3701.1	1.8	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	213.6	234.0	0.0	0.0	234.0	241.1	7.1	3.0
Aufwand	-677.4	-704.8	0.0	0.0	-704.8	-711.0	-6.2	-0.9
Saldo	-463.9	-470.9	0.0	0.0	-470.9	-469.9	1.0	0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0	1.3	0.0	0.0	1.3	5.0	3.7	285.9
Ausgaben	-29.6	-29.8	0.0	-10.4	-40.2	-32.7	7.5	18.6
Saldo	-29.5	-28.5	0.0	-10.4	-38.9	-27.7	11.2	28.8

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	1.3	5.0	3.7	
- Förderbeiträge (BMVI) für Grenzkontroll- Infrastruktur am Flughafen Zürich	1.2	4.9	3.7	- Förderbeiträge für Investitionen von 2022 bis 2024
- Übrige	0.1	0.1	0.0	
Ausgaben total	-40.2	-32.7	7.5	
- ICT-Hardware und -Software (u.a. Applikation «Polis», mobile Geräte, Grenzkontrolle Flughafen Zürich, Rechenzentren)	-16.9	-13.2	3.7	- Projektverzögerungen, v.a. bei Vorbereitungsarbeiten (u.a. Erstellung der Ausschreibungsunterlagen)
- Kommunikationsmittel (u.a. Polycom)	-7.9	-7.6	0.3	
- Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten	-9.0	-8.3	0.7	
- Verschiedenes (u.a. Schutzmaterial, Ausstattung)	-6.4	-3.6	2.8	- Projektverzögerungen
- Übrige	-0.0	-0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-1218325	118505	0	-1 099 820	118505

3200 Strassenverkehrsamt

Im Berichtsjahr wurde Anfang August der Wechsel der Kernapplikation vorgenommen. Neu arbeitet das Strassenverkehrsamt mit der Applikation «Cari». Nach einer intensiven Vorbereitungs- und Schulungsphase ging der Wechsel ohne nennenswerte Probleme über die Bühne.

Mit der Einführung der neuen Kernapplikation können die Theorieprüfungen an den Standorten Winterthur und Zürich neu ohne Voranmeldung absolviert werden. Bei den Fahrzeugprüfungen werden die Prüfpunkte neu mittels Tablets erfasst und mit der neuen Applikation digital weiterverarbeitet.

Die Auktion des Kontrollschilde ZH 24 brachte im Berichtsjahr einen neuen nationalen Rekord. Es wurde für Fr. 299'000 ersteigert.

Seit November ist der blaue Fahrausweis aus Papier nicht mehr gültig. Im Berichtsjahr wurden deshalb rund 60'000 Ausweise durch einen im Kreditkartenformat ersetzt.

Per 30. September waren im Kanton 39'619 rein elektrisch angetriebene Personenwagen eingelöst. Davon wurden 6'659 Fahrzeuge im Berichtsjahr in Verkehr gesetzt, was einem Neuzulassungsanteil von 25% entspricht. Der Gesamtanteil der rein elektrischen Personenwagen stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte auf 5,3%.

Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkern und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	34'569	30'000	33'691	3'691	12.3
L2	Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	31'696	30'000	31'770	1'770	5.9
L3	Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A2	226'981	250'000	212'192	-37'808	-15.1
L4	Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	A2	464	300	507	207	69.0
L5	Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle)	A3	853'182	830'000	862'774	32'774	3.9
L6	Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führerzulassung)	A3	532'976	520'000	560'997	40'997	7.9
L7	Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	A4	54'391	52'000	51'611	-389	-0.7
L8	Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle)	A4	107'932	95'000	109'704	14'704	15.5
L9	Erstellte Rechnungen, in Mio.	A5	1.72	1.88	1.72	-0.16	-8.51
L10	Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	A5	271'864	260'000	259'570	-430	-0.2
L11	Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen)	A5	180'008	160'000	185'721	25'721	16.1
L12	Chauffeurfahrten		1'470	1'500	1'522	22	1.5
L13	Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeitende		5'321	4'500	5'447	947	21.0
B1	Theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	499	460	501	41	8.9
B2	Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A2	1'709	1'840	1'562	-278	-15.1
B3	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	A3	7'375	7'500	7'346	-154	-2.1
B4	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung)	A3	4'607	4'600	4'776	176	3.8
B5	Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle), pro Mitarbeiter/in	A4	2'017	1'700	1'965	265	15.6
B6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	A5	11'321	12'000	11'450	-550	-4.6

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
B7	Gebührenerträge, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	72	75	71	-4	-5.3
B8	Erträge aus Kontrollschilderversteigerungen, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	4.9	5	4.7	-0.3	-6.0
B9	Kostendeckungsgrad Gebühren, in %	A1, A2, A3, A4, A5	87	105	82	-23	
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 2–4 Jahre)						

Bemerkungen

- L3 Weniger technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge) unter anderem wegen eingeschränkter Personalkapazitäten (neue Verkehrsexpertinnen und -experten in Ausbildung) sowie verminderter Prüfkapazitäten infolge Umstellung auf die neue Geschäftsfallkernapplikation
- L4 Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer) leicht über Vorjahresniveau
- L11 Mehr beantwortete Anfragen (Rechnungswesen) aufgrund der neuen Rechnungsdarstellung mit der neuen Geschäftsfallkernapplikation
- B2 Weniger technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge) infolge Ausbildung von neu eingestellten Verkehrsexpertinnen- und -experten sowie verminderter Prüfkapazitäten infolge Umstellung auf die neue Geschäftsfallkernapplikation
- B5 Administrativrechtliche Anordnungen, einschliesslich Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle), pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter auf Vorjahresniveau
- B7 Tieferer Gebührenertrag infolge geringerer Anzahl Fahrzeugprüfungen (vgl. auch Indikator L3)
- B9 Geringerer Kostendeckungsgrad der Gebühren infolge tieferer Gebührenerträge (vgl. Indikator B7) sowie höhere Kosten bei der Geschäftsfallkernapplikation Cari aus der Umbuchung von der Investitionsrechnung zulasten der Erfolgsrechnung (siehe Finanzierung - Bemerkungen zur Erfolgsrechnung)
- W1 Die nächste Kundenzufriedenheitsumfrage ist 2025 geplant

Entwicklungsschwerpunkte

DS 1.1a Softwareerweiterungen der Geschäftsfallkernapplikation «Cari» für Strassenverkehrsämter

Die spezifischen Anforderungen an die Software-Erweiterung sind definiert und werden laufend umgesetzt. Stand bis

DS 1.1b Digitalisierung von Geschäftsprozessen (u.a. Sprach-, Texterkennungsroboter sowie Ausbau der digitalen Verwaltungsgeschäfte)

Webbasierte Online-Formulare, die durch Robotik verarbeitet werden, wurden kontinuierlich entwickelt, zum Beispiel Gesuch um Ermässigung der Verkehrsabgaben. Geplant ist die Einführung weiterer Sprachroboter im Bereich der Fahrzeug- und Führerzulassung. Planmässig 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	405.5	405.0	407.2	2.2	0.5

Bemerkungen R24 zu B24

- 2.2 Leicht höherer Beschäftigungsumfang infolge Anstellung von befristetem Personal für den Umtausch des blauen Führerausweises in einen Ausweis im Kreditkartenformat sowie für die Migration der Geschäftsfallkernapplikation

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag		434.1	439.7	0.0	0.0	439.7	444.2	4.5	1.0
- Verkehrsabgaben		340.2	342.5	0.0	0.0	342.5	351.9	9.4	2.7
Aufwand		-422.2	-424.7	0.0	0.0	-424.7	-441.6	-16.8	-4.0
- Übertrag an Strassenfonds		-338.5	-341.3	0.0	0.0	-341.3	-350.8	-9.5	-2.8
Saldo		11.9	15.0	0.0	0.0	15.0	2.6	-12.3	-82.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben		-2.6	-1.3	0.0	-7.1	-8.4	4.2	12.6	150.3
Saldo		-2.6	-1.3	0.0	-7.1	-8.4	4.2	12.6	150.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-12.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-4.0		- Minderertrag aus Gebühren bei den technischen Fahrzeugprüfungen (vgl. Indikator L3)
-7.7		- Umbuchung eines Teils der von 2020 bis 2024 getätigten Investitionen für die Geschäftsfallkernapplikation zulasten der Erfolgsrechnung, gemäss Hinweis der Finanzkontrolle
-0.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-8.4	4.2	12.6	
- Ablösung Geschäftsfallkernapplikation	0.0	7.7	7.7	- Umbuchung eines Teils der von 2020 bis 2024 getätigten Investitionen für die Geschäftsfallkernapplikation zulasten der Erfolgsrechnung, gemäss Hinweis der Finanzkontrolle
- Fachapplikationen (v.a. Ablösung Geschäftsfallkernapplikation durch «Cari»)	-7.1	-3.0	4.1	- Voraussichtlich bis 2027 werden noch weitere Anforderungen umgesetzt.
- Hardwareersatz sowie Anpassung der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) an Anforderungen des Amtes für Informatik (AFI)	-0.3	0.0	0.3	
- Maschinen, technische Prüfgeräte sowie Fahrzeuge	-1.0	-0.4	0.6	- Geringere Ausgaben bei Fahrzeugbeschaffungen
- Übrige	-0.0	-0.1	-0.1	

3300 Migrationsamt

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung im Kanton nahm im Vergleich zum Vorjahr erneut zu. Ende Dezember des Berichtsjahres waren 449'976 Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung ansässig. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 6'900 Personen (+1,6%). Einem Zugang von rund 47'000 Personen, der durch die effektive Einwanderung, Geburten und den Zuzug aus anderen Kantonen begründet ist, steht dabei ein Abgang von rund 40'000 Personen gegenüber.

Die Entwicklung in der Zuwanderung hat spürbare Auswirkungen auf das Personal in den Bewilligungsabteilungen. Dennoch konnten die Verfahrensdauern weitestgehend normalisiert werden.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz rund 28'000 Asylgesuche eingereicht. Neben der starken Zuwanderung im Ausländerbereich und dem hohen Bestand an Asylsuchenden waren im Berichtsjahr rund 12'600 Personen mit Schutzstatus S im Kanton wohnhaft. Die Asyladministration und der Vollzugsbereich des Migrationsamtes waren entsprechend stark gefordert.

Die Erneuerung der Fachapplikationen zur Erweiterung des digitalen Geschäftsverkehrs mit Privaten und anderen Behörden verläuft plangemäss.

Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen usw.)
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes (u.a. Ausweiserstellung und -verlängerung, Befragungen, Prüfung und Entscheid über Härtefallgesuche)
- A3 Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Ergreifen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, Missbräuchen, illegaler Anwesenheit, dauerhaftem Sozialhilfebezug oder Verstössen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Bewilligte Einreisegesuche	A1 11 915	13 000	11 070	-1 930	-14.8
L2	Visageschäfte/Schaltevorsprachen	A1 58 862	48 000	54 413	6 413	13.4
L3	Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	A1 238 373	211 000	221 485	10 485	5.0
L5	Massnahmen gegen ausländische Personen	A3 7 875	10 000	9 274	-726	-7.3
L6	Administrativhaft, in Tg.	A2 4 947	14 000	9 653	-4 347	-31.0
L7	Beantwortete telefonische Anfragen (Ø pro Tag)	A1 643	650	518	-132	-20.3
L8	Ausländerausweise im Kreditkartenformat	A1 228 093	195 000	216 083	21 083	10.8
B1	Saldo pro Bewilligung, in Fr. (Berechnung auf Teilkostenbasis)	A1 4	-1	-4	-3	300.0
B2	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall, in Tg.	A1 7	2	2	0	0.0
W2	Anteil der gutgeheissenen Rekurse, in %	A1 16	13	15	2	

Bemerkungen

- L1 Tieferer Anteil bewilligter Einreisegesuche infolge des Wegfalls der Visumpflicht für Drittstaatsangehörige mit gültigem Aufenthaltstitel eines Schengenstaates (seit 1. Oktober 2022)
- L2 Höhere Anzahl Visageschäfte/Schaltevorsprachen aufgrund der hohen Zuwanderung im Ausländerbereich und der hohen Anzahl Asylsuchender
- L6 Geringere Anzahl Administrativhafter Tage aufgrund der hohen Anforderungen an Haftanordnungen im Bereich des Dublin-Übereinkommens infolge der Rechtsprechung zur Administrativhaft
- L7 Tieferer Anteil beantworteter telefonischer Anfragen, vor allem wegen der Einführung von Bandansagen, welche die wichtigsten Geschäfte erklären
- L8 Höhere Anzahl Ausländerausweise im Kreditkartenformat infolge der hohen Zuwanderung
- B1 Tieferer Saldo pro Bewilligung infolge höherer Personal- und Sachaufwendungen sowie geringerer Erträge (höherer Anteil der ertragsschwachen Bewilligungen)

Entwicklungsschwerpunkte

DS 1.2a Mitwirkung bei der Erneuerung des zentralen Migrationsinformationssystems des Bundes (ZEMIS)

Das Programm Erneuerung ZEMIS des Bundes muss um fünf Jahre verlängert werden. Es erweist sich als aufwendiger als ursprünglich angenommen und verursacht deutlich höhere Kosten als erwartet. Der Projektabschluss ist neu auf Ende 2032 terminiert. Gemäss der Abstimmung mit dem Programm wird eine enge und regelmässige Mitwirkung des Migrationsamtes, insbesondere aus dem Bereich Informatik und den Fachabteilungen, erforderlich sein.

Stand bis

Verzögert 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
179.7	175.0	186.1	11.1	6.4

Bemerkungen R24 zu B24

- 11.1 Höherer Beschäftigungsumfang wegen befristeter Anstellungen zur Bewältigung der höheren Zuwanderung und der Bewilligungsabwicklung für den Schutzstatus S

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	19.1	19.6	0.0	0.0	19.6	19.1	-0.5	-2.3
Aufwand	-31.7	-35.1	0.0	0.0	-35.1	-34.6	0.5	1.5
Saldo	-12.5	-15.6	0.0	0.0	-15.6	-15.5	0.1	0.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.8	-1.8	0.0	-0.9	-2.8	-1.9	0.8	30.7
Saldo	-0.8	-1.8	0.0	-0.9	-2.8	-1.9	0.8	30.7

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.8	-1.9	0.8	
- Erneuerung Fachapplikationen und Digitalisierung Bewilligungsverfahren	-2.6	-1.8	0.8	- Projektverzögerung infolge Abklärungen
- Flexibilisierung der Arbeitsinfrastruktur	-0.2	-0.1	0.1	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Alle Dienstpflichtigen im Kanton werden während ihrer Militär- oder Zivilschutzlaufbahn bis zur Abrüstung und Entlassung durch das Amt für Militär und Zivilschutz begleitet. An den Orientierungstagen in der Kaserne Reppischtal in Birmensdorf konnten rund 6000 stellungspflichtige Männer über die Möglichkeiten ihrer Dienstervfüllung informiert werden. Die für Frauen separat organisierten, freiwilligen Informationsveranstaltungen wurden von 210 Teilnehmerinnen besucht. Über 1700 Angehörige der Armee wurden im November feierlich aus der Militärdienstpflicht entlassen. Die Dienstleistungen der Retablierungsstelle (Logistikbasis der Armee) und des kantonalen Zeughauses wurden von über 6500 Armeeangehörigen und Dritten in Anspruch genommen.

Dank der Infanterie-Durchdienereschule und der Militärakademie an der ETH Zürich war der Waffenplatz Zürich-Reppischtal mit seinen Schiess- und Ausbildungsplätzen gut ausgestattet. Das moderne und infrastrukturell bestens ausgerüstete Ausbildungszentrum Andelfingen wurde für Schulungen von Zivilschutz, Feuerwehr und Polizei intensiv genutzt. Der Zivilschutz bildete in einer elftägigen Grundausbildung rund 1500 Personen für den Zivilschutz aus und führte Weiterbildungskurse für die Kader sowie Spezialistinnen und Spezialisten der 37 Zivilschutzorganisationen durch. Der Zivilschutz leistete rund 13500 Einsatzstage zugunsten der Gemeinschaft sowie zur Nothilfe. Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagte mehr als 38000 Ersatzpflichtige.

Aufgaben

- A1 Die Militärverwaltung führt die Orientierungstage durch, bietet zur Rekrutierung auf und entlässt die Armeeangehörigen aus der Militärdienstpflicht. Sie erledigt das Kontroll-, Schiess-, Straf- und Dienstverschiebungswesen.
- A2 Der Zivilschutz (ZS) bildet Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
- A3 Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
- A4 Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
- A5 Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt die Ersatzpflichtigen, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Mutationen und Auslandurlaubsgesuche von Meldepflichtigen im Kontrollwesen	A1	42794	42000	41586	-414	-1.0
L2	Informierte Stellungspflichtige und entlassene Armeeangehörige	A1	8064	11300	8276	-3024	-26.8
L3	Durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes	A2	10584	9500	13554	4054	42.7
L4	Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal	A3	145000	153000	153000	0	0.0
L5	Revisionen und Instandhaltungen von Sturmgewehren	A4	4000	4500	4500	0	0.0
L6	Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes	A5	33393	34000	33074	-926	-2.7
B1	Durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer/in an Orientierungstagen und Entlassungen, in Fr.	A1	57	58	67	9	15.5
B2	Aufwand pro Meldepflichtigen im Kontrollwesen, in Std.	A1	0.2	0.2	0.2	0.0	0.0
B3	Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen, in %	A2	60	80	95	15	18.8
B4	Aufwand pro Gesuch betreffend Schutzraumbauten, in Std.	A2	3	3	3	0	0.0
B5	Kosten pro Belegungspersonentag in der Kaserne Zürich-Reppischtal, in Fr.	A3	66	60	60	0	0.0
W1	Genügend informierte Stellungspflichtige an Orientierungstagen, in %	A1	95	95	93	-2	-2.1
W2	Zivilschutzorganisationen, welche die Inspektionsübung erfüllt haben, in %	A2	95	90	100	10	11.1
W3	Zufriedene Kunden des Zeughauses, in %	A4	92	90	91	1	1.1

Bemerkungen

- L2 Anzahl informierter Stellungspflichtiger und entlassener Armeeangehöriger auf Vorjahresniveau (entgegen der Ankündigung verzichtete der Bund auf die Entlassung der zwei zusätzlichen Jahrgänge)
- L3 Höhere Anzahl durchgeführter Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes aufgrund geänderter Kursplanung, welche die Kursauslastung deutlich verbesserten
- B1 Höhere durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer/in an Orientierungstagen und Entlassungen infolge besonderer Anstrengungen für die Frauen-Orientierungstage
- B3 Höhere Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen aufgrund besserer Kursauslastungen (vgl. auch Indikator L3)

Entwicklungsschwerpunkte

DS 1.3a Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern

Durch gezielte Weiterbildungen des Instruktionspersonals wird die Ausbildungsqualität stetig verbessert.

Stand bis

Planmässig 2027

DS 1.3b Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen

Zur stetigen Verbesserung der Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisationen fanden regelmässig Inspektionsübungen mit zeitlich vorgelagerten Ausbildungsblöcken statt.

Planmässig 2027

DS 1.3c Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen

In den Kommandantenkursen wurde die Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes vermittelt und geübt.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
130.2	131.5	128.7	-2.8	-2.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	28.6	27.4	0.0	0.0	27.4	28.4	1.0	3.6
Aufwand	-40.8	-38.9	0.0	0.0	-38.9	-39.9	-1.0	-2.5
Saldo	-12.3	-11.5	0.0	0.0	-11.5	-11.5	0.0	0.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.7	1.1	0.0	0.0	1.1	0.9	-0.2	-19.7
Ausgaben	-1.4	-1.8	0.0	0.0	-1.8	-1.4	0.3	18.6
Saldo	-0.7	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-0.5	0.1	16.6

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	1.1	0.9	-0.2	
- Saldoneutrale, durchlaufende Investitionsbeiträge für Schutzbauten	1.1	0.9	-0.2	- Tiefere durchlaufende Investitionsbeiträge für Schutzbauten
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-1.8	-1.4	0.3	
- Tiefbauinvestitionen auf dem Waffenplatz Zürich-Reppischtal	-0.5	-0.4	0.1	
- Saldoneutrale, durchlaufende Investitionsbeiträge für Schutzbauten	-1.1	-0.9	0.2	- Tiefere durchlaufende Investitionsbeiträge für Schutzbauten
- Übrige	-0.2	-0.1	0.1	

3500 Sozialamt

Das Selbstbestimmungsgesetz ist am 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft getreten. Das neue System ermöglicht die Finanzierung von Begleitung und Betreuung von Menschen mit Behinderung auch in der eigenen Wohnung und wird unter dem Begriff SEBE umgesetzt. Im Berichtsjahr haben sich knapp 300 Personen im System SEBE angemeldet. Mit ersten ambulanten und privaten Leistungserbringenden sowie Beratungsstellen konnten Vereinbarungen abgeschlossen werden. Die digitale Plattform wurde weiterentwickelt. Aufgrund der hohen Zuwanderung im Asylbereich und aus der Ukraine musste der Kanton mit über 2000 Unterbringungsplätzen weiterhin stark ausgebauten Kapazitäten betrei-

ben. Der Auftrag für die Betreuung in den Asylzentren wurde am 1. März an die neuen Betreiber übergeben, gestützt auf die im Vorjahr ausgeschriebenen und vergebenen kantonalen Rahmenverträge für die Leistungen im Asylbereich. Zur spezialisierten Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden sind die neuen Wohngruppen-Konzepte umgesetzt worden.

In der Sozialhilfe wurde der Grundbedarf der Teuerung angepasst (RRB Nr. 1256/2024). Ebenso wurde die Asylfürsorgeverordnung angepasst. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft (RRB Nr. 1005/2024). Neu gilt ein Mindestansatz für den Grundbedarf für den Lebensunterhalt von 70%.

Aufgaben

- A1 Prüfung und Auszahlung des Kostenersatzes und der Staatsbeiträge an Gemeinden sowie Behandlung von Kostengutsprache gesuchten von Dritten. Durchführung der Verfahren bei interkantonaler Weiterverrechnung von Sozialhilfekosten und Finanzierung bei Zuständigkeit. Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Gemeinden
- A2 Koordination der Asylfürsorge
- A3 Prüfung und Auszahlung der Staatsbeiträge an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV sowie Abrechnung mit dem Bund
- A4 Auszahlung der Familienzulagen für Nichterwerbstätige an die Familienausgleichskassen des Kantons Zürich. Vergütung der Durchführungsentschädigung sowie Kontrolle der jährlichen Revisionsberichte der Familienausgleichskassen
- A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von stationären und ambulanten Angeboten im Erwachsenenbereich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützungsanzeigen im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe	A1	3287	2600	2664	64	2.5
L2	Vom Bund zugewiesene Asylsuchende	A2	1711	1500	1190	-310	-20.7
L3	Fürsorgeabhängige Asylsuchende im Kanton Zürich	A2	1792	1900	2493	593	31.2
L4	Plätze in Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarung	A5	10335	10320	10412	92	0.9
L5	Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	A3	53053	52900	54043	1143	2.2
L6	Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige	A4	3639	4000	3263	-737	-18.4
L8	Anzahl Stunden für ambulante Unterstützung (Selbstbestimmungsgesetz)	A5		132000	11449	-120551	-91.3
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte, in %	A2	86	85	90	5	
B2	Auslastungsgrad Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarungen, in %	A5	95	95	95	0	
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge für soziale Angebote, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	1610.5	1616.2	1733.9	117.7	7.3

Bemerkungen

- L2 Tiefere Anzahl der vom Bund zugewiesenen Asylsuchenden ohne Asylentscheid des Bundes
- L3 Höhere Anzahl fürsorgeabhängiger Asylsuchender, insbesondere wegen Verfahrensspendenzen beim Bund
- L6 Tiefere Anzahl Fälle Familienzulagen für Nichterwerbstätige, unter anderem wegen der guten wirtschaftlichen Lage
- L8 Tiefere Anzahl Stunden für ambulante Unterstützung aufgrund von Verzögerungen beim Aufbau des Systems (Abklärungsstelle, externe Beratungsstellen, geringe Anzahl Leistungserbringende usw.) sowie der Einführungsphase des Leistungsangebots bei Menschen mit Behinderung
- W1 Der Gesamtaufwand bzw. Kostenersatz steigt wegen höherer gesetzlich gebundener Beiträge im Asylbereich und wegen höherer Beiträge an Zusatzleistungen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5c Die Gemeinden bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention unterstützen.

Das erste Mal fanden die Aktionstage Behindertenrechte in der ganzen Schweiz statt. Im Kanton Zürich ergaben sich über 200 Aktionspartnerschaften. Die Koordinationsstelle Behindertenrechte bietet Unterstützungsangebote für Gemeinden und pflegt den Austausch mit Vertretungen von Menschen mit Behinderungen sowie Verwaltungspersonen von Kanton und Gemeinden. Das «BRK Netzwerk Städte und Gemeinden» umfasst inzwischen rund 35 aktive Gemeinden und trifft sich zweimal im Jahr. Im Berichtsjahr wurden sechs Gemeinden individuell beraten, sechs Gemeinden führten einen Inklusionscheck durch. Es wurden zwei Weiterbildungen für Verwaltungsmitarbeitende von Gemeinden angeboten. An der Partizipations-Konferenz wurde der Stand der Umsetzung des Aktionsplans Behindertenrechte diskutiert.

Stand bis

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
188.0	199.6	200.1	0.5	0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	722.2	724.0	0.0	0.0	724.0	791.9	68.0	9.4
- Rückerstattungen an wirtschaftliche Hilfe	85.5	80.7	0.0	0.0	80.7	89.7	9.0	11.2
- Rückerstattungen an Asylaufgaben	288.3	295.7	0.0	0.0	295.7	338.9	43.2	14.6
- Rückerstattungen an Zusatzleistungen und Familienzulagen	336.5	336.0	0.0	0.0	336.0	349.7	13.7	4.1
Aufwand	-1662.7	-1683.1	-28.2	0.0	-1711.3	-1792.0	-80.6	-4.7
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-163.4	-168.0	0.0	0.0	-168.0	-146.6	21.4	12.7
- Beiträge an Asylaufgaben	-309.6	-311.1	-28.2	0.0	-339.3	-395.6	-56.3	-16.6
- Beiträge an Zusatzleistungen und Familienzulagen	-753.2	-745.8	0.0	0.0	-745.8	-799.4	-53.6	-7.2
- Beiträge an Soziale Angebote	-384.3	-391.4	0.0	0.0	-391.4	-392.4	-1.0	-0.2
- Beiträge an Sozialversicherungen des Bundes	-1.5	-1.8	0.0	0.0	-1.8	-1.6	0.2	12.3
Saldo	-940.5	-959.1	-28.2	0.0	-987.4	-1000.0	-12.7	-1.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-22.7	-16.4	0.0	-1.1	-17.5	-13.7	3.8	21.9
Saldo	-22.4	-16.4	0.0	-1.1	-17.5	-13.7	3.8	21.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-12.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
30.4	A1	- Geringere Nettoaufwendungen für wirtschaftliche Hilfe hauptsächlich aufgrund der guten konjunkturellen Lage
10.0		- Vor allem geringere effektive Aufwendungen bei der wirtschaftlichen Hilfe, als mit dem Rechnungsabschluss 2023 berücksichtigt (Abgrenzungsdifferenzen)
-13.2	A2	- Höhere Beiträge im Asylbereich bedingt durch die hohe Anzahl von betreuten unbegleiteten Minderjährigen (MNA) und die hohe Zuwanderung im Asylbereich
-39.9	A3	- Höhere Beiträge für Zusatzleistungen an die AHV/IV, v.a. aufgrund Teuerungsanpassung, Taxerhöhung, mehr Zuschüssen und Beihilfen sowie tieferem Bundesbeitragssatz, als zum Zeitpunkt der Budgetierung angenommen
0.0		- Übrige Abweichungen

Sicherheitsdirektion Leistungsgruppe 3500

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-17.5	-13.7	3.8	
- Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen (ab 2024 Selbstbestimmungsgesetz mit nachgelagertem Investitionsrückgang)	-12.0	-12.0	0.0	
- Digitales Angebot und Fachapplikation zur Umsetzung des SLBG	-2.0	-1.7	0.3	
- Fachapplikationen und Mobiliar	-3.5	0.0	3.5	- Projektverzögerungen
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -183198	Verwendung 2024 36438	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -146760	Veränderung Bestand 36438

3700 Sportamt

Vom 21. bis 29. September fanden die von Swiss Cycling, Stadt und Kanton Zürich getragenen «UCI Rad- und Para-Cycling-Strassen-Weltmeisterschaften Zürich 2024» statt und zogen rund 1,2 Mio. Zuschauerinnen und Zuschauer an. Sie werden trotz grossartigen sportlichen Leistungen und der erstmaligen und vollständigen Inklusion des Para-Cycling-Bereichs für immer mit dem tragischen Unfalltod der Schweizer Nachwuchsathletin und WM-Botschafterin Muriel Furrer verbunden bleiben.

Im Berichtsjahr organisierte das Sportamt vier regionale Netzwerktreffen für die Regionen Oberland, Pfannenstiel, Unterland und Winterthur, die kantonale Sportkonferenz, das Forum Sportkanton Zürich sowie das Symposium Nachwuchs- und Leistungssport. Zudem wurde Para-Cyclistin Flurina Rigling mit dem Sportpreis 2024 des Kantons ausgezeichnet.

Mit der Studie «Sportvereine im Kanton Zürich 2024» informierte das Sportamt über die heutige Situation der Sportvereine im Kanton. Die Erhebung zeigt, dass die Mitgliederzahlen stabil sind und der Frauenanteil in den letzten sechs Jahren gestiegen ist. Die Sportvereine sind nach wie vor die bedeutendsten Sportanbieter im Kanton und sind insbesondere für Kinder und Jugendliche unverzichtbar.

Der Mädchen- bzw. Frauenanteil bei den Mitgliedern in Sportvereinen lag im Berichtsjahr bei 39%, bei den Teilnehmenden an J+S-Kursen und -Lagern bei 42%, bei der Teilnahme an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen bei 38%, bei den Teilnehmenden in Jugendsportlagern bei 48%, bei den sportlichen Talenten bei 34% und bei den Teilnehmenden an 1418coach-Weekends bei 60%.

Aufgaben

- A1 Bearbeiten der Belange des Sportfonds zur Förderung des organisierten (Vereinssport) und ungebundenen Sports mit dem Ziel, dass sich möglichst viele Menschen im Kanton Zürich sportlich betätigen
- A2 Fördern von Aktivitäten, damit Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich täglich sportlich aktiv sind (Jugend+Sport sowie freiwilliger Schulsport)
- A3 Unterstützen von Gemeinden und Dritten bei Bau und Sanierung von Sportanlagen für eine bedarfsgerechte Abdeckung des Kantons Zürich mit Sportanlagen
- A4 Koordinieren des kantonalen Auftritts im Bereich des ausserschulischen Sports, insbesondere bei breitenwirksamen Anlässen und bei Sport-Grossveranstaltungen
- A5 Koordinieren der kantonalen Aktivitäten im Nachwuchsleistungssport für eine gute Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsbildung und sportlicher Laufbahn sowie Fördern der Qualität der Leistungszentren im Kanton Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen	A1, A3	143	150	138	-12	-8.0
L2 Bearbeitete Gesuche für Projekte und Veranstaltungen	A1, A4	151	130	154	24	18.5
L3 Abgerechnete J+S-Kurse und -Lager	A2	14053	14200	16046	1846	13.0
L4 Unterstützte freiwillige Schulsportkurse	A1, A2	1786	1600	1827	227	14.2
L5 J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse	A2	129	110	149	39	35.5
L6 Kantonale Jugendsportlager	A2	35	32	33	1	3.1
L7 Bearbeitete Gesuche von Leistungszentren	A1, A5	97	100	104	4	4.0
B2 Nettoaufwand pro Einwohner/in, in Fr.	A1, A2, A3, A4, A5	2	2	2	0	0.0
W1 Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven, in % (Erhebung alle fünf Jahre)	A1					
W2 Mitglieder in Sportvereinen	A1	368438	375000	382281	7281	1.9
W3 Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern	A2	151434	173000	200330	27330	15.8
W4 Teilnehmende an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen	A2	3875	3400	4092	692	20.4
W5 Teilnehmende in Jugendsportlagern	A2	1203	1300	1213	-87	-6.7
W6 Sportliche Talente (Swiss Olympic Talent Cards)	A5	3579	3300	3759	459	13.9
W7 Teilnehmende an 1418coach-Weekends	A2	534	450	596	146	32.4

Bemerkungen

- L1 Tieferer Anteil bearbeiteter Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen wegen geringerer Neubauten und Instandsetzungsarbeiten in den Gemeinden
- L2 Höherer Anteil bearbeiteter Gesuche für Projekte und Veranstaltungen, insbesondere für Projekte im öffentlichen Raum (z.B. Sportinstallationen wie Pumptrack und Powerstation)
- L3 Mehr abgerechnete J+S-Kurse und -Lager aufgrund der Ausweitung des Fördergefässes J+S-Lager auf Vereine und weitere Gruppen (Teilrevision der am 1. Dezember 2022 in Kraft getretenen Sportförderungsverordnung des Bundes; vgl. auch Indikator W3)
- L4 Mehr unterstützte freiwillige Schulsportkurse wegen zusätzlicher Angebote von Schulen und Gemeinden

L5	Mehr J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse aufgrund vermehrter Nachfrage nach J+S-Aus- und -Weiterbildungen sowie neuen J+S-Sportarten (vgl. auch Indikator L3)
W1	Die nächste Erhebung des Bevölkerungsanteils der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven (in %) ist für 2025 geplant und die Ergebnisse liegen 2026 vor.
W3	Mehr Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern aufgrund höherer Anzahl J+S-Kursen und -Lagern (vgl. auch Indikator L3)
W4	Mehr Teilnehmende an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen aufgrund vermehrter Nachfrage nach J+S-Aus- und -Weiterbildungen sowie grösseren Angebots an J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskursen (vgl. auch Indikator L5)
W6	Mehr sportliche Talente (Swiss Olympic Talent Card), unter anderem in den Sportarten Basketball, Eishockey und Unihockey
W7	Mehr Teilnehmende an 1418coach-Weekends aufgrund vermehrter Nachfrage sowie zusätzlicher Ausbildungs-weekends

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3b Freiwilliges Engagement im Sport unterstützen und fördern.

Die Studie «Sportvereine im Kanton Zürich 2024» wurde publiziert. Das Ausbildungsangebot «18plus coach» wurde um die Sportarten Geräteturnen/Kunstturnen und Radsport erweitert.	Stand	bis
	Planmässig	2027

3700 3d Unterstützung und Begleitung von Sport-Grossveranstaltungen im Kanton Zürich (Rad-WM 2024, UEFA Women's EURO 2025, IIHF Eishockey-WM 2026)

Die Rad-WM 2024 mitsamt Begleitmassnahmen haben stattgefunden. Erste Massnahmen zur Förderung des Frauen- und Mädchenfussballs im Kanton wurden umgesetzt. Die IIHF Eishockey-WM 2026 wird mit Fr. 950 000 unterstützt.	Stand	bis
	Planmässig	2026

3700 3e Ausweitung des Förderprogramms Jugend+Sport und Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit (Jugend+Sport-Agenda 2025)

Das individuelle Weiterbildungsangebot «mymmentor.zh» führt neu zur Verlängerung der J+S-Leiteranerkennung.	Stand	bis
	Planmässig	2026

3700 3b Förderung und Sicherung der sportlichen Nutzung des öffentlichen Raums

Das Sportamt hat mit Radix eine Leistungsvereinbarung für die weitere Verbreitung von «Active City» im Kanton abgeschlossen. Das Sportamt ist an der Erarbeitung eines Mountainbike-Konzepts für den Kanton beteiligt.	Stand	bis
	Planmässig	2027

3700 3f Bedarfsgerechte Entwicklung und Optimierung der schulischen und beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten für anerkannte Sporttalente

Der Regierungsrat bewilligte eine Filiale der Kunst- und Sportschule Zürcher Oberland im neu entstehenden Sportzentrum Zürich in Wangen-Brüttisellen (RRB Nr. 1310/2024).	Stand	bis
	Planmässig	2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
	15.0	14.2	14.9	0.7	4.8

Bemerkungen R24 zu B24

0.7 Leicht höherer projektbedingter Beschäftigungsumfang, v.a. für «UEFA Women's EURO 2025»

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.2	1.7	0.0	0.0	1.7	2.1	0.4	25.6
Aufwand	-5.7	-5.2	0.0	0.0	-5.2	-5.6	-0.4	-7.3
Saldo	-3.5	-3.5	0.0	0.0	-3.5	-3.5	0.1	1.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

3910 Sportfonds

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie Swisslos wurden dem Sportfonds 31,8 Mio. Franken (Vorjahr: 30,3 Mio. Franken) zugewiesen. Dies entspricht 30% des kantonalen Ertragsanteils. Zudem erhielt der Kanton einmalig einen Anteil von rund 3,9 Mio. Franken aus der Liquidation der Sport-Toto-Gesellschaft. Insgesamt wurden Beiträge von rund 28,5 Mio. Franken zur Förderung des Jugend- und Breitensports sowie des Nachwuchs- und Leistungssports ausbezahlt: 16,2 Mio. Franken an 123 Sportanlagen, 1,3 Mio. Franken für den Nachwuchsleistungssport und 1,1 Mio. Franken an 1827 schulsport.zh-Kurse, 0,2 Mio. Franken an den Kantonalverband Zürich für Sport in der Schule, 0,85 Mio. Franken an

107 Sportveranstaltungen, 1,04 Mio. Franken an 15 Sportprojekte, 0,3 Mio. Franken für 1418coach, Fr. 16000 an zehn Schulen mit dem Label für sportfreundliche Schulen und 5,9 Mio. Franken an den Zürcher Kantonalverband für Sport für seine Mitgliederverbände und -vereine. Der Betrieb des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit 1,5 Mio. Franken unterstützt. Der Bau und der Unterhalt des Sportzentrums belasteten den Fonds mit 3,9 Mio. Franken (einschliesslich Zinsen und Abschreibungen). Im Sportzentrum wurden im Berichtsjahr 33 151 Übernachtungen verzeichnet.

Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der Gelder des kantonalen Sportfonds zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursports (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Sportveranstaltungen, Kurse, Sportmaterial, Sportanlagen und Sportprojekte]; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg, Filzbach GL)

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	78.4	75.5	76.7	1.2	1.6
Fondsbestand	-97.3	-95.6	-100.3	-4.7	-5.0
Finanzierung	18.9	20.1	23.6	3.5	17.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	34.7	28.2	0.0	0.0	28.2	36.2	8.0	28.4
- Swisslos	30.3	26.4	0.0	0.0	26.4	35.7	9.3	35.4
- Zinsen								
- Entnahme Bestandeskonto	4.3	1.8	0.0	0.0	1.8		-1.8	-100.0
Aufwand	-34.7	-28.2	0.0	0.0	-28.2	-36.2	-8.0	-28.4
- Beiträge	-29.4	-24.0	0.0	0.0	-24.0	-28.5	-4.5	-18.8
- Einlagen in Bestandeskonto						-3.0	-3.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						2.0	2.0	0.0
Ausgaben	-0.5	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.6	-0.0	-5.5
Saldo	-0.5	-0.5	0.0	0.0	-0.5	1.4	2.0	371.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

0.0

Abweichungen total R24 zu B24^{plus}

- A1 - Fondseinlage (3 Mio. Franken statt budgetierter Entnahme von 1,8 Mio. Franken) wegen Mehrertrag von Swisslos aufgrund höheren Reingewinns sowie einmaligen Anteils aus der Liquidation der Sport-Toto-Gesellschaft (3,9 Mio. Franken)
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	2.0	2.0	
- Fondsfinanziertes für Erweiterung und Anpassung des Sportzentrums Kerenzerberg (Projekt «Silhouette»)		2.0		- Beitrag des Bundesamtes für Sport (BASPO) für Sportanlagen mit nationaler Bedeutung (NASAK)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-0.5	-0.6	-0.0	
- Fondsfinanzierte allgemeine Instandsetzungen	-0.5	-0.6	-0.1	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht

Die Kantone erhalten jährlich 10% des Reinertrags aus der Spirituosenbesteuerung des Bundes im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (Alkoholzehntel). Die Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Folgen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen an die Zürcher Beratungsstellen für Alkohol- und Suchtprobleme und an verschiedene Einrichtungen im Präventions-, Behandlungs- und Nachsorgebereich. Die Leistungsabteilung an die Zürcher Beratungsstellen für Alkohol- und Suchtprobleme erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung.

Die Kantone erhalten gemäss dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterienunternehmen. Gemäss dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele (EG BGS) erhält der Kanton zudem 10% des Bruttospielertrags aus dem Betrieb von Geschicklichkeitsgeldspielautomaten. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht zu verwenden (Art. 10 und 11 EG BGS). Beiträge gingen unter anderem an die Schweizerische Gesundheitsstiftung Radix zur Weiterführung des Zentrums für Spielsucht und andere Verhaltenssuchten (RRB Nr. 1148/2023) und an das Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich, welches das Zentrum fachlich begleitet.

Aufgaben

- A1 Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)
- A2 Der Spielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Spielsucht und an Institutionen aus.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert), in Fr.	A1	35.32	33	32.67	-0.33	-1.00
B1	Bestand Alkoholfonds, in % der jährlichen Ausgaben	A1	47	49	53	4	
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept, in %	A1	100	100	100	0	
W2	Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Spielsucht, in %	A2	100	100	100	0	

Bemerkungen

- B1 Höherer Bestand des Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben infolge einer nachträglichen Ausschüttung des Bundes beim Alkoholzehntel

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-4.2	-4.1	-5.0	-0.9	-22.5
Finanzierung	4.2	4.1	5.0	0.9	22.5

Bemerkungen R24 zu B24

- Der Fondsbestand am 31.12.2024 setzt sich zusammen aus
- Alkoholfonds (gerundet): 2.8 Mio. Franken (+0.45 Mio. Franken gegenüber Vorjahr)
 - Spielsuchtfonds (gerundet): 2.2 Mio. Franken (+0.4 Mio. Franken gegenüber Vorjahr)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.1	5.7	0.0	0.0	5.7	6.3	0.6	10.9
Alkoholfonds:								0.0
- Anteil am Eidg. Alkoholmonopol	5.0	4.8	0.0	0.0	4.8	5.2	0.4	8.6
- Zinsen aus Bestandeskonto								
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Lotteriespielsuchtfonds:								0.0
- Anteil aus Bruttospielerträgen der Lotterieunternehmen	1.1	0.8	0.0	0.0	0.8	1.1	0.3	33.4
- Zinsen aus Bestandeskonto								
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.1	0.0	0.0	0.1		-0.1	-100.0
Aufwand	-6.1	-5.7	0.0	0.0	-5.7	-6.3	-0.6	-10.9
Alkoholfonds:								0.0
- Betriebsbeiträge	-2.7	-2.6	0.0	0.0	-2.6	-2.6	0.0	1.0
- Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-2.3	-2.2	0.0	0.0	-2.2	-2.2	0.0	0.6
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.0					-0.5	-0.5	0.0
Lotteriespielsuchtfonds:								0.0
- Dienstleistung Dritter	-0.0	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.0	0.1	69.0
- Betriebsbeiträge	-1.0	-0.8	0.0	0.0	-0.8	-0.6	0.1	13.4
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.1					-0.4	-0.4	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
	A1	- Alkoholfonds: Fondseinlage (0.5 Mio. Franken) wegen nachträglicher Ausschüttung des Bundes beim Alkoholzehntel
	A2	- Spielsuchtfonds: Fondseinlage (0.4 Mio. Franken statt budgetierter Entnahme von 0.07 Mio. Franken) wegen höherer Erträge aus Bruttospielerträgen der Lotterieunternehmen
0.0		- Übrige Abweichungen

3930 Schutzraumfonds

Für nicht erstellte Schutzräume gemäss Art. 61 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes flossen im Berichtsjahr Ersatzbeiträge von 5,3 Mio. Franken (Vorjahr: 4,8 Mio. Franken) in den kantonalen Schutzraumfonds. Die Gemeinden wurden für das Inkasso der Ersatzbeiträge mit Fr. 98800 (Vorjahr: Fr. 128800) entschädigt. Im Rahmen der Ausgleichsgebietsplanung sowie für die Erneuerung von Schutzräumen

wurden insgesamt rund Fr. 900000 ausbezahlt. Weitere Ausschüttungen wurden nicht vorgenommen, da zahlreiche Gemeinden zurzeit noch über genügend Mittel aus früheren Ersatzbeiträgen für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume und die Erneuerung von privaten Schutzräumen verfügen.

Aufgaben

- A1 Der Kanton führt einen Schutzraumfonds, der aus Ersatzbeiträgen für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 61 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) gespeist wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz verwendet die Mittel gestützt auf Art. 62 BZG, Art. 76 der Zivilschutzverordnung (ZSV) und § 28 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV) für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden, die Erneuerung privater Schutzräume sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen.

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-77.0	-82.3	-81.4	0.9	1.2
Finanzierung	77.0	82.3	81.4	-0.9	-1.2

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	4.9	6.0	0.0	0.0	6.0	5.4	-0.6	-10.2
- Ersatzbeiträge der ersatzpflichtigen Bauherren an Gemeinden	4.9	6.0	0.0	0.0	6.0	5.4	-0.6	-10.2
- Zinsen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- Entnahme Bestandeskonto		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-4.9	-6.0	0.0	0.0	-6.0	-5.4	0.6	10.2
- Kostenbeiträge/Entschädigungen an Gemeinden	-0.1	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-1.0	-0.3	-51.2
- Abschreibungen und Zinsen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- Einlagen in Bestandeskonto	-4.7	-5.3	0.0	0.0	-5.3	-4.4	0.9	17.7
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
	A1	- Fondseinlage (4.4 Mio. Franken statt budgetierter 5.3 Mio. Franken) wegen tieferer Ersatzbeiträge (-0.6 Mio. Franken) und höherer Kostenbeiträge an die Gemeinden (-0.3 Mio. Franken)
0.0		- Übrige Abweichungen

04

Finanzdirektion

Überblick	92
Legislaturziele	94
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	94
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	94
Finanzierung	95
Übersicht	95
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	95
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	96
Personal- und Lohnstatistik	97
Beschäftigungsumfang	97
Lohnaufwand	97
Anstellungsverhältnisse	97
Parlamentarische Vorstösse	97
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	97
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	98
Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)	98
Leistungsgruppen	99
4000 Generalsekretariat	99
4100 Finanzverwaltung	102
4400 Steuern Betriebsteil	105
4500 Personalamt	108
4610 Amt für Informatik	111
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	114
4700 Drucksachen und Material	116
4910 Steuererträge	118
4921 Schadenausgleich	119
4930 Zinsen und Beteiligungen	120
4950 Sammelpositionen	122
4960 Nationaler Finanzausgleich	124
4980 Gemeinnütziger Fonds	125

Überblick

Stand Finanzhaushalt

Mit der Rechnung 2023 stiegen die Nettoschulden I um 359 Mio. Franken an. Die Finanzplanung zeigte zudem eine Zunahme der Verschuldung bis 2027 um 3,1 Mrd. Franken. Der Regierungsrat ergriff daher im KEF 2025–2028 Massnahmen, um die Erfolgsrechnung zu verbessern. Die Finanzplanung wurde hinsichtlich allfälliger noch nicht abgebildeter Verbesserungen und Verschlechterungen überprüft wie Steuereinnahmen, Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank, Kreditreste, jährlicher begründeter Mehrbedarf und zentrale Korrekturen. Zudem hat der Regierungsrat erstmals eine ganzheitliche Investitionspriorisierung durchgeführt. Insgesamt konnte die Verschuldungszunahme mit dem KEF 2025–2028 um mehr als die Hälfte auf 1,5 Mrd. Franken verringert werden. Hinsichtlich der Verschuldungsentwicklung sind mit der kommenden Planung weitere Anstrengungen erforderlich.

Finanzierung von Infrastrukturvorhaben

Die Ausgaben des Kantons für Infrastrukturprojekte sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Verschuldungsentwicklung führte der Regierungsrat erstmals eine Investitionspriorisierung durch. Gleichzeitig sind die Grundstückgewinnsteuererträge der Gemeinden stark gewachsen. Zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierung von kantonalen Infrastrukturprojekten soll deshalb eine Kostenbeteiligung der Gemeinden durch Partizipation des Kantons an den Erträgen der Grundstückgewinnsteuer erfolgen. Dazu soll im ersten Halbjahr 2025 ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden.

Investitionspriorisierung

Der Regierungsrat erteilte mit Beschluss Nr. 1413/2023 der Finanzdirektion den Auftrag, für die Richtlinien zum KEF 2025–2028 Kriterien zur Priorisierung der Investitionsvorhaben zu erarbeiten. Die Methodik sieht vor, Vorhaben ohne Priorisierung in den KEF aufzunehmen, wenn ein Objektkredit vorliegt, wenn Sicherheitsrisiken zu minimieren sind oder wenn die Gesamtinvestitionen unter 4 Mio. Franken liegen. Alle anderen Vorhaben wurden anhand von fünf Kriterien bewertet (Priorität für die Direktion, Notwendigkeit zur Erfüllung der öffentlichen Ausgabe, ausgegebene Kosten, Fortschritt und Projektart, vgl. RRB Nr. 268/2024, F30). Der Regierungsrat entschied danach über die Aufnahme der Vorhaben in den KEF. Zudem stellte er eine Planungskorrektur von 15% pro Leistungsgruppe in den KEF ein, da die Investitionsbudgets erfahrungsgemäss nicht ganz ausgeschöpft werden. Nicht in den KEF aufgenommene Projekte sind im Sinne eines Investitionsschutzes nicht gestoppt, sondern in der kommenden Finanzplanung neu zu beurteilen.

Schritt 2 der Steuervorlage 17

Am 4. November des Berichtsjahres hat der Kantonsrat den Schritt 2 der Steuervorlage 17 (Vorlage 5939) verabschiedet. Mit einer Änderung des Steuergesetzes soll der einfache Gewinnsteuersatz von 7% auf 6% gesenkt werden. Anders als vom Regierungsrat beantragt, soll die Teilbesteuerung von qualifizierten Dividenden nicht von 50% auf 60% erhöht werden. Gegen die Gesetzesänderung wurde das Referendum ergriffen.

Stand Weiterentwicklung Finanzsysteme

Im Berichtsjahr wurden die Finanzsysteme durch laufende Weiterentwicklungen und Optimierungen angepasst, um den stetig wachsenden Anforderungen Rechnung zu tragen. Das Planungs- und Budgetierungstool wurde als Pilot in Betrieb genommen. Im Bereich der Digitalisierung von Ausgabenbewilligungen wurde mit der Inbetriebnahme von eVorhaben ein wichtiger technologischer Fortschritt erzielt. Mit der Integration der Sachkontenbelege in das System MaxFlow wurde die vollständige Ablösung des alten Systems erfolgreich abgeschlossen. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Einbindung weiterer kantonaler Rechnungsstellen in das zentrale SAP (vgl. SAP-Strategie gemäss RRB Nr. 836/2001). Mit verschiedenen kantonalen Einheiten wurden Projekte oder Vorstudien initiiert, um einen Umstieg auf das kantonale SAP vorzubereiten. Das zentrale System gewährleistet kantonsweit einheitliche, integrierte Prozesse und ermöglicht Synergien bei Betrieb, Support und Weiterentwicklung.

Abschluss Projekt HR-Geschäftsmodell

Direktionsübergreifende Gremien und Arbeitsgruppen haben eine kantonale HR-Prozesslandkarte und rund 60 harmonisierte HR-Soll-Prozesse erarbeitet, die nun im Projekt Aurora digitalisiert werden. Für die Überführung der Ergebnisse und der laufenden Tätigkeiten des Projekts HR-Geschäftsmodell in die betrieblichen Strukturen wurde zudem ein Organisationskonzept erarbeitet. Das per 1. Januar 2025 etablierte Kompetenzzentrum HR Projekte & Prozesse übernimmt die Optimierung, Koordination und Weiterentwicklung sowie den Wissenstransfer der harmonisierten Prozesse.

Stand Projekt Aurora

Das Projekt zur Einführung der neuen Standardlösung für das künftige Human Experience Management (HXM) befindet sich in der Realisierungsphase. Die Einführung erfolgt in zwei Wellen. Mit der ersten Welle erhielten per 1. Januar 2025 die ersten Organisationseinheiten Zugriff auf die neue zentrale Einstiegsplattform Work Zone. Über die Work Zone können die Mitarbeitenden erste HR-Anwendungen starten und Selfservices beziehen, z.B. die elektronischen Lohnabrechnungen und Lohnausweise. Zudem nutzen erste Organisationseinheiten harmonisierte und digitalisierte Prozesse im Modul «Recruiting». In der zweiten Welle ab 1. Januar 2026 wird die neue HXM-Lösung allen Mitarbeitenden zur Verfügung stehen. Dann können alle im Projekt Aurora umgesetzten harmonisierten HR-Prozesse genutzt werden. Dazu gehören die Lohnverarbeitung, Rekrutierung und Onboarding, Zeitwirtschaft und Spesen sowie weitere rollenbasierte Selfservices. Zeitgleich werden auch die Eigenentwicklungen für den Schuljahreswechsel und das Vikariats-Tool für das Volksschulamt eingeführt.

Anstellungsbedingungen

Die Personalstrategie 2019–2023 (RRB Nr. 907/2019) legte einen Fokus auf die Weiterentwicklung der Anstellungsbedingungen. Nach Projektfreigabe und Stakeholder-Befragungen wurden sechs Themen identifiziert: Pensionierung/Vorsorge, Lohnfortzahlung, Kündigungsprozess, Arbeitszeitmodelle, Urlaub und Bereinigungen. Das erstellte Normkonzept wurde den Direktionen, der Staatskanzlei sowie den Gerichten und

Sozialpartnern im Mitberichtsverfahren zur Stellungnahme vorgelegt. Die Beschlussfassung über das Normkonzept zu den verbleibenden Themen ist für das erste Quartal 2025 geplant. Zudem hatte der Kantonsrat im Dezember 2023 eine Motion zur Verkürzung der Kündigungsfrist für das Kader überwiesen, deren Zielsetzung im Einklang mit den geplanten Änderungen im Projekt stehen. Eine Vorlage zu diesen Themen ist in Vernehmlassung.

Sensibilisierung des Personals für Compliance-Regeln

Anfang des Berichtsjahres wurde unter den Amts- und Fachstellenleitenden eine Online-Umfrage zur Sensibilisierung sowie zur weiteren Etablierung der Compliance-Kultur durchgeführt. Für das höhere Kader konnte im Berichtsjahr zudem ein E-Learning-Kurs mit drei Modulen und einem Quiz entwickelt werden, welches im Jahr 2025 ausgerollt wird. Darüber hinaus wurden die bisherigen Präsenzveranstaltungen sowohl im Rahmen der Grundausbildung Führung, der Kadernachwuchsförderung, der Willkommensanlässe sowie im Rahmen von Referaten auf Anfrage fortgeführt. Im ZHub, im Intranet und im Internet konnten im Weiteren zur fortlaufenden Sensibilisierung der kantonalen Mitarbeiteten regelmässige Ratgeber-Kolumnen aufgeschaltet werden.

Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagement-Systems (ISMS)

In der Finanzdirektion wurde das Informationssicherheitsmanagement-System (ISMS) im Berichtsjahr fortlaufend verbessert. Richtlinien wurden überprüft und, wo notwendig, angepasst. Ebenso wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Kontrollen regelmässig neu beurteilt. Die Mitarbeitenden bewerten das Schulungsangebot als hilfreich, unterhaltsam und wertvoll für die tägliche Arbeit.

Stand Umsetzung Cybersicherheitsstrategie

Die Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie wurde durch eine Reihe gezielter und effektiver Massnahmen vorangetrieben. Ein neu etablierter Expertenpool fungiert als Anlaufstelle innerhalb der kantonalen Verwaltung für spezifische Fragestellungen rund um die Informationssicherheit und setzt Schwerpunkte in den Bereichen Cloud-Sicherheit, Applikationssicherheit und Lieferantensicherheit. Eine kantonale Bug-Bounty-Plattform wurde eingeführt. Zusätzlich wurden Schlüssellieferanten einer umfassenden Prüfung unterzogen, um potenzielle Cybersicherheitsrisiken in der Lieferkette zu erkennen.

Abschluss der Covid-19-Unterstützung Selbstständigerwerbender

Vor dem Hintergrund der Coronapandemie hat der Regierungsrat im Jahr 2020 beschlossen, selbstständig erwerbende Personen und Personen in vergleichbaren Lagen rasch und unbürokratisch mit 15 Mio. Franken aus der ZKB-Jubiläumsdividende 2020 zu unterstützen (RRB Nr. 262/2020, Dispositiv IV). Die Abwicklung erfolgte über die Zürcher Gemeinden. Nach rund fünf Jahren konnte das Unterstützungsprogramm mit RRB Nr. 1283/2024 erfolgreich abgeschlossen werden, wobei insgesamt 9 Mio. Franken benötigt und eingesetzt wurden. Die verbleibenden 6 Mio. Franken werden gemäss Vorlage 5694a vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) für Projekte betreffend die Aufwertung des Zugangs zu Fließgewässern eingesetzt.

Neue Eigentümerstrategie für die Abraxas Informatik AG

Die Finanzverwaltung nahm im Berichtsjahr im Rahmen einer Arbeitsgruppe bestehend aus den beiden Grossaktionären Kanton St. Gallen und Kanton Zürich sowie der Abraxas Informatik AG die Arbeiten an einer neuen Eigentümerstrategie auf. Nach dem Rückzug der Abraxas Informatik AG aus der Fachanwendung Juris bzw. dem Fachbereich Justiz stellen sich verschiedene Fragen zur strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Sie sollen insbesondere im Rahmen einer vertieften Analyse der Bedürfnisse der kantonalen Kunden und einer Evaluation von künftigen Rollenmodellen geklärt werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Arbeitsteilung zwischen dem Amt für Informatik und der Abraxas Informatik AG untersucht. Im Vergleich zur seinerzeitigen Auslagerung der kantonalen Informatik zeigt sich heute eine höhere Komplexität im Informatikumfeld, die eine präzisere Definition der Arbeitsteilung notwendig macht.

Stand Rollout Digitaler Arbeitsplatz und Plattformen & Rechenzentren

Der Rollout des Digitalen Arbeitsplatzes in der Direktion der Justiz und des Innern wurde abgeschlossen. Danach wurden die Gesundheitsdirektion, die Sicherheitsdirektion und die Parlamentsdienste mit dem Digitalen Arbeitsplatz ausgestattet. Im Oktober begann die Einführung in der Bildungsdirektion. Das Projekt ist im Zeitplan und wird mit dem Rollout im Strassenverkehrsamt im März 2025 abgeschlossen werden. Im Rahmen der Migration wurden bis zum Ende des Berichtsjahres 9530 Nutzende auf den Digitalen Arbeitsplatz migriert. Im Projekt Plattformen & Rechenzentren wurde die Organisation angepasst und ein neuer Auftraggeber bestimmt. Anstelle der sequenziellen Bearbeitung in den Direktionen und der Staatskanzlei konnten verschiedene Fachapplikationen gleichzeitig bearbeitet werden. Im Berichtsjahr wurden 15 Fachapplikationen der Baudirektion, Sicherheitsdirektion und der Staatskanzlei erfolgreich getestet. Die FileShare-Migration wurde im Amt für Informatik pilotiert und danach bei der Baudirektion und Volkswirtschaftsdirektion durchgeführt.

Erfolgreiche Rezertifizierung der kdmz nach der Norm ISO 9001:2015

Die Kantonale Durchsachen- und Materialzentrale (kdmz) legt grossen Wert auf eine dauerhaft hohe und stabile Qualität ihrer Leistungen unter Einhaltung der geltenden Regeln und Vorschriften. Seit 2003 unterzieht sich die kdmz alle drei Jahre einem Rezertifizierungsaudit. Mit dem Zertifikat wird der kdmz auch im Berichtsjahr bescheinigt, dass sie ihre Rolle als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Beschaffung wahrnimmt, die wirtschaftliche, effiziente, umweltverträgliche und zentrale Beschaffung und Herstellung von Produkten vorantreibt und die damit verbundenen Dienstleistungen normgerecht erbringt. Von den zertifizierten Dienstleistungen und digitalen Beschaffungssystemen der kdmz können alle kantonalen Organisationseinheiten, selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Gemeinden des Kantons profitieren.

Legislaturziele

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 9	Steuerlich attraktiv sein sowie die Leistungsgerechtigkeit und Kostenwahrheit im interkantonalen Verhältnis stärken.		
RRZ 9a	Durch eine weitere Senkung der Gewinnsteuern die Attraktivität des Kantons für Unternehmen erhalten.	4400	2027
RRZ 9b	Eine vollkostendeckende interkantonale Leistungsabgeltung anstreben.	4100	2027
RRZ 9c	Die Abschöpfung im interkantonalen Ressourcenausgleich angesichts der wachsenden Disparitäten überprüfen.	4100	2027
RRZ 9d	Die angemessene Berücksichtigung der Ergänzungssteuern im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs überprüfen.	4400	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
FD 9.1	Die staatlichen Ausgaben wachsen weniger stark als die Bevölkerung.		
FD 9.1a	Konzept für einen Wachstumspfad tiefer als Bevölkerungswachstum erstellen und im Rahmen der KEF-Planung umsetzen (erstmalig per KEF 2025-2028)	4100	2027

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 10	In einem vielfältigen sich rasch verändernden Umfeld Agilität der Verwaltung und Vertrauen in den Staat stärken.		
RRZ 10e	Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.	4500 4610	2027 2027
RRZ 10g	Die Cybersicherheitsstrategie umsetzen, den Datenschutz und die Informationssicherheit in die Verwaltungsprozesse integrieren.	4620	2025
RRZ 10h	Die Attraktivität des Arbeitgebers Kanton Zürich mit verschiedenen Massnahmen erhöhen und die HR-Prozesse, -Strukturen und -Systeme vereinheitlichen.	4500	2027
RRZ 10i	Fortlaufende Sensibilisierung der Mitarbeitenden für korrektes Verhalten und eine auf Transparenz ausgerichtete Compliance-Kultur.	4000	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
FD 10.1	Stärkung von Agilität und Resilienz in der Finanzdirektion		
FD 10.1a	Optimierung der Anstellungsbedingungen (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2027
FD 10.1b	Implementierung des Risikomanagementkonzepts in der Finanzdirektion	4000	2025
FD 10.1c	Umsetzung des Employer Branding (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2025
FD 10.1d	Totalrevision Staatsbeitragsgesetz	4100	2027
FD 10.1e	Reduktion der Nettoschuld pro Kopf zur Sicherstellung des finanziellen Handlungsspielraums anstreben (volatile Ertragsanteile in Schuldenabbau lenken)	4100	2027
FD 10.2	Innerhalb der Finanzdirektion und mit ihren Partnern Synergien durch Zusammenarbeit pflegen und nutzen		
FD 10.2a	Förderung von Beschaffungsdienstleistungen für verwaltungsinterne Organisationen, kantonale Institutionen und Gemeinden	4700	2027
FD 10.2b	Umsetzung IKT-Programm	4610	2025
FD 10.2c	Umsetzung der IKT-Governance in der kantonalen Verwaltung	4000	2024
FD 10.2d	Harmonisierung der Daten und Stärkung der Interoperabilität im Steuerbereich (vertikal mit Bund, anderen Kantonen und den Gemeinden) durch Umsetzung einer Datenbereitstellung basierend auf e-ch-Standards und durch Umsetzung von Hilfsmitteln zur Datenauswertung und -bereinigung	4400	2027
FD 10.2e	Umsetzung HR-Geschäftsmodell (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2025
FD 10.2f	Umsetzung IKT-Grundversorgung Sek II voranbringen	4610	2027
FD 10.2g	Einführungsprojekt MS Teams, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik (Webinare, Intranet- und Sharepoint-Seite, Superuser Community; unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e)	4000	2024
FD 10.2h	Gemeinsame Massnahmen auf Kantonsebene betreffend Umgang mit dem Fachkräftemangel (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2026
FD 10.2i	Applikationsstrategie zur effizienten gemeinsamen Nutzung von IT-Anwendungen (Kantons- und Fachapplikationen)	4610	2027
FD 10.2j	Einführungsprojekt MS Teams, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat FD (Webinare, Intranet- und Sharepoint-Seite, Superuser Community; unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e)	4610	2024

FD 10.2k	Schrittweise weitere Zentralisierung von Rechnungsführungsaufgaben der Verwaltungseinheiten in der Finanzverwaltung	4100	2027
FD 10.2l	Weitere Standardisierung der Abläufe in den Bereichen Budgetierung, Ausgabenbewilligungen und Fakturierung (Planungs- und Budgetierungstool, eVorhaben, Einmaldebitoren)	4100	2027
FD 10.3 Weitere Förderung der digitalen Transformation in der Finanzdirektion, nach innen und nach aussen			
FD 10.3a	Vereinheitlichung und Vereinfachungen Governance IKT und Informationssicherheit (Konsolidierung Governance-Handbuch / Governance-Konzept IKT-Sicherheit und Besondere Informationssicherheitsrichtlinie)	4620	2025
FD 10.3b	Ausbau des digitalen Angebots im Steuerbereich (Konzeption der Steuerdeklaration für juristische Personen sowie Konzeption und Umsetzung Pilotbetrieb papierlose Korrespondenz)	4400	2027
FD 10.3c	Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich (Aus-schreibung Plattform für Steuersoftware und Umsetzung der ersten Etappe)	4400	2027
FD 10.3d	Förderung E-Learning (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e und 10h)	4500	2025
FD 10.3e	Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern, Projekt im Steueramt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10f)	4400	2027
FD 10.3f	Einführung SAP-HCM-Standardlösung, Teil Personalamt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4500	2025
FD 10.3g	Einführung SAP-HCM-Standardlösung, Teil AFI (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)	4610	2025
FD 10.3h	Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung, Teil Steueramt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10b)	4400	2026
FD 10.3i	Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10b)	4610	2026
FD 10.3j	Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern; Aufbau des Service Centers Digital Innovation gemäss RRB Nr. 1331/2022 (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10f)	4610	2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	9855.0	9892.1	0.0	1.1	9893.2	10405.5	512.2	5.2
Aufwand	-1280.0	-1064.9	-8.5	-14.8	-1088.2	-1302.6	-214.4	-19.7
Saldo	8575.0	8827.2	-8.5	-13.6	8805.1	9102.9	297.8	3.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	36.5	14.0	0.0	0.0	14.0	27.1	13.2	94.2
Ausgaben	-11.9	80.5	0.0	-21.5	59.1	-19.2	-78.2	-132.4
Saldo	24.6	94.5	0.0	-21.5	73.0	8.0	-65.0	-89.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
297.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
262.1	4910	- Staatssteuern, Nachträge, natürliche Personen: Höhere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2024 (89.1), Mehrerträge für die Steuerperiode 2020 (37.4) und die Perioden vor 2019 (65.6) sowie positive Korrekturen für die Steuerperiode 2022 (70.0)
87.7	4910	- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Mehrerträge durch höhere Einzelfälle
80.4	4950	- Der im Budget zentral eingestellte Mehraufwand aus dem Teuerungsausgleich fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
77.0	4910	- Staatssteuern, laufende Periode 2024, natürliche Personen: Höhere Erträge aus der Einkommenssteuer (81.0) und leicht tiefere Vermögenssteuern (-4.0). Die im Budget 2024 berechneten Mindereinnahmen für den Gegenvorschlag der Gerechtigkeitsinitiative über 38.0 Mio. Franken wurden in der aktuellen Steuerperiode nicht wirksam. Diese werden sich erst in den kommenden Perioden ertragswirksam zeigen.
56.1	4910	- Quellensteuern: Höhere Erträge aus höheren Sollstellungen und Zahlungseingängen
43.6	4910	- Direkte Bundessteuer: Höhere Zahlungseingänge von natürlichen und juristischen Personen
38.8	4910	- Verrechnungssteuer: Höhere Auszahlung an die Kantone aus dem Verrechnungssteuerertrag des Bundes
37.1	4910	- Staatssteuern, laufende Periode 2024, juristische Personen: Höhere Gewinnsteuererträge (67.1) und Mindererträge aus der Kapitalsteuer (-30.0)
29.4	4930	- Tiefere Zinsen aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen und tieferen Zinsumfelds

Finanzdirektion Finanzierung

24.1	4910	- Staatssteuern, Nachträge, juristische Personen: Tiefere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2024 (-12.4), Mehrerträge für die Periode 2020 (11.8), tiefere Erträge für die Perioden vor 2019 (-5.3) sowie positive Korrektur der Steuerperiode 2021 (30.0)
20.0	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank
16.6	4950	- Höhere Rückzahlungen und Rückforderungen von nicht rückzahlbaren Beiträgen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm (Aufwandminderung)
13.3	4400	- Hard- und Softwareaufwand im Steueramt: Minderaufwand für Fachapplikationen aufgrund betrieblicher Optimierungen (+2.9) sowie infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (+10.5) gegenüber Mehraufwand infolge erweiterten ZHprivateTax-Supports (-0.2)
10.2	4930	- Höherer Ertrag der Flughafen Zürich AG
8.0	4620	- Tieferer externer und Personalaufwand beim Informatiksicherheitsbeauftragten infolge verzögerter Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie
7.0	4950	- Der im Budget zentral eingestellte Pauschalbetrag für IKT-Vorhaben fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
6.6	4930	- Höherer Zinsertrag auf kurzfristigen Finanzanlagen
5.2	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
5.2	4500	- Projektkosten Aurora gemäss RRB Nr. 267/2024. Saldoverschiebung von 5.2 Mio. Franken zwischen Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung.
3.6	4400	- Tieferer Personalaufwand im Steueramt; aufgrund der gegenwärtigen Situation am Arbeitsmarkt (Fachkräftemangel) konnten Stellen nicht besetzt werden
2.8	4930	- Höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank für die Staatsgarantie
2.7	4930	- Buchgewinn aus der Veräusserung der Beteiligung an der Hangenmoos AG
2.6	4930	- Höherer interner Zinsertrag infolge veränderter Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
2.0	4930	- Höhere Abgeltung des Dotationskapitals der Zürcher Kantonalbank
1.6	4921	- Keine Schadenersatz-Zahlungen im Berichtsjahr und Auflösung von 0.3 Mio. Franken Rückstellungen in einem Staatshaftungsfall (B24: -1.3 Mio. Franken; R24: +0.3 Mio. Franken)
-3.9	4950	- Höhere Auszahlung für Kreditausfallgarantien im Rahmen der Covid-19-Notfallmassnahmen gemäss RRB Nr. 262/2020, Dispositiv I
-7.2	4950	- Höhere Rückstellungsbildung aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich aufgrund Reduktion des technischen Zinssatzes um rund 0.5 Prozentpunkte (3.3 Mio. Franken) sowie abweichender Entwicklung zwischen tatsächlicher und statistischer Lebenserwartung
-14.4	4950	- Weiterleitung von Rückforderungen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm an den Bund (Ertragsminderung)
-14.6	4930	- Keine Gewinnausschüttung der Axpo Holding AG
-16.7	4910	- Tieferer Ertrag aus Nachsteuern und Bussen aufgrund von Anpassungen im Einspracheverfahren
-44.2	4910	- Höherer Aufwand im Steuererhebungsbereich infolge positiver und negativer Wertberichtigungen von Einzelfällen im Umfang von 25.7, erhöhter Abschreibungsbedarfs (2.8), höhere Entschädigungen an Arbeitgeber SSL infolge höheren Sollstellungen (11.8) und höhere Passivzinsen (3.9)
-119.3	4930	- Keine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
-325.0	4950	- Die im Budget zentral eingestellte, pauschale Budgetkürzung wird dezentral durch die übrigen Leistungsgruppen kompensiert.
-0.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R24	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
	-19.2			
- Programm IKT (LG 4610)	-7.3	-55.6	-28.5	-27.1
- Einführung HCM-Standardlösung (Aurora; LG 4500)	-5.1	-11.0	-7.4	-3.6
- Audio- und Videomedientechnik für Unterrichts- und Besprechungsräume (LG 4610)	-4.0	-16.1	-4.6	-11.5
- eVorhaben (LG 4100)	-0.8	-1.7	-1.2	-0.5
- Ersatzbeschaffungen Hard- und Software (LG 4400)	-0.8	-1.4	-0.9	-0.5
- Planungs- und Budgetierungstool (LG 4100)	-0.3	-1.4	-1.0	-0.4
- Ablösung dipsIN durch MaxFlow (LG 4100)	-0.2	-1.2	-0.9	-0.3
- Strategisches Projekt «Beschaffungsportal», 1. Etappe (LG 4700)	-0.2	-0.5	-0.2	-0.3
- Anpassung der Prozesse und Organisationen im Steuerbereich (LG 4400)	-0.1	-0.4	-0.1	-0.3
- OneOffixx (LG 4610)	-0.1	-0.3	-0.4	0.0
- Kauf SNB-Aktien von der Stadt Zürich (LG 4930)	-0.1	-0.1	-0.1	0.0
- Anschaffung neues Mobiliar Bildungszentrum Vordere Au (LG 4500)	-0.1	-0.1	-0.1	0.0
- Übrige	-0.1			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 072.8	1 169.7	1 115.3	-54.4	-4.7

Δ abs.	LG	Begründungen
-54.4		Abweichungen total R24 zu B24
2.1	4700	- Ausbau der Dienstleistungen im Beschaffungswesen (u.a. Beschaffungssysteme), Übernahme der fachlichen Applikationsverantwortung für die SAP-Materialwirtschaft sowie Umwandlung einer Temporär- in eine Festanstellung
2.0	4000	- Hauptsächlich neue Assistentin der Compliancebeauftragten (+0.9), Umwandlung der Stelle des juristischen Praktikanten im Fach-/Rechtsdienst in diejenige eines juristischen Mitarbeiters (+0.8) sowie höherer Beschäftigungsumfang im IKT-Bereich, vor allem durch die saldoneutrale Übertragung des Informationssicherheitsbeauftragten der Finanzdirektion aus der Leistungsgruppe 4620 (+0.6)
1.4	4100	- Zusätzliche Stellen für die fachliche Applikationsverantwortung sowie befristete Aushilfen ausserhalb des Stellenplans
-2.1	4500	- Auslaufen befristeter Anstellungen sowie verzögerte Besetzung von vakanten Stellen
-4.9	4620	- Vakante Stellen aufgrund des Fachkräftemangels (-3.9) und saldoneutrale Übertragung des Informationssicherheitsbeauftragten der Finanzdirektion in die Leistungsgruppe 4000 Generalsekretariat (-1.0).
-18.2	4610	- Vakante Stellen aufgrund des Fachkräftemangels
-34.8	4400	- Vakante Stellen aufgrund des Fachkräftemangels
0.1		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
4000 Generalsekretariat	-2 821	-2 777	-3 116	-339	-12.2
4100 Finanzverwaltung	-6 993	-7 184	-7 190	-6	-0.1
4400 Steuern Betriebsteil	-87 601	-92 032	-88 767	3 265	3.5
4500 Personalamt	-10 164	-11 666	-11 034	632	5.4
4610 Amt für Informatik	-23 627	-30 546	-28 099	2 447	8.0
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	-968	-1 998	-1 187	811	40.6
4700 Drucksachen und Material	-3 800	-4 098	-4 220	-122	-3.0
4950 Sammelpositionen		-87 429		87 429	100.0
Total	-135 974	-237 730	-143 613		

Bemerkungen

- 4000 Höherer Beschäftigungsumfang (teilweise intern gegenüber der LG 4620 weiterverrechnet)
- 4400 Aufgrund des Fachkräftemangels konnten nicht alle Stellen besetzt werden.
- 4500 Tieferer Beschäftigungsumfang und Realisierung von Rotationsgewinnen
- 4610 Aufgrund des Fachkräftemangels konnten nicht alle Stellen besetzt werden.
- 4620 Aufgrund des Fachkräftemangels konnten nicht alle Stellen besetzt werden.
- 4700 Geringfügig höherer Beschäftigungsumfang

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2024)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
4000 Generalsekretariat	22	8	14	15	7
4100 Finanzverwaltung	65	23	42	46	19
4400 Steuern Betriebsteil	798	386	412	611	187
4500 Personalamt	76	57	19	49	27
4610 Amt für Informatik	233	55	178	199	34
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	7	3	4	7	0
4700 Drucksachen und Material	42	14	28	32	10
Total	1 243	546	697	959	284

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
297/2020	Diversität beim Staatspersonal: Chancengerechtigkeit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren (Postulat Melissa Näf, Bassersdorf, Birgit Tognella-Geertsen, Wangen-Brüttisellen, und Silvia Rigoni, Zürich)	Vorlage 297a/2020 vom 04.09.2024	23.01.2023
318/2020	Home Office unterstützen – auch nach der Pandemie (Postulat Beat Habegger, Zürich, Barbara Franzen, Niederweningen, und Arianne Moser, Bonstetten)	Vorlage 318a/2020 vom 28.02.2024	23.01.2023

184/2021	Steuerliche Gleichbehandlung von Arbeit im Homeoffice und am Arbeitsplatz (Postulat Martin Farner, Stammheim, Beat Habegger, Zürich, und Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen)	Vorlage 184a/2021 vom 28.02.2024	21.08.2023
–	Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien (Kantonale Volksinitiative)	Vorlage 5992 vom 27.11.2024	19.04.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
158/2023	Compliance in der kantonalen Verwaltung (Postulat der Finanzkommission)	26.06.2023
309/2021	Auslegeordnung bezüglich Steuerabzügen bei natürlichen Personen im Kanton Zürich (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	21.08.2023
246/2023	Digitale Steuererklärung – es geht noch besser (Postulat Harry Robert Brandenberger, Gossau, und Mitunterzeichnende)	04.12.2023
112/2023	Finanzpolitische Reserve (Postulat André Müller, Uitikon, Tobias Weidmann, Hettlingen, und Farid Zeroual, Adliswil)	18.12.2023
109/2023	Kantonale Empfehlung zum Teuerungsausgleich (Postulat Christina Zurfluh Fraefel, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	18.12.2023
29/2023	Kündigungsfristen für das höhere Kader des Staatspersonals (Motion Mario Senn, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	18.12.2023
113/2023	Risikobericht in der Rechnung des Kantons Zürich (Postulat André Müller, Uitikon, Karl Heinz Meyer, Neerach, und Farid Zeroual, Adliswil)	05.02.2024
114/2023	Kantonale Schuldenbremse (Postulat Tobias Weidmann, Hettlingen, Alex Gantner, Maur, und Farid Zeroual, Adliswil)	05.02.2024
178/2023	Anreize für die Wirtschaft bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung (Postulat Mario Senn, Adliswil, Christian Müller, Steinmaur, und Sonja Rueff-Frenkel, Zürich)	05.02.2024
272/2023	Anerkannte auszahlbare Steuergutschrift (Postulat Christian Müller, Steinmaur, Cristina Cortellini, Dietlikon, und Marcel Suter, Thalwil)	05.02.2024
412/2023	Regelmässiger Ausgleich der «warmen Progression» (Motion Mario Senn und Gabriel Mäder, Adliswil, sowie Tobias Weidmann, Hettlingen)	04.11.2024

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgendes Postulat mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben:

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
157/2022	Eine kantonale Gerichtsinstanz in Steuerverfahren (Motion Michael Zeugin und Dieter Kläy, Winterthur, sowie Roland Scheck, Zürich)	21.08.2023

Mit der Motion KR-Nr. 157/2022 wurde eine Gesetzesvorlage verlangt, die für das Steuerverfahren nur noch eine kantonale Gerichtsinstanz vorsieht, die grundsätzlich als Kollegialgericht tagt. Mit der Reduktion auf eine kantonale Gerichtsinstanz sollen die Steuerverfahren beschleunigt und die Kosten für die Steuerpflichtigen und die Öffentlichkeit gesenkt werden.

Der Regierungsrat hat am 22. Mai 2024 die Finanzdirektion ermächtigt, ein Vernehmlassungsverfahren zu zwei Gesetzesentwürfen zur Umsetzung der Motion (Variante Steuergericht und Variante Verwaltungsgericht) durchzuführen. Bei der ersten Variante würde das heutige Steuerrekursgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz in Steuersachen eingesetzt. Bei Wegfall der heutigen Einzelrichterkompetenz würde dies zu jährlichen Mehrkosten von Fr. 980 000 und bei Beibehaltung der heutigen Einzelrichterkompetenz zu jährlichen Mehrkosten von Fr. 380 000 führen. Bei der zweiten Variante würde das Verwaltungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz in Steuersachen amten. Bei Wegfall der heutigen Einzelrichterkompetenz würde dies zu jährlichen Minderkosten von Fr. 260 000 und bei Beibehaltung der heutigen Einzelrichterkompetenz zu jährlichen Minderkosten von Fr. 560 000 führen.

In der Vernehmlassung wurde ein Übergang zu einem einstufigen Instanzenzug im Steuerverfahren grossmehrheitlich abgelehnt, vor allem wegen des Abbaus des Rechtsschutzes für die Steuerpflichtigen. 23 Gemeinden lehnen einen einstufigen Instanzenzug ab, acht Gemeinden stimmen ihm zu. EXPERTSuisse, TREUHAND SUISSE, der Zürcher Anwaltsverband, der Verband der Gemeindesteuerämter, das Verwal-

tungsgericht und das Steuerrekursgericht lehnen den einstufigen Instanzenzug ab. Der Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich und der Verein der Zürcher Gemeinde- und Verwaltungsfachleute befürworten ihn. Von drei Parteien sind Stellungnahmen eingegangen, wobei der Übergang zum einstufigen Instanzenzug von der FDP und der GLP befürwortet und von der SP abgelehnt wird.

Das Anliegen der Motion wird somit von allen Verbänden, welche die Interessen der Steuerpflichtigen wahrnehmen, und von einer klaren Mehrheit der Gemeinden abgelehnt. Nur zwei Parteien haben sich für die Umsetzung der Motion ausgesprochen, die anderen Parteien haben sich nicht oder ablehnend geäußert. Zudem führt die Umsetzung der Motion, je nach Umsetzungsvariante, nur zu einer bescheidenen Kostenminderung oder sogar zu Mehrkosten. Aus diesen Gründen ist von einem Übergang zu einem einstufigen Instanzenzug im Steuerverfahren abzusehen. Die Motion KR-Nr. 157/2022 ist deshalb als erledigt abzuschreiben.

4000 Generalsekretariat

Neben der Erfüllung der betrieblichen Aufgaben des Generalsekretariats und der Sensibilisierung der Mitarbeitenden im Rahmen der Compliance-Aktivitäten (vgl. dazu auch den FD-Überblick und den Entwicklungsschwerpunkt RRZ 10i) wurden im Fach- und Rechtsdienst folgende Schwerpunktthemen bearbeitet:

- Zusammenarbeit mit den Ämtern der Finanzdirektion, insbesondere dem Amt für Informatik, in rechtlichen Fragestellungen
- In Zusammenarbeit mit dem Obergericht und dem Notariatsinspektorat wurde eine Vorlage zur Änderung des Notariatsgesetzes betreffend Angestellte mit erweiterten Befugnissen ausgearbeitet (Vorlage 5990).
- Auf dem Weg einer Ausschreibung im offenen Verfahren wurde unter anderem die Betriebshaftpflichtversicherung für das Universitätsspital Zürich neu vergeben.

Zudem hat das Generalsekretariat im Berichtsjahr Kompetenzen für die direktionale Koordination im Bereich Informatik und Informationssicherheit aufgebaut:

- So wurde die Stelle des Informatikverantwortlichen der Finanzdirektion besetzt. Dieser ist die Schnittstelle zu anderen Direktionen und zum Amt für Informatik und vertritt die Finanzdirektion in den kantonalen IKT-Gremien. In der Finanzdirektion wurde ein regelmässiger Austausch mit allen Ämtern für übergreifende IKT-Fragen institutionalisiert.
- Der Informationssicherheitsbeauftragte für die Direktion wurde vom Amt für Informatik in das Generalsekretariat transferiert. Im Berichtsjahr wurden die Eckwerte für ein direktionales Informationssicherheits-Managementsystem der Direktion konzipiert und eine regelmässige Berichterstattung für die kontinuierliche Verbesserung der Resilienz der Direktion im Bereich der Informationssicherheit eingeführt.

Aufgaben

- A1 Stabsaufgaben: Unterstützung des Direktionsvorstehers, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten, Kommunikation
- A2 Rechtsmittel: Bearbeitung von Rekursen und Aufsichtsbeschwerden gegen die Ämter der Finanzdirektion sowie von Rekursen gegen Gebührenrechnungen der Notariate
- A3 Staatshaftung und Versicherung: Bearbeitung von Staatshaftungsfällen, Abschluss und Verwaltung der Versicherungspolice, Begleitung der versicherten Schadenfälle
- A4 Sonderaufgaben: Bearbeitung von Erbschaften des Kantons, Betreuung des Salzregals, Erlass von Darlehen und Aufhebung diesbezüglicher Sicherheiten
- A5 Gemeinnütziger Fonds: Bearbeitung von Beitragsgesuchen und Beitragscontrolling
- A6 Compliance: Massnahmen zur Sensibilisierung der kantonalen Mitarbeitenden auf das Erkennen von problematischen Compliance-Konstellationen sowie den korrekten Umgang damit

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L11 Überprüfte RR-Antragsentwürfe der FD	A1	107	120	104	-16	-13.3
L12 Stellungnahmen zu RR-Geschäften anderer Direktionen	A1	1385	1400	1244	-156	-11.1
L13 Erledigte Rechtsmittel	A2	4	15	11	-4	-26.7
L14 Erledigte nicht versicherte Haftpflichtfälle	A3	70	75	50	-25	-33.3
L15 Erledigte versicherte Haftpflichtfälle	A3	19	20	24	4	20.0
L16 Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen	A3	17	30	25	-5	-16.7
L17 Erledigte Erbfälle	A4	11	10	14	4	40.0
L19 Anzahl neue fiktive Compliance-Fallkonstellationen im Intranet (vgl. Compliance-Ratgeber)	A6		8	5	-3	-37.5
L20 Anzahl Teilnehmende an E-Learning-Kursen zu Compliance-Fragestellungen	A6		1500	0	-1500	-100.0
L21 Anzahl Teilnehmende an Vor-Ort-Schulungen zu Compliance-Fragestellungen	A6		800	440	-360	-45.0
B1 Durchschnittliche Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall	A3	43.8	40	48.1	8.1	20.3
B2 Durchschnittliche Stunden pro versicherten Haftpflichtfall	A3	4.3	5	1.8	-3.2	-64.0
B4 Geleistete Stunden im Bereich A1 «Stabsaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A1	58	60	61.3	1.3	
B5 Geleistete Stunden im Bereich A2 «Rechtsmittel» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A2	1	5	1.7	-3.3	
B6 Geleistete Stunden im Bereich A3 «Staatshaftung und Versicherung» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A3	35	35	31.4	-3.6	
B7 Geleistete Stunden im Bereich A4 «Sonderaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A4	6	5	5.7	0.7	

Bemerkungen

- L11, L12 Diese Leistungsindikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.
- L13, L14 Die Anzahl der erledigten Rechtsmittel- und Haftpflichtfälle hängt unter anderem von der Anzahl der eingegangenen Fälle und von deren Komplexität ab. Sie kann deshalb von Jahr zu Jahr stark schwanken.
- L16 Die Anzahl der Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen hängt von den jeweiligen Bedürfnissen der Organisationseinheiten ab, die in das Versicherungskonzept des Kantons eingebunden sind. Diese Bedürfnisse sind sehr vielfältig und veränderlich und deshalb schwer vorhersehbar.
- L17 Die Anzahl der erledigten Erbfälle umfasst nur solche mit Vermögensanfall. Nicht mitgezählt werden bei diesem Indikator Erbfälle ohne Vermögensanfall, Vermächtnisse, Schenkungen zu Lebzeiten und Nachlasskonkurse. Die Anzahl hängt unter anderem von der Anzahl der eingegangenen Fälle, von deren Komplexität und von externen Faktoren ab. Sie kann deshalb von Jahr zu Jahr stark schwanken.
- L19 Im Berichtsjahr wurden fünf Compliance-Fallkonstellationen in Form von schriftlichen Fällen und Kurzvideos publiziert.
- L20 Der Inhalt des E-Learning-Kurses zu Compliance-Fragestellungen wurde im Berichtsjahr fertiggestellt. Der Rollout wurde auf das Jahr 2025 verschoben.
- L21 Im Berichtsjahr erfolgte die Sensibilisierung schwergewichtig über die Publikation von Compliance-Fragestellungen. Die Anzahl Vor-Ort-Schulungen wurde etwas reduziert. Inskünftig soll die Sensibilisierung vermehrt via eLearning-Kurse erfolgen.
- B1, B2 Die durchschnittliche Anzahl der aufgewendeten Stunden pro Haftpflichtfall hängt wesentlich von der Komplexität dieser Fälle ab. Sie kann deshalb von Jahr zu Jahr stark schwanken.
- B5 Der Zeitaufwand für die Bearbeitung von Rechtsmittelfällen hängt unter anderem von der Anzahl der eingegangenen Fälle und von deren Komplexität ab. Er kann deshalb von Jahr zu Jahr stark schwanken.
- Allg. Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10i Fortlaufende Sensibilisierung der Mitarbeitenden für korrektes Verhalten und eine auf Transparenz ausgerichtete Compliance-Kultur.

Stand bis

Im Berichtsjahr wurde ein eLearning-Kurs erstellt, der aus fünf thematisch unterschiedlichen Compliance-Themenbereichen (Geschenke, Einladungen, Interessenkonflikte, Nebenbeschäftigungen und Datenschutz) besteht und mit einem Quiz abgeschlossen wird (Anforderung: 75% korrekte Antworten, ansonsten Wiederholung des Quiz erforderlich). Das eLearning-Modul wird 2025 aus dem Kurssystem «kompent» heraus an die Kaderpersonen der kantonalen Verwaltung ausgerollt. Zudem wurde die Antwort auf das Postulat KR-Nr. 158/2023 der Finanzkommission betreffend Compliance in der kantonalen Verwaltung vorbereitet. Weiter wurden verschiedene Schulungen vor Ort wie Willkommensanlässe, das «Weisse Weste dank Compliance»-Seminar im Rahmen der Grundausbildung Führung sowie auf Anfrage von Amtsleitungen durchgeführt.

Planmässig 2027

FD 10.1b Implementierung des Risikomanagementkonzepts in der Finanzdirektion

Mit der erstmaligen Erhebung der Risiken für das Integrale Risikomanagement des Regierungsrates konnte ein Überblick gewonnen werden. Durch die Mitarbeit der Finanzdirektion beim Integralen Risikomanagement und der Kenntnisnahme des ersten Risikoberichts des Integralen Risikomanagement durch den Regierungsrat (RRB Nr. 1294/2024) erlangte die Finanzdirektion Planungssicherheit. Im Folgejahr wird ein Risikomanagementkonzept implementiert, welches das Integrale Risikomanagement bedienen kann und auf den bestehenden Risikomanagementansätzen der Ämter der Finanzdirektion aufbaut.

Planmässig 2025

FD 10.2c Umsetzung der IKT-Governance in der kantonalen Verwaltung

Aus der 2023 durchgeführten Studie zur Implementierung des Governance-Handbuchs in der Finanzdirektion wurden Massnahmen abgeleitet, die in der Finanzdirektion in Form von Einführungseinheiten Direktion adressiert wurden. So wurden die definierten Rollen besetzt und Schulungen durchgeführt. Des Weiteren hat sich die Finanzdirektion an der Weiterentwicklung des neuen Governance-Handbuchs beteiligt.

Abgeschlossen 2024

FD 10.2g Einführungsprojekt MS Teams, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik (Webinare, Intranet- und Sharepoint-Seite, Superuser Community; unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e)

MS Teams wurde im Rahmen der Einführung des Digitalen Arbeitsplatzes in der ganzen Finanzdirektion eingeführt. Es wurden entsprechende Benutzerschulungen durchgeführt. Die Inhalte im bisherigen Intranet und auf Sharepoint wurden in die neue Intranet-Lösung ZHub überführt.

Abgeschlossen 2024

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	17.2	16.9	18.9	2.0	12.1

Bemerkungen R24 zu B24

- 0.9 Neue Assistentin der Compliancebeauftragten
- 0.8 Umwandlung der Stelle des juristischen Praktikanten in diejenige eines juristischen Mitarbeiters
- 0.6 Höherer Beschäftigungsumfang im IKT-Bereich, hauptsächlich aufgrund der saldoneutralen Übernahme des Informationssicherheitsbeauftragten der Finanzdirektion aus der LG 4620
- 0.2 Senkung von Beschäftigungsgraden im Kommunikationsbereich
- 0.1 Senkung eines Beschäftigungsgrads im Vorzimmer des Finanzdirektors

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.5	4.4	0.0	0.0	4.4	2.3	-2.1	-48.2
- Übertrag aus Gemeinnützigem Fonds	0.6	0.6	0.0	0.0	0.6	0.6	0.0	0.0
- Ertrag aus Erbanfällen	1.5	3.3	0.0	0.0	3.3	1.0	-2.3	-70.8
- Regalien	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	-0.0	-7.6
Aufwand	-4.9	-4.5	0.0	0.0	-4.5	-4.8	-0.4	-7.9
Saldo	-2.4	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-2.6	-2.5	-3021.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-0.2		- Höherer Personalaufwand infolge des höheren Beschäftigungsumfangs
-2.3	A4	- Geringere Erträge aus Erbfällen, da zwei grosse Erbfälle im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -23536	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -23536	Veränderung Bestand 0

4100 Finanzverwaltung

Im März ging die kantonsweite Intercompany-Planung im Planungs- und Budgetierungstool (PBT) sowie die gesamte Finanzplanung in den Pilotämtern Finanzverwaltung und Amt für Informatik erfolgreich live. Seit Sommer wird der weitere Rollout vorangetrieben, der bis Ende 2026 abgeschlossen sein soll. Im November erfolgte die Betriebsaufnahme des Systems eVorhaben zur einheitlichen und vollständigen digitalen Aufbau von Ausgabenbewilligungen und Kreditabrechnungen als Pilot in der Finanzverwaltung. Der Rollout auf weitere Organisationseinheiten ist in Planung.

Die kantonalen Beteiligungen an der Hangenmoos AG und an der MCH Group AG wurden im Berichtsjahr veräussert. Im Projekt zur Reduktion von Bankkonten wurden im Berichtsjahr 52 Konten geschlossen. Dadurch wurden Komplexität und Aufwand reduziert und die Effizienz und Sicherheit gesteigert.

Nach der technischen Einführung des neuen Kreditorenworkflows MaxFlow im Jahr 2023 folgte im Berichtsjahr die Anpassung der Organisationsstruktur in den drei Fachbereiche MaxFlow, Stammdaten und Support sowie Belegverarbeitung und Schnittstellen, um eine weitere Spezialisierung und Professionalisierung zu erreichen.

Die Applikation Autobank für die Verarbeitung der täglichen Kontoauszüge wurde im Juli eingeführt. Die Vorteile dieser Lösung liegen in der Möglichkeit, alle SAP-Standardfelder anzusteuern und diese auch variabel zu befüllen. Ebenso ist dadurch eine sehr flexible, automatisierte Verbuchung möglich. Die zwischenzeitlichen Erfahrungswerte zeigen, dass der Automatisierungsgrad noch weiter ausgebaut werden kann. Als Ziel wurde eine Automatisierungsquote von 85% bis 2026 definiert.

Aufgaben

- A1 Vorbereitung von finanziellen Steuerungsentscheiden sowie Erstellung des Budgets und des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF)
- A2 Sicherstellung eines konzeptionell korrekten und leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens sowie Erstellung des Jahresabschlusses des Kantons
- A3 Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
- A4 Tresorerie
- A5 Finanzielle Schnittstelle zum Bund und zu den Kantonen
- A6 Führungsunterstützung / Betriebswirtschaftliche Steuerung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Kantonsratsgeschäfte	A1	7	10	2	-8	-80.0
L5	Anfragen Kantonales Rechnungswesen	A2	1322	1000	1338	338	33.8
L6	Bearbeitete Kreditorenbelege	A3	398790	375000	421612	46612	12.4
L7	Anfragen Rechnungsverarbeitung	A3	8621	7500	7055	-445	-5.9
L8	Anzahl Kontoauszugspositionen	A3	93693	90000	125862	35862	39.8
L23	Volumen Cash-Bewegungen, in Mrd. Franken	A4	63	60	64	4	6.7
L24	Bewirtschaftete Legate und Stiftungen	A4	22	15	21	6	40.0
L25	Projekte über Fr. 100 000	A1, A2, A3, A4, A5, A6	6	5	6	1	20.0
L26	Stellungnahmen zu Anträgen an den Regierungsrat	A1	1238	1100	1350	250	22.7
L28	Anzahl bearbeitete Inkassofälle	A3		1700	641	-1059	-62.3
B1	Durchschnittliche Verarbeitungszeit pro Kreditorenbeleg, in Min.	A3	3.0	2.2	2.8	0.6	27.3
B3	Anteil Digitale Kreditorenbelege, in %	A3	66	65	79	14	
B5	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen, in %	A4	0.14	0.1	0.1	0.0	
B6	Anteil automatisch verbuchte Kontoauszugspositionen, in %	A3		80	78.1	-1.9	
W3	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's	A1	AAA	AAA	AAA		

Bemerkungen

- L1 Nicht beeinflussbarer Indikator
- L5 Nicht beeinflussbarer Indikator; erhöhter Support unter anderem aufgrund der Zunahme der Verarbeitungsmengen und des Beratungsbedarfs bei Sonderfällen
- L6 Nicht beeinflussbarer Indikator; die Annahmen für B24 waren zu tief und es erfolgte eine weitere Zunahme der Belege gegenüber R23
- L7 Flächendeckende Schulungen bei der Einführung von MaxFlow führten im Berichtsjahr zu einem Rückgang von Anfragen in der Rechnungsverarbeitung
- L8 Nicht beeinflussbarer Indikator. Im Berichtsjahr werden neu die Kontoauszüge der PostFinance eingerechnet. Zudem hat die Anzahl Positionen durch Auflösung dezentraler Post- und Bankkonten zugenommen.
- L24 Die Auflösung von Legaten hat sich verzögert.
- L26 Nicht beeinflussbarer Indikator

- L28 Die Annahmen für das Budget des Berichtsjahres waren zu hoch.
B1 Ein Teil der Automatisierungen konnten erst im zweiten Halbjahr umgesetzt werden.
B3 Zunahme der digitalen Rechnungen aufgrund der Einführung von MaxFlow

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9b Eine vollkostendeckende interkantonale Leistungsabteilung anstreben.

Eine kantonsinterne Arbeitsgruppe bezifferte die ungedeckten Kosten des Kantons aufgrund der interkantonalen Leistungsabteilungen auf netto rund 104 Mio. Franken jährlich. Der Regierungsrat hat einen Leitfaden erlassen, der die Direktionen bei der Ausgestaltung von Abgeltungsregelungen in interkantonalen Verträgen unterstützt (RRB Nr. 100/2024). Zudem hat die Finanzdirektion zusammen mit der Bildungsdirektion eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Abzüge für Standortvorteile in der interkantonalen Universitätsvereinbarung näher untersuchen soll.

Planmässig 2027

RRZ 9c Die Abschöpfung im interkantonalen Ressourcenausgleich angesichts der wachsenden Disparitäten überprüfen.

Die Finanzdirektion hat im Rahmen der Konferenz der Geberkantone des Nationalen Finanzausgleichs die Abschöpfung im interkantonalen Ressourcenausgleich diskutiert. Mit Blick auf den nächsten Wirksamkeitsbericht 2026–2029 untersucht die Finanzverwaltung Anpassungsmöglichkeiten am heutigen Ressourcenausgleich.

Planmässig 2027

FD 9.1a Konzept für einen Wachstumspfad tiefer als Bevölkerungswachstum erstellen und im Rahmen der KEF-Planung umsetzen (erstmalig per KEF 2025–2028)

Die Selbstfinanzierung darf gemäss KEF-Richtlinien pro Direktion und konsolidierte Einheit gegenüber der Selbstfinanzierung der letzten Rechnung in jedem Planjahr um höchstens das Bevölkerungswachstum wachsen. Sofern das Wachstum die Vorgaben übersteigt, sind finanzierungswirksame Korrekturen auf der Aufwandseite vorzunehmen. Der Entwicklungsschwerpunkt FD 9.1a wurde in der Planperiode 2025–2028 in anderer Form umgesetzt. Statt eines Wachstumspfades in der Erfolgsrechnung wurde eine Investitionspriorisierung eingeführt, womit der Verschuldungspfad begrenzt werden konnte.

Planmässig 2027

FD 10.1d Totalrevision Staatsbeitragsgesetz

Mit der Totalrevision des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) sollen die praktischen Erfahrungen aus dem Vollzug des Covid-19-Härtefallprogramms des Kantons Zürich aufgenommen sowie das StBG modernisiert werden. Die Revision verläuft planmässig.

Planmässig 2027

FD 10.1e Reduktion der Nettoschuld pro Kopf zur Sicherstellung des finanziellen Handlungsspielraums anstreben (volatile Ertragsanteile in Schuldenabbau lenken)

Der Regierungsrat hat mit dem KEF 2025–2028 dank verschiedener Massnahmen in der Erfolgsrechnung und mittels erstmals durchgeführter Investitionspriorisierung die Verschuldungszunahme in der Planperiode gegenüber der vorigen Planung von 3,1 Mrd. auf 1,5 Mrd. Franken verringert. Für eine Abnahme der Nettoschulden pro Kopf sind weitere Massnahmen erforderlich. Im gleichen Themengebiet sind zwei Vorstösse des Kantonsrates hängig (Postulate KR-Nrn. 112/2023 betreffend Finanzpolitische Reserve und 114/2023 betreffend Kantonale Schuldenbremse), die planmässig bearbeitet werden.

Planmässig 2027

FD 10.2k Schrittweise weitere Zentralisierung von Rechnungsführungsaufgaben der Verwaltungseinheiten in der Finanzverwaltung

Verschiedene Ämter wurden umfassend über die Dienstleistungen der Abteilung Treuhandzentrum informiert, um den Mehrwert der Zentralisierung aufzuzeigen. Die Finanzverwaltung wird die Ämter weiterhin kontinuierlich informieren und den Nutzen der Zentralisierung verdeutlichen.

Verzögert 2027

FD 10.2l Weitere Standardisierung der Abläufe in den Bereichen Budgetierung, Ausgabenbewilligungen und Fakturierung (Planungs- und Budgetierungstool, eVorhaben, Einmaldebitoren)

Der Pilot des Planungs- und Budgetierungstools ging im März 2024 erfolgreich live. Der Rollout im ganzen Kanton ist terminiert und wird gemäss Planung bis Ende 2026 umgesetzt. Die Betriebsaufnahme des Systems eVorhaben zum einheitlichen und vollständigen digitalen Aufbau von Ausgabenbewilligungen und Kreditabrechnungen als Pilot in der Finanzverwaltung erfolgte im November 2024. Der Rollout auf weitere Organisationseinheiten ist in Planung.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
56.4	55.3	56.6	1.4	2.5

Bemerkungen R24 zu B24

- 1.4 Die Abweichung ist begründet durch zusätzliche Stellen für die fachliche Applikationsverantwortung (FAV) und durch befristete Aushilfen ausserhalb des Stellenplans.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.8	6.5	0.0	0.0	6.5	6.7	0.1	1.8
- Interne Verrechnungen								
Dienstleistungen	5.8	6.5	0.0	0.0	6.5	6.6	0.1	1.8
- Int. Verrechnung SAP								
Finanzapplikationen	4.0	4.6	0.0	0.0	4.6	4.6	-0.0	-0.1
Aufwand	-15.9	-17.9	0.0	-0.9	-18.7	-18.1	0.6	3.2
- Personalaufwand	-8.8	-8.8	0.0	0.0	-8.8	-8.8	-0.0	-0.1
- Abschreibungen und Zinsen	-0.2	-0.3	0.0	0.0	-0.3	-0.5	-0.2	-67.0
- Int. Verrechnung SAP Betrieb								
Finanzapplikationen	-4.1	-4.8	0.0	0.0	-4.8	-5.1	-0.3	-6.2
Saldo	-10.1	-11.3	0.0	-0.9	-12.2	-11.5	0.7	5.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.3	-1.1	0.0	-0.5	-1.6	-1.3	0.3	19.2
Saldo	-1.3	-1.1	0.0	-0.5	-1.6	-1.3	0.3	19.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.5	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Tiefere Projektkosten aufgrund von Verschiebungen
0.2	A4	- Höhere Verrechnungen für Dienstleistungen des Treuhandzentrums und der Rechnungsverarbeitung
-0.1	A3	- Höhere Kosten für Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs (Post, Bank)
-0.2	A1, A2, A3, A5	- Höhere Abschreibungen und Zinsen aufgrund von Einführungen von neuen Softwarelösungen
-0.3	A2	- Höherer Aufwand für den SAP-Betrieb Finanzapplikation durch das Amt für Informatik infolge Ausbau bestehender Module
-0.4	A1, A2, A3	- Höhere Kosten für Dienstleistung Dritter aufgrund zu tiefer Annahmen für das Budget des Berichtsjahres
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.6	-1.3	0.3	
- Planungs- und Budgetierungstool	-0.3	-0.3	0.0	- Projekt Planungs- und Budgetierungstool: Pilot und Rollout wurden im Berichtsjahr durchgeführt.
- Bestell- und Zahlprozess	-1.3	-0.8	0.5	- Projekt eVorhaben: Pilot wurde im Berichtsjahr umgesetzt.
- Bestell- und Zahlprozess		-0.3		- Projekt Ablösung DipsIn: Verschiebungen von Ausgaben aus 2023
- Übrige	0.0	0.1	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-295621	33602	-95000	-357019	-61398

Bemerkungen

Ausserordentlicher Einsatz des Personals bei der Leistungserbringung (vgl. Leistungsindikatoren).
Die Vorgaben gemäss § 16 Abs. 1 der Finanzcontrollingverordnung sind eingehalten.

4400 Steuern Betriebsteil

Im März hat der Kantonsrat einstimmig einer Änderung des Steuergesetzes zugestimmt, wonach der Kanton künftig Informatikanwendungen zur Verfügung stellen und die Finanzdirektion deren gemeinsame Verwendung durch Gemeinden und Kanton vorschreiben kann. Gesetzlich geregelt wurden auch die Finanzierungsfragen. Im Hinblick auf die Umsetzung gemeinsamer Informatiklösungen haben Vertretungen von Gemeinden und Kanton mögliche Rahmenbedingungen und Inhalte ausgearbeitet und die Ergebnisse der Grossgruppenveranstaltung von 2023 vertieft. Die Resultate wurden an der Ergebniskonferenz im März des Berichtsjahres den Vertretungen aller 160 Gemeinden und des Steueramtes präsentiert und anschliessend gemeinsam intensiv diskutiert. Die Resultate flossen in den Projektinitialisierungsauftrag ein und bilden damit eine Grundlage für die ab 2025 geplante Projektstudie.

Der Regierungsrat hat die Weisung zur Liegenschaftenbewertung am 28. August 2024 erlassen und auf den 1. Januar 2026 in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens soll es erlauben, mittels einer Änderung des Steuergesetzes zeitgleich eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um wirtschaftliche Härtefälle im Zusammenhang mit den höheren Eigenmiet- und Vermögenssteuerwerten speziell beurteilen zu können. Das Projekt zur Umsetzung der neuen OECD-Mindeststeuer (Inkrafttreten 2024) im Steueramt hat die nötigen Vorbereitungsarbeiten termingerecht geleistet. Die Produktivsetzung der schweizweiten Veranlagungslösung, die durch die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) bereitgestellt wird, erfolgt im Januar 2025. Mit der Beteiligung des Steueramtes in Projekt und Arbeitsgruppe der SSK zum Thema wurde der erforderliche Wissensaufbau und die effiziente Integration sichergestellt.

Aufgaben

- A1 Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
- A2 Bezug Bundessteuern
- A3 Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
- A4 Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L4	Total erledigte Steuererklärungen	A1	1 050 897	1 050 000	1 029 717	-20 283	-1.9
L5	Durch Kanton erledigte Steuererklärungen (Zielwert)	A1	448 256	450 000	434 263	-15 737	-3.5
L6	Durch Gemeinden erledigte Steuererklärungen	A1	602 641	600 000	595 454	-4 546	-0.8
L19	Anteil durch Kanton erledigte Steuererklärungen, in % der total erledigten Steuererklärungen	A1	43	43	42	-1	
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr	A1	275 306	259 000	261 713	2 713	1.0
L9	Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	58	57	56	-1	
L10	Fristgerechte Veranlagungen: 2 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	96	95	95	0	
L11	Fristgerechte Veranlagungen: 3 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	99	99	99	0	
L12	Rechnungen Bundessteuer	A2	1 944 688	1 915 000	1 951 350	36 350	1.9
L20	Erbschafts- und Schenkungssteuerveranlagungen mit Steuerbezug	A3	2 222	2 400	2 382	-18	-0.8
L16	Abrechnungspflichtige Arbeitgeber im Quellensteuerverfahren	A4	34 702	39 500	33 269	-6 231	-15.8
L17	Abzurechnende Arbeitnehmer im Quellensteuerverfahren	A4	207 248	204 000	212 582	8 582	4.2
L18	Quellensteuer-Rechnungen	A4	179 129	180 000	193 861	13 861	7.7
L21	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: laufende Periode, in %	A4	75	66	76	10	15.2
L22	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode, in %	A4	95	95	95	0	0.0
L23	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: 2 Jahre nach Steuerperiode, in %	A4	100	99	100	1	1.0
W3	Mit Rechtsmitteln angefochtene Veranlagungsentscheide	A1	20 367	20 000	18 783	-1 217	-6.1
W4	Durch das Steueramt korrigierte angefochtene Veranlagungsentscheide im Verhältnis zu den angefochtenen Veranlagungsentscheiden, in %	A1	80	81	80	-1	
W5	Ermessenseinschätzungen	A1	51 547	50 500	50 110	-390	-0.8

Bemerkungen

- L4 Höhere Fluktuation und Verzögerungen bei Eingangsverarbeitung einfacher Steuererklärungen von Juristischen Personen
- L12 Höhere Anzahl provisorischer und definitiver Rechnungen
- L16 Gegenüber Vorjahr leicht weniger abzurechnende Anzahl Arbeitgebende, trotz zunehmenden Anzahl Arbeitnehmender.
- L18 Infolge Stärkung des Personalkörpers konnten die eingehenden Abrechnungen rasch abgearbeitet werden. Die stetig zunehmende Anzahl Rechnungen ist dem Bevölkerungswachstum zuzuschreiben.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 9a Durch eine weitere Senkung der Gewinnsteuern die Attraktivität des Kantons für Unternehmen erhalten.

Der Kantonsrat hat am 4. November des Berichtsjahres auf Antrag des Regierungsrates eine Senkung der einfachen Gewinnsteuer von 7% auf 6% beschlossen (Vorlage 5939). Gegen diese Gesetzesänderung ist das Referendum ergriffen worden. Die Volksabstimmung findet am 18. Mai 2025 statt.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 9d Die angemessene Berücksichtigung der Ergänzungssteuern im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs überprüfen.

Die Ergänzungssteuern für die erste Steuerperiode (2024) sind 2026 fällig. Die Berücksichtigung im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs kann somit erst ab 2027 überprüft werden.

Planmässig 2027

FD 10.2d Harmonisierung der Daten und Stärkung der Interoperabilität im Steuerbereich (vertikal mit Bund, anderen Kantonen und den Gemeinden) durch Umsetzung einer Datenbereitstellung basierend auf e-ch-Standards und durch Umsetzung von Hilfsmitteln zur Datenauswertung und -bereinigung

Im Berichtsjahr wurden Vorarbeiten im Kanton geleistet und Standardisierungsvorhaben der Schweizerischen Steuerkonferenz unterstützt für Standards für die Deklaration juristischer Personen und die formale Harmonisierung bei natürlichen Personen sowie neue Harmonisierungsinitiativen vorangetrieben.

Planmässig 2027

FD 10.3b Ausbau des digitalen Angebots im Steuerbereich (Konzeption der Steuerdeklaration für juristische Personen sowie Konzeption und Umsetzung Pilotbetrieb papierlose Korrespondenz)

Für das Projekt cTax zur Online-Deklaration für juristische Personen wurde eine am Markt etablierte Online-Deklarationslösung beschafft und die Arbeiten für die Integration gestartet. Der vereinfachte Zugang für ZHprivateTax zur Online-Deklaration für natürliche Personen wurde für die Steuerperiode 2023 mit dem neuen Behörden-Login des Bundes AGOV geschützt. Über diesen Zugang erfolgt die Umsetzung planmässig. Der Zugang über ZHservices und das Zürikonto verzögert sich hingegen geringfügig.

Planmässig 2027

FD 10.3c Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich (Ausschreibung Plattform für Steuersoftware und Umsetzung der ersten Etappe)

Im Berichtsjahr wurde der Initialisierungsauftrag für die Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich erstellt. Für das Projekt Plattformen und Rechenzentren wurden unter der Führung des Amtes für Informatik Inhalte für einen möglichen Durchführungsauftrag aufbereitet. Die Vorarbeiten für die Einführung eines gemeinsamen Registers mit den Gemeinden wurden mit der Initialisierungsphase abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurden die Vernehmlassung, die Projektschlussbeurteilung und die Kreditabrechnung durchgeführt.

Planmässig 2027

FD 10.3e Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern, Projekt im Steueramt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10f)

Im Berichtsjahr wurde über die optimale Projektvorgehensweise beraten im Hinblick auf das Projekt Gemeinsame Informatik, um die Basis für den Projektinitialisierungsauftrag zu schaffen.

Planmässig 2027

FD 10.3h Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung, Teil Steueramt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10b)

In Abstimmung mit der Staatskanzlei wurde eine Roadmap zum Einsatz des Zürikontos im Steueramt erstellt. Mit den Arbeiten wird voraussichtlich 2025 begonnen. Aufgrund der höheren Anforderungen im Steuerbereich wegen der sensiblen Daten wird es voraussichtlich zu einer Verzögerung kommen.

Verzögert 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
719.2	753.5	718.7	-34.8	-4.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.8	5.5	0.0	0.0	5.5	5.1	-0.4	-7.4
Aufwand	-165.9	-175.1	0.0	-6.9	-181.9	-164.2	17.7	9.7
- Personalaufwand	-107.9	-113.2	0.0	0.0	-113.2	-109.6	3.6	3.2
- Abschreibungen und Zinsen	-2.9	-3.2	0.0	0.0	-3.2	-2.9	0.2	6.9
- Betrieb Informatik	-10.3	-11.2	0.0	-0.2	-11.4	-9.9	1.5	13.1
- Hard- und Softwareaufwand	-24.7	-30.0	0.0	-6.6	-36.7	-23.4	13.3	36.2
- Mieten und Sachaufwand	-20.1	-17.5	0.0	0.0	-17.5	-18.4	-0.9	-5.1
Saldo	-161.1	-169.6	0.0	-6.9	-176.4	-159.1	17.3	9.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.7	-9.0	0.0	-13.2	-22.2	-0.9	21.3	96.0
Saldo	-0.7	-9.0	0.0	-13.2	-22.2	-0.9	21.3	96.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
17.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
13.3	A1, A2, A3, A4	- Hard- und Softwareaufwand: Minderaufwand für Fachapplikationen aufgrund betrieblicher Optimierungen (+2.9) sowie infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (+10.5) gegenüber Mehraufwand infolge erweiterten ZHprivateTax-Supports (-0.2)
3.6	A1, A2, A3, A4	- Personalaufwand: Tieferer Personalaufwand, aufgrund der gegenwärtigen Situation am Arbeitsmarkt (Fachkräftemangel) konnten Stellen nicht besetzt werden.
1.5	A1, A2, A3, A4	- Betrieb Informatik: Minderaufwand für Fachapplikationen und Testmanagement aufgrund betrieblicher Optimierungen (+1.3) sowie infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (+0.6) gegenüber Mehraufwand für OMTax und ZHprivateTax (-0.4)
0.2	A1, A2, A3, A4	- Abschreibungen und Zinsen: Tieferer Aufwand aufgrund verzögerter Inbetriebnahmen
-0.4	A1, A2, A3, A4	- Ertrag: Tieferer Ertrag aus Dienstleistungen (-0.2) und Kostenrückerstattungen aus dem Inkasso (-0.2)
-0.9	A1, A2, A3, A4	- Mieten- und Sachaufwand: Höherer Aufwand für Betriebsgebühren (-0.1), Drucksachen/Publicationen (-0.1), Hauswartung (-0.3), Bank-PC-Gebühren/Porti (-0.8) und tiefere Kosten Honorare externe Berater/Gutachter (+0.4)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-22.2	-0.9	21.3	
- Laufender Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten (Bund, Kantone, Gemeinden, Steuerpflichtige)	-6.2	0.0	6.2	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Anpassung der Prozesse und Organisationen im Steuerbereich	-1.6	-0.1	1.5	
- Ersatzbeschaffung Register/Veranlagung/Bezug NP	0.0	0.0	0.0	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Zusammenführung der Datenhaltungen des Kantons und der Gemeinden	-2.5	0.0	2.5	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Neuausrichtung Verfahren und Hilfsmittel im Steuerbereich	-10.4	0.0	10.4	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben, Abhängigkeiten zu strategischen Vorhaben der Staatskanzlei.
- Ersatzbeschaffungen Hard- und Software	-1.6	-0.8	0.8	
- Übrige	0.1	0.0	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -2064774	Verwendung 2024 118797	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) -250000	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -2195977	Veränderung Bestand -131203

Bemerkungen

Bildung Rücklagen: Fr. 250 000 für Mehrleistungen in der Quellensteuer. Im Bereich Quellensteuer wurde eine höhere Anzahl Rechnungen verschickt. Der daraus resultierende Ertrag liegt im Berichtsjahr mit 363.7 Mio. Franken deutlich über dem Vorjahr (+68.5 Mio. Franken).

4500 Personalamt

Das Projekt Anstellungsbedingungen wurde weiter konkretisiert, mit den Sozialpartnern sowie dem Sounding Board thematisiert und anschliessend dem Projektausschuss vorgelegt. Gestützt darauf wurde ein Normkonzept erstellt. Gegenwärtig werden die Rückmeldungen aus dem Mitberichtsverfahren ausgewertet, sodass das Normkonzept dem Regierungsrat im ersten Quartal 2025 zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Das Projekt HR-Geschäftsmodell wurde abgeschlossen und in das Kompetenzzentrum HR-Projekte und -Prozesse überführt, das den Betrieb übernimmt. Im Projekt Aurora werden die harmonisierten HR-Prozesse digitalisiert und somit standardisiert. Dadurch werden Doppelspurigkeiten vermieden, die Qualität und Durchlaufzeit der HR-Prozesse und -Anwen-

dungen optimiert und die Arbeitsabläufe vereinfacht. Zudem können Synergien über verschiedene Bereiche hinweg genutzt werden.

Das Projekt ZHlearn wurde initiiert, um den Stand der Technik so zu nutzen, dass auch im Lernumfeld vermehrt digital gearbeitet wird. Das Ziel besteht darin, eine vielfältige Auswahl an Lernangeboten zu generieren, die zum Teil digital abgerufen werden kann und so den individuellen Bedürfnissen vermehrt Rechnung trägt.

Mit Massnahmen zu einem geeigneten Arbeitgebermarketing werden potenzielle Mitarbeitende angesprochen. Dies unterstützt den Fachkräftemangel zu einzelnen Funktionen und hilft dabei, die Arbeitgeberin kantonale Verwaltung auf dem Arbeitsmarkt richtig zu positionieren.

Aufgaben

- A1 Grundlagen für die HR-Arbeit im Kanton erarbeiten, zur Verfügung stellen und einführen (Personalrecht, Personalführungskennzahlen, [Führungs-]Weiterbildung, HR-Instrumente, Case Management, Personalstrategie Kanton)
- A2 Sicherstellung der Lohnverarbeitung und -auszahlung sowie Abrechnung mit den Sozialversicherungen für die Konsolidierungskreise 1, 2 und Teile von 3
- A3 Koordinieren der beruflichen Grundbildung im Kanton sowie Organisieren der KV- und IKT-Lehrlingsausbildung einschliesslich Rekrutieren der Lernenden
- A4 Durchführen der professionellen HR-Arbeit in der Finanzdirektion

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L9	Projekte über Fr. 100 000	A1	2	3	2	-1	-33.3
L10	Projekte über Fr. 500 000	A1	2	1	1	0	
L11	Mitberichte und Einvernehmen	A1	70	65	63	-2	-3.1
L14	Case Management, offene Fälle	A1	206	152	197	45	29.6
L5	Lohnauszahlungen pro Monat	A2	43716	40500	45187	4687	11.6
L6	Bewirtschaftete Lohndossiers	A2	15900	17000	16130	-870	-5.1
L3	Betreute Lernende KV und IKT (Zielwert)	A3	181	200	188	-12	-6.0
L12	Rekrutierungen FD	A4	180	200	212	12	6.0
L13	Betreute Mitarbeitende FD	A4	1170	1200	1253	53	4.4
B3	Kosten pro KV- und IKT-Lernende/n pro Jahr (ohne Arbeitsplatzkosten)	A3	24000	24000	24000	0	0.0
W4	Teilnehmerzufriedenheit (Führungs-)Weiterbildung, mind. «gut»	A1	95	90	95	5	
W6	Erfolgreiche KV- und IKT-Lehrabschlüsse, in %	A3	93	100	92	-8	
W5	Betreute Mitarbeitende pro VZÄ HRM	A4	230	250	250	0	0.0

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10e Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.

Die nachhaltige Wirksamkeit von Projekten der digitalen Transformation wird mit einem professionalisierten Kantonalen Change Management (KCM) in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und den Direktionen (neon-Projektteam) gesichert. Die Methodik und die Toolbox des KCM wurden eingeführt. Die Vorbereitungen für den Betrieb und die Betriebsorganisation per 1. Januar 2025 und deren Weiterentwicklung ist abgeschlossen.

Abgeschlossen 2027

RRZ 10h Die Attraktivität des Arbeitgebers Kanton Zürich mit verschiedenen Massnahmen erhöhen und die HR-Prozesse, -Strukturen und -Systeme vereinheitlichen.

Verschiedene Massnahmen wie die Optimierung der Anstellungsbedingungen (FD 10.1a), die Umsetzung des Employer Brandings (FD 10.1c), die Umsetzung des HR-Geschäftsmodells (FD 10.2e), die gemeinsamen Massnahmen betreffend Umgang mit dem Fachkräftemangel (FD 10.2h), die Förderung von E-Learning (FD 10.3d) und die Einführung der SAP-HCM-Standardlösung (FD 10.3f) leisten einen Beitrag an die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber. Diese helfen, den Fachkräftemangel so tief wie möglich zu halten, und dienen zudem der Digitalisierung der internen Arbeitsabläufe.

Planmässig 2027

FD 10.1a Optimierung der Anstellungsbedingungen (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Die im Projektauftrag festgelegten Themenbereiche wurden in einer Arbeitsgruppe erarbeitet, mit Sozialpartner und Sounding Board thematisiert sowie dem Projektausschuss vorgelegt. Die Stossrichtungen gemäss Entwurf des Normkonzepts sowie die Prüfung der Kostentragung im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage werden grundsätzlich begrüsst. Aufgrund der finanziellen Lage des Kantons wurde die Beschlussfassung über das Normkonzept verschoben.

Planmässig 2027

FD 10.1c Umsetzung des Employer Branding (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Die Arbeitgeberseite «Arbeiten beim Kanton» wurde inhaltlich überarbeitet und aktualisiert. Die interne Kommunikation und Verankerung der Arbeitgeberpositionierung sind im Fokus. Der Rollout der Employer-Branding-Kampagne auf den sozialen Medien des Kantons sowie in der Google-Suche wurde durchgeführt und führte zu Verdoppelung der Zugriffszahlen der Webseite «Arbeiten beim Kanton».

Abgeschlossen 2025

FD 10.2e Umsetzung HR-Geschäftsmodell (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Im Berichtsjahr wurde im Personalamt das Kompetenzzentrum HR-Projekte und -Prozesse aufgebaut. Es steuert, überwacht und koordiniert alle gesamtkantonal harmonisierten HR-Prozesse und entwickelt diese kontinuierlich weiter. Das Organisationskonzept wurde am 19. Dezember genehmigt. Die erarbeiteten Ergebnisse zu Prozessen, Rollen und Systemen wurden mit Einführung der ersten Welle des Projekts Aurora per 1. Januar 2025 in die betrieblichen Strukturen überführt.

Abgeschlossen 2025

FD 10.2h Gemeinsame Massnahmen auf Kantonsebene betreffend Umgang mit dem Fachkräftemangel (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Ein bunter Strauss an verschiedenen Massnahmen sollen dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dies sind die Systematische Lehrstellenplanung, die Einführung einer digitalen Lernplattform sowie die bereits beschriebenen Massnahmen zum Employer Branding und zu den Anstellungsbedingungen.

Planmässig 2026

FD 10.3d Förderung E-Learning (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e und 10h)

Das kantonale Lern- und Weiterbildungsangebot soll im Rahmen der Strategie Digitale Verwaltung zeitgemäss erweitert werden, sodass neben Präsenzkursen vermehrt auch kleinformtigere, niederschwelliger zugängliche Lernformen wie E-Learnings angeboten werden. Die Pilotierung einer externen E-Learning-Bibliothek ist abgeschlossen. Das methodisch-didaktisches Beratungs- und Befähigungsangebot befindet sich im Aufbau.

Planmässig 2025

FD 10.3f Einführung SAP-HCM-Standardlösung, Teil Personalamt (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Das Projekt zur Einführung einer neuen, standardisierten HMX-Lösung befindet sich in der Realisierungsphase. Im Berichtsjahr wurde die Planung angepasst: Die Einführung der Payroll-Prozesse wurde in die Welle 2 des Projekts Aurora verschoben. Ab 2026 werden die Lohnverarbeitung sowie die harmonisierten und digitalisierten HR-Prozesse lanciert. Zeitgleich werden auch die Eigenentwicklungen für den Schuljahreswechsel und das Vikariats-Tool für das Volksschulamt eingeführt. Aufgrund der Komplexität des Vorhabens kann der ursprünglich geplante Termin für den Projektabschluss nicht eingehalten werden.

Verzögert 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
60.1	67.1	65.0	-2.1	-3.2

Bemerkungen R24 zu B24

-2.1 Auslaufen von befristeten Stellen sowie verzögerte Besetzung von vakanten Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.0	5.5	0.0	0.0	5.5	5.6	0.1	1.6
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	0.9	1.0	0.0	0.0	1.0	1.0	-0.0	-2.6
- Int. Verrechnung SAP Personalapplikation	3.8	4.3	0.0	0.0	4.3	4.4	0.1	3.3
Aufwand	-23.5	-33.2	0.0	-1.1	-34.4	-27.6	6.8	19.7
- Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-12.4	-14.3	0.0	0.0	-14.3	-13.4	0.9	6.2
- Int. Verrechnung SAP Personalapplikation	-3.8	-4.3	0.0	0.0	-4.3	-4.5	-0.2	-5.4
Saldo	-18.5	-27.7	0.0	-1.1	-28.8	-22.0	6.8	23.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.2	-5.2	0.0
Saldo	-2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.2	-5.2	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
6.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
5.2	FD 10.3f	- Projektkosten Aurora gemäss RRB Nr. 267/2024. Saldoverschiebung von 5.2 Mio. Franken zwischen Erfolgs- und Investitionsrechnung
0.9	A1	- Weniger Personalaufwand aufgrund unbesetzter Stellen, temporärer Vakanzen und Rotationsgewinne
0.4	A1, A4	- Zurückstellung interner Projekte zugunsten Umsetzung Projekt Aurora
0.3	A4	- Weniger Nachfrage nach Beratungen und Unterstützungen im Pilotprojekt MOVIS (Anlaufstelle bei Verletzungen der persönlichen Integrität der Mitarbeitenden am Arbeitsplatz)
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	0.0	-5.2	-5.2	
- Projekt zur Einführung einer HCM Standardlösung (Aurora)	0.0	-5.1	-5.1	- Projektkosten Aurora gemäss RRB Nr. 267/2024. Saldoverschiebung von 5.1 Mio. Franken zwischen Erfolgs- und Investitionsrechnung
- Anschaffung neues Mobiliar Bildungszentrum Vordere Au	0.0	-0.1	-0.1	- Aus rechnungslegungstechnischen Überlegungen wurden die Ausgaben neu bewertet und in der Investitionsrechnung aktiviert.
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -326681	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -326681	Veränderung Bestand 0

4610 Amt für Informatik

Das Hauptziel war erneut die Umsetzung der IKT-Strategie. Der Rollout des Digitalen Arbeitsplatzes (DAP) wurde fortgesetzt in der Direktion der Justiz und des Innern, der Gesundheitsdirektion, der Sicherheitsdirektion, bei den Parlamentsdiensten sowie bei einem Grossteil der Bildungsdirektion. Zu Beginn des Schuljahres 2024/2025 konnte die Kantonschule Zürich Nord in die IKT-Grundversorgung Sek II migriert werden, womit drei Schulen erfolgreich umgestellt wurden.

Das Projekt Plattformen & Rechenzentren ist in die Konzept- und Realisierungsphase übergegangen.

Im März hat der Digital Innovation Hub gestartet. Seither wurden das Leistungsangebot entwickelt, eine Entwicklungs-Roadmap definiert, das Innovationsnetzwerk etabliert und Trendworkshops mit renommierten Technologiepartnern durchgeführt.

Einen weiteren Höhepunkt bildete die Einführung des Züri-kontos. Über diese zentrale Plattform können Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen auf eine Vielzahl von Anwen-

dungen zugreifen. Das benutzerfreundliche Login erfolgt über den vom Bund bereitgestellten Authentifizierungsdienst AGOV, der eine hohe Sicherheit bietet und an die geplante nationale E-ID anschlussfähig ist.

Im zweiten Halbjahr ist das Mitarbeitendenportal ZHub in Betrieb gegangen, das das alte Intranet ersetzt. Die Mitarbeitenden werden auf dieser Plattform über das Geschehen in der eigenen Organisation und im Kanton informiert. Darüber hinaus bietet ZHub die Möglichkeit, sich kantonsweit auszutauschen.

Im Weiteren befindet sich das Projekt Aurora zur Ablösung des aktuellen HR-Systems SAP-Stäfa in der Realisierungsphase. Im Mai hat die Kommunikation in die Linienorganisationen zu den Endanwenderinnen und -anwendern gestartet. Ausserdem konnte die neue zentrale Einstiegsplattform Work Zone im Pilotbetrieb erfolgreich getestet werden, sodass sie ab Januar 2025 ausgerollt werden kann.

Aufgaben

- A1 Führung der kantonalen IKT-Grundversorgung
- A2 Verwaltungsweites operatives Management der IKT-Sicherheit
- A3 Betrieb, Support und Erweiterungen der SAP-Fachapplikationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftslichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L20	Support: Tickets im IKT-Support	A1	47437	31400	56998	25598	81.5
L21	Support: Erstlösungsrate, in %	A1	63.14	65	63.57	-1.43	
L22	Digitaler Arbeitsplatz: IKT-Arbeitsplätze	A1	5300	4900	9530	4630	94.5
L23	Digitaler Arbeitsplatz: IKT-Arbeitsplätze pro Mitarbeiter/in	A1					
L24	SAP-Entwicklungsanträge	A3	787	880	640	-240	-27.3
L25	Betriebene SAP- und SAP-nahe Systeme	A3	80	70	80	10	14.3
L26	Migrierte IKT-Arbeitsplätze	A1	7700	8200	8200	0	0.0
L27	Mitarbeitende im Amt für Informatik	A1	202	228	233	5	2.2
B1	Digitaler Arbeitsplatz: Kosten pro IKT-Arbeitsplatz	A1					
W1	Netzwerk: Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet, in %	A1	99.5	99.4	99.5	0.1	
W3	Server/RZ: Verfügbarkeit SAP, in %	A3	99.97	99.5	100	0.5	
W4	Support: Zufriedenheit mit dem IKT-Support, in %	A1	75.25	75	76.7	1.7	

Bemerkungen

- L20 Das Volumen der Tickets im IKT-Support verläuft grundsätzlich proportional zum DAP-Rollout. In der Planung wurde der höhere Supportbedarf während des DAP-Rollouts unterschätzt.
- L22 In der Budgetierung wurde der Wert als Wachstumsgrösse, nicht als Bestandesgrösse eingestellt. Das Wachstum auf den Rechnungswert entsprach dem im Berichtsjahr geplanten Rollout.
- L24 Im Rahmen der Einführung des neuen Personalsystems (Projekt Aurora) wurde für das bestehende System ein Änderungsstopp verfügt. Davon ausgenommen sind gesetzliche Änderungen. Dies hat zu einem markanten Rückgang von Entwicklungsanträgen geführt. Zudem hat es im Finanzbereich mehrere grössere Vorhaben gegeben, z.B. Einführung eines neuen Planungs- und Budgetierungstools oder eVorhaben. Dies hat ebenfalls dazu beigetragen, dass weniger Entwicklungsanträge eingingen.
- L26 Dieser Indikator wird in Zukunft nicht weitergeführt, da die Leistung über L22 abgebildet wird.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10e Die Mitarbeitenden im Umgang mit der digitalen Transformation, Veränderungen und Unvorhergesehenem besser befähigen.

Mit der Umsetzung des IKT-Programms (vgl. FD 10.2b) und der Implementierung der IKT-Grundversorgung im Mittelschul- und Berufsbildungsbereich (Schulen Sek II; vgl. FD 10.2f) wird den Mitarbeitenden eine völlig neue Arbeitsumgebung mit modernen Kollaborationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Zur Nutzung dieser Möglichkeiten werden die Mitarbeitenden mit verschiedenen Schulungsformaten befähigt (vgl. insbesondere FD 10.2j). Dem Erfahrungsaustausch dienen zudem die verschiedenen Online-Gruppen, in denen die Mitarbeitenden Fragen stellen können und Anregungen zur Nutzung der unterschiedlichen Kollaborationstools erhalten.

Stand bis

Planmässig 2027

FD 10.2b Umsetzung IKT-Programm

Das Gremium «Steuerung Digitale Verwaltung und IKT (SDI)» bewilligte im Berichtsjahr die Verlängerung des IKT-Programms und die dazu notwendige Finanzierung bis Ende 2025. Die Rollouts im Projekt Digitaler Arbeitsplatz und die Einführung der integrierten Lösungen für Unified Communication und Collaboration sowie Messaging verlaufen weiterhin planmässig. Dadurch konnten bereits über 9500 Mitarbeitende erfolgreich mit dem neuen Digitalen Arbeitsplatz ausgestattet werden. Die im Berichtsjahr geplanten Fachapplikations-Migrationen im Projekt Plattformen & Rechenzentren haben sich aufgrund der Komplexität der Übernahmen verzögert. Die ergriffenen Massnahmen haben dennoch wertvolle Erkenntnisse geliefert. Erste Applikationen wurden erfolgreich auf die Testumgebung migriert und getestet. Zudem wurden die Einführungsmassnahmen zur Umsetzung der IKT-Governance weiter vorangetrieben.

Verzögert 2025

FD 10.2f Umsetzung IKT-Grundversorgung Sek II voranbringen

Die Migrationen der IKT-Grundversorgung bei den Schulen machen Fortschritte, auch wenn sie langsamer voranschreiten als ursprünglich geplant. Für das Programm DiWaSekII wurde der Umsetzungsplan angepasst und um fünf Jahre bis Ende 2029 verlängert. Ein Erfolg war die Migration der Kantonsschule Zürich Nord zu Beginn des Schuljahres 2024/2025, womit nun drei Schulen erfolgreich migriert wurden. Es wurden wichtige Strukturen und Voraussetzungen für eine effiziente Projektabwicklung geschaffen.

Verzögert 2027

FD 10.2i Applikationsstrategie zur effizienten gemeinsamen Nutzung von IT-Anwendungen (Kantons- und Fachapplikationen)

Als Basis für die Applikationsstrategie wurde das verwaltungsweite Applikationsinventar erstellt. Die gesammelten Daten wurden analysiert und darauf aufbauend erste Strategieansätze entwickelt.

Planmässig 2027

FD 10.2j Einführungsprojekt MS Teams, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat FD (Webinare, Intranet- und Sharepoint-Seite, Superuser Community; unterstützt die Umsetzung von RRZ 10e)

Das Projekt zur Einführung von MS Teams befindet sich planmässig in der Einführungsphase nach HERMES. Es wurden umfangreiche Schulungen und Webinars durchgeführt. Ausserdem wurde eine Superuser-Community aufgebaut, die mit der Einführung des Mitarbeitendenportals ZHub zusätzlichen Anklang fand. MS Teams ist ein zentraler Bestandteil zur Kommunikation und Kollaboration auf dem Digitalen Arbeitsplatz. Da der Rollout des Digitalen Arbeitsplatzes erst Mitte 2025 abgeschlossen werden kann, verzögert sich die Umsetzung des Entwicklungsschwerpunkts.

Verzögert 2024

FD 10.3g Einführung SAP-HCM-Standardlösung, Teil AFI (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10h)

Das Projekt zur Einführung einer neuen, standardisierten HMX-Lösung befindet sich derzeit in der Realisierungsphase. Im laufenden Jahr wurde die Planung angepasst. Die Einführung erfolgt in zwei Wellen. Mit der ersten Welle erhalten per 1. Januar 2025 erste Organisationseinheiten Zugriff auf die neue zentrale Einstiegsplattform Work Zone, über welche die Mitarbeitenden HR-Anwendungen starten und Selfservices beziehen können, zum Beispiel die elektronische Lohnabrechnungen und Lohnausweise.

Verzögert 2025

In der zweiten Welle werden ab 2026 die Lohnverarbeitung sowie die harmonisierten und digitalisierten HR-Prozesse eingeführt.

FD 10.3i Einsatz des Zürikontos in der Verwaltung (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10b)

Dank der Einführung des Zürikontos im Frühling des Berichtsjahrs können Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen auf eine zentrale Plattform zugreifen, die eine Vielzahl von Anwendungen zugänglich macht. Besonders hervorzuheben ist das benutzerfreundliche Login über den vom Bund bereitgestellten Authentifizierungsdienst AGOV. Dieser gewährleistet bestätigte Personenidentifizierungsdaten und kann zur rechtskonformen Abwicklung unterschriftsbedürftiger Amtsgeschäfte im digitalen Geschäftsverkehr gemäss revidiertem Verwaltungsverfahrensgesetz eingesetzt werden. Gleichzeitig bietet AGOV eine hohe Sicherheit und Benutzerfreundlichkeit und ist zudem anschlussfähig an die geplante Schweizer E-ID.

Abgeschlossen 2026

FD 10.3j Anwendung intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten fördern; Aufbau des Service Centers Digital Innovation gemäss RRB Nr. 1331/2022 (unterstützt die Umsetzung von RRZ 10f)

Im März startete der Digital Innovation Hub. Seitdem wurde ein erstes Leistungsangebot entwickelt und eine Entwicklungs-Roadmap definiert. Zudem wurde das Innovationsnetzwerk erfolgreich etabliert, das die kantonale Verwaltung, die Städte, Hochschulen und Technologiepartner umfasst. Ein weiterer Meilenstein war die Durchführung von Trendworkshops mit renommierten Technologie-Partnern. Darüber hinaus liegt das Konzept der «Tech Exploration Box» als Plattform zur Erprobung neuer Technologien vor.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
178.5	228.0	209.9	-18.2	-8.0

Bemerkungen R24 zu B24

-18.2 Bedingt durch Fachkräftemangel, Fluktuation und Engpässe in der Rekrutierung

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	65.7	87.9	0.0	1.1	89.1	92.6	3.5	3.9
Aufwand	-117.6	-123.3	-8.5	-1.1	-133.0	-138.2	-5.2	-3.9
Saldo	-51.9	-35.4	-8.5	0.0	-43.9	-45.7	-1.8	-4.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-6.3	-9.2	0.0	-7.7	-16.9	-11.5	5.4	32.2
Saldo	-6.3	-9.2	0.0	-7.7	-16.9	-11.5	5.4	32.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

-1.8 Abweichungen total R24 zu B24^{plus}

-1.8 FD 10.2b - Hauptsächlich höhere externe Aufwände aufgrund Verlängerung des IKT-Programms
0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-16.9	-11.5	5.4	
- Programm IKT	-12.4	-7.3	5.1	- Verzögerungen im IKT-Programm
- Audio- und Videomedientechnik für Unterrichts- und Besprechungsräume	-1.9	-4.0	-2.1	
- IAM-Lizenzen	-0.9	0.0	0.9	- Repriorisierung
- E-ID	-0.4	0.0	0.4	- Repriorisierung
- CORA-Automaten	-0.1	0.0	0.1	
- Bot-Anwendungen	-0.1	0.0	0.1	
- Einrichtung ICT-Lernendenlabor	0.0	0.0	0.0	
- Redesign SAP-Systeme Finanz- und Rechnungswesen	-1.2	0.0	1.2	- Repriorisierung
- OneOffixx	0.0	-0.1	-0.1	
- Übrige	0.1	-0.1	-0.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-55829	0	0	-55829	0

4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter

Während der Berichtsperiode lag der Hauptfokus auf der Weiterentwicklung der Informationssicherheit mithilfe von strategischen Projekten und Massnahmen zur Stärkung der Cyberresilienz im Kanton.

Eine Massnahme war die Gründung des Expertenpools, der als zentrale Ressource für spezifische Fragen zur Informationssicherheit dient. Fachleute aus den Bereichen Cloud-, Applikations- und Lieferantensicherheit stehen der kantonalen Verwaltung beratend und unterstützend zur Seite.

Zudem ermöglicht eine neue Allgemeine Informationssicherheitsrichtlinie den Direktionen mehr Autonomie und stärkt die Integration von Sicherheitsanforderungen in operative Abläufe. Auch im Bereich proaktive Sicherheitsmassnahmen wurden entscheidende Fortschritte erzielt. Das Projekt Bug-Bounty-Programm wurde erfolgreich abgeschlossen. Es besteht nun eine Plattform, die eine kantonale Durchführung

von Bug-Bounty-Programmen ermöglicht. Gleichzeitig wurde das Vorhaben der Lieferantenbewertung umgesetzt, bei dem 25 der wichtigsten Lieferanten der kantonalen Verwaltung hinsichtlich ihrer Informationssicherheit analysiert und bewertet wurden.

Ein weiteres Projekt war die Initialisierung und Durchführung der Security Rating Services. Das Vorhaben wurde bis zur Freigabe des Vergabeverfahrens vorangetrieben und ermöglicht eine objektive Bewertung von Unternehmen im Bereich der Informationssicherheit. Diese Bewertung dient als Grundlage für strategische Entscheidungen im Kanton. Ebenfalls wurde das Projekt NextGen SOC als Erneuerung des Security Operation Centers initialisiert.

Ausserdem wurden Standards für Einhalteprüfungen eingeführt und der kantonale Auditplan umgesetzt.

Aufgaben

- A1 Festlegung der Informationssicherheitsstrategie für ein durchgängiges und adäquates Sicherheitsniveau in der kantonalen Verwaltung
- A2 Proaktive Identifikation und transparente Kommunikation von Risiken im Bereich Informationssicherheit
- A3 Weiterentwicklung und Umsetzung der Allgemeinen und der Besonderen Informationssicherheitsrichtlinien

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Anteil der Kantons- und Fachapplikationen mit durchgeführter Schutzbedarfsanalyse und Risikobetrachtung in der Staatskanzlei und den Direktionen, in %	A2		90	n/a		-100.0
B1	Durchschnittliches zentral bereitgestelltes Budget pro Mitarbeiter/in für die Sensibilisierung und Schulungsmassnahmen im Bereich Informationssicherheit, in Fr.	A3		15	12	-3	-20.0
W1	Zufriedenheitsumfrage unter den internen und externen Zielgruppen der Cybersicherheitsstrategie mit den Dienst- und Koordinationsleistungen des kantonalen Zentrums für Cybersicherheit (CCCS), in %	A2, A1		70	90	20	28.6

Bemerkungen

- L1 Die Kennzahl müsste den Anteil der Applikationen ausweisen, für die eine Schutzbedarfsanalyse erforderlich ist. Die Kennzahl kann von den Direktionen und der Staatskanzlei nicht bereitgestellt werden. Die Indikatoren werden 2025 überarbeitet (vgl. auch KEF-Erklärung Nr. 9/2025).
- W1 Der Wirkungsindikator setzt sich aus dem Durchschnittswert der im letzten Jahr durchgeführten Kampagnen und zielgruppenspezifischen Schulungen in den Direktionen und der Staatskanzlei zusammen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10g Die Cybersicherheitsstrategie umsetzen, den Datenschutz und die Informationssicherheit in die Verwaltungsprozesse integrieren.

Im Rahmen der Cybersicherheitsstrategie lag der Fokus auf der Etablierung eines kantonalen Bug-Bounty-Programms, das es ermöglicht, Sicherheitslücken durch externe Expertinnen und Experten schnell zu identifizieren und zu beheben. Zudem wurden Lieferantenprüfungen durchgeführt, um Risiken in der Lieferkette zu minimieren und die Sicherheitsstandards bei externen Partnern zu gewährleisten. Ein weiteres zentrales Element war die Weiterentwicklung des Cyberkrisenkommunikationskonzepts, um im Falle eines Vorfalls eine schnelle, transparente und koordinierte Kommunikation zu ermöglichen.

Stand bis
Planmässig 2025

FD 10.3a Vereinheitlichung und Vereinfachungen Governance IKT und Informationssicherheit (Konsolidierung Governance-Handbuch / Governance-Konzept IKT-Sicherheit und Besondere Informationssicherheitsrichtlinie)

Der Schwerpunkt lag auf der laufenden Überarbeitung der Besonderen Informationssicherheitsrichtlinie, um diese an aktuelle Anforderungen und Bedrohungsszenarien anzupassen. Zudem wurde die Allgemeine Informationssicherheitsrichtlinie neu erstellt, die als Rahmenwerk für die übergeordneten Strukturen dient und eine einheitliche Basis für die Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen schafft.

Planmässig 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
6.3	13.0	8.1	-4.9	-37.9

Bemerkungen R24 zu B24

-3.9 Bedingt durch Fachkräftemangel, Fluktuation und Engpässe in der Rekrutierung

-1.0 Saldoneutrale Übertragung der Stelle des Informationssicherheitsbeauftragten der Finanzdirektion in die LG 4000

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-2.7	-7.2	0.0	-4.7	-11.9	-3.5	8.4	70.7
Saldo	-2.7	-7.2	0.0	-4.7	-11.9	-3.5	8.4	70.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
8.4		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
8.0	RRZ 10g	- Tieferer externer und Personalaufwand infolge verzögerter Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie
0.4		- Tieferer Bezug von externen Dienstleistungen aus dem Expertenpool für die Umsetzung der Besonderen Informationssicherheitsrichtlinien (BISR) in den Direktionen und der Staatskanzlei
0.0		- Übrige Abweichungen

4700 Drucksachen und Material

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) vermochte als Lead Buyer für die Materialgruppen Büromaterial, Publikationen und Multifunktionsgeräte auch im Berichtsjahr die hohe Nachfrage erfolgreich abzuwickeln. Dabei hat sie ihre Organisation verstärkt darauf ausgerichtet, die öffentlichen Beschaffungsstellen in der Entwicklung digitaler Systeme zu unterstützen. Bei Portalen für die Bedarfsdeckung der kantonalen Verwaltung besteht typischerweise ein grosses Standardisierungspotenzial. Beispiele dafür sind die Authentisierung (Identity Access Management) der Benutzerinnen und Benutzer, einheitliche Bestellprozesse für Standardprodukte (Webkataloge), elektronische Schnittstellen zu Lieferanten oder einheitliche Workflows in der Kreditorenbuchhaltung und der internen Verbuchung. Von den Dienstleistungen und digitalen Beschaffungssystemen der kdmz

können alle kantonalen Organisationseinheiten, selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Gemeinden des Kantons profitieren.

Um die Vernetzung und den Informationsaustausch zu fördern, wurden auch im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der Baudirektion zwei Beschaffungsforen durchgeführt. Die Veranstaltungen zu den Themen Nachhaltigkeit in der Beschaffung, Beschwerdeverfahren, Vertragselemente der Informationssicherheit und nachträgliche Änderungen in Beschaffungsverfahren stiessen auf grosses Interesse.

Das erfolgreiche Rezertifizierungsaudit nach der Norm ISO 9001:2015 bestätigt die kdmz in ihrer umfassenden Fachkompetenz für Beschaffungen.

Aufgaben

- A1 Beschaffung verwaltungsweit genutzter Güter mehrerer Materialgruppen (u.a. Büromaterial, Drucksachen, Multifunktionsgeräte)
A2 Unterstützung und Beratung bei Beschaffungsaufgaben (u.a. Durchführung von Submissionen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
L1	Abgewinkelte Beschaffungsaufträge	A1	39692	42000	38878	-3122	-7.4
L3	Bewirtschaftete Kundenadressen	A1	3884	4400	3442	-958	-21.8
L4	Durchgeführte Lieferantenbewertungen	A1	30	20	39	19	95.0
L5	Durchgeführte Submissionen im offenen Verfahren und im Einladungsverfahren	A2	18	15	20	5	33.3
B1	Durchschnittliche Prozesskosten je Beschaffungsauftrag, in Fr.	A1	127	130	133	3	2.3
W2	Abgewinkelte Beschaffungsaufträge ohne Reklamationen, in %	A1	99	98	99	1	
W3	Durchgeführte Submissionen ohne gutgeheissene Rekurse, in %	A2	100	95	100	5	

Bemerkungen

- L1, L3, Die Werte weichen aufgrund der Anpassung von Beschaffungsstrategien und der laufenden Optimierung der Beschaffungprozesse teilweise deutlich von den Budgetwerten ab.
L5 Der Dienstleistungsbedarf für Vergabeverfahren hat sich über den Erwartungen entwickelt.

Entwicklungsschwerpunkte

FD 10.2a Förderung von Beschaffungsdienstleistungen für verwaltungsinterne Organisationen, kantonale Institutionen und Gemeinden

Im Berichtsjahr erfolgte eine verstärkte Fokussierung auf die Beratung, Unterstützung und Entwicklung im Bereich digitaler Beschaffung. Stand bis

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	35.1	36.0	38.1	2.1	6.0

Bemerkungen R24 zu B24

- 2.1 Ausbau der Dienstleistungen im Beschaffungswesen (u.a. Beschaffungssysteme), Übernahme SAP-Fachdomänenverantwortung Materialwirtschaft, Umwandlung Temporär- zu Festanstellung

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	20.3	19.7	0.0	0.0	19.7	19.2	-0.5	-2.5
Aufwand	-19.9	-19.8	0.0	0.0	-19.8	-18.5	1.4	6.9
- Betriebsaufwand (einschliesslich Personal)	-7.4	-7.1	0.0	0.0	-7.1	-7.2	-0.1	-1.3
Saldo	0.4	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.8	0.9	1 136.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.2	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.2	-0.1	-200.0
Saldo	-0.2	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.2	-0.1	-200.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.9	A1, A2	- Eine auftrags- und sicherheitsorientierte Lagerpolitik sowie vorteilhafte Raumnutzungskosten haben den Saldo positiv beeinflusst.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.1	-0.2	-0.1	
- Strategisches Projekt «Beschaffungsportal», 1. Etappe	-0.1	-0.2	-0.1	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -410613	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -410613	Veränderung Bestand 0

4910 Steuererträge

Aufgaben

A1 Die dem Kanton zustehenden Steuererträge erfassen und ausweisen

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
W1 Steuerfuss, in % der einfachen Staatssteuer	A1	99	98	98	0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	9002.3	8852.9	0.0	0.0	8852.9	9462.7	609.8	6.9
- Staatssteuern	7520.9	7332.8	0.0	0.0	7332.8	7772.5	439.7	6.0
- davon Laufende Periode NP	4589.1	4613.1	0.0	0.0	4613.1	4690.0	76.9	1.7
- davon Laufende Periode JP	1296.5	1320.0	0.0	0.0	1320.0	1357.2	37.2	2.8
- davon Nachträge NP	1032.6	882.0	0.0	0.0	882.0	1144.1	262.1	29.7
- davon Nachträge JP	267.3	164.0	0.0	0.0	164.0	188.0	24.0	14.6
- davon Quellensteuer	295.2	307.5	0.0	0.0	307.5	363.7	56.2	18.3
- davon Übrige Erträge	40.2	46.2	0.0	0.0	46.2	29.5	-16.7	-36.2
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	293.8	300.1	0.0	0.0	300.1	387.8	87.7	29.2
- Direkte Bundessteuer	1108.2	1110.0	0.0	0.0	1110.0	1153.6	43.6	3.9
- Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	79.5	110.0	0.0	0.0	110.0	148.8	38.8	35.3
Aufwand	-119.4	-117.9	0.0	0.0	-117.9	-162.2	-44.3	-37.6
- Staatssteuern	-120.2	-117.2	0.0	0.0	-117.2	-159.3	-42.1	-35.9
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	0.8	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-2.9	-2.2	-314.8
Saldo	8882.9	8735.0	0.0	0.0	8735.0	9300.4	565.5	6.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
565.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
262.1	A1	- Staatssteuern Nachträge NP: Höhere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2024 (89.1), Mehrerträge für die Steuerperiode 2020 (37.4) und Perioden vor 2019 (65.6) sowie positive Korrekturen für die Steuerperiode 2022 (70.0)
87.7	A1	- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Mehrerträge durch höhere Einzelfälle
77.0	A1	- Staatssteuern laufende Periode 2024 NP: Höhere Erträge aus der Einkommenssteuer (81.0) und leicht tiefere Vermögenssteuern (-4.0). Ein Teil der Mehrerträge ist darauf zurückzuführen, dass die im Budget eingestellten Mindereinnahmen für den am 1. Januar 2024 in Kraft getretenen Gegenvorschlag der Gerechtigkeitsinitiative über 38.0 Mio. Franken. im Berichtsjahr noch nicht wirksam wurden. Diese werden sich erst in den kommenden Rechnungsjahren ertragswirksam zeigen.
56.1	A1	- Quellensteuern: Höhere Erträge aus höheren Sollstellungen und Zahlungseingängen
43.6	A1	- Direkte Bundessteuer: Höhere Zahlungseingänge von natürlichen und juristischen Personen
38.8	A1	- Verrechnungssteuer: Höhere Auszahlung an die Kantone aus dem Verrechnungssteuerertrag des Bundes
37.1	A1	- Staatssteuern laufende Periode 2024 JP: Höhere Gewinnsteuererträge (67.1) und Mindererträge aus der Kapitalsteuer (-30.0)
24.1	A1	- Staatssteuern Nachträge JP: Tiefere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2024 (-12.4), Mehrerträge für die Periode 2020 (11.8), tiefere Erträge für die Perioden vor 2019 (-5.3), sowie positive Korrektur der Steuerperiode 2021 (30.0)
-16.7	A1	- Übrige Erträge: Tieferer Ertrag aus Nachsteuern und Bussen aufgrund Anpassung im Einspracheverfahren
-44.2	A1	- Aufwand: Aufwand infolge positiver und negativer Wertberichtigungen von Einzelfällen im Umfang von 25.7, erhöhter Abschreibungsbedarfs (2.8), höhere Entschädigungen an Arbeitgeber als Schuldner der steuerbaren Leistungen infolge höheren Sollstellungen (11.8) und höhere Passivzinsen (3.9)
-0.1		- Übrige Abweichungen

4921 Schadenausgleich

Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag						0.0	0.0	0.0
Aufwand	-1.7	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-0.8	1.7	68.4
- Versicherungsprämien	-1.0	-1.2	0.0	0.0	-1.2	-1.1	0.1	9.1
- Schadenausgleich	-0.7	-1.3	0.0	0.0	-1.3	0.3	1.6	123.1
Saldo	-1.7	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-0.8	1.7	68.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.6	A1	- Keine Schadenersatz-Zahlungen im Berichtsjahr und Auflösung von 0.3 Mio. Franken Rückstellungen in einem Staatshaftungsfall (B24: -1.3 Mio. Franken; R24: +0.3 Mio. Franken)
0.1	A1	- Tiefere Versicherungsprämien-Zahlungen (B24: -1.2 Mio. Franken; R24: -1.1 Mio. Franken)
-0.0		- Übrige Abweichungen

4930 Zinsen und Beteiligungen

Aufgaben

- A1 Verbuchung der Aktiv- und Passivzinsen des Kantonshaushalts insgesamt
A2 Verbuchung von Erlösen aus Beteiligungen, die in dieser Leistungsgruppe bilanziert werden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
L1	Bilanzierte Beteiligungen	A2	52	50	48	-2	-4.0
B1	Durchschnittlicher Zinssatz der ausstehenden langfristigen Finanzverbindlichkeiten, in %	A1	0.67	1.11	0.67	-0.44	
W2	Interner Zinssatz, in %	A1	0.75	0.75	0.75	0.00	
W4	Summe aller von der Zürcher Kantonalbank (ZKB) geleisteten Entschädigungen für die Staatsgarantie (§ 6 Abs. 6 Kantonalbankgesetz), in Mio. Franken	A2	218.4	245	249.6	4.6	1.9

Bemerkungen

- B1 Tieferes Zinsumfeld
W4 Summe der geleisteten Entschädigungen seit 2015; höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank
L1 Veräusserung der Beteiligungen an der Hangenmoos AG und der MCH Group AG; Nachlassliquidation SAir Group abgeschlossen; Übertrag der Beteiligung an der Ofac Genossenschaft an die ZüriPharm AG

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	512.7	657.0	0.0	0.0	657.0	577.0	-80.1	-12.2
- Gewinnanteil ZKB	320.0	320.0	0.0	0.0	320.0	340.0	20.0	6.3
- Gewinnanteil SNB		119.3	0.0	0.0	119.3		-119.3	-100.0
- Gewinnanteil EKZ	9.4	20.0	0.0	0.0	20.0	25.2	5.2	26.0
- Gewinnanteil Axpo Holding AG		14.6	0.0	0.0	14.6		-14.6	-100.0
- Gewinnanteil Flughafen Zürich AG	35.8	44.0	0.0	0.0	44.0	54.2	10.2	23.3
- Zinsertrag Dotationskapital der ZKB	11.0	15.6	0.0	0.0	15.6	17.6	2.0	12.8
- Entschädigung der ZKB für Staatsgarantie	30.1	28.4	0.0	0.0	28.4	31.2	2.8	10.0
- Interner Zinsertrag	89.6	91.6	0.0	0.0	91.6	94.2	2.6	2.9
Aufwand	-52.1	-84.9	0.0	0.0	-84.9	-56.0	29.0	34.1
- Finanzaufwand	-29.7	-62.2	0.0	0.0	-62.2	-32.4	29.8	47.9
- Interner Zinsaufwand	-22.3	-22.7	0.0	0.0	-22.7	-23.2	-0.5	-2.1
Saldo	460.6	572.1	0.0	0.0	572.1	521.0	-51.1	-8.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.7	2.7	0.0
Ausgaben						-0.1	-0.1	0.0
Saldo	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	2.6	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-51.1		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
29.4	A1	- Tiefere Zinsen aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen und tieferen Zinsumfelds
20.0	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank
10.2	A2	- Höherer Ertrag der Flughafen Zürich AG
6.6	A1	- Höherer Zinsertrag auf kurzfristigen Finanzanlagen
5.2	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
2.8	A2	- Höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank für die Staatsgarantie
2.7	A2	- Buchgewinn aus der Veräusserung der Beteiligung an der Hangenmoos AG
2.6	A1	- Höherer interner Zinsertrag infolge veränderter Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
2.0	A2	- Höherer Zinsertrag auf dem Dotationskapital der Zürcher Kantonalbank
0.8	A1	- Höhere Kursgewinne aus Fremdwährungskäufen
0.6	A1	- Werterhöhung verschiedener Beteiligungen im Finanzvermögen
0.2	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizer Salinen AG
-0.4	A1	- Wertberichtigung verschiedener Beteiligungen im Verwaltungsvermögen
-14.6	A2	- Keine Gewinnausschüttung der Axpo Holding AG
-119.3	A2	- Keine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	2.7	2.7	
- Übertrag der MCH Group AG in das Finanzvermögen		1.0		
- Rückzahlung Darlehen Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse		1.7		
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	0.0	-0.1	-0.1	
- Kauf Aktien der Schweizerischen Nationalbank von der Stadt Zürich		-0.1		
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

4950 Sammelpositionen

Aufgaben

- A1 Zentrale Korrekturen, wie z.B. Teuerungsausgleich und Intercompany-Ausgleiche im Rahmen der Konsolidierung
A2 Zentrale Verbuchung einzelner nichtbetrieblicher Positionen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.0	2.9	0.0	0.0	2.9	-10.8	-13.7	-465.1
- Covid-19-Härtefallprogramm: Beiträge vom Bund	-2.1	0.5	0.0	0.0	0.5	-13.9	-14.4	-2729.9
- Covid-19-Härtefallprogramm: Zinserträge	0.8	0.4	0.0	0.0	0.4	0.6	0.2	51.2
Aufwand	-24.4	233.2	0.0	0.0	233.2	-1.3	-234.4	-100.5
- Lohnentwicklung		-80.4	0.0	0.0	-80.4		80.4	100.0
- Rückstellung aus Ruhegehaltsordnung	-7.8	-3.0	0.0	0.0	-3.0	-10.2	-7.2	-239.8
- Zentral eingestellte Budgetkürzung		325.0	0.0	0.0	325.0		-325.0	-100.0
- IKT-Vorhaben		-7.0	0.0	0.0	-7.0		7.0	100.0
- Covid-19-Härtefallprogramm: nicht rückzahlbare Beiträge	2.2	-0.7	0.0	0.0	-0.7	16.0	16.6	2520.3
- Covid-19-Härtefallprogramm: Ausfall von Darlehen	-1.4	-0.2	0.0	0.0	-0.2	-2.2	-2.1	-1300.7
- Covid-19-Härtefallprogramm: Vollzug	-0.5	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.6	-0.1	-22.6
Saldo	-23.4	236.1	0.0	0.0	236.1	-12.0	-248.1	-105.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	29.5	14.0	0.0	0.0	14.0	24.5	10.5	75.0
Ausgaben	-1.1	99.8	0.0	0.0	99.8		-99.8	-100.0
- Covid-19-Härtefallprogramm: Vollzug	0.0	-0.0	0.0	0.0	-0.0		0.0	100.0
Saldo	28.4	113.8	0.0	0.0	113.8	24.5	-89.4	-78.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-248.1		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
80.4	A1	- Der im Budget zentral eingestellte Mehraufwand aus dem Teuerungsausgleich fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
16.6	A2	- Höhere Rückzahlungen und Rückforderungen von nicht rückzahlbaren Beiträgen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm (Aufwandminderung)
7.0	A1	- Der im Budget zentral eingestellte Pauschalbetrag für IKT-Vorhaben fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
0.5	A2	- Höhere Rückverteilung des Bundes aus der CO ₂ -Abgabe
0.2	A2	- Höhere Zinserträge aus Darlehen des Covid-19-Härtefallprogramms
-0.1	A2	- Höhere Kosten Vollzug des Covid-19-Härtefallprogramms
-2.1	A2	- Höherer Ausfall von Darlehen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm
-3.9	A2	- Höhere Auszahlung für Kreditausfallgarantien im Rahmen der Covid-19-Notfallmassnahmen gemäss RRB Nr. 262/2020, Dispositiv I
-7.2	A2	- Höhere Rückstellungsbildung aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich aufgrund Reduktion des technischen Zinssatzes um rund 0.5 Prozentpunkte (3.3 Mio. Franken) sowie abweichender Entwicklung zwischen tatsächlicher und statistischer Lebenserwartung
-14.4	A2	- Weiterleitung von Rückforderungen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm an den Bund (Ertragsminderung)
-325.0	A1	- Die im Budget zentral eingestellte, pauschale Budgetkürzung wird dezentral durch die übrigen Leistungsgruppen kompensiert.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	14.0	24.5	10.5	
- Covid-19-Härtefallprogramm: Darlehen an Private	14.0	24.5	10.5	- Höhere Rückzahlungen Darlehen
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	99.8	0.0	-99.8	
- Zentral eingestellte Verbesserung aufgrund geschätzter Kreditreste	100.0	0.0	-100.0	- Die im Budget zentral eingestellte pauschale Verbesserung wird dezentral realisiert.
- Covid-19-Härtefallprogramm: Darlehen an Private	-0.2	0.0	0.2	
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

4960 Nationaler Finanzausgleich

Aufgaben

A1 Die finanziellen Auswirkungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ausweisen.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
W1	Ressourcenindex, in %	A1	123.1	121.2	121.2	0.0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag		125.4	131.5	0.0	0.0	131.5	131.5	0.0	0.0
- Soziodemografischer Lastenausgleich		125.4	131.5	0.0	0.0	131.5	131.5	0.0	0.0
Aufwand		-622.6	-593.6	0.0	0.0	-593.6	-593.6	0.0	0.0
- Ressourcenausgleich		-610.8	-582.8	0.0	0.0	-582.8	-582.8	0.0	0.0
- Härteausgleich		-11.8	-10.8	0.0	0.0	-10.8	-10.8	0.0	0.0
Saldo		-497.2	-462.2	0.0	0.0	-462.2	-462.2	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben									
Saldo									

4980 Gemeinnütziger Fonds

Der Kantonsrat bewilligte

- 5,0 Mio. Franken zugunsten der Stadt Zürich für das Projekt «Eurovision Song Contest 2025 (ESC 2025)» (Vorlage 5970). Da der ESC 2025 nicht in Zürich stattfindet, wird jedoch keine Auszahlung erfolgen.
- 1,6 Mio. Franken zugunsten des Amtes für Landschaft und Natur für Leistungen im Bereich Naturbildung für die beiden Naturzentren Voliere Zürich und Zürichsee in den Jahren 2024 bis 2028 (Vorlage 5955).

Der Regierungsrat bewilligte

- 2,7 Mio. Franken für 24 allgemeine Beiträge
- 4,0 Mio. Franken für 37 Beiträge für die Ausland- und Inlandhilfe.

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Swisslos Interkantonale Landeslotterie wurden dem Gemeinnützigen Fonds 31,8 Mio. Franken zugewiesen. Dies entspricht 30% des kantonalen Ertragsanteils.

Aufgaben

- A1 Die Mittel des Gemeinnützigen Fonds werden für gemeinnützige Zwecke aller Art grundsätzlich ausserhalb der Bereiche Sport, Kultur und Denkmalpflege verwendet (§ 3 Abs. 1 LFG).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L9 Eingegangene Beitragsgesuche	A1	195	200	191	-9	-4.5
L10 Arbeitsstunden für Beitragsgesuche	A1	2582	2700	2362	-338	-12.5
L11 Vom Kantonsrat beschlossene Beiträge	A1	6	3	2	-1	-33.3
L12 Vom Regierungsrat beschlossene Beiträge	A1	72	80	61	-19	-23.8
L13 Aufwand für bereits beschlossene Beiträge, in Mio. Franken	A1	-109.4	-90.6	-109.7	-19.1	21.1
L14 Aufwand für noch nicht beschlossene Beiträge, in Mio. Franken	A1	0	-29.5	0	29.5	-100.0
L15 Anteil der Beiträge für Vorhaben ausserhalb des Kantons Zürich am Swisslos-Ertragsanteil des Gemeinnützigen Fonds, in %	A1	18	20	18	-2	
B1 Kosten pro Beitragsgesuch, in Fr.	A1	2821	2750	2882	132	4.8

Bemerkungen

- L10 Geringere Anzahl Arbeitsstunden infolge weniger Gesuche (vgl. L9), insbesondere Gesuche für Beiträge über 1 Mio. Franken
- L11 Geringere Anzahl infolge weniger eingegangener und behandlungsreifer Gesuche für Beiträge über 1 Mio. Franken
- L13 R24 ist mit der Summe von B24 von L13 und L14 zu vergleichen, dann ergibt sich eine Abweichung von +10.4 Mio. Franken bzw. 8.7%.
- L14 Der Wert ist in der Rechnung immer null und fliesst in den Rechnungswert L13 ein.
- L15 Der Grenzwert von 20% gemäss § 5 Abs. 2 der Verordnung über den Gemeinnützigen Fonds (LS 612.1) wird um 10.0% bzw. 0.5 Mio. Franken unterschritten.
- B1 Höhere Kosten infolge Abnahme der Gesuche (vgl. L9)

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-175.3	-145.2	-171.5	-26.3	-18.1
Finanzierung	175.3	145.2	171.5	26.3	18.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24plus	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	109.4	118.1	0.0	0.0	118.1	113.7	-4.4	-3.8
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	101.1	88.0	0.0	0.0	88.0	105.9	17.9	20.4
- Entnahme aus Bestandeskonto	8.3	30.1	0.0	0.0	30.1	3.8	-26.3	-87.3
- Kalkulatorischer Zinsertrag								
Aufwand	-109.4	-118.1	0.0	0.0	-118.1	-113.7	4.4	3.8
- Zahlungen an Private und Dritte	-22.7	-50.7	0.0	0.0	-50.7	-32.2	18.5	36.5
- Einlagen in Bestandeskonto								
- Interne Überträge	-86.7	-67.5	0.0	0.0	-67.5	-81.5	-14.0	-20.8
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24plus	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
18.5	A1	- Tiefere Auszahlungen von Beiträgen an Private und Dritte infolge geringerer Auszahlungsbegehren als erwartet und Verzögerungen
17.9	A1	- Höherer Anteil am Ertrag von Swisslos infolge guten Ergebnisses im Geschäftsjahr 2023
4.0	A1	- Ausserordentlicher Liquidationserlös Sport-Toto-Gesellschaft (Überweisung im Berichtsjahr an Sportfonds)
-14.1	A1	- Höhere Überträge an Leistungsgruppen infolge höherer Erträge von Swisslos (-12.5) und Überweisung Liquidationserlös Sport-Toto-Gesellschaft an den Sportfonds (-4.0) sowie tiefere Auszahlungen (+2.4) infolge geringerer Auszahlungsbegehren als erwartet
-26.3	A1	- Geringere Entnahme aus dem Fondsbestand als geplant aufgrund der übrigen Entwicklungen
0.0		- Übrige Abweichungen

05

Volkswirtschafts- direktion

Überblick	128
Legislaturziele	130
Verkehr (Politikbereich 6)	130
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	130
Finanzierung	131
Übersicht	131
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	131
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	131
Personal- und Lohnstatistik	131
Beschäftigungsumfang	131
Lohnaufwand	131
Anstellungsverhältnisse	132
Parlamentarische Vorstösse	132
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	132
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	132
Leistungsgruppen	134
5000 Generalsekretariat	134
5205 Amt für Mobilität	136
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	139
5301 Amt für Wirtschaft	140
5302 Amt für Arbeit	144
5920 Verkehrsfonds	146
5921 Flughafenfonds	148
5925 Strassenfonds	149

Überblick

Die Volkswirtschaftsdirektion setzt sich für attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Unternehmen und Mitarbeitende ein. Stellensuchende werden von der Volkswirtschaftsdirektion unterstützt und befähigt. Die Direktion ermöglicht eine vielfältige, vernetzte und zukunftsorientierte Mobilität im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich. Ziele sind hohe Standortqualität, attraktive Arbeitsplätze und damit Wohlstand für alle.

Agglomerationsprogramme: Die fünfte Generation liegt vor

Agglomerationsprogramme stellen sicher, dass die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung wirkungsvoll aufeinander abgestimmt werden. Gleichzeitig bilden sie die Voraussetzung für die finanzielle Beteiligung des Bundes an Verkehrsinfrastrukturprojekten. Im Sommer fand das Mitwirkungsverfahren für die Zürcher Agglomerationsprogramme der fünften Generation statt. Die Programme wurden danach überarbeitet. Zum Ende des Berichtsjahres lagen die Programme in beschlussreifer Fassung für die Einreichung beim Bund im Frühjahr 2025 vor. Sie umfassen Verkehrsvorhaben mit Baubeginn von 2028 bis 2032 in einem Gesamtvolumen von rund 1,2 Mrd. Franken.

Automatisiertes Fahren: Pilotprojekt im Furttal gestartet

Im Bereich des automatisierten Fahrens wurden grosse technologische Fortschritte erzielt. Der Bund hat reagiert und setzt auf den 1. März 2025 eine neue Verordnung in Kraft, mit der er das automatisierte Fahren regelt. Die Verordnung delegiert verschiedene Aufgaben an die Kantone. Der Kanton Zürich hat daher das Gremium «Allianz automatisiertes Fahren (ALAUFG)» geschaffen. Dieses Gremium ermöglicht den Austausch mit anderen Kantonen, mit Städten und Gemeinden zu allen Fragen rund um die neue Technologie und die notwendigen Bewilligungsverfahren. Gleichzeitig hat der Kanton gemeinsam mit den SBB ein Pilotprojekt lanciert. Der Regierungsrat hat dazu eine Anschubfinanzierung von 3,8 Mio. Franken bewilligt. Der Fokus des Projekts liegt auf der Weiterentwicklung des lokalen Angebots des öffentlichen Verkehrs durch den Einsatz selbstfahrender Fahrzeuge.

Güterverkehr: Umschlagflächen unter Druck

Die Koordinationsstelle Güterverkehr und Logistik setzt sich insbesondere für die Erhaltung und Entwicklung von Logistikflächen mit Schienenanschluss ein. Diese sind für die sichere Versorgung von Bevölkerung und Gewerbe unentbehrlich. Gerade Logistikflächen in Schienennähe oder in Gebieten mit hohem Bevölkerungswachstum stehen in Konkurrenz zu anderen Nutzungen wie dem Ausbau von Anlagen des Personenverkehrs oder der Transformation von Arealen in Wohnanlagen. Während sich Letztere auf präzise quantifizierte Prognosen stützen können, fehlen entsprechende Abschätzungen zu vielen Güterumschlaganlagen mit Schienenbezug. Um dem zu begegnen, wird zum einen der Dialog mit den privaten Eigentümerschaften und Betreibern dieser Anlagen gesucht, um deren Perspektiven besser zu quantifizieren. Zum anderen sollen solche Anlagen grundeigentümergebunden und damit langfristig gesichert werden können.

Revision PBG Baulinien: Vernehmlassung ging in den Kantonsrat

Das Planungs- und Baugesetz soll im Bereich der Baulinien und des Strassenabstandes angepasst werden. Dadurch sollen bestehende Unklarheiten bereinigt und die Rechts- sowie Planungssicherheit verbessert werden. Insbesondere soll mehr Klarheit geschaffen werden bei den Nutzungsmöglichkeiten durch vorspringende Gebäudeteile wie Balkone oder Erker im Baulinienbereich. Zudem soll neu die Möglichkeit geschaffen werden, Baulinien, die in einem Quartierplanverfahren festgesetzt worden sind, im ordentlichen Verfahren anzupassen.

Werkzeugkasten Elektromobilität: Inspiration und Information

Die energie- und klimapolitischen Ziele des Kantons erfordern eine nahezu vollständige Dekarbonisierung des Strassenverkehrs bis 2040, spätestens bis 2050. Mit dem neu lancierten Werkzeugkasten Elektromobilität unterstützt der Kanton die Gemeinden bei der Förderung der Elektromobilität. Der Werkzeugkasten umfasst Handlungsempfehlungen und inspiriert durch zahlreiche gute Beispiele.

A1 Umfahrung Winterthur: Engpassbeseitigung und Stadtreparatur

Der Abschnitt der A1 zwischen dem Anschluss Winterthur-Töss und der Verzweigung Winterthur Ost ist chronisch überlastet. Der Bund plant den Ausbau dieses Abschnitts im Rahmen der Engpassbeseitigung. Das erste Projekt sah die Ergänzung von Fahrspuren entlang der heutigen Linienführung vor. Es wurde 2021 sistiert, um dem Masterplan Winterthur Süd und damit der städtebaulichen Entwicklung des Stadtteils Töss und dem Gewässerschutz Rechnung zu tragen. Nachdem der Bund, der Kanton und die Stadt Winterthur Anfang des Berichtsjahres eine Vereinbarung getroffen hatten, wurden die Projektierungsarbeiten zum Ausbau der A1 wieder aufgenommen. Der bisherigen Variante im Abschnitt Töss wird nun eine Variante mit einem Tunnel Ebnet gegenübergestellt. Die Verlegung der Nationalstrasse ist Voraussetzung für die Umsetzung des Masterplans Winterthur Süd.

GEHsundZH: Ein neues Angebot für Gemeinden

Der Kanton hat das Programm GEHsundZH ins Leben gerufen. Es richtet sich an Gemeinden, welche die Bedürfnisse von Fussgängerinnen und Fussgängern bei der Verkehrs- und Infrastrukturplanung stärker in den Fokus nehmen möchten. Teilnehmende Gemeinden profitieren von einer detaillierten Analyse, die aufzeigt, wo sie in Bezug auf den Fussverkehr stehen und in welchen Handlungsfeldern Verbesserungen möglich sind.

«ZÄME UFS VELO» machte das Velo in all seinen Facetten erlebbar

Um die breite Bevölkerung für die Rad- und Para-Cycling Weltmeisterschaften 2024 einzustimmen, fand die Veranstaltungsreihe «ZÄME UFS VELO» statt. Die Fachstelle Veloverkehr hat die Aktion mit einem eigenen Programm unterstützt. Neben einem interaktiven Informationsstand wurde die Velo-

und Verkehrskompetenz von Erwachsenen erhöht, die Kenntnisse der Verkehrsregeln aufgefrischt und das Miteinander im Strassenverkehr gefördert. Das Programm wurde durch E-Bike-Fahrkurse in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei abgerundet.

Kanton schafft Voraussetzungen, um führender KI-Standort zu sein

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie, die immer tiefer in unsere Lebensbereiche eindringt und die meisten Branchen transformiert. Dadurch eröffnen sich für den Wirtschaftsstandort Zürich grosse Chancen. Der Kanton Zürich hat mit mehreren Massnahmen die Voraussetzungen geschaffen, um national und international ein führender KI-Standort zu sein. Mit einer KI-Sandbox hat die Standortförderung eine Testumgebung eingerichtet, in der Unternehmen, Organisationen und Verwaltung KI-Vorhaben und Expertise im Bereich KI-Einsatz entwickeln. Mit regelmässig wiederkehrenden Veranstaltungen wird die Bevölkerung für das Thema sensibilisiert und damit die soziale Akzeptanz der neuen Technologie verbessert. Ein wesentlicher Akteur im Bereich KI-Forschung ist das ETH AI Center, mit dem der Kanton zusammenarbeitet.

Anpassung der Wohnbauförderung an aktuelle Bedürfnisse

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion schlägt der Regierungsrat Anpassungen bei der Wohnbauförderungsverordnung vor. Mit der vorgeschlagenen Teilrevision wird den veränderten Rahmenbedingungen und dem verstärkten Bedürfnis nach ressourcenschonendem Bauen Rechnung getragen. Zudem soll es auch kinderlosen Paaren mit geringem Einkommen und Vermögen ermöglicht werden, von subventionierten Wohnungen zu profitieren.

Breit angelegte Kontrolle in Nagelstudios durchgeführt

Nagelstudios sind im Berichtsjahr vermehrt in den Fokus der Arbeitsmarktbeobachtung gerückt, da in vielen Betrieben vermehrt Verstösse bei den Löhnen, der Arbeitszeit und der Schwarzarbeit festgestellt worden sind. Das Amt für Wirtschaft hat im Juli in einer breit angelegten Kontrolle 43 Nagelstudios im Kanton überprüft. Kontrolliert wurden kleinere Betriebe mit bis zu fünf Angestellten und mittlere Betriebe mit bis zu 20 Angestellten. In 28 Fällen wurden mutmassliche Verstösse gegen den orts-, berufs- und branchenüblichen Lohn aufgedeckt. In 15 Fällen wurde ein Verdacht auf Schwarzarbeit festgestellt.

Frauenanteil in den technologiebezogenen Berufen erhöhen

Der Frauenanteil in den MINT-Berufen, insbesondere in der ICT-Branche, ist sowohl im Kanton als auch landesweit tief. Vor dem Hintergrund eines sich weiter akzentuierenden Fachkräftemangels ist es unabdingbar, mehr Frauen in dieses Berufsfeld zu bringen. Mit der Initiative «More Women in Tech» wird gemeinsam mit externen Partnerorganisationen das Ziel verfolgt, insbesondere die Berufe im ICT-Bereich auch dem weiblichen Zielpublikum näherzubringen. Denn wie eine von der Initiative in Auftrag gegebene Studie zeigt, haftet diesen Berufen noch immer ein falsches Image an. Gestützt auf die Studie stellt die Initiative den involvierten Akteurinnen und Akteuren eine Toolbox zur Verfügung. Diese

bietet Massnahmen, mit denen die Wahrnehmung der Berufe korrigiert werden kann.

Das Amt für Arbeit stellt sich neu auf

Das Amt für Arbeit hat sich in seiner neu erarbeiteten Strategie 2025–2030 zum Ziel gesetzt, seine Dienstleistungen an die geänderten Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden anzupassen. Die Digitalisierung wird weiter vorangetrieben. Bereits heute erfolgen 85% der Anmeldungen digital mit steigender Tendenz. Zudem wird das Amt seine Standorte über die kommenden Jahre von heute 16 auf fünf bis sieben reduzieren.

Arbeitsintegration der Geflüchteten aus der Ukraine schreitet voran

Das Amt für Wirtschaft stellte im Berichtsjahr rund 3100 Arbeitsbewilligungen für Personen mit Schutzstatus S aus. Die Erwerbsbeteiligung der Personen mit Schutzstatus S konnte laufend erhöht werden. Sie betrug Ende November rund 35%. Das Amt für Arbeit und die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren haben ihre Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten der Gemeinden weiter vertieft. Ausserdem nahm das Amt im Juni an der ersten nationalen Impulstagung zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten teil.

Gegenvorschlag zur ÖV-Initiative

Die Volksinitiative «ÖV-Initiative» verlangt, dass bei Temporeduktionen die zuständigen Gemeinden die daraus entstehenden Mehrkosten zur Aufrechterhaltung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs tragen. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat, die Initiative abzulehnen, und stellte ihr einen Gegenvorschlag gegenüber. Dieser nimmt das Anliegen der Volksinitiative auf, bei Temporeduktionen aus Lärmschutzgründen die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu erhalten. Jedoch sollen nicht nur allfällige Mehrkosten an die Gemeinden übertragen werden, sondern primär Verlustzeiten für den öffentlichen Verkehr, wenn immer möglich kompensiert werden. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt hat auf der Grundlage des Gegenvorschlags des Regierungsrates einen eigenen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser wird im Kantonsrat beraten.

Flexible Arbeitswelt im Fokus

Die Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug und Zürich befasste sich mit dem Thema Beschäftigung und Stellensuche in einer flexiblen Arbeitswelt. Eine Arbeitsform, die in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, ist die Mehrfachbeschäftigung. Solche Beschäftigungsformen machen die Fallbearbeitung und Beratung durch die regionale Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenstellen anspruchsvoller. Individuellere und flexiblere Beratung und Angebote gepaart mit dem Einsatz neuer Technologien können hier unterstützen. Die Strategie des Amtes für Arbeit 2025–2030 und die Strategie der öffentlichen Arbeitsvermittlung 2030 des Staatssekretariats für Wirtschaft nehmen diese neuen Aspekte der Beratung auf.

Kauf von ZVV-Tickets per Telefon

Seit März des Berichtsjahres können Fahrgäste ihr Ticket oder Abonnement für den öffentlichen Verkehr per Telefon beim Kundendienst ZVV-Contact kaufen und mit sofortiger Verfügbarkeit auf den SwissPass laden lassen. Damit können auch Menschen ohne Smartphone bequem von zu Hause aus ihr Ticket lösen. Ein Gang zum Schalter oder Ticketautomat

ten erübrigt sich. Das neue Angebot ist auch eine Alternative für Fahrgäste, die ihr Ticket bisher in Regionalbussen beim Fahrpersonal gekauft haben. Diese Möglichkeit wurde Ende des Berichtsjahres abgelöst, weil die Verkaufsgeräte im Fahrzeug das Ende ihrer Lebensdauer erreicht hatten und ein Ersatz aufgrund der geringen Nachfrage wirtschaftlich nicht vertretbar gewesen wäre. Der Kantonsrat hatte diesem Schritt im Rahmen der ZVV-Strategie 2024–2027 zugestimmt. Eine weitere Alternative zum Verkauf beim Fahrpersonal stellen die beliebten Mehrfahrtenkarten zum Abstempeln dar, an denen der ZVV weiter festhält.

Elektrifizierung Linie 5 Winterthur

Der öffentliche Verkehr soll noch klima- und umweltfreundlicher werden. Ziel der Dekarbonisierungsstrategie des ZVV ist ein CO₂-freier Busbetrieb bis 2040. Aus diesem Grund werden die verbleibenden Dieselsebusse schrittweise durch Elektrobusse ersetzt. Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember wird die Linie 5 als vierte Winterthurer Buslinie mit Trolleybussen bedient. Die Vorbereitungen zur Elektrifizierung der

Linie 7 schreiten ebenfalls voran und sollen rechtzeitig zum Fahrplanwechsel im Dezember 2026 abgeschlossen sein. Für die Elektrifizierung der Linien 5 und 7 in Winterthur wurde ein Staatsbeitrag von rund 2 Mio. Franken aus dem Verkehrsfonds (LG 5920) zugesichert.

ÖV-Ersatzfahrdienst für Menschen mit Behinderung

Im Berichtsjahr hat der ÖV-Ersatzfahrdienst für Menschen im Rollstuhl den Betrieb aufgenommen. Mit einem Shuttledienst werden nicht stufenfreie Abschnitte einer Reise im öffentlichen Verkehr überbrückt. Hintergrund für den vierjährigen, vom ZVV koordinierten Pilotbetrieb ist, dass seit 1. Januar Menschen mit Behinderung laut dem Behindertengleichstellungsgesetz den öffentlichen Verkehr selbstständig nutzen können müssen. Im Kanton sind die Fahrzeuge und das Rollmaterial praktisch vollständig niederflurig. Allerdings gibt es noch Haltestellen, die kein hindernisfreies Ein- und Aussteigen zulassen. In diesen Fällen muss eine Ersatzlösung angeboten werden. Das Angebot funktioniert grundsätzlich gut, die Nachfrage war im ersten Betriebsjahr aber gering.

Legislaturziele

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 6	Die steigende Mobilität von Personen und Gütern unter Ausschöpfung von Technologiepotenzialen effizient und umweltgerecht bewältigen.		
RRZ 6a	Die Erstellung von regionalen Gesamtverkehrskonzepten vorantreiben sowie Agglomerationsprogramme der fünften Generation erarbeiten und beim Bund einreichen.	5205	2027
RRZ 6b	Umschlagstandorte für den Güterverkehr im kantonalen Richtplan festsetzen, die Aufnahme in die regionalen Richtpläne vorantreiben und auf entsprechende Anpassungen der Nutzungsplanungen hinwirken.	5205	2027
RRZ 6c	Eine nachhaltigere Mobilität bei Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen mittels Mobilitätsberatungen fördern.	5205	2027
RRZ 6d	Die Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs konsequent weiterverfolgen.	5920	2027
RRZ 6e	Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben.	5920	2027

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 8	Den Innovationsstandort stärken durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.		
RRZ 8a	Die Zürcher Innovation-Hubs beim Auf- und Ausbau unterstützen.	5301	2027
RRZ 8b	Einen geschützten Raum zur gemeinschaftlichen Entwicklung von Innovationen mit Fokus auf neue Technologien und Regulierungen schaffen.	5301	2027
RRZ 8c	Das digitale Angebot der kantonalen Leistungen für Unternehmen weiterentwickeln.	5301	2027
RRZ 8d	Die Ergebnisse eines Standortmonitorings zusammen mit Massnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität in einem jährlichen Standortentwicklungsbericht veröffentlichen.	5301	2027
RRZ 8e	Den Dialog und die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung fördern.	5301	2027
RRZ 8f	Den Stiftungsstandort Kanton Zürich mit gezielten Massnahmen stärken.	5301	2027
RRZ 8g	Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen.	5301	2027
		5302	2027

Finanzierung

Übersicht

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	921.6	869.5	0.0	0.0	869.5	885.8	16.3	1.9
Aufwand	-1227.9	-1305.6	0.0	-3.6	-1309.2	-1274.8	34.5	2.6
Saldo	-306.3	-436.1	0.0	-3.6	-439.7	-388.9	50.8	11.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	14.4	13.6	0.0	0.0	13.6	53.3	39.7	292.2
Ausgaben	-66.1	-122.3	-10.4	-32.8	-165.4	-118.6	46.8	28.3
Saldo	-51.8	-108.7	-10.4	-32.8	-151.9	-65.3	86.5	57.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
50.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
15.8	5925	- Wertzunahme der bebauten und unbebauten Liegenschaften des Strassenfonds im Berichtsjahr hauptsächlich aufgrund von Anpassungen der im Vorjahr durchgeführten Neubewertung (14.4 Mio. Franken)
11.8	5925	- Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt (LG 8400), insbesondere infolge geringerer Kosten im Bereich Strassen
9.8	5210	- Höhere Verkehrseinnahmen sowie geringere Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen führen zu einem um 9.8 Mio. Franken tieferen Staatsbeitrag (bessere Kostenunterdeckung beim Zürcher Verkehrsverbund [ZVV] von 19.6 Mio. Franken).
9.5	5925	- Höherer Ertrag aus der Motorfahrzeugsteuer, Übertrag vom Strassenverkehrsamt (LG 3200)
3.3	5925	- Höherer Anteil an der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)
0.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R24	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-118.6			
- Wohnbauförderungsdarlehen	-55.4			
- Beiträge an Innovationspark Vorlage 5819 (KRB 28.11.2022)	-9.0	-54.5	-9.0	-45.5
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773), Total berechnet zum Baupreisindex vom Oktober 2020	-7.0	-80.6	-78.7	-1.9
- SBW: Elektrifizierung Linien 5 & 7 (Vorlage 5777)	-6.0	-19.8	-7.0	-12.8
- Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden (Agglomerationsprogramme)	-4.0			
- VBZ: Elektrifizierung Linie 69 (Vorlage 5862)	-2.4	-48.0	-2.4	-45.6
- Tramverbindung Hardbrücke	-2.4	-86.2	-66.9	-19.4
- Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten Industrie (RRB Nr. 1251/2020; Planungsmittel)	-2.2	-19.0	-11.7	-7.4
- Tram Affoltern (RRB Nr. 606/2020; Planungsmittel)	-1.6	-18.0	-8.8	-9.2
- Übrige	-1.1			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	739.9	886.5	828.4	-58.0	-6.5

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
5000 Generalsekretariat	3705	6932	7771	839	12.1
5205 Amt für Mobilität	8065	9524	8716	-808	-8.5
5301 Amt für Wirtschaft		12572	11954	-618	-4.9
5302 Amt für Arbeit		69374	65107	-4267	-6.2
Total	11770	98402	93548		

Bemerkungen

Allg. Die Leistungsgruppen Nrn. 5301, Amt für Wirtschaft, und 5302, Amt für Arbeit, wurden in R23 noch unter der Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit, geführt.

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2024)

		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
5000	Generalsekretariat	64	39	25	43	21
5205	Amt für Mobilität	73	29	44	44	29
5301	Amt für Wirtschaft	115	59	56	68	47
5302	Amt für Arbeit	670	399	271	507	163
	Total	922	526	396	662	260

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
272/2020	Zürich Tourismus – Nachhaltiger Tourismus: Konzept und Massnahmen (Postulat Cristina Cortellini, Dietlikon, und Harry Robert Brandenberger, Gossau)	Vorlage 272a/2020 vom 20.03.2024	28.03.2022
364/2020	Sicheres und effizientes Velofahren dank Behebung der 1200 Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur (Motion Sonja Gehrig, Urdorf, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 364c/2020 vom 21.08.2024	28.03.2022
365/2020	Sicheres Velofahren dank systematischer Überprüfung und Abgleichung von Strassenprojekten mit dem kantonalen Velonetzplan zur Behebung von Schwachstellen (Motion Sonja Gehrig, Urdorf, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 365c/2020 vom 21.08.2024	28.03.2022
458/2020	Verbesserung der Rechtsstellung von Care-Migrantinnen (Motion Nathalie Aeschbacher, Zürich, Claudia Frei-Wyssen, Uster, und Davide Loss, Thalwil)	Vorlage 458a/2020 vom 27.03.2024	28.03.2022
61/2021	Thesaurierender Fonds für Uferwege (Motion Tobias Mani, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 61a/2021 vom 21.08.2024	29.08.2022
62/2021	Thesaurierender Fonds für Radwege (Motion Tobias Mani, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 62a/2021 vom 21.08.2024	29.08.2022
281/2021	Fussgänger- und velofreundliche Lichtsignalsteuerung (Postulat Felix Hösch, Zürich, Thomas Schweizer, Hedingen, und Thomas Wirth, Hombrechtikon)	Vorlage 281a/2021 vom 10.07.2024	29.08.2022
88/2022	ZVV-Grundversorgung in Randstunden und am Wochenende (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 88a/2022 vom 13.11.2024	21.11.2022
	– «ÖV-Initiative» Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr, Änderung, Gegenvorschlag zur «ÖV-Initiative»	Vorlage 5948 vom 13.03.2024	23.01.2023
	– Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich (Bericht und Antrag mit Gegenvorschlag); (Volksinitiative)	Vorlage 5969 vom 26.06.2024	23.08.2023
	– Kantonale Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative»)	Vorlage 5994 vom 27.11.2024	07.11.2023
	– Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier (Mobilitätsinitiative); (Volksinitiative)	Vorlage 5947 vom 13.03.2024	12.12.2023
	– Kantonale Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)»	Vorlage 5987 vom 23.10.2024	20.02.2024
	– Kantonale Volksinitiative «Flughafen-Nachtruhe-Initiative»	Vorlage 5996 vom 11.12.2024	15.04.2024
	– Kantonale Volksinitiative «Starthilfe für Junge und Familien (Starthilfe-Initiative)»	Vorlage 5995 vom 27.11.2024	16.04.2024
	– Kantonale Volksinitiative «Wohneigentum wieder ermöglichen (Wohneigentums-Initiative)»	Vorlage 5993 vom 27.11.2024	18.04.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
424/2021	Anpassung der Wohnbauförderungsverordnung zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Zürich (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	21.11.2022
176/2022	Personenschiffahrt auf CO ₂ -freien Antrieb umrüsten (Postulat Thomas Schweizer Hedingen, Daniel Heierli, Zürich, und Thomas Forrer, Erlenbach)	06.02.2023
35/2023	Schienengebundene Verbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Mitunterzeichnende)	26.06.2023
473/2022	Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur – Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur (Postulat Susanna Lisibach, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	28.08.2023

338/2023	Ausbau der Mountainbike-Infrastruktur im Kanton Zürich (Postulat Andrew Katumba, Zürich, und Mitunterzeichnende)	05.02.2024
366/2023	Bundesrechtswidrige Bestimmung im Strassengesetz anpassen (Motion Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt)	26.02.2024
34/2023	Viertelstundentakt Zürich – Affoltern am Albis – Zug (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	25.03.2024
482/2022	Reduktion der Tarifzonen im Weinland auf 3 Zonen und Einführung eines «Weinlandtickets» (Postulat Sibylle Jüttner, Andelfingen, Konrad Langhart, Stammheim, und Paul Mayer, Marthalen)	25.03.2024

5000 Generalsekretariat

Im Berichtsjahr kamen zwei Geschäfte der Volkswirtschaftsdirektion an die Urne. Mit klarem Mehr wurde die Vertretung des Kantons im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG ermächtigt, der Einreichung des Plangenehmigungsgesuchs für die Verlängerung der beiden Pisten 28 und 32 zuzustimmen, abgelehnt wurde die Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung». Im Berichtsjahr unterstützte das Generalsekretariat die Direktionsvorsteherin bei den Anträgen im Regierungsrat im Rahmen von fünf Volksinitiativen zur Wohnbaupolitik.

Im Weiteren wurden im Zuge der Reorganisation des Amtes für Wirtschaft und Arbeit die Querschnittbereiche Human Resources und Organisationsmanagement per 1. Januar für die ganze Direktion im Generalsekretariat zentralisiert und zusammen mit der Abteilung Digitalisierung, Informatik und Logistik zum Kompetenzzentrum für Digitale Transformation und Organisation in der Volkswirtschaftsdirektion.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin
- A2 Rechtswesen (juristische Unterstützung der Direktionsvorsteherin und der Verwaltungseinheiten der VD; Rechtspflege sowie Führung von Rechtsmittelverfahren) und Aufsicht in den Bereichen Gastgewerbe, Ruhetage und Ladenöffnungszeiten
- A3 Führungsunterstützung für die Volkswirtschaftsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen HR und Digitale Transformation

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	In der GEKO erfasste Direktionsgeschäfte, ohne RR-Anträge	A1	554	700	615	-85	-12.1
L2	RR-Anträge der VD	A1	140	110	121	11	10.0
L3	Erledigte Rekurse	A2	47	50	55	5	10.0
W1	Anteil Rekurse, die innerhalb von 5 Monaten erledigt sind, in %	A2	53	50	76	26	

Bemerkungen

- L1 Die Zahl der Direktionsgeschäfte wird durch externe Faktoren bestimmt.
- L2 Nur leichte Abweichung vom Budget. Die Zahl ist weitgehend exogen gesteuert.
- W1 Es standen mehr Personalressourcen zur Verfügung und einige Verfahren konnten aus formellen Gründen erledigt werden.

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	23.5	50.0	52.8	2.8	5.5

Bemerkungen R24 zu B24

- 2.8 Leicht höherer Beschäftigungsumfang aufgrund von RRB Nr. 914/2023 betreffend Digitalisierung und digitale Transformation, Stellenpläne. Die durch den Regierungsrat genehmigten Stellen wurden zentral in der Finanzdirektion budgetiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.9	6.0	0.0	0.0	6.0	4.7	-1.3	-21.6
Aufwand	-6.0	-13.1	0.0	0.0	-13.1	-12.1	1.0	7.7
Saldo	-5.1	-7.1	0.0	0.0	-7.1	-7.4	-0.3	-3.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben						-0.0	-0.0	0.0
Saldo						-0.0	-0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-0.3	A3	- Mehraufwand aufgrund von RRB Nr. 914/2023 betreffend Digitalisierung und digitale Transformation, Stellenpläne. Das Budget für das Berichtsjahr wurde zentral in der Finanzdirektion eingestellt (LG 4950).
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023
 plus Bildung 2023
 -61 774

Verwendung
 2024
 14 514

Antrag Bildung 2024
 (verbucht 2025)
 0

Bestand 31.12.2024
 plus Bildung 2024
 -47 260

Veränderung Bestand
 14 514

5205 Amt für Mobilität

Das Zürcher Gesamtverkehrsmodell wurde komplett überarbeitet. Das Modell dient dazu, die heutigen und die prognostizierten Verkehrsströme für verschiedene Verkehrsmittel wie Autos, Lastwagen, Velos und den öffentlichen Verkehr abzubilden. Mit dem Modell steht dem Kanton ein modernes Werkzeug für eine zukunftsgerichtete Verkehrsplanung zur Verfügung.

Im Berichtsjahr fand die Vernehmlassung zu den Agglomerationsprogrammen der fünften Generation bei den betroffenen Gemeinden und Städten statt. Die Programme wurden danach überarbeitet. Ende des Berichtsjahres lagen sie in

beschlussreifer Fassung vor. Die Programme sollen zu einer effizienten, umwelt- und siedlungsverträglichen Verkehrsinfrastruktur beitragen und bilden die Voraussetzung für eine Mitfinanzierung durch den Bund.

Das neue Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG) trat am 1. Januar in Kraft. Damit wird das Taxi- und Limousinenwesen im ganzen Kanton einheitlich geregelt. Die dafür neu geschaffene Fachstelle Gewerbsmässige Personenbeförderung stellte im Berichtsjahr 1598 Taxifahrzeugbewilligungen und 1618 Taxiausweise aus.

Aufgaben

- A1 Planungen von öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr, Fuss- und Veloverkehr sowie Güterverkehr miteinander und mit der gewünschten Raumentwicklung abstimmen, z.B. im Rahmen der Agglomerationsprogramme und regionalen Gesamtverkehrskonzepte
- A2 Beobachten, prognostizieren und lenken von Verkehrsnachfrage und Verkehrsverhalten
- A3 Veloförderprogramm 2 umsetzen und das Umsetzungscontrolling Velonetzplan durchführen
- A5 Durchsetzen der hoheitlichen Verantwortung gemäss Strassengesetz bezüglich der Städte Zürich und Winterthur
- A6 Entscheidungsgrundlagen für Interessenausgleich am Flughafen Zürich zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Gesamtverkehrsplanungen	A1	2	1	1	0	0.0
L13	Bearbeitete Agglomerationsprogramme	A1	5	6	6	0	0.0
L2	Beantwortete Anfragen bezüglich Verkehrsgrundlagen	A2	65	35	135	100	285.7
L3	Informationskampagnen und Veranstaltungen im Rahmen des Veloförderprogramms (Zielwert)	A3	1	1	1	0	0.0
L6	Vom Regierungsrat beurteilte Projekte zu Strassen von überkommunaler Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur	A5	24	17	17	0	0.0
L9	Geprüfte Gesuche im Rahmen des Förderprogramms Wohnqualität Flughafenregion	A6	15	50	16	-34	-68.0
L10	Bearbeitete Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht	A6	295	250	256	6	2.4
L11	Anzahl überwachte Flüge während des bewilligungsfreien Verspätungsabbaus von 23.00 bis 23.30 Uhr (Zielwert)	A6	3209	2000	3018	1018	50.9
L12	Anzahl überwachte Flüge während des Nachtflugverbots von 23.30 bis 06.00 Uhr (Zielwert)	A6	295	200	388	188	94.0
B2	Aufwand pro Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht, Jahresdurchschnitt in Std.	A6	6.5	8.4	7.3	-1.1	-13.1
W1	Anteil des öffentlichen Verkehrs am Verkehrsaufkommen öffentlicher Verkehr und motorisierter Individualverkehr im Kanton Zürich, Basis: Wege, in %	A1	31.9	35.3	32	-3.3	
W2	Anteil Veloverkehr am Gesamtverkehr der Zürcher Bevölkerung, Basis: Wegetappen, in %	A1, A3	6.3	9	6.3	-2.7	

Bemerkungen

- L2 Deutlich höhere Nachfrage nach Daten und Informationen zum neuen Gesamtverkehrsmodell (GVM-ZH19), auch infolge gezielter Promotion
- L9 Trotz Informationskampagne im Dezember 2023 ist die Anzahl eingegangener Gesuche im Berichtsjahr gering geblieben.
- L11, L12 Verspätungen im gesamten Flugsystem führten zu einer Überschreitung des budgetierten Indikatorwerts. Massnahmen der Systempartner sind eingeleitet worden (SIL 3).
- W1 Die Wirkungen wurden noch nicht in gewünschtem Mass entfaltet. R24 beruht auf der Hochrechnung aus dem neuen GVM-ZH2, 2019 und 2040 (Referenzprognose).
- W2 B24 resultiert aus politischen Vorgaben bzw. Zielsetzungen und basiert auf optimistischen Annahmen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 6a Die Erstellung von regionalen Gesamtverkehrskonzepten vorantreiben sowie Agglomerationsprogramme der fünften Generation erarbeiten und beim Bund einreichen.

Die Agglomerationsprogramme der 5. Generation wurden erarbeitet und im November den Gemeinden, Planungsregionen, Transportunternehmen und Dritten zum Beschluss vorgelegt.

Planmässig 2027

Die im Zeitraum 2019 bis 2024 verabschiedeten, regionalen Gesamtverkehrskonzepte (Winterthur und Umgebung, Zimmerberg, Unterland plus, Pfannenstil und Weinland) befinden sich in der Umsetzung.

RRZ 6b Umschlagstandorte für den Güterverkehr im kantonalen Richtplan festsetzen, die Aufnahme in die regionalen Richtpläne vorantreiben und auf entsprechende Anpassungen der Nutzungsplanungen hinwirken.

Die behördenverbindliche Sicherung der relevanten Güterumschlaganlagen zwischen Schiene und Strasse von kantonalen Bedeutung sowie in den Gebieten mit prognostiziertem grossem Bevölkerungswachstum ist Bestandteil der Teilrevision 2022 des kantonalen Richtplans. Diese wurde vom 1. Dezember 2023 bis zum 15. März des Berichtsjahres öffentlich aufgelegt.

Planmässig 2027

RRZ 6c Eine nachhaltigere Mobilität bei Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen mittels Mobilitätsberatungen fördern.

Mit der neu lancierten Geschäftsstelle Impuls Mobilität und dem neu im Internet aufgeschalteten Werkzeugkasten Elektromobilität liegen sehr gute Grundlagen für die Förderung der Mobilitätsberatung vor. Diese wurden auch entsprechend genutzt.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
57.1	69.6	63.3	-6.3	-9.0

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Geringerer Beschäftigungsumfang infolge Verschiebung von 1.5 Stellen an das Generalsekretariat (LG 5000). Ferner werden die befristeten Stellen im Bereich der gewerbsmässigen Personenbeförderung nur bei Bedarf besetzt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	155.4	168.1	0.0	0.0	168.1	164.2	-3.8	-2.3
- Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	151.2	162.6	0.0	0.0	162.6	159.9	-2.8	-1.7
Aufwand	-163.1	-179.6	0.0	0.0	-179.6	-173.9	5.7	3.2
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-115.9	-120.8	0.0	0.0	-120.8	-120.1	0.7	0.6
- Abschreibungen	-23.6	-28.5	0.0	0.0	-28.5	-28.2	0.3	1.0
Saldo	-7.7	-11.6	0.0	0.0	-11.6	-9.7	1.9	16.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	8.4	1.0	0.0	0.0	1.0	12.6	11.6	1157.2
Ausgaben	-47.7	-66.7	0.0	0.0	-66.7	-66.6	0.1	0.2
Saldo	-39.3	-65.7	0.0	0.0	-65.7	-54.0	11.7	17.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

1.9 Abweichungen total R24 zu B24^{plus}

1.0 A1, A2, A3, A5, A6 - Geringerer Personalaufwand, siehe dazu Begründung zum Beschäftigungsumfang

0.7 A5 - Geringere Unterhaltspauschalen an die Städte Zürich und Winterthur infolge tieferer Faktoren gemäss RRB Nr. 1364/2023. Die Reservestellungen der Städte Zürich und Winterthur für die Unterhaltspauschalen gemäss § 47 des Strassengesetzes (StrG, LS 722.1) betragen per Ende des Berichtsjahres gemäss Schätzung rund -5.5 Mio. Franken.

0.2 - Übrige Abweichungen

Volkswirtschaftsdirektion

Leistungsgruppe 5205

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	1.0	12.6	11.6	
- Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden (Agglomerationsprogramme)	1.0	4.0	3.0	- Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge des Bundes an Gemeinden
- Beiträge des Bundes aus Agglomerationsprogrammen betreffend die Städte Zürich und Winterthur	0.0	6.9	6.9	- Nicht budgetierbare Beiträge des Bundes für Agglomerationsprogramme
- Beiträge des Bundes für Lärmschutz	0.0	1.7	1.7	- Nicht budgetierbare Beiträge des Bundes für Lärmschutz
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	
Ausgaben total	-66.7	-66.6	0.1	
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773), Total berechnet zum Baupreisindex vom Oktober 2020	-7.0	-7.0	0.0	
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-58.3	-55.4	2.9	- Geringere Baupauschalen an die Städte Zürich und Winterthur (§ 46 StrG) infolge tieferer Faktoren (RRB Nr. 1364/2024). Die Reservestellungen der Städte Zürich und Winterthur für die Baupauschale betragen per Ende des Berichtsjahres gemäss Schätzung rund 79.6 Mio. Franken.
- Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden (Agglomerationsprogramme)	-1.0	-4.0	-3.0	- Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge des Bundes an Gemeinden
- Übrige immaterielle Anlagen (Gesamtverkehrsmodell 2 ZH)	0.0	-0.1	-0.1	
- Übrige immaterielle Anlagen (Verfahrensplattform)	-0.4	-0.1	0.3	
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -62926	Verwendung 2024 29019	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -33907	Veränderung Bestand 29019

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV), der Einlage in den Verkehrsfonds und der Kantonseinlage in den Bahninfrastrukturfonds des

Bundes (BIF). Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind unter der Leistungsgruppe Nr. 5920 beschrieben, jene des ZVV in der Leistungsgruppe Nr. 9300 und in dessen Geschäftsbericht.

Aufgaben

- A1 Beitrag an den ZVV: Der ZVV sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
- A2 Einlage in den Verkehrsfonds: Der Verkehrsfonds hat eine reine Finanzierungsfunktion auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr).
- A3 Kantonseinlage gemäss Art. 87a der Bundesverfassung (BV) / Art. 57 des Eisenbahngesetzes (EBG) in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	25.3	25.2	25.3	0.1	0.4
L2 Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	13.0	13.1	13.1	0.0	0.0
L3 Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	53.3	54.6	53.4	-1.2	-2.2
B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	4.15	4.67	4.53	-0.14	-3.00
B4 Kostendeckungsgrad ZVV, in %	A1	65.3	62.5	63.5	1.0	
W1 Personenkilometer, in Mio.	A1	3729	3803			
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	77	76	78	2	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget L3 wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- B1, B4 Die Kostenunterdeckung und die Gesamtkosten fielen insbesondere aufgrund der tieferen Abgeltungen an die defizitfinanzierten Verkehrsunternehmen geringer aus als erwartet.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	49.4	50.5	0.0	0.0	50.5	50.7	0.2	0.5
Aufwand	-406.8	-437.2	0.0	0.0	-437.2	-428.1	9.1	2.1
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)	-191.6	-218.7	0.0	0.0	-218.7	-208.9	9.8	4.5
- Kantonseinlage Bahninfrastrukturfonds (BIF)	-145.2	-148.5	0.0	0.0	-148.5	-149.2	-0.7	-0.5
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-70.0	-70.0	0.0	0.0	-70.0	-70.0	0.0	0.0
Saldo	-357.4	-386.8	0.0	0.0	-386.8	-377.4	9.4	2.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
9.4		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
9.8	A1	- Dank den höheren Verkehrseinnahmen sowie den geringeren Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die geplante Kostenunterdeckung des ZVV um 19.6 Mio. Franken unterschritten werden. Dies führt zu einem um 9.8 Mio. Franken geringeren Staatsbeitrag an den ZVV.
-0.7	A2	- Höhere Einlage des Kantons Zürich in den Bahninfrastrukturfonds infolge der gesetzlich vorgesehenen Anpassung der Kantonseinlage an die Entwicklung des realen Bruttoinlandprodukts sowie des Landesindex der Konsumentenpreise
0.3		- Übrige Abweichungen

5301 Amt für Wirtschaft

Nach der Transformation des Amtes für Wirtschaft und Arbeit in ein Amt für Wirtschaft (AWI) und ein Amt für Arbeit (AFA) per 1. Januar ist das Amt für Wirtschaft erfolgreich als eigenständiges Amt gestartet. Die neue Strategie 2024 bis 2028 rückt die Kundenzentriertheit noch stärker in den Fokus und zielt auf eine nachhaltige Standortentwicklung ab. Der Kanton soll für Unternehmen und Bevölkerung ein attraktiver, führender und zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort mit internationaler Strahlkraft sein.

Mit der Eröffnung des FoodHUB Wädenswil hat der Kanton einen weiteren Innovationshub erhalten. Er ist einer der wichtigsten Hotspots der Schweiz für die Foodbranche. Mit dem FoodHUB haben das Amt, die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und die Stadt Wädenswil einen Ort

für Vernetzung, Austausch und Zusammenarbeit geschaffen, um Innovationen voranzutreiben.

Mit der Etablierung des digitalen Angebots eArbeitsbewilligungen auf Zürikonto und der Anbindung an easyGov wurde die Gesuchstellung und -verarbeitung weiter digitalisiert. Im Berichtsjahr wurden rund 95% der Gesuche für Arbeitsbewilligungen digital eingereicht und verarbeitet.

Die kantonale Standortförderung war im Berichtsjahr an der Durchführung von rund 50 Veranstaltungen beteiligt. Im Berichtsjahr hat sich der Regierungsrat zu fünf hängigen Volksinitiativen betreffend die Wohnbaupolitik geäußert und verschiedene Verfassungs- und Gesetzesänderungen vorgeschlagen.

Aufgaben

- A1 Standortpflege, Standortentwicklung, Standortpromotion (GZA), Aussenwirtschaftsbeziehungen, Unternehmensentlastung
- A2 Begleitung des Innovationsparks Dübendorf zugunsten des Innovationsstandortes Zürich
- A3 Bearbeitung von Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen und Bearbeitung der Meldepflicht von Arbeitnehmenden
- A4 Beratung und Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen und der Vollzug der FlaM, BGSA- und EKAS-Vorgaben
- A5 Kantonale Beschwerdebehörde für «Lex Koller»
- A6 Mitfinanzierung von Wohnbauvorhaben, die preisgünstigen Wohnraum bereitstellen (paritätisch mit Gemeinden)
- A7 Kantonale Zentralstelle für die wirtschaftliche Landesversorgung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	A3		11 500	11 047	-453	-3.9
L2 Meldeverfahren von EU-/EFTA-Staatsangehörigen	A3		110 000	110 534	534	0.5
L3 Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG)	A4		2 304	2 314	10	0.4
L4 Ausnützungsgrad des Rahmenkredits der Wohnbauförderung (180 Mio. Franken), in %	A6		80	81	1	1.3
L5 Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM)	A4		2 500	2 594	94	3.8
L6 Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA)	A4		1 500	1 595	95	6.3
L7 Regierungsratsbeschlüsse mit einem Kapitel «Regulierungsfolgeabschätzung»	A1		48	58	10	20.8
B1 Durchlaufzeit pro Arbeitsbewilligungsgesuch, in Tg.	A3		15	16	1	6.7

Bemerkungen

- L6 Breit angelegte Kontrollen in Nagelstudios führten unter anderem zu einem höheren Wert für R24.
- L7 Mehr Regierungsratsbeschlüsse mit Regulierungsfolgeabschätzungen als erwartet, insgesamt sieben wiesen eine Mehrbelastung aus.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 8a Die Zürcher Innovation-Hubs beim Auf- und Ausbau unterstützen.

Im Digital Health Center in Bülach entwickelten sich die Mitgliederzahlen und die Anzahl Events auch im dritten Geschäftsjahr über den Erwartungen. Im Mai konnte der Neubau mit dem ersten «Innovation Day» eingeweiht werden. In Zusammenarbeit mit Tenity und der Zürcher Kantonalbank wurde erstmals das Start-up-Programm «Digital Health Incubator» durchgeführt. Am 1. Februar konnte der «FoodHUB» in Wädenswil als Initiative der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Stadt Wädenswil und des Amtes für Wirtschaft eröffnet werden. Im ersten Betriebsjahr wurden der Zugang für Unternehmen zum Institut für Lebensmittel- und Getränkeinnovation vereinfacht, eine Beratungs-Hotline zu Fragen im Lebensmittelrecht eingeführt, Begleitungen für KMU bei komplexen Fragestellungen angeboten sowie zusammen mit der foodward-Stiftung eine Start-up-Unterstützung eingerichtet.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 8b Einen geschützten Raum zur gemeinschaftlichen Entwicklung von Innovationen mit Fokus auf neue Technologien und Regulierungen schaffen.

Die erste Phase der Innovation-Sandbox für Künstlichen Intelligenz (KI) wurde im Berichtsjahr mit der erfolgreichen und termingerechten Umsetzung von fünf KI-Projekten abgeschlossen. Dank einer Anschlussfinanzierung durch den Verein Metropolitanraum konnte bereits im Sommer des Berichtsjahres eine neue Runde innovativer KI-Projekte gestartet werden. Der Abschluss der zweiten Phase ist für das Frühjahr 2026 vorgesehen. Im Rahmen von zwei Veranstaltungen des KI-Dialogs mit der Bevölkerung wurde wiederum Künstliche Intelligenz erlebbar und fassbar gemacht. Dank den guten Rahmenbedingungen, unter anderem dank den Zürcher Hochschulen, hat sich in Zürich Oerlikon ein immer stärker werdender Hub von KI-Unternehmen gebildet.

Planmässig 2027

RRZ 8c Das digitale Angebot der kantonalen Leistungen für Unternehmen weiterentwickeln.

Mit dem «digitalen One-Stop-Shop» (OSS) wird ein zentrales Einstiegsportal für das digitale Angebot für Unternehmen geschaffen. Dies macht Informationen für die Unternehmen einfacher zugänglich und führt zu administrativer Entlastung. Im Berichtsjahr wurde der Durchführungsauftrag mit Zielsetzung und Projektorganisation ausgearbeitet. Die Konzeption und Umsetzung erfolgt in den Folgejahren. Im Berichtsjahr wurde das digitale Angebot eArbeitsbewilligungen für eine digitale Abwicklung der Gesuche für Arbeitsbewilligungen in Betrieb genommen. eArbeitsbewilligungen ist über das neue Kundenportal Zürichkonto des Kantons wie auch über das Portal easyGov des Bundes zugänglich und basiert auf der neuen Applikation e-Work-Permits. 95% der Gesuche wurden im Berichtsjahr digital eingereicht.

Planmässig 2027

RRZ 8d Die Ergebnisse eines Standortmonitorings zusammen mit Massnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität in einem jährlichen Standortentwicklungsbericht veröffentlichen.

Die Studie «Die Standortattraktivität des Kantons im Vergleich» wurde im Januar des Berichtsjahres publiziert. In der Studie wird aufgezeigt, wie der Kanton Zürich punkto Standortattraktivität abschneidet und wo Handlungsbedarf besteht. Die Ergebnisse wurden zusammen mit möglichen Handlungsoptionen zur Stärkung der Standortattraktivität am Tag des Standorts mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutiert.

Planmässig 2027

RRZ 8e Den Dialog und die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung fördern.

Der «Tag des Standorts» wurde im Januar des Berichtsjahres mit dem Regierungsrat durchgeführt. An der Veranstaltung wurden relevante Standortentwicklungsthemen mit massgeblichen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik diskutiert. In Workshops zu den Themen «Fachkräfte», «Mobilität», «Unternehmensstandort» und «Technologie» konnten die Gäste aktiv an der Gestaltung der Visionen für den Kanton mitwirken, konkrete Massnahmen vorschlagen und gemeinsame Impulse setzen. Die erarbeiteten Massnahmen aus den Diskussionen wurden in spezifischen Arbeitsgruppen sowie in der Folgeveranstaltung «Deep Dive FOKUS Standort» mit interessierten Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung weiterverfolgt.

Planmässig 2027

RRZ 8f Den Stiftungsstandort Kanton Zürich mit gezielten Massnahmen stärken.

Im Berichtsjahr wurde das zweite Stiftungsgespräch zum Thema Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft mit Regierungsratsmitgliedern und 130 Teilnehmenden durchgeführt. Dank einer Praxisänderung des Steueramtes konnten die steuerlichen Rahmenbedingungen für gemeinnützige Stiftungen massgeblich verbessert werden. Zur internationalen Positionierung des Stiftungsstandorts wurde im US-amerikanischen Markt eine fünfteilige LinkedIn-Video-Kampagne mit Vertreterinnen und Vertretern des Kantons, Intermediären und dem Stiftungssektor gestartet. Die Koordinations- und Anlaufstelle für Stiftungen bei der Standortförderung wurde auch im Berichtsjahr rege genutzt. Insgesamt wurden 41 Erstberatungen durchgeführt.

Planmässig 2027

RRZ 8g Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen.

Zwei Projekte in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen sollen einen Beitrag zur Deckung des künftigen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften leisten und die Entwicklung der gefragten Kompetenzen fördern. In der Initiative «More Women in Tech» wurden mit einer Studie die emotionalen Aspekte der Berufswahl analysiert und eine Toolbox entwickelt mit Anregungen, wie Frauen und Mädchen gezielter angesprochen werden können. Mit «ZüriSkills» soll die Arbeitsmarktfähigkeit von Fachkräften kompetenzorientiert gefördert werden mit dem Ziel, die Kompetenzlücken in besonders vom technologischen Strukturwandel betroffenen Branchen zu verkleinern.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
	102.1	99.4	-2.7	-2.7

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Im Hinblick auf organisatorische Änderungen wurden im Bereich Arbeitsbedingungen nicht alle Stellen nahtlos wiederbesetzt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag		7.3	0.0	0.0	7.3	9.1	1.7	23.6
Aufwand		-26.4	0.0	-3.1	-29.5	-29.0	0.6	1.9
Saldo		-19.1	0.0	-3.1	-22.2	-19.9	2.3	10.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		6.6	0.0	0.0	6.6	6.5	-0.1	-2.0
Ausgaben		-22.0	-10.4	-6.5	-38.8	-36.9	1.9	4.9
Saldo		-15.4	-10.4	-6.5	-32.2	-30.5	1.8	5.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.2	A2	- Die Prozesse zur Gebietsentwicklung Flugplatz Dübendorf gestalten sich komplex. Eine Vielzahl von involvierten Partnern muss koordiniert werden, so der Bund, die Standortgemeinden wie auch Private. Daraus entsteht ein grösserer zeitlicher Bedarf, was einen verzögerten Finanzbedarf nach sich zieht.
0.6	A1	- Verzögerung im Projekt zur Einführung eines Systems zur Pflege der Unternehmenskontakte aufgrund von Abhängigkeiten vom Umsetzungspartner
0.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	6.6	6.5	-0.1	
- Rückzahlungen	6.6	6.5	-0.1	
- Wohnbauförderungsdarlehen				
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-38.8	-36.9	1.9	
- Wohnbauförderungsdarlehen	-29.3	-27.5	1.8	- Budgetierte Darlehen im Umfang 1.8 Mio. Franken waren im Berichtsjahr noch nicht zur Auszahlung bereit. Der Auszahlungszeitpunkt hängt vom Projektfortschritt der geförderten Vorhaben sowie von der Bearbeitung durch die Gemeinden ab.
- Beiträge an Innovationspark Vorlage 5819 (KRB 28.11.2022)	-9.0	-9.0	0.0	
- Ersatz Fahrzeuge Arbeitsbedingungen	-0.2	-0.2	0.0	
- Übrige	-0.3	-0.2	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -135600	Verwendung 2024 31790	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -103810	Veränderung Bestand 31790

Bemerkungen

- + Fr. 678 251 Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit (gemäss Geschäftsbericht 2023, Teil II, S. 133)
- Fr. 542 650 Rücklagenübertrag an Leistungsgruppe Nr. 5302, Amt für Arbeit (aus Transformation Amt für Wirtschaft und Arbeit in Amt für Wirtschaft und Amt für Arbeit)
- = Fr. 135 600 Rücklagenübertrag an Leistungsgruppe Nr. 5301, Amt für Wirtschaft

5302 Amt für Arbeit

Nach der Transformation des Amtes für Wirtschaft und Arbeit in ein Amt für Wirtschaft (AWI) und ein Amt für Arbeit (AFA) per 1. Januar ist das AFA erfolgreich als eigenständiges Amt gestartet und hat seine neue Strategie für 2025 bis 2030 entwickelt.

Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren konnten im Berichtsjahr rund 27 000 Stellensuchende erfolgreich an Arbeitgebende vermitteln. Der Zürcher Arbeitsmarkt zeigte sich im Berichtsjahr weiterhin robust. Die Arbeitslosenquote betrug im Durchschnitt 2,2%. Die Zürcher Unternehmen sind weiterhin mit einem Arbeits- und Fachkräftemangel konfrontiert, der sich auch in Zukunft weiter akzentuieren wird. Mit dem Lead im Projekt «Züri Skills» und der Mitarbeit in der

Initiative «More Women in Tech» ist das Amt an zwei Projekten beteiligt, die dazu beitragen sollen, den Fachkräftemangel zu entschärfen.

Das Amt führte im Berichtsjahr zwei grosse Publikumsanlässe für Arbeitgebende durch mit dem Zweck, die Vernetzung zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu fördern und die Kompetenz des Amtes für Arbeitsmarktthemen sichtbar zu machen. Der erste Anlass im Juni befasste sich damit, wie der Fachkräftemangel das Rekrutieren von Arbeitnehmenden verändert. Der zweite Anlass im Oktober fokussierte auf die Frage, wie Arbeitgebende in der aktuellen Situation weiter attraktiv bleiben können.

Aufgaben

A1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG und AVG)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
L1	Eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	A1		28000	30121	2121	7.6
B1	Kostenbeitrag durch den Bund, in % der Gesamtkosten des AVIG-Vollzugs (ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7 ^{bis} sowie Art. 59d AVIG)	A1		99.5	99.8	0.3	0.3
B2	Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen, Arbeitslosenkasse in %			4	2.8	-1.2	-30.0
W1	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung mit dem SECO	A1		100	106	6	6.0

Bemerkungen

- L1 Nach einer Phase mit sehr tiefen Stellensuchendenzahlen sind diese in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres merklich angestiegen.
- B2 Aufgrund des Wegfalls intensiver Nachbearbeitungen von Covid-Kurzarbeitsfällen ist der Personalbedarf bei der Arbeitslosenkasse noch einmal gesunken, während gleichzeitig die ausbezahlten Leistungen mit der Arbeitslosigkeit merklich anstiegen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 8g Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen.

Zwei Projekte in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen sollen einen Beitrag zur Deckung des künftigen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften leisten und die Entwicklung der gefragten Kompetenzen durch Massnahmen fördern. In der Initiative «More Women in Tech» wurden mit einer Studie die emotionalen Aspekte der Berufswahl analysiert und eine Toolbox entwickelt mit Anregungen, wie Frauen und Mädchen gezielter angesprochen werden können. Mit «Züri Skills» soll die Arbeitsmarktfähigkeit von Fachkräften kompetenzorientiert gefördert werden mit dem Ziel, in besonders vom technologischen Strukturwandel betroffenen Branchen Kompetenzlücken zu verkleinern.

Stand bis
Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
		664.8	613.0	-51.8	-7.8

Bemerkungen R24 zu B24

- Allg. Entsprechend der tieferen Verwaltungskosten bei der ALK (s. Bemerkung zu Indikator B2) ist auch der Beschäftigungsumfang tiefer. Im Bereich AVIG-Vollzug wirkt sich der merkliche Anstieg der Stellensuchendenzahlen in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs erst mit Verzögerung auf den Personalbestand aus.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag		108.8	0.0	0.0	108.8	104.3	-4.5	-4.1
- Beitrag SECO Vollzug AVIG		85.1	0.0	0.0	85.1	82.1	-3.0	-3.5
- Beitrag SECO ALK		19.2	0.0	0.0	19.2	15.6	-3.6	-18.8
Aufwand		-144.3	0.0	-0.5	-144.7	-137.2	7.5	5.2
- Kantonsbeitrag Finanzierung ALV		-33.9	0.0	0.0	-33.9	-33.3	0.6	1.9
- Vollzug AVIG		-85.1	0.0	0.0	-85.1	-82.1	3.0	3.5
- Verwaltungskosten ALK		-19.2	0.0	0.0	-19.2	-15.6	3.6	18.8
Saldo		-35.4	0.0	-0.5	-35.9	-32.9	3.0	8.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.0		- Minderaufwand im Bereich EG AVIG
0.7		- Rückstellungen, unter anderem tiefere Stundensaldi
0.6		- Tieferer Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV
0.4		- Minderaufwand im Projekt Laptops für Stellensuchende
0.3		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-542650	24906	0	-517744	24906

Bemerkungen

Bemerkungen

+ Fr. 678 251 Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit (gemäss Geschäftsbericht 2023, Teil II, S. 133)
- Fr. 135 600 Rücklagenübertrag an Leistungsgruppe Nr. 5301, Amt für Wirtschaft (aus Transformation Amt für Wirtschaft und Arbeit in Amt für Wirtschaft und Amt für Arbeit)
= Fr. 542 650 Rücklagenübertrag an Leistungsgruppe Nr. 5302, Amt für Arbeit

5920 Verkehrsfonds

Die Stadtbahnprojekte Verlängerung der Glattalbahnhof von Zürich Flughafen bis ins Gebiet Steinacker in Kloten sowie das Trams Affoltern in der Stadt Zürich befinden sich im eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren. Die finanziellen Mittel für die Ausführung des Tram Affoltern wurden im Rahmen der im Berichtsjahr vorgenommenen Investitionspriorisierung zeitlich nach hinten verschoben. Erste Mittel für den Bau sind in der Planung zum KEF 2025–2028 ab dem

Jahr 2028 eingestellt. Die vom Kantonsrat 2022 bewilligten Vorlagen zur Elektrifizierung von vier Buslinien in den Städten Zürich und Winterthur mit Investitionen von rund 65 Mio. Franken werden schrittweise umgesetzt. Die Linie 5 in Winterthur wurde Ende des Berichtsjahres als erstes Vorhaben in Betrieb genommen und wird neu mit Trolleybussen bedient. Die übrigen Vorhaben sollen bis 2027 in Betrieb genommen werden.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus der laufenden Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 6d Die Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs konsequent weiterverfolgen.

Die technischen Möglichkeiten zur Dekarbonisierung werden bei den Neubeschaffungen von Fahrzeugen im Zürcher Verkehrsverbund konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Die Anzahl der Dieselsebusse beginnt nun erstmals merklich abzunehmen. In Winterthur wurde per Fahrplanwechsel die Linie 5 auf Trolleybusbetrieb umgestellt. Weitere Linien werden folgen. Die Dekarbonisierung ist insgesamt äusserst anspruchsvoll und komplex, insbesondere in Bezug auf das zeitliche Zusammenspiel von Fahrzeugbeschaffungen und dem Bereitstellen der Ladeinfrastrukturen, aber auch in Bezug auf die Einsatzplanung im Betrieb. Die Finanzierung der für die Dekarbonisierung nötigen Infrastrukturen aus dem Verkehrsfonds ist derzeit teilweise nicht gesichert, was die Zielerreichung längerfristig gefährden könnte.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 6e Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben.

Aufgrund der erfolgten Investitionspriorisierung im Rahmen des KEF 2025–2028 wird sich die Umsetzung des Projekts Tram Affoltern verzögern. Es wird nach aktueller Planung nicht mehr in der Legislaturperiode 2023–2027 zur Umsetzung gebracht. Ebenfalls sind aufgrund der fehlenden Mittel Verzögerungen in der Planung der Projekte Tramtangente Nord, Glattalbahnhofverlängerung Kloten–Bassersdorf und Glattalbahnhofverlängerung Dübendorf–Dietlikon zu erwarten.

Verzögert 2027

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	1216.9	1168.5	1129.0	-39.5	-3.4
Fondsbestand	-814.6	-808.4	-811.9	-3.5	-0.4
Finanzierung	-402.3	-360.1	-317.1	43.0	11.9

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	84.3	82.3	0.0	0.0	82.3	78.8	-3.5	-4.3
- Zinserträge	6.2	6.1	0.0	0.0	6.1	6.1	0.0	0.1
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	70.0	70.0	0.0	0.0	70.0	70.0	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	7.4	6.2	0.0	0.0	6.2	2.7	-3.5	-56.7
Aufwand	-84.3	-82.3	0.0	0.0	-82.3	-78.8	3.5	4.3
- Zinsaufwände	-9.4	-8.9	0.0	0.0	-8.9	-8.6	0.3	3.5
- Abschreibungen	-74.7	-73.1	0.0	0.0	-73.1	-69.9	3.2	4.4
- Einlagen in Bestandeskonto								
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.2	6.0	0.0	0.0	6.0	34.2	28.2	472.4
Ausgaben	-16.1	-33.6	0.0	-26.3	-59.9	-15.0	44.9	74.9
Saldo	-15.9	-27.6	0.0	-26.3	-53.9	19.2	73.1	135.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
3.2	A1	- Der aktivierte Anlagenbestand fällt tiefer aus als in der Budgetierung angenommen, was geringere Abschreibungen zur Folge hat.

0.3	A1	- Geringere Zinskosten aufgrund des tieferen Anlagenbestands
-3.5	A1	- Aufgrund der geringeren Abschreibungs- und Zinskosten fällt die geplante Entnahme aus dem Fondskapital tiefer aus als geplant.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	6.0	34.2	28.2	
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	0.0	33.0	33.0	- Aufgrund der vorliegenden provisorischen Schlussabrechnung der Limmattalbahn 2. Etappe konnten die noch ausstehenden Mittel aus dem Agglomerationsprogramm abgegrenzt werden.
- VBZ: Elektrifizierung Linie 69 (Vorlage 5862)	0.0	1.0	1.0	- Vorgezogene Auszahlung aus dem Agglomerationsprogramm
- Übrige	6.0	0.2	-5.8	
Ausgaben total	-59.9	-15.0	44.9	
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-3.8	-0.2	3.6	- Die Schlusszahlung Limmattalbahn 1. Etappe ist geringer ausgefallen als angenommen.
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	-0.2	0.0	0.2	- Der Projektabschluss verzögert sich, womit noch keine Schlusszahlung geleistet werden musste.
- Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten Industrie (RRB Nr. 1251/2020; Planungsmittel)	-8.9	-2.2	6.7	- Aufgrund des Projektfortschritts kam es im Berichtsjahr zu einem geringeren Mittelbezug.
- Stadtbahnverlängerung Kloten-Bassersdorf (Planungsmittel)	-1.0	0.0	1.0	- Es konnte mit den Planungsarbeiten, die über den Verkehrsfonds finanziert werden, noch nicht gestartet werden.
- Tram Affoltern (RRB Nr. 606/2020; Planungsmittel)	-7.7	-1.6	6.1	- Der Kredit musste im Berichtsjahr nicht vollständig in Anspruch genommen werden.
- VBZ: Wendeschleife Rehalp	-0.8	0.0	0.8	- Die Realisation der Wendeschleife hat sich vom Berichtsjahr auf das Jahr 2025 verschoben.
- SBW: Elektrifizierung Linien 5 & 7 (Vorlage 5777)	-12.1	-6.0	6.1	- Die Linie 5 wurde per Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahres elektrifiziert und in Betrieb genommen, es fielen geringere Investitionsbeiträge an.
- VBZ: Elektrifizierung Linie 69 (Vorlage 5862)	-8.0	-2.4	5.6	- Die Bauarbeiten wurden im Berichtsjahr gestartet. Es mussten jedoch nicht sämtliche geplanten Mittel für die Elektrifizierung abgerufen werden.
- VBZ: Elektrifizierung Linie 80 (Vorlage 5862)	-9.1	0.0	9.1	- Aufgrund des noch laufenden Plangenehmigungsverfahrens konnte noch nicht mit den Bauausführungen gestartet werden.
- VBZ: Elektrifizierung Linie 89	-0.6	0.0	0.6	- Es konnte mit den Planungsarbeiten, die über den Verkehrsfonds finanziert werden, noch nicht gestartet werden.
- AVA: Doppelspurausbau (RRB Nr. 301/2022)	-2.7	0.0	2.7	- Im Berichtsjahr sind noch keine Investitionsausgaben angefallen, da der entsprechende Leistungsauftrag noch ausstehend ist.
- Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	-5.0	0.0	5.0	- Im Berichtsjahr wurden keine Mittel von Gemeinden für Bushofprojekte aus dem Verkehrsfonds abgerufen.
- Tramverbindung Hardbrücke		-2.4		- Entgegen der Planung konnte das Projekt bereits im Berichtsjahr abgerechnet und die Schlusszahlung geleistet werden.
- Übrige	0.0	-0.2	-0.2	

5921 Flughafenfonds

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
Fondsbestand	-452.9	-453.2	-454.1	-0.9	-0.2
Finanzierung	452.9	453.2	454.1	0.9	0.2

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	3.4	3.4	0.0	0.0	3.4	3.4	0.0	0.1
- Zinsertrag	3.4	3.4	0.0	0.0	3.4	3.4	0.0	0.1
Aufwand	-2.6	-3.1	0.0	0.0	-3.1	-2.2	0.9	28.4
- Übertrag an Amt für Mobilität (AFM)	-2.0	-2.4	0.0	0.0	-2.4	-2.1	0.4	15.3
Saldo	0.7	0.3	0.0	0.0	0.3	1.2	0.9	276.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.5		- Geringere Subventionen nach § 3 der Verordnung zum Zürcher Fluglärm-Index für das Förderprogramm Wohnqualität und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden
0.4		- Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität, insbesondere infolge geringerer Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter
0.0		- Übrige Abweichungen

5925 Strassenfonds

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich der Strassen insbesondere gemäss Strassengesetz und Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz.

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	2 147.9	2 252.9	2 233.6	-19.3	-0.9
Fondsbestand	-1 780.1	-1 803.6	-1 837.2	-33.7	-1.9
Finanzierung	-367.8	-449.3	-396.4	53.0	11.8

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Gemessen am Fondsbestand fällt die Abweichung zwischen R24 und B24 geringfügig aus. Der Fondsbestand von 1.8 Mrd. Franken ist seinerseits in Relation zu setzen zur Verpflichtung des Strassenfonds gegenüber den von der Staatskasse vorfinanzierten, noch nicht abgeschrieben Investitionen und Investitionsbeiträgen für Strassenanlagen von rund 2.2 Mrd. Franken. Per Ende des Berichtsjahres besteht eine Nettoverschuldung von rund 396 Mio. Franken, hinzu kommen Zusicherungen für noch nicht beanspruchte, vom Kantonsrat und Regierungsrat genehmigte Kredite des Tiefbauamtes und des Amtes für Mobilität. Die entsprechenden Angaben werden im Finanzbericht, Abschnitt «Fonds im Eigenkapital», dargestellt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	530.0	443.2	0.0	0.0	443.2	470.6	27.5	6.2
- Buchgewinne (Liegenschaften)	92.7	3.2	0.0	0.0	3.2	16.4	13.2	411.5
- Ertrag Mineralölsteuer	26.8	26.0	0.0	0.0	26.0	26.7	0.8	3.0
- Ertrag LSVA	59.5	59.9	0.0	0.0	59.9	63.3	3.3	5.6
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	338.5	341.3	0.0	0.0	341.3	350.8	9.5	2.8
Aufwand	-414.5	-419.7	0.0	0.0	-419.7	-413.5	6.2	1.5
- Vergütung an Strassenverkehrsamt	-7.2	-7.2	0.0	0.0	-7.2	-7.3	-0.1	-1.1
- Übertrag an Tiefbauamt	-227.0	-222.4	0.0	0.0	-222.4	-210.6	11.8	5.3
- Übertrag an Amt für Mobilität (AFM)	-149.2	-160.2	0.0	0.0	-160.2	-157.8	2.4	1.5
- Übertrag an kantonalen Finanzausgleich	-12.6	-12.6	0.0	0.0	-12.6	-12.6	-0.0	-0.0
- Übertrag an Kantonspolizei	-3.7	-3.7	0.0	0.0	-3.7	-3.7	0.0	0.0
- Übertrag an AWEL	-2.3	-12.0	0.0	0.0	-12.0	-16.0	-4.0	-33.0
Saldo	115.5	23.5	0.0	0.0	23.5	57.2	33.7	143.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
33.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
15.8	A1	- Wertzunahme der bebauten und unbebauten Liegenschaften des Strassenfonds im Berichtsjahr hauptsächlich aufgrund von Anpassungen der im Vorjahr durchgeführten Neubewertung (14.4 Mio. Franken)
11.8	A1	- Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt (LG 8400), insbesondere infolge geringerer Kosten im Bereich Strassen
9.5	A1	- Höherer Ertrag aus der Motorfahrzeugsteuer, Übertrag vom Strassenverkehrsamt (LG 3200)
3.3	A1	- Höherer Anteil an der Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)
2.4	A1	- Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität (LG 5205), insbesondere infolge tieferer Unterhaltspauschalen an die Städte Zürich und Winterthur sowie geringerer Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter im Bereich Strassen
0.8	A1	- Höherer Anteil an der Mineralölsteuer (unter Berücksichtigung des Anteils an Hauptstrassen)
0.6	A1	- Höherer interner Zinsertrag aufgrund des höheren Fondsbestands
-0.6	A1	- Höherer interner Zinsaufwand von bebauten und nicht bebauten Grundstücken des Strassenfonds aufgrund der Anpassungen der im Vorjahr durchgeführten Neubewertung
-1.0	A1	- Verluste aus Verkäufen von bebauten und nicht bebauten Grundstücken des Strassenfonds
-2.5	A1	- Höherer Aufwand für Rückstellungen sowohl für latente Grundstückgewinnsteuern auf Verkäufen von Grundstücken des Strassenfonds als auch für den Mehrwertausgleich auf Grundstücke des Strassenfonds
-2.6	A1	- Tieferer Ertrag aus Verkäufen von bebauten und nicht bebauten Grundstücken des Strassenfonds
-4.0	A1	- Höherer Übertrag an das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (LG 8500) für die Ausgaben im Bereich der Förderung von E-Ladestationen gemäss Kantonsratsbeschluss zur Vorlage 5842a
0.2		- Übrige Abweichungen

06

Gesundheits- direktion

Überblick	152
Legislaturziele	153
Gesundheit (Politikbereich 4)	153
Finanzierung	154
Übersicht	154
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	154
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	154
Personal- und Lohnstatistik	154
Beschäftigungsumfang	154
Lohnaufwand	154
Anstellungsverhältnisse	155
Parlamentarische Vorstösse	155
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	155
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	155
Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)	155
Leistungsgruppen	157
6000 Generalsekretariat	157
6010 Amt für Gesundheit	159
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	162
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	167
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	169
6400 Psychiatrische Versorgung	172
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	174
6900 Tierseuchenfonds	176

Überblick

Die Gesundheitsdirektion sorgt für eine qualitativ hochstehende, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung für die Zürcher Bevölkerung. Die Zürcherinnen und Zürcher sollen sich auf ein umfassendes Gesundheitswesen verlassen können. Dazu gehören neben sicheren Spitälern und weiteren medizinischen Institutionen auch einwandfreie Heil- und Lebensmittel sowie der Schutz vor Tierseuchen und Pandemien, wofür sich die Gesundheitsdirektion mit ihren vier Ämtern einsetzt.

Pflegeinitiative – Umsetzung 1. Etappe

Die Umsetzung der von den Stimmberechtigten 2021 angenommenen Pflegeinitiative erfolgt in zwei Etappen. Zunächst wird die Ausbildung gefördert, danach werden die Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten verbessert.

Der Kanton hat im Berichtsjahr insgesamt rund 100 Mio. Franken für die Umsetzung der 1. Etappe bereitgestellt. Der Bund beteiligt sich mit einem maximal gleich hohen Betrag an den Kosten. Der Kanton erwartet einen Bedarf von rund 8200 neuen Pflegefachkräften bis 2032. Die Umsetzung umfasst drei Teilprojekte. Das erste wird federführend durch die Gesundheitsdirektion umgesetzt. Das Ziel besteht darin, die Qualität der Ausbildung und die Zahl der Auszubildenden in den Institutionen zu steigern. Der Kanton unterstützt dieses Teilprojekt mit 46,75 Mio. Franken. Spitäler, Heime und Spitex-Organisationen erhalten neu Beiträge für die erbrachten Leistungen in der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen HF und FH. Mit dem zweiten Teilprojekt sollen durch zusätzliche mit 9 Mio. Franken unterstützte Angebote an Höheren Fachschulen mehr Pflegeabschlüsse erreicht werden. Das dritte Teilprojekt lässt den Auszubildenden während ihrer Ausbildung finanzielle Hilfe zukommen, wofür 43,5 Mio. Franken vorgesehen sind. Das zweite und das dritte Teilprojekt liegen in der Verantwortung der Bildungsdirektion. Der Kanton hat im Berichtsjahr die gesetzlichen Grundlagen für die Förderung der Ausbildung im Bereich Pflege erarbeitet.

In der zweiten Etappe wird ein neues Bundesgesetz entwickelt, das die Arbeitsbedingungen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Pflegefachpersonen verbessert. Die Vernehmlassung hierzu wurde im August abgeschlossen. Der Bundesrat ist nun am Zug, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten und den eidgenössischen Räten vorzulegen.

Spitäler vor finanziellen Herausforderungen

Die Spitäler im Kanton stehen vor finanziellen Herausforderungen, die verschärft werden durch Lohnmassnahmen im Zuge des Fachkräftemangels, die allgemeine Teuerung, Investitionen in die Infrastruktur und die Weiterentwicklung im Bereich der Digitalisierung, welche die Budgets der Spitäler erheblich belasten. Gleichzeitig wird das Gesundheitswesen durch den demografischen Wandel, das Bevölkerungswachstum und veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse stark beeinflusst.

Beispiele für diese Herausforderungen sind die Finanzgesuche des Universitäts-Kinderspitals Zürich und der GZO Spital Wetzikon AG. Das Kinderspital spielt eine zentrale Rolle in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kanton und darüber hinaus. Deshalb gewährte der Regierungsrat auf dessen Gesuch hin ein Darlehen von 100 Mio. Franken für den Neubau sowie eine Subvention von 35 Mio.

Franken, um den Spitalbetrieb zu gewährleisten. Diese finanzielle Unterstützung ist an strenge Auflagen geknüpft, um das Risiko des Kantons bzw. der Steuerzahlenden zu reduzieren. Bei der GZO Spital Wetzikon AG hingegen lehnte der Regierungsrat das Gesuch über eine Finanzhilfe von 180 Mio. Franken ab, da die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Unterstützung nicht erfüllt waren.

Diese Entwicklungen unterstreichen die Notwendigkeit einer weitsichtigen Finanzplanung und effizienter Betriebsstrukturen in den Spitälern. Die Einführung von Ansätzen wie Lean Hospital und die Digitalisierung können helfen, die Produktivität zu steigern und administrative Tätigkeiten zu reduzieren. Zudem sind nationale Reformen wie die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) und neue ambulante Tarife (TARDOC) entscheidend, um die finanzielle Basis der Spitäler zu stärken und den Wandel hin zu mehr ambulanter Versorgung zu unterstützen.

Trotz dieser Herausforderungen bleibt die stationäre medizinische Versorgung auf einem sehr hohen Niveau gewährleistet.

Zürcher Modell der forensischen Opferbetreuung

Das Zürcher Modell Aufsuchender Dienst Forensic Nurses bietet seit dem 1. April des Berichtsjahres rund um die Uhr Unterstützung für Opfer sexueller und häuslicher Gewalt. Forensic Nurses des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich dokumentieren in allen Spitälern mit Notfallstation Gewaltspuren, die gerichtsverwertbar sind. Sie beraten die Opfer einfühlsam, klären über die nächsten Schritte auf und vermitteln Kontakte zu Beratungsstellen. Ein zentrales Merkmal des Modells ist, dass die forensische Untersuchung unabhängig von einer Anzeige bei der Polizei erfolgt. Dies ermöglicht es den Opfern, ohne zusätzlichen Druck Gewaltspuren zu sichern und sich beraten zu lassen. Die forensische Dokumentation stärkt die Beweissicherung für eine mögliche Strafverfolgung. Die Forensic Nurses übernehmen dabei eine wichtige Schnittstellenfunktion zwischen den Betroffenen und weiteren Hilfsangeboten. Das Modell fördert die Zusammenarbeit zwischen Forensic Nurses, Spitälern, Polizei und Opferhilfe. Durch regelmässige Schulung des Spitalpersonals wird die frühzeitige Erkennung und Behandlung von Gewaltopfern unterstützt.

Das Zürcher Modell wird gemeinsam von der Gesundheitsdirektion, der Bildungsdirektion sowie der Direktion der Justiz und des Innern getragen (RRB Nr. 1320/2023). Die ersten Monate zeigen, dass das Zürcher Modell funktioniert: Bislang wurden mehr nachträgliche Anzeigen eingereicht als in den 13 Jahren zuvor. Insgesamt wurden 292 Fälle dokumentiert, wobei 156 Fälle eine forensische Spurensicherung erforderten. Durch die Expertise der Forensic Nurses wird nicht nur die Qualität der Spurendokumentation bei Opfern sexueller und häuslicher Gewalt erhöht, sondern auch die Voraussetzungen für eine allfällige Strafanzeige verbessert.

Neue Strategie Palliative Care

Die neue Strategie Palliative Care verfolgt das Ziel, Palliative Care bedarfsgerecht, qualitativ hochstehend, bedürfnisorientiert und für alle im Kanton zugänglich anzubieten. Palliative Care verbessert die Lebensqualität von Patientinnen und Patienten mit schweren, unheilbaren Krankheiten und ermöglicht ihnen ein würdevolles Leben. Sie bietet eine ganzheitliche Betreuung sowie psychologische, religiöse und soziale

Unterstützung – zu Hause, im Spital oder im Heim. Bereits seit 2006 existieren im Kanton zahlreiche Angebote. Mittlerweile gibt es zehn Spitäler mit Kompetenzzentren für Palliative Care. Dennoch bestehen weiterhin Versorgungslücken, insbesondere in der spezialisierten ambulanten Versorgung und der Langzeitpflege.

Die Gesundheitsdirektion hat deshalb in Zusammenarbeit mit massgeblichen Akteurinnen und Akteuren eine neue Strategie entwickelt, bestehende Angebote weiterentwickelt und neue geschaffen. So werden mobile Palliative-Care-Teams künftig bei Bedarf flächendeckend durch zusätzliche Fachärztinnen und Fachärzte unterstützt. Mit dem Ziel, Versorgungslücken zu schliessen und Hospitalisationen zu vermeiden, wird zusammen mit den Gemeinden die spezialisierte Palliative Care in Alters- und Pflegeheimen gestärkt. Zudem wird die Palliative Care für Kinder und Jugendliche finanziell unterstützt. Damit die Bevölkerung und die Fachpersonen das palliative Angebot besser kennen, wird das Wissen im Bereich Palliative Care mit regionalen Weiterbildungs- und Vernetzungsanlässen verbessert und die regionale Zusammenarbeit gefördert. Um die Qualität der palliativen Versorgung weiter zu verbessern, werden zudem einheitliche Qualitätskriterien definiert.

Für diese Massnahmen hat der Regierungsrat für die Jahre 2025 bis 2029 knapp 9,5 Mio. Franken bewilligt. Mit der Umsetzung der Strategie wird die Palliative Care einen noch stärkeren Stellenwert in der Gesundheitsversorgung des Kantons einnehmen.

Tierseuchenbekämpfung

Tierseuchen sind ansteckende Krankheiten, die direkt von Tier zu Tier oder indirekt, beispielsweise über Menschen, Gegenstände oder Insekten, übertragen werden. Sie stellen nicht nur für die Tierwelt eine Gefahr dar, sondern auch für den Menschen, da einige Tierseuchen auf den Menschen übertragen werden können. Das Veterinäramt sorgt dafür, dass Ausbrüche von Tierseuchen über etablierte Meldewege früh erkannt und konsequent eingedämmt werden.

Um in einem Seuchenfall rasch, zielgerichtet und effizient handeln zu können, müssen die Standorte der Tierhaltungen bekannt sein. Deshalb müssen sämtliche Nutztierhaltungen registriert sein, auch solche mit wenigen Tieren. Zudem bereitet sich das Veterinäramt regelmässig auf Krisensituationen vor. So fanden im Berichtsjahr mehrere Übungen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest statt. Dazu zählten eine Krisenübung im Zentralschlachthof Hinwil sowie Vorbereitungen für den Einsatz von Suchteams, bestehend aus Fussmannschaften, Hunden und Drohnen.

Während die Afrikanische Schweinepest die Schweiz glücklicherweise nach wie vor nicht erreicht hat, forderten andere Krankheiten im Berichtsjahr grossen Einsatz. Im Winter war die Vogelgrippe ein Thema, ab dem Sommer ein grossflächiger Ausbruch der Blauzungenkrankheit mit vielen Tierverlusten (Schafe und Rinder). Seit Oktober läuft ausserdem das nationale fünfjährige Bekämpfungsprogramm gegen Moderhinke, eine schmerzhaft, ansteckende Klauenkrankheit, die vor allem Schafe betrifft.

Legislaturziele

Gesundheit (Politikbereich 4)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 4	Die integrierte Versorgung weiterentwickeln mit einem besonderen Fokus auf die hausärztliche, pädiatrische und psychiatrische Versorgung.		
RRZ 4a	Die von Unterversorgung betroffenen Bereiche stärken und die Versorgung durch ambulante, intermediäre und innovative Angebote weiter verbessern.	6300 6400	2027 2027
RRZ 4b	Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen.	6010 6300 6400	2027 2027 2027
RRZ 4c	Mit einer Präventionsstrategie die Gesundheitskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung stärken und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitige Unterstützung verbessern.	6010 6200	2027 2027
RRZ 4d	Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.	6000 6010 6300 6400	2027 2027 2027 2027
RRZ 4e	Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.	6000 6010 6100	2027 2027 2027

Finanzierung

Übersicht

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	892.3	674.2	2.7	0.0	676.9	713.7	36.8	5.4
Aufwand	-3075.3	-2951.3	-58.7	-0.7	-3010.7	-3099.0	-88.3	-2.9
Saldo	-2 183.0	-2 277.1	-56.0	-0.7	-2 333.8	-2 385.3	-51.5	-2.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	3.5	9.1	0.0	0.0	9.1	3.4	-5.6	-62.2
Ausgaben	-94.7	-3.3	-72.0	-55.5	-130.8	-75.8	55.0	42.0
Saldo	-91.2	5.8	-72.0	-55.5	-121.7	-72.4	49.3	40.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-51.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
34.6	6700	- Mehrertrag aufgrund des höheren Übertrags der Sicherheitsdirektion für Prämienübernahmen im Asylbereich und eines höheren Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung.
20.9	6700	- Tiefere Prämienübernahme für Sozialhilfe-Beziehende infolge der rückläufigen Entwicklung der Sozialhilfefälle und der damit verbundenen Restprämienübernahme.
-2.4	6400	- Höherer Aufwand für Hospitalisationen, insbesondere kantonale Betriebe und ausserkantonale Leistungserbringer.
-2.7	6400	- Höherer Aufwand für Subventionen gemäss § 11 SPFG aufgrund Leistungswachstum bei den psychiatrischen Ambulatorien und den Tageskliniken.
-5.1	6700	- Höhere Vollzugsentschädigung an die SVA wegen der zusätzlich zu bearbeitenden Anträge infolge des Nachversands. Der Nachversand stellt sicher, dass die nach Senkung des Eigenanteils neu berechtigten Personen ein Antragsformular erhalten.
-11.1	6300	- Angekündigte, anstehende Tarifrückabwicklungen aufgrund neuer rückwirkender Erträge.
-35.1	6300	- Höherer Aufwand für Hospitalisationen hauptsächlich infolge Preiseffekts: die Teuerung mündete in Verhandlungsergebnissen mit Tariferhöhungen ab 2024 und rückwirkend.
-50.7	6700	- Höherer Aufwand für die IPV infolge der nachträglichen Senkung des Eigenanteils im Herbst des Berichtjahres, die darauf abzielte, die Ausschöpfung der Budgetmittel sicherzustellen und somit die Vorgaben des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz zu erfüllen. Zudem höherer Prämienwachstum als antizipiert.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R24	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
- Darlehen für Neubau Universitäts-Kinderspital Zürich gemäss RRB Nrn, 1185/2015 und 326/2025	-55.0	250.0	200.0	50.0
- Genehmigung des Übertragungswerts der Kantonsapotheke und die Bewilligung der Eigenkapitalerhöhung des Universitätsspitals Zürich	-18.9	22.0	18.9	3.1
- Übrige	-1.9			

Bemerkungen

Die getätigten Ausgaben für das Darlehen für den Neubau des Universitäts-Kinderspital Zürich setzen sich aus 50 Mio. Franken Staatsgarantie und 150 Mio. Franken direktes Kantonsdarlehen zusammen.

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	456.5	314.1	327.0	13.0	4.1

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
6000 Generalsekretariat	7883	7886	8387	501	6.4
6010 Amt für Gesundheit	9695	10276	10536	260	2.5
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	21813	22387	23226	839	3.7
Total	39391	40549	42149		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2024)

		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
6000	Generalsekretariat	70	47	23	44	26
6010	Amt für Gesundheit	94	61	33	50	44
6100	Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	216	121	95	128	88
	Total	380	229	151	222	158

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
41/2021	Palliative Care (Postulat Elisabeth Pflugshaupt, Gossau, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 41c/2021 vom 20.03.2024	19.04.2021
279/2021	Zeitgemässe Verordnung zum Epidemiengesetz (Postulat Bettina Balmer-Schildknecht, Zürich, Linda Camenisch, Wallisellen, und Jörg Kündig, Gossau)	Vorlage 279c/2021 vom 18.09.2024	27.09.2021
368/2021	Förderung der koordinierten ambulanten Versorgung (Postulat Pia Ackermann, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 368a/2021 vom 28.02.2024	21.02.2022
150/2019	Stärkung der Aufsicht über den Notfalldienst (Motion Nicole Wyss, Zürich, Benjamin Fischer, Volketswil, und Esther Guyer, Zürich)	Vorlage 150a/2019 vom 17.04.2024	23.05.2022
235/2022	Konzept zur Umsetzung der nationalen Digitalisierungsstrategie im Zürcher Gesundheitswesen (Postulat Bettina Balmer, Zürich, Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Arianne Moser, Bonstetten)	Vorlage 235a/2022 vom 18.09.2024	26.09.2022
269/2020	Unabhängige Ombudsstelle (Motion Janine Vannaz, Aesch, Andreas Daurü, Winterthur, und Claudia Hollenstein, Stäfa)	Vorlage 5986 vom 25.09.2024	26.09.2022
367/2022	Schaffung einer stationären Einrichtung zur temporären Entlastung von pflegenden Angehörigen schwerkranker Kinder (Postulat Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit)	Vorlage 367a/2022 vom 20.11.2024	28.11.2022
5920	Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend (Gesunde Jugend Jetzt!)	Vorlage 5920a vom 29.05.2024	06.11.2023
175/2024	Administrativaufwand für Ärzte reduzieren dank Digitalisierung (Dringliches Postulat Claudia Hollenstein, Stäfa, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 175a/2024 vom 18.09.2024	08.07.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
183/2021	Konversionstherapien, diskriminierende Umpolungstherapien für LGBTIQ-Personen verbieten (Motion Florian Heer, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	06.11.2023
208/2021	Massnahmen zur Eindämmung der übermässigen Vermehrung von Freigängerkatzen (Postulat Nathalie Aeschbacher, Zürich, und Mitunterzeichnende)	16.11.2023
422/2023	Bedarfsgerechte individuelle Prämienvverbilligung (IPV) (Dringliches Postulat Martin Huber, Neftenbach, und Mitunterzeichnende)	29.01.2024
323/2021	Einrichtung von Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt (Motion Silvia Rigoni, Zürich, und Mitunterzeichnende)	18.03.2024
38/2024	Herdenschutz Hunde sollen von Hundeabgabe befreit werden (Motion Hans Egli, Steinmaur, und Mitunterzeichnende)	29.04.2024
367/2021	Attraktivität des Hausarztberufes (Postulat Linda Camenisch, Wallisellen, und Mitunterzeichnende)	17.06.2024
78/2022	Stopp Pflexit. Hopp Kanton Zürich (Motion Jeannette Büsser, Horgen, und Mitunterzeichnende)	26.08.2024
77/2022	Förderung der praktischen Ausbildung der Gesundheitsberufe aller Stufen (Motion Pia Ackermann, Zürich, und Mitunterzeichnende)	26.08.2024
384/2021	Kreislaufwirtschaft im Gesundheitssektor (Postulat Florian Heer, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	26.08.2024

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgendes Postulat mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben:

Vorstoss Nr. Titel

Überweisungsdatum

451/2020 Zeitgemässe Palliative-Care in Alters- und Pflegeheimen (Motion Brigitte Röösl, Illnau-Effretikon, und Mitunterzeichnende)

03.04.2023

Die Motion fordert eine gesetzliche Grundlage zur Sicherstellung einer zeitgemässen umfassenden Palliative Care in allen Alters- und Pflegeheimen des Kantons. Gemäss dem Pflegegesetz und der Verordnung über die Pflegeversorgung haben die Gemeinden für eine bedarfsgerechte stationäre und ambulante Pflegeversorgung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu sorgen. Dieser Auftrag umfasst gemäss § 3 Abs. 1 der Verordnung auch die Palliativpflege. Wie die Palliativpflege in den Alters- und Pflegeheimen erbracht wird, ist rechtlich nicht vorgegeben. Sie kann durch eigenes Personal oder – besonders bei komplexeren Fällen und für die spezialisierte Versorgung – durch beigezogene Dritte, beispielsweise mobile Palliative-Care-Teams, erfolgen. Allerdings haben bisher nur wenige Gemeinden Leistungsvereinbarungen mit mobilen Palliative-Care-Teams für die spezialisierte Palliative Care abgeschlossen. Eine spezialisierte Palliative Care ist deshalb nicht in allen Alters- und Pflegeheimen verfügbar. In der vom Regierungsrat verabschiedeten «Strategie Palliative Care im Kanton Zürich» (RRB Nrn. 305/2024 und 306/2024) wurde dies als Handlungsschwerpunkt identifiziert. Strategisches Ziel ist, dass die spezialisierte Palliative Care im Langzeitbereich klar festgelegt und der Zugang zu ihr im ganzen Kanton sichergestellt ist. Zur Erreichung dieses Ziels wurden zwei Massnahmen festgelegt:

- Zum einen sollen die Angebote der spezialisierten Palliative Care in der neuen Pflegeheimliste 2027 ausgewiesen werden (vgl. Projekt Pflegeheimbettenplanung, Vernehmlassung provisorischer Versorgungsbericht ab 14. Januar 2025, <https://www.zh.ch/de/news-uebersicht/medienmitteilungen/2025/01/zuercher-pflegeheimbettenplanung-regierungsrat-gibt-versorgungsbericht-und-verordnung-in-vernehmlassung.html>).
- Zum anderen sollen im Rahmen eines dreijährigen, von Kanton und interessierten Gemeinden gemeinsam durchgeführten Pilotprojekts die Leistungen der mobilen Palliative Care in Langzeitinstitutionen etabliert und die Versorgungslücken so geschlossen werden. Der Kanton übernimmt dabei im Sinne einer Anschubfinanzierung bis zu 50% der Kosten, mit einem Kostendach von 2,8 Mio. Franken. Die in der Motion genannten Versorgungsziele werden mit den erwähnten Massnahmen erfüllt; sie bedürfen keiner weiteren gesetzlichen Grundlage. Somit ist die Motion KR-Nr. 451/2020 als erledigt abzuschreiben.

6000 Generalsekretariat

Der ökonomische Druck auf die institutionellen Leistungserbringer hat weiter zugenommen. Die finanzielle Schieflage einzelner Spitäler vor allem aufgrund getätigter Grossinvestitionen verlangte nach Entscheiden des Regierungsrates von grosser Tragweite für die jeweiligen Leistungserbringer.

Im gesetzgeberischen Bereich verabschiedete der Regierungsrat zum einen eine Änderung des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes zur Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Mitarbeitende der Zürcher Listenspitäler in Sachverhalten, welche die Patientensicherheit betreffen können, und zum anderen eine Änderung des Gesundheitsgesetzes betreffend die Aufsicht über den Notfalldienst (Vorlagen 5986 und KR-Nr. 150a/2019). Er erfüllte damit zwei

Aufträge des Kantonsrates (Motionen KR-Nrn. 269/2020 und 150/2019). Auch die Arbeiten zur Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (RRZ 4e der laufenden Legislatur) verlaufen nach Plan.

Eines der Kernthemen der Weiterentwicklung der Direktion ist die digitale Transformation. Die Arbeiten in den verschiedenen Projekten des Generalsekretariats und der durch die Fachleute des Generalsekretariats unterstützten Ämter laufen auf Hochtouren. Die für das Berichtsjahr gesetzten Meilensteine beispielsweise beim elektronischen Betriebsregister des Kantonalen Labors Zürich und der elektronischen Aktenführung im Veterinäramt sowie zur Verbesserung der Informationssicherheit konnten erreicht werden.

Aufgaben

- A1 Planung und Bearbeitung von politischen und strategischen Geschäften, Unterstützung der Direktionsvorsteherin
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation
- A5 Führen von Beteiligungen des Kantons

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	A1	3	3	5	2	66.7
L2	Erledigte Rekurse	A2	50	75	34	-41	-54.7
L3	Parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	A1	51	45	61	16	35.6
L8	Geführte Beteiligungen	A5	5	5	5	0	0.0
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich, in %	A1	6.4	3.7	7.4	3.7	
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz, in %	A1	5.8	3.7	7.7	4.0	

Bemerkungen

- L1 Zusätzlich zu den geplanten Erlassen wurde die Tabakvollzugsverordnung (Klärung kantonaler Kompetenzen und Sicherstellung der Finanzierung von Testkäufen) sowie das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Anpassung der kantonalen Grundlagen an den neu geschaffenen Art. 55a KVG) bearbeitet.
- L2 Die Komplexität der zu bearbeitenden Rekurse übertraf die Annahmen in der Budgetierung.
- L3 Die Anzahl parlamentarischer Vorstösse war höher als in den Vorjahren.
- B1, B2 Die Prämienteuerung fiel höher aus als angenommen. Sie lag leicht unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.

Für die Förderung der vernetzten Zusammenarbeit und die übergreifende Gestaltung von Lösungen wurde eine Austauschplattform mit den Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser eingerichtet. Die digitale Interaktion zwischen den Leistungserbringern und der Gesundheitsdirektion wird so kontinuierlich ausgebaut. Weitere Initiativen zur Umsetzung der Massnahme sind die Beteiligung am Digital Health Center in Bülach, die Unterstützung von gesundheitsrelevanten Vorhaben in der Innovation-Sandbox für KI des Amtes für Wirtschaft der Volkswirtschaftsdirektion und die Begleitung von regionalen Projekten zur Förderung der digitalen Vernetzung.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 4e Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Kernelement dieser Massnahme ist die Totalrevision des Gesundheitsgesetzes. Im Berichtsjahr verabschiedete der Regierungsrat das Normkonzept, auf dessen Grundlage nun der Vernehmlassungsentwurf erarbeitet wird.

Planmässig 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	58.0	55.8	58.9	3.1	5.6
Bemerkungen R24 zu B24					
3.7	Zusätzlich bewilligte Stellen im Bereich Digitalisierung und IPV				
-0.5	Übertragung Stellen IKT Grundversorgung an AFI im Rahmen der DAP-Migration				
-0.1	Verzögerte Stellenbesetzung				

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	1.4	1.6	0.0	0.0	1.6	1.4	-0.2	-11.2
Aufwand	-16.5	-18.2	-7.5	-0.4	-26.1	-23.2	2.9	11.3
Saldo	-15.2	-16.7	-7.5	-0.4	-24.5	-21.7	2.8	11.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1	-1.0	-22.0	0.0	-23.0	-18.9	4.1	17.8
Saldo	-0.1	-1.0	-22.0	0.0	-23.0	-18.9	4.1	17.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
2.0	RRZ 4d	- Budget nicht ausgeschöpft aufgrund wenigen Eröffnungen des EPD. Revision auf eidgenössischer Ebene wird erwartet, entsprechend wurde die Sensibilisierungskampagne des Bundes und folglich auch die Kampagne des Kantons Zürich nicht gestartet.
1.0	A2	- Im Berichtsjahr erfolgte die Migration auf den Digitalen Arbeitsplatz (DAP). Da Erfahrungswerte fehlten, wurden die Kosten für alle Eventualitäten in die Planung einbezogen.
0.3	A2	- Es konnten mehr Projekte mit dem eigenen Personal umgesetzt werden, weshalb weniger Aufträge an Dritte vergeben wurden.
-0.2	A2	- Mindererträge KEK. Zwar wurden insgesamt mehr Gesuche behandelt, aber der Anstieg war hauptsächlich in einer Kategorie mit tieferen Gebühren je Gesuch zu verzeichnen.
-0.5	A2	- Höherer Personalaufwand infolge des Teuerungsausgleichs und zusätzlicher Stellen Digitalisierung gemäss RRB Nr. 914/2023
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-23.0	-18.9	4.1	
- Genehmigung des Übertragungswerts der Kantonsapothek und die Bewilligung der Eigenkapitalerhöhung des Universitätsspitals Zürich	-22.0	-18.9	3.1	- Der effektive Bilanzwert der ZüriPharm AG war tiefer, weshalb die Eigenkapitalerhöhung des USZ weniger hoch ausfiel
- Projektportfolio Digitalisierung (Grundlage Digitalisierungsstrategie der GD) / Umsetzung der strategischen Initiativen	-0.8	0.0	0.8	- Aufgrund von personellen Ressourcen konnten geplante Projekte nicht durchgeführt werden
- Verschiedene «Kleinprojekte» und Hardware-Anschaffungen	-0.2	0.0	0.2	- Es erfolgte aufgrund IKT-Programm DAP-/PRZ-Migration keine Erneuerung der Hardware-Infrastruktur.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-197256	0	-150000	-347256	-150000

Bemerkungen

Mehrbelastung des Personals insbesondere im Zusammenhang mit den Untersuchungen bei der Eleonorenstiftung und der Ausarbeitung der Regierungsratsanträgen zur Gewährung der Subventionen und Darlehen sowie effiziente Überbrückung von Vakanzen

6010 Amt für Gesundheit

Zur Förderung der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen HF und FH im Rahmen der ersten Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative (RRZ 4b) hat der Regierungsrat die erforderlichen Mittel bewilligt (RRB Nr. 103/2024). Zudem wurde mit dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Initiative gemacht (Vorlage 5943, vom Kantonsrat am 28. Oktober 2024 beschlossen).

Im Rahmen des Projekts Pflegeheimbettenplanung wurden die Grundlagen für eine neue Zürcher Pflegeheimliste erarbeitet und für die Vernehmlassung in einem provisorischen Versorgungsbericht zusammengefasst. Weitere durch das Amt massgeblich unterstützte Projekte betrafen den Aufbau des

Kompetenznetzwerkes Geschlechtsinkongruenz und die Förderung neuer, vielversprechender Berufsprofile in der Spital- und Hausarztversorgung zur Entlastung des ärztlichen Personals, insbesondere jenes der Advanced Practice Nurse.

Für die grossen nationalen Reformprojekte – die Einführung der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS, von den Stimmberechtigten in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. November 2024 angenommen) und die Ablösung des ambulanten Tarifsystems TARMED durch den neuen Einzelleistungstarif TARDOC – hat das Amt die Umsetzung aufgegleist. Die Auswirkungen dieser Reformen werden das Amt auch in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen.

Aufgaben

- A1 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
A2 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste	A1	45	45	45	0	0.0
L2	Psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste	A1	16	15	15	0	0.0
L3	Ausstehende Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler	A1	9	8	8	0	0.0
L4	Erteilte Bewilligungen zur selbstständigen/unselbstständigen Berufsausübung	A2	4847	4500	4610	110	2.4
L5	Erteilte Bewilligungen zum Betrieb einer Institution	A2	538	450	575	125	27.8
L6	Erteilte Zulassung zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	A1	1322	1000	751	-249	-24.9
B1	Nettoaufwand für die Aufgaben des Amtes für Gesundheit pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.	A1, A2	7.7	8.5	9.9	1.4	16.5
W1	Generelle Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1	7.7	8	7.4	-0.6	-7.5
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber Gesundheitsversorgung (Skala 1-10; min.)	A1	8.5	8	8	0	0.0
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1	8.3	8	8.1	0.1	1.3

Bemerkungen

- L5 Der hohe Wert für das Berichtsjahr zeigt die allgemeine Zunahme der Bewilligungsgesuche.
L6 Da es sich um einen neuen Indikator infolge der Einführung des neuen Zulassungsrechts per 1. Januar 2022 handelt, liegen bislang nur begrenzte Erfahrungswerte vor. Es ist noch unklar, auf welchen Wert sich der Indikator langfristig einpendeln wird.
B1 B24 berücksichtigt die Beiträge für das Projekt Pflegeinitiative nicht.
W1 Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Gesundheitsversorgung hat sich nicht substanziell verändert.
W1, W2, W3 Die Befragungsmethodik wurde im Berichtsjahr von telefonischen auf onlinebasierte Umfragen umgestellt, was mögliche Verzerrungen im Ergebnis nicht ausschliesst.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4b Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen.

Das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege ist am 1. Juli 2024 in Kraft getreten. Der Kanton setzt sein dazu erarbeitetes Konzept bereits um. Auf dessen Grundlage hat der Regierungsrat die kantonale Einführungsverordnung zum erwähnten Bundesgesetz erlassen (RRB Nr. 1324/2024). Zudem wurde die Auszahlung der Beiträge für Leistungen in der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen an die Betriebe vorbereitet.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 4c Mit einer Präventionsstrategie die Gesundheitskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung stärken und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitige Unterstützung verbessern.

Im Berichtsjahr wurde das Konzept für die Phase 2025–2028 des kantonalen Aktionsprogramms «Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen» erarbeitet. Zur Realisierung der vorgesehenen Angebote genehmigte der Regierungsrat rund 1,5 Mio. Franken (RRB Nr. 1126/2024). Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz. Der Kanton unterstützte im Berichtsjahr 13 Einzelprojekte, welche die Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Ziel haben.

Planmässig 2027

RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.

Für die Förderung der vernetzten Zusammenarbeit und die übergreifende Gestaltung von Lösungen wurde eine Austauschplattform mit den Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser eingerichtet. Die digitale Interaktion zwischen den Leistungserbringern und dem Kanton wird so kontinuierlich ausgebaut. Weitere Initiativen zur Umsetzung der Massnahme sind die Beteiligung am Digital Health Center in Bülach, die Unterstützung von gesundheitsrelevanten Vorhaben in der Innovation-Sandbox für KI und die Begleitung von regionalen Projekten zur Förderung der digitalen Vernetzung.

Planmässig 2027

RRZ 4e Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Kernelement dieser Massnahme ist die Totalrevision des Gesundheitsgesetzes. Im Berichtsjahr verabschiedete der Regierungsrat das Normkonzept, auf dessen Grundlage nun der Vernehmlassungsentwurf erarbeitet wird.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
	77.7	78.1	83.0	4.9	6.2

Bemerkungen R24 zu B24

- 1.5 Befristete Stellen anteilmässig zur Umsetzung der Pflegeinitiative ab 1. April des Berichtsjahres (vgl. RRB Nr. 103/2024)
- 1.5 Befristete Stellen zur Umsetzung des Projekts Pflegeheimbettenplanung (vgl. RRB Nr. 1227/2023)
- 1.0 Befristete Aushilfe zur Revision des Gesundheitsgesetzes
- 0.9 Vertretungen Mutterschaftsurlaube

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.0	4.1	2.7	0.0	6.8	6.2	-0.5	-8.1
Aufwand	-16.2	-18.0	-5.8	-0.4	-24.2	-22.1	2.0	8.4
Saldo	-12.3	-13.9	-3.1	-0.4	-17.4	-15.9	1.5	8.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0					0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-0.9	-0.3	0.0	-1.0	-1.3	-0.6	0.7	54.4
Saldo	-0.9	-0.3	0.0	-1.0	-1.3	-0.6	0.7	54.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.2	A1	- Tieferer Transferaufwand insbesondere aufgrund von Verschiebungen im Projekt Pflegeinitiative und tiefere Weiterbildungsbeiträge in verschiedenen Gesundheitsberufen
0.8	A1	- Im Berichtsjahr erfolgte die Migration auf den Digitalen Arbeitsplatz (DAP). Da Erfahrungswerte fehlten, wurden die Kosten für alle Eventualitäten in die Planung einbezogen.
0.3	A1	- Tiefere Mitgliederbeiträge für Eidgenössische Qualitätskommission aufgrund Überdeckung aus dem Vorjahr
0.1	A1, A2	- Geringerer Sachaufwand insbesondere aufgrund von Verzögerungen im Projekt zum elektronischen Bewilligungsprozess
-0.2	A1, A2	- Höherer Personalaufwand aufgrund zusätzlicher Stellen (vgl. insbesondere RRB Nrn. 103/2024 und 1227/2023)
-0.2	A1	- Mehraufwand für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Untersuchungen beim Universitäts-Kinderspital Zürich und der Gewährung der Subventionen nach § 20 SPFG sowie des Darlehens
-0.5	A1	- Geringere Bundesbeiträge im Rahmen der Umsetzung des Projekts Pflegeinitiative
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.3	-0.6	0.7	
- Elektronische Bewilligungsprozesse (Projekte aus Impulsprogramm Digitalisierung)	-1.0	-0.5	0.5	- Go-live des Projekts musste aufgrund von Verzögerung bei der Servermigration des Amtes für Informatik verschoben werden.
- Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS): Umstellung Rechnungskontrolle	-0.3	0.0	0.3	- Die Schweizer Stimmberechtigten haben der Vorlage zu EFAS erst Ende 2024 zugestimmt. Das Vorprojekt zu EFAS musste entsprechend verschoben werden.
- Weitereentwicklung Fachapplikationen	-0.1	-0.1	0.0	
- Übrige	0.1	0.0	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-287886	0	-100000	-387886	-100000

Bemerkungen

Effiziente Leistungserbringung trotz Mehraufwänden in mehreren Bereichen

6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt

Die Kantonale Heilmittelkontrolle führte zahlreiche Inspektionen in Herstellungs- und Handelsbetrieben sowie in Abgabebetrieben von Arzneimitteln durch. Bei den zwei Pilotprojekten zur Cannabisabgabe im Kanton (davon eines mit Studienbeginn im Berichtsjahr) wurde die Einhaltung der betäubungsmittelrechtlichen Vorgaben überprüft. Das nationale Aktionsprogramm zur Überprüfung der gesetzeskonformen Anwendung von Hautfillern wurde bei der Erarbeitung der Vorgaben und mit Kontrollen unterstützt.

Die Lebensmittelkontrolle, der Vollzug des Chemikalienrechts und die Kontrolle der Solarien – Kernaufgaben des Kantonalen Labors – erfolgten im Berichtsjahr nach Plan. Den Vollzug des neuen Tabakproduktegesetzes hat der Regierungsrat dem Kantonalen Labor übertragen; dazu gehören auch Testkäufe zur Überprüfung der Einhaltung der Altersbeschrän-

kung. Parallel dazu hat der Bund Testkäufe für alkoholische Getränke in die Lebensmittelgesetzgebung aufgenommen; der Vollzug dieser neuen Bestimmung liegt ebenfalls beim Kantonalen Labor.

Beim Veterinäramt standen die Bekämpfung der Blauzungenkrankheit und der Vogelgrippe sowie die Vorsorge gegen die Afrikanische Schweinepest im Vordergrund. Im Oktober startete zudem das nationale Programm zur Bekämpfung der Moderhinke, einer bakteriellen Klauenkrankheit bei Wiederkäuern. Die Überwachung des korrekten Tierarzneimittelsatzes und des Tierhandels und die Kontrolle von Hof- und Weidetötungen waren weitere Schwerpunkte, ebenso die Bearbeitung von Vorfällen mit Hunden und die Revision der Hundeverordnung.

Aufgaben

- A1 Sichere Heilmittel gewährleisten (Marktzutritt und Marktüberwachung im Heilmittelbereich)
- A2 Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
- A3 Schutz von Personen und Umwelt vor Schädigung durch Chemikalien und nichtionisierende Strahlung (Betriebs- und Marktkontrollen, Kontrolle von Solarien)
- A4 Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen (Überwachung Tiere, Betriebskontrollen und Tilgung Seuchenfälle)
- A5 Tierschutz durchsetzen (Abklärung Mängelmeldungen, Bewilligungen und Betriebskontrollen und sicherer Umgang mit Hunden)
- A6 Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen (Bewilligungen, Betriebskontrollen, Fleischkontrolle und Umgang mit Tierarzneimitteln)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Bewirtschaftete Kundendossiers im Heilmittelbereich	A1	17214	16200	18067	1867	11.5
L2 Inspektionen von Heilmittelbetrieben (min.)	A1	566	610	519	-91	-14.9
L3 Bewilligungen im Heilmittelbereich	A1	5411	5300	5522	222	4.2
L4 Mikrobiologische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	13213	12500	12906	406	3.2
L5 Chemische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	13557	15000	15539	539	3.6
L6 Untersuchte Proben des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2, A3	18969	19500	20300	800	4.1
L7 Inspektionen im Chemikalienbereich (min.; Zielwert)	A3	100	100	85	-15	-15.0
L8 Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht, z.B. für Viehhandelspatente (min.; Zielwert)	A4	722	707	759	52	7.4
L10 Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht, z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (min.; Zielwert)	A5	1845	1912	1910	-2	-0.1
L11 Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (min.; Zielwert)	A5	3483	3190	3154	-36	-1.1
L12 Durchgeführte Kontrollen in der Primärproduktion (min.; Zielwert)	A6	2390	3200	2977	-223	-7.0
L13 Fleischkontrollen (Zielwert)	A6	172933	200000	182140	-17860	-8.9
L14 Durchführungskontrollen bei Tierversuchen bezogen auf die Bundesvorgaben, in % (Zielwert)	A5	103	100	101	1	
L15 Kontrollen in Versuchstierhaltungen/-zuchten bezogen auf die Bundesvorgaben, in % (Zielwert)	A5	96	100	105	5	
L16 Erfüllungsgrad bundesrechtlicher Vorgaben betreffend Betriebskontrollen beim Vollzug Lebensmittelrecht, in % (Zielwert)	A2	96	96	95	-1	
B1 Nettoaufwand für Aufsicht und Bewilligungen pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.		14.76	15.72	15.21	-0.51	-3.24

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
W1 Anteil der kontrollierten Betriebe zur Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln ohne kritische Mängel, in % (min.)	A1	79	80	76	-4	
W2 Anteil der kontrollierten Lebensmittelbetriebe mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A2	96	95	96	1	
W3 Anteil der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten, in % (min.)	A2	90	80	91	11	
W5 Tierseuchenfälle mit Untersuchungspflicht (max.)	A4	61	239	292	53	22.2
W6 Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind, in %	A5	97	100	97	-3	
W7 Gemeldete schwere Bissvorfälle durch Hunde an Menschen (max.)	A5	92	90	76	-14	-15.6
W8 Anteil der kontrollierten Betriebe der Primärproduktion mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A6	75	75	76	1	
W9 Anteil aller chemischen Produkte mit gesundheitlicher Gefahr im Produktregister des BAG mit nach den Vorgaben gemeldeter Zusammensetzung (UFI), in % (min.)	A3	28	40	37	-3	

Bemerkungen

- L1 Ein Anstieg der Anzahl Ärztinnen und Ärzte mit einer Berufsausübungsbewilligung (BAB) führte zu einer höheren Anzahl geführter Kundendossiers.
- L2 Personelle Ressourcen standen im Inspektorat nicht im erwarteten Umfang zur Verfügung (Krankheit, Mutterschaft, Stellenvakanzen), darum wurden weniger Inspektionen durchgeführt.
- L7, W9 Es gab längere Krankheitsausfälle im Team, die nicht vollständig kompensiert werden konnten.
- L8 Vermehrte Aktivität im Bereich Pferdehandel. Zunahme bei den Gesuchen um Viehhandelspatente und Besamungstechnik.
- L12 Es wurden weniger Routinekontrollen in der Primärproduktion durchgeführt infolge Ressourcenverschiebung in die Bekämpfung von Tierseuchen. Dennoch konnte die Kontrolltätigkeit gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.
- L13 Gegenüber dem Vorjahr nahm die Anzahl der Fleischkontrollen zu, was mit einer Zunahme bei den mobilen Geflügelschlachtungen erklärbar ist. Die Schlachtungen der Haartiere im Grossschlachtbetrieb und in den bewilligten Schlachtbetrieben ist vergleichbar mit dem Vorjahr. Die Unterschreitung des Budgetwerts hat mit der Erhebung des Indikators zu tun: Es werden erheblich mehr Kühe und Rinder und weniger Schweine geschlachtet, was mit mehr Aufwand für die Fleischkontrolle verbunden ist, aber mit der reinen Anzahl der Fleischkontrollen nicht zum Ausdruck kommt.
- L15 Der bundesrechtlich geforderte Kontrollumfang bei der Durchführung von Tierversuchen konnte umfassend erreicht werden.
- W1 In den Wirkungsindikator fliessen die Ergebnisse verschiedener Betriebstypen ein. Die Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr ist hauptsächlich auf kritische Schwachstellen bei der Aufbereitung und Instandhaltung von Medizinprodukten zurückzuführen.
- W3 Eine intensivere Betreuung der Betriebe mit Mängeln nach der ersten Kontrolle hat dazu geführt, dass Verbesserungen schneller erreicht werden konnten.
- W5 Ein Ausbruch der Blauzungenkrankheit hat zu einem nicht planbaren Anstieg geführt. B24 wurde hoch angesetzt, weil das nationale Programm zur Moderhinke-Bekämpfung im Berichtsjahr gestartet wurde. Die Anzahl Moderhinkefälle blieb tiefer als angenommen.
- W7 Erfreulicherweise hat die Anzahl der gemeldeten schweren Bissvorfälle gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Die Summe aller Vorfälle mit Menschen wird in diesem Indikator nicht abgebildet. Diese bleibt insgesamt vergleichbar mit dem hohen Niveau des Vorjahrs.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4e Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Kernelement dieser Massnahme ist die Totalrevision des Gesundheitsgesetzes. Im Berichtsjahr verabschiedete der Regierungsrat das Normkonzept, auf dessen Grundlage nun der Vernehmlassungsentwurf erarbeitet wird.

Stand bis

Planmässig 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	178.9	180.2	185.2	5.0	2.8

Bemerkungen R24 zu B24

- 0.1 Kantonale Heilmittelkontrolle: Besetzung Stelle Digital Collaboration Specialist (Organisator) ab 6. Mai 2024, bewilligt ab 1. Januar 2024 mit RRB Nr. 914/2023
- 1.5 Kantonales Labor: Kompensation für Langzeitkranke
- 1.3 Kantonales Labor: Überschneidung bei der Nachfolge/Übergabe der Aufgaben von pensionierten Mitarbeitenden (Bereichsleitung/Abteilungsleitung)
- 0.3 Kantonales Labor: Besetzung Fachstelle TabPG ab 1. Oktober 2024, bewilligt ab 1. Januar 2025 mit RRB Nr. 496/2024
- 0.3 Kantonales Labor: Fremdfinanzierte Projektstelle für die Umsetzung eines Projektes des BLV
- 0.5 Kantonales Labor: Saldoneutral bewilligte Stellen gemäss Verfügung vom 1. Juli 2024 für das Nationale Fremdstoffuntersuchungsprogramm (NFUP)
- 0.5 Veterinäramt: Befristete Aushilfen wegen Schwangerschaft einer Mitarbeiterin und zwei Case-Management-Fällen.
- 0.9 Veterinäramt: Mit Verfügung der Gesundheitsdirektion vom 19. April 2024 wurde der Stellenplan um 1.8 saldo-neutrale Stellen per 1. Juni 2024 erweitert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	14.1	14.0	0.0	0.0	14.0	15.2	1.2	8.8
Aufwand	-37.7	-39.2	0.0	0.0	-39.2	-39.7	-0.6	-1.5
Saldo	-23.6	-25.2	0.0	0.0	-25.2	-24.6	0.7	2.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.8	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-1.3	0.6	32.6
Saldo	-1.8	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-1.3	0.6	32.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.8	A2	- Kantonales Labor: Mehreinnahmen amtliche Kontrollen wie auch von Projekten des Bundes
0.5	A1	- Kantonale Heilmittelkontrolle: Mehrerträge bei Bewilligungserteilungen und -mutationen sowie bei Inspektionen im ersten Quartal wegen Änderung des Zeitpunktes der Rechnungstellung.
0.3	A4, A5, A6	- Veterinäramt: Konkretisierung Projektplanung im Digitalisierungsprojekt (Digiact) war zeitaufwändiger als vorgesehen. Dies hat auch dazu geführt, dass sich weitere kleinere IT-Vorhaben verzögert haben, wegen deren Abhängigkeit zu Digiact.
0.1	A4, A5, A6	- Veterinäramt: Tieferer Bedarf an Verbrauchsmaterialien sowie reduzierte Preise.
-0.1	A1	- Kantonale Heilmittelkontrolle: Besetzung Stelle Digital Collaboration Specialist (Organisator) ab 6. Mai 2024, bewilligt ab 1. Januar 2024 mit RRB Nr. 914/2023
-0.1	A5	- Veterinäramt: Höhere Stundenlöhne Kommissionsmitglieder einschliesslich AG-Anteil AHV, Entschädigungsreglement der Gesundheitsdirektion für Kommissionen vom 1. September 2023
-0.2	A4, A5, A6	- Veterinäramt: Höhere Personalkosten wegen Aushilfen und höherer PK-Beiträge infolge der spezifischen Altersstruktur im Betrieb
-0.6	A2	- Kantonales Labor: Mehraufwände aufgrund verschiedener Massnahmen im Personalbereich, vgl. Ausführungen bei den Abweichungen zum Personal.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.0	-1.3	0.6	
- Weiterentwicklung Fachapplikation, Heilmittelkontrolle	-0.2	0.0	0.2	- Fehlende Personalressourcen für Umsetzung des Projekts
- Ersatz Analysegeräte, Kantonales Labor	-0.9	-1.2	-0.3	- Kreditüberschreitung für die Beschaffung eines Messsystems zur PFAS-Analytik, bewilligt gemäss Verfügung vom 2. Dezember 2024.24
- Digitale Aktenführung Veterinäramt (Digiact)	-0.4	0.0	0.4	- Kreditübertragung wurde bereits mit RRB Nr. 422/2024 beantragt.
- Erneuerungen Fachapplikationen Betriebsregister und ISS sowie Folgeprojekte, Kantonales Labor	-0.2	-0.1	0.1	- Verschieben in das Jahr 2025 wegen Verzögerung im Projekt aufgrund fehlender rechtlicher Grundlage für die digitale Unterschrift
- ZHservices, Kantonales Labor	-0.3	0.0	0.3	- Verschieben in das Jahr 2025 wegen Verzögerung im Projekt aufgrund fehlender rechtlicher Grundlage für die digitale Unterschrift
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -640884	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) -50000	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -690884	Veränderung Bestand -50000

Bemerkungen

Aufgrund effizienter Leistungsverrechnung trotz Mehraufwand infolge Ausbruch der hochansteckenden Tierseuche BTV3

Tierversuche: Bewilligungen und eingesetzte Tiere

Aufgrund der Beschaffungsfristen werden wie bisher die Daten des Vorjahres dargestellt. Unter den 831 gültigen Bewilligungen

wurden im Kalenderjahr 2023 folgende Anzahl von Tieren eingesetzt:

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	toxiko- logische Prüfung	Krankheits- diagnostik	Ausbildung	anderer Zusammen- hang	Total	davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	76 258	11 996	61	220	1 070	1 355	90 960	15 325
Ratten	2 661	187	0	20	679	128	3 675	2 167
Hamster	0	0	0	0	0	0	0	0
Meerschweinchen	0	0	0	0	0	0	0	0
andere Nager	0	0	0	0	0	0	0	0
Kaninchen	68	18	0	0	0	0	86	30
Hunde	239	73	0	228	227	73	840	738
Katzen	19	80	0	4	25	190	318	125
Primaten	30	0	0	0	0	141	171	171
Rindvieh	52	0	0	12	731	1 366	2 161	1 499
Schafe, Ziegen	26	68	0	0	31	17	142	49
Schweine (einschliesslich Minipigs)	16	112	72	0	432	1 196	1 828	1 678
Pferde, Esel	40	160	0	0	112	21	333	212
Vögel (einschliesslich Geflügel)	316	0	0	30	912	162	1 420	1 148
Amphibien, Reptilien	2 213	0	0	0	18	0	2 231	4
Fische	1 545	0	10 780	0	184	3 902	16 411	6 129
diverse Säuger	1 687	0	0	0	0	2	1 689	37
Wirbellose	0	0	0	0	9	60	69	0
Total	85 170	12 694	10 913	514	4 430	8 613	122 334	29 312
in %	69.6	10.4	8.9	0.4	3.6	7.1	100.0	24.0

Im Jahr 2023 wurden 197 Bewilligungen neu erteilt. Zwei Gesuche wurden abgelehnt und 20 Gesuche wurden zurückgezogen. Zusätzlich wurden 314 Ergänzungs- und Änderungsbe-willigungen ausgestellt. Wie im Vorjahr wurde auch 2023 keine Bewilligung entzogen.

Die Tierversuchskommission bearbeitete im Berichtsjahr alle Gesuche zu Tierversuchen, in denen die Tiere Belastungen erfahren. Neben fünf Workshops zum Thema «Gewichtung

Erkenntnisgewinn» berieten sie an zehn Sitzungen neben all-gemeinen Fragestellungen 47 neue und 18 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad. Das Veterinäramt überprüfte 2023 die Durchführung von 179 der 831 laufenden Tierversuchspro-jekte. In allen 43 Versuchstierhaltungen fanden Kontrollen statt, wobei das Veterinäramt 94 Teilkontrollen und Mitglieder der Tierversuchskommission weitere 76 Teilkontrollen zu Haltung, Zucht und Pflege der Tiere oder zur Dokumentation vornahmen.

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Im Bereich der übertragbaren Krankheiten lag ein Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Scabies (Krätze). Die dafür im Kinderspital Zürich und im Kantonsspital Winterthur eingerichteten Spezialsprechstunden sowie die Hotline für Fachpersonen haben sich bewährt. Die Ausbreitung der Erkrankung konnte gestoppt und der Betrieb der Sprechstunden und der Hotline planmässig zum Ende des Berichtsjahres eingestellt werden.

Auf der Grundlage des neuen Konzepts für Prävention und Gesundheitsförderung 2024 (RRB Nr. 1318/2023) wurde die nächste Phase des kantonalen Aktionsprogramms für Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen verabschiedet (RRB Nr. 1126/2024). Zudem wurde das Pilotprojekt Suizidpräven-

tion in den Gemeinden gestartet. In der Suchtprävention lag der Schwerpunkt auf der Informationsarbeit zu Alkohol als leicht verfügbarem Suchtmittel sowie zum Mischkonsum verschiedener Rauschmittel. Mit der erfolgreichen Etablierung der kantonalen Anlaufstelle weibliche Genitalbeschneidung FGMhelp konnte ein wichtiger Meilenstein in der Betreuung der betroffenen Frauen und Mädchen erreicht werden.

Darüber hinaus wurden mehrere Digitalisierungsprojekte vorangetrieben, beispielsweise zur elektronischen Dokumentation der Bewilligungen für Suchtbehandlungen und zum HPV-Impfprogramm, das nun von der Registrierung über die Bestellung von Impfstoff bis zur Berichterstattung über die Impfungen vollständig digital gestützt abläuft.

Aufgaben

- A1 Monitoring, Berichterstattung und Information über den Gesundheitszustand der Zürcher Bevölkerung
- A2 Unterstützung der Bevölkerung im Hinblick auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten
- A3 Bekämpfung epidemiologisch bedeutsamer übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/Aids oder Masern
- A4 Bekämpfung des Missbrauchs legaler und illegaler Suchtmittel

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Berichte über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung, inkl. Prüfung der Wirtschaftlichkeit (min.; Zielwert)	A1	0	1	0	-1	
L2	Magazin «Prävention & Gesundheitsförderung im Kanton Zürich» (min.; Zielwert)	A1, A2	2	2	2	0	0.0
L3	Kommunikationseinheiten (Inserate, Radiospots, Plakate usw.) Prävention und Gesundheitsförderung (min.; Zielwert)	A2	164	140	181	41	29.3
L4	Öffentliche Präventionsveranstaltungen (min.; Zielwert)	A2	3	3	3	0	0.0
L5	Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen der Lunge Zürich (min.; Zielwert)	A3	60	100	53	-47	-47.0
L6	HIV-Tests der Zürcher Aidshilfe (min.; Zielwert)	A3	1805	1700	1982	282	16.6
L7	HPV-Impfungen (min.; Zielwert)	A3	24670	21000	27817	6817	32.5
L8	Magazine für Suchtprävention «laut & leise» (min.; Zielwert)	A4	3	3	2	-1	-33.3
L9	Von regionalen Suchtpräventionsstellen beratene Personen (min.; Zielwert)	A4	60035	28000	49727	21727	77.6
L10	Zur Verfügung gestellte Informationsmaterialien zur Suchtprävention (min.; Zielwert)	A4	519030	320000	440016	120016	37.5
B2	Nettoaufwand für die Prävention und Gesundheitsförderung pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.	A1, A2, A3, A4	8.7	7.5	8.5	1.0	13.3
W1	Anteil der Bevölkerung, der die aktuelle Medienkampagne kennt, in % (min.)	A2	87	70	67.5	-2.5	
W2	Besuche auf den von Gesundheitsförderung und Prävention (EBPI) betriebenen Webseiten (min.)	A2, A4	178796	130000	210726	80726	62.1
W3	Todesfälle wegen Herz- und Gefässkrankheiten (max.)	A2	3287	3700	3302	-398	-10.8
W4	Todesfälle wegen Krebs (max.)	A2	2694	2800	2788	-12	-0.4
W5	Selbsttötungen (max.)	A2	153	190	158	-32	-16.8
W6	Tuberkulose-Neuerkrankungen (max.)	A3	91	100	73	-27	-27.0
W7	Aids-Neuerkrankungen (max.)	A3	9	20	7	-13	-65.0
W8	Anteil Säuglinge mit zwei Masernimpfungen, in % (min.)	A3	95	95	95	0	
W9	Anteil 15-Jähriger mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum, in % (max.)	A4		12			

Bemerkungen

- L1 Der Publikationsrhythmus des Berichts wurde geändert.
- L3 Volatile Preise beeinflussen die Anzahl der Kommunikationseinheiten, die herausgegeben werden.
- L5, W6 Bei der letztjährigen Schätzung ging man davon aus, dass deutlich mehr Asylsuchende (insbesondere aus der Ukraine) mit einer Tuberkuloseerkrankung ankommen werden. Dies hat sich nicht bestätigt.
- L6 Das Zurverfügungstellen von kostenlosen HIV-Tests über eine Kampagne der Stadt Zürich für unter 25-Jährige sorgte für einen Anstieg grösser als budgetiert.
- L7 Die deutliche Zunahme gegenüber dem Budget ist auf die vermehrte Anzahl Ärztinnen und Ärzte zurückzuführen, die an dem Impfprogramm teilnehmen.
- L8 Es wurde eine Umstellung der Kommunikationskanäle zur besseren Sichtbarkeit und Adressatengerechtigkeit vorgenommen.
- L9, W10 Während der Coronapandemie war die Anzahl an beratenen Personen und dadurch die zur Verfügung gestellten Informationsmaterialien geringer. Die Erholung der Nachfrage nach der Coronapandemie wurde zu wenig antizipiert, weshalb B24 markant übertroffen wurde.
- B2 Der höhere Nettoaufwand ist auf die ungeplante Wertberichtigung des Pandemielagers zurückzuführen (vgl. Bemerkung unter «Finanzierung»).
- W2 Der Bedarf an Informationen wurde zu wenig antizipiert.
- W3, W5 Die Budgetierung wurde basierend auf dem Bevölkerungswachstum vorgenommen. Der tatsächliche Wert liegt erfreulicherweise tiefer.
- W7 Nach Corona wurde ein höherer Anstieg aufgrund verpasster Diagnosen und Therapien erwartet, dies hat sich nicht bestätigt.
- W9 Die Angaben beruhen auf einer internationalen Befragung, die nur alle vier Jahre durchgeführt wird und deren Fragen geändert bzw. ergänzt werden. Die Antworten sind nicht als Indikator geeignet, daher liegen für R23 und R24 keine Werte vor. Ab dem KEF 2025-2028 wird W9 nicht mehr geführt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4c Mit einer Präventionsstrategie die Gesundheitskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung stärken und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitige Unterstützung verbessern.

Im Berichtsjahr wurde das Konzept für die Phase 2025–2028 des kantonalen Aktionsprogramms «Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen» erarbeitet. Zur Realisierung der vorgesehenen Angebote genehmigte der Regierungsrat rund 1,5 Mio. Franken (RRB Nr. 1126/2024). Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz. Der Kanton unterstützte im Berichtsjahr 13 Einzelprojekte, welche die Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Ziel haben.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7.5	6.0	0.0	0.0	6.0	6.9	0.9	15.3
Aufwand	-21.5	-18.0	0.0	0.0	-18.0	-20.6	-2.6	-14.5
Saldo	-14.0	-12.0	0.0	0.0	-12.0	-13.7	-1.7	-14.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1					0.0	0.0	0.0
Ausgaben								
Saldo	0.1					0.0	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.3	A3	- Tiefere Kosten im Zusammenhang mit dem Impfpool VacMe
0.2	A2	- Die Impfhilfe verzeichnete ein tieferes Volumen an Anfragen als budgetiert und wurde Mitte 2024 komplett eingestellt. Zudem konnte das Monitoring von Tumoren am Zentralen Nervensystem bei Kindern im Kanton Zürich zu geringeren Kosten erbracht werden.
-2.2	A2	- Wertberichtigung des verfallenen und nicht mehr verwertbaren Schutzmaterials aus dem Pandemielager
0.0		- Übrige Abweichungen

6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Das Berichtsjahr war geprägt durch die schwierige finanzielle Lage der Spitäler und die daraus resultierenden Herausforderungen. Aufgrund akuter Finanzierungsprobleme bei ihren Investitionsvorhaben beantragten zwei Spitäler kurzfristig finanzielle Unterstützung beim Kanton. Nach eingehender Prüfung der Anträge entschied der Regierungsrat, dem Kinderspital die nötige finanzielle Unterstützung zu gewähren (RRB Nr. 326/2024). Das Gesuch der GZO Spital Wetzikon AG hat er demgegenüber abgelehnt (RRB Nr. 327/2024), da die gesetzlichen Voraussetzungen hinsichtlich Versorgungsrelevanz für den Kanton nicht erfüllt waren. Zudem wurden Massnahmen zur Verbesserung des Monitorings der finanziellen Situation der Spitäler ergriffen.

Für die Spitalplanung hat das Amt für Gesundheit wesentliche Anpassungen in der Leistungsgruppen-Systematik ausgearbeitet, mit Fachexpertinnen und -experten bereinigt und mit dem nationalen Organ für hochspezialisierte Medizin abgeglichen. Darüber hinaus wurden innovative Projekte beispielsweise zur aufsuchenden Versorgung (Hospital at Home) vorangetrieben. Ein weiterer Meilenstein war die planmässige Betriebsaufnahme des Aufsuchenden Dienstes Forensic Nurses, dessen Aufgabe die Betreuung von Opfern häuslicher und sexueller Gewalt und die Spurensicherung für allfällige Gerichtsverfahren ist. Auch in der Umsetzung der Strategie Palliative Care wurden wichtige Ziele erreicht (RRB Nr. 305/2024).

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Somatik: Stationäre Normfälle KVG ZH, IV ZH	A1	207 400	217 700	217 800	100	0.0
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A1	5.0	5.0	4.9	-0.1	-2.0
L3	Somatik: Stationäre ausserkantonale Patientenaustritte im Kanton Zürich	A1	43 369	40 800			
L4	Reha: Stationäre Pflegetage KVG ZH, IV ZH	A2	313 858	325 600	304 830	-20 770	-6.4
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A2	25.5	25.1	25.0	-0.1	-0.4
L6	Assistenzärztinnen/-ärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharztstitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	1 989	1 962	2 067	105	5.4
L7	Personen mit stationärem Aufenthalt (ohne Mehrfachzählungen; KVG ZH, IV ZH)	A1, A2	150 000	153 700	141 568	-12 132	-7.9
B1	Somatik: Subventionen pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr. (max.)	A1	33.3	38	38.9	0.9	2.4
B2	Somatik: Referenztarif, nicht universitäre Spitäler, in Fr.	A1	9 750	9 674	9 864	190	2.0
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Zufriedene und sehr zufriedene Patientinnen/Patienten, in % (min.)	A1, A2	88	80	74	-6	
W2	Zürcher Reha-Patientinnen/Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A2	29	31	29	-2	
W3	Zürcher Spitäler mit bestandenem Audit (Leistungsanforderungscontrolling), in % (min.)	A1, A2		95			

Bemerkungen

- L3 Die Anzahl der stationär behandelten Patientinnen und Patienten mit ausserkantonalem Wohnsitz kann nicht gesteuert werden. Aufgrund des Bevölkerungswachstums nehmen auch die Patientenaustritte von ausserkantonalen Patientinnen und Patienten zu. Der Wert dieser Kennzahl stammt aus der Medizinischen Statistik, erhoben über die Spitaldaten-Erhebungsplattform (SDEP) des Kantons. Da die Daten der Medizinischen Statistik für 2024 zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Geschäftsberichts 2024 noch nicht vorlagen, ist die Angabe gemäss Rechnung des Vorjahres (R23) der aktuellste Wert für diese Kennzahl.
- L4 Weniger Pflegetage durch innerkantonale Leistungserbringer infolge des Wegfalls von Leistungsaufträgen. Zudem werden die pflegetagintensiven Leistungen der Paraplegiologie und Frührehabilitation ab dem Berichtsjahr über die SwissDRG-Tarifstruktur abgerechnet und somit nicht mehr als Pflegetage Rehabilitation ausgewiesen.

- L6 Anstieg der Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung. Ein möglicher Grund dafür ist die Einführung der bedarfsorientierten Entschädigung der ärztlichen Weiterbildung zur Förderung der Grundversorgung (RRB Nr. 314/2023).
- L7 R24 ist nicht vergleichbar mit R23 und B24, da R24 nur die Akutsomatik ohne Rehabilitation umfasst.
- B1 Subventionen gemäss § 11 SPFG (vgl. Bemerkungen zur Erfolgsrechnung)
- W1 Die Zufriedenheitsbefragung wurde dieses Jahr zum ersten Mal durch das Statistische Amt durchgeführt. Sie wurde online statt wie bisher telefonisch durchgeführt. Zudem wurde die Stichprobe anders gezogen als im Vorjahr (Stichprobe aus Bevölkerungsregister statt Telefonpool). Es ist davon auszugehen, dass die veränderte Zusammensetzung der Stichprobe sowie die Änderung der Befragungsmethode einen Effekt auf das Resultat hatte. Wie gross dieser Methodeneffekt ist, kann nicht genau bestimmt werden.
- W2 Die Zunahme innerkantonaler Behandlungen wurde erschwert durch Beschwerdeverfahren in Sachen Spitalliste Rehabilitation.
- W3 Im Verlauf des Berichtsjahres wurde das Audit-Konzept erarbeitet. Demnach sollen Inspektionen umfassender als ursprünglich geplant durchgeführt werden. Die ersten Inspektionen finden im Frühjahr 2025 statt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4a Die von Unterversorgung betroffenen Bereiche stärken und die Versorgung durch ambulante, intermediäre und innovative Angebote weiter verbessern.

Für die Stärkung der ärztlichen Grundversorgung wurden den Spitälern gestützt auf RRB Nr. 643/2023 höhere Beiträge an die ärztliche Weiterbildung in den Fachbereichen Allgemeine innere Medizin, Kinder- und Jugendmedizin, Psychiatrie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie entrichtet (Fr. 25 000 pro Jahr und Ärztin/Arzt statt Fr. 15 000). Zudem bewilligte der Regierungsrat mit Beschlüssen Nrn. 421/2024 und 305/2024 zusätzliche Subventionen von bis zu 126 Mio. Franken für versorgungsnotwendige Sonderleistungen der Spitäler (unter anderem zur Förderung der Hausarztmedizin und für Pilotprojekte der aufsuchenden Versorgung) sowie für Massnahmen zur Umsetzung der Strategie Palliative Care. In der psychiatrischen Versorgung wurde das Angebot für Kinder und Jugendliche weiter ausgebaut.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 4b Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen.

Das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege ist am 1. Juli 2024 in Kraft getreten. Der Kanton setzt sein dazu erarbeitetes Konzept bereits um. Auf dessen Grundlage hat der Regierungsrat die kantonale Einführungsverordnung zum erwähnten Bundesgesetz erlassen (RRB Nr. 1324/2024). Zudem wurde die Auszahlung der Beiträge für Leistungen in der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen an die Betriebe vorbereitet.

Planmässig 2027

RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.

Für die Förderung der vernetzten Zusammenarbeit und die übergreifende Gestaltung von Lösungen wurde eine Austauschplattform mit den Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser eingerichtet. Die digitale Interaktion zwischen den Leistungserbringern und dem Kanton wird so kontinuierlich ausgebaut. Weitere Initiativen Umsetzung der Massnahme sind die Beteiligung am Digital Health Center in Bülach, die Unterstützung von gesundheitsrelevanten Vorhaben in der Innovation-Sandbox für KI und die Begleitung von regionalen Projekten zur Förderung der digitalen Vernetzung.

Planmässig 2027

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	9.9	10.1	0.0	0.0	10.1	10.8	0.7	7.0
Aufwand	-1346.2	-1410.1	-35.0	0.0	-1445.1	-1497.3	-52.2	-3.6
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-53.4	-60.9	0.0	0.0	-60.9	-62.8	-2.0	-3.2
- Subventionen gemäss § 20 SPFG			-35.0	0.0	-35.0	-35.0	0.0	0.0
- Covid-Finanzierungsmassnahmen	-0.7							
Saldo	-1 336.3	-1 400.0	-35.0	0.0	-1 435.0	-1 486.5	-51.5	-3.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	3.4	9.1	0.0	0.0	9.1	3.4	-5.7	-62.7
Ausgaben	-90.2		-50.0	-54.5	-104.5	-55.0	49.5	47.4
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo	-86.8	9.1	-50.0	-54.5	-95.4	-51.6	43.8	45.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-51.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-0.5	A1, A2	- Minderertrag Regress, indem weniger Fälle durch andere Versicherungen (Unfall, Haftpflicht) übernommen wurden.
-1.2	A1, A2	- Mehraufwand für Hospitalisationen gegenüber im Ausland wohnhaften Schweizer Rentnerinnen und Rentnern einschliesslich ihrer Familienangehörigen
-2.0	A1, A2, RRZ 4a	- Höherer Aufwand für Subventionen gemäss § 11 SPFG; insbesondere aufgrund Anstieg der Anzahl Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung
-11.1	A1, A2	- Angekündigte, 2025 anstehende Tarifrückabwicklungen aufgrund neuer rückwirkender Verträge
-35.1	A1, A2	- Höherer Aufwand für Hospitalisationen hauptsächlich infolge Preis- und Mengeneffekt: Die Teuerung mündete in verschiedene Verhandlungsergebnisse mit Tariferhöhungen ab 2024 und rückwirkend.
-1.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	9.1	3.4	-5.7	
- Darlehensrückzahlungen	9.1	3.4	-5.7	- Anpassung des Amortisationsplans des Darlehens an das Universitäts-Kinderspital Zürich führte zu tieferen Rückzahlungen als ursprünglich geplant.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-104.5	-55.0	49.5	
- Darlehen für Neubau Universitäts-Kinderspital Zürich gemäss RRB Nrn, 1185/2015 und 326/2025	-104.5	-55.0	49.5	- Das Darlehen aus RRB Nr. 1185/2015 wurde im Berichtsjahr vollständig abgerufen. Das zusätzliche Darlehen aus RRB Nr. 326/2024 wurde in eine Staatsgarantie gewandelt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

6400 Psychiatrische Versorgung

Die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen nimmt seit Längerem zu. Der Regierungsrat hat deshalb bereits in den Vorjahren Entscheide zur Förderung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung gefällt. In diesem Zusammenhang konnte gegen Ende des Berichtsjahres an der Klinik Clenia Schlössli in Oetwil am See planmässig ein zusätzliches stationäres kinder- und jugendpsychiatrisches Angebot in Betrieb genommen werden.

Zur Umsetzung der von Regierungs- und Kantonsrat unterstützten Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!», deren Ziel die Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist, hat die Gesundheitsdirektion ein Massnahmenpaket ausgearbeitet. Die dafür nötigen Mittel im Umfang von rund 5,7 Mio. Franken hat der Regierungsrat im Mai ver-

abschiedet (Vorlage 5920a). Das Paket umfasst insbesondere Massnahmen in den Bereichen Prävention, Früherkennung sowie kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung. Für die sach- und fristgerechte Umsetzung der verschiedenen Entscheide und die Verbesserung der Koordination unter den Leistungserbringern wurde im Amt für Gesundheit die Funktion einer Kantonspsychiaterin bzw. eines Kantonspsychiaters geschaffen. Im Berichtsjahr wurden zudem die Rahmenvereinbarungen für die Subventionierung von Tageskliniken und psychiatrischen Konsiliar- und Liaisondiensten überarbeitet. Mit den aktualisierten Vereinbarungen wird die langfristige Finanzierung der intermediären psychiatrischen Versorgungsangebote ab 2025 gesichert.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L2	Stationäre Normtage KVG ZH, IV ZH	A1	550100	580000	577100	-2900	-0.5
L3	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A1	33.2	32.2	33.2	1.0	3.1
L4	Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken, in Mio. Taxpunkten	A2	47.7	61.5	52	-9.5	-15.4
L5	Betreuung in Tageskliniken, in Tg.	A2	73701	71900	76249	4349	6.0
L6	Assistenzärztinnen/-ärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharztstitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	222	246	251	5	2.0
B1	Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.	A1, A2	31.5	34.6	36.0	1.4	4.0
B2	TARPSY-Referenztarif Erwachsene, in Fr.	A1	740	740	737	-3	-0.4
W1	Zürcher Patientinnen/Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A1	84	90	82	-8	
W3	Zürcher Spitäler mit bestandenem Audit (Leistungsanforderungscontrolling), in % (min.)	A1, A2		95			

Bemerkungen

- L4 Die Anpassung der Tarifstruktur aufgrund der Einführung des Anordnungsmodells für Psychologinnen und Psychologen beeinflusst die Anzahl abgerechneter Taxpunkte. B24 konnte zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nur schwer prognostiziert werden, weil zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bekannt war, wie die psychologische Psychotherapie taxpunktmässig bewertet werden wird.
- L5 Zunahme der Betreuungstage in den Tageskliniken, unter anderem aufgrund des Ausbaus der Kapazitäten für Jugendliche
- B1 Subventionen gemäss § 11 SPFG (vgl. Bemerkungen zur Finanzierung)
- W1 Aufgrund der Erweiterung der Spitalliste wurde antizipiert, dass sich prozentual mehr Patientinnen und Patienten innerkantonale behandeln lassen. Diese Prognose ist vorerst nicht eingetroffen.
- W3 Im Verlauf des Berichtsjahres wurde das Audit-Konzept erarbeitet. Demnach sollen Inspektionen umfassender als ursprünglich geplant durchgeführt werden. Die ersten Inspektionen finden im Frühjahr 2025 statt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4a Die von Unterversorgung betroffenen Bereiche stärken und die Versorgung durch ambulante, intermediäre und innovative Angebote weiter verbessern.

Für die Stärkung der ärztlichen Grundversorgung wurden den Spitälern gestützt auf RRB Nr. 643/2023 höhere Beiträge an die ärztliche Weiterbildung in den Fachbereichen Allgemeine innere Medizin, Kinder- und Jugendmedizin, Psychiatrie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie entrichtet (Fr. 25 000 pro Jahr und Ärztin/Arzt statt Fr. 15 000). Zudem bewilligte der Regierungsrat mit Beschlüssen Nrn. 421/2024 und 305/2024 zusätzliche Subventionen von bis zu 126 Mio. Franken für versorgungsnotwendige Sonderleistungen der Spitäler (unter anderem zur Förderung der Hausarztmedizin und für Pilotprojekte der aufsuchenden Versorgung) sowie für Massnahmen zur Umsetzung der Strategie Palliative Care. In der psychiatrischen Versorgung wurde das Angebot für Kinder und Jugendliche weiter ausgebaut.

Stand bis
Planmässig 2027

RRZ 4b Die Pflegeinitiative erfolgreich umsetzen.

Das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege ist am 1. Juli 2024 in Kraft getreten. Der Kanton setzt sein dazu erarbeitetes Konzept bereits um. Auf dessen Grundlage hat der Regierungsrat die kantonale Einführungsverordnung zum erwähnten Bundesgesetz erlassen (RRB Nr. 1324/2024). Zudem wurde die Auszahlung der Beiträge für Leistungen in der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen an die Betriebe vorbereitet.

Planmässig 2027

RRZ 4d Durch Digitalisierung die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern der ambulanten und stationären Versorgung fördern sowie die administrative Belastung senken.

Für die Förderung der vernetzten Zusammenarbeit und die übergreifende Gestaltung von Lösungen wurde eine Austauschplattform mit den Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser eingerichtet. Die digitale Interaktion zwischen den Leistungserbringern und dem Kanton wird so kontinuierlich ausgebaut. Weitere Initiativen zur Umsetzung der Massnahme sind die Beteiligung am Digital Health Center in Bülach, die Unterstützung von gesundheitsrelevanten Vorhaben in der Innovation-Sandbox für KI und die Begleitung von regionalen Projekten zur Förderung der digitalen Vernetzung.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.2	0.2	0.0	0.0	0.2	0.3	0.0	22.3
Aufwand	-266.6	-285.2	0.0	0.0	-285.2	-291.0	-5.8	-2.0
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-52.1	-55.5	0.0	0.0	-55.5	-58.2	-2.7	-4.9
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo	-266.4	-285.0	0.0	0.0	-285.0	-290.8	-5.8	-2.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben								
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-2.7	A1, A2, RRZ	- Höherer Aufwand für Subventionen gemäss § 11 SPFG aufgrund des Leistungswachstums bei den psychiatrischen Ambulatorien und den Tageskliniken
-2.9	A1	- Höherer Aufwand für Hospitalisationen, insbesondere kantonale Betriebe und ausserkantonale Leistungserbringer
-0.2		- Übrige Abweichungen

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat die Eckwerte und den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligungen für das Jahr 2025 festgesetzt (RRB Nr. 992/2024). Für die Prämienverbilligungen werden rund 1,3 Mrd. Franken zur Verfügung stehen. Mit demselben Beschluss wurden die Eigenanteilsätze für 2024 rückwirkend auf den 1. Januar gesenkt: für Verheiratete und in eingetragener Partnerschaft Lebende von 8,3% auf 7,0%, und für Einzelpersonen und Alleinerziehende von 6,6% auf 5,6%. Darüber hinaus wurden weitere Erfahrungen mit dem revidierten System der individuellen Prämienverbilligung

gesammelt. Das System ist zwar bedarfsgerecht, aber auch komplex. Dies ist auch das Fazit eines externen Gutachtens. Die Gesundheitsdirektion prüfte deshalb Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Vereinfachung des Systems. Die Ergebnisse legte der Regierungsrat im Bericht und Antrag zum dringlichen Postulat KR-Nr. 422/2023 betreffend Bedarfsgerechte individuelle Prämienverbilligung (IPV) dar (RRB Nr. 34/2025). In diesem Bericht werden auch drei Umsetzungsvarianten des indirekten Gegenvorschlags zur Prämien-Entlastungs-Initiative vorgestellt.

Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet in der obligatorischen Krankenversicherung individuelle Prämienverbilligungen (IPV) an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1^{bis} KVG.
- A2 Bei Ergänzungsleistungen beziehenden Personen (EL-Beziehenden) übernimmt der Kanton die effektive Prämie, maximal in der Höhe der regionalen Durchschnittsprämie.
- A3 Bei den Sozialhilfebeziehenden übernimmt der Kanton die Prämien.
- A4 Der Kanton finanziert 85% der Ausstände aufgrund von Verlustscheinen (Prämien und Kostenbeteiligung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Versicherte mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	31	26	34	8	
L2	Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	44	42	46	4	
L3	Kantonsbeitrag, in % des Bundesbeitrags (min.; Zielwert)	A1, A2, A3, A4	94	92	90	-2	
L4	IPV beziehende Personen (min.; Zielwert)	A1	416 000	321 300	480 000	158 700	49.4
L5	EL-Beziehende mit Prämienverbilligung (min.; Zielwert)	A2	59 300	59 800	60 500	700	1.2
L6	Sozialhilfebeziehende mit Prämienübernahme (min.; Zielwert)	A3	61 400	77 769	65 900	-11 869	-15.3
L7	Betroffene Versicherte mit Verlustschein	A4	18 200	19 700	19 300	-400	-2.0
L8	Selbstfinanzierung der Prämie (Eigenanteil) bei Haushalten von verheirateten Paaren, in % des massgebenden Einkommens	A1	5.9	8.3	7.0	-1.3	
L9	Selbstfinanzierung der Prämie (Eigenanteil) bei Haushalten von Alleinerziehenden und Alleinstehenden, in % des massgebenden Einkommens	A1	4.7	6.6	5.6	-1.0	
B1	Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeitete/n Bezugsberechtigte/n bei der IPV, in Fr. (max.)	A1	36	37	36	-1	-2.7
B2	Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro betroffene/n Versicherte/n mit Verlustschein, in Fr. (max.)	A4	26	28	15	-13	-46.4
W1	Finanzielle Entlastung der unterstützten Personen und Haushalte bei den Krankenkassenprämien, in Mio. Franken (ohne Verlustscheine und ohne Vollzugsentschädigung an die SVA) (min.)	A1, A2, A3	1 061	1 100	1 146	46	4.2
W10	Selbstfinanzierung der tatsächlichen Prämie bei Haushalten von verheirateten Paaren (ohne Kinder) zur Finanzierung einer günstigen Prämie, in % eines massgebenden Einkommens von Fr. 40 000	A1	13.4	16.1	15.1	-1.0	-6.2
W11	Selbstfinanzierung der tatsächlichen Prämie bei Haushalten von Alleinstehenden (ohne Kinder) zur Finanzierung einer günstigen Prämie, in % eines massgebenden Einkommens von Fr. 25 000	A1	10.7	12.9	12.0	-0.9	-7.0

Bemerkungen

- L1, L2 Die höhere Quote ist vorwiegend auf die höhere Anzahl IPV-Berechtigter (vgl. L4) zurückzuführen. Zudem trägt der überdurchschnittliche Anstieg der Anzahl der Ergänzungsleistungsbeziehenden mit Prämienverbilligung zum höheren Indikatorwert bei.
- L3 Im Rahmen des Nachtragskredits 2024 zweite Serie wurde aufgrund der angespannten finanziellen Lage und der letztjährigen Überschreitung der Kantonsbeitragsquote um 2 Prozentpunkte (94% anstatt 92%) nur die Hälfte der für eine Kantonsbeitragsquote von 92% benötigten zusätzlichen Mittel beantragt.
- L4 Die höhere Anzahl von IPV-Beziehenden lässt sich zum einen auf die zu hoch budgetierte Anzahl der vollständigen IPV-Rückforderungen, zum anderen auf die nachträgliche Senkung des Eigenanteilsatzes von 8.3% (geplant) auf 7.0% (effektiv) zurückführen. Darüber hinaus wurde beim B24 die Wirkung von tieferen Eigenanteilsätzen auf die Anzahl der IPV-Berechtigten allgemein unterschätzt.
- L6 Die Abweichung zu B24 ist auf die rückläufige Entwicklung der Sozialhilfefälle (ohne Asyl) und auf zu hohe Planwerte bei der Anzahl der Geflüchteten aus der Ukraine zurückzuführen.
- L8, L9 Im Herbst des Berichtsjahres wurden die Eigenanteilsätze nachträglich gesenkt, um die Ausschöpfung der verfügbaren Mittel sicherzustellen (RRB Nr. 992/2024).
- B2 Aufgrund einer IT-Neuentwicklung erfolgt die Bearbeitung der Verlustscheine neu grösstenteils automatisiert und ist dadurch deutlich weniger aufwendig. Dem Kanton wird daher ein reduzierter Tarif verrechnet, was den geringeren Vollzugsaufwand erklärt.
- W1 R24 fällt höher aus, weil die Prämienteuerung höher war als geplant.
- W10, W11 Durch die Senkung der Eigenanteilsätze (RRB Nr. 992/2024) reduzierte sich auch der Selbstfinanzierungsgrad der Modellhaushalte.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	609.8	638.3	0.0	0.0	638.3	672.9	34.6	5.4
- Bundesbeitrag	540.5	569.7	0.0	0.0	569.7	593.8	24.1	4.2
Aufwand	-1 116.4	-1 162.4	-10.4	0.0	-1 172.8	-1 204.9	-32.1	-2.7
- Entschädigung SVA	-14.6	-12.5	0.0	0.0	-12.5	-17.6	-5.1	-40.9
- Individuelle Prämienverbilligung	-644.5	-651.1	-10.4	0.0	-661.5	-712.2	-50.7	-7.7
- Prämienübernahme EL	-301.2	-317.0	0.0	0.0	-317.0	-323.0	-6.0	-1.9
- Prämienübernahme Sozialhilfe	-114.9	-132.0	0.0	0.0	-132.0	-111.1	20.9	15.8
- Kantonsanteil Verlustscheine	-41.1	-49.8	0.0	0.0	-49.8	-41.0	8.8	17.7
Saldo	-506.5	-524.1	-10.4	0.0	-534.5	-532.0	2.5	0.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
34.6	A1, A2, A3, A4	- Mehrertrag aufgrund des höheren Übertrags der Sicherheitsdirektion für Prämienübernahmen im Asylbereich und eines höheren Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung
20.9	A3	- Tiefere Prämienübernahme für Sozialhilfebeziehende infolge der rückläufigen Entwicklung der Sozialhilfefälle und der damit verbundenen Restprämienübernahme
8.8	A4	- Minderaufwand für Verlustscheine, da ein zu hoher Erfahrungswert budgetiert wurde.
-5.1	A1, A3, A4	- Höhere Vollzugsentschädigung an die SVA wegen der zusätzlich zu bearbeitenden Anträge infolge des Nachversands. Der Nachversand stellt sicher, dass die nach Senkung des Eigenanteils neu berechtigten Personen ein Antragsformular erhalten.
-6.0	A2	- Mehraufwand für die Prämienverbilligung an Ergänzungsleistungsbeziehende aufgrund von höheren Nachmeldungen im Berichtsjahr
-50.7	A1	- Höherer Aufwand für die IPV infolge der nachträglichen Senkung des Eigenanteils im Herbst des Berichtsjahres, die darauf abzielte, die Ausschöpfung der Budgetmittel sicherzustellen und somit die Vorgaben des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz zu erfüllen. Zudem höherer Prämienwachstum als antizipiert.
0.0		- Übrige Abweichungen

6900 Tierseuchenfonds

Am 1. Januar 2014 traten das totalrevidierte Kantonale Tierseuchengesetz (KTSG) und die neue Kantonale Tierseuchenverordnung (KTSV) in Kraft. Seither werden sämtliche Kosten für die Prävention und die Bekämpfung von Tierseuchen über die Betriebsrechnung des Veterinäramtes (Leistungsgruppe Nr. 6100) abgerechnet. Zuvor wurden diese Kosten teilweise über den Tierseuchenfonds finanziert. Gestützt auf das KTSG wurden 2014 57% des Fondsbestands dem Kanton zugeführt. Der Restbestand wird seither verwendet, um die ordentlichen und ausserordentlichen Tierhalterbeiträge zu senken. Allerdings profitieren davon nur diejenigen Halterin-

nen und Halter, die vor dem 1. Januar 2014 Beiträge in den Tierseuchenfonds geleistet haben. Der Fonds wird 2025 aufgebraucht sein und danach aufgehoben werden.

Im Berichtsjahr wurden nur ordentliche Tierhalterbeiträge erhoben. Von einer Beitragssenkung konnten rund 30% der als beitragspflichtig registrierten Tierhaltungen profitieren. Für die Auszahlungen wurden rund Fr. 135'000 vom Fonds in die Betriebsrechnung des Veterinäramtes übergeführt. Der Fondsbestand am Ende des Berichtjahres betrug damit noch rund Fr. 96'000.

Aufgaben

A1 Fonds zur Senkung der Tierhalterbeiträge für die Tierseuchenbekämpfung

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-0.2	-0.1	-0.1	0.0	0.2
Finanzierung	0.2	0.1	0.1	-0.0	-0.2

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	-0.0	-0.1
- Senkung Tierhalterbeiträge (Übertrag an Veterinäramt)	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	-0.0	-0.1
Saldo	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	-0.0	-0.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

07

Bildungsdirektion

Überblick	178
Legislaturziele	179
Bildung (Politikbereich 2)	179
Finanzierung	181
Übersicht	181
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	181
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	182
Personal- und Lohnstatistik	182
Beschäftigungsumfang	182
Lohnaufwand	182
Anstellungsverhältnisse	182
Parlamentarische Vorstösse	183
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	183
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	183
Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)	184
Leistungsgruppen	185
7000 Bildungsverwaltung	185
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	189
7100 Lehrmittelverlag	193
7200 Volksschulen	195
7301 Mittelschulen	198
7306 Berufsbildung	201
7401 Universität (Beiträge)	205
7402 Sonstige universitäre Leistungen	207
7406 Fachhochschulen (Beiträge)	209
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	212
7501 Kinder- und Jugendhilfe	213
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	216
7930 Berufsbildungsfonds	219

Überblick

Lehrpersonen im Umgang mit heterogenem Verhalten unterstützen

An den Bezirksveranstaltungen für Schulleitende wurden Bausteine zur Förderung der Zusammenarbeit an Schulen vorgestellt, um deren Tragfähigkeit insbesondere im Umgang mit Heterogenität zu stärken. Das Forum Schulführung war dem Thema Teilhabe im Fokus – Vielfalt als Chance gewidmet. Die Teilnehmenden lernten die Ziele des Aktionsplans des Kantons zur Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention kennen, ihre Aufgabe in diesem Rahmen sowie Angebote, die sie bei der Umsetzung unterstützen. Im Rahmen des Angebots Challenge unterstützte die Pädagogische Hochschule Zürich Schulen im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern. In der kantonalen Koordinationsgruppe Verhaltensauffälligkeiten wurden Ideen für die ersten vier Schuljahre (1. Zyklus) gesammelt und auf der Webseite des Volksschulamtes publiziert.

Ein guter Einstieg in die Berufswelt

Um die Sekundarschülerinnen und -schüler bestmöglich auf den Schritt in die Berufsbildung vorzubereiten, wurde im Berichtsjahr die Vernetzung verstärkt und durch konkrete, ämterübergreifende Massnahmen im Programm Volksschule-Berufsbildung (VSBB) weiterentwickelt. Im Herbst wurde die Vereinbarung Fit für die Lehre in einer Pilotphase erprobt und ausgewertet. Im November fand zudem das erste Netzwerkforum VSBB statt, eine Plattform zur Förderung des Austauschs zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Rund 50 Teilnehmende aus der Sekundarschule, der Berufsbildung, der Verwaltung und der Wirtschaft haben an diesem Austausch teilgenommen. Das Forum wird aufgrund der positiven Rückmeldungen 2025 zum zweiten Mal durchgeführt. Ausserdem soll ein ständiges Gremium eingeführt zum Dialog zwischen Sekundarschule und Berufsfachschulen sowie Berufsmaturitätsschulen werden.

Programm Grundkompetenzen Erwachsene

Mit dem Programm Grundkompetenzen Erwachsene unterstützt der Kanton seit 2021 Erwachsene, die Mühe haben mit Lesen, Schreiben, Rechnen oder im Umgang mit digitalen Geräten. Damit fördert das Programm den Wiedereinstieg in eine persönliche Bildungslaufbahn, ermöglicht den Anschluss an eine berufliche Nachholbildung und wirkt unterstützend für das erfolgreiche Bewältigen von digitalen Entwicklungen. Für die Jahre 2025 bis 2028 soll das Programm Grundkompetenzen Erwachsene darum mit insgesamt 22,8 Mio. Franken unterstützt werden. Der Regierungsrat hat den entsprechenden Rahmenkredit beschlossen (RRB Nr. 425/2024). Der Bund beteiligt sich mit voraussichtlich 10 Mio. Franken.

Inbetriebnahme Provisorium am Standort Irchel und Filiale Hohlstrasse

Das Schuljahr 2024/2025 startete mit der Inbetriebnahme zweier neuer Provisorien für die Mittelschulen. Die Kantonsschule Zürich Nord nahm ihren Schulbetrieb für drei Jahre in einem Provisorium auf dem Campus Irchel der Universität auf. In dieser Zeit wird das Schulgebäude in Oerlikon instand gestellt. Die Räume des Provisoriums auf dem Campus Irchel werden nach der Kantonsschule Zürich Nord gemeinsam vom

Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium Rämibühl und dem Realgymnasium Rämibühl, danach gemeinsam von den Kantonsschulen Freudenberg und Enge genutzt. Per Schuljahr 2024/2025 nahm auch das Provisorium Standort Hohlstrasse der Kantonsschule Wiedikon seinen Betrieb auf. Die Kantonsschule Hottingen unterrichtet seit dem Schuljahr 2024/2025 zusätzlich in einer Filiale in Oerlikon.

Governance Sekundarstufe II

Die Anstellungsbedingungen der Schulleitungsmitglieder hatten in jüngerer Vergangenheit Anlass zu politischen Vorstössen gegeben. Im Projekt Governance auf Sekundarstufe II wurden daher Gesetzesänderungen ausgearbeitet, welche die Zuständigkeiten entflechten und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Schulleitungen der kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen schaffen. Der Regierungsrat hat die entsprechenden Revisionen des Mittelschulgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz an den Kantonsrat überwiesen (Vorlage 5989). Die Änderungen werden die Schulen im Hinblick auf künftige Herausforderungen stärken.

Monitoring der familienergänzenden Betreuung

Im Auftrag des Regierungsrates erstellt die Bildungsdirektion alle vier Jahre ein Monitoring über die Situation und Entwicklung der familienergänzenden Betreuung im Früh- und Schulbereich im Kanton. Basierend auf einer Erhebung aus dem Jahr 2022 wurde der Bericht über die familienergänzende Betreuung im Frühbereich im April des Berichtsjahres veröffentlicht, der Bericht über die unterrichtsergänzende Betreuung folgt 2025.

Mobile Intervention bei Jugendkrisen

Seit 2012 steigt die Zahl Kinder und Jugendlicher mit psychischen Erkrankungen kontinuierlich an, seit 2018 sogar deutlich stärker als in den Vorjahren. Parallel dazu nimmt die Anzahl der Kinderschutzmassnahmen erheblich zu. Als Reaktion darauf erteilte der Regierungsrat dem Amt für Jugend und Berufsberatung den Auftrag, mit der Mobilen Intervention bei Jugendkrisen ein Angebot bereitzustellen, um Kinder und Jugendliche in psychosozialen Krisen rasch und kurzfristig zu beraten (RRB Nr. 769/2022). Bereits im ersten Jahr zeigte sich ein erheblicher Bedarf. Über 300 Fälle wurden erfolgreich bearbeitet. Erste Auswertungen bestätigen, dass das Angebot eine wichtige Lücke in der Versorgungslandschaft zwischen Schule, Sozialer Arbeit, Psychiatrie und Therapie schliesst. Die niederschwellige Zugänglichkeit, schnelle Verfügbarkeit sowie die mobile Arbeitsweise, einschliesslich Beratungen im häuslichen Umfeld der Familien, haben sich bewährt. Belastende Situationen können rasch beruhigt und passende Lösungen erarbeitet werden. Durch die multiprofessionelle Zusammenarbeit von Fachkräften aus Psychologie und Sozialer Arbeit kann eine passgenaue interdisziplinäre Hilfestellung sichergestellt werden. Die Evaluation des ersten Projektjahres zeigt zudem, dass die Fachpersonen anderer Behörden und Fachstellen entlastet werden und die mobile Arbeitsweise insbesondere bei Schulabsentismus wirksam ist. Die Mobile Intervention bei Jugendkrisen ist vorerst befristet und wird kontinuierlich evaluiert.

Inkrafttreten Änderungen Fachhochschulgesetz

Die neue Personalverordnung der Zürcher Fachhochschulen und weiteren Verordnungsänderungen traten am 1. August des Berichtsjahres in Kraft. Die wichtigste Änderung der ersten Vorlage betrifft die Zusammensetzung des Hochschulpersonals der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH). Als neue Personalkategorie wurden die Professorinnen und Professoren eingeführt. In der neu zusammengesetzten Personalkategorie des Lehr- und Forschungspersonals wurden die bisherigen Dozierenden, Lehrbeauftragten sowie wissenschaftlichen Mitarbeitenden in drei Levels zusammengeführt. Die Assistierenden hingegen wurden in eine separate Personalkategorie überführt. Mit der zweiten Vorlage wurde die bisherige Dachorganisation der Zürcher Fachhochschule formell aufgehoben, welche die ZHAW, die ZHdK und die PHZH umfasste.

Universitäre Medizin Zürich (UMZH)

Die Universität Zürich und die Universitätsspitäler (Universitätsspital Zürich, Universitätsklinik Balgrist, Universitäts-Kinderspital und Psychiatrische Universitätsklinik Zürich) haben ihre Zusammenarbeit im Netzwerk Universitäre Medizin Zürich weiter verstärkt. In den Verfahren zur Besetzung der klinischen Professuren werden die Universitätsspitäler vermehrt in die Professuren- und Ressourcenplanung und in die daran anschliessenden Berufungsprozesse eingebunden. Zusätzlich wurde die Zusammenarbeit mit dem neuen Finanzierungsmodell zur Abgeltung der Leistungen der Spitäler in Forschung und Lehre gestärkt. Die Dachstrategie Universitäre Medizin wurde weiterentwickelt und mit der Präzisionsmedizin und der Ausrichtung auf die Präzisionsonkologie ein bedeutender strategischer und thematischer Schwerpunkt gesetzt.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 2	Bei wachsender Bevölkerung die Rahmenbedingungen für eine hohe Qualität im Bildungswesen sichern.		
RRZ 2a	Genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen ausbilden, indem zeitgemässe und praxisorientierte Ausbildungen sichergestellt, flexiblere Zugänge geprüft sowie die multiprofessionelle Zusammenarbeit gestärkt wird.	7406	2027
RRZ 2b	Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte, die Schulleitungen sowie weitere Führungskräfte und das Fachpersonal im Schulumfeld ermöglichen.	7000	2027
RRZ 2c	Die Begleitung der berufseinsteigenden Lehrpersonen weiterentwickeln und stärken.	7200	2027
RRZ 2d	In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen stärken und auf allen Stufen durch aktive Lehrstellenförderung ausreichend Ausbildungsplätze und neue Berufsfelder schaffen.	7306	2027
RRZ 2e	Erwachsenen mit ungenügenden Grundkompetenzen ausreichend Bildungsangebote zur Verfügung stellen.	7306	2027
RRZ 2f	Die Massnahmen aus dem nationalen Programm Berufsbildung 2030 umsetzen, insbesondere die Rahmenbedingungen für den allgemeinbildenden Unterricht an den Berufsfachschulen und die Berufsmaturität erneuern sowie die Finanzierung des Berufsabschlusses für Erwachsene anpassen.	7306	2027
RRZ 2g	Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben.	7050	2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
BI 2.1	Bildungsgerechtigkeit durch Stärkung von Gesellschaftskompetenz erhöhen		
BI 2.1a	Das bedarfsgerechte Angebot an Schulsozialarbeit der Gemeinden gemäss KJHG überprüfen und die entsprechenden Grundlagen anpassen	7501	2027
BI 2.1b	Bibliotheken als kommunale Begegnungsorte für Familien und als Orte der Sprachförderung unterstützen	7502	2027
BI 2.1c	Begabungs- und Begabtenförderung in der Volksschule weiterentwickeln	7200	2027
BI 2.1d	Familien mit Kindern im Vorschulalter niederschwellig und bedarfsgerecht unterstützen (Revision KJHG)	7501	2027
BI 2.1e	Sprachförderung (einschliesslich DaZ) in allen Fachbereichen und auf allen Stufen der Volksschule koordiniert weiterentwickeln	7200	2027
BI 2.1f	Allen Familien mit Kindern im Vorschulalter die Inanspruchnahme von familienergänzenden Betreuungsangeboten durch eine Mitfinanzierung der öffentlichen Hand ermöglichen (Revision KJHG)	7501	2027
BI 2.1g	Auf allen Bildungsstufen präventive Massnahmen zur Verhinderung von Mobbing und Gewalt weiterentwickeln	7000	2027
BI 2.1h	An allen Mittel- und Berufsfachschulen im Kanton Zürich ein niederschwelliges Angebot an unterstützenden Diensten für die Schülerinnen, Schüler und Lernenden bereitstellen	7301	2027

BI 2.1i	Die Mittel- und Berufsfachschulen so gestalten, dass sie neuen pädagogischen Anforderungen genügen und ihre Funktion als soziale Orte anpassen	7000	2027
BI 2.1j	Austausch- und Mobilitätsaktivitäten, insbesondere zwischen den Sprachregionen der Schweiz, auf allen Schulstufen fördern und damit die Sprach- sowie Sozial- und Selbstkompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärken	7301	2027
BI 2.1k	An allen Mittel- und Berufsfachschulen im Kanton Zürich ein niederschwelliges Angebot an unterstützenden Diensten für die Schülerinnen, Schüler und Lernenden bereitstellen.	7306	2027
BI 2.1l	Austausch- und Mobilitätsaktivitäten, insbesondere zwischen den Sprachregionen der Schweiz, auf allen Schulstufen fördern und damit die Sprach- sowie Sozial- und Selbstkompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärken	7306	2027
BI 2.2	Die Organisationen im Bildungsbereich weiterentwickeln, damit die Schulen für zukünftige Herausforderungen gut aufgestellt sind		
BI 2.2a	Die Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen anpassen	7301	2027
BI 2.2b	Das Stipendienwesen (Ausbildungsbeiträge) in Bezug auf administrative Abläufe überprüfen und weiter verbessern (Revision Bildungsgesetz)	7502	2027
BI 2.2c	Das System des Mitteleinsatzes in den Volksschulen überprüfen und unter Berücksichtigung der Schulqualität vereinfachen. Den Handlungsspielraum der Gemeinden in der Gestaltung der Schulorganisation vergrössern und den administrativen Verwaltungsaufwand verringern	7200	2027
BI 2.2d	Die Lehrpersonen im Umgang mit Heterogenität und herausforderndem Verhalten unterstützen	7200	2027
BI 2.2e	Die Lehrmittelpolitik, ihre Prozesse einschliesslich der Mitwirkung der Lehrpersonen und Zusammenarbeit zwischen Verlagen und Verwaltung überprüfen	7200	2027
BI 2.2f	Die Vielfalt der Modelle auf der Sekundarstufe I überprüfen	7000	2027
BI 2.2g	Die Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen anpassen	7306	2027
BI 2.2h	Eignerstrategien und Leistungsvereinbarungen für alle Hochschulen sowie weitere Bildungsinstitutionen gemäss Public Corporate Governance erarbeiten und umsetzen	7000	2027
BI 2.3	Digitalen Wandel vorantreiben		
BI 2.3a	Die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH) umsetzen	7401	2029
BI 2.3b	Den digitalen Wandel auf Sekundarstufe II gemäss RRB Nr. 259/2019 umsetzen	7301	2027
BI 2.3c	Die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen DIZH umsetzen	7406	2029
BI 2.3d	Die neue Schulverwaltungssoftware an den Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten und einführen	7301	2028
BI 2.3e	Die Übergänge von der Schule (Sekundarstufe und Mittelschule) zur Berufswelt und/oder weiterführenden Bildungsangeboten mit digitalen Instrumenten unterstützen und insbesondere das Berufswahl-Portal und das Studienwahl-Portal etablieren und weiterentwickeln.	7502	2027
BI 2.3f	Lehrpersonen im Bereich der digitalen Transformation auf allen Stufen unterstützen und befähigen (insb. Sek II und Tertiärstufe)	7000	2027
BI 2.3g	Den digitalen Wandel auf Sekundarstufe II gemäss RRB Nr. 259/2019 umsetzen	7306	2027
BI 2.3h	Weitere digitale Angebote für die Schulen und Dienstleistungen der Verwaltung anbieten	7000	2027
BI 2.3i	Die neue Schulverwaltungssoftware an den Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten und einführen	7306	2028
BI 2.3j	Den digitalen Arbeitsplatz (DAP) in der Bildungsdirektion einführen	7000	2027
BI 2.4	Individuelle Bildungskarrieren ermöglichen		
BI 2.4a	Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und der Universität verbessern	7401	2027
BI 2.4b	Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und der Universität verbessern	7406	2027
BI 2.4c	Im Rahmen der Projekte «Gymnasium 22» und «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM)» das Gymnasium auf den Lehrplan 21 abstimmen, die Qualität der gymnasialen Maturität unter Berücksichtigung der Belastungssituation der Schülerinnen und Schüler stärken und auf künftige Anforderungen ausrichten	7301	2027
BI 2.4d	Den prüfungsfreien Übertritt bei guten Leistungen in die BMS I prüfen	7306	2027
BI 2.4e	Das kostenlose Grundangebot der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung auf den veränderten individuellen, gesellschaftlichen und arbeitsmarktlichen Bedarf anpassen (Revision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung)	7502	2027
BI 2.4f	Die Berufsabschlüsse für Erwachsene fördern	7306	2027
BI 2.4g	Das Programm Grundkompetenzen für Erwachsene weiterentwickeln und den neuen Bedürfnissen anpassen (WeBIG)	7306	2027
BI 2.4h	Übergänge optimieren; Massnahmen im Frühbereich für einen gelingenden Schuleintritt verstärken, Schnittstellen zwischen Volksschule und Berufsbildung weiter verbessern, gute Rahmenbedingungen für einen passenden und chancengerechten Übertritt in ein Bildungsangebot der Sekundarstufe II schaffen.	7000	2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1316.0	1319.4	0.0	0.0	1319.4	1352.5	33.1	2.5
Aufwand	-4367.2	-4462.7	0.0	-0.6	-4463.3	-4524.1	-60.9	-1.4
Saldo	-3051.2	-3143.2	0.0	-0.6	-3143.8	-3171.6	-27.8	-0.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.1	4.0	0.0	0.0	4.0	21.5	17.5	437.3
Ausgaben	-125.0	-190.5	0.0	-21.7	-212.2	-119.9	92.3	43.5
Saldo	-123.9	-186.5	0.0	-21.7	-208.2	-98.4	109.8	52.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-27.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
32.1	7501	- Geringere Mittel als budgetiert für die Rückabwicklung der Versorgertaxen aufgrund der bereinigten Eingaben der Gemeinden
4.2	7501	- Weniger Subventionen im Bereich der ergänzenden Hilfe zur Erziehung
1.0	7100	- Höherer Umsatz bei der Lehrmitteln für Deutsch, Mathematik und Englisch
-2.3	7306	- Umsetzung der Pflegeinitiative gemäss Vorlage 5943
-2.7	7100, 7306	- Beim Lehrmittelverlag tiefere (1.3 Mio. Franken) und in der Berufsbildung höhere (-4.0 Mio. Franken) Raumkosten
-3.0	7200	- Höhere Kostenanteile an die Gemeinden für die Integrierte Sonderschulung aufgrund mehr ISR-Schülerinnen und -Schüler (Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschulen)
-3.9	7402, 7407	- Höhere Beiträge zur Abgeltung der Zürcher Studierenden gemäss IUV und FHV
-5.7	7200	- Höhere Kostenanteile an die Schulung von Kindern von Asylsuchenden wegen zusätzlicher Aufnahmeklassen in Asyldurchgangszentren
-7.4	7401	- Höherer Kostenbeitrag an die UZH: Ausgleich des nicht kompensierbaren Teils des Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
-10.9	7501	- Höhere Inanspruchnahme und Kosten bei den ergänzenden Hilfen zur Erziehung im Bereich der Pflegefamilien und der sozialpädagogischen Familienhilfen
-12.3	7406	- Höhere Kostenbeiträge an die Fachhochschulen zum Ausgleich des nicht kompensierbaren Teils des Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 sowie zur Abgeltung der Raumkosten
-18.5	7000, 7200, 7301, 7306	- Ausgleich des nicht kompensierbaren Mehraufwands aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
1.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R24	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau für Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät (Forum UZH / Wässerwies)	-16.0	-594.8	-65.4	-529.4
- Zürich, Universität Irchel, Neubau PORTAL UZH für Lehr-, Labor- und Technikflächen Irchel Mitte (Y10-Y51)	-6.1	-577.0	-6.3	-570.7
- Zürich, Universität Irchel, Neubau für Chemische Institute, 5. Ausbaustappe (inkl. zusätzlicher Fläche)	9.4	-241.7	-227.7	-14.0
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau Zahnmedizin am Standort Hottingen	-8.6	-323.0	-19.0	-304.0
- Zürich, Universität Irchel, Neubau Y80 (multifunktionaler Laborneubau)	-8.0	-46.4	-41.4	-5.0
- Zürich, Universität Irchel, Zwischennutzung: Stabilisierende Massnahmen UZI 1 Priorität 3	-12.6	-39.6	-34.6	-5.0
- Zürich, Universität, ganze Universität, Erneuerung Audio-/Videoanlagen	-2.3	-25.3	-19.3	-6.0
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung TPV, TBA, TDI	-1.2	-23.7	-3.1	-20.6
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung Pferdeklinik	-4.3	-23.0	-6.1	-16.9
- Zürich, Universität Irchel, Schadstoffsanierung UZI 1.1	-3.6	-20.5	-21.6	0.0
- übriger Hochbau Bildungsdirektion	-35.8			
- Entwicklungsprojekte Lehrmittel	-3.9			
- Mobilien/IT	-9.2			
- Investitionsbeiträge (Hochbau und Ausstattung)	-16.5			
- Ausbildungsdarlehen gemäss Stipendienreform	-1.2			
- Übrige	-0.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	17637.8	17721.2	18107.0	385.8	2.2

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
7000 Bildungsverwaltung	-49626	-48188	-52700	-4512	-9.4
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	
7100 Lehrmittelverlag	-7420	-7644	-7635	9	0.1
7200 Volksschulen	-269599	-279381	-277138	2243	0.8
7301 Mittelschulen	-312309	-314249	-326473	-12224	-3.9
7306 Berufsbildung	-241598	-253009	-257952	-4943	-2.0
7401 Universität (Beiträge)	0	0	0	0	
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	
7406 Fachhochschulen (Beiträge)	0	0	0	0	
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	
7501 Kinder- und Jugendhilfe	-58743	-61978	-64941	-2963	-4.8
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	-19611	-22217	-19885	2332	10.5
7930 Berufsbildungsfonds	-33	-23	-18	5	21.7
Total	-958939	-986689	-1 006 742		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2024)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
7000 Bildungsverwaltung	492	342	150	204	288
7100 Lehrmittelverlag	78	45	33	45	33
7200 Volksschulen	20113	15761	4352	4535	15578
7301 Mittelschulen	3490	1955	1535	774	2716
7306 Berufsbildung	2961	1397	1564	639	2322
7501 Kinder- und Jugendhilfe	925	788	137	147	778
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	232	179	53	48	184
Total	28291	20467	7824	6392	21899

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
242/2020	Konzept für Fernunterricht (Postulat Christoph Ziegler, Elgg, Marc Bourgeois, Zürich, und Carmen Marty Fässler, Adliswil)	Vorlage 242a/2020 vom 24.01.2024	07.03.2022
30/2022	Aktivere Informationen in der Volksschule für Berufswege (Postulat Carmen Marty Fässler, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 30a/2022 vom 10.01.2024	25.04.2022
82/2022	Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Schulen (Postulat Sibylle Marti, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 82a/2022 vom 20.03.2024	27.06.2022
236/2022	Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im ausserschulischen Bereich (Motion Yvonne Bürgin, Rüti, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 236a/2022 vom 12.06.2024	26.09.2022
293/2022	Fiktive Abstimmungs- und Wahlunterlagen für den Unterricht zur politischen Bildung (Postulat Janine Vannaz, Aesch, und Yvonne Bürgin, Rüti)	Vorlage 293a/2022 vom 03.07.2024	28.11.2022
410/2022	Benützung von Räumlichkeiten, Anlagen und Einrichtung kantonaler Schulen für Trainingseinheiten von U20 Vereinsgruppen (Postulat Michael Bänninger, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 410a/2022 vom 18.12.2024	16.01.2023
390/2022	Förderung und Weiterentwicklung des Berufes Fachperson Gesundheit EFZ durch Weiterbildungen und Fachausweise (Postulat Claudia Hollenstein, Stäfa, Nathalie Aeschbacher, Zürich, und Ronald Alder, Ottenbach)	Vorlage 390a/2022 vom 26.06.2024	16.01.2023
387/2022	Speditive Abwicklung der Stipendiengesuche (Motion Kathrin Wydler, Wallisellen, Yvonne Bürgin, Rüti, und Marzena Kopp, Meilen)	Erledigung mit Vorlage 5982 vom 11.09.2024	16.01.2023
244/2021	Ausbildungsbeiträge für Quereinsteigende in eine Ausbildung zur Pflegefachperson HF (Motion Brigitte Rösli, Illnau-Effretikon, und Mitunterzeichnende)	Erledigung mit Vorlage 5943 EG Ausbildungsförder- gesetz Pflege vom 07.02.2024	15.01.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
125/2021	Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich (Motion Janine Vannaz, Aesch, und Mitunterzeichnende)	04.07.2022
4/2021	Eigentümerstrategie für die ZFH (Motion Raffaella Fehr, Volketswil, Rochus Burtscher, Dietikon, und Karin Fehr Thoma, Uster)	04.07.2022
334/2023	Sonderprivatauszug bei Anstellungen an Kantons- und Berufsschulen (Postulat Sibylle Jüttner, Andelfingen, und Mitunterzeichnende)	04.12.2023
162/2021	Einsetzbarkeit und berufliche Mobilität der Zürcher Primarlehrpersonen verbessern (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	18.12.2023
276/2021	Chancen auf erfolgreichen Berufsabschluss erhöhen (Motion Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	26.02.2024
280/2021	Ausreichende Anzahl K+S-Gymiplätze für Kunst- und Sporttalente (Postulat Raffaella Fehr, Volketswil, und Mitunterzeichnende)	26.02.2024
436/2021	BIZ-Elternabende an Sekundarschulen (Postulat Rochus Burtscher, Dietikon, und Mitunterzeichnende)	25.03.2024
228/2022	Entlastung von Lehrpersonen im- und ausserhalb des Unterrichts zur Steigerung der Beschäftigungsquote, der Produktivität und der Verweildauer im Beruf (Postulat Marc Bourgeois, Zürich, und Mitunterzeichnende)	08.04.2024
85/2022	Fachhochschulabschluss in der Lehrtätigkeit an Berufs- und Berufsmittelschulen (Motion Rochus Burtscher, Dietikon, und Mitunterzeichnende)	08.04.2024
69/2024	Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen (Dringliches Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, und Mitunterzeichnende)	29.04.2024
229/2022	Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads in der Volksschule (Postulat Marc Bourgeois, Zürich, und Mitunterzeichnende)	03.06.2024
145/2024	Lehrerausbildungen auch im Fernstudium anbieten (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	26.08.2024
294/2022	Mehr Flexibilität bei den Klassengrössen (Postulat Monika Wicki, Zürich, und Mitunterzeichnende)	30.09.2024

271/2022	Höherer Lektionenfaktor für eine Jahreslektion (Postulat Carmen Marty Fässler, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	30.09.2024
332/2024	Schaffung 500 zusätzlicher Studienplätze für Humanmedizinerinnen und Humanmediziner bis 2028 (Dringliches Postulat Josef Widler, Zürich, und Mitunterzeichnende)	18.11.2024

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgendes Postulat mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben:

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
291/2022	Stärkung der Schulleitungen in der Volksschule (Postulat Christoph Fischbach, Kloten, und Mitunterzeichnende)	30.09.2024

Mit dem genannten Postulat wurde die Stärkung der Schulleitungen in der Volksschule mittels Pensenerhöhung verlangt. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 19. Juni beantragt, eine Änderung der Lehrpersonalverordnung zu genehmigen, um die Anstellungsbedingungen der Schulleitenden zu verbessern (Vorlage 5967). Die Schulleitungen stellen eine zentrale Stütze des Schulsystems dar. Ihre Belastung hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Gerade in ausserordentlichen Situationen (z.B. Coronapandemie, schulpflichtige Kinder aus der Ukraine, Lehrpersonenmangel) sind sie in besonderem Masse beansprucht. Die neu im Berufsauftrag verankerte Jahresarbeitszeit mit der Quantifizierung der Tätigkeitsbereiche von Lehrpersonen verlangt sodann eine stärkere Führung und Gestaltung durch die Schulleitungen. Die Evaluation des neu definierten Berufsauftrags hat diesbezüglich gewisse Defizite aufgezeigt, was unter anderem mit mangelnden zeitlichen Ressourcen erklärt werden kann. Die zeitlichen

Ressourcen für die Schulleitungen sollen deshalb mit einer moderaten Erhöhung der Vollzeiteinheiten ausgebaut werden. Da die Tätigkeit der Schulleitungen in den letzten Jahren insgesamt anspruchsvoller wurde, erfolgte ausserdem eine Neubewertung der Stelle anhand der vereinfachten Funktionsanalyse. Dabei wurde ein Vergleich der Funktionen und Aufgaben der Schulleitungen mit ähnlichen Berufen der öffentlichen Hand vorgenommen. Die Neubewertung der Funktion Schulleitung hat ergeben, dass vollständig ausgebildete Schulleitende neu in die Lohnklasse 22 (bisher Lohnklasse 21) einzureihen sind. Entsprechend sollen die Lohnkategorien in der Lehrpersonalverordnung um die neue Lohnkategorie VI erweitert werden.

Mit der Überweisung der Vorlage 5967 an den Kantonsrat ist das Anliegen des Postulats umgesetzt. Das Postulat KR-Nr. 291/2022 ist daher als erledigt abzuschreiben.

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgendes Postulat mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben:

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
388/2022	Stipendienwesen: Schlankere Prozesse, schnellere Gesuchsbearbeitung (Motion Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	30.09.2024

Die Motion verlangt vom Regierungsrat, die Rechtsgrundlagen für die Ausbildungsbeiträge so anzupassen, dass die Verfahren vereinfacht und die Gesuchsbearbeitungszeit entsprechend verkürzt werden kann. Am 11. September hat der Regierungsrat einen Antrag über eine Änderung des Bildungsgesetzes vom 1. Juli 2002 (BiG, LS 410.1) zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlage 5982). Mit dieser Vorlage werden verschiedene Anpassungen vorgeschlagen, um den Prozess der Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen zu vereinfachen und effizienter zu gestalten. So soll bezüglich der Ausgestaltung des Verhältnisses von Stipendien und Darlehen ein klar strukturiertes Stufenmodell eingeführt und die bestehende Wahlmöglichkeit zwischen Stipendien und Darlehen zwischen dem 25. bzw. 28. und dem 35. Altersjahr abgeschafft werden.

Anstelle der geltenden maximalen Beitragsdauer, die eine aufwendige Prüfung des Werdegangs der auszubildenden Person erfordert, wird vorgesehen, dass auf der Tertiärstufe nur noch für einen gleichartigen Abschluss Ausbildungsbeiträge bezogen werden können. Aufgehoben werden soll die Regelung, wonach ein Anspruch auf Ausbildungsbeiträge erst entsteht, wenn ein Gesuch vollständig vorliegt. Das führt zu einer gleichmässigeren Verteilung der eingehenden Gesuche über das gesamte Jahr. Auf die Verzinsung von Darlehen sowie die Verzinsung von unrechtmässig bezogenen Ausbildungsbeiträgen, die in bestimmten Fällen geschuldet ist, soll künftig verzichtet werden. Mit dem Gesetzesentwurf ist das Anliegen der Motion umgesetzt. Die Motion KR-Nr. 388/2022 ist daher als erledigt abzuschreiben.

7000 Bildungsverwaltung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat, das Volksschulamt, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt, das Hochschulamt sowie das Amt für Jugend und Berufsberatung. Im Berichtsjahr wurde der Digitale Arbeitsplatz in der Verwaltung bei rund 1600 Mitarbeitenden eingeführt sowie der digitale Wandel an den Schulen der Sekundarstufe II weiter vorangebracht. Zudem hat das Generalsekretariat die Bildungsdirektion auf interkantonaler Ebene vertreten und die

Unterstützungsangebote zu Gewalt und Gewaltprävention weiterentwickelt und ausgebaut. So wurde unter anderem die Webseite überarbeitet und das Notfall-App aktualisiert. Bei den Ämtern stand die Sicherstellung des reibungslosen Schulbetriebs, der subsidiären Bildungsleistungen sowie die Umsetzung der Massnahmen gemäss Legislaturplanung im Vordergrund.

Aufgaben

- A1 Beitrag zur Steuerung des Bildungswesens des Kantons Zürich und Ausübung der behördlichen Aufsichtspflicht.
- A2 Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen sowie weiterer Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Regierungsrat und Kantonsrat.
- A3 Verfolgen der aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und Festlegung der Entwicklungsschwerpunkte.
- A4 Koordination der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- A5 Unterstützung der Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsfachschulen, Volksschule, Sonderschulen sowie weiterer beitragsberechtigter Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und Führen der Kinder- und Jugendhilfezentren sowie Berufsinformationszentren.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Monitoring und Controlling; Erhebungen Struktur- und Leistungsdaten	A1, A3	6	6	6	0	0.0
L2	Monitoring und Controlling; Wirkungserhebungen	A1, A3	3	3	3	0	0.0
L3	Administrierte Leistungsgruppen (inkl. 9690, 9600, 9710, 9720, 9740)	A1	18	18	18	0	0.0
L4	Strategische Projekte	A1, A3	12	16	14	-2	-12.5
L5	Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeitende (BU)	A5	17638	17721.2	18107	385.8	2.2
L6	Erlasse in Bearbeitung	A1, A2, A5	7	9	8	-1	-11.1
L7	Eingegangene Rekurse	A5	279	230	287	57	24.8
L8	Erledigte Rekurse	A5	276	240	305	65	27.1
L9	Eingegangene parlamentarische Vorstösse	A2	41	50	52	2	4.0
L10	Erledigte parlamentarische Vorstösse	A2	45	50	55	5	10.0
L11	Interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	A4	39	38	40	2	5.3
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildungsleistungen, in %	A5	2	1.89	2.0	0.11	
B2	Nettoaufwand (Saldo LG 7000) pro Leistungsgruppe der Bildungsdirektion, in Mio. Franken	A1	4.02	3.96	4.1	0.14	3.54
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden, in %	A1	6.6	6.6	6.6	0.0	

Bemerkungen

- L1 Im Indikator enthalten sind: Statistik der Lernenden, Statistik des Schulpersonal, Statistik der Bildungsabschlüsse, Erhebung Schule und Berufswahl, Erhebung Berufsvorbereitungsjahr Erhebung Probezeit
- L2 Im Indikator enthalten sind: PISA 2022, Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen (ÜGK), Mittelschulen-Ehemaligenbefragung.
- L5 Die Zunahme des Beschäftigungsumfangs ist überwiegend auf die wachsende Anzahl Lehrpersonen in den Volksschulen sowie den Mittelschulen infolge des Wachstums der Anzahl Schülerinnen und Schüler zurückzuführen. Für weitere Details siehe Überblick Bildungsdirektion sowie Leistungsgruppen.
- L8 Die erhöhte Anzahl erledigter Rekurse ist auf Effizienzgewinne bei gleichbleibenden personellen Mitteln zurückzuführen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2b Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte, die Schulleitungen sowie weitere Führungskräfte und das Fachpersonal im Schulumfeld ermöglichen.

Aufgrund der Evaluation des neu definierten Berufsauftrags hat der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Antrag zur Anpassung des Lehrpersonalgesetzes und zur Genehmigung der geänderten Lehrpersonalverordnung überwiesen. Damit werden insbesondere die Klassenlehrpersonen und die Schulleitungen in ihrer Funktion gestärkt.

Mit dem Projekt Governance werden für die Schulleitungen der Mittel- und Berufsfachschulen zeitgemässe Anstellungsbedingungen ermöglicht. Aufgrund der für Rechtsetzungsprozesse üblichen längeren Dauer bis zur Umsetzung ist nicht von einer vollständigen Zielerreichung bis Ende der Legislatur auszugehen.

Stand bis

Verzögert 2027

BI 2.1g Auf allen Bildungsstufen präventive Massnahmen zur Verhinderung von Mobbing und Gewalt weiterentwickeln

Die Aufgaben des Beauftragten für Gewaltprävention im schulischen Umfeld wurden neu definiert, um die Ämter und Schulen noch besser zu unterstützen. Ebenfalls wurden allen Schulstufen Sicherheitsordner und in der Notfall-App für Schulen Handlungsanweisungen für die Bewältigung von Notfällen und Krisen zur Verfügung gestellt. In Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, der Jugendanwaltschaft und weiteren Fachpersonen besteht seit Herbst ein Weiterbildungsangebot für Schulbehörden und Schulleitungen aller Stufen zu den Themen Bedrohungsmanagement an Schulen, Radikalisierung und Extremismus und Häusliche Gewalt und Schulen. Für Schulen aller Stufen werden von der Pädagogischen Hochschule Zürich zurzeit Angebote und Materialien zu den Themen Gleichstellung, häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt erarbeitet. Zudem wird an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften eine Studie zur Wirksamkeit schulspezifischen Präventions- und Interventionsansätzen erarbeitet.

Planmässig 2027

BI 2.1i Die Mittel- und Berufsfachschulen so gestalten, dass sie neuen pädagogischen Anforderungen genügen und ihre Funktion als soziale Orte anpassen

In Zusammenarbeit mit der Baudirektion werden Raumstandards für die Schulbauten der Zukunft zu entwickeln. Die neuen Standards für Mittelschulbauten und deren Umsetzung wurden im Rahmen eines Pilotprojekts für den Neubau der Kantonsschule Zimmerberg in Wädenswil getestet. Die Ergebnisse der Auswertung sind für 2025 vorgesehen. Die neuen Vorgaben für Standards im Bereich der Berufsfachschulen werden ebenfalls 2025 vorliegen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Funktionalität im Dienst einer zeitgemässen und auch zukünftig entwicklungsfähigen Pädagogik und Didaktik.

Planmässig 2027

BI 2.2f Die Vielfalt der Modelle auf der Sekundarstufe I überprüfen

Die Überprüfung von Modellen der Sekundarstufe I ist weit fortgeschritten. Die Sekundarstufe I und der Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II wird anhand verschiedener Indikatoren kontinuierlich beobachtet und dokumentiert. Weiter werden systematisch Vor- und Nachteile leistungsdifferenzierter Modelle auf dieser Schulstufe zusammengestellt. Zudem soll der Wissensstand über die Sekundarstufe I anhand ausgewählter Ergebnisse aus nationalen und internationalen Leistungsmessungen dokumentiert werden.

Planmässig 2027

BI 2.2h Eignerstrategien und Leistungsvereinbarungen für alle Hochschulen sowie weitere Bildungsinstitutionen gemäss Public Corporate Governance erarbeiten und umsetzen

Im September des Berichtsjahres hat der Kantonsrat die beantragte Änderung des Universitätsgesetzes zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine Eigentümerstrategie für die Universität Zürich beschlossen (Vorlage 5867). Die Eigentümerstrategie ist in Erarbeitung, ebenso die Änderung des Fachhochschulgesetzes zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Eigentümerstrategien für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Zürcher Hochschule der Künste und die Pädagogische Hochschule Zürich.

Planmässig 2027

BI 2.3f Lehrpersonen im Bereich der digitalen Transformation auf allen Stufen unterstützen und befähigen (insbesondere Sek II und Tertiärstufe)

An der Volksschule vernetzen sich die pädagogischen IKT-Supporter im Fachnetzwerk PICTS. Dieses erarbeitet Unterstützungsangebote für Lehrpersonen zum digitalen Wandel und publiziert diese über die Kanäle der Fachstelle Bildung und ICT. Der Digital Learning Hub ist an den Schulen der Sekundarstufe II sehr gut verankert und erzielt breite Wirkung, auch überkantonale. Zusammen mit dem Bereich EdTech im Digital Service Center werden laufend neue pädagogische Lösungen evaluiert und breit eingeführt.

Planmässig 2027

BI 2.3h Weitere digitale Angebote für die Schulen und Dienstleistungen der Verwaltung anbieten

Der E-Vikariatsrapport wurde flächendeckend eingeführt. Die Datenschutzbeauftragte hat Dokumente zur Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz erstellt und die dazu notwendigen Massnahmen definiert. In Zusammenarbeit mit dem Verband Zürcher Schulpräsidenten setzt das Volksschulamt diese Massnahmen in einem Pilotversuch um und wird dabei fachlich von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften begleitet. Die Ergebnisse werden nach Abschluss durch die Fachstelle im ICT-Coach publiziert. Das Lehrbetriebsportal, über das die Betriebe Lehrverträge einreichen und weitere digitale Dienstleistungen nutzen können, wurde neu aufgesetzt und steht seit Dezember zur Verfügung. Des Weiteren wurden den Schulen Beratungen und Leistungen zu Bildungstechnologien angeboten. Im Projekt Digitale Leistungserhebung wurden den Schulen technische Lösungen und Empfehlungen zur Unterstützung einer sicheren E-Assessment-Praxis angeboten. Mit dem Projekt Generative Künstliche Intelligenz in der Sek II werden den Schulen KI-Anwendungssoftwares empfohlen. Die Online-Stipendiengesuche wurden auf das Zürikonto überführt.

Planmässig 2027

BI 2.3j Den digitalen Arbeitsplatz (DAP) in der Bildungsdirektion einführen

Der Rollout erfolgte im Generalsekretariat, im Volksschulamt, im Hochschulamt und im Mittelschul- und Berufsbildungsamt. Im Amt für Jugend und Berufsberatung erfolgt der Rollout im Februar 2025.

Planmässig 2027

BI 2.4h Übergänge optimieren; Massnahmen im Frühbereich für einen gelingenden Schuleintritt verstärken, Schnittstellen zwischen Volksschule und Berufsbildung weiter verbessern, gute Rahmenbedingungen für einen passenden und chancengerechten Übertritt in ein Bildungsangebot der Sekundarstufe II schaffen.

Um den Übergang vom Frühbereich zur Schule bzw. zum Kindergarten vor allem für Kinder mit besonderen Bedürfnissen einfacher zu gestalten, wurde die Webseite zu den Übergängen einschliesslich des Zeitplans aktualisiert. Im Programm Volksschule-Berufsbildung (VSBB) wurde die Vereinbarung Fit für die Lehre in einer Pilotphase erprobt, evaluiert und von den Beteiligten mehrheitlich als hilfreich empfunden. Die Vereinbarung wird im Frühjahr 2025 publiziert und kommuniziert. Im November des Berichtjahres fand das erste Netzwerkforum VSBB statt, eine Plattform zur gezielten Förderung des Austauschs an dieser Schnittstelle. Das Konzept zum Dialog zwischen Sekundarschule und Berufsfachschule bzw. Berufsmittelschule wurde verabschiedet. Die darin entwickelte Idee eines ständigen Gremiums wird 2025 umgesetzt. Das Rahmenkonzept Zusammenarbeit Berufsberatung und Sekundarschule wurde im Berichtsjahr erstellt und bei allen Stakeholdern eingeführt.

2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
366.4	380.4	384.9	4.5	1.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	24.4	22.3	0.0	0.0	22.3	20.8	-1.4	-6.5
Aufwand	-96.7	-93.5	0.0	0.0	-93.5	-93.9	-0.4	-0.5
Saldo	-72.3	-71.2	0.0	0.0	-71.2	-73.1	-1.9	-2.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.7	-2.2	0.0	-0.4	-2.6	-0.5	2.1	81.9
Saldo	-0.7	-2.2	0.0	-0.4	-2.6	-0.5	2.1	81.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.9		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-0.3	A1	- Höhere Beiträge an Projekte und Organisationen der EDK
-0.5	A1	- Höhere Dienstleistungen Dritte infolge Umstellung auf DAP
-1.0	A1	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -734472	Verwendung 2024 12835	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -721637	Veränderung Bestand 12835

Bildungsstatistik

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

Stand 20.2.2025, Bista, MS

Die Angaben beziehen sich auf ein Schuljahr (August bis Juli des Folgejahres), Stichtag ist der 15. September.

	Total 2021	Total 2022	Total 2023	Total 2024	Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
					Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarstufe 1–2	34 156	34 044	33 743	33 376	16 105	48.3	9 808	29.4	31 424	94.2
Regelkindergarten	33 210	32 999	32 608	32 140	15 769	49.1	9 223	28.7	30 289	94.2
Integrierte Sonderschulung	559	600	675	752	188	25.0	313	41.6	752	100.0
Separierte Sonderschulung	298	328	347	383	105	27.4	183	47.8	383	100.0
Alternativer Kindergarten ¹	89	117	113	101	43	42.6	89	88.1	0	0.0
Primarstufe 3–8²	97 657	99 811	101 136	101 755	49 736	48.9	28 269	27.8	96 888	95.2
Primarschule	92 155	93 790	94 922	95 296	47 486	49.8	24 928	26.2	91 304	95.8
Integrierte Sonderschulung	2 513	2 753	3 094	3 384	1 112	32.9	1 395	41.2	3 384	100.0
Besondere Klassen ³	440	650	534	483	212	43.9	420	87.0	483	100.0
Separierte Sonderschulung	1 627	1 686	1 708	1 717	509	29.6	750	43.7	1 717	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	922	932	878	875	417	47.7	776	88.7	0	0.0
Sekundarstufe I²	44 696	46 958	48 302	49 246	24 073	48.9	12 184	24.7	45 171	91.7
Sekundarschule	33 583	35 102	35 941	36 799	18 117	49.2	8 847	24.0	34 166	92.8
Integrierte Sonderschulung	785	862	972	1 126	372	33.0	453	40.2	1 126	100.0
Besondere Klassen ³	222	521	369	338	135	39.9	302	89.3	338	100.0
Separierte Sonderschulung	1 003	1 000	1 000	1 070	327	30.6	376	35.1	1 070	100.0
Gymnasien	8 074	8 403	8 784	8 703	4 557	52.4	1 371	15.8	8 231	94.6
Übrige Mittelschulen ⁴	193	179	234	240	117	48.8	37	15.4	240	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	836	891	1 002	970	448	46.2	798	82.3	0	0.0
Sekundarstufe II	62 450	61 934	63 253	64 297	31 002	48.2	14 661	22.8	56 784	88.3
Brückenangebote	2 177	2 008	2 167	2 159	901	41.7	1 081	50.1	2 026	93.8
Gymnasien	10 458	10 566	10 775	11 160	6 101	54.7	1 743	15.6	9 894	88.7
Übrige Mittelschulen ⁵	1 814	1 799	1 779	1 843	1 119	60.7	248	13.5	1 622	88.0
Berufslehren ⁶ (einschliesslich BMS I)	43 152	42 972	43 887	44 302	20 187	45.6	10 094	22.8	40 775	92.0
Anlehren	224	19	0	0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
BMS II (nach Lehrabschluss)	2 955	2 814	2 811	2 920	1 729	59.2	314	10.8	2 182	74.7
Sonderschulen	229	263	270	285	98	34.4	104	36.5	285	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	1 441	1 493	1 564	1 628	867	53.3	1 077	66.2	0	0.0
Tertiärstufe	73 555	71 958	72 268	72 888	40 770	55.9	13 106	18.0	61 188	83.9
Vorbereitung Berufsprüfung	5 719	5 630	5 553	5 202	2 136	41.1	611	11.7	2 925	56.2
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	883	968	1 164	1 054	407	38.6	126	12.0	468	44.4
Höhere Fachschule HF	9 142	9 059	9 520	10 108	4 708	46.6	1 496	14.8	4 420	43.7
Übrige Fachausbildung	4 256	3 477	4 260	3 874	2 410	62.2	591	15.3	1 086	28.0
Fachhochschulen ⁷	25 455	24 951	23 813	24 174	14 254	59.0	3 518	14.6	23 813	100.0
Universität ⁸	28 100	27 873	27 958	28 476	16 855	59.2	6 764	23.8	28 476	100.0
Total	312 514	314 705	318 702	321 562	161 686	50.3	78 028	24.3	291 455	90.6

¹ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (meist ausländische Schulprogramme, die Rudolf Steiner Schulen sind hier nicht mehr enthalten)

² Aufgrund von HarmoS sind die Jahrgänge der 4. Klasse der Primarschule bis zur 3. Klasse der Sekundarstufe I um je rund 500 Schülerinnen und Schüler grösser.

³ einschliesslich Aufnahmeklassen Asyl; für 2022: knapp die Hälfte der SuS aus der Ukraine, deutliche Abnahme im 2023 und im 2024

⁴ nur Handelsmittelschule

⁵ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passellenlehrgang

⁶ Berufliche Grundbildung, führt zu Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) und Eidgenössischem Berufsatest (EBA)

⁷ Fachhochschulen im Kanton Zürich (bis 2022 ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule Schweiz und der Fernfachhochschule Schweiz). Infolge Aufhebung der ZFH ist die private Hochschule für Wirtschaft HWZ ab 2023 nicht mehr in den Zahlen enthalten.

⁸ Uni Zürich einschliesslich MAS

7050 Hochbauinvestitionen

Bildungsdirektion

Für das Neubauvorhaben FORUM UZH am Standort Zentrum wurde im Mai die Baubewilligung erteilt. Der Baustart erfolgte planmässig im August. Aufgrund einer Einsprache bei der Vergabe der Baumeisterarbeiten wird die Ausführung des Projekts verzögert. Beim Neubauvorhaben für das Zentrum für Zahnmedizin und das Comprehensive Cancer Center Zürich am Standort des heutigen Kinderspitals in Hottingen wurde die Planung weiter vorangetrieben. Am Standort Campus Irchel wurde nach erfolgreichem Abschluss des Projektwettbewerbs für das Neubauvorhaben PORTAL UZH (Lehr-, Labor-, Technik- und Logistikflächen) mit dem Vorprojekt gestartet. Die Planung des Neubaus als notwendiger Rochadestart für die Campus-Gesamtsanierung ist damit planmässig unterwegs.

Die Inbetriebnahme und der Bezug des multifunktionalen Laborneubaus Y80 am Standort Irchel Strickhof haben erfolgreich stattgefunden. Im April hat der Space Hub der Universität Zürich die Halle 4 im Innovationspark Zürich bezogen, ein Meilenstein für den Kanton und die Nutzung des Weltraums. Die Halle 4 ist als Multi-User-Facility konzipiert und bietet Start-ups die Möglichkeit, Flightlab-, Biolab-, Workshop-Flächen, Büro-, Sitzungs- und Seminarräume und Common-Space-Flächen zu mieten.

Die Betreiberorganisationen für die Liegenschaften der Berufsfach- und Mittelschulen sowie des Amtes für Jugend und Berufsberatung hat im Berichtsjahr die Filiale Hohlstrasse der Kantonsschule Wiedikon, das Schulraumprovisorium am Irchel einschliesslich Turnhalle, zwei Mietliegenschaften sowie zwei teilweise instand gesetzte Gebäude übernommen.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der Planung sowie Wahrnehmung und Vertretung der Investoreninteressen beim Immobilienportfolio der Universität Zürich (Delegationsmodell UZH)
- A2 Koordination der nutzerspezifischen Bedürfnisse und Bestellung von räumlichen Massnahmen (Mietermodell)
- A3 Betrieb und Unterhalt der Liegenschaften der Mittelschulen, Berufsfachschulen, Kinder- und Jugendhilfezentren sowie Berufsinformationszentren sicherstellen (Mietermodell)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Bewilligte Projekte > 20 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	3	6	1	-5	-83.3
L2	Bewilligte Projekte > 1 Mio. und < 20 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	13	15	7	-8	-53.3
L3	Bewilligte Projekte < 1 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	75	50	85	35	70.0
L4	Abgerechnete Projekte (Kreditabrechnungen) im Delegationsmodell UZH	A1	80	80	56	-24	-30.0
L8	Bearbeitete Bestellungen im Mietermodell beim Immobilienamt	A2	72	50	64	14	28.0
L9	Durch die Betreiberorganisation bewilligte Unterhalts- und räumliche Massnahmen	A3	332	250	300	50	20.0
B1	Durchschnittliche bewilligte Ausgaben pro bewilligtes Projekt (Projekte zwischen 1 Mio. und 20 Mio. Franken) im Delegationsmodell	A1	2.5	2.8	6.2	3.4	121.4
W1	Mindestausnützungsgrad des Investitionsbudgets im Delegationsmodell bezüglich verwendeter Mittel in % der verfügbaren Ausgaben	A1	91.7	90	63.7	-26.3	-29.2

Bemerkungen

- L1 Die beiden Projekte Instandsetzung Pferdeklarinik und PORTAL UZH wurden bereits im Vorjahr bewilligt und vorgezogen, andere Projekte wurden nach hinten geschoben.
- L2 Projekte wurden sistiert, verschoben oder redimensioniert.
- L3 Die Investitionstätigkeit war erhöht infolge diverser nicht budgetierter Bauvorhaben bedingt durch den aufgestauten baulichen Unterhaltsbedarf und Nutzerbedürfnisse.
- L4 Die Anzahl Kreditabrechnungen ist tiefer als budgetiert aufgrund einer höheren Anzahl Zwischenabrechnungen und Projektverschiebungen in die Folgejahre.
- L8 R24 liegt immer noch über B24, da auch im Berichtsjahr mehrere Bestellungen aufgrund temporärer räumlicher Engpässe ausgelöst werden mussten.
- L9 Es wurden zusätzliche Massnahmen zum Monitoring von Wärmeschutzmassnahmen und zur Optimierung von Gebäudetechnik umgesetzt.
- B1 Es wurden weniger Projekte, dafür mit höheren Krediten, bewilligt als ursprünglich angenommen.
- W1 Der Ausnutzungsgrad ist tiefer als budgetiert, hauptsächlich weil mit dem Neubau FORUM UZH später gestartet wurde, das Teilprojekt Neubau Laborgebäude UZI 5 tiefer abgeschlossen hat und diverse Projekte in die Folgejahre verschoben worden sind.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2g Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben.

Um dem kurzfristig wachsenden Bedarf der Mittelschulen abzudecken, wurden in den letzten Jahren mehrere neue Provisorien erstellt und bestehende Provisorien erweitert. Die Neubauvorhaben der Kantonsschulen Uetikon am See sowie Zimmerberg sind aufgelegt, jedoch aus verschiedenen Gründen verzögert. Bei den Berufsfachschulen konnte mit dem 2019 beschlossenen Projekt «Kompetenzzentren» der wachsenden Zahl Lernender und dem damit verbundenen Flächenbedarf begegnet werden. Jedoch führt der Rekurs im Projekt der Militärkaserne zu Verzögerungen von verschiedenen Vorhaben. Die vorausschauende Flächensicherung im Bereich Sek II wurde in den letzten Jahren mit der Erarbeitung und Umsetzung verschiedener Regionalstrategien gewährleistet, mit denen die neuen oder auszubauenden Standorte für die nächsten 10–15 Jahre definiert werden. Um vor dem Hintergrund des langfristig anstehenden baulichen Entwicklungsbedarfs eine vorausschauende Flächensicherung für die Fachhochschulen zu gewährleisten wurden die Bildungs- und die Baudirektion beauftragt, eine Teilportfoliostrategie zu erarbeiten.

Stand bis

Verzögert 2027

7050 2a Die Planung des Campus Irchel vorantreiben

Für das Neubauvorhaben PORTAL UZH wurde nach erfolgreichem Abschluss des Projektwettbewerbes planmässig mit dem Vorprojekt gestartet. Das Neubauvorhaben des multifunktionalen Laborgebäudes Y80 am Standort Irchel Strickhof konnte in Betrieb genommen und etappenweise bezogen werden. Für die Weiterentwicklung des Irchel-Parks gemäss gültigem Gestaltungsplan wurde im Mai ein Studienauftrag gestartet.

Planmässig 2026

7050 2b Die Planung des Neubaus Forum UZH umsetzen

Für das Neubauvorhaben FORUM UZH am Standort Zentrum wurde im Mai die Baubewilligung erteilt. Der Baustart konnte im August erfolgen. Aufgrund eines Rekurses bei einer Vergabe, verzögert sich die Ausführung des Bauvorhabens.

Verzögert 2026

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	114.3	113.0	0.0	0.0	113.0	112.7	-0.3	-0.2
Aufwand	-114.7	-113.5	0.0	0.0	-113.5	-112.9	0.6	0.5
Saldo	-0.4	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.2	0.3	59.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.4	3.0	0.0	0.0	3.0	20.7	17.7	591.1
Ausgaben	-96.5	-141.0	0.0	0.0	-141.0	-90.2	50.8	36.0
Saldo	-96.1	-138.0	0.0	0.0	-138.0	-69.5	68.5	49.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
	A2	- Minderaufwendungen aufgrund von weniger Dienstleistungen Dritter
0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	3.0	20.7	17.7	
- Bundessubvention für Hochbauten UZH	2.9	15.5	12.6	- Mehreinnahmen aufgrund Verschiebungen von Bundesbeiträgen (u.a. 0.8 Mio. Neubau Y80, 5.6 Mio. UZI 5, 6.1 Mio. Neubau FORUM UZH)
- Rückzahlung Darlehen	0.1	0.0	-0.1	- Mindereinnahmen, da Rückzahlung erst ab 2025
- Rückzahlung Investitionsbeiträge	0.0	5.2	5.2	- Rückzahlungen von Investitionsbeiträgen
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	
Ausgaben total	-141.0	-90.2	50.8	
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau für Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät (Forum UZH / Wasserwies)	-49.4	-16.0	33.4	- Minderausgaben aufgrund Verzug des Baustarts um fünf Monate infolge Vergabebeschwerde in der Werkgruppe Baugrube
- Zürich, Universität Irchel, Neubau PORTAL UZH für Lehr-, Labor- und Technikflächen Irchel Mitte (Y10-Y51)	-7.5	-6.1	1.4	- Minderausgaben aufgrund Verschiebung des Projektierungsstarts um drei Monate
- Zürich, Universität Irchel, Neubau für Chemische Institute, 5. Ausbaustapen (inkl. zusätzlicher Fläche)	-0.9	9.4	10.3	- Minderausgaben aufgrund Korrektur der Leistungsabgrenzung per Ende 2023 infolge tieferer Schlussabrechnung als prognostiziert
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau Zahnmedizin am Standort Hottingen	-16.6	-8.6	8.0	- Minderausgaben aufgrund Neubeurteilung der Leistungsplanung, Verlängerung der Fertigstellung des Bauprojekts
- Zürich, Universität Zentrum, KO2 Gesamtanierung inkl. Naturmuseum				
- Zürich, Universität Irchel, Stabilisierende Massnahmen UZI 2	-3.7	-0.4	3.3	- Minderausgaben aufgrund Verzögerung im Planungsverlauf infolge Präzisierung des Projektauftrags
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzungen div. Bestandesgebäude Irchel-Süd	-0.5			- Projekt < 20 Mio. Franken; wird nicht mehr einzeln ausgewiesen
- Zürich, Universität Irchel, Zwischennutzung: Stabilisierende Massnahmen UZI 1 Priorität 3	-11.0	-12.6	-1.6	- Mehrkosten aufgrund Anpassung der Leistungsplanung und Mehraufwände im Zusammenhang mit Baumeisterleistungen infolge Bauverlauf
- Zürich, Universität, ganze Universität, Erneuerung Audio-/Videoanlagen	-2.6	-2.3	0.3	- Minderausgaben aufgrund Terminverschiebungen
- Zürich, Universität Zentrum, Gesamtinstandsetzung KOU/KOP				
- Zürich, Universität Zentrum, Gesamtinstandsetzung FOR				
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung TPV, TBA, TDI	-5.4	-1.2	4.2	- Minderausgaben aufgrund Terminverschiebungen um rund sechs Monate und Herauslösen des Gebäudes TDI aus dem Projekt infolge aktualisierter Gebäudestrategie
- Zürich, Universität Irchel, Schadstoffsanierung UZI 1.1	-2.1	-3.6	-1.5	- Mehrausgaben aufgrund Präzisierung der Leistungsplanung im Projektverlauf
- Zürich, Universität Irchel, Stabilisierende Massnahmen UZI 3+4 Minimalvariante	-0.6	0.0	0.6	- Minderausgaben aufgrund Verschiebung ins 2025
- Zürich, Universität Zentrum, Gesamtanierung MEN (Mensa)				
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung Pferdeklinik	-9.3	-4.3	5.0	- Minderausgaben aufgrund Terminverschiebungen (rund vier Monate) und detaillierteren Erkenntnissen aus dem Phasenabschluss Bauprojekt und Terminverzögerungen im Bauverlauf
- Zürich, Universität Irchel, Energie und Medienversorgung Campus Irchel - Cluster 4 Y38	-0.3			- Projekt < 20 Mio. Franken; wird nicht mehr einzeln ausgewiesen

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7050

- Zürich, Universität Irchel, Spitalerbach inkl. Zoologieteich	-1.2			- Projekt < 20 Mio. Franken; wird nicht mehr einzeln ausgewiesen
- Zürich, Universität Zentrum, BOT Gesamtsanierung				
- Zürich, Universität Irchel, Neubau Y80 (multifunktionaler Laborneubau)	0.0	-8.0	-8.0	- Mehrausgaben aufgrund Verzögerungen im Bewilligungsverfahren des Objektkredits, die Verschiebung des Baubeginns, mängelbedingte Verzögerungen im Bauablauf und Verschiebungen in der Leistungsplanung führten zu Mehrkosten
- Zürich, Universität Irchel, Parkhaus Irchel	0.0	0.2	0.2	- Minderkosten, da Kosten bei Projektabschluss tiefer als prognostiziert
- Zürich, Universität Irchel, 1. Bauetappe Instandsetzung Gebäudetechnik	0.0	0.8	0.8	- Minderkosten, da Kosten bei Projektabschluss tiefer als prognostiziert
- Weitere Hochbauprojekte < 20 Mio. Franken	-28.6	-36.4	-7.8	- Mehrausgaben hauptsächlich aufgrund Projektverschiebungen vom 2023 ins 2024 und Projektportfolio Re- und Umpriorisierung
- Investitionsbeiträge an Berufsfachschulen	-1.3	-1.1	0.2	- Minderausgaben aufgrund von Projektverschiebungen
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

7100 Lehrmittelverlag

Der Lehrmittelverlag hat im Berichtsjahr neben seinen Anstrengungen zur Modernisierung der Lehrmittel für Deutsch und Englisch die Entwicklung seiner grossen Lehrmittel vorangebracht. Der Lehrmittelverlag beschäftigte sich mit Einsatzszenarien von Lehrmitteltutoren, Feedbackhilfen oder KI-gestützten Assistenten im Fremdsprachenerwerb. Datenschutzrechtliche und urheberrechtliche Fragen sind dabei so

wesentlich wie didaktische und technologische Überlegungen. In welcher Form dereinst entsprechende Lernhilfen zum Einsatz kommen, wird erst nach einer umfassenden Erprobung entschieden. Sicher ist, dass KI im Bereich Barrierefreiheit und im Kundenservice zu erheblichen Vereinfachungen beitragen wird.

Aufgaben

- A1 Der Lehrmittelverlag entwickelt, produziert und vertreibt politisch neutrale und interkantonal koordinierte Lehrmittel für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L4	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung), in Mio. Franken	A1	16.5	16.9	16.9	0.0	0.0
L5	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung), in Mio. Franken	A1	15.6	18.1	19.8	1.7	9.4
B3	Ertrag pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1	498871	555078	562883	7805	1.4
B4	Saldo pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1	76022	84884	118098	33214	39.1
W8	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich, in %	A1	56	59	54	-5	-8.5

Bemerkungen

- L5 Höhere ausserkantonale Umsätze als geplant, insbesondere bei den Lehrmitteln Deutsch und Mathematik.
B4 Der höhere Saldo führt zu einem deutlich höheren Saldo pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter.
W8 Der Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons bewegt sich im langjährigen Durchschnitt.

Entwicklungsschwerpunkte

7100 2a Neuschaffung eines innovativen Englisch-Lehrmittels gemäss Bildungsratsbeschluss Nr. 2022/15. Das Lehrmittel wird vollständig erprobt und ab Schuljahr 2027/28 eingeführt.

Es wird wie geplant von der Einführung auf das Schuljahr 2027/28 ausgegangen. Im Berichtsjahr wurde mit der Erprobung der dritten Klasse gestartet. Stand bis

7100 2b Technologische Weiterentwicklung und Implementierung digitaler Ergänzungen entlang neuer Möglichkeiten (KI, Dashboard usw.)

Im Berichtsjahr wurde insbesondere an der Entwicklung von Einsatzszenarien digitaler Tools gearbeitet. Planmässig 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	64.4	63.0	65.2	2.2	3.5

Bemerkungen R24 zu B24

- 2.2 Nach der Budgeterstellung bewilligte und besetzte Projektleitungsstellen für die Lehrmittelherstellung, digitale Transformation und die Produktentwicklung

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag		32.1	35.0	0.0	0.0	35.0	36.7	1.8	5.1
Aufwand		-27.2	-29.6	0.0	0.0	-29.6	-29.0	0.6	2.0
Saldo		4.9	5.3	0.0	0.0	5.3	7.7	2.4	44.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben		-14.6	-7.1	0.0	0.0	-7.1	-3.9	3.2	44.6
Saldo		-14.6	-7.1	0.0	0.0	-7.1	-3.9	3.2	44.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.4		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.3	A1	- Tieferer Mietaufwand aus dem Mietermodell aufgrund der Umteilung von der Gebäudeverrechnungsgruppe Büro auf Industrie
1.0	A1	- Für die Lehrmittel Deutsch, Mathematik Primar und Englisch wurde mehr Umsatz als geplant erzielt.
1.0	A1	- Tiefere Abschreibungen auf den Entwicklungsausgaben. Der Effekt durch die Systemumstellung der Entwicklungsausgaben ist kleiner ausgefallen als geplant, wird allerdings bis 2028 schrittweise ansteigen.
0.8	A1	- Einsparungen bei den Werbekosten (Messen und Ausstellungen, Kurse, Kommunikationsmittel usw.).
-1.7	A1	- Höherer Verwaltungs- und Informatikaufwand aufgrund zusätzlicher IT-Projekte sowie Vorhaben mit öffentlichen Ausschreibungen im Bereich Entwicklung und Markt
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-7.1	-3.9	3.2	
- Investitionen für Mieterausbau, Möbel, Geräte und Maschinen	-0.3	0.0	0.3	- Keine Investitionsausgaben getätigt.
- Entwicklungsprojekte Lehrmittel	-6.8	-3.9	2.9	- Die Entwicklungsausgaben, hauptsächlich für die Lehrmittelprojekte Deutsch und Englisch, sind tiefer als geplant ausgefallen.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7200 Volksschulen

Zu Beginn des Jahres wurde gemeinsam mit elf weiteren Kantonen die Imagekampagne Lehrer/in werden lanciert. Diese hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Interesse am Lehrberuf gesteigert werden konnte. Die Anmeldungen an den Pädagogischen Hochschulen sind gestiegen. Nach Auswertung der Vernehmlassungen konnte für zwei wichtige Themen die gesetzliche Grundlagen vorbereitet werden. Die Anpassung von Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen und Schulleitungen im Rahmen des neu definierten Berufsauftrags sollen die Klassenlehrpersonen und Schulleitungen stärken sowie den administrativen Aufwand verringern. Die Einführung von erweiterten Lernräumen wurde als Gegenvorschlag zur Förderklasseninitiative eingebracht (RRB Nr. 1086/2024). Mit den breit akzeptierten erweiterten Lernräumen kann das mit der Initiative verfolgte Ziel effizienter, rascher, kostengünstiger und ohne Eingriff in die Gemeindeautonomie erreicht werden.

Das Volksschulamt unterstützte die Gemeinden mit Fachnetzwerken für verschiedene Zielgruppen, einem digitalen ICT-Coach und Informationsveranstaltungen. Um den Schulen Mut zu machen, sich mit dem Thema Künstliche Intelligenz zu befassen, hat das Volksschulamt fünf Leitsätze entwickelt, welche auch in Fachkreisen als beispielhaft hervorgehoben wurden und schweizweit Beachtung fanden. Auch die Materialien, die zur Thematik Übergang vom Frühbereich in die Volksschule entwickelt worden sind, stossen bei den Schulen und verschiedenen Kantonen auf grosses Interesse. Im Berichtsjahr wurde mit Vertretungen aus Schulen und dem Berufsfeld der Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung bearbeitet. Unterstützende Materialien sind in Entwicklung.

Aufgaben

- A1 Unterricht von Volksschülerinnen und Volksschülern (Kindergarten, Primarstufe, Sekundarstufe) im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans.
- A2 Unterricht von Sonderschülerinnen und Sonderschülern im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Unterrichtete Kindergartenschüler/innen	A1	31 570	30 817	31 252	435	1.4
L2	Unterrichtete Primarschüler/innen	A1	93 766	94 748	94 798	50	0.1
L3	Unterrichtete Sekundarschüler/innen	A1	34 183	35 264	35 076	-188	-0.5
L4	Unterrichtete integrierte Sonderschüler/innen (von L1–L3)	A2	4 428	4 556	4 961	405	8.9
L5	Separierte Sonderschüler/innen	A2	3 298	3 265	3 386	121	3.7
L6	Volksschüler/innen, entspricht L1–L3	A1	159 520	160 829	161 127	298	0.2
B1	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	A1	19.1	19.4	19.0	-0.4	-2.1
B2	Durchschnittliche VZE pro Kindergartenschüler/in	A1	0.05	0.05	0.05	0.00	0.00
B3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	A1	20.6	20.7	20.5	-0.2	-1.0
B4	Durchschnittliche VZE pro Primarschüler/in	A1	0.07	0.07	0.07	0.00	0.00
B5	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	A1	18.7	18.6	18.8	0.2	1.1
B6	Durchschnittliche VZE pro Sekundarschüler/in	A1	0.07	0.07	0.07	0.00	0.00
B7	Personalaufwand pro Volksschüler/in (exkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr.	A1	12 018	11 946	12 365	419	3.5
B8	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (inkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	A1, A2	3 012	3 095	3 118	23	0.7
W1	Regelverlaufsquote Primarschule, in %	A1	92.6	92.6	92.7	0.1	
W2	Anteil Schüler/innen mit einer Anschlusslösung an die Volksschule, in %	A1	96.3	96.1	96.2	0.1	
W3	Sonderschulungsquote: Anteil der Schüler/innen mit Sonderschulstatus am Total der Volksschüler/innen (L6 inkl. L5), in %	A2	4.7	4.8	5.1	0.3	
W4	Anteil der integrierten Sonderschüler/innen am Total der Schüler/innen mit Sonderschulstatus, in %	A2	57.3	58.3	59.4	1.1	

Bemerkungen

- L3, L4 Die Entwicklung der Bevölkerung und insbesondere der Anzahl Schülerinnen und Schüler führte zu mehr integrierten und separierten Sonderschülerinnen und -schülern.
- L6 Der Indikator enthält auch Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Die genaue Anzahl ist aufgrund der Erhebung per Stichtag und des unregelmässigen Zu- und Wegzugs nicht genau ermittelbar. Im Berichtsjahr sind rund 2250 Schülerinnen und Schüler mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in den öffentlich finanzierten Schulen unterrichtet worden.

- B7 Der Personalaufwand pro Volksschülerin und Volksschüler erhöht sich aufgrund der Teuerungszulage, die zentral bei der Finanzdirektion budgetiert wurde, sowie durch den Zuwachs an vollständig von den Gemeinden finanzierten Stellen.
- W3 Die Zunahme der Quote ist insbesondere auf mehr integrierte Sonderschülerinnen und -schüler (vgl. L4) in den Regelschulen zurückzuführen. Zuständig für Sonderschulzuweisungen sind die Gemeinden. Gemeinden mit überhöhten Sonderschulungsquoten wird ein Monitoring angeboten und den Schulbehörden stehen verschiedenen Weiterbildungsangebote zur Steuerung von sonderpädagogischen Massnahmen zur Verfügung.
- W4 Die Zunahme der Quote zeigt, dass die integrative Sonderschulung der separativen vermehrt vorgezogen wird und die finanzielle Steuerung über die Beiträge zur Integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule des Kantons ihre Wirkung zeigt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2c Die Begleitung der berufseinsteigenden Lehrpersonen weiterentwickeln und stärken.

Die überarbeitete Verordnung über die Berufseinführung der Lehrpersonen der Volksschule trat am 1. August 2023 in Kraft. Im Berichtsjahr wurden die Prozesse und Abläufe zwischen der Pädagogischen Hochschule Zürich und dem Volksschulamt optimiert.

Stand bis

Planmässig 2027

BI 2.1c Begabungs- und Begabtenförderung in der Volksschule weiterentwickeln

Das Massnahmenkonzept wurde erarbeitet. Die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung dienen als Grundlage für die gesetzlichen Anpassungen. Ein Lehrgang CAS BBF wird weiter angeboten.

Planmässig 2027

BI 2.1e Sprachförderung (einschliesslich DaZ) in allen Fachbereichen und auf allen Stufen der Volksschule koordiniert weiterentwickeln

Im Rahmen der Qualitätssicherung und -entwicklung in der Volksschule wird die Sprachbildung auf Entwicklungspotenzial überprüft. Dabei liegt ein Fokus auf der Durchgängigen Sprachbildung für alle. Das Volksschulamt hat der Pädagogischen Hochschule Zürich den Auftrag erteilt, ein Sprachbildungskonzept für den Kindergarten zu entwickeln. Das Sprachbildungskonzept umfasst Kinder mit Deutsch als Erstsprache und mit Deutsch als Zweitsprache.

Planmässig 2027

BI 2.2c Das System des Mitteleinsatzes in den Volksschulen überprüfen und unter Berücksichtigung der Schulqualität vereinfachen. Den Handlungsspielraum der Gemeinden in der Gestaltung der Schulorganisation vergrössern und den administrativen Verwaltungsaufwand verringern

Ein Konzept wurde erstellt. Derzeit wird die politische und rechtliche Umsetzbarkeit geprüft. Die Umsetzung des Projekts benötigt mehr Zeit, da es sehr komplex ist und mit einer Vielzahl von Gemeinden zusammengearbeitet werden muss.

Verzögert 2027

BI 2.2d Die Lehrpersonen im Umgang mit Heterogenität und herausforderndem Verhalten unterstützen

Für Schulleitende wurden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, an denen mögliche Massnahmen zur Stärkung der Tragfähigkeit der Regelschulen insbesondere im Umgang mit Heterogenität vorgestellt wurden. Im Rahmen des Angebots Challenge unterstützt die Pädagogische Hochschule Schulen im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern. In der kantonalen Koordinationsgruppe Verhaltensauffälligkeiten wurden Ideen für den ersten Zyklus gesammelt und auf der Webseite des Volksschulamtes publiziert. Mit der Vorlage Erweiterter Lernraum wurde ein Vorschlag für eine gesetzliche Grundlage für integrative Timeout-Angebote erarbeitet, um die Tragfähigkeit der Regelklassen zu stärken.

Planmässig 2027

BI 2.2e Die Lehrmittelpolitik, ihre Prozesse einschliesslich der Mitwirkung der Lehrpersonen und Zusammenarbeit zwischen Verlagen und Verwaltung überprüfen

Das Direktionsziel steht in Abhängigkeit zur parlamentarischen Initiative KR-Nr. 19/2022 betreffend Qualitätswettbewerb statt Monopol bei den Lehrmitteln, die für den Kanton eine geleitete Lehrmittelfreiheit für alle Fachbereiche vorsieht.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
12806.0	12794.8	13103.9	309.1	2.4

Bemerkungen R24 zu B24

- 309.1 Der Beschäftigungsumfang fällt höher aus als budgetiert. Dies ist einerseits auf die höhere Ausgangslage im Jahr 2023 zurückzuführen (Niveaueffekt gegenüber der ursprünglichen Planung), bedingt durch steigende Schülerzahlen sowie den zusätzlichen Stellenbedarf für Aufnahmeklassen für Flüchtlingskinder ausserhalb der Asylunterkünfte und für Vikariate. Andererseits führt auch die für das Berichtsjahr höher als geplant erwartete Schülerzahl zu einer Erhöhung des Beschäftigungsumfangs.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	195.9	210.1	0.0	0.0	210.1	205.4	-4.8	-2.3
Aufwand	-686.3	-718.0	0.0	0.0	-718.0	-718.4	-0.3	-0.0
- Personalaufwand	-335.9	-346.1	0.0	0.0	-346.1	-345.8	0.3	0.1
Saldo	-490.4	-507.9	0.0	0.0	-507.9	-513.0	-5.1	-1.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-4.4	-8.6	0.0	-1.2	-9.9	-1.2	8.7	88.1
Saldo	-4.4	-8.6	0.0	-1.2	-9.9	-1.2	8.7	88.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.1		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.8	A1	- Geringere Kostenanteile an den Bereich Qualität in multikulturellen Schulen (Quims)
0.7	A1, A2	- Geringere Kostenanteile an Spital- und Klinikschulen
0.3	A1	- Zunahme des Personalaufwands aufgrund der nur zentral bei der Finanzdirektion budgetierten Teuerungszulage 2024 gemäss RRB Nr. 1130/2023 (-5.5 Mio. Franken). Diese Mehrbelastung wird durch höhere Rückerstattungen der Gemeinden wegen mehr vollfinanzierter Stellen als geplant aufgefangen.
-3.0	A2	- Höhere Kostenanteile an Gemeinden für die Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschulen (ISR) aufgrund mehr ISR-Schülerinnen und -Schüler als geplant. Diese Mehrbelastung wird durch geringere Kostenanteile an Sonderschulen vermindert. Dadurch sinken auch die Erträge durch tieferen Rückerstattungen der Gemeinden an die Sonderschulkosten.
-5.7	A1, A2	- Höhere Kostenanteile an die Schulung von Kindern von Asylsuchenden wegen zusätzlicher Aufnahmeklassen Asyl in Durchgangszentren (-6.6 Mio. Franken) verbunden mit höheren Erträgen durch Rückerstattungen des Bundes (+0.9 Mio. Franken)
1.8		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-9.9	-1.2	8.7	
- Investitionsbeiträge im Sonderschulbereich	-9.9	-1.2	8.7	- Realisierung von Investitionsvorhaben im Sonderschulbereich wie geplant. Verzögerungen bei grösseren Bauvorhaben und Mobilienanschaffungen, deren Kosten in den Folgejahren anfallen werden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7301 Mittelschulen

Im Berichtsjahr haben gesamthaft rund 5900 Schülerinnen und Schüler die zentrale Aufnahmeprüfung für das Kurz- und Langgymnasium, die Fachmittelschule, die Handelsmittelschule und die Informatikmittelschule bestanden und ihre Ausbildung in Angriff genommen. Die ersten Schülerinnen und Schüler konnten in diesem Schuljahr mit dem neu eingeführten Schwerpunktfach Philosophie/Pädagogik/Psychologie starten, das an 14 Gymnasien angeboten wird.

Das Projekt Weiterentwicklung der Gymnasien im Kanton Zürich wurde gestartet. Darin aufgenommen ist der Auftrag, die revidierten nationalen Vorgaben (Maturitätsanerkennungsreglement sowie Rahmenlehrplan) kantonale umzusetzen sowie Aspekte aus dem Projekt «Gymnasium 2022» zu integrieren.

Die Projektarbeiten sind weit vorangekommen und es konnten mehrere Richtungsentscheide durch den Bildungsrat erwirkt werden. Konkrete Vorschläge zur zukünftigen Ausgestaltung der Fächer konnten in einer Rückmeldungsrunde im Schulfeld gegeben werden.

Die Kantonsschule Zürich Nord ist in ein Provisorium der Universität Zürich am Standort Irchel gezogen, damit das Gebäude in Oerlikon saniert werden kann. Die räumliche Nähe zur Universität Zürich wird für verschiedene stufenübergreifende Projekte genutzt. Zudem startete der Schulbetrieb der Filiale Hohlstrasse der Kantonsschule Wiedikon im Provisorium auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs in Zürich mit 650 Schülerinnen und Schülern.

Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
- A2 Ausbildung an der Fachmittelschule bzw. Vorbereitung auf die Fachmaturität
- A3 Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und zur Berufsmaturität an der Handelsmittelschule (inkl. Informatikmittelschule)
- A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
- A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden sowie der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Einhaltung des Maturitätsreglements: Lektionenfaktor	A1	1.93	1.93	1.94	0.01	0.52
L2	Schülerinnen und Schüler, die in den Leistungsaufträgen finanziert werden	A1, A2, A3	18976	19240	19529	289	1.5
L3	Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und Fachmittelschulen	A1, A2	18333	18480	18855	375	2.0
L4	Schülerinnen und Schüler mit Zeugnissen zweisprachige Maturität	A1	459	490	451	-39	-8.0
L5	Bildungsabschlüsse: gymnasiale Maturitäten an öffentlichen Gymnasien inkl. Kantonalen Maturitätsschule für Erwachsene (KME)	A1	2960	2820	2944	124	4.4
L6	Bildungsabschlüsse: Fachmittelschulabschlüsse an öffentlichen Fachmittelschulen (FMS)	A2	228	220	257	37	16.8
L7	Bildungsabschlüsse: Fachmaturitäten an öffentlichen FMS	A2	164	140	177	37	26.4
B1	Nettoaufwand pro finanzierte/n Schüler/in, in Fr.	A1, A2, A3	22420	23080	23060	-20	-0.1
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Befragte Ehemalige zwei Jahre nach Schulabschluss, die mindestens «eher zufrieden» angegeben, in %	A1					
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Befragte Ehemalige, welche die fachliche Vorbereitung auf die aktuelle Tätigkeit mindestens mit «eher gut» einschätzen, in %	A1					
W3	Anteil Schülerinnen und Schüler im 10. Schuljahr der gymnasialen Mittelschulen, in %	A1	23.9	24.2	24.5	0.3	
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung, in %	A1, A2	24.1	23.2	24.9	1.7	
W5	Maturitätsquote: gymnasiale Maturitäten, in %	A1	21.5	21.1	21.9	0.8	
W6	Maturitätsquote: Fachmaturitäten, in %	A2	1.4	1.5	1.4	-0.1	

Bemerkungen

- L1 Lektionenfaktor 1.94 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin oder Schüler und Schuljahr 1.94 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich beispielsweise Projektwochen oder Maturitätsarbeiten. Der Lektionenfaktor stieg von 1.93 auf 1.94 insbesondere aufgrund der Umsetzung von Massnahmen des Projekts «Gymnasium 2022», die zusätzliche Lektionen für die Einführung des obligatorischen Faches Informatik enthalten.
- L2 Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für das Berichtsjahr: Gymnasium 17 996, Fachmittelschulen 839, Handels- und Informatikmittelschulen 694
- L3 Der Indikator enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler, ausgenommen die Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, die ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität erlangen und deshalb der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet werden. Da die Lehrgänge jedoch an Mittelschulen durchgeführt werden, sind sie im Leistungsauftrag der betroffenen Mittelschulen und in L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 16.1 Mio. Franken.
- W1, W2 Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die im Dreijahresrhythmus durchgeführt wird. Die nächste Publikation erfolgt 2025.
- W3 Dieser Indikator misst den Anteil Schülerinnen und Schüler im 10. Schuljahr der gymnasialen Mittelschulen gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in der 6. Primarklasse vier Jahre zuvor.
- W4 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II Allgemeinbildung misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr einen Erstabschluss auf der Sekundarstufe II in der Schweiz mit gymnasialer Maturität, Fachmittelschulabschluss oder an einer internationalen Schule absolviert haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.
- W5 Die gymnasiale Maturitätsquote misst den Anteil der in einem bestimmten Jahr erteilten gymnasialen Maturitätszeugnisse in Prozent der 19-Jährigen der ständigen Wohnbevölkerung. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.
- W6 Die Fachmaturitätsquote misst den Anteil der in einem bestimmten Jahr erteilten Fachmaturitätszeugnisse in Prozent der 20-Jährigen der ständigen Wohnbevölkerung. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

BI 2.1h An allen Mittel- und Berufsfachschulen im Kanton Zürich ein niederschwelliges Angebot an unterstützenden Diensten für die Schülerinnen, Schüler und Lernenden bereitstellen

An acht Pilotmittelschulen haben Schulsozialarbeitende ihre Tätigkeit bereits aufgenommen, die Pilotphase läuft bis Sommer 2026.

Planmässig 2027

BI 2.1j Austausch- und Mobilitätsaktivitäten, insbesondere zwischen den Sprachregionen der Schweiz, auf allen Schulstufen fördern und damit die Sprach- sowie Sozial- und Selbstkompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärken

Gemäss der nationalen Austauschagentur Movetia hat die vergangenen Jahre eine konstant hohe Zahl an Schülerinnen und Schülern aus dem Kanton an einer Austauschaktivität teilgenommen. Für die Volksschulen und das Untergymnasium werden ein Austauschprogramm für Lehrpersonen, Aktivitäten für Schulklassen und Lehrpersonen während der Nationalen Austauschwoche, eine Weiterbildungs- und Vernetzungstagung, ein zweisprachiges Klassenlager, Immersionswochen für Schulklassen, das Brückenangebot für einzelne Schülerinnen und Schüler und interkantonale Schulpartnerschaften angeboten. Für alle Mittelschulen wurde zudem ein digitales Klassenprogramm und eine dazugehörige Plattform realisiert. Weiterhin ist die Fachstelle daran, ein Berufspraktikum für Schülerinnen und Schüler der Fachmittelschulen in der Romandie und im Ausland zu lancieren.

Planmässig 2027

BI 2.2a Die Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen anpassen

Mit RRB Nr. 1088/2024 wurde die Anpassungen des Mittelschulgesetzes dem Kantonsrat überwiesen (Vorlage 5989).

Planmässig 2027

BI 2.3b Den digitalen Wandel auf Sekundarstufe II gemäss RRB Nr. 259/2019 umsetzen

Die in RRB Nr. 259/2019 festgelegten Projekte zur Erarbeitung der Grundlagen wurden erfolgreich und plangemäss abgeschlossen. Die gestaffelte Migration der 39 kantonalen Schulen der Sekundarstufe II, die unter anderem die standardisierte IKT-Grundversorgung Sek II umfasst, hat verzögert begonnen. Diese Massnahme wird zwischen dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt und dem Amt für Informatik gemeinsam umgesetzt. Bis Ende des Berichtjahres konnten drei Schulen in Betrieb genommen werden.

Verzögert 2027

BI 2.3d Die neue Schulverwaltungssoftware an den Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten und einführen

Die Erarbeitung und Einführung der neuen Schulverwaltungssoftware verzögert sich, weil 2025 eine erneute Ausschreibung durchgeführt wird.

Verzögert 2028

BI 2.4c Im Rahmen der Projekte «Gymnasium 22» und «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM)» das Gymnasium auf den Lehrplan 21 abstimmen, die Qualität der gymnasialen Maturität unter Berücksichtigung der Belastungssituation der Schülerinnen und Schüler stärken und auf künftige Anforderungen ausrichten

Im Januar des Berichtjahres hat das Projekt Weiterentwicklung der Gymnasien im Kanton Zürich gestartet, das Teile aus dem Projekt «Gymnasium 2022» sowie die Umsetzung der nationalen Anforderungen aus WEGM zusammenführt. Mit Beschluss Nrn. 05/2024 und 12/2024 hat der Bildungsrat erste Stossrichtungen für die zukünftige Ausgestaltung der Gymnasien gefällt. Ende des Berichtjahres wurden weitere Vorschläge im Schulfeld in eine Feedbackschleife gegeben, um diese für die im Herbst 2025 geplante Vernehmlassung zu optimieren.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
2106.5	2131.1	2179.3	48.2	2.3

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab. Die Zunahme gegenüber dem geplanten Budget ist mit der höheren Anzahl Schülerinnen und Schüler (Indikator L2) sowie der Umsetzung des Digitalen Wandels begründet (RRB Nr. 873/2022).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	158.6	161.6	0.0	0.0	161.6	167.6	6.0	3.7
Aufwand	-584.0	-605.6	0.0	0.0	-605.6	-617.8	-12.2	-2.0
- Personalaufwand	-380.4	-383.6	0.0	0.0	-383.6	-397.5	-13.9	-3.6
- Hauswirtschaftskurse	-9.5	-9.3	0.0	0.0	-9.3	-9.9	-0.6	-6.8
Saldo	-425.4	-444.1	0.0	0.0	-444.1	-450.3	-6.2	-1.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-2.7	-10.2	0.0	0.0	-10.2	-5.7	4.5	44.2
Saldo	-2.7	-10.2	0.0	0.0	-10.2	-5.7	4.5	44.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.2		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-5.8	A1, A2, A3	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
-0.4		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-10.2	-5.7	4.5	
- Die Investitionen 2024 werden insbesondere für die Einrichtungen des Erweiterungsneubaus der Kantonsschule Limmattal in Urdorf, des Schulraumprovisoriums Irchel in Zürich sowie des Provisoriums der neuen Mittelschule an der Hohlstrasse in Zürich benötigt. Die Investitionen 2026 und 2027 werden insbesondere für die Einrichtungen der neuen Mittelschule im Raum Glattal, des Bildungszentrums für Erwachsene in der Militärkaserne in Zürich sowie der Gesamtsanierung der Kantonsschule Zürich Nord geplant.	-10.7	-5.7	5.0	- Minderausgaben insbesondere wegen Verzögerungen bei Einrichtungen des Erweiterungsneubaus der Kantonsschule Limmattal in Urdorf, des Schulraumprovisoriums Irchel in Zürich sowie des Provisoriums der neuen Mittelschule an der Hohlstrasse in Zürich
- Übrige	0.5	0.0	-0.5	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -6988556	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -6988556	Veränderung Bestand 0

7306 Berufsbildung

Im Berichtsjahr genehmigte das Mittelschul- und Berufsbildungsamt 12728 Lehrverträge (Vorjahr: 12551), davon 1132 für die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (Vorjahr: 1222). Insgesamt wurden mehr Lehrverträge (+177) genehmigt als im Vorjahr. 92,02% (0,08% mehr als im Vorjahr) der Lernenden bestanden das abschliessende Qualifikationsverfahren.

Die Umsetzung der nationalen Reformen der kaufmännischen Grundbildung und der Grundbildungen des Detailhandels verlaufen planmässig. Das Projekt soll 2026 mit der Durchführung der Qualifikationsverfahren der Kaufleute mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis beendet werden.

Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse.
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, höhere Fachprüfungen und von Bildungsgängen an höheren Fachschulen.
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung.
- A4 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z.B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft, höhere Berufsbildung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren	A1	1781	1880	1817	-63	-3.4
L2	Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen	A1	43428	44610	44007	-603	-1.4
L6	Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A1	6513	6700	6514	-186	-2.8
L7	Durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren	A3	15396	16520	15337	-1183	-7.2
L8	Diplomprüfungen Berufsmaturität	A3	2632	2650	2543	-107	-4.0
L9	Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A2	195	190	194	4	2.1
L11	Studierende/Teilnehmende höherer Fachschulen an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen	A2	8727	8620	9073	453	5.3
B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/n in der schulischen Grundbildung, in Fr.	A1	8962	9340	9764	424	4.5
B3	Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidierende/n Schlussprüfung, in Fr.	A3	1708	1990	2374	384	19.3
B4	Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung, in Mio. Franken	A2	71	63	72	9	14.3
W1	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität), in %	A1	49.6	52.8	47.4	-5.4	
W2	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität, in %	A1	18.5	19	19.1	0.1	
W3	Total der gesamten Abschlussquote Sekundarstufe II (inkl. Allgemeinbildung), in %	A1	92	95	91	-4	
W4	Abgeschlossene Lehrverträge	A1	12551	13550	12727	-823	-6.1
W5	Offene Lehrstellen	A1	2277	2280	2463	183	8.0

Bemerkungen

- L1 Der erwartete Anstieg von Jugendlichen, die ein Berufsvorbereitungsjahr in Anspruch nehmen, ist noch nicht eingetroffen. Es hat sich gezeigt, dass die erwarteten 200 minderjährigen geflüchteten Jugendlichen noch nicht in der Lage sind, ein reguläres Berufsvorbereitungsjahr zu besuchen. Die stabile Lehrstellensituation hat dazu geführt, dass die Ausbildungsbetriebe auch Jugendliche mit Status S in die berufliche Grundbildung aufnehmen.
- L7 Die 15 337 Abschlussprüfungen umfassen 12 762 von Lernenden im Kanton Zürich, 2510 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 65 abgeschlossene Validierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wohnsitz im Kanton Zürich.
- B1 Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage, höherer Raumkosten und der Umsetzung Pflegeinitiative (Vorlage 5943)
- B3 Der Aufwand für das Qualifikationsverfahren pro Kandidierende/n in der Schlussprüfung fiel aufgrund der tieferen Anzahl durchgeführter Abschlüsse (Indikator L7) und höherer Kosten für Lehrlingsprüfungen höher aus als geplant.

- B4 Der Indikator zeigt den Nettoaufwand für die Weiterbildung und setzt die KEF-Erklärung Nr. 29/2016 um. Der Aufwand von 72 Mio. Franken setzt sich zusammen aus 68 Mio. Franken für Angebote der höheren Berufsbildung und 4 Mio. Franken für Angebote der berufsorientierten und allgemeinen Weiterbildung.
- W1, W2, W3 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr eine Erstausbildung auf der Sekundarstufe II in der Schweiz absolviert haben. Diese Indikatoren werden vom Bundesamt für Statistik erhoben.
- W3 Trotz grosser soziodemografischer Herausforderungen liegt der Kanton mit 91 % über dem schweizerischen Durchschnitt von 90%.
- W4, W5 Die Indikatoren setzen die KEF-Erklärung Nr. 37/2020 um. In den kommenden Jahren wird ein Anstieg der Anzahl Lernender erwartet. Um dieses Wachstum angemessen beobachten zu können, wurden die beiden zusätzlichen Indikatoren «Abgeschlossene Lehrverträge» und «Offene Lehrstellen» eingefügt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2d In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen stärken und auf allen Stufen durch aktive Lehrstellenförderung ausreichend Ausbildungsplätze und neue Berufsfelder schaffen.

Verschiedene Massnahmen für die Lehrstellenförderung wurden initiiert. Ausgangslage bildete die Studie des Schweizerischen Observatoriums für die Berufsbildung, die alle involvierten Partner berücksichtigt. Aufgrund der fünf Handlungsfelder wurden bestehende, neue oder noch zu realisierende Massnahmen und Aktivitäten aufeinander abgestimmt. Bestehende Betriebe und deren Berufsbildnerinnen und Berufsbildner werden mit unterschiedlichen Angeboten unterstützt. Die Berufsbildungsforen können ihre regionalen Aktivitäten spezifisch unterstützen. Die Organisationen der Arbeitswelt und Berufsverbände bzw. die Lehrbetriebe profitieren von den durch das Komitee geprüften Konzepten und im Anschluss gesprochenen Fördergeldern und können die individuell nötigen und nachhaltigen Massnahmen für ihre Berufsfelder und Branchen gezielt einsetzen.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 2e Erwachsenen mit ungenügenden Grundkompetenzen ausreichend Bildungsangebote zur Verfügung stellen.

Die Änderungen des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) wurde am 1. August in Kraft gesetzt (RRB Nr. 424/2024). Die Neuerungen ermöglichen es, die im Kanton die geplanten Massnahmen und Angebote im Programm Grundkompetenzen Erwachsener in der BFI-Förderperiode 2025–2028 vollumfänglich umzusetzen. Die Palette von Angeboten wird dabei stetig erweitert und umfasst die Weiterführung von bestehenden sowie Aufbau von neuen Lernstuben, den Aufbau von Lernstuben-ähnlichen Angeboten (Lernstuben light) in ländlichen Gebieten (Start Januar 2025), den Aufbau von durch private Anbietende durchgeführte Grundkompetenzen-Kurse (Förderstufe 2; Start Frühling 2025) sowie den Aufbau von Alphabetisierungskursen in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Integration (Start Januar 2025).

Planmässig 2027

RRZ 2f Die Massnahmen aus dem nationalen Programm Berufsbildung 2030 umsetzen, insbesondere die Rahmenbedingungen für den allgemeinbildenden Unterricht an den Berufsfachschulen und die Berufsmaturität erneuern sowie die Finanzierung des Berufsabschlusses für Erwachsene anpassen.

Betreffend Umsetzung des Vorhabens Allgemeinbildung 2023 (ABU 2030) wurde festgelegt, dass es im Kanton einen einheitlichen kantonalen ABU-Lehrplan geben soll. Das entsprechende Umsetzungsprojekt wurde strukturiert und personell besetzt. Auch bei der kantonalen Umsetzung des Vorhabens Berufsmaturität 2023 (BM 2030) starteten die entsprechenden Planungsarbeiten. Beide Umsetzungsprojekte starten 2025.

Planmässig 2027

BI 2.1k An allen Mittel- und Berufsfachschulen im Kanton Zürich ein niederschwelliges Angebot an unterstützenden Diensten für die Schülerinnen, Schüler und Lernenden bereitstellen.

An acht Pilotmittelschulen haben Schulsozialarbeitende ihre Tätigkeit bereits aufgenommen, die Pilotphase läuft bis Sommer 2026. Der Kantonsrat hat das Geschäft am 28. Oktober an die Redaktionskommission überwiesen (Vorlage 5935a), die Schlussabstimmung wird für Anfang 2025 erwartet.

Planmässig 2027

BI 2.1I Austausch- und Mobilitätsaktivitäten, insbesondere zwischen den Sprachregionen der Schweiz, auf allen Schulstufen fördern und damit die Sprach- sowie Sozial- und Selbstkompetenzen der Kinder und Jugendlichen stärken

Gemäss der nationalen Austauschagentur Movetia hat die vergangenen Jahre eine konstant hohe Zahl an Schülerinnen und Schülern aus dem Kanton an einer Austauschaktivität teilgenommen. Gefördert wurde das Brückenangebot für Schülerinnen und Schüler nach der dritten Sekundarklasse, ein digitales Klassenaustauschprogramm für Mittel-, Berufsfach- und Berufsmaturitätsschulen sowie verschiedene Programme, die Berufspraktika während der Lehre ermöglichen. Weiterhin wurde ein Austauschprogramm für Lernende der Mittelschul- und Berufsbildungsämter der Kantone Zürich und Waadt lanciert. Seit 2023 konnte die Fachstelle zudem bei der Nationalen Agentur für Austausch und Mobilität ein grösseres Poolgesuch einreichen, um Austausch- und Mobilitätsaktivitäten verschiedener Berufsfachschulen und Berufsmaturitätsschulen im In- und Ausland zu unterstützen.

Planmässig 2027

BI 2.2g Die Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen anpassen

Mit RRB Nr. 1088/2024 wurde die Anpassungen des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz dem Kantonsrat überwiesen (Vorlage 5989).

Planmässig 2027

BI 2.3g Den digitalen Wandel auf Sekundarstufe II gemäss RRB Nr. 259/2019 umsetzen

Die in RRB Nr. 259/2019 festgelegten Projekte zur Erarbeitung der Grundlagen wurden erfolgreich und plangemäss abgeschlossen. Die gestaffelte Migration der 39 kantonalen Schulen der Sekundarstufe II, die unter anderem die standardisierte IKT-Grundversorgung Sek II umfasst, hat verzögert begonnen. Diese Massnahme wird vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt und dem Amt für Informatik gemeinsam umgesetzt. Bis Ende des Berichtjahres konnten drei Schulen den Betrieb aufnehmen.

Verzögert 2027

BI 2.3i Die neue Schulverwaltungssoftware an den Schulen der Sekundarstufe II erarbeiten und einführen

Die Erarbeitung und Einführung der neuen Schulverwaltungssoftware verzögert sich, weil 2025 eine erneute Ausschreibung durchgeführt werden muss.

Verzögert 2028

BI 2.4d Den prüfungsfreien Übertritt bei guten Leistungen in die BMS I prüfen

Das Projekt wurde aufgrund von knappen Personalressourcen sistiert.

Sistiert 2027

BI 2.4f Die Berufsabschlüsse für Erwachsene fördern

Die Fachstelle für Berufsabschluss für Erwachsene hat im Rahmen des Rechtsetzungsprojekts eine Studie in Auftrag gegeben. Die Grundlagenarbeit für die Rechtsetzung sowie die Erkenntnisse der Studie zeigen auf, inwieweit und wo Handlungsbedarf besteht, um der Zielgruppe gute Möglichkeiten für einen Berufsabschluss auf Sekundarstufe II zu bieten.

Planmässig 2027

BI 2.4g Das Programm Grundkompetenzen für Erwachsene weiterentwickeln und den neuen Bedürfnissen anpassen (WeBIG)

Für Lernstuben in der heutigen Form besteht insbesondere in städtischen Gebieten oder regionalen Ballungszentren ein Bedarf. Im Gegensatz dazu sind die Angebote und die Infrastruktur der sich im Aufbau befindenden Lernstuben light weniger fix definiert und flexibler gestaltet. Sie ergänzen das Lernstuben-Netz insbesondere im ländlichen Raum. Nach einer erfolgreichen Pilotphase im Berichtsjahr wurde beschlossen, ab 2025 Angebote unter den Titel «Lernstube on Tour» und Handytips im Einkaufszentrum definitiv einzuführen. Die Angebote werden im Januar 2025 starten.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
1603.4	1618.0	1643.6	25.6	1.6

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Anzahl Klassen ab. Die Zunahme gegenüber dem geplanten Budget ist mit der Umsetzung des Digitalen Wandels begründet (RRB Nr. 873/2022).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	301.6	305.4	0.0	0.0	305.4	313.5	8.1	2.6
Aufwand	-684.8	-715.0	0.0	0.0	-715.0	-736.4	-21.4	-3.0
- Eigene Beiträge	-193.4	-200.9	0.0	0.0	-200.9	-206.8	-5.8	-2.9
Saldo	-383.2	-409.6	0.0	0.0	-409.6	-422.9	-13.3	-3.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-4.6	-13.0	0.0	-6.4	-19.4	-2.9	16.6	85.3
Saldo	-4.5	-13.0	0.0	-6.4	-19.4	-2.8	16.6	85.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-13.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-2.3	A2, A4	- Umsetzung Pflegeinitiative (Vorlage 5943)
-4.0	A1	- Höhere Raumkosten insbesondere aufgrund der Umstellung der Wirtschaftsschule KV Zürich auf das Mietermodell (RRB Nr. 686/2024)
-6.2	A1	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
-0.8		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.1	0.1	
- Übrige	0.0	0.1	0.1	
Ausgaben total	-19.4	-2.9	16.6	
- Die Investitionen 2024 umfassen insbesondere Einrichtungen für einen Ersatzneubau der Baugewerblichen Berufsschule in Zürich sowie die Instandsetzung an der Gewerblichen Berufsschule in Wetzikon. Die Investitionen 2025 bis 2027 sind mehrheitlich für einen Neubau der Berufsfachschule Winterthur und die Gesamtinstandsetzung am Bildungszentrum Limmattal in Dietikon vorgesehen.	-13.0	-2.9	10.1	- Minderausgaben insbesondere wegen Verzögerungen bei Ausstattungen für die Gewerbliche Berufsschule Wetzikon sowie beim Ersatzneubau der Baugewerblichen Berufsschule Zürich
- Übrige	-6.4	0.0	6.4	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-11 000 000	0	0	-11 000 000	0

7401 Universität (Beiträge)

Mit der Überweisung der Motion KR-Nr. 178/2018 betreffend Eigentümerstrategie für die Universität Zürich (UZH) beauftragte der Kantonsrat den Regierungsrat mit der Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine Eigentümerstrategie der Universität. Die betreffende Änderung des Universitätsgesetzes hat der Kantonsrat am 16. September beschlossen. Der Regierungsrat wird die Eigentümerstrategie bis voraussichtlich Mitte 2025 festlegen und danach dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreiten.

Die Universität hat ihre langfristige, strategische Immobilienplanung in wesentlichen Punkten überarbeitet. Sie hat verschiedene Massnahmen zur Neu-Ppriorisierung ihrer Hochbauinvestitionen getroffen.

Die Universität und die Universitätsspitaler (Universitätsspital Zürich, Universitätsklinik Balgrist, Universitäts-Kinderspital, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich) haben ihre Zusammenarbeit im Netzwerk Universitäre Medizin Zürich weiter verbessert. Dazu hat insbesondere das neue Finanzierungsmodell zur Abgeltung der Leistungen der Spitäler in Forschung und Lehre beigetragen. Die Dachstrategie Universitäre Medizin Zürich wurde weiterentwickelt, und mit der Präzisionsmedizin mit der Ausrichtung Präzisionsonkologie wurde ein bedeutender strategischer und thematischer Schwerpunkt gesetzt.

Aufgaben

- A1 Die Universität Zürich (UZH) vermittelt wissenschaftsbasierte Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau und fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit.
- A2 Die UZH leistet wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A3 Die UZH fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Bemerkungen

Allg. In der LG 7401 sind der Kostenbeitrag an die UZH (LG 9600) und Beiträge an die Zürcher Hochschulen im Rahmen des DIZH-Innovationsprogramms eingestellt. Die Erfüllung der Aufgaben A1-A3 obliegt der UZH (LG 9600). Die Finanzierung der UZH umfasst neben dem Kostenbeitrag des Kantons auch Mittel vom Bund, von anderen Kantonen und von Dritten. Die Hochbauinvestitionen der UZH in der LG 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion, geführt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L4	Studierende gesamt (L5-L8)	A1	27958	28560	28476	-84	-0.3
L5	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	14382	15560	14667	-893	-5.7
L6	Studierende in Masterstudiengängen	A1	7557	7890	7782	-108	-1.4
L7	Studierende Lehramt	A1	576	470	594	124	26.4
L8	Studierende im Doktoratsstudium	A1, A2, A3	5443	5640	5433	-207	-3.7
L3	Habilitationen	A2, A3	136	80	82	2	2.5
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2, A3	26071	26291	26693	402	1.5
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2, A3	44.7	46	44.7	-1.3	
B3	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität, in %	A1, A2, A3	11.1	11	11.5	0.5	
W4	Abschlüsse gesamt (W5-W10)	A1, A2, A3	6250	6180	5589	-591	-9.6
W5	Bachelorabschlüsse	A1	2776	2830	2377	-453	-16.0
W6	Masterabschlüsse	A1	2429	2390	2177	-213	-8.9
W7	Abschlüsse Lehramt	A1	174	210	231	21	10.0
W10	Verliehene Dokorate	A1, A2, A3	871	750	804	54	7.2
W3	Beschäftigung im ersten Jahr nach Abschluss, in %	A1, A3		98	99	1	

Bemerkungen

- L4 Studierende im Herbstsemester des Berichtsjahres. Gegenüber dem Vorjahr steigt die Zahl um rund 2% an. Anstiege verzeichnen insbesondere die Bachelorstudiengänge und das Lehramt.
- L5 B24 wurde im KEF 2024-2027 versehentlich zu tief angegeben. Der korrekte Wert beträgt 14 560. Der Rechnungswert liegt somit leicht über Budget und Vorjahr.

- B1 Erhöhung vor allem aufgrund des teilweisen Ausgleichs des Mehraufwands der Universität für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (in B24 nicht enthalten)
- B2 Bezieht sich auf den aus der Leistungsgruppe Nr. 7401 ausgerichteten Kostenbeitrag (ohne Beiträge der Gesundheitsdirektion)
- W4 Geringere Anzahl Abschlüsse aufgrund einer prozessualen Änderung bei der Anmeldung zum Studienabschluss in der Philosophischen Fakultät. Dieser Effekt ist vorübergehend und sollte sich ab R25 wieder stabilisieren (vgl. auch LG 9600).
- Allg. Für Bemerkungen zu den weiteren Indikatoren vgl. Leistungsgruppe Nr. 9600

Entwicklungsschwerpunkte

BI 2.3a Die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH) umsetzen

Im Berichtsjahr wurden die Aktivitäten der Digitalisierungsinitiative weiter ausgebaut und konsolidiert; alle Bereiche befinden sich erfolgreich in der Umsetzung. Die Förderung digitaler Forschung und Zusammenarbeit wurde vorangetrieben. Im Innovationsprogramm werden 25 Projekte neu gefördert, darunter erstmals eine Struktur, bei der alle vier Hochschulen mit Praxispartnern gemeinsam arbeiten. An der Universität wurden drei Brückenprofessuren (je eine mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Pädagogischen Hochschule Zürich und der Zürcher Hochschule der Künste) geschaffen. In der Bildungsförderung wurden Programme etabliert, welche die digitalen Kompetenzen von Studierenden und Berufseinsteigerinnen und -einsteigern stärken. Zudem wurden verschiedene Vernetzungsveranstaltungen zwischen den Hochschulen und mit der Öffentlichkeit sowie einen Hackathon für Schülerinnen und Schüler organisiert.

Stand bis
Planmässig 2029

BI 2.4a Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und der Universität verbessern

Die Zürcher Hochschulen setzen die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Hochschultypen gemäss der Verordnung des Schweizerischen Hochschulrates über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen um. Mit neuen Übertritten konnte die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen verbessert werden. Bei den Doktoraten wurden Kooperationsprojekte lanciert. Im Rahmen der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen konnten weitere Vernetzungen zwischen den Hochschultypen unter anderem mit gemeinsamen Brückenprofessuren und gemeinsam betreuten Doktorierenden geschaffen werden.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-731.1	-756.1	0.0	0.0	-756.1	-763.6	-7.5	-1.0
- Kostenbeitrag an Universität	-730.4	-750.9	0.0	0.0	-750.9	-762.8	-12.0	-1.6
Saldo	-731.1	-756.1	0.0	0.0	-756.1	-763.6	-7.5	-1.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-7.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-7.4	A1	- Höherer Kostenbeitrag an die UZH: Teilweiser Ausgleich des Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023, die nicht im Budgetkredit enthalten ist.
-0.1		- Übrige Abweichungen

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV).
A2 Vertraglich festgesetzte jährliche Kostenbeiträge des Kantons an die Zentralbibliothek (ZB) und das Sozialarchiv. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet.
A3 Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek.

Bemerkungen

- A1 Die IUV-Beiträge umfassen einerseits das Entgelt für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich, andererseits den Beitrag des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten. Die IUV wird zentral von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) abgerechnet. Das Entgelt zugunsten des Kantons Zürich wird der Universität Zürich (LG 9600) weiterverrechnet. Es ist deshalb sowohl im Ertrag als auch im Aufwand der LG 7402 enthalten. Der Beitrag des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten wird der LG 7402 belastet (vgl. Finanzierungstabelle unten).
A2, A3 Die Zentralbibliothek (LG 9690) wird zu 80% vom Kanton und zu 20% von der Stadt Zürich finanziert.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten mit IUV-Beitrag Kanton Zürich	A1	2718	2830	2763	-67	-2.4
L2 Ausleihen an der Zentralbibliothek	A2	266467	220000	266181	46181	21.0
B1 Interkantonaler Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung IUV	A1	13773	13000	13822	822	6.3
B2 Besucher ZB pro Vollzeitstelle	A2		3595	4608	1013	28.2
B3 Nutzung E-Medien inkl. Eigendigitalisate an der ZB pro Vollzeitstelle	A2	30771	73009	30995	-42014	-57.5
W3 Nutzung E-Medien und Eigendigitalisate ZB (Nutzungen in Mio.)	A2	5.56	13.2	5.59	-7.61	-57.65

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der Zürcher Studierenden an ausserkantonalen Universitäten liegt leicht über dem Vorjahr, aber unter dem Budget.
L2 Die Ausleihzahlen sind stabil geblieben. Im Budget war ein Rückgang angenommen worden.
B1 Der IUV-Beitrag pro Studierende/n liegt im Rahmen des Vorjahres, aber höher als budgetiert. Der tarifsenkende Effekt aus der Umsetzung der IUV 2019 ist nicht im budgetierten Mass eingetroffen.
B2 Die Besucherzahl ist etwas tiefer als im Vorjahr (5164), aber bedeutend höher als budgetiert.
B3 Siehe Begründung unten zu W3
W3 Infolge eines erneuten Wechsels des Tools zur Erhebung der Nutzungszahlen durch den technischen Host der nationalen Kooperationsplattformen (ETH-Bibliothek: e-rara und e-manuscripta) erfolgte ein Statistikbruch. Der Budgetwert wurde noch auf der Grundlage des alten Tools eingestellt, eine Überleitung zur neuen Zählweise ist nicht möglich.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	152.3	156.8	0.0	0.0	156.8	148.2	-8.6	-5.5
Aufwand	-225.4	-227.9	0.0	0.0	-227.9	-220.7	7.2	3.2
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-37.4	-36.7	0.0	0.0	-36.7	-38.2	-1.5	-4.1
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-32.8	-31.6	0.0	0.0	-31.6	-31.5	0.1	0.2
Saldo	-73.1	-71.1	0.0	0.0	-71.1	-72.5	-1.4	-1.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.2	-4.2	0.0	-2.1	-6.3	-2.7	3.6	57.1
Saldo	-1.2	-4.2	0.0	-2.1	-6.3	-2.7	3.6	57.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.4		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-1.5		- Der durchschnittliche IUV-Beitrag pro Studierende/n liegt höher als budgetiert (vgl. Indikatoren L1 und B1). Dies führt zu einer Budgetabweichung bei den IUV-Beiträgen von 4.1%.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7402

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-6.3	-2.7	3.6	
- Kantonsanteil an den Investitionsbeiträgen an die ZB (LG 9690). Der Kanton und die Stadt Zürich finanzieren die Investitionen der ZB im Verhältnis 80% zu 20%.	-6.3	-2.7	3.6	- Verzögerung beim Bauprojekt Sanierung Altbau, wofür ein Kreditübertrag beantragt wird.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7406 Fachhochschulen (Beiträge)

Die 2021 und 2023 beschlossenen Änderungen des Fachhochschulgesetzes (Vorlagen 5589 und 5757) traten mit der neuen Personalverordnung der Zürcher Fachhochschulen und weiteren Verordnungsänderungen am 1. August des Berichtsjahres in Kraft. Die bisherige Dachorganisation Zürcher Fachhochschule der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) wurde auf diesen Zeitpunkt hin formell aufgehoben.

Die Änderung des Fachhochschulgesetzes im Hinblick auf die Erledigung der vom Kantonsrat überwiesenen Motion KR-Nr. 4/2021 betreffend Eigentümerstrategien ist in Erarbeitung. Sie wird mit der Umsetzung der gleichlautenden Motion KR-Nr. 178/2018 betreffend Eigentümerstrategie der Universität Zürich koordiniert.

Aufgaben

- A1 Die Fachhochschulen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) bereiten durch eine praxisorientierte Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und, je nach Fachbereich, gestalterische und künstlerische Fähigkeiten erfordern.
- A2 Die Fachhochschulen betreiben anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und sichern damit die Verbindung zur Wissenschaft und Praxis. Im Weiteren engagieren sie sich in der Weiterbildung und bieten gemäss gesetzlichem Leistungsauftrag auch Dienstleistungen an.

Bemerkungen

Allg. In der LG 7406 sind die Kostenbeiträge an die ZHAW (LG 9710), ZHdK (LG 9720) und PHZH (LG 9740) eingestellt. Die Erfüllung der Aufgaben obliegt den Fachhochschulen. Die Finanzierung der Fachhochschulen umfasst neben den Kostenbeiträgen des Kantons Zürich auch Mittel vom Bund, von anderen Kantonen und von Dritten.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende an ZHAW, ZHdK und PHZH gesamt	A1	19568	20630	19750	-880	-4.3
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	15175	16000	15330	-670	-4.2
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	4393	4630	4420	-210	-4.5
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	22638	20885	22615	1730	8.3
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der FH, in %	A1, A2	47.6	46.6	47.2	0.6	
B3	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen, in %	A1, A2	12.0	11	12	1	
W1	Diplomabschlüsse ZHAW, ZHdK und PHZH gesamt	A1	5292	5460	5540	80	1.5
W2	Abschlüsse auf Bachelorstufe	A1	3811	3980	3920	-60	-1.5
W3	Abschlüsse auf Masterstufe	A1	1481	1480	1620	140	9.5
W4	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	2485	2530	2630	100	4.0

Bemerkungen

- L1, L2, Ausgewiesen sind die aggregierten Studierendenzahlen der Leistungsgruppen Nrn. 9710, 9720 und 9740 (gewichtete Jahresmittelwerte). Die Studierendenzahlen liegen unter dem Budget und über dem Vorjahr. Die Budgetierung beruhte auf den teilweise sehr hohen Wachstumsraten der Vorjahre.
- L3 Die Studierendenzahlen liegen unter dem Budget und über dem Vorjahr. Die Budgetierung beruhte auf den teilweise sehr hohen Wachstumsraten der Vorjahre.
- B1, B2 Beide Indikatoren zum Kostenbeitrag liegen über dem Budget und unter dem Vorjahr. Gründe für die Budgetabweichung sind höhere Raum- und Nebenkosten im Rahmen des Mietermodells sowie der im Budget nicht enthaltene Mehraufwand für den Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1130/2023.
- W1 Die Abschlusszahlen gemäss vorläufiger Statistik zuhanden des Bundesamtes für Statistik (Stand Februar 2025) entsprechen insgesamt weitgehend den Budgetwerten.
- W3 Die Anzahl Masterabschlüsse liegen an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Pädagogischen Hochschule Zürich markant über Vorjahr und Budget. Hauptgründe sind die hohen Anmeldezahlen während der Coronapandemie und ein Sondereffekt bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- W4 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und die Pädagogische Hochschule Zürich konnten sowohl die Anzahl Projekte in anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung als auch die dafür akquirierten Drittmittel erhöhen.
- Allg. Für die Entwicklung der einzelnen Indikatoren einschliesslich Detailbegründungen pro Hochschule vgl. Leistungsgruppen Nrn. 9710, 9720 und 9740.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2a Genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen ausbilden, indem zeitgemässe und praxisorientierte Ausbildungen sichergestellt, flexiblere Zugänge geprüft sowie die multiprofessionelle Zusammenarbeit gestärkt wird.

Bei den Volksschul-Studiengängen der Pädagogischen Hochschule Zürich starteten im Herbstsemester rund 10% mehr Studierende als im Vorjahr. Besonders gefragt ist das Primarstufen-Studium, gefolgt von der Sekundarstufe I und dem Studiengang Kindergarten- und Unterstufe. Die Studierendenzahlen bei den Studiengängen der Sekundarstufe II verzeichnen einen Zuwachs von über 10% auf bereits hohem bestehendem Niveau. Die Pädagogische Hochschule unterstützt und begleitet Lehrpersonen, die ihren Wiedereinstieg in den Lehrberuf planen. Sie bietet verschiedene berufsintegrierte bzw. berufsbegleitende Studiengänge an. An der Universität Zürich ist die Anzahl Studierender im Lehrdiplom für Maturitätsschulen in den letzten Jahren gestiegen. Das Studium kann parallel zum Masterstudium oder berufsbegleitend absolviert und flexibel geplant werden. Mit der Kantonsschule Zürich Nord, die vorübergehend Räumlichkeiten des Campus Irchel der Universität nutzt, entstanden neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Kantonsschule.

Stand bis
Planmässig 2027

BI 2.3c Die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen DIZH umsetzen

Im Berichtsjahr wurden die Aktivitäten weiter ausgebaut und konsolidiert. Alle Bereiche befinden sich erfolgreich in der Umsetzungsphase. Die Förderung digitaler Forschung und Zusammenarbeit wurde vorangetrieben. Im Innovationsprogramm werden 25 Projekte neu gefördert, darunter erstmals eine Struktur, bei der alle vier Hochschulen mit Praxispartnern gemeinsam arbeiten. An der Universität wurden drei Brückenprofessuren (je eine mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Pädagogischen Hochschule Zürich und der Zürcher Hochschule der Künste) geschaffen. In der Bildungsförderung wurden Programme etabliert, welche die digitalen Kompetenzen von Studierenden und Berufseinsteigerinnen und -einsteigern stärken. Zudem wurden verschiedene Vernetzungsveranstaltungen zwischen den Hochschulen und mit der Öffentlichkeit sowie ein Hackathon für Schülerinnen und Schüler organisiert.

Planmässig 2029

BI 2.4b Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und der Universität verbessern

Die Zürcher Hochschulen setzen die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Hochschultypen gemäss der Verordnung des Schweizerischen Hochschulrates über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen um. Mit neuen Übertritten wurde die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen verbessert. Bei den Doktoraten wurden Kooperationsprojekte lanciert. Im Rahmen der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen konnten weitere Vernetzungen zwischen den Hochschultypen unter anderem mit gemeinsamen Brückenprofessuren und gemeinsam betreuten Doktorierenden geschaffen werden.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-440.1	-428.9	0.0	-0.6	-429.5	-441.7	-12.2	-2.8
- Kostenbeitrag an ZHAW	-210.9	-205.3	0.0	-0.6	-205.9	-209.3	-3.5	-1.7
- Kostenbeitrag an ZHdK	-111.1	-106.6	0.0	0.0	-106.6	-112.4	-5.8	-5.4
- Kostenbeitrag an PHZH	-117.1	-116.6	0.0	0.0	-116.6	-119.6	-3.0	-2.6
Saldo	-440.1	-428.9	0.0	-0.6	-429.5	-441.7	-12.2	-2.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

-12.2 Abweichungen total R24 zu B24^{plus}

-3.0	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag an die PHZH infolge Budgetabweichung bei den Raumkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells (-1.2) sowie Ausgleichs des nicht kompensierbaren Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (-1.9)
-3.5	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag an die ZHAW infolge Budgetabweichung bei den Raumnebenkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells
-5.8	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag an die ZHdK infolge Budgetabweichung bei den Raumkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells (-3.7) sowie Ausgleichs des nicht kompensierbaren Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (-2.0)
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023
plus Bildung 2023
-4 000 000

Verwendung
2024
0

Antrag Bildung 2024
(verbucht 2025)
0

Bestand 31.12.2024
plus Bildung 2024
-4 000 000

Veränderung Bestand
0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Hochschulen, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer spezifischen Interkantonalen Vereinbarung (Konkordat) als Träger angehört. Zurzeit betrifft dies die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik (HfH).
- A2 Ausrichtung von Beiträgen im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) an ausserkantonale Fachhochschulen (FH) und pädagogische Hochschulen (PH) für Zürcher Studierende.

Bemerkungen

- A1 Zürich ist Sitz- und Trägerkanton der HfH.
- A2 Die Finanzierung im Rahmen der FHV umfasst einerseits Beiträge des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Fachhochschulen und andererseits Entgelte der Vereinbarungskantone für deren Studierende an der ZHAW, ZHdK und PHZH. Die FHV-Beiträge des Kantons Zürich sind im Aufwand der LG 7407 enthalten. Die FHV-Entgelte der anderen Kantone fliessen direkt an die ZHAW, ZHdK und PHZH. Sie sind in den LG 9710, 9720 und 9740 im Ertrag separat ausgewiesen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH/PH (Finanzierung FHV) und Studierende an Konkordats-hochschulen	A1, A2	5924	5760	6279	519	9.0
B1	Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung FHV und Finanzierungs-beteiligung Konkordats-hochschulen	A1, A2	14078	13800	13120	-680	-4.9

Bemerkungen

- L1 Gegenüber dem Budget und dem Vorjahr studierten mehr Zürcherinnen und Zürcher an ausserkantonalen Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen. An der Hochschule für Heilpädagogik lag die Anzahl Studierende ebenfalls über Budget.
- B1 Nach einem stetigen Anstieg in den vergangenen Jahren sinkt der durchschnittliche Beitrag pro Zürcher Studierende/n im Berichtsjahr.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-83.4	-79.6	0.0	0.0	-79.6	-82.4	-2.8	-3.5
Saldo	-83.4	-79.6	0.0	0.0	-79.6	-82.4	-2.8	-3.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
-0.4	A1	- Höherer Beitrag an die HfH für mehr Zürcher Studierende
-2.4	A2	- Höhere Beiträge gemäss FHV an ausserkantonale Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
0.0		- Übrige Abweichungen

7501 Kinder- und Jugendhilfe

Das Amt für Jugend und Berufsberatung hat den standardisierten Abklärungsprozess zur Sicherstellung des Kindeswohls weiter verbessert. Jeder Fall wird nach dem Vier-Augen-Prinzip gemäss einem standardisierten Prozess und mittels wissenschaftlich evaluierten Instruments abgeklärt. In Zusammenarbeit mit den Auftraggebern (KESB und Bezirksgerichte) wurden regionale Workshops durchgeführt, um den Prozess zu vertiefen und neue Hilfsmittel für Fachpersonen vorzustellen. In einem nächsten Schritt wird gemeinsam mit den beteiligten Fachhochschulen geprüft, wie das Instrument aktualisiert und an gesellschaftliche Entwicklungen angepasst werden kann. Ergänzend dazu wird eine sichere Testumgebung geschaffen, um die Nutzung künstlicher Intelligenz bei der Analyse und Zusammenfassung von Aktennotizen zu den Abklärungsberichten zu erproben. Der Kanton folgte der Aufforderung des Bundesrates aus dem Jahr 2020 und lancierte gemeinsam mit dem Kanton

Thurgau eine Untersuchung zu internationalen Adoptionen aus Indien in den Jahren 1973 bis 2002. Die vorliegende Forschungsarbeit zeigt, dass bei der Einreise der Kinder in die Schweiz insbesondere die Angaben zu den leiblichen Eltern fehlten. Der Kanton hat bereits vor Jahren Massnahmen ergriffen, um betroffene Menschen bei der komplexen Suche nach ihren Wurzeln zu unterstützen. Seit 2018 wirkt die Zentralbehörde Adoption als Auskunftsstelle für die Herkunftssuche. Bis Ende November des Berichtsjahres wurden bereits 71 Anträge eingereicht, wovon etwa ein Fünftel von Personen ausländischer Herkunft stammt.

Das Amt hat verbindliche Qualitätsanforderungen für die sozialpädagogische Familienhilfe entwickeln lassen. Es wurde eine Qualitätskonzept erstellt und 101 Organisationen hinsichtlich der festgelegten Qualitätsvorgaben überprüft. Alle Organisationen erhielten individuelle Rückmeldungen und Empfehlungen zur Qualitätsverbesserung.

Aufgaben

- A1 Mandatsführung und Abklärungen im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und der Gerichte
- A2 Beratung von Eltern und Jugendlichen in Erziehungs-, Entwicklungs- und allgemeinen Familienfragen (Erziehungs- und Familienberatung)
- A3 Beratung von Eltern mit Neugeborenen (Mütter- und Väterberatung)
- A4 Abwicklung Alimentenbevorschussung und -inkasso
- A5 Koordination und Mitfinanzierung sonderpädagogischer Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich
- A8 Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots an ergänzenden Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L11	Kinder und Jugendliche mit Kinderschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte	A1	6667	7000	6849	-151	-2.2
L12	Erziehungs-/Familienberatungsaufträge	A2	4450	3672	4525	853	23.2
L13	Kinder mit Mütter- und Väterberatung	A3	9681	9600	9003	-597	-6.2
L14	Fälle Alimentenhilfe	A4	5413	5700	5387	-313	-5.5
L15	Finanzierte sonderpädagogische Massnahmen	A5	6008	6000	6117	117	2.0
L19	Finanzierte Aufenthaltstage Heimpflege	A8	515028	550000	559077	9077	1.7
L20	Finanzierte Aufenthaltstage Familienpflege	A8	185157	150000	219738	69738	46.5
B11	Kosten pro Kind/Jugendliche(n) mit Kinderschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte pro Jahr, in Fr.	A1	3291	3236	3373	137	4.2
B12	Kosten pro Erziehungs-/Familienberatung pro Jahr, in Fr.	A2	1004	1072	1025	-47	-4.4
B13	Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung pro Jahr, in Fr.	A3	602	596	661	65	10.9
B14	Kosten sonderpädagogische Massnahmen pro Kind und Jahr, in Fr.	A5	6498	5870	6609	739	12.6
B19	Kosten pro Aufenthaltstag Heimpflege «betreutes Wohnen», in Fr.	A8	429	419	404	-15	-3.6
B20	Kosten pro Aufenthaltstag Heimpflege «begleitetes Wohnen», in Fr.	A8	203	238	209	-29	-12.2
B21	Kosten pro Aufenthaltstag Familienpflege, inkl. Dienstleistungsangebote Familienpflege, in Fr.	A8	154	143	135	-8	-5.6
W11	Anteil der Neugeborenen, mit deren Eltern eine Kontaktaufnahme erfolgte (Erreichungsgrad Mütter- und Väterberatung), in %	A3	90	95	90	-5	
W12	Inkassoquote Unterhaltsbeiträge (bevorschusste und nicht bevorschusste), in %	A4	41	40	41	1	

Bemerkungen

- L12 Die grosse Nachfrage nach Beratungsaufträgen überstieg die Erwartungen und konnte bewältigt werden, indem die Beratungszeit pro Auftrag reduziert wurde.
- L13, B13 Aufgrund der sinkenden Geburtenrate zum Vorjahr (rund -5%) wurde der prognostizierte Wert unterschritten.
- L14 Der Rückgang der Fallzahlen hat sich entgegen den Erwartungen auch im Berichtsjahr fortgesetzt, wenn auch in geringerem Umfang. Aufgrund des Betreuungsunterhalts für Kinder sowie der neuen Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Anspruch auf nachehelichen Unterhalt wird seltener Ehegattenunterhalt zugesprochen; entsprechend sinken die Gesuche um Inkassohilfen für Ehegattenunterhalt. Zudem führt die nach wie vor gute wirtschaftliche Lage dazu, dass mehr Unterhaltspflichtige ihren Verpflichtungen nachkommen.
- L15, B14 Dieser Anstieg entspricht dem Bevölkerungswachstum der 0- bis 4-Jährigen. Die 2020 eingeführten Kürzungen der maximalen Stundenkontingente zeigt nicht die beabsichtigte Wirkung; die Massnahmenkosten pro Kind (B14) sind weiter leicht gestiegen. Diese Abweichung lässt sich damit erklären, dass mehr als 35% der Kinder mehr als eine Massnahme erhalten (vgl. 4552 Kinder und 6117 Massnahmen).
- L20 Familienpflege wird tendenziell mehr nachgefragt. Dieser erhöhten Nachfrage konnte durch die Rekrutierung von zusätzlichen Pflegefamilien entsprochen werden.
- B19 Durch eine höhere Auslastung des gesamten Platzangebots in der Heimpflege konnten die Kosten pro Tag gesenkt werden.
- B20 Die Kosten im begleiteten Wohnen sowie die Inanspruchnahme der Angebote sind im Vorjahresvergleich stabil; durch die höhere Auslastung fallen sie deutlich tiefer als budgetiert aus.
- B21 Im Berichtsjahr wurden weniger Pflegeverhältnisse von Dienstleistungsangeboten in der Familienpflege (DAF) begleitet, bei gleichzeitigem Anstieg der Nutzungstage, was eine Kostensenkung zur Folge hatte.

Entwicklungsschwerpunkte

BI 2.1a Das bedarfsgerechte Angebot an Schulsozialarbeit der Gemeinden gemäss KJHG überprüfen und die entsprechenden Grundlagen anpassen

Das Angebot wurde überprüft, die fachlichen Grundlagen nachgeführt und die Leistungsvereinbarungen der Teuerung angepasst. Stand bis
Planmässig 2027

BI 2.1d Familien mit Kindern im Vorschulalter niederschwellig und bedarfsgerecht unterstützen (Revision KJHG)

Die Vorlage zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist bei der zuständigen Kommission des Kantonsrates in Beratung. Verzögert 2027

BI 2.1f Allen Familien mit Kindern im Vorschulalter die Inanspruchnahme von familien-ergänzenden Betreuungsangeboten durch eine Mitfinanzierung der öffentlichen Hand ermöglichen (Revision KJHG)

Die Vorlage zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist bei der zuständigen Kommission des Kantonsrates in Beratung. Verzögert 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	522.1	542.3	561.1	18.8	3.5

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Befristete Anstellungen in den Bereichen Mineurs non-accompagnés, Jugendhilfestellen und ergänzende Hilfen zur Erziehung führen zu einem höheren durchschnittlichen Beschäftigungsgrad.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	278.3	264.0	0.0	0.0	264.0	293.7	29.7	11.2
- Durchlaufende Beiträge	19.7	15.5	0.0	0.0	15.5	20.0	4.5	29.1
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	11.8	10.9	0.0	0.0	10.9	13.4	2.5	22.4
Aufwand	-552.0	-569.1	0.0	0.0	-569.1	-577.4	-8.3	-1.4
- Eigene Beiträge	-373.5	-395.1	0.0	0.0	-395.1	-387.3	7.8	2.0
- Durchlaufende Beiträge	-19.7	-15.5	0.0	0.0	-15.5	-20.0	-4.5	-29.1
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	-11.8	-10.9	0.0	0.0	-10.9	-13.5	-2.6	-23.7
Saldo	-273.8	-305.1	0.0	0.0	-305.1	-283.7	21.4	7.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-0.2	-1.1	0.0	-11.5	-12.7	-11.5	1.1	9.1
Saldo	0.2	-1.1	0.0	-11.5	-12.7	-11.4	1.2	9.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
21.4		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
32.1	A8	- Geringere Finanzmittel zur Rückabwicklung der Versorgertaxen an die Gemeinden aufgrund des Controllings und der bereinigten Eingaben der Gemeinden
15.9	A8	- Höhere Gemeindebeiträge infolge höherer Inanspruchnahme und höherer Kosten der ergänzenden Hilfen zur Erziehung
4.2	A8	- Weniger ausgerichtete Subventionen nach § 21 des Kinder und Jugendheimgesetzes (KJG) infolge kleinerer Nachfrage als erwartet
2.2	A1, A2, A3	- Höhere Gemeindebeiträge an die Kosten der Jugendhilfestellen
1.5	BI 2.1a	- Die erbrachten Leistungen für Gemeinden und Dritte konnten insbesondere im Bereich der Schulsozialarbeit ausgebaut werden.
0.3	A1, A2, A3	- Weniger ausgerichtete Subventionen im Bibliothekswesen und nach § 40 KJHG infolge tieferer Nachfrage
-0.7	A1, A2, A3	- Höherer Sach- und übriger Betriebsaufwand in den Jugendhilfestellen im Bereich des behördlichen Kinderschutzes
-1.0	A1, A2, A3	- Subvention zur Mitfinanzierung des Autismus-Frühförderungsangebots «Frühe intensive verhaltenstherapeutische Intervention (FIVTI)» der Fachstelle Autismus der Psychiatrischen Universitätsklinik (RRB Nr. 983/2024)
-1.5	A1, A2, A3	- Höherer Staatsbeitrag an die Stadt Zürich aufgrund höherer Aufwände der Jugendhilfestellen
-1.9	A5	- Mehrkosten infolge höherer Inanspruchnahme von sonderpädagogischen Massnahmen im Vor-/Nachschulbereich
-3.4		- Höherer Personalaufwand aufgrund von befristeten Anstellungen in den Bereichen Mineurs non-accompagnés (MNA), Jugendhilfestellen und ergänzende Hilfen zur Erziehung
-26.8	A8	- Höhere Inanspruchnahme und Kosten bei den ergänzenden Hilfen zur Erziehung im Bereich der Pflegefamilien und der sozialpädagogischen Familienhilfen
0.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.1	0.1	
- Investitionsbeiträge Kinder- und Jugendheime	0.0	0.1	0.1	- Rückzahlung eines Investitionsbeitrags infolge Änderung der Zweckbindung
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-12.7	-11.5	1.1	
- Investitionsbeiträge Kinder- und Jugendheime	-11.9	-11.5	0.4	- Die Minderausgaben bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime sind auf Bau- und Projektverzögerungen zurückzuführen.
- Investitionen in Software und Sachanlagen	-0.7	0.0	0.7	- Projektverzögerungen führen zu geringeren Software- und Sachanlageninvestitionsausgaben.
- Übrige	-0.1	0.0	0.1	

7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge

Ein gelungener Übergang in die Berufsbildung ist der Grundstein für einen erfolgreichen Abschluss auf Sekundarstufe II und damit für jede Berufskarriere. Die gute Zusammenarbeit zwischen Sekundarschulen und der Berufsberatung ist essenziell, damit Jugendliche die richtige Unterstützung

erhalten. Dazu wurde das Rahmenkonzept überarbeitet, das den Berufswahlfahrplan enthält und die Zuständigkeiten und Aufgaben beider Akteure definiert. Die bereits gute Zusammenarbeit soll weiter gestärkt werden, um Jugendliche auf ihrem Weg in die Berufsbildung zielgerichtet zu unterstützen.

Aufgaben

- A1 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung von Jugendlichen und Erwachsenen
- A2 Information von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl, der Weiterbildung und der Laufbahngestaltung
- A3 Ausrichten von Ausbildungsbeiträgen an Personen in Ausbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L11 Beratene Personen im biz	A1	14262	15000	14749	-251	-1.7
L12 Beratene Schüler/innen der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaussprechstunden	A1	13877	12000	12947	947	7.9
L13 Seminare und Veranstaltungen	A2	1471	1500	1347	-153	-10.2
L14 Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Sek II	A3	5376	6000	5217	-783	-13.0
L15 Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär	A3	1651	2000	1669	-331	-16.5
B11 Kosten pro beratene Person, in Fr.	A1	632	651	644	-7	-1.1
B12 Kosten pro beratene/n Schüler/in der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaussprechstunden, in Fr.	A1	155	180	176	-4	-2.2
B13 Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Sek II, in Fr.	A3	10051	8500	8265	-235	-2.8
B14 Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär, in Fr.	A3	9804	9500	9175	-325	-3.4
B15 Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen, in Tg.	A3	75	50	40	-10	-20.0
W11 Anteil Schüler/innen im 2. Schuljahr der Sekundarschule, der eine Veranstaltung besucht hat, in %	A2	98	98	98	0	

Bemerkungen

- L12 Die Anzahl Schülerinnen und Schüler, die im Berichtsjahr eine Kurzberatung im Schulhaus in Anspruch genommen hat, ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken; die prognostizierte Verlagerung auf digitale Kanäle ist jedoch geringer ausgefallen als erwartet.
- L13 Die Anzahl der Veranstaltungen hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen; dieser Rückgang ist auf die zunehmend kombiniert durchgeführten Eltern- und Klassenorientierungen in den biz zurückzuführen.
- L14, L15 Die geplante Anzahl Gutheissungen von Gesuchen um Ausbildungsbeiträge beruhte auf der Annahme einer Abweisungsquote von 23% (analog zum Vorjahr) bei knapp über 10 000 Gesuchen. Da die Abweisungsquote im Berichtsjahr mit 26% leicht höher und die Anzahl Gesuche mit 9800 tiefer lag, wurde B24 unterschritten.
- B13, B14 Der hohe Pendenzenüberhang hatte zur Folge, dass bei der Abteilung Stipendien teilweise Gesuche für zwei unterschiedliche Ausbildungsjahre der gleichen Person hängig waren. Im Rahmen des Pendenzenabbaus wurden innerhalb eines Jahres teilweise zwei Gesuche der gleichen Person verfügt, weshalb der Ausbildungsbetrag pro Person in Ausbildung im Kalenderjahr 2023 höher ausfiel; diese Auswirkung schwächt sich von Jahr zu Jahr ab, was sich im tieferen Ausbildungsbetrag pro Person in Ausbildung zeigt.

Entwicklungsschwerpunkte

BI 2.1b Bibliotheken als kommunale Begegnungsorte für Familien und als Orte der Sprachförderung unterstützen

Die «Beauftragte für Sprach- und Leseförderung» in den Bibliotheken des Kantons Zürich hat ihre Tätigkeiten aufgenommen. Stand bis

BI 2.2b Das Stipendienwesen (Ausbildungsbeiträge) in Bezug auf administrative Abläufe überprüfen und weiter verbessern (Revision Bildungsgesetz)

Die Vorlage zur Änderung des Bildungsgesetzes ist in der zuständigen Kommissionen des Kantonsrates in Beratung. Planmässig 2027

BI 2.3e Die Übergänge von der Schule (Sekundarstufe und Mittelschule) zur Berufswelt und/oder weiterführenden Bildungsangeboten mit digitalen Instrumenten unterstützen und insbesondere das Berufswahl-Portal und das Studienwahl-Portal etablieren und weiterentwickeln.

Das Berufswahl-Portal ist sehr gut etabliert und wird von Schulen, Eltern und Lehrbetrieben für die Berufswahl genutzt. Zurzeit befindet sich das Portal in einer weiteren Ausbauphase. Das Studienwahl-Portal ist in den Maturitätsschulen etabliert. Eine Weiterentwicklung ist vorgesehen, sobald der laufende Betrieb sichergestellt und die Performance verbessert werden konnte.

Planmässig 2027

BI 2.4e Das kostenlose Grundangebot der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung auf den veränderten individuellen, gesellschaftlichen und arbeitsmarktlichen Bedarf anpassen (Revision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung)

Der Bericht zur Vernehmlassung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung liegt vor.

Verzögert 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
168.9	191.6	169.0	-22.6	-11.8

Bemerkungen R24 zu B24

-23.9 Neben verzögerten Stellenbesetzungen infolge von Personalwechseln führten zu korrigierende Planungsannahmen im Zusammenhang mit dem temporären Team zum Abbau der Pendenzen im Bereich der Ausbildungsbeiträge zu Abweichungen.

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	27.0	25.8	0.0	0.0	25.8	27.7	1.9	7.5
Aufwand	-110.0	-100.3	0.0	0.0	-100.3	-103.7	-3.5	-3.5
- Eigene Beiträge	-66.7	-56.4	0.0	0.0	-56.4	-60.6	-4.1	-7.3
Saldo	-82.9	-74.5	0.0	0.0	-74.5	-76.0	-1.5	-2.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.3	1.0	0.0	0.0	1.0	0.6	-0.4	-37.4
Ausgaben	-0.2	-3.1	0.0	0.0	-3.1	-1.4	1.7	54.5
Saldo	0.1	-2.1	0.0	0.0	-2.1	-0.8	1.3	62.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
2.8		- Der budgetierte Beschäftigungsumfang war zu hoch, woraus ein Minderaufwand resultierte.
0.6	A1, A2	- Die Gemeindebeiträge reduzierten sich infolge der tiefer als budgetiert ausgefallenen biz-Betriebskosten.
0.2	A1, A2	- Geringere Einnahmen für die Benützung von kostenpflichtigen Beratungsdienstleistungen als erwartet
-0.3		- Infolge der Digitalisierungsbestrebungen steigen auch die Unterhalt- und Supportkosten für die eingesetzten Applikationen
-4.7	A3	- Durch die ergriffenen Massnahmen zum Abbau der Pendenzen bei der Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen konnten im Berichtsjahr mehr Beiträge ausbezahlt werden als ursprünglich geplant. Zudem werden durch die Wahlfreiheit bei den Ausbildungsbeiträgen grossmehrheitlich Stipendien beansprucht.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7502

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	1.0	0.6	-0.4	
- Ausbildungsdarlehen gemäss Stipendienreform	1.0	0.6	-0.4	- Weniger Darlehensrückzahlungen als erwartet, sie stehen in Abhängigkeit zu den ausbezahlten Darlehen.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-3.1	-1.4	1.7	
- Ausbildungsdarlehen gemäss Stipendienreform	-2.8	-1.2	1.6	- Weniger ausgerichtete Darlehen als erwartet, bei der Wahlfreiheit der Ausbildungsbeiträge werden mehrheitlich Stipendien beansprucht.
- Projekte und Softwareentwicklungen	-0.3	-0.2	0.1	- Projektverzögerungen führen zu geringeren Investitionsausgaben.
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

7930 Berufsbildungsfonds

Der Berufsbildungsfonds beteiligt sich an den Kosten, die in den Lehrbetrieben durch die Ausbildung von Lernenden entstehen. Er leistet Beiträge an die Aufwendungen für die überbetrieblichen Kurse, die Qualifikationsverfahren und die Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. Diese finanzielle Entlastung soll die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen erhalten oder erhöhen. Der Fonds fördert ausserdem innovative Massnahmen in der beruflichen Grundbildung.

Die Mittel des Fonds stammen von Arbeitgebenden, die ein Promille ihrer im Kanton deklarierten Lohnsumme entrichten müssen. Von der Beitragspflicht befreit sind Betriebe, die Lernende ausbilden, einem Branchenfonds unterstellt sind, einem Lehrbetriebsverbund angehören oder eine Lohnsumme von weniger als Fr. 250 000 Franken deklarieren.

Auch in diesem Berichtsjahr wurden wieder weit mehr als 90% der Mittel eingesetzt, um die Ausbildungskosten der Lehrbetriebe zu senken. Wie jedes Jahr unterstützte der Fonds die Berufsmesse Zürich, den Lehrlingswettbewerb Züri-Oberland und verschiedene Veranstaltungen der Berufsbildungsforen. Auch das Programm Betriebe fördern Talente und Projekte wie Integrationsvorlehre, rent-a-stift und CoBe Gastro wurden weiterhin mitfinanziert. Insgesamt prüfte die Berufsbildungskommission 22 Gesuche um Beiträge aus dem Fonds: 17 wurden gutgeheissen, drei wurden abgelehnt, da sie nicht dem Fondszweck entsprachen, und zwei weitergeleitet.

Aufgaben

- A1 Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2 Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L2	Durchschnittlich erbrachte Leistung pro Lernende/n, in Fr.	A1, A2	854	614	631	17	2.8
B1	Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand pro Lernende/n, in Fr.	A1, A2	21	21	25	4	19.0

Bemerkungen

L2, B1 Diese Indikatoren beziehen sich ausschliesslich auf die Zürcher Lernenden.

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-13.3	-15.0	-15.4	-0.4	-2.9
Finanzierung	13.3	15.0	15.4	0.4	2.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	31.5	25.5	0.0	0.0	25.5	26.2	0.7	2.8
- Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben	25.4	25.5	0.0	0.0	25.5	26.2	0.7	2.8
- Entnahme aus Bestandeskonto	6.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- Kalkulatorischer Zinsertrag		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-31.5	-25.5	0.0	0.0	-25.5	-26.2	-0.7	-2.8
- Zahlungen an Lehrbetriebe	-30.8	-22.7	0.0	0.0	-22.7	-23.1	-0.4	-1.7
- Einlagen in Bestandeskonto		-1.8	0.0	0.0	-1.8	-2.2	-0.4	-24.8
- Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten	-0.7	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.8	-0.0	-6.4
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.7	A1, A2	- Die Beiträge werden von den Ausgleichskassen mit einem Promille auf der Lohnsumme der pflichtigen Arbeitgeber erhoben. Die befreiten Arbeitgeber werden jährlich neu erhoben. Da rund ein Drittel aller Arbeitgeber im Kanton Zürich von der Beitragspflicht befreit ist, ist eine Prognose über die Lohnsumme der beitragspflichtigen Arbeitgeber schwierig.
-0.3	A1, A2	- Höhere Einlage in Bestandeskonto aufgrund der genannten Abweichungen.
-0.4	A1, A2	- Die von der Berufsbildungskommission bewilligten Beiträge an die Kosten der Lehrbetriebe für die überbetrieblichen Kurse (üK) fielen höher aus als budgetiert. Grund für die höheren üK-Kosten sind unter anderem Änderungen in den Bildungsplänen einzelner Berufe sowie die Erhöhung der üK-Tage.
0.0		- Übrige Abweichungen

08

Baudirektion

Überblick

222

Legislaturziele

223

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

223

Bildung (Politikbereich 2)

223

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

224

Verkehr (Politikbereich 6)

224

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

224

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

227

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

227

Finanzierung

228

Übersicht

228

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

228

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

228

Personal- und Lohnstatistik

229

Beschäftigungsumfang

229

Lohnaufwand

229

Anstellungsverhältnisse

229

Parlamentarische Vorstösse

229

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

229

Unerledigte Vorstösse und Initiativen

230

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

231

Leistungsgruppen

232

8000 Generalsekretariat

232

8100 Hochbauamt

234

8300 Amt für Raumentwicklung

237

8400 Tiefbauamt

241

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

245

8510 Altlasten

250

8700 Immobilienamt

251

8710 Liegenschaften Finanzvermögen

254

8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen

256

8800 Amt für Landschaft und Natur

261

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

266

8930 Mehrwertausgleichsfonds

268

8940 Denkmalpflegefonds

269

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

270

8960 Deponiefonds

271

8970 Kantonaler Waldfonds

272

8980 Wildschadenfonds

273

Überblick

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton ein nachhaltiger attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe. Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und eine hohe Biodiversität, für Hochwasserschutz, saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente und klimagerechte Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

In der kantonalen Richtplanung hat der Kantonsrat die Teilrevision 2020 festgesetzt. Die Teilrevisionen 2022, Energie und 2024 wurden in die öffentliche Auflage gegeben. Im Berichtsjahr wurden die kantonalen Gestaltungspläne Erweiterung Deponie Chalberhau und der Innovationspark Zürich in Dübendorf mit Forschungs-, Test- und Werkflugplatz, Teilgebiet B festgesetzt. Gegen die Festsetzung des Gestaltungsplans Chalberhau wurden im Dezember zwei Rekurse eingereicht.

Das Konzept «Neue Arbeitswelten» wird ab 2026 als Pilotprojekt in den Rochadeflächen an der Zollstrasse und Zeughausstrasse umgesetzt. Im Berichtsjahr wurde die Rochadeplanung dazu erstellt.

Angesichts des grossen Investitionsbedarfs der Fachhochschulen wird eine gesamthafte Entwicklungsstrategie erarbeitet, welche die Entwicklung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Zürcher Hochschule der Künste und der Pädagogischen Hochschule Zürich an ihren derzeit drei Standorten aufzeigt.

Das Hochbauamt wurde für wiederverwendbare Sportbauten mit dem Prix Lignum Gold 2024 in der Kategorie Holzbauten und mit dem deutschen DETAIL Circular Building Award ausgezeichnet. Die Module werden sowohl für Schulen des Kantons als auch der Stadt Zürich eingesetzt. Dank dem modularen Prinzip können sie bis zu fünfmal flexibel aufgebaut werden.

Die Städte Zürich und Schlieren sowie das untere Sihltal sollen durch einen Entlastungstollen vom Sihltal in den Zürichsee bei Thalwil vor grossen Hochwassern geschützt werden. Das Bauprojekt startete im Herbst 2023. Die Tunnelbohrmaschine nahm im Mai des Berichtsjahres ihren Betrieb auf. Der Durchstich fand am 26. November in Thalwil statt.

Das Platzspitzwehr muss altersbedingt ersetzt werden. Baustart war im Frühling des Berichtsjahres. Weil Lastwagen und Baumaschinen den Park nicht befahren dürfen, benötigte die Baustelle eine neue Zufahrt. Der historische Mattensteg wurde saniert und Ende des Berichtsjahres am neuen Standort wieder eingebaut.

Der Kanton baut die Schaffhauserstrasse im Hardwald bei Bülach auf vier Spuren aus und erhöht die Leistungsfähigkeit des Kreisels Chrüzstrass. Im Juni des Berichtsjahres konnte das Tiefbauamt mit den Bauarbeiten beginnen. Der Kanton investiert bei diesem Projekt rund 95 Mio. Franken, sowohl um den Verkehrsfluss als auch die Verkehrssicherheit zu verbessern. Zudem werden zahlreiche Massnahmen zugunsten der Natur und Umwelt umgesetzt.

Im Sommer des Berichtsjahres erfolgte die Planaufgabe für das Betriebs- und Gestaltungskonzept Affolternstrasse in Regensdorf. Mit diesem Projekt wird der Strassenraum im

Abschnitt zwischen der Unteren Mühlestrasse und der Stadtgrenze Zürich neugestaltet. Durch die Reduktion der Strassenbreite ergeben sich im Siedlungsgebiet gute Möglichkeiten für zahlreiche neue Bäume und weniger versiegelte Fläche zur Hitzeminderung.

Schutz und Erhaltung

Die Nachbearbeitung der Rettungsgrabung auf dem ehemaligen Spitalfriedhof beim Spitalneubau USZ Campus MITTE1|2 war personalintensiv. Die Villa Flora in Winterthur wurde nach der Sanierung und Erweiterung wiedereröffnet. Mit dem Kaufhaus Regina aus dem Jahr 1964 und der Villa Kolb in Uster aus dem Jahr 1983 wurden zwei jüngere Schutzobjekte vertraglich unter Schutz gestellt.

Die Natur- und Landschaftsschutzverordnung Unteres Töss-tal wurde im Berichtsjahr festgesetzt und die Umsetzungsphase gestartet. Zudem konnten wichtige Meilensteine in der Erarbeitung der Schutzverordnung Albiskette erreicht sowie der Vergabeprozess für das Landschaftskonzept gestartet werden. Ein erster Teil des Auftrags des Bundes an die Kantone zur besseren Vernetzung wertvoller Naturstandorte im Sinne einer ökologischen Infrastruktur wurde den externen Interessenvertretungen vorgestellt und mit dem Bund besprochen.

Im Zürichsee wurde die invasive Quaggamuschel nachgewiesen. Um die Verbreitung zum Schutz der einheimischen Fauna und Flora sowie der Infrastrukturen an Seen zu verhindern, wurde im Herbst ein Einwassungsverbot für Boote auf den vier grössten Zürcher Seen verfügt. Es soll 2025 durch eine Bootreinigungspflicht abgelöst werden.

Die letzten sechs Gemeinden wurden zur Aktualisierung des Ortsbildinventars angehört, worauf die Ortsbilder dieser Gemeinden neu festgesetzt wurden. Zudem wurden die Städte Zürich und Winterthur angehört.

Mit dem Leitbild Nachhaltige Ernährung hat der Kanton ein Massnahmenpaket erarbeitet, das auf Lösungsansätze für die Herausforderungen einer nachhaltigen Ernährung fokussiert (RRB Nr. 1319/2022). Daraus abgeleitet wurden für die Verpflegungsbetriebe des Kantons verbindliche Ziele gesetzt, um Treibhausgasemissionen und Food Waste bis 2030 zu reduzieren.

Der Regierungsrat hat eine Strategie zur Kreislaufwirtschaft festgesetzt (RRB Nr. 295/2024). Er zeigt damit auf, wie er den Verfassungsartikel zu Stoffkreisläufen umsetzen will, den die Zürcher Stimmberechtigten im Herbst 2022 deutlich angenommen haben. Die Strategie gibt einen Orientierungsrahmen für die Akteurinnen und Akteure aus der Wirtschaft und Wissenschaft sowie für den Kanton und die Gemeinden.

Mit einer Gesamtschau Deponien hat die Baudirektion den künftigen Bedarf an Deponievolumen ermittelt und geeignete Standorte für neue Deponien im Kanton identifiziert. Aus rund 400 Vorschlägen werden 23 neue geeignete Deponiestandorte ausgewählt. Diese dienen als Grundlage für die Teilrevision 2024 des kantonalen Richtplans.

Die Raumausstattung im Immobilienamt hat eine konkrete Anwendung der Kreislaufwirtschaft konzipiert und in Form eines Rahmenvertrags Aufwertung und Umnutzung Mobiliar zur Verfügung gestellt. Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung wurde eine private Unternehmung beauftragt, Möbel unter Wiederverwendung des kantonalen Altmöbel-Lagers zu gestalten und herzustellen.

Neue Verfahren und technische Innovation

Der neue Leitungskataster des Kantons bildet alle ober- und unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen ab. Im Berichtsjahr wurden die Informationen über Art und Lage der Leitungen über ein zentrales Portal öffentlich und kostenlos zugänglich gemacht.

Mit dem GIS-Browser 3 wurde ein neues Auskunftssystem für alle relevanten Geoinformationen geschaffen. Im Berichtsjahr wurde das neue Geoportal für die Öffentlichkeit in Betrieb genommen.

Seit dem 1. April des Berichtsjahres können Baugesuche über die Plattform eBaugesucheZH vollständig digital eingereicht und abgewickelt werden. Der Regierungsrat hat die dafür notwendigen Verordnungsänderungen beschlossen (RRB Nr. 75/2024). Ab diesem Zeitpunkt müssen alle Städte und Gemeinden innerhalb von drei Jahren auf die ausschliesslich elektronische Abwicklung von Baugesuchen über die Plattform eBaugesucheZH umstellen.

In Zusammenarbeit mit der ETH Zürich untersucht Swisstopo, ob sich der Schweizer Untergrund für die Speicherung von CO₂ eignet. Im ehemaligen Nagra-Bohrloch Trüllikon-1 wird getestet, wie effektiv Gesteinsschichten in mehr als 1000 m Tiefe CO₂ aufnehmen können. Das Amt für Wasser, Energie und Luft klärte dazu im Berichtsjahr die Abläufe zum Bewilligungsprozess gemäss dem neuen Gesetz über die Nutzung des Untergrundes.

Rechtliches

Die Änderungen des Planungs- und Baugesetzes sowie des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und weiteren ausführenden Verordnungen betreffend klimaangepasste Siedlungsentwicklung traten am 1. Dezember des Berichtsjahres in Kraft. Das Amt für Raumentwicklung stellte den Gemeinden auf diesen Zeitpunkt Musterbestimmungen und eine Vollzugshilfe für das Baubewilligungsverfahren zur Verfügung.

Mit dem neuen Gesetz über die Bereitstellung von Grundstück- und Gebäudedaten wird eine Verbesserung der Ver-

fügbarkeit und Nutzbarkeit sowie der Digitalisierung von gebäude- und grundstückbezogenen Daten verfolgt. Die Vorlage wurde im Berichtsjahr dem Kantonsrat zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen (Vorlage 5984).

Bei den Kleinsiedlungen widerspricht die heutige Zonierung teilweise Bundesrecht, wonach Weiler als Nichtbauzonen gelten. Deshalb muss der Richtplan angepasst und neu eine Weilerzone im Planungs- und Baugesetz geschaffen werden. Im Berichtsjahr wurde die entsprechende Änderung des Planungs- und Baugesetzes vernehmlasst und die Anpassung des kantonalen Richtplans öffentlich aufgelegt.

Mit der langfristigen Klimastrategie hat der Regierungsrat aufgezeigt, wie er die Herausforderung des Klimawandels angehen will (RRB Nr. 128/2022). Dazu wird ein Regelwerk auf Gesetzesstufe für Klimabestimmungen benötigt. Dazu eignet sich das Energiegesetz, da in diesem bereits Bestimmungen mit Klimabezug enthalten sind. Mit der vorgesehenen Teilrevision sind sowohl die neuen Ziele zum Klimaschutz als auch zur Anpassung an den Klimawandel zu verankern.

Mit der neuen Eigentümerstrategie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich setzt der Regierungsrat wichtige Akzente zur Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz (RRB Nr. 654/2024). Dazu gehören der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz.

Im Rahmen der Totalrevision des Landwirtschaftsgesetzes hat der Regierungsrat ein Leitbild Nachhaltige Landwirtschaftspolitik festgesetzt (RRB Nr. 811/2024). Das Normkonzept für das Gesetzgebungsprojekt ist weit fortgeschritten und wird dem Regierungsrat Anfang 2025 vorgelegt.

Interne Reorganisation und Entwicklung

Um die Führungskräfte in der Weiterentwicklung der Führungskultur und der Zusammenarbeit zu unterstützen, ist der BD Kompass mit fünf Orientierungspunkten entstanden. Der Kompass kann dazu genutzt werden, in den Teams regelmässig über Führungskultur und Zusammenarbeit zu diskutieren. Im Onboarding für neue Führungskräfte liegt der Fokus auf Inputs und Austausch rund um die Führungskultur.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BD 1.1	Den Schutz der Bevölkerung und der Sachwerte vor Hochwasser in den Gebieten mit dem höchsten Schadenpotenzial (Risiko) erhöhen		
BD 1.1a	Der «Entlastungsstollen Thalwil», der Hochwasser von der Sihl oberhalb von Langnau a.A. in den Zürichsee bei Thalwil leitet, ist in Betrieb genommen.	8500	2027
BD 1.1b	Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung zu den gravitativen Naturgefahren	8800	2024
BD 1.1c	Die Projektierungsphase für den Hochwasserschutz «Altbach, Hochwasserschutz Kloten» ist zusammen mit dem Verlängerungsprojekt der Glattalbahn abgeschlossen (Plangenehmigung durch das BAV) und ein Baukredit (Kantonsratsbeschluss) liegt vor.	8500	2025

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 2	Bei wachsender Bevölkerung die Rahmenbedingungen für eine hohe Qualität im Bildungswesen sichern.		
RRZ 2g	Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben.	8700	2027

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

BD 3.1 Kunst am Bau fördern

BD 3.1a Kunst am Bau als wichtiger Teil des Kulturangebots wird in Bauinvestitionen eingeplant und realisiert.

8100

2027

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 6 Die steigende Mobilität von Personen und Gütern unter Ausschöpfung von Technologiepotenzialen effizient und umweltgerecht bewältigen.

RRZ 6e Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben.

8400

2027

RRZ 6f Bei Strassenprojekten das in den regionalen Richtplänen verankerte Velowegnetz konsequent umsetzen.

8400

2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

BD 6.1 Die Koordination von Verkehrsplanungen mit umwelt- und lärmschutzrechtlichen Anforderungen voranbringen sowie auf übergeordnete Rahmenbedingungen Einfluss nehmen

BD 6.1a Das kantonale Projekt «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» wird im Dialog mit den drei betroffenen Gemeinden und der Volkswirtschaftsdirektion vorangetrieben; die erste Etappe wird realisiert.

8400

2027

BD 6.2 Die Dekarbonisierung des Verkehrs und damit die Ablösung fossiler Treibstoffe gemäss Klimastrategie vorantreiben

BD 6.2a Der Ausbau von Ladeinfrastruktur kantonalen Liegenschaften für elektrische Dienstfahrzeuge wird systematisch vorangetrieben (gemäss Umsetzungskonzept Ladestationen).

8750

2027

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 7 Zunehmende Nutzungsansprüche an den Raum wirkungsvoll lenken.

RRZ 7a Die Verschiebung von Bauzonen an geeignete Lagen ermöglichen und fördern.

8300

2027

RRZ 7b Den Strassenraum nach den Standards für Staatsstrassen und den Standards Veloverkehr unter Einbezug der betroffenen Gemeinden ganzheitlich gestalten.

8400

2027

RRZ 7c Eignungsgebiete für die Nutzung der Windenergie zur Stromerzeugung im kantonalen Richtplan festsetzen und bei konkreten Projekten die Energiewirtschaft durch günstige Rahmenbedingungen unterstützen.

8500

2027

RRZ 7d Die Deponieplanung umfassend erneuern und im kantonalen Richtplan verankern.

8500

2024

RRZ 7e Eine kantonale Biodiversitätsstrategie erarbeiten, um dem Verlust von Arten und Biotopen in Zusammenarbeit von Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wasserbau und Raumplanung entgegenzuwirken.

8800

2026

RRZ 7f Das kantonale Landwirtschaftsgesetz revidieren, um ergänzend zur Bundesagarpolitik eine nachhaltige, klimaresiliente Zürcher Landwirtschaft zu fördern.

8800

2027

RRZ 7g Den Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes umsetzen und die Kompensationspflicht im kantonalen Richtplan sowie im Planungs- und Baugesetz regeln.

8800

2025

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

BD 7.1 Zunehmende Nutzungsansprüche an den Raum wirkungsvoll lenken (ergänzend zu RRZ 7)

BD 7.1a Ein kantonales Landschaftskonzept als Grundlage zur Anpassung des kantonalen Richtplans erarbeiten

8300

2026

BD 7.2 Qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen umsetzen

BD 7.2a Die gesetzlichen Grundlagen der Störfallvorsorge sind überprüft und nötigenfalls angepasst. Die Planungs- und Baubehörden sind informiert.

8500

2025

BD 7.2b Die Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars ist für die 148 betroffenen Ortsbilder abgeschlossen. Das Denkmalpflege-Inventar ist für die Regionen Glattal, Winterthur und Umgebung, Oberland nachgeführt und an die aktuellen inhaltlichen und technischen Anforderungen angepasst. Die Eigentümer sind informiert.

8300

2027

BD 7.3	Die Ziele der Klimastrategie konsequent weiterverfolgen		
BD 7.3a	Planung und Realisierung von kantonseigenen Bauvorhaben gemäss den Kriterien des SNBS (Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz) bzw. SGNi (Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft) und im Minergie-(P/A-)Eco-Standard (vgl. kantonaler Nachhaltigkeitsstandard RRB Nr. 601/2021)	8100	2027
BD 7.3b	Das revidierte Energiegesetz betreffend Klimaziele und Massnahmen («Klimarevision Energiegesetz») und die dazugehörige Verordnung einschliesslich Umsetzung der Solaroffensive gemäss Motion KR-Nr. 89/2020 sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.	8500	2025
BD 7.3c	Die Massnahmenplanung zur langfristigen Klimastrategie wird weiterentwickelt und zusammen mit der Dekarbonisierung mittels Monitorings nachverfolgt.	8500	2027
BD 7.3d	Die Gemeinden werden bei ihren Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimaanpassung unterstützt.	8500	2027
BD 7.3e	Beschaffung von Fahrzeugen nach RRB Nr. 949/2021 (Weisung Emissionsminderung von Fahrzeugen bei der Beschaffung und dem Betrieb durch die kantonale Verwaltung und beauftragte Unternehmen)	8400	2027
BD 7.3f	Bei neuen Strassenprojekten wird zur Hitzeminderung der Begrünung und dem Setzen von Bäumen im Strassenraum besondere Beachtung geschenkt. Grundlage ist «Wegleitung Hitzeminderung bei Strassenprojekten» (2022).	8400	2027
BD 7.3g	Die Effizienz im Wassermanagement wird mit Bewässerungs- und Speicherinfrastrukturen verbessert.	8800	2027
BD 7.3h	Die langfristige Waldbaustrategie vor dem Hintergrund des Klimawandels steht fest und der neue kantonale Waldentwicklungsplan WEP2025+ liegt vor.	8800	2025
BD 7.3i	Die Überwachungsschwerpunkte der Auswirkungen des Klimawandels auf Zürcher Böden sind geklärt und in einem Monitoringkonzept für die Umsetzung vorbereitet.	8800	2025
BD 7.3j	Die Strategie zur Verhinderung der Ausbreitung unerwünschter Neobiota gemäss Massnahmenplan Neobiota ist kantonsintern umgesetzt. Die Gemeinden werden dazu mit den nötigen Hilfestellungen unterstützt.	8500	2027
BD 7.4	Der Schutz der Bevölkerung, Umwelt und Natur durch lästige und schädliche Einwirkungen wird gestärkt.		
BD 7.4a	Abschluss der Erstsanierung zum Lärmschutz an Staatsstrassen gemäss Programmvereinbarungen 1–3 mit dem Bund; sämtliche Lärmschutzprojekte sind aufgelegt.	8400	2024
BD 7.4b	Basierend auf dem Bericht «Reduktion der Umweltbelastung des Tiefbauamtes des Kantons Zürich – Massnahmenplanung» [UTech 25.10.2022] werden im TBA detailliert Massnahmen zur Verminderung der Umweltbelastungen definiert und umgesetzt.	8400	2027
BD 7.4c	Das neue Wassergesetz und die dazugehörige Verordnung sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.	8500	2024
BD 7.4d	Die Sanierung von Altlasten bei sanierungsbedürftigen Standorten wird entsprechend der Gefährdung priorisiert und vorangetrieben, insbesondere auch bei den Altlasten im Zürichsee.	8500	2030
BD 7.4e	Der Gewässerraum im Siedlungsgebiet ist festgelegt und ein Konzept zur Festlegung des Gewässerraums ausserhalb der Siedlung und entlang der Seen ist erarbeitet.	8500	2025
BD 7.4f	Der Massnahmenplan Ammoniak ist auf Stufe Regierungsrat festgesetzt.	8500	2024
BD 7.4g	Massnahmen zur Reduktion der Lichtverschmutzung und zur Schaffung lichtarmer Gebiete sind erarbeitet und umgesetzt.	8500	2027
BD 7.4h	Dank der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank entstehen pro Jahr zwei neue, attraktive Zugänge zu Fliessgewässern und das Thema Wasser wird der Bevölkerung anschaulich vermittelt.	8500	2027
BD 7.4i	Ein kantonaler «Massnahmenplan Bodenschutz» liegt vor: Die Massnahmen zum Schutz der Ressource Boden stehen fest, sind priorisiert und der Umsetzungsplan liegt vor.	8800	2025
BD 7.5	Die Interessen des Kantons bezüglich Bau der geologischen Tiefenlager wahren		
BD 7.5a	Beim geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle führen der Kanton und die Gemeinden die Abgeltungsverhandlungen gemeinsam.	8500	2026
BD 7.5b	Beim geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle wird der Projektierungsprozess hinsichtlich sicherheitstechnischer, umweltrelevanter und bauphysikalischer Aspekte begleitet und die Gemeinden werden fachlich unterstützt.	8500	2030
BD 7.6	Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.		
BD 7.6a	Der Ausbau der Photovoltaik wird gut abgestimmt mit den Massnahmen auf Bundesebene und weiter beschleunigt, einschliesslich Umsetzung der Motion KR-Nr. 267/2020 betreffend Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen.	8500	2025
BD 7.6b	Der Bericht Energiestrategie und -planung 2026 ist verabschiedet und die Umsetzung der Massnahmen läuft.	8500	2026
BD 7.6c	Die Massnahmen zur Beschleunigung des Umstiegs von fossiler auf erneuerbare Wärmeversorgung sowie zur Erhöhung der Sanierungsrate im Gebäudebereich werden gut aufeinander abgestimmt fortgeführt.	8500	2026

BD 7.7	Naturschutzgebiete und -potenzialräume sowie wertvolle Landschaften in Qualität und Quantität bei wachsendem Druck und fortschreitendem Klimawandel erhalten		
BD 7.7a	Der Erhalt der wertvollen Landschaftsräume wird mit der Erarbeitung von Schutzverordnungen ermöglicht und aktiv gefördert. Es sind jeweils zwei Schutzverordnungen parallel in Erarbeitung.	8300	2027
BD 7.8	Die Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft vorantreiben		
BD 7.8a	Kreislaufwirtschaft im Strassenbau fördern. Wiederverwendung vor Ort und Einsatz von Recycling-Materialien.	8400	2027
BD 7.8b	Bei kantonalen Bauten und Anlagen wird die bestehende Bausubstanz prioritär weiter genutzt. Der Erhalt und die Weiterverwendung bestehender Bauten tragen massgebend zur Verminderung grauer Energie bei.	8100	2027
BD 7.8c	Die Förderung von Holz und CO ₂ -armen Materialien als Bau- und Werkstoff bei kantonalen Vorhaben ist etabliert.	8100	2027
BD 7.8d	Die Strategie Kreislaufwirtschaft Kanton Zürich ist festgesetzt und die Umsetzung der Massnahmen läuft.	8500	2027
BD 7.8e	Die Verwertung für Boden- und Untergrundmaterial im Kanton Zürich wird für die Zielnutzung Kiesgrubenauffüllung, landwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Deponien festgelegt.	8800	2025
BD 7.9	Rahmenbedingungen für sich verändernde Raumordnung und Raumnutzung schaffen und bei der Bevölkerung breite Akzeptanz dafür schaffen		
BD 7.9a	Die qualitätsvolle Siedlungsentwicklung über Anpassungen an den planerischen Instrumenten sowie die Förderung entsprechender Verfahren erhöhen	8300	2027
BD 7.9b	Bei der Bevölkerung eine breite Akzeptanz der sich verändernden Raumordnung und Raumnutzung schaffen	8300	2027
BD 7.10	Die langfristige Versorgung und die Speisung der Schlüsselinfrastrukturen mit erneuerbarer Energie sicherstellen		
BD 7.10a	In kantonseigenen Gebäuden werden fossile Energieträger systematisch durch erneuerbare ersetzt.	8750	2027
BD 7.10b	Der selbst produzierte Strom wird durch den Bau und Einsatz von Photovoltaikanlagen im kantonalen Immobilienbestand substanziell erhöht.	8750	2027
BD 7.10c	In Abstimmung mit den betroffenen Schutzinteressen (insbesondere Landschaftsschutz, Naturschutz und Gewässerschutz) geeignete Räume und Standorte für erneuerbare Energien ermitteln	8500	2027
BD 7.10d	Beschleunigte/vereinfachte Verfahren für die Erstellung von Anlagen für erneuerbare Energie schaffen	8300	2027
BD 7.11	Einen Beitrag zu einem nachhaltigen Ernährungssystem leisten		
BD 7.11a	Massnahmen zur nachhaltigen Ernährung gemäss «Leitbild nachhaltige Ernährung» sind umgesetzt.	8500	2026
BD 7.12	Die Biodiversität nimmt wieder zu.		
BD 7.12a	Eine naturnahe Umgebungspflege ist bei kantonalen Immobilien im Finanzvermögen als Richtlinie vorgegeben, in Bewirtschaftungsaufträgen verankert und wird umgesetzt.	8710	2027
BD 7.12b	In den Bauprojekten wird der nachhaltigen Freiraumgestaltung ein hoher Stellenwert beigemessen, indem Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität, zur Hitzeminderung, für die Regenwasserversickerung sowie zur Förderung der Biodiversität umgesetzt werden.	8100	2027
BD 7.12c	Eine naturnahe Umgebungspflege ist bei kantonalen Immobilien als Richtlinie vorgegeben, in Bewirtschaftungsaufträgen verankert und wird umgesetzt.	8750	2027
BD 7.12d	Die Umsetzung der «Sanierungsplanung Wildtierkorridore» mittels grossräumiger Vernetzungsprojekte ist gestartet; erste Projekte konnten realisiert werden.	8800	2027
BD 7.12e	Massnahmen zur Wiederherstellung von artenreichen Lebensräumen, u.a. Potenzialflächen für Feuchtgebietsregenerationen sind umgesetzt und eine funktionsfähige ökologische Infrastruktur ist geplant.	8800	2027
BD 7.12f	Zur wirksamen Umsetzung der ökologischen Infrastruktur ist die Pflicht zum ökologischen Ausgleich innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes im Planungs- und Baugesetz verankert (Reaktion auf PI KR-Nrn. 395/2019 und 386/2020).	8800	2027

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 8 Den Innovationsstandort stärken durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

RRZ 8h Pilot- und Leuchtturmprojekte im Bereich Nachhaltiges Bauen projektieren. 8100 2027

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

BD 8.1 Zürcher Landwirtschaft bei der Bewältigung der ökonomischen Herausforderungen und ökologischen Rahmenbedingungen wirksam unterstützen

BD 8.1a Der Strickhof als das Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Land- und Ernährungswirtschaft wird unter Berücksichtigung neuer kantonomer Strategien (u.a. «Klimastrategie», «Leitbild nachhaltige Ernährung»), der Umweltziele Landwirtschaft des Bundes und der Vorgaben für das neue Leitbild für die Zürcher Landwirtschaftspolitik weiterentwickelt. 8800 2027

BD 8.1b Ein Leitbild für die Zürcher Landwirtschaftspolitik ist festgelegt und vom Regierungsrat als Grundlage für die Revision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes festgesetzt. 8800 2024

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

BD 10.1 Die Chancen der Digitalisierung nutzen (und die Gefahren abwehren)

BD 10.1a Einführung Building Information Modeling (BIM) in der Baudirektion: Das Konzept, die Methodik, die Rollen und die Prozesse sind festgelegt. Das Projekt wird mit den erforderlichen Tools und Schnittstellen unterstützt. Die Mitarbeitenden werden geschult. 8000 2027

BD 10.1b Als primäre Dokumentenablage in der Baudirektion hat sich d.3 etabliert: Teams wird als Kollaborationsplattform in allen Ämtern verwendet und es werden die zugelassenen Projektmanagementtools verwendet. 8000 2027

BD 10.1c Die Fachapplikationen der Baudirektion werden erneuert (insbesondere die Lotus-Notes-Applikationen abgelöst). 8000 2027

BD 10.1d eBaugesucheZH: Die Integration von BIM-Modellen (Building Information Modeling) in die Plattform «eBaugesucheZH» ist erfolgt. 8300 2027

BD 10.1e Ein «Digital Twin» als digitales räumliches Abbild der realen Wirklichkeit ist im Kanton Zürich eingeführt. 8300 2027

BD 10.2 Die Zukunftsfähigkeit der Verwaltungsinfrastruktur erhöhen

BD 10.2a Im Zuge des Beitritts zur neuen Interkantonalen Vereinbarung zum öffentlichen Beschaffungswesen und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel zu mehr Nachhaltigkeit wird ein Konzept für den Aufbau eines neuen «Kompetenzzentrums nachhaltige Beschaffung» in der Baudirektion erstellt und umgesetzt, das die beschaffenden Stellen künftig berät, sensibilisiert und unterstützt. 8000 2025

BD 10.2b Ein zukunftsfähiges Konzept für neue Arbeitswelten wird in Zusammenhang mit dem Projekt Erneuerung eZV erarbeitet und in ersten Pilotprojekten getestet. 8750 2027

BD 10.2c Im Rahmen der Digitalen Verwaltung wird die zentrale Beratungs- und Koordinationsdienstleistung für Vorhaben der Direktionen zur Erneuerung/Transformation von Arbeitswelten im Bestand (innerhalb und ausserhalb der eZV) aufgebaut. 8750 2027

BD 10.2d Für künftige öffentliche Aufgaben wird eine vorausschauende Flächensicherung in urbanen Handlungsräumen und in den Wachstumszonen gemäss LARES vorangetrieben 8700 2027

BD 10.2e Ein zentrales Angebot an Dienstleistungen der Immobilienbewirtschaftung von Büro-/Verwaltungsbauten wie z.B. Normmobiliar, Umzug, ICT für Sitzungsräume usw. wird konzipiert, getestet und entsprechend den Erkenntnissen sowie im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Ressourcenschonung eingeführt. 8750 2027

BD 10.2f Die bestandesgetriebene Bedarfsplanung und ein systematisches Risikomanagement für den Immobilienbestand ist etabliert. 8700 2027

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1334.3	1215.3	0.0	0.0	1215.3	1515.6	300.3	24.7
Aufwand	-1531.8	-1526.6	-6.1	-12.0	-1544.7	-1583.1	-38.4	-2.5
Saldo	-197.5	-311.3	-6.1	-12.0	-329.4	-67.5	261.9	79.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	95.8	91.6	0.0	0.0	91.6	126.5	34.9	38.1
Ausgaben	-544.5	-549.0	-57.3	-92.1	-698.4	-613.2	85.2	12.2
Saldo	-448.7	-457.3	-57.3	-92.1	-606.7	-486.6	120.1	19.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
261.9		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
237.3	8710	- Hauptsächlich Nettoaufwertungsgewinn aufgrund der Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens
18.1	8500	- Hauptsächlich bisher nicht verwendeter Nachtragskredit der ZKB-Jubiläumsdividende (+7.8 Mio.) sowie geringerer Aufwand für verschiedene Gewässerrevitalisierungen und geringere Abschreibungen
15.3	8910	- Hauptsächlich geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts
-14.1	8750	- Höhere Unterdeckung bei den Raum- und Nebenkosten (Mietermodell) infolge Leerständen und Abschreibungen im Zusammenhang mit Bauprojekten
5.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R24	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-613.2			
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-7.6	-67.8	-50.7	-17.0
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-23.5	-94.5	-39.6	-54.9
- JI, BA Winterthur Erweiterung inkl. Land (87G-13156)	-25.0	-113.7	-112.0	-1.7
- JI, BA Pfäffikon Umbau-Erweiterung Sicherheitsabteilung Gefängnis + Instandsetzung BA (87G-45016)	-15.0	-60.1	-20.4	-39.7
- DS, SA IV Tilia Wohnheim, Gebäude 86-88, Gesamtinstandsetzung (87G-20524)	-6.8	-28.4	-27.8	-0.6
- BI, BFSW, Neubau Tösstalstrasse (87G-12725)	-6.5	-79.5	-17.6	-61.9
- BI, KUE/BZZ/SUP, Neubau Schulen und Park (CU-Areal) (87G-13216)	-5.6	-26.4	-11.4	-15.0
- BI, ZHAW WIN CT Laborneubau TL und TT (1. Etappe) (87G-27669)	-12.7	-266.9	-43.5	-223.4
- BI, KWI FHo, KS Wiedikon Filiale Hohlstrasse, Provisorium (87G-45479)	-20.9	-43.9	-41.7	-2.2
- BI, KZN, Gesamtinstandsetzung (87G-72010)	-9.0	-128.6	-18.6	-109.9
- BI, KSL, Erweiterungsneubau und Umnutzung Bestand (87G-72021)	-22.6	-84.4	-74.8	-9.6
- BI, pUZI, KS Schulraumprovisorium Irchel UZI (87G-72127)	-16.6	-45.2	-41.1	-4.2
- BI, BBZ, Bildungsmeile, Entwicklungssperimeter II, Ersatzneubau Baugewerbliche Berufsschule (87G-77049)	-24.9	-49.3	-42.8	-6.4
- BI, GBW, Gesamtinstandsetzung (87G-77088)	-12.5	-47.6	-35.8	-11.8
- BD, ZV BD, Gesamtanierung/Umbau Zollstrasse 20/36 (87G-13723)	-22.0	-122.5	-107.1	-15.5
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	-44.3	-189.8	-108.5	-81.3
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	-5.3	-28.6	-11.0	-18.2
- Übrige	-332.4			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 629.3	1 716.7	1 684.3	-32.4	-1.9

Δ abs. LG Begründungen

-32.4

Abweichungen total R24 zu B24

-30.1 8400 - Verzögerte Stellenbesetzungen infolge Fachkräftemangels
-2.3 - Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
8000 Generalsekretariat	11 138	11 582	11 926	344	3.0
8100 Hochbauamt	18 017	18 173	19 119	946	5.2
8300 Amt für Raumentwicklung	20 123	20 959	21 422	463	2.2
8400 Tiefbauamt	50 046	52 867	50 968	-1 899	-3.6
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	31 621	32 681	32 872	191	0.6
8700 Immobilienamt	20 209	22 680	22 208	-472	-2.1
8800 Amt für Landschaft und Natur	45 573	46 209	47 806	1 597	3.5
Total	196 727	205 151	206 321		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2024)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
8000 Generalsekretariat	108	60	48	57	51
8100 Hochbauamt	155	69	86	96	59
8300 Amt für Raumentwicklung	199	105	94	79	120
8400 Tiefbauamt	507	64	443	438	69
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	306	118	188	141	165
8700 Immobilienamt	209	70	139	156	53
8800 Amt für Landschaft und Natur	627	317	310	183	444
Total	2 111	803	1 308	1 150	961

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
414/2021	Digitalstrategie für die Kreislaufwirtschaft (Postulat Ann Barbara Franzen, Niederweningen, Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, und Christian Schucan, Uetikon a.S.)	Vorlage 414a/2021 vom 10.01.2024	21.02.2022
91/2020	Solaroffensive II: Auf jedes Dach eine Photovoltaik-Anlage (Postulat Sonja Gehrig, Urdorf, Franziska Barmettler, Zürich, und Christoph Ziegler, Elgg)	Vorlage 91a/2020 vom 24.01.2024	28.02.2022
27/2022	Förderung von Gewächshäusern für eine ökologische Produktion regionaler Lebensmittel (Postulat Martin Farner-Brandenberger, Stammheim, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 27a/2022 vom 28.02.2024	25.04.2022
29/2022	Denkmal- und Heimatschutz kontra Klimaschutz (Postulat Erich Vontobel, Bubikon, Hans Egli, Steinmaur, und Thomas Lamprecht, Bassersdorf)	Vorlage 29a/2022 vom 10.01.2024	25.04.2022
238/2022	Inland vor Ausland beim Ausbau von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen (Postulat Christin Lucek, Dänikon, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 238a/2022 vom 04.09.2024	26.09.2022
271/2020	Kanton soll möglichst klimaneutral bauen (Postulat Thomas Wirth, Hombrechtikon, Thomas Honegger, Greifensee, und Andrew Katumba, Zürich)	Vorlage 271a/2020 vom 28.08.2024	05.12.2022
411/2022	Einführung Standards (Holz-)Modulbauten für Bildungsprovisorien (Postulat Peter Schick, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 411a/2022 vom 27.11.2024	16.01.2023
432/2022	Bau von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen entlang von Staatsstrassen (Postulat Barbara Franzen, Niederweningen, Marc Bourgeois, Zürich, und Alex Gantner, Maur)	Vorlage 432a/2022 vom 30.10.2024	16.01.2023
433/2022	Bau von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen im Raum der Trassees des öffentlichen Verkehrs (Postulat Alex Gantner, Maur, Marc Bourgeois, Zürich, und Barbara Franzen, Niederweningen)	Vorlage 433a/2022 vom 30.10.2024	16.01.2023

Baudirektion Parlamentarische Vorstösse

33/2021	Nutzung von Holz als nachhaltiges Baumaterial (Postulat Kommission für Wirtschaft und Abgaben [WAK])	Vorlage 33a/2021 vom 28.08.2024	27.02.2023
238/2021	Mehr Biodiversität entlang von Velowegen, Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden (Postulat Hans Egli, Steinmaur, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 238a/2021 vom 27.11.2024	27.02.2023
147/2021	Tiefengeothermie, ein unerschöpfliches Potenzial nutzen (Postulat Christian Lucek, Dänikon, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 147a/2021 vom 4.12.2024	27.02.2023
129/2023	Brückensanierung Eglisau – Alternativmassnahmen (dringliches Postulat Romaine Rogenmoser, Bülach, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 129a/2023 vom 07.02.2024	05.06.2023
286/2023	Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen bei den Pistenverlängerungen ohne unnötige Opferung von Fruchtfolgeflächen (dringliches Postulat Martin Hübscher, Wiesendangen, Barbara Franzen, Niederweningen, und Ruth Ackermann, Zürich)	Vorlage 286a/2023 vom 18.09.2024	25.09.2023
346/2022	Kreislaufwirtschaft: Wiederverwendung von Bauteilen und Materialien (Postulat Silvia Rigoni, Zürich, Florian Heer und Florian Meier, Winterthur)	- Vorlage 346a/2022 vom 18.12.2024	04.12.2023
357/2022	Landfill Mining - Deponien als Ressourcen (Postulat Barbara Franzen, Niederweningen, Alex Gantner, Maur, und Alexander Jäger, Zürich)	Vorlage 357a/2022 vom 13.11.2024	22.04.2024
431/2022	Bau und Koordination von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen entlang von Nationalstrassen (Postulat Marc Bourgois, Zürich, Alex Gantner, Maur, und Barbara Franzen, Niederweningen)	Vorlage 431a/2022 vom 30.10.2024	10.06.2024

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
351/2019	Raumentwicklung und Nacht (Motion Theres Agosti Monn, Turbenthal, Yvonne Bürgin, Rüti, und Monica Sanesi Muri, Zürich)	31.01.2022
153/2020	Wir brauchen ein zukunftsgerichtetes Denkmalschutzgesetz (Motion Pierre Dalcher, Schlieren, und Mitunterzeichnende)	03.10.2022
167/2020	Internationale Anbindung des Wirtschaftsraumes Zürich durch direkte Zugverbindungen (Motion Thomas Schweizer, Hedingen, Felix Hösch, Zürich, und Thomas Wirth, Hombrechtikon)	24.10.2022
267/2020	Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen (Motion David Galeuchet, Bülach, und Mitunterzeichnende)	24.10.2022
268/2020	Ausbau und Förderung der dezentralen Stromspeicherinfrastruktur (Motion Nicola Siegrist, Zürich, und Mitunterzeichnende)	05.12.2022
429/2020	Solaranlagen in geschützten Ortsbildern (Motion Martin Farner, Stammheim, und Mitunterzeichnende)	30.01.2023
154/2021	Biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton (Postulat Jasmin Pokerschnig, Zürich, und Mitunterzeichnende)	27.02.2023
181/2021	Zonenkonforme Nutzungsänderungen im Anzeigeverfahren (Motion Stephan Weber, Wetzikon, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Domenik Ledergerber, Herrliberg)	27.02.2023
182/2021	Verkürzte Fristen im Baubewilligungsverfahren (Motion Stephan Weber, Wetzikon, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Domenik Ledergerber, Herrliberg)	27.02.2023
461/2022	Eine Velo-Schnellroute von Feldbach nach Tiefenbrunnen (Postulat Thomas Forrer, Erlenbach, und Mitunterzeichnende)	26.06.2023
423/2021	Standard Nachhaltigkeit Hochbau für alle Gebäude im Einflussbereich des Kantons (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	23.10.2023
104/2022	Interessensgebiete für Windenergieanlagen im Richtplan festlegen (Motion David John Galeuchet, Bülach, und Mitunterzeichnende)	23.10.2023
239/2022	Kühle kluge Köpfe in kantonalen Schulen: Massnahmen zur Aufenthaltsqualität mit Energieeffizienz (Postulat Daniela Sun-Güller, Zürich, und Mitunterzeichnende)	30.10.2023
344/2022	Kreislaufwirtschaft – Grünabfall für Biogas und Kompost (Postulat Florian Heer, Winterthur, Manuel Kampus, Schlieren, und Florian Meier, Winterthur)	30.10.2023
226/2023	Mehr Tempo bei Baubewilligungen (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, Mario Senn, Adliswil, und Simon Vlk, Uster)	04.12.2023
345/2022	Kreislaufwirtschaft: Graue Emissionen bei Neubauten senken (Postulat Florian Meier, Florian Heer, Winterthur, und Benjamin Walder, Wetzikon)	04.12.2023
347/2022	Kreislaufwirtschaft: Auslegeordnung zu den nötigen gesetzlichen Änderungen (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, Silvia Rigoni, Zürich, und Edith Häusler, Kilchberg)	04.12.2023
348/2022	Kreislaufwirtschaft bei Beschaffungen (Postulat Florian Heer, Winterthur, Benjamin Walder, Wetzikon, und Jeannette Büsser, Horgen)	22.04.2024

40/2024	KI im Baubewilligungsverfahren (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, und Mitunterzeichnende)	29.04.2024
87/2024	Weniger Bürokratie bei Solaranlagen – kleinere Solaranlagen bis 35m ² sollen zukünftig nicht mehr meldepflichtig sein (Postulat Simon Vlk, Uster, und Mitunterzeichnende)	27.05.2024
88/2024	Meldeverfahren Solaranlagen vereinfachen (Postulat Simon Vlk, Uster, und Mitunterzeichnende)	27.05.2024
434/2022	Getrennte Recycling-Mülleimer im öffentlichen Raum (Postulat Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt)	10.06.2024
409/2022	Tierfallen für Kleintiere entschärfen (Postulat Nathalie Aeschbacher, Zürich, Wilma Willi, Stadel, und Carmen Marty Fässler, Adliswil)	10.06.2024
183/2024	Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und für die Biodiversität (Postulat Kommission für Wirtschaft und Abgaben)	26.08.2024
182/2024	Gesetzgebung zu Landwirtschaftsflächen und Feuchtgebieten weiterentwickeln (Motion Kommission Wirtschaft und Abgaben)	26.08.2024
185/2024	Verbinden von Nahrungsmittel- und Energieproduktion: Potenzial von Agri PV im Kanton Zürich (Postulat Barbara Franzen, Niederweningen, und Mitunterzeichnende)	26.08.2024
236/2024	Vereinfachung des Bauverfahrens für «Gireizlis» und Kinderspielgeräte (Postulat Simon Vlk, Uster, und Mitunterzeichnende)	30.09.2024
333/2024	Büroflächenstandard für Gerichtsgebäude (dringliches Postulat Kommission für Planung und Bau)	18.11.2024

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgendes Postulat mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben:

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
60/2021	Siedlungsklima mit Bäumen verbessern (Motion Andrew Katumba, Zürich, Thomas Schweizer, Hedingen, und Andreas Hasler, Illnau-Effretikon)	27.02.2023

Die Motion fordert den Regierungsrat auf, dem Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage zu unterbreiten mit dem Ziel, wertvolle Bäume zu schützen und den Baumbestand im Siedlungsraum zu erhöhen. Dazu sollen die Gemeinden verpflichtet werden, einen kommunalen Baumkataster zu erstellen und diesen periodisch nachzuführen. Der Kataster soll mindestens Informationen über die Baumart sowie die Verdunstungs- und Beschattungsleistung erhalten. Ergänzend sollen in der Bau- und Zonenordnung zonen- oder gebietsweise Zielsetzungen für einen minimalen Baumbestand formuliert werden. Zur zeitnahen Umsetzung der Baumpflanzungen in den Quartieren mit zu geringem Baumbestand sind entsprechende Instrumente vorzusehen. Seit der Einreichung der Motion hat der Kantonsrat eine Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) beschlossen, die eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung ermöglicht (Vorlage 5860). Die Gemeinden können in ihren Bau- und Zonenordnungen den Erhalt,

den Ersatz oder die Neupflanzung von Bäumen vorschreiben. Zudem sind im Baubewilligungsverfahren bestehende Bäume nach Möglichkeit zu erhalten und ein genügender Wurzelraum sicherzustellen. Schliesslich wird das Amt für Raumentwicklung aus den aktuellen LiDAR-Laserscanning-Daten (lighth detection and ranging) in einem automatisierten Verfahren einen Datensatz erstellen und veröffentlichen, der die relative Baumhöhe, Kronendurchmesser sowie den Baumstandort darstellt. Damit können über den ganzen Kanton einheitliche Informationen zu Einzelbäumen zur Verfügung gestellt werden. Der Datensatz wird 2025 erstellt, die Aktualisierung der Daten ist zwei- bis dreijährlich geplant. Mit den neuen Bestimmungen im PBG sowie dem neuen Datensatz wird das Hauptanliegen der Motion, Massnahmen zur Verbesserung des Lokalklimas umgesetzt. Die Motion KR-Nr. 60/2021 ist daher als erledigt abzuschreiben.

8000 Generalsekretariat

Der Wegweiser Bau & Umwelt ist eine wichtige Dienstleistung der Baudirektion für die Gemeinden und wurde im Berichtsjahr grundlegend überarbeitet, gekürzt und sprachlich vereinfacht. Er gibt eine Übersicht über die komplexen Aufgaben der Gemeinden im Bau- und Umweltbereich; von A wie Abfall bis Z wie Zonenordnung. Links zu Webseiten, Merkblättern, Kontaktstellen und rechtlichen Grundlagen unterstützen die Behörden bei ihrer Arbeit.

Im Januar des Berichtsjahres wurde in der Baudirektion die erneuerte Geschäftsverwaltungssoftware in Betrieb genommen. Das Generalsekretariat erstellte dafür Schulungsunterlagen und Anleitungen, begleitete die Einführung und unterstützte die Ämter bei der Abstimmung der neuen Abläufe.

Weiter wurde die Vertretung der Baudirektion in der strategischen Initiative Recht durch eine Beteiligung am Legal Hub verstärkt.

Im Projekt Beschaffungslandschaft ZH startete das Generalsekretariat zusammen mit der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale ein Projekt zur Überprüfung der Koordinationsgremien und deren Leistungen sowie des Lead-Buyer-Konzepts in der kantonalen Verwaltung. Mit verschiedenen Veranstaltungen zum Thema nachhaltige Beschaffung wurde der Wissenstransfer und die Vernetzung zwischen den kantonalen Akteurinnen und Akteuren gefördert.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht, Finanzen und Controlling, Organisationsentwicklung und Kommunikation
- A2 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
- A3 Informatikunterstützung: Koordination Informatikarbeitsplätze und Fachapplikationen
- A4 Leitung Bewilligungsverfahren und Querschnittsaufgaben im Bereich Umwelt

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Bearbeitete Direktionsgeschäfte	A1	815	900	826	-74	-8.2
L2 Betreute Anstellungsverhältnisse	A2	2046	2055	2111	56	2.7
L4 Bearbeitete Baugesuche	A4	4195	4500	4234	-266	-5.9
B1 Betreute Anstellungsverhältnisse pro HR-Stelle (ganze Baudirektion)	A2	134	126	128	2	1.6
W4 Fristgerecht erledigte Baubewilligungsverfahren, in %	A4	88	80	89	9	

Bemerkungen

- L4 Nachdem durch die Einführung des Meldeverfahrens Anfang 2023 die Anzahl eingetreffener Baugesuche reduziert werden konnte, nahm sie im Berichtsjahr wiederum leicht zu.
- B1 Dank personeller Entlastungen durch befristete Anstellungen in der Abteilung Human Resources ist das Betreuungsverhältnis im Berichtsjahr gegenüber B24 nur leicht gestiegen.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 10.1a Einführung Building Information Modeling (BIM) in der Baudirektion: Das Konzept, die Methodik, die Rollen und die Prozesse sind festgelegt. Das Projekt wird mit den erforderlichen Tools und Schnittstellen unterstützt. Die Mitarbeitenden werden geschult.

Die Anwendungsfälle wurden mit den Ämtern evaluiert und weiter ausgearbeitet. Sämtliche Teamstellen wurden besetzt und die externe Projektbegleitung sowie die externe Qualitätssicherung beauftragt. Die Grobkonzeptionen für die Teilprojekte liegen vor und werden weiter ausgearbeitet.

Stand bis

Planmässig 2027

BD 10.1b Als primäre Dokumentenablage in der Baudirektion hat sich d.3 etabliert: Teams wird als Kollaborationsplattform in allen Ämtern verwendet und es werden die zugelassenen Projektmanagementtools verwendet.

Die Verbreitung und Nutzung von d.3 in der Baudirektion ist etabliert. Als Weiterentwicklung wurde im Berichtsjahr ergänzend zum bisherigen Ordnungssystem ein Aktenplan implementiert. Die Kollaborationsplattform Teams wird rege genutzt. Zur Vereinfachung der Datenablage und zur Sicherstellung der ordnungsgemässen Weitergabe der in Teams bearbeiteten Dokumente an das Staatsarchiv wurde eine Schnittstelle zwischen Teams und dem Dokumentenmanagementsystem d.3 eingeführt.

Planmässig 2027

BD 10.1c Die Fachapplikationen der Baudirektion werden erneuert (insbesondere die Lotus-Notes-Applikationen abgelöst).

Im Berichtsjahr wurden bereits verschiedene Lotus-Notes-Applikationen abgelöst (z.B. eGeKo Postlauf). Weitere Projekte zur Ablösung wurden gestartet (z.B. Erdwärmesonde, Bürgerscheinverwaltung).

Planmässig 2027

BD 10.2a Im Zuge des Beitritts zur neuen Interkantonalen Vereinbarung zum öffentlichen Beschaffungswesen und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel zu mehr Nachhaltigkeit wird ein Konzept für den Aufbau eines neuen «Kompetenzzentrums nachhaltige Beschaffung» in der Baudirektion erstellt und umgesetzt, das die beschaffenden Stellen künftig berät, sensibilisiert und unterstützt.

Bei der nachhaltigen Beschaffung gibt es Fortschritte. Ein Vorschlag für ein Kompetenzzentrum nachhaltige Beschaffung wurde im Entwurf erarbeitet, mit der Absicht, die Bemühungen in diesem Bereich zu verstärken. Aufgrund der fehlenden Ressourcen für dieses Vorhaben müssen weitere Abklärungen erfolgen.

Planmässig 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
82.4	85.8	86.9	1.1	1.3

Bemerkungen R24 zu B24

1.1 2.0 unterjährig besetzte neue Stellen, die im Budget 2024 noch nicht enthalten waren; -0.9 vorübergehende Vakanzen und Änderungen im Beschäftigungsgrad

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	14.9	13.7	0.0	0.0	13.7	13.6	-0.1	-0.9
Aufwand	-70.0	-80.8	0.0	0.0	-80.8	-79.7	1.1	1.3
- Übertrag in den NHS-Fonds (LG 8910)	-40.0	-50.0	0.0	0.0	-50.0	-50.0	0.0	0.0
Saldo	-55.2	-67.0	0.0	0.0	-67.0	-66.1	0.9	1.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.0	-3.6	0.0	-0.2	-3.8	-0.8	3.0	79.9
Saldo	-1.0	-3.6	0.0	-0.2	-3.8	-0.8	3.0	79.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.2	A1	- Geringere Dienstleistungen Dritter, v.a. infolge Verzögerung des Projekts Einführung Building Information Modeling (Konzeptphase)
-0.2	A1	- Höherer Personalaufwand infolge höheren Beschäftigungsumfangs und Teuerungsausgleichs
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -320922	Verwendung 2024 8379	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -312543	Veränderung Bestand 8379

8100 Hochbauamt

Die Kreislaufwirtschaft wird beim Planen und Realisieren von Bauvorhaben immer wichtiger. Das Hochbauamt setzt dies um, indem Gebäude nicht abgebrochen, sondern weiterverwendet werden. Beispiele dafür sind die Gesamtinstandsetzungen des Bezirksgerichts Zürich an der Wengistrasse 30, des Bildungszentrums Limmattal in Dietikon oder des Verwaltungsgebäudes an der Zollstrasse 20/36 in Zürich. Das Beispiel der Militärkaserne Zürich zeigt, wie bestehende Gebäude umgenutzt werden, hier zu einem Bildungszentrum für Erwachsene. Auch kleine Projekte, wie beispielsweise die Instandsetzung von Dach, Fenstern und Fassaden im Schloss Kyburg, leisten einen Beitrag, damit alte Bausubstanz noch lange erhalten bleibt.

Ist ein Neubau notwendig, sollen die Treibhausgasemissionen möglichst minimiert werden. Das Hochbauamt strebt den ambitionierten Zielwert von 9 kg CO₂ pro m² und Jahr an. Schon sehr nahe an diesem Zielwert sind der Neubau für das Bezirksgericht Hinwil, für die Mittel- und Berufsfachschule Uetikon am See oder für das Zentrums für Zahnmedizin der Universität. In diesen Bauvorhaben wird unter anderem Holz als CO₂-armes Material eingesetzt – im Fall des Bezirksgerichtes sogar kantonseigenes Staatswaldholz. Dank der Bewilligung zusätzlicher Stellen kann das Hochbauamt Grossprojekte wie den Neubau des Forums der Universität oder den Neubau des «Campus T 1. Etappe» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur sowie anstehende Instandsetzungsprojekte realisieren.

Aufgaben

- A1 Planung und Realisierung von Neu- und Umbauten, Erneuerungen sowie Instandhaltung und Instandsetzung im Auftrag des Immobilienamtes, der Universität und der Spitäler
- A2 Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
- A3 Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Kuratorium, Registratur, Artothek und Vermittlung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Neue Projekte	A1	102	160	80	-80	-50.0
L2 Abgeschlossene Projekte	A1	155	160	139	-21	-13.1
L3 Projekte in Bearbeitung	A1	601	650	542	-108	-16.6
L6 Instandhaltungsmandate	A1	60	50	43	-7	-14.0
L7 Planerwahl/Wettbewerbe	A1	8	10	11	1	10.0
L8 Gutachten	A2	160	120	112	-8	-6.7
L9 Kunstgestaltungsprojekte	A3	22	30	26	-4	-13.3
L11 Bezahlte Rechnungen zulasten Baukredite	A1	16992	16000	18665	2665	16.7
L12 Anteil der fristgerechten Erstellung der Bauabrechnungen nach Nutzungsbeginn innerhalb von 18 Monaten (Objektkredit < 3 Mio.) bzw. von 36 Monaten (Objektkredit > 3 Mio.; Zielwert)	A1	66.9	75	71.8	-3.2	-4.3
B1 Aufwand HBA-Projektmanagementleistungen im Verhältnis zu Baukosten abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	4.8	4.5	4.8	0.3	
B7 Unterschreitung (negative Zahl) / Überschreitung (positive Zahl) der Baukosten im Vergleich zur Kreditsumme abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	-12.7	-10	-10.9	-0.9	
B9 Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in %	A1	90.6	95	91.5	-3.5	
W4 Betreutes Investitionsvolumen mit HBA-Projektmanagementleistungen, in Mio. Franken	A1	11 675	11 500	11 796	296	2.6
W6 Betreutes Fremdinvestitionsvolumen in Mietobjekten, in Mio. Franken	A1	60	150	58.9	-91.1	-60.7
W8 Bezahlte Rechnungen, in Mio. Franken	A1	405	500	469	-31	-6.2
W12 Umweltmanagement: Anteil Bauprojekte im Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) und Minergie (P/A/Eco), in %	A1	80.5	66	84.6	18.6	

Bemerkungen

- L1 Weniger neue Projekte, darunter waren jedoch mehr mittlere und grosse Projekte.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 8h Pilot- und Leuchtturmprojekte im Bereich Nachhaltiges Bauen projektieren.

Das Hochbauamt hat im Berichtsjahr Bauvorhaben evaluiert, die sich als Pilot- und Leuchtturmprojekte eignen. Mittels Pilotprojekten werden neue Konzepte, Materialien und Konstruktionen getestet. Wenn sich diese bewähren, sollen sie in der Kommunikation als Leuchtturmprojekte dienen, um das langfristige Ziel Netto Null zu erreichen.

Stand
Planmässig
bis
2027

BD 3.1a Kunst am Bau als wichtiger Teil des Kulturangebots wird in Bauinvestitionen eingeplant und realisiert.

Die 2023 aktualisierte Wegleitung Kunstsammlung, Kunst und Bau wird seit dem Berichtsjahr angewendet. Erste Kunst-und-Bau-Projekte wurden gemäss dieser Wegleitung geplant und realisiert.

Planmässig 2027

BD 7.3a Planung und Realisierung von kantonseigenen Bauvorhaben gemäss den Kriterien des SNBS (Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz) bzw. SGNi (Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft) und im Minergie-(P/A)-Eco-Standard (vgl. kantonaler Nachhaltigkeitsstandard RRB Nr. 601/2021)

Zusammen mit dem Immobilienamt wurden erste Workshops durchgeführt, um den Standard Nachhaltigkeit Hochbau zu aktualisieren. Es ist geplant, das Dokument an die neue Struktur des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz anzupassen und die Zielwerte zur Reduktion der Treibhausgase festzulegen.

Planmässig 2027

BD 7.8b Bei kantonalen Bauten und Anlagen wird die bestehende Bausubstanz prioritär weiter genutzt. Der Erhalt und die Weiterverwendung bestehender Bauten tragen massgebend zur Verminderung grauer Energie bei.

Im Berichtsjahr wurden mehrere provisorische Sporthallen und Schulbauten realisiert, damit in den bestehenden Gebäuden Gesamtinstandsetzungen und Umbauten geplant werden können.

Planmässig 2027

BD 7.8c Die Förderung von Holz und CO₂-armen Materialien als Bau- und Werkstoff bei kantonalen Vorhaben ist etabliert.

Zusammen mit dem Immobilienamt wurden erste Workshops durchgeführt, um den Standard Nachhaltigkeit Hochbau zu aktualisieren. Neu sollen Zielwerte zur Reduktion der Treibhausgase festgelegt werden, die von den beauftragten Planungsteams angestrebt werden sollen.

Planmässig 2027

BD 7.12b In den Bauprojekten wird der nachhaltigen Freiraumgestaltung ein hoher Stellenwert beigemessen, indem Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität, zur Hitzeminderung, für die Regenwasserversickerung sowie zur Förderung der Biodiversität umgesetzt werden.

In einem ersten Workshops mit dem Immobilienamt zur Aktualisierung des Standards Nachhaltigkeit Hochbau wurde festgestellt, dass die nachhaltige Freiraumgestaltung mittels eines konkreten Massnahmenplans stärker gefördert werden muss.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
128.3	131.0	134.4	3.4	2.6

Bemerkungen R24 zu B24

- 1.0 Befristete Stelle Projekt Museumsareal Neuthal (RRB Nr. 911/2023)
- 2.4 Höherer Beschäftigungsumfang aufgrund von Vertretungen infolge Krankheit und Mutterschaftsurlaub

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.7	0.7	0.0
Aufwand	-28.3	-28.2	0.0	0.0	-28.2	-29.2	-1.0	-3.6
Saldo	-27.8	-28.2	0.0	0.0	-28.2	-28.5	-0.3	-1.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben		-0.2	0.0	0.0	-0.2	-0.1	0.2	76.0
Saldo		-0.2	0.0	0.0	-0.2	-0.1	0.2	76.0

Baudirektion

Leistungsgruppe 8100

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.6		- Minderaufwand für externe Bauherrenunterstützung
0.5		- Einnahmen aus Verrechnung für Projektmanagementleistungen Gesundheitsbauten (ipw, KSW)
0.2		- Einnahmen aus Verrechnung einer Projektstelle an den Natur- und Heimatschuttfonds (gemäss RRB Nr. 911/2023)
-0.1		- Höhere Raumnebenkosten
-0.2		- Höhere Informatikkosten
-1.2		- Höherer Personalaufwand infolge höheren Beschäftigungsumfangs, Teuerungsausgleichs sowie ausbleibender Rotationsgewinne
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -200449	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -200449	Veränderung Bestand 0

8300 Amt für Raumentwicklung

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche kommunale Richt- und Nutzungspläne vorgeprüft und genehmigt. Die Anzahl bearbeiteter Baugesuche ausserhalb Bauzonen, im Landschaftsschutz und im Ortsbildschutz ist weiterhin hoch. Die Arbeiten an einer kantonalen Landschaftsschutzverordnung konnten abgeschlossen werden, an einer weiteren wurden sie fortgesetzt. Die Neuorganisation der Abteilung Archäologie und Denkmalpflege wurde mit einem zusätzlichen Fokus auf das Datenmanagement und die Sammlungsbestände abgeschlossen. Die Anhörung zum Inventar der Denkmalschutzobjekte von überkommunaler Bedeutung im Zürcher Oberland, Teil I,

wurde durchgeführt. In der Kiesgrube Niedermarthalen wurde die achte und vorläufig letzte Etappe der Rettungsgrabung abgeschlossen.

Die Vermessungsaufsicht hat im Berichtsjahr unter Mitwirkung der Amtlichen Vermessung eine kantonale Strategie erarbeitet und damit eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der nächsten Jahre geschaffen. Im Weiteren wurde die neue GIS-Strategie 2025–2028 erarbeitet. Sie dient als übergeordnete Grundlage für die Arbeit der Fachämter, die mit Geodaten arbeiten.

Aufgaben

- A1 Raumplanung: Erarbeitung von Grundlagen; Planen; Genehmigung von Richt- und Nutzungsplänen; Bauwesen im Ortsbild und ausserhalb der Bauzonen
- A2 Denkmalpflege: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von Baudenkmalern
- A3 Archäologie: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von archäologischen Denkmälern
- A4 Geoinformation: entscheidungsrelevante, verlässliche raumbezogene Informationen zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne im urbanen Raum	A1	122	160	135	-25	-15.6
L2 Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne ausserhalb des urbanen Raums	A1	90	90	136	46	51.1
L3 Bearbeitete Baugesuche zum Bauen ausserhalb der Bauzonen und zum Ortsbildschutz	A1	1996	2300	2107	-193	-8.4
L4 Gebietsplanungen in Bearbeitung	A1	2	2	2	0	0.0
L5 Gebietsplanungen in Umsetzung	A1	8	7	7	0	0.0
L6 Bearbeitete Baugesuche Denkmalpflege	A2	481	520	533	13	2.5
L7 Bearbeitete Baugesuche Archäologie	A3	441	500	443	-57	-11.4
L8 Archäologische Interventionen	A3	171	140	161	21	15.0
L10 Erfüllte Leistungskriterien gemäss Service-Level-Agreement-Verträgen DatenlogistikZH, in % (Zielwert)	A4	99.8	98	99.1	1.1	
L11 Verfügbarkeit der Geodaten-Infrastruktur während Servicezeiten, in % (Zielwert)	A4	99.5	98	99.8	1.8	
L12 Technische Verfügbarkeit der Plattform «ObjektwesenZH», in % (Zielwert)	A4	99.8	98	99.8	1.8	
W1 Beanspruchte Bauzone pro Person, in m ²	A1	99	100	98	-2	-2.0
W2 Saldo von Ein- und Auszonungen, in ha	A1	0	10	6.7	-3.3	-33.0
W3 Anteil erstelltes Gebäudevolumen in Gebieten, die aus landschaftlicher Sicht einen besonderen Schutz verdienen, in % des gesamten Gebäudevolumens	A1	0.1	0.2	0	-0.2	
W5 Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von begleiteten Bauvorhaben, in %	A3	100	100	100	0	
W8 Unüberbaute Industrie-/Gewerbezone, in ha	A1	443.6	475	430	-45	-9.5
W9 Umzonungen von überbauten Industrie-/Gewerbezone, in ha	A1	10.5	7.5	5.3	-2.2	-29.3
W10 Anzahl verfügbarer Geodatensätze (gemäss Anhang kantonalen Geoinformationsverordnung [KGeoIV])	A4	174	167	176	9	5.4

Bemerkungen

- L1 Die Abweichung liegt im Bereich der bekannten Schwankungen. Es wird nicht von einem systematischen Rückgang ausgegangen.
- L2 Der Anstieg von 51% ist teilweise darauf zurückzuführen, dass mehrere ländliche Gemeinden in der Bau- und Zonenordnung einen Abstand zu Windanlagen einführen möchten. Zudem machen ebenfalls etliche eher ländliche Gemeinden von der neuen Möglichkeit Gebrauch, in der Bau- und Zonenordnung auf einen kommunalen Mehrwertausgleich zu verzichten.
- L7 Im Berichtsjahr wurden weniger Baugesuche eingegeben, die von der Kantonsarchäologie zu beurteilen waren. Die Zahl der bearbeiteten Baugesuche ist externen Faktoren geschuldet.
- L8 Die Zunahme der archäologischen Interventionen ist auf eine grössere Anzahl an Baugesuchen im Vorjahr und der daraus resultierenden Bauvorhaben im Berichtsjahr zurückzuführen.

- W2 Der Saldo der Ein- und Auszonungen liegt unter dem budgetierten Wert. Er enthält vereinzelte Ein- und Auszonungen von Grundstücken über einer Hektare in Hinwil, Langnau, Lindau, Oberembrach, Stammheim und Zürich.
- W3 Bei einer jährlichen Anzahl von durchschnittlich fünf Gebäuden sind erhebliche Schwankungen bei diesem Indikator nicht aussergewöhnlich.
- W9 Stärkere Schwankungen bei diesem Indikator sind jeweils zu erwarten, weil die Dynamik der Umzonungen von überbauten Industrie-/Gewerbebezonen unberechenbar ist und sich aus Einzelfällen ergibt. Die Abweichung vom Budgetwert kann dennoch als moderat bezeichnet werden.
- W10 Im Berichtsjahr wurden zwei neue Geodatenätze für Raumplanungsthemen eingeführt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7a Die Verschiebung von Bauzonen an geeignete Lagen ermöglichen und fördern.

Im Berichtsjahr wurde ein Projekt zur Auslotung möglicher Vorgehensweisen für die Verschiebung von Bauzonen an geeignete Lagen gestartet.

Stand bis

Planmässig 2027

BD 7.1a Ein kantonales Landschaftskonzept als Grundlage zur Anpassung des kantonalen Richtplans erarbeiten

Im Berichtsjahr wurde der Vergabeprozess für das Landschaftskonzept gestartet.

Planmässig 2026

BD 7.2b Die Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars ist für die 148 betroffenen Ortsbilder abgeschlossen. Das Denkmalpflege-Inventar ist für die Regionen Glattal, Winterthur und Umgebung, Oberland nachgeführt und an die aktuellen inhaltlichen und technischen Anforderungen angepasst. Die Eigentümer sind informiert.

Im Berichtsjahr wurden die letzten sechs Gemeinden zur Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars angehört, worauf die Ortsbilder dieser Gemeinden neu festgesetzt wurden. Zusätzlich wurden die Städte Zürich und Winterthur angehört, wobei die Festsetzung der Ortsbilder dieser beiden Städte noch ausstehend ist. Weiter wurden für die Region Glattal und für die Hälfte der Region Oberland Anhörungen zum Denkmalpflege-Inventar durchgeführt.

Planmässig 2027

BD 7.7a Der Erhalt der wertvollen Landschaftsräume wird mit der Erarbeitung von Schutzverordnungen ermöglicht und aktiv gefördert. Es sind jeweils zwei Schutzverordnungen parallel in Erarbeitung.

Die Schutzverordnung Unteres Tösstal wurde festgesetzt und deren Umsetzung gestartet. Für die Schutzverordnung Albiskette wurden wichtige Meilensteile in der Erarbeitung erreicht.

Planmässig 2027

BD 7.9a Die qualitätsvolle Siedlungsentwicklung über Anpassungen an den planerischen Instrumenten sowie die Förderung entsprechender Verfahren erhöhen

Im Berichtsjahr wurden für die Gemeinden Umsetzungshilfen zur Anpassung des Planungs- und Baugesetzes zur klimaangepassten Siedlungsentwicklung bereitgestellt. Zudem wurde das Teilprojekt Qualitätsvolle Siedlungsentwicklung im BD-Projekt Zukunftsfähiges Planen und Bauen gestartet.

Planmässig 2027

BD 7.9b Bei der Bevölkerung eine breite Akzeptanz der sich verändernden Raumordnung und Raumnutzung schaffen

Der Fragestellung zur Schaffung einer breiten Akzeptanz bei der Bevölkerung zu der sich verändernden Raumordnung und Raumnutzung wird im Projekt Wachstum 2050 des Regierungsrates nachgegangen (RRB Nr. 386/2024).

Planmässig 2027

BD 7.10d Beschleunigte/vereinfachte Verfahren für die Erstellung von Anlagen für erneuerbare Energie schaffen

Im Berichtsjahr wurden Eignungsgebiete für Windenergie und geeignete Gewässerstrecken für zusätzliche Wasserkraft im kantonalen Richtplan öffentlich aufgelegt. Zudem wurde die Vernehmlassung für ein kantonales Plangenehmigungsverfahren zur Planung und Bewilligung von Windenergieanlagen und zukünftig möglicherweise weiteren Energieanlagen durchgeführt.

Planmässig 2027

BD 10.1d eBaugesucheZH: Die Integration von BIM-Modellen (Building Information Modeling) in die Plattform «eBaugesucheZH» ist erfolgt.

Erste Abklärungen bezüglich Inhalt und Zuständigkeiten wurden im Berichtsjahr vorgenommen.

Planmässig 2027

BD 10.1e Ein «Digital Twin» als digitales räumliches Abbild der realen Wirklichkeit ist im Kanton Zürich eingeführt.

Im Berichtsjahr wurde ein Projekt gestartet. Eine Bedürfnisabklärung an die Anforderungen einer 3D-Repräsentation des Kantons wurde durchgeführt und ausgewertet.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
152.6	159.8	160.8	1.0	0.6

Bemerkungen R24 zu B24

1.0 +1.0 befristete Projektstellen Gestaltungspläne Kies und Deponie (Saldoneutral) und +0.3 befristete Projektstellen Sachbearbeitung Ortsbildschutz in der Abteilung Raumplanung, +0.4 befristete Projektstellen Denkmalpflege engere Zentralverwaltung sowie -0.7 nicht besetzte Stellen in der Geoinformation

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7.9	7.4	0.0	0.0	7.4	6.0	-1.4	-18.5
Aufwand	-38.4	-41.7	0.0	-0.4	-42.1	-39.6	2.5	5.9
- Abschreibungen und Zinsen	-1.4	-1.6	0.0	0.0	-1.6	-1.5	0.1	6.8
- Staatsbeiträge	-0.1	-1.1	0.0	0.0	-1.1	-0.1	1.0	91.6
Saldo	-30.5	-34.3	0.0	-0.4	-34.7	-33.6	1.1	3.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		-0.0	-100.0
Ausgaben	-0.8	-1.3	0.0	-2.0	-3.3	-1.6	1.7	51.4
Saldo	-0.8	-1.2	0.0	-2.0	-3.3	-1.6	1.7	50.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.6	A4	- Tiefere Dienstleistungen Dritter, insbesondere bei der Amtlichen Vermessung durch Verzögerung und Redimensionierung bei der Umsetzung von Massnahmen in der Programmvereinbarung Bund 2020-2023 und beim Projekt Aufbau Leitungskataster
1.0	A2	- Geringerer Aufwand Denkmalpflege, da infolge von Verzögerungen im Projekt Wasserkraftwerk Aabach keine durchlaufenden Beiträge aus dem Gemeinnützigen Fonds benötigt wurden (saldoneutral)
0.9	A4	- Tiefere Informatikdienstleistungen Dritter und Honorare für externe Informatikspezialisten infolge tieferer Betriebskosten Kantonsapplikation GIS, Verzögerungen beim Projekt GIS-ZH 2020, beim Datenmodell amtliche Vermessung und im Projekt «eBaugesucheZH – Volldigital»
0.2	A1	- Höhere Einnahmen durch Gebühren der Raumplanung
-0.2	A4	- Höherer Unterhalt Software infolge zusätzlicher Lizenzen für die Kantonsapplikation GIS-ZH
-0.3	A1, A2, A3, A4	- Höherer interner Aufwand insbesondere für zusätzliches Mobiliar in der Archäologie und Denkmalpflege sowie höhere Mietnebenkosten
-0.3	A4	- Tiefere Beiträge vom Bund infolge Projektverzögerungen und Redimensionierung bei der Programmvereinbarung Bund 2020-2023 Amtliche Vermessung
-0.7	A1, A2, A4	- Höherer Personalaufwand infolge höheren Beschäftigungsumfangs, Auszahlung von Dienstaltersgeschenken sowie höheren Rekrutierungsaufwands
-1.0	A2	- Geringerer Ertrag Denkmalpflege, da infolge von Verzögerungen im Projekt Wasserkraftwerk Aabach keine durchlaufenden Beiträge aus dem Gemeinnützigen Fonds benötigt wurden (saldoneutral)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-3.3	-1.6	1.7	
- ObjektwesenZH (A4)	-1.0	-0.4	0.6	- Projektverzögerung durch erhöhte Komplexität der Konzeptionsphase der Schnittstellen, durch zusätzliche fachliche Anforderungen der Eigentümer sowie infolge von Ressourcenengpässen und Personalwechseln
- eBaugesucheZH – Volldigital (A4)	-0.7	-0.4	0.3	- Projektverzögerung durch weitere fachliche Vorgaben zur Umsetzung der Auflagenverwaltung und durch die Implementierung von zusätzlichen fachlichen und gesetzlichen Anforderungen an die vollständige Digitalisierung
- Kantonales Geoinformationsgesetz; Kantonale Geodatenprodukte, GIS-ZH Luftbildpunkte 2023-2025 (A4)	-0.9	-0.1	0.8	- Die Befliegungen konnten aufgrund eingeschränkter Flugbewilligungen und schlechter Wetterverhältnisse nur teilweise abgeschlossen werden.
- GIS-ZH 2020	-0.6	-0.6	0.0	
- Übrige	-0.1	-0.1	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023	Verwendung	Antrag Bildung 2024	Bestand 31.12.2024	
plus Bildung 2023	2024	(verbucht 2025)	plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-275722	37017	0	-238705	37017

Bemerkungen
Verwendung für Personalzwecke

8400 Tiefbauamt

Im Hardwald bei Bülach sind die Hauptarbeiten zum Ausbau der A51 auf vier Spuren im Gang. Ebenfalls laufen die Arbeiten zum Ausbau der Radwegstrecke Bülach–Rorbas. Beide Bauvorhaben dauern voraussichtlich bis 2026. Projektierungsarbeiten für die Strassenverlegung aus dem Neeracherried sowie die Umfahrung Eglisau laufen weiterhin. Weiter wurden die Strassenprojekte nach den Vorgaben des Regierungsrates zum KEF 2025–2028 priorisiert und die Ergebnisse in den Planungsprozessen eingearbeitet.

Im September des Berichtsjahres fand die Rad- und Paracycling Strassen-Weltmeisterschaft im Kanton statt. Das Strasseninspektorat hat mit 68 Mitarbeitenden 4500 Arbeitsstunden geleistet. Dabei wurden 70 bauliche Massnahmen umgesetzt und 100 Informationstafeln aufgestellt, auf denen die Verkehrseinschränkungen täglich aktualisiert wurden. Zusätzlich wurden die Rennstrecken täglich gereinigt.

Während des ersten grossen Schneefallereignisses vom 21./22. November des Berichtsjahres wurden die Einsätze der Hälfte der zwölf Werkhöfe mit 120 Fahrzeugen erstmals zentral aus der Winterdienstzentrale koordiniert. Die Fachstelle Verkehrssicherheit hat ein Verkehrssicherheitsprogramm (Safety Cockpit) erstellt, das einen Überblick über das Unfallgeschehen im Kanton im laufenden Jahr aufzeigt.

Viele neue Bauten und Anlagen wurden vom Bundesamt für Strassen der Gebietseinheit VII in den Betrieb und Unterhalt übergeben. Die neue Leistungsvereinbarung konnte unterschrieben werden. Abgänge von langjährigen Mitarbeitenden konnten wieder besetzt werden. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Strassen wurde weiter verbessert und die Prozesse den neuen Gegebenheiten angepasst.

Aufgaben

- A1 Bau und baulicher Unterhalt: Planung, Projektierung und Bauausführung von Staatsstrassenneu-, -unterhalts- und -ausbauten, einschliesslich Kunstbauten
- A2 Betrieb: Staats- und Nationalstrassen (Auftrag Bund), einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
- A3 Hoheitliche Aufgaben: Konzessionen, Bewilligungen für Werkleitungen
- A4 Querschnittaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutzsanierungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Instand gesetzte und neu gebaute Strassen, in km	A1	143.548	70	86.384	16.384	23.406
L2	Unterhaltene Staatsstrassen, in km	A2	1308.4	1310.3	1308.4	-1.9	-0.1
L3	Unterhaltene kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen, in km	A2	49.4	49.4	49.4	0.0	0.0
L4	Durch Strasseninspektorat koordinierte Baustellen	A1, A2	121	150	122	-28	-18.7
L5	Erteilte Konzessionen/Bewilligungen für Werkleitungen	A3	654	750	810	60	8.0
L6	Beurteilte Baugesuche bezüglich Lärmschutz	A4	715	750	719	-31	-4.1
L7	Teilweise oder ganz behobene Velonetzplan-Schwachstellen (Verkehrsfreigabe im Berichtsjahr)	A1		25	25	0	0.0
B1	Kosten pro km Strassenbau und -instandsetzung im Durchschnitt der letzten 5 Jahre, in Fr. (ER und IR)	A1	2113954	2000000	1787930	-212070	-10.6
B2	Betriebliche Unterhaltskosten pro km der Staatsstrassen (ohne kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen), in Fr. (ER)	A2	33000	35000	34945	-55	-0.2
B3	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in % (ER und IR)	A1, A2, A3, A4	96.0	95	96.5	1.5	
W3	Zustand Kunstbauten, Anteil in schlechtem Zustand, in %	A1	1.0	1.5	1.2	-0.3	
W4	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, Anteil in ausreichendem bis gutem Zustand (Erhebung mind. alle 5 Jahre), in %	A1	89.2				
W5	Anteil der instand gesetzten und neu gebauten Strassen am Total der Staatsstrassen, in %	A1	10.57	5	6.36	1.36	
W6	Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken, inkl. Land)	A1	26.5	20	20.0	0.0	0.0

Bemerkungen

- L1 Projektbezogene Abweichung, da jedes Projekt nur einmal (im Abschlussjahr) erfasst wird.
- L7 Schätzung, da die Beurteilung der Behebung der Schwachstellen für das Berichtsjahr erst im Laufe des Jahres 2025 erfolgt. Der Prozess wird dahingehend angepasst, dass für die zukünftigen Rechnungen jeweils ein effektiver Wert vorliegt.
- B1 Projektbezogene Abweichung, da jedes Projekt nur einmal (im Abschlussjahr) erfasst wird.
- W5 Projektbezogene Abweichung, da jedes Projekt nur einmal (im Abschlussjahr) erfasst wird.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 6e Gesamtverkehrs- und Strasseninfrastrukturprojekte zur Umsetzung bringen und Abklärungen für nachfolgende Projekte vorantreiben.

Mit der laufenden kantonsweiten Priorisierung der Investitionsprojekte, müssen auch laufende Strassenprojekte zeitlich verschoben oder redimensioniert werden. Im Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2025–2027 sind ein Teil der Projekte aufgeführt, bei denen eine Überprüfung des Zeitplans stattfindet. Im Berichtsjahr konnten in allen Phasen (Studien, Vorprojekte und Bauprojekte) rund 800 Projekte bearbeitet werden.

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 6f Bei Strassenprojekten das in den regionalen Richtplänen verankerte Velowegnetz konsequent umsetzen.

Das geplante Velowegenetz umfasst Verbindungen und Schwachstellen, deren Behebung in erster Linie über Strassenbauprojekte erfolgt. Angesichts der Vielzahl an Schwachstellen ist eine Priorisierung unerlässlich. Die Datenanalyse der Umsetzungsplanung Veloverkehr zeigt, dass über die Hälfte der erfassten Schwachstellen in laufenden und geplanten Projekten berücksichtigt wird. Ihre Behebung erfordert eine enge Koordination mit weiteren Planungen und Bauvorhaben. Der regionale Richtplan wird in der Strassenbauplanung konsequent berücksichtigt. Es werden Grossprojekte wie auch Kleinstmassnahmen (Velo Express) umgesetzt. Eine konsequente Umsetzung ist aufgrund von Zielkonflikten herausfordernd. Im Berichtsjahr konnte die Umsetzungsplanung Velo vorangetrieben werden. Sie hat alle kantonalen Veloverbindungen nach den Kriterien Wichtigkeit und Defizite eingestuft. So können die Velomassnahmen gezielt priorisiert und zeitlich geplant werden.

Planmässig 2027

RRZ 7b Den Strassenraum nach den Standards für Staatsstrassen und den Standards Veloverkehr unter Einbezug der betroffenen Gemeinden ganzheitlich gestalten.

Mit den regelmässigen stattfindenden Gemeindegesprächen wurde ein Gefäss geschaffen, um einen gegenseitigen Austausch zu laufenden Vorhaben und sich abzeichnenden Bedürfnissen sicherzustellen. Wird ein Projekt gestartet, so wird zusammen mit der Standortgemeinde ein Pflichtenheft für das Planerbüro erarbeitet. So ist gewährleistet, dass schon zu Beginn des Vorhabens eine Abstimmung der Bedürfnisse stattfindet. Die Gemeinden sind dann in den Erarbeitungsprozess einbezogen. Dabei wird der Strassenraum von «Fassade zu Fassade» betrachtet, um ganzheitliche Lösungen zu erarbeiten. Die Standards Veloverkehr sind dabei Bestandteil der Aufgabenstellung. Im Berichtsjahr wurden rund 50 solcher Vorhaben bearbeitet.

Planmässig 2027

BD 6.1a Das kantonale Projekt «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» wird im Dialog mit den drei betroffenen Gemeinden und der Volkswirtschaftsdirektion vorangetrieben; die erste Etappe wird realisiert.

Die Standortevaluation des Parkplatzes muss nochmals durchgeführt werden. Federführend ist das Amt für Mobilität.

Verzögert 2027

BD 7.3e Beschaffung von Fahrzeugen nach RRB Nr. 949/2021 (Weisung Emissionsminderung von Fahrzeugen bei der Beschaffung und dem Betrieb durch die kantonale Verwaltung und beauftragte Unternehmen)

Der Standard für die Beschaffung von CO₂-freien Fahrzeugen gemäss RRB Nr. 949/2021 ist etabliert. Der Markt kann jedoch viele Fahrzeuge noch nicht zur Verfügung stellen.

Planmässig 2027

BD 7.3f Bei neuen Strassenprojekten wird zur Hitzeminderung der Begrünung und dem Setzen von Bäumen im Strassenraum besondere Beachtung geschenkt. Grundlage ist «Wegleitung Hitzeminderung bei Strassenprojekten» (2022).

In den Projekten werden Hitzeminderungsmaßnahmen geprüft. Konkurrierende Ansprüche an den Strassenraum sind dabei eine grosse Herausforderung. Als Hilfsmittel werden die Planungsgrundlagen fortlaufend verbessert.

Planmässig 2027

BD 7.4a Abschluss der Erstsanierung zum Lärmschutz an Staatsstrassen gemäss Programmvereinbarungen 1–3 mit dem Bund; sämtliche Lärmschutzprojekte sind aufgelegt.

Die Arbeiten zur ersten flächendeckenden Lärmsanierung entlang der Staatsstrassen sind weit fortgeschritten. Unter Berücksichtigung der technischen Machbarkeit wurden auf zahlreichen Strecken lärmarme Beläge eingebaut. Da vielerorts weiterhin Grenzwertüberschreitungen auftreten, sind auf verkehrstechnisch geeigneten Abschnitten in verschiedenen Strassenbauprojekten zusätzlich Temporeduktionen eingeplant. Im Berichtsjahr wurden all jene Lärmsanierungsprojekte öffentlich aufgelegt, bei denen es nicht aufgrund externer Faktoren zu langwierigen Verzögerungen kam. Die Auflagen der beiden verbleibenden Projekte der ersten flächendeckenden Lärmsanierung werden 2025 durchgeführt. Die Lärmsanierung bleibt nach Abschluss der ersten flächendeckenden Sanierungsrunde eine Daueraufgabe.

Verzögert 2024

BD 7.4b Basierend auf dem Bericht «Reduktion der Umweltbelastung des Tiefbauamtes des Kantons Zürich - Massnahmenplanung» [UTech 25.10.2022] werden im TBA detailliert Massnahmen zur Verminderung der Umweltbelastungen definiert und umgesetzt.

Die meisten Massnahmen sind auf Kurs. Elektrisch angetriebenen Nutzfahrzeuge kommen zurzeit erst sehr selten zum Einsatz, da diese in der Regel noch nicht marktreif sind.

Planmässig 2027

BD 7.8a Kreislaufwirtschaft im Strassenbau fördern. Wiederverwendung vor Ort und Einsatz von Recycling-Materialien.

Die Recycling-Quote für die Verwertung des Ausbausphalts bei den bituminösen Schichten ist weiter gestiegen auf 60% (Ausgangswert 33%). Eine weitere Steigerung ist aus technischen und qualitativen Gründen nur in geringem Masse erzielbar. Die Wiederverwendung von Randsteinen wird neu in den Submissionen berücksichtigt. Zur Förderung der Wiederverwendung von ungebundenen Gemischen vor Ort und Einsatz von Alternativen zu Primärmaterialien wird eine Anpassung der Vorgaben zur Qualitätssicherung überprüft. Zudem werden mögliche Einsatzfelder für alternative Materialien unter Betrachtung der relevanten Umweltvorschriften geprüft. Falls notwendig wird das Regelwerk des Amtes angepasst.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
471.4	502.6	472.5	-30.1	-6.0

Bemerkungen R24 zu B24

-30.1 Infolge Fachkräftemangels verzögerte sich die Besetzung von offenen Stellen.

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	304.8	297.3	0.0	0.0	297.3	289.5	-7.8	-2.6
- Entschädigungen und Beiträge vom Bund	40.3	42.0	0.0	0.0	42.0	37.7	-4.3	-10.2
- Übertrag aus Strassenfonds	227.0	222.4	0.0	0.0	222.4	210.6	-11.8	-5.3
- Übrige Erträge	37.5	33.0	0.0	0.0	33.0	41.2	8.3	25.1
Aufwand	-304.8	-297.3	0.0	0.0	-297.3	-289.5	7.8	2.6
- Abschreibungen und Zinsen	-82.6	-84.4	0.0	0.0	-84.4	-84.7	-0.3	-0.0
- Betriebsaufwand	-222.2	-213.0	0.0	0.0	-213.0	-204.8	8.1	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	14.7	5.0	0.0	0.0	5.0	8.3	3.3	66.4
Ausgaben	-128.9	-144.9	0.0	0.0	-144.9	-136.6	8.2	5.7
Saldo	-114.3	-139.9	0.0	0.0	-139.9	-128.3	11.6	8.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
3.1	A1	- Geringerer baulicher Staatsstrassenunterhalt
3.1	A2	- Geringerer betrieblicher Staatsstrassenunterhalt
1.8		- Geringere Personalkosten infolge geringeren Beschäftigungsumfangs
1.6	A2, A3	- Höhere Rückerstattungen Dritter
1.3	A2	- Einmalige ausserordentliche Entschädigungen
0.9	A3	- Höhere Einnahmen aus Konzessionen
0.4	A2	- Geringerer Unterhalt Maschinen
0.3		- Geringere Aufwände Informatikdienstleistungen
-0.3	A2	- Höhere ausserplanmässige Abschreibungen
-0.7		- Höherer übriger Sachaufwand
-11.8		- Tieferer Übertrag aus dem Strassenfonds (VD)
0.3		- Übrige Abweichungen

Baudirektion Leistungsgruppe 8400

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	5.0	8.3	3.3	
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	0.0	0.5	0.5	- Rückerstattung Kostenanteile Werke und Gemeinden
- Übrige	5.0	7.8	2.8	
Ausgaben total	-144.9	-136.6	8.2	
- Velohauptverbindung/-schnellroute parallel Brüttenertunnel (84D-50083)	-1.1	-0.6	0.5	- Zusätzliche Abklärungen verzögerten den Projektablauf.
- Wallisellen, Veloschnellroute SBB-Bahnweg (84D-50075)	-0.3	-0.8	-0.5	- Die Planung der Vorarbeiten musste früher als vorgesehen ausgeführt werden.
- Velohauptverbindung Kloten-Bassersdorf (GTB2A) (84D-50084)	-0.9	-0.6	0.3	- Verzögerung im Projekt infolge Referendum und anschliessender Volksabstimmung zur Revision der Bauzonenordnung in Kloten
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-1.3	-8.1	-6.8	- Mehraufwendungen für Altlasten, Teuerung Unternehmer und Akontozahlungen Landgeschäfte
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-23.3	-23.5	-0.2	
- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122)	-0.6	0.0	0.6	- Die Vorstudie zum Projekt wurde im Sommer 2023 abgeschlossen. Danach konnte wegen notwendiger Abklärungen das Vorprojekt nicht ausgelöst werden, weshalb im Berichtsjahr keine Arbeiten für die Zustandserhebungen/Ingenieurarbeiten ausgeführt wurden.
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	-0.3	-0.2	0.1	- Einsprachen verzögerten den Verlauf des Projekts.
- Weinigen, Niederholz-/Überlandstrasse (84S-81149)	-1.0	-0.1	0.9	- Wegen einer Beschwerde verzögerte sich das Projekt. Deshalb konnten im Berichtsjahr die Landerwerbsverhandlungen noch nicht abgeschlossen werden und der Baubeginn verzögerte sich.
- Schwerzenbach-Volketswil, Betriebs- und Gestaltungskonzept Industriestrasse (84S-81219)	-0.1	-0.1	0.0	
- Eglisau, Betriebs- und Gestaltungskonzept Ortsdurchfahrt (84S-82064)	-0.5	-0.8	-0.3	- Mehrausgaben infolge vieler Einwendungen im Projekt
- Fil Bleu Glatt (84S-82082)	-0.2	-0.2	0.0	
- Übrige	-115.3	-101.6	13.7	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -416000	Verwendung 2024 48000	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -368000	Veränderung Bestand 48000

Bemerkungen
Verwendung für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Dank der ZKB-Jubiläumsdividende konnten im Projekt #hallo-wasser Massnahmen wie die Erneuerung des Holzstegs sowie die Planung eines Aussichtsturms in den Thurauen umgesetzt werden. Das Amt und die Stadt Dietikon luden zu einem Projektspaziergang entlang der Reppisch ein, um Massnahmen des Projekts Zukunft Reppisch vorzustellen, das den Hochwasserschutz verbessern und die Reppisch als Erholungs- und Lebensraum aufwerten soll. Der Massnah-

menplan Ammoniak, der bis 2030 eine erhebliche Reduktion der Ammoniakemissionen aus der Nutztierhaltung anstrebt, konnte in die Vernehmlassung gegeben werden. Mit dem neuen vorgestellten Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2024–2028 sollen Abfallvermeidung und Recycling intensiviert werden, um Abfälle in Verbrennungsanlagen und Deponien zu reduzieren.

Aufgaben

- A1 Die Hochwassersicherheit wird durch gezielte bauliche Schutzmassnahmen, Gewässerrevitalisierung und den Gewässerunterhalt verbessert.
- A2 Ein effizienter Umweltschutzvollzug wird sichergestellt.
- A3 Die Bevölkerung wird in Innenräumen und im Freien vor übermässiger Luftverschmutzung und Strahlung geschützt.
- A4 Die Abfälle werden umweltgerecht entsorgt und so weit wie möglich als Ressourcen genutzt.
- A5 Eine sichere und nutzeroptimierte Energieversorgung wird sichergestellt.
- A6 Treibhausgase werden durch die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien vermindert.
- A7 Es wird eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleistet.
- A8 Die Gewässer werden überwacht, vor schädlichen Einwirkungen geschützt und ihre ökologischen Funktionen werden erhalten oder wiederhergestellt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Realisierte kantonale Hochwasserschutzprojekte (Zielwert)	A1	0	1	0	-1	-100.0
L2	Einsätze Schadenfallpikett	A2	174	200	177	-23	-11.5
L3	Bewilligungen und Kontrollen im betrieblichen Umweltschutz	A2	2088	1750	1936	186	10.6
L4	Kontrollen bei Mobilfunkanlagen	A3	404	450	615	165	36.7
L7	Unterhaltene Gewässergebiete, in ha	A1	1745	1739	1745	6	0.3
L8	Revitalisierte Gewässer, in km	A8	2.78	5	1.10	-3.90	-78.00
B6	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfrist, in %	A1	97	95	98.2	3.2	
W4	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO ₂ , in %	A3	0.1	1	0.1	-0.9	
W10	Durchschnittliche Dauer der ungeplanten Stromunterbrechungen pro Endverbraucher, in Min.	A5	6.5	15	3.8	-11.2	-74.7
W11	CO ₂ -Ausstoss pro Kopf, in t	A6	3.6	3.7	3.5	-0.2	-5.4
W13	Anteil der Bevölkerung mit aktueller Wasserversorgungsplanung, in %	A7	95.2	95	96.0	1.0	
W18	Verwertungsquote mineralischer Rückbaustoffe, in %	A4	92.4	100	97.1	-2.9	
W19	Anteil erneuerbarer Energie und Abwärme an der Wärmeversorgung, in %	A6	32.0	35	34	-1	
W20	Anteil im Kanton erzeugten erneuerbaren Stroms am Gesamtstromverbrauch, in %	A6	17	19	19	0	
W21	Anteil Wasserproben aus Fliessgewässern mit Erfüllung der stoffspezifischen Anforderungen für Mikroverunreinigungen (Ziel 2035 = 90%), in %	A8	30	38	42	4	
W22	Anteil Grundwasserfassungen mit Erfüllung der Anforderungen für Mikroverunreinigungen (Ziel 2030 = 98%), in %	A8	94	95	48.8	-46.2	

Bemerkungen

- L1 Derzeit sind zwei sehr grosse Projekte im Bau (Entlastungstollen Thalwil, Platzspitzwehr) und weitere sind in der Projektierungsphase. Im Berichtsjahr wurde kein Projekt abgeschlossen.
- L4 Es waren im Berichtsjahr zusätzliche Kontrollen via Mobilfunk-Datenbank notwendig. Dies aufgrund des Bundesgerichtsentscheids zur Bewilligungspflicht der Korrekturfaktoren bei adaptiven Antennen.

- L8 1.1 km ist die Länge der Fliessgewässer, die vom Bund als Revitalisierungen anerkannt und subventioniert wurden. Zusammen mit den einfachen Strukturierungsmassnahmen im Rahmen des Programms Vielfältige Zürcher Gewässer wurden 3.05 km Gewässer ökologisch aufgewertet. Erfreulich entwickelt sich die Anzahl der kommunalen Wasserbauprojekte, die in den nächsten Jahren zur Ausführung kommen werden.
- W18 Bereits ergriffene Massnahmen zur Erhöhung der Verwertungsquoten benötigen mehr Zeit, bis sie messbar greifen.
- W22 Der Anteil halbiert sich aufgrund der angepassten gesetzlichen Anforderungen. Seit dem Berichtsjahr gelten alle Chlorthalonil- und Metolachlor-Metaboliten als relevant und müssen somit den Grenzwert von 0,1 µg/l einhalten.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7c Eignungsgebiete für die Nutzung der Windenergie zur Stromerzeugung im kantonalen Richtplan festsetzen und bei konkreten Projekten die Energiewirtschaft durch günstige Rahmenbedingungen unterstützen.

Die Vernehmlassung zur Änderung des Energiegesetzes betreffend kantonales Plangenehmigungsverfahren für Windenergieanlagen sowie die öffentliche Auflage der Richtplaneinträge für Eignungsgebiete für die Nutzung der Windenergie sind erfolgt (RRB Nr. 689/2024).

Stand bis

Planmässig 2027

RRZ 7d Die Deponieplanung umfassend erneuern und im kantonalen Richtplan verankern.

Mit der Gesamtschau Deponien wurden 23 neue Deponiestandorte evaluiert. Diese sind Gegenstand einer Revision des kantonalen Richtplans, die Ende des Berichtsjahres öffentlich aufgelegt wurde.

Planmässig 2024

BD 1.1a Der «Entlastungsstollen Thalwil», der Hochwasser von der Sihl oberhalb von Langnau a.A. in den Zürichsee bei Thalwil leitet, ist in Betrieb genommen.

Am 26. November wurde der Stollendurchstich in Thalwil gefeiert.

Planmässig 2027

BD 1.1c Die Projektierungsphase für den Hochwasserschutz «Altbach, Hochwasserschutz Kloten» ist zusammen mit dem Verlängerungsprojekt der Glattalbahn abgeschlossen (Plangenehmigung durch das BAV) und ein Baukredit (Kantonsratsbeschluss) liegt vor.

Die Unterlagen der Plangenehmigung sind derzeit beim Bundesamt für Verkehr. Nach der Ablehnung der Zonenänderung in der Stadt Kloten (keine Entwicklung Steinacherquartier) muss analysiert werden, ob dies Auswirkungen auf das Projekt hat.

Planmässig 2025

BD 7.2a Die gesetzlichen Grundlagen der Störfallvorsorge sind überprüft und nötigenfalls angepasst. Die Planungs- und Baubehörden sind informiert.

Die Grundlagenarbeiten für eine Rechtsanpassungen wurden weiter vorangetrieben und mögliche Stossrichtungen definiert. Es entsteht eine Verzögerung, weil die fachlichen Abklärungen aufwendiger sind als erwartet und andere Rechtsetzungsprojekten zu Ressourcenengpässen geführt haben.

Verzögert 2025

BD 7.3b Das revidierte Energiegesetz betreffend Klimaziele und Massnahmen («Klimarevision Energiegesetz») und die dazugehörige Verordnung einschliesslich Umsetzung der Solaroffensive gemäss Motion KR-Nr. 89/2020 sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.

Das revidierte Energiegesetz wurde vom Regierungsrat beschlossen und von der Kommission an den Kantonsrat überwiesen (RRB Nr. 825/2023).

Planmässig 2025

BD 7.3c Die Massnahmenplanung zur langfristigen Klimastrategie wird weiterentwickelt und zusammen mit der Dekarbonisierung mittels Monitorings nachverfolgt.

Die Massnahmenplanung wurde in einen kontinuierlichen Prozess überführt, wird jährlich aktualisiert und publiziert. Das Dekarbonisierungs- und Umsetzungsmonitoring wurde entwickelt, erstmalig erhoben und soll nun jährlich aktualisiert werden.

Planmässig 2027

BD 7.3d Die Gemeinden werden bei ihren Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimaanpassung unterstützt.

Der Klimadialog ist erfolgreich etabliert. Weitere Unterstützungsangebote für Gemeinden sind konzipiert und werden mit Inkrafttreten des revidierten Energiegesetzes gestartet.

Planmässig 2027

BD 7.3j Die Strategie zur Verhinderung der Ausbreitung unerwünschter Neobiota gemäss Massnahmenplan Neobiota ist kantonsintern umgesetzt. Die Gemeinden werden dazu mit den nötigen Hilfestellungen unterstützt.

Die enge Zusammenarbeit der kantonalen Stellen wie bei der Bekämpfung des Greiskrauts wurde weitergeführt. Die Gemeinden wurden über aktuelle Entwicklungen informiert, Schulungen wurden angeboten und Informationsmaterial zur Verfügung gestellt.

Planmässig 2027

BD 7.4c Das neue Wassergesetz und die dazugehörige Verordnung sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.

Die Auswertung der Vernehmlassung und Überweisung an den Gesetzgebungsdienst erfolgten bis Juli des Berichtsjahres. Die Prüfung der umfangreichen Vorlage durch den Gesetzgebungsdienst hat Zeit in Anspruch genommen. Die Bereinigung der Vorlage zwischen dem Amt und dem Gesetzgebungsdienst erfolgt Anfang 2025.

Verzögert 2024

BD 7.4d Die Sanierung von Altlasten bei sanierungsbedürftigen Standorten wird entsprechend der Gefährdung priorisiert und vorangetrieben, insbesondere auch bei den Altlasten im Zürichsee.

Die Planungen der Seegrundsanierungen vor Horgen und Richterswil wurden weiter vorangetrieben. Die Sanierung vor Uetikon a.S. wurde grösstenteils abgeschlossen; für einen Teil werden nun nach dem Urteil des Baurekursgerichts zusätzliche Sanierungsvarianten untersucht.

Planmässig 2030

BD 7.4e Der Gewässerraum im Siedlungsgebiet ist festgelegt und ein Konzept zur Festlegung des Gewässerraums ausserhalb der Siedlung und entlang der Seen ist erarbeitet.

Die Sichtweise der Umweltverbände und des Bauernverbandes liegen noch immer weit auseinander. Die effektive Ausscheidung des Gewässerraums ausserhalb der Siedlung in vier Pilotgemeinden soll dazu Klarheit schaffen.

Verzögert 2025

BD 7.4f Der Massnahmenplan Ammoniak ist auf Stufe Regierungsrat festgesetzt.

Das Projekt verzögert sich aufgrund der vielen Rückmeldungen in der Vernehmlassung, die eine teilweise Überarbeitung des Massnahmenplans nach sich ziehen.

Verzögert 2024

BD 7.4g Massnahmen zur Reduktion der Lichtverschmutzung und zur Schaffung licht-ärmer Gebiete sind erarbeitet und umgesetzt.

Die Umsetzung der Sensibilisierungs- und Reduktionsmassnahmen erfolgte planmässig. Die Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative KR-Nr. 92/2020 betreffend Vermeidung unnötiger Lichtemissionen verzögert sich hingegen wegen der gemeinsamen Vernehmlassung mit der Motion KR-Nr. 351/2019 betreffend Raumentwicklung und Nacht.

Verzögert 2027

BD 7.4h Dank der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank entstehen pro Jahr zwei neue, attraktive Zugänge zu Fließgewässern und das Thema Wasser wird der Bevölkerung anschaulich vermittelt.

An der Glatt konnten neue Gewässerzugänge erstellt werden. Viele weitere Zugänge sind in Klärung oder Planung.

Planmässig 2027

BD 7.5a Beim geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle führen der Kanton und die Gemeinden die Abgeltungsverhandlungen gemeinsam.

Die Vorbereitungen für die Abgeltungsverhandlungen wurden fortgeführt.

Planmässig 2026

BD 7.5b Beim geologischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle wird der Projektierungsprozess hinsichtlich sicherheitstechnischer, umweltrelevanter und baulogistischer Aspekte begleitet und die Gemeinden werden fachlich unterstützt.

Für die Expertengruppe Sicherheit wurden neue externe Fachleute für Hydrogeologie und Chemie verpflichtet. Die Prüfung des am 19. November des Berichtsjahres von der Nagra eingereichten Rahmenbewilligungsgesuchs wurde gestartet. Die Standortgemeinden werden fachlich unterstützt.

Planmässig 2030

BD 7.6a Der Ausbau der Photovoltaik wird gut abgestimmt mit den Massnahmen auf Bundesebene und weiter beschleunigt, einschliesslich Umsetzung der Motion KR-Nr. 267/2020 betreffend Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen.

Die Vernehmlassung zu Änderungen des Energiegesetzes mit erweiterten Vorschriften für Photovoltaik, angestossen durch die überwiesene Motion KR-Nr. 267/2020 und die parlamentarische Initiative KR-Nr. 334/2022, wurde durchgeführt.

Planmässig 2025

BD 7.6b Der Bericht Energiestrategie und -planung 2026 ist verabschiedet und die Umsetzung der Massnahmen läuft.

Mit den Vorbereitungen wurde begonnen.

Planmässig 2026

BD 7.6c Die Massnahmen zur Beschleunigung des Umstiegs von fossiler auf erneuerbare Wärmeversorgung sowie zur Erhöhung der Sanierungsrate im Gebäudebereich werden gut aufeinander abgestimmt fortgeführt.

Die Massnahmen in den Bereichen Vorschriften, Förderung, Beratung und Rahmenbedingungen wurden fortgeführt. Mit einer Untersuchung wurde festgestellt, dass die seit dem 1. September 2022 geltenden Vorgaben zum Heizungersatz im kantonalen Energiegesetz greifen.

Planmässig 2026

BD 7.8d Die Strategie Kreislaufwirtschaft Kanton Zürich ist festgesetzt und die Umsetzung der Massnahmen läuft.

Die Strategie zur Kreislaufwirtschaft wurde vom Regierungsrat festgesetzt (RRB Nr. 295/2024). Die Fach- und Koordinationsstelle Kreislaufwirtschaft wurde gegründet. Sie hat einige Projekte angestossen.

Planmässig 2027

BD 7.10c In Abstimmung mit den betroffenen Schutzinteressen (insbesondere Landschaftsschutz, Naturschutz und Gewässerschutz) geeignete Räume und Standorte für erneuerbare Energien ermitteln

Die öffentliche Auflage der Teilrevision Energie des kantonalen Richtplans ist erfolgt. Auf nationaler Ebene wurden die Interessen des Kantons im Rahmen von Vernehmlassungen und in Arbeitsgruppen eingebracht.

Planmässig 2027

BD 7.11a Massnahmen zur nachhaltigen Ernährung gemäss «Leitbild nachhaltige Ernährung» sind umgesetzt.

Eine Richtlinie für nachhaltige Gastronomie wurde veröffentlicht, und eine Weiterbildung für Lehrpersonen konzipiert und durchgeführt. Im Weiteren wurden Sensibilisierungsmassnahmen für die Bevölkerung umgesetzt.

Planmässig 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
249.6	259.1	255.8	-3.4	-1.3

Bemerkungen R24 zu B24

-3.4 Verzögerungen bei der Wiederbesetzung von vakanten Stellen sowie der Besetzung neuer Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	33.7	53.6	0.0	0.0	53.6	55.5	1.9	3.5
Aufwand	-104.1	-126.2	0.0	-11.3	-137.5	-121.2	16.3	11.8
- Abschreibungen und Zinsen	-29.1	-34.3	0.0	-1.9	-36.2	-29.0	7.2	19.9
Saldo	-70.5	-72.6	0.0	-11.3	-83.9	-65.8	18.1	21.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	73.5	69.1	0.0	0.0	69.1	100.0	30.9	44.8
Ausgaben	-111.5	-108.0	-6.5	-88.0	-202.6	-148.1	54.5	26.9
Saldo	-38.0	-38.9	-6.5	-88.0	-133.5	-48.1	85.4	64.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

18.1 Abweichungen total R24 zu B24^{plus}

9.2	BD 7.4h	- Geringerer Sachaufwand, hauptsächlich bisher nicht verwendeter Nachtragskredit der ZKB-Jubiläumsdividende (+7.8 Mio.). Dieser wurde am 15. November 2021 vom Kantonsrat bewilligt und wird über eine Laufzeit von rund zehn Jahren genutzt. Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.
5.4	A5	- Tiefere Abschreibungen auf Energie-Investitionsbeiträgen infolge notwendiger Anpassung der Zuteilung der Beiträge zu Bund und Kanton
4.0	A6	- Interne Erträge aus dem Förderprogramm «Infrastruktur für eine CO ₂ -arme Mobilität» (in LG 8500 saldoneutral, plus Vollzugs-, Personal- und Infrastrukturkosten)
3.9	A1	- Tieferer Aufwand für Gewässerrevitalisierungen Furtbach, Hüttikon (85W-832), Jonen, Rifferswil (85W-826)
3.3		- Ausserordentlicher Ertrag aus einer Konzessionsgebühr
1.9	A1	- Tiefere Abschreibungen infolge verzögerter Investitionen im Wasserbau (übriger Tiefbau)
-0.8		- Höherer Personalaufwand infolge Teuerungsausgleich sowie nicht budgetierbarer Stellen aus ZKB-Jubiläumsdividende
-1.0	A2	- Tiefere Gebührenerträge
-1.5	A8	- Tiefere Erträge aus Konzessionen (Heimfallverzicht, Wasserzinsen)
-2.7	A1	- Tiefere Bundesbeiträge hauptsächlich für Revitalisierungs- und Wasserbauprojekte
-3.4	A6	- Höhere Beiträge aus dem Förderprogramm «Infrastruktur für eine CO ₂ -arme Mobilität» (in LG 8500 saldoneutral)
-0.2		- Übrige Abweichungen

Baudirektion Leistungsgruppe 8500

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	69.1	100.0	30.9	
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	10.0	15.4	5.4	- Bundesbeitrag
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	0.0	5.0	5.0	- Beitrag der Stadt Zürich
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	3.5	1.9	-1.6	- Bundesbeitrag
- Durchlaufende Investitionsbeiträge	55.5	77.5	22.0	- Durchlaufende Bundesbeiträge für Energie, Wasserbau und Abwasseranlagen
- Übrige	0.1	0.2	0.1	
Ausgaben total	-202.6	-148.1	54.5	
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	-70.7	-44.3	26.4	- Verfahrensbedingte Verzögerung durch Einsprachen zu Beginn des Projekts, die nicht aufgeholt werden konnte.
- Altbach, Kloten, HWS, Verlängerung Glattalbahn (85W-807)	-1.4	-0.6	0.8	
- Limmat, Schlieren, Zelgli-Betschenrohr (85W-723)	-0.2	-0.4	-0.2	
- Reppisch, Dietikon (85W-849)	-0.6	-0.2	0.4	
- ZKB-Jubiläumsdividende zugunsten des Projekts «WasserErLeben» (KRB vom 15. November 2021)	-35.6	-1.3	34.3	- Nachtragskredit bewilligt im November 2021, der über rund zehn Jahre bis 2031 genutzt wird. Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.
- Glatt, Rümlang, Umlegung (85W-713)	0.0	0.0	0.0	
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	-5.9	-5.3	0.6	
- Eulach, Winterthur, Technikum (85W-852)	-2.8	-2.0	0.8	
- Durchlaufende Investitionsbeiträge	-61.8	-77.5	-15.7	- Durchlaufende Bundesbeiträge für Energie, Wasserbau und Abwasseranlagen
- Investitionsbeiträge für Fördermassnahmen im Energiebereich zusätzlich zu den durchlaufenden Bundesbeiträgen	-17.5	-9.6	7.9	
- Investitionsbeiträge an Wasserversorgungsanlagen, Abwasserreinigungsanlagen, Hochwasserschutzbauten	-5.3	-4.8	0.5	
- Übrige	-0.8	-2.1	-1.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -275697	Verwendung 2024 9831	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -265866	Veränderung Bestand 9831

Bemerkungen
Verwendung für Personalzwecke

8510 Altlasten

Im Rahmen des Altlastenprogramms werden gemäss den gesetzlichen Grundlagen Realleistungen, Ersatzvornahmen und Ausfallkosten finanziert. Die Kostensituation wurde laufend überprüft und die notwendigen Rückstellungen gebildet. Die Sanierungsarbeiten der Seegrundbelastungen vor dem

Areal der CU Uetikon wurden zum grössten Teil abgeschlossen. Der Umgang mit dem noch nicht sanierten Teil wird geklärt. Die Sanierung der Seestandorte vor Horgen und vor Richterswil wird vorbereitet. Bei der Sondernülldeponie Källiken läuft die Nachsorgephase.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten gemäss Umweltschutzgesetz (USG)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.9	0.6	0.0	0.0	0.6	3.4	2.8	504.4
Aufwand	-3.0	-1.6	0.0	0.0	-1.6	-4.4	-2.8	-172.4
Saldo	2.9	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-1.0	0.1	5.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

8700 Immobilienamt

Um die betrieblichen Aufgaben zu unterstützen und die Digitalisierung voranzutreiben, beschloss der Regierungsrat, ein übergeordnetes Gebäudeleitsystem zu beschaffen (RRB Nr. 1282/2024). Damit können Wartungsaufwände, Reaktionszeiten im Betrieb und der Energieverbrauch der Liegenschaften verringert werden. Dieses System wird nicht nur dem Immobilienamt, sondern auch weiteren kantonalen Organisationen zur Verfügung stehen.

Zur Optimierung der Bewirtschaftungsprozesse bei der Vermietung an Dritte wurden Abläufe automatisiert, das Abnahmeprotokoll digitalisiert und ein Zustands- und Mängelberichtstool eingeführt. Zur Erfüllung der Datenschutzvorgaben

wurde unter anderem eine Datenschutzerklärung erarbeitet sowie eine Funktion zur Anonymisierung und Löschung von Personendaten implementiert.

Zum 2023 vom Regierungsrat festgelegten Standard Büro mit Vorgaben für Flächen, Ausbau und Ausstattung wurden Umsetzungshilfen erarbeitet, insbesondere der Aufbau des Berichtswesens und zum praktischen Umgang mit dem Thema Workplace Management.

Mit Beschluss Nr. 262/2024 hat der Regierungsrat 13 zusätzliche Stellen zur Bewältigung der bestehenden und stetig gewachsenen Aufgaben bewilligt.

Aufgaben

- A1 Steuerung des Immobilienportfolios durch Umsetzung der Immobilienstrategie, Erarbeitung von Teilportfoliostrategien, Fällen von Investitions- bzw. Devestitionsentscheiden und Beauftragung entsprechender Immobilienprojekte sowie die damit verbundene Planung und das Controlling der Hochbauinvestitionen
- A2 Kauf und Verkauf von Grundstücken, Baurechte, allgemeine Grundbuchgeschäfte, Eintragungen von Dienstbarkeiten und Enteignungen
- A3 Nutzungsgerechte Flächenbereitstellung für den öffentlichen Auftrag, Zentrale Facility-Management-Steuerung über den gesamten Lebenszyklus der Immobilien, koordinierte Beschaffung von Dienstleistungen und Gütern für die Bewirtschaftung
- A4 Sicherstellen einer optimalen Bewirtschaftung der an Externe vermieteten Objekte des Verwaltungs- und Finanzvermögens zu Marktkonditionen und unter Berücksichtigung der Teilportfoliovorgaben. Abschluss und Bewirtschaftung sämtlicher Mietverträge mit Dritten (Fremdmieten) für die kantonale Verwaltung
- A5 Zentraler Betreiber für gemischt genutzte Bauten: Betriebsführung, Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, infrastrukturelle Dienstleistungen
- A6 Sicherstellen der Immobilienstammdaten einschliesslich Qualitätsmanagement und Führen der Immobilien- sowie Anlagenbuchhaltungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Betreute Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften	A1	725	760	722	-38	-5.0
L2	Vom Immobilienamt bewirtschaftete Gebäudeflächen, in m ²	A3	218377	230000	211790	-18210	-7.9
L3	Umsatz Mobiliar, in Mio. Franken	A3	3.8	7.5	4.8	-2.7	-36.0
L4	Hängige Abtretungsverträge	A2	1659	1700	1706	6	0.4
L5	Gebäudeflächen im Mietermodell, in m ²	A3	1193993	1200000	1209754	9754	0.8
L8	Anteil der fristgerechten Erstellung der Kreditabrechnungen innerhalb von 10 Monaten nach Vorliegen der Bauabrechnung, in % (Zielwert)	A6	90	90	90	0	
B2	Durchschnittlich von einer/einem Mitarbeitenden bewirtschaftete Fläche, in m ²	A5	6186	6682	5787	-895	-13.4
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung, in %	A3	86				
W3	Verwertungsquote engere Zentralverwaltung, in %	A3	73	70	71	1	
W7	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Mitarbeiter/in im Bürobereich engere Zentralverwaltung mit Berücksichtigung des Beschäftigungsumfangs (0,8×17 m ²), in m ²	A5		13.6	15.40	1.8	13.2
W8	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Mitarbeiter/in im Bürobereich übrige Verwaltung mit Berücksichtigung des Beschäftigungsumfangs (0,8×14.5 m ²), in m ²	A3		11.6	16.00	4.4	37.9

Bemerkungen

- L1 Die Kennzahl widerspiegelt die Anzahl Mietverträge. Sie ist geringer, nicht weil weniger Flächen angemietet werden, sondern weil bestehende Einzelverträge mit derselben Partei bei Vertragserneuerungen zusammengefasst werden.
- L2, B2 Der Rückgang ist auf den Umzug des Bezirksgebäudes Winterthur sowie mehrere kleine Flächenanpassungen zurückzuführen.
- L3 Das Immobilienamt kann diese Kennzahl nicht beeinflussen. Die Direktionen und Ämter bestellen das Mobiliar über das Immobilienamt und dieses stellt die Kosten wiederum dem Besteller in Rechnung.
- L5 Die Zunahme der Gebäudeflächen ist auf den Mehrbedarf der Berufsfach- und Mittelschulen zurückzuführen.

- W1 Die Umfrage wird alle vier Jahre durchgeführt, das nächste Mal im Geschäftsjahr 2027.
W7, Im Berichtsjahr werden die Indikatoren erstmals gemäss neuem Standard Büro (RRB Nr. 650/2023) erhoben. Da der
W8 Standard auch auf den Bestand angewendet wird, wird die Zielerreichung längere Zeit in Anspruch nehmen, weil sie primär durch Verdichtung mittels Neu- und Umbau erreicht werden kann.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2g Für die wachsende Zahl Auszubildender im Kanton genügend Schulraum bereitstellen und eine vorausschauende Flächensicherung vorantreiben.

Mit der Inbetriebnahme der Schulraumprovisorien in Zürich Aussersihl und Oerlikon sowie der Erweiterung des Provisoriums in Au/Wädenswil konnte im Berichtsjahr dringend benötigter Schulraum für rund 1000 Mittelschülerinnen und -schüler geschaffen werden. Auf dem Gelände des Campus Irchel der Universität Zürich wurde ein Provisorium in Betrieb genommen, das im Rahmen der Gesamtinstandsetzung der Stadtzürcher Mittelschulen erstellt wurde. Um Platz für Auszubildende der Berufsbildung zu schaffen, ist in Winterthur mit dem Neubau der Berufsfachschule begonnen worden. Mit dem Erwerb des rund 50 000 m² grossen Areals der Forschungsanstalt Agroscope in Wädenswil konnte Handlungsspielraum für die künftige Entwicklung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften geschaffen werden.

Stand bis

Planmässig 2027

BD 10.2d Für künftige öffentliche Aufgaben wird eine vorausschauende Flächensicherung in urbanen Handlungsräumen und in den Wachstumszonen gemäss LARES vorangetrieben

Die Abläufe und Kriterien für die vorausschauende Flächensicherung wurden geschärft und entsprechende Einzelobjekte konnten erfolgreich gesichert werden. In einem weiteren Schritt werden die Potenziale der Bestandesliegenschaften verifiziert.

Planmässig 2027

BD 10.2f Die bestandesgetriebene Bedarfsplanung und ein systematisches Risikomanagement für den Immobilienbestand ist etabliert.

Der Anteil der werterhaltenden Investitionen konnte in den vergangenen zwei Jahren im Verwaltungsvermögen gesteigert werden. Für die Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen wurde die bestandesgetriebene Bedarfsplanung neu über den Zeitraum von zwölf Jahren etabliert. Das systematische Risikomanagement konnte aufgrund der fehlenden Ressourcen im Berichtsjahr noch nicht konkretisiert werden.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
170.6	191.9	182.9	-9.0	-4.7

Bemerkungen R24 zu B24

- 9.0 Verzögerung bei der Besetzung neuer und vakanter Stellen. Ende des Berichtsjahres waren die meisten Stellen besetzt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	27.8	32.5	0.0	0.0	32.5	29.4	-3.2	-9.7
Aufwand	-48.4	-56.9	0.0	0.0	-56.9	-52.2	4.6	8.2
Saldo	-20.5	-24.3	0.0	0.0	-24.3	-22.8	1.5	6.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.2	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.2	0.2	50.5
Saldo	-0.2	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.2	0.2	50.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
1.4	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Geringere Planungen, Honorare und Dienstleistungen Dritter aufgrund verzögerter Projekte
0.4	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Geringere IT-Kosten
-0.6		- Verrechenbare Leistungen in produktiven Einheiten geringer als geplant
0.3		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023
plus Bildung 2023
-86076

Verwendung
2024
0

Antrag Bildung 2024
(verbucht 2025)
0

Bestand 31.12.2024
plus Bildung 2024
-86076

Veränderung Bestand
0

8710 Liegenschaften Finanzvermögen

Im Berichtsjahr wurden gemäss Portfoliostrategie (RRB Nr. 175/2022) die Norm- und Wertstrategien für sämtliche Liegenschaften im Finanzvermögen definiert. Am Standort Wädenswil konnte mit RRB Nr. 105/2024 die heutige Anmietliegenschaft der Bildungsdirektion an der Steinacherstrasse im Eigentum gesichert werden. Für die weitere Entwicklung des Gebiets «Bahnhof Nord» in Regensdorf wurden die erforderlichen finanziellen Mittel mit RRB Nr. 616/2024 bereitge-

stellt. Weiter wurde in Regensdorf eine Liegenschaft an der Allmendstrasse mit RRB Nr. 1067/2024 an die Gemeinde zwecks der Erstellung einer Fernwärmezentrale veräussert. Zu verschiedenen Tauschgeschäften wurden im Berichtsjahr Verhandlungen geführt. Sieben Liegenschaften, die für staatliche Zwecke nicht mehr benötigt werden, wurden mit RRB Nr. 1213/2024 zur Veräusserung freigegeben.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Finanzvermögen und Vermietung zu Marktkonditionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV, in Mio. Franken	A1	1 171	1 085	1 387	302	27.8
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV, in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	A1	5.4	5.1	5.3	0.2	
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV, in %	A1	0.8	1	1.0	0.0	
W3	Baulicher Zustandswert Finanzvermögen	A1	0.70	0.72	0.69	-0.03	-4.17
W4	Nettorendite der Wohn- und Geschäftsliegenschaften des FV, in %	A1	2.4	2.7	2.3	-0.4	

Bemerkungen

- L1 Der hohe Anstieg der Bilanzsumme ist auf die Neubewertung der Liegenschaften zurückzuführen.
- B1 Die Bewirtschaftungskosten sind im Verhältnis zu den Pacht- und Mieterträgen leicht angestiegen.
- W1 Der Gewinn vor Zinsen ist höher als im Vorjahr, die Nettorendite verändert sich aufgrund des höheren Bilanzwerts nur leicht.
- W3 Der Zustandswert liegt leicht unter dem Zielwert, da nicht alle geplanten baulichen Massnahmen umgesetzt werden konnten.
- W4 Der Gewinn vor Zinsen ist leicht höher als im Vorjahr, jedoch sinkt die Nettorendite aufgrund des höheren Bilanzwerts.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 7.12a Eine naturnahe Umgebungspflege ist bei kantonalen Immobilien im Finanzvermögen als Richtlinie vorgegeben, in Bewirtschaftungsaufträgen verankert und wird umgesetzt.

Erste Massnahmen wurden umgesetzt oder sind in Prüfung. Die Integration der Richtlinie in die Hauswart- und Facility-Management-Verträge wird im Laufe des Jahres 2025 abgeschlossen. Bei den Liegenschaften, bei denen zum heutigen Zeitpunkt aufgrund der vertraglichen Ausgangslage (z.B. Baurechte, landwirtschaftliche Pacht usw.) nicht direkt Einfluss genommen werden kann, wurden die Parteien über die Richtlinie informiert und eingeladen, freiwillig zu partizipieren.

Stand bis

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	120.5	25.5	0.0	0.0	25.5	317.4	292.0	1 146.9
- Mietzinsvertrag inkl. Baurechtszinsen	24.7	25.5	0.0	0.0	25.5	29.2	3.8	14.8
Aufwand	-46.4	-22.9	0.0	0.0	-22.9	-77.6	-54.7	-238.6
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-8.4	-8.6	0.0	0.0	-8.6	-9.5	-0.9	-10.3
Saldo	74.0	2.5	0.0	0.0	2.5	239.8	237.3	9 337.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
237.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
246.3	A1	- Nettoaufwertung von Liegenschaften im Finanzvermögen
2.7	A1	- Höhere Nettomiet- und Baurechtszinseinnahmen (einschliesslich Einnahmeverzichte)
2.3	A1	- Geringere bauliche Unterhaltsmassnahmen
1.5	A1	- Nettogewinne aus Verkäufen
-0.2	A1	- Höhere Planungen, Honorare und Dienstleistungen Dritter
-0.9	A1	- Höherer kalkulatorischer Zinsaufwand
-1.3	A1	- Höhere Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten für extern vermietete Liegenschaften
-13.0	A1	- Erhöhung der Rückstellungen für die latenten Grundstückgewinnsteuern
-0.1		- Übrige Abweichungen

8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Die Bevölkerung des Kantons wächst weiterhin und entsprechend steigt der Infrastrukturbedarf. Dies spiegelt sich im Investitionsbedarf Hochbau über die kommenden zwölf Jahre. Dem entgegen steht die prognostizierte Entwicklung des kantonalen Gesamthaushalts. Der Regierungsrat hat Massnahmen zur Senkung der Investitionen Hochbau im Mietermodell ergriffen und darüber hinaus wurden erstmalig alle geplanten kantonalen Investitionsvorhaben einheitlich priori-

siert und gestützt darauf Reduktionen pro Investitionsbereich vorgenommen. Dies bedingt mitunter Massnahmen an laufenden Projekten. Das Ziel besteht darin, die Investitionsausgaben zu drosseln, ohne die nachhaltige Entwicklung des Portfolios zu gefährden. Es gilt, den weiter zunehmenden Instandsetzungsbedarf nicht zu vernachlässigen wie auch die Dekarbonisierung weiter voranzutreiben.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen und langfristig kostendeckende Weiterverrechnung an die kantonalen Nutzer (Investition/Amortisation, Verzinsung, Unterhalt und Bewirtschaftung)

Indikatoren

Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
B1	Anteil werterhaltender Investitionen im Verhältnis zum Anschaffungswert, in %	A1	3.4	2	3.4	1.4	
W1	Baulicher Zustandswert	A1	0.71	0.75	0.74	-0.01	-1.33
W2	Werterhaltungsindex, in % (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau: Gesamtinvestitionen Hochbau)	A1	78.8	50	81.8	31.8	

Bemerkungen

B1, Zurzeit befinden sich wenige Neubauprojekte in der Realisierung. Entsprechend konnte der Grossteil der Investitionen
W1, im Berichtsjahr in werterhaltende Massnahmen investiert werden. Dies führt gegenüber dem Vorjahr zu einem Anstieg
W2 des Gebäudezustandswerts.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 6.2a Der Ausbau von Ladeinfrastruktur kantonalen Liegenschaften für elektrische Dienstfahrzeuge wird systematisch vorangetrieben (gemäss Umsetzungskonzept Lade- stationen).

Ende des Berichtsjahres sind 255 E-Ladestationen an 76 Standorten in Betrieb, die über den Rahmenvertrag mit Repower beschafft wurden. Weitere 46 E-Ladestationen sind bestellt oder in Planung. Die Ladeinfrastruktur wird bedarfsgerecht an den Standorten ausgebaut, an denen elektrische Dienst- oder Betriebsfahrzeuge für die kantonale Verwaltung beschafft wurden. Zukünftig wird der Schwerpunkt des Ausbaus von E-Ladestationen auf den fünf Verkehrsstützpunkten und dem Polizei- und Justizzentrum liegen. Dazu laufen verschiedene Projekte zu Elektro-Arealerschliessungen, die für den Ausbau der Ladeinfrastruktur massgebend sind.

Stand bis
Planmässig 2027

BD 7.10a In kantonseigenen Gebäuden werden fossile Energieträger systematisch durch erneuerbare ersetzt.

Der Kanton hat als Immobilieneigentümer grosses Potenzial, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Bereits über 60% der beheizten Flächen nutzen erneuerbare Energien, doch die Emissionen sinken nicht schnell genug, um das Ziel von Netto-Null bis 2040 zu erreichen. Zwar werden bei Neubauten und Umbauten CO₂-neutrale Energiesysteme erfolgreich umgesetzt, doch der Bestand muss verstärkt angegangen werden, um das Ziel zu erreichen.

Planmässig 2027

BD 7.10b Der selbst produzierte Strom wird durch den Bau und Einsatz von Photovoltaikanlagen im kantonalen Immobilienbestand substanziell erhöht.

2023 wurden auf kantonalen Liegenschaften im Mietermodell rund 3,5 GWh Solarstrom produziert. Damit wurde das Ziel der Immobilienstrategie übertroffen, bis 2030 einen Anteil selbst erzeugten Stroms aus erneuerbaren Quellen von 5% zu erreichen. Aktuell geplante Projekte sehen den Ausbau der Photovoltaikproduktion um rund 8 GWh bis 2028 vor.

Planmässig 2027

BD 7.12c Eine naturnahe Umgebungspflege ist bei kantonalen Immobilien als Richtlinie vorgegeben, in Bewirtschaftungsaufträgen verankert und wird umgesetzt.

Die Richtlinie wurde an alle Betreiberorganisationen verschickt und eine theoretische Schulung durchgeführt. Die Erfahrungen und Fortschritte sind je nach Betreiberorganisation unterschiedlich. Per Ende des Berichtsjahres wurde die Richtlinie ein integrierter Vertragsbestandteil der Betreiberaufträge. Die Betreiberorganisationen stehen somit in der Pflicht, die Umsetzung auf Arealebene über die nächsten Jahre stufenweise hochzufahren. Ein entsprechendes Monitoring wird vom Immobilienamt initialisiert.

Planmässig 2027

BD 10.2b Ein zukunftsfähiges Konzept für neue Arbeitswelten wird in Zusammenhang mit dem Projekt Erneuerung eZV erarbeitet und in ersten Pilotprojekten getestet.

Mit Beschluss Nr. 1384/2023 hat der Regierungsrat das Konzept Neue Arbeitswelten festgesetzt. Das Konzept gilt in einem ersten Schritt für das Projekt Walche Zürich mit den Gebäuden Walcheplatz 1, Walcheplatz 2, Stampfenbachstrasse 12/14 und Neumühlequai 8/10 sowie den Rochadegebäuden Zollstrasse 20/36 und Zeughausstrasse 11/21.

Planmässig 2027

In den Rochadeflächen sollen die neuen Arbeitswelten ab 2026 mit rund 1250 Mitarbeitenden aus neun Organisationseinheiten als Pilotprojekt umgesetzt werden. Um die betroffenen Nutzenden auf den Übergang in die Neuen Arbeitswelten vorzubereiten, wurde ein Prozess zur Veränderungsbegleitung gestartet.

BD 10.2c Im Rahmen der Digitalen Verwaltung wird die zentrale Beratungs- und Koordinationsdienstleistung für Vorhaben der Direktionen zur Erneuerung/Transformation von Arbeitswelten im Bestand (innerhalb und ausserhalb der eZV) aufgebaut.

Das Profil des Workplace Managements wurde präzisiert, die Aufgaben definiert und die Schnittstellen festgelegt. Der Rekrutierungsprozess für die erste Stelle läuft. Zudem wurde im Berichtsjahr eine direktionsübergreifende Community of Practice etabliert, die sich regelmässig zur Umsetzung des Standards Büro und zum Thema Workplace Management austauscht.

Planmässig 2027

BD 10.2e Ein zentrales Angebot an Dienstleistungen der Immobilienbewirtschaftung von Büro-/Verwaltungsbauten wie z.B. Normmobiliar, Umzug, ICT für Sitzungsräume usw. wird konzipiert, getestet und entsprechend den Erkenntnissen sowie im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Ressourcenschonung eingeführt.

Mit dem Pilotprojekt an der Zoll- und der Zeughausstrasse wird eine auf die Neuen Arbeitswelten abgestimmte Gebäudebetrieb erprobt, wonach neu das Immobilienamt die Verantwortung für verschiedene Dienstleistungen, die Ausstattung und die Sicherheit trägt und damit die Nutzenden entlastet. Im Berichtsjahr wurde insbesondere der Leistungsumfang definiert und die Art der Verrechnung festgelegt. Zurzeit wird die Beschaffung der Ausstattung beider Gebäude vorangetrieben, die Rekrutierung für die Objektleitung umgesetzt sowie der Umzug geplant.

Planmässig 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	510.1	481.4	0.0	0.0	481.4	496.5	15.1	3.1
Aufwand	-528.3	-505.9	-6.1	0.0	-512.0	-541.2	-29.2	-5.7
Saldo	-18.2	-24.5	-6.1	0.0	-30.6	-44.7	-14.1	-46.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.8	11.5	0.0	0.0	11.5	15.1	3.7	32.1
Ausgaben	-283.0	-259.2	-50.8	0.0	-310.0	-308.3	1.7	0.5
Saldo	-279.3	-247.7	-50.8	0.0	-298.5	-293.1	5.4	1.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-14.1		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
5.2	A1	- Geringere nicht verrechenbare Planungskosten
-3.2	A1	- Höhere Unterdeckung bei den Nebenkosten infolge höherer Leerstände aufgrund von Bauprojekten
-16.1	A1	- Höhere Unterdeckung bei den Raumkosten infolge höherer Leerstände und Abschreibungen im Zusammenhang mit Bauprojekten
0.0		- Übrige Abweichungen

Baudirektion

Leistungsgruppe 8750

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	11.5	15.1	3.7	
- Übrige	11.5	15.1	3.6	
Ausgaben total	-310.0	-308.3	1.7	
- JI, JVA PÖW Eingangszone Umbau / Parkplatzerweiterung (87G-12782)	-3.0	0.0	3.0	- Submissionsplanung in Ausführung, Baustart für Juli 2025 geplant
- JI, BA Winterthur Erweiterung inkl. Land (87G-13156)	-20.0	-25.0	-5.0	- Investitionen 2025 für Abbruch Gefängnis und Umgebung bereits in 2024 enthalten
- JI, GFZ Gefängnis Zürich Ersatzneubau (87G-13236)	-1.5	0.0	1.5	- Noch keine Genehmigung für die Projektierungsphase
- JI, BA Pfäffikon Umbau-Erweiterung Sicherheitsabteilung Gefängnis + Instandsetzung BA (87G-45016)	-25.0	-15.0	10.0	- Kostenplanung aktualisiert
- JI, BA Uster Gerichtspratz-Areal (VV) (1. und 2. Etappe) (87G-45157)	0.0	0.0	0.0	
- JI, JVA PÖW JVA+ (+120 Plätze) (87G-45283)	0.0	0.0	0.0	
- JI, FHG ZAA21 Vollzug ausländerrechtliche Administrativhaft (87G-45405)	-2.0	-1.0	1.0	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- DS, Kapo Oberrieden, Seepolizei Gesamtinstandsetzung (87G-13043)	-2.0	-0.9	1.1	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- DS, SA IV Tilia Wohnheim, Gebäude 86-88, Gesamtinstandsetzung (87G-20524)	-5.1	-6.8	-1.7	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert. Zusätzliche Bauleistungen erbracht
- DS, STVA ZH Standort, Zustands- und Potenzialanalyse und Gesamtanierung inkl. Ersatz Wärme/H2-Tankstelle (87G-45028)	0.0	0.0	0.0	
- DS, AZA Abbruch und Neubau Geb. B+D / GVZ (87G-45083)	-2.0	0.0	2.0	- Erst in der Vorstudienphase
- DS, STVA WIN Standort, Zustandsanalyse (87G-45205)	-0.5	0.0	0.5	- Erstellung neuer Projektauftrag
- DS, SA Asyl Kloten Rohr-Ersatzneubau (87G-45350)	-0.5	0.0	0.5	- Erst in der Vorstudienphase
- DS, Kapo Wallisellen Verkehrsabteilung Zürich VAZ (87G-45478)	-2.0	0.0	2.0	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BI, Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtanierung Altbau mit Erweiterung (87G-10982)	0.0	3.9	3.9	- Negative Abgrenzung infolge hängiger Rückzahlung
- BI, BFSW, Neubau Tösstalstrasse (87G-12725)	-23.0	-9.7	13.3	- Verzögerungen. Aktualisierte Baulermine
- BI, KRW, Instandsetzung Hauptgebäude (inkl. Prov.) (87G-13177)	-1.5	-1.5	0.0	
- BI, KUE/BZZ/SUP, Neubau Schulen und Park (CU-Areal) (87G-13216)	-7.5	-5.6	1.9	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BI, KUE, Übertrag Grundstück 4128 FV (8710) ins VV (8750) (87G-13216)	0.0	0.0	0.0	
- BI, KZI, Neubau Kantonsschule Zimmerberg (87G-13324)	0.0	0.0	0.0	
- BI, BiZE, Alte Militärkaserne, Gesamtinstandsetzung und Umbau (87G-13666)	-47.2	1.0	48.2	- Verzögerung Baustart aufgrund Rekurs Heimatschutz
- BI, ZV BI, Gesamtanierung/Umbau Ausstellungsstrasse 88 (87G-13934)	-9.5	-1.5	8.0	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BI, ZHAW Reidbach, Gebäude D, Neubau (87G-27602)	0.0	-0.6	-0.6	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BI, ZHAW WIN CT Laborneubau TL und TT (1. Etappe) (87G-27669)	-24.6	-12.7	11.9	- Gesamtterminplan kann aufgrund von Rekursen im Baubewilligungsverfahren nicht eingehalten werden.
- BI, ZHAW WIN CT TE Instandsetzung/Erweiterung (2. Etappe) (87G-27684)	0.0	0.0	0.0	
- BI, ZHAW WÄD, Reidbach Shedhalle Gesamtnutzung MAB (87G-27700)	-16.0	-2.0	14.0	- Terminverzug infolge Abbruch und Unvorhergesehenes

- BI, KFR/KEN, Gesamtinstandsetzung (87G-45134)	0.0	0.0	0.0	
- BI, ZHAW, WÄD Campus Erweiterung Vorstudie Testplanung/Masterplan (87G-45175)	-0.8	0.0	0.8	- Erst in Vorstudienphase
- BI, KSG, KS Glattal, Neubau (87G-45251)	0.0	0.0	0.0	
- BI, DHZ, Zustandscheck + Gesamtinstandsetzung (87G-45259)	0.0	0.0	0.0	
- BI, BBW, Zustandscheck + Gesamtinstandsetzung (87G-45268)	0.0	0.0	0.0	
- BI, BSB, Erweiterung und Instandsetzung (87G-45368)	-2.0	0.0	2.0	- Erst in Vorstudienphase
- BI, KFR/KEN, Instandhaltung Stammareal (87G-45440)	-8.5	-2.0	6.5	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BI, KST FDÜ, Filiale Dübendorf, Provisorium Empa (87G-45455)	-2.0	-1.9	0.1	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BI, KAS, KS Auszersihl, Neubau (87G-45456)	0.0	0.0	0.0	
- BI, KWI FHo, KS Wiedikon Filiale Hohlstrasse, Provisorium (87G-45479)	-18.1	-20.9	-2.8	- Termingerechte Übergabe, Endkostenprognose unterhalb bewilligter Kreditsumme
- BI, ZHAW WIN Testplanung Teuchelweiherplatz (87G-45601)	-0.5	0.0	0.5	- Erst in Vorstudienphase
- BI, KZN, Gesamtinstandsetzung (87G-72010)	-15.0	-9.0	6.0	- Prüfung Prognosen Terminplanung und Orientierung Stakeholder über allfällige Massnahmen
- BI, KSL, Erweiterungsneubau und Umnutzung Bestand (87G-72021)	-17.3	-22.6	-5.3	- Termin Inbetriebnahme teilweise verzögert, Endkostenprognose unterhalb bewilligter Kreditsumme
- BI, KRM, Gesamtinstandsetzung (87G-72039)	-1.5	0.0	1.5	- Termingerechte Übergabe, Endkostenprognose unterhalb bewilligten Kreditsumme
- BI, KRW, Mittelschulerweiterung (Grundstück KRW) (87G-72101)	0.0	0.0	0.0	
- BI, KFR/KEN, Erweiterung Sporthallen/Schulraum/Mediathek (87G-72110)	0.0	0.0	0.0	
- BI, pUZI, KS Schulraumprovisorium Irchel UZI (87G-72127)	-12.8	-16.6	-3.8	- Reserve komplett aufgebraucht, noch innerhalb Kredit
- BI, SfGZ, Bildungsmeile, Entwicklungssperimeter I, Et. 1: Neubau SfGZ (87G-77046)	0.0	0.0	0.0	
- BI, BMZ, Bildungsmeile, Entwicklungssperimeter I, Et. 2: Neubau BMZ und Sport (87G-77046)	0.0	0.0	0.0	
- BI, BBZ, Bildungsmeile, Entwicklungssperimeter II, Ersatzneubau Baugewerbliche Berufsschule (87G-77049)	-13.9	-24.9	-11.0	- Abgrenzung für sämtliche offenen Schlussrechnungen
- BI, BZLT, Gesamtinstandsetzung (87G-77071)	-6.9	-2.0	4.9	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BI, GBW, Gesamtinstandsetzung (87G-77088)	-11.7	-12.5	-0.8	- Mehrkosten Gipserarbeiten vom Baumanagement nicht prognostiziert
- BI, BBZ, Instandsetzung (Gebäudetechnik) (On Hold) (87G-77095)	0.0	0.5	0.5	- Erst in Vorstudienphase. Korrektur falsche Buchung vom Vorjahr
- BI, ZGSZ, Teilinstandsetzung Hauptgebäude (und/oder Erweiterung) (87G-79015)	-0.5	-0.5	0.0	
- BD, Schloss Laufen, Gesamtinstandsetzung - Übertrag Land Schlossgebäude (87G-10046)	-13.0	0.0	13.0	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert sowie Projektunterbruch
- BD, Schloss Laufen, Erweiterung und Sanierung Besucherwege - Bau im VV (87G-10047)	-0.9	0.0	0.9	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BD, Rheinau, Kulturgut, Geb. 5/6 Umbau Museum (87G-13291)	-0.2	0.0	0.2	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert

Baudirektion
Leistungsgruppe 8750

- BD, KG Rathaus Zürich, Instandsetzung und Provisorium (87G-13700)	-1.0	-0.2	0.8	- Projektunterbruch
- BD, ZV BD, Gesamtsanierung/Umbau Zollstrasse 20/36 (87G-13723)	-18.2	-22.0	-3.8	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BD, KG Kirche Grossmünster, Instandsetzung + Optimierung (87G-13785)	-5.0	-0.3	4.7	- Angepasstes Vorgehen Instandsetzung
- BD, Kasernenareal, Zeughäuser, Beitrag Kanton für Instandsetzung Stadt Zürich (87G-45065)	0.0	0.0	0.0	
- BD, AWEL, Neubau Werkhof Reuss/Limmat (87G-45319)	-5.0	0.0	5.0	- Kosten- und Terminplanung aktualisiert
- BD, eZV BD, Erneuerung und Gesamtinstandsetzung (87G-45362)	-6.0	0.0	6.0	- Erst Vorstudienphase genehmigt
- BD, Schloss Laufen, Gesamtinstandsetzung (Schloss und Technikzentrale/Besucherzentrum) (87G-45585)	-3.0	0.0	3.0	- Erst Vorstudienphase genehmigt
- BD, Zürich, Plattenstrasse, Umwidmung USZ (87G-45663)	0.0	0.0	0.0	
- BD, Hochbau (87G-10003)	-34.7	-44.8	-10.1	
- JI, Hochbau (87G-10004)	-21.0	-7.8	13.2	
- BI, Hochbau (87G-10005)	-73.9	-54.5	19.4	
- DS, Hochbau (87G-10007)	-8.6	30.7	39.3	
- Pauschale Planungskorrektur (87G-10020)	268.7			
- Übrige	-83.8	-19.6	64.2	

8800 Amt für Landschaft und Natur

Für die Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur wurden der Ist-Zustand sowie das vorhandene räumliche Potenzial erfasst und mit den Interessenvertretungen diskutiert. Die Schutzverordnung Unteres Tösstal wurde erlassen und ist ohne Rekurs rechtskräftig. Der gemeinsam mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft erarbeitete «Massnahmenplan Ammoniak» wurde nach der Vernehmlassung überarbeitet und soll 2025 vom Regierungsrat beschlossen werden. Im Gesetzgebungsprojekt «Neues Landwirtschaftsgesetz» wurde das Leitbild Nachhaltige Landwirtschaftspolitik vom Regierungsrat festgesetzt (RRB Nr. 811/2024). Das Normkonzept für das neue Gesetz wird dem Regierungsrat 2025 vorgelegt. Am Strickhof wurde die gemeinsam mit dem Immobilienamt erarbeitete nutzergetriebene Bedarfsplanung u.a. für zusätzlichen Schulraum abgeschlossen.

Der Landwirtschaftsbetrieb des Massnahmenzentrums Utiikon wird ab 2025 vom Ausbildungs- und Versuchsbetrieb des Strickhofs vorerst für drei Jahre bewirtschaftet (RRB Nr. 1207/2024) und soll mittelfristig zusammen mit Forschungspartnern zu einem Leuchtturmprojekt für nachhaltige Produktionsverfahren entwickelt werden. Die Erarbeitung des neuen kantonalen Waldentwicklungsplans WEP 2025+ sowie der neue Massnahmenplan Bodenschutz schreiten leicht verzögert voran und können 2026 vom Regierungsrat beschlossen werden. Das Projekt Fischereimanagement 2026+ wurde gestartet und erste Grundlagen für die zukünftige Bewirtschaftung der Gewässer erarbeitet. Für den Fall plötzlich auftretender Schadorganismen wurde mit dem Konzept Grünwehr das Dispositiv überarbeitet.

Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Strickhof: Schülertage (Grundausbildung)	A1	125867	130000	119984	-10016	-7.7
L2	Strickhof: Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	A1	34331	40000	37446	-2554	-6.4
L3	Naturschutz: Fläche der durch Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräume, in ha (Zielwert)	A3	3264	3400	3351	-49	-1.4
L4	Naturschutz: Bewirtschafteter Naturschutzflächen	A3	1626	1710	1595	-115	-6.7
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Boden, in % (Zielwert)	A4	74	75	74	-1	
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischereipatente	A3	12751	12000	13910	1910	15.9
L9	Landwirtschaft: Bearbeitete Direktzahlungskategorien-Einheiten pro Vollzeitstelle	A1	51312	62000	50837	-11163	-18.0
L10	Landwirtschaft: Für das ARE geprüfte Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone	A1	274	300	254	-46	-15.3
L11	Wald: Gepflegte Waldfläche, in ha (Zielwert)	A2	2686	2600	2731	131	5.0
L12	Bodenschutz: Saldo bewilligter baulich bedingter Verluste und Gewinne an Fruchtfolgeflächen, in ha (Zielwert)	A4	1	0	49	49	
L15	Landwirtschaft: Beurteilte und subventionierte landwirtschaftliche Bauprojekte	A1	31	50	51	1	2.0
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad, in %	A3	64	68	62	-6	
B4	Wald: Kantonaler Beitrag pro ha mit Fördermitteln unterstützte Waldfläche, in Fr.	A2	1485	1600	1523	-77	-4.8
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen, in %	A1	90	85	93	8	
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	117	105	106	1	
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	91	95	86	-9	
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände, Anzahl Rehwild	A3	12052	11000	12163	1163	10.6
W8	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten, in %	A3	54	61	55	-6	
W9	Bodenschutz: Bestand an Fruchtfolgeflächen, in ha	A4	44622	44400	44604	204	0.5
W10	Strickhof: Anteil Betriebsübernahmen durch Betriebsleitende mit Grundbildung oder beruflicher Weiterbildung am Strickhof, in %	A1	52	65	48	-17	

Bemerkungen

- L1 Die Abweichung des Indikators ist auf übliche Schwankungen zurückzuführen, insbesondere gab es weniger Lernende in der Grundbildung Tierberufe und der höheren Fachschule Agrotechniker/in sowie in der Bäuerinnenschule.
- L2 Aufgrund knapper personeller Ressourcen (u.a. hoher Aufwand bei der Bekämpfung des Japankäfers, krankheitsbedingte Ausfälle sowie offene Stellen) konnten weniger Kurse angeboten werden.
- L4 Die Anzahl der interessierten Betriebe für die Bewirtschaftung von Naturschutzflächen ist im Berichtsjahr leicht zurückgegangen. Trotzdem stieg die insgesamt bewirtschaftete Naturschutzfläche an, weil einzelne Betriebe mehr Flächen pflegten.
- L6 Die Verkaufszahlen der Patente lagen im Berichtsjahr über dem Niveau des Vorjahres. Die Attraktivität der Fischerei bleibt bestehen.
- L9 Der erhöhte Arbeitsaufwand pro Direktzahlungskategorie-Einheit führte dazu, dass pro Vollzeitstelle weniger Einheiten bearbeitet werden konnten. Hauptursache dafür waren die Änderungen in der Agrarpolitik, die 2023 durch die parlamentarische Initiative 19.475 auf Bundesebene eingeführt wurden. Zusätzlich mussten im Berichtsjahr aufgrund der Einführung der Schleppschlauchpflicht die entsprechenden Flächen erfasst werden. Auch die Kontrolle der Nutzflächen auf die Einhaltung der Anforderungen für Qualitätsstufe II erforderte zusätzliche zeitliche Ressourcen.
- L10 Die Anzahl der eingegangenen Baugesuche ist im Berichtsjahr weiter gesunken, unter anderem bedingt durch die ansteigende Bauteuerung. Zusätzlich wurden Jauchegruben teilweise bewilligungsfrei abgedeckt.
- L12 Der aussergewöhnlich grosse Wert ist hauptsächlich auf zwei bewilligte Gestaltungspläne von Kiesabbaugebieten zurückzuführen, die zu einem bedeutenden Gewinn an Fruchtfolgeflächen geführt haben.
- B3 Die höheren Kosten sind auf eine erhöhte Einlage in den Wildschadenfonds sowie auf gestiegene Personalkosten aufgrund einer Stellenaufstockung zurückzuführen.
- W2 Im Berichtsjahr prüfte das Amt vermehrt Unterhaltsgenossenschaften, die laufende Projekte ausführen. Daher waren die Werke besser unterhalten.
- W4 Die Holznutzung ist zurückgegangen, um die Übernutzung infolge von Sturmereignissen und Schädlingsbefall in den Vorjahren zu kompensieren.
- W7 Die Anzahl der erfassten Rehe ist aufgrund günstiger Witterungsverhältnisse und effektiverer Zählmethoden (Nacht-sichttechnik) weiter angestiegen.
- W8 Der Indikator zeigt im Berichtsjahr eine leichte Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr an. Dennoch verbleibt eine Lücke zum angestrebten Zielwert, weil nicht ausreichend grosse und qualitativ hochwertige Flächen für die Natur zur Verfügung stehen.
- W10 Der Trend aus den Vorjahren setzt sich fort. Ursachen sind insbesondere die vielfältigen Bildungswege, die hohe Zahl der Quereinsteigenden sowie Absolvierenden der landwirtschaftlichen Ausbildung aus anderen Kantonen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7e Eine kantonale Biodiversitätsstrategie erarbeiten, um dem Verlust von Arten und Biotopen in Zusammenarbeit von Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wasserbau und Raumplanung entgegenzuwirken.

Basis für die kantonale Biodiversitätsstrategie ist die Fachgrundlage «ökologische Infrastruktur», die im Auftrag des Bundes durch alle Kantone zu erarbeiten ist. Das Projekt wurde 2023 gestartet und eine erste Version der Fachgrundlage wird 2025 vorliegen. Zur zielführenden Umsetzung der Fachgrundlage wurde mit der Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts gestartet. Die Arbeiten werden eng abgestimmt mit der kantonalen Waldentwicklungsplanung und der Ausscheidung von Gewässerräumen im Rahmen der Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes des Bundes. Aufgrund der Komplexität des Projekts und der zahlreichen zu berücksichtigenden heterogenen Interessen ist der Projektfortschritt insgesamt leicht verzögert.

Stand bis

Verzögert 2026

RRZ 7f Das kantonale Landwirtschaftsgesetz revidieren, um ergänzend zur Bundes-agrarpolitik eine nachhaltige, klimaresiliente Zürcher Landwirtschaft zu fördern.

Ein erster Austausch mit verwaltungsinternen und externen Interessengruppen hat stattgefunden und die zu revidierenden Themenfelder wurden ermittelt. Das Leitbild Nachhaltige Landwirtschaftspolitik wurde fertiggestellt und beschlossen (RRB Nr. 811/2024). Das Leitbild dient mit den festgesetzten Zielen, Leitsätzen und Handlungsfelder als verwaltungsintern abgestützte Basis für das Normkonzept, das im Berichtsjahr erarbeitet und 2025 vom Regierungsrat beschlossen werden soll.

Planmässig 2027

RRZ 7g Den Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes umsetzen und die Kompensationspflicht im kantonalen Richtplan sowie im Planungs- und Baugesetz regeln.

Die Umsetzung des neuen Sachplans Fruchtfolgeflächen des Bundes ist abgeschlossen. Zur verstärkten Sicherung der Fruchtfolgeflächen wurde ein Vorschlag zur Verankerung der Kompensation bei Verlust von Fruchtfolgeflächen im Planungs- und Baugesetz (PBG) erarbeitet und eine Vernehmlassung dazu durchgeführt. 2025 folgen die Bereinigungsarbeiten und die Überweisung des Antrags zur Änderung des PBG an den Kantonsrat.

Planmässig 2025

BD 1.1b Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung zu den gravitativen Naturgefahren

Die Auswertung der externen Vernehmlassung konnte aufgrund knapper Ressourcen erst im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Vorlage ist in einer ersten Runde mit dem Gesetzgebungsdienst besprochen, zu klärende Punkte sind identifiziert und in Bearbeitung. 2025 geht die Vorlage bereinigt an den Gesetzgebungsdienst und anschliessend in die Redaktionskommission.

Verzögert 2024

BD 7.3g Die Effizienz im Wassermanagement wird mit Bewässerungs- und Speicherinfrastrukturen verbessert.

Das Projekt für die Bewässerung der Landwirtschaftsflächen im Furtal ist in Betrieb und hat sich auch im zweiten Sommer bewährt. Ein weiteres grösseres Bewässerungsprojekt (Aquapool) im Raum Steinmaur ist in der Bauphase. Im Rahmen der Revision des Landwirtschaftsgesetzes wird geprüft, wie nachhaltige Bewässerungsmethoden unterstützt werden können.

Planmässig 2027

BD 7.3h Die langfristige Waldbaustrategie vor dem Hintergrund des Klimawandels steht fest und der neue kantonale Waldentwicklungsplan WEP2025+ liegt vor.

Ab 2026 stellt der Waldentwicklungsplan WEP2025+ als Nachfolge des derzeit gültigen WEP10 die strategische behördenverbindliche Planungsgrundlage für den Zürcher Wald dar. Bis Anfang des Berichtsjahres wurden die materiellen Inhalte des WEP2025+ in Arbeitsgruppen erarbeitet und in Themenblättern und Karten konsolidiert. Aufgrund der zeitintensiven Abstimmung mit der Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur (siehe RRZ 7e) ergab sich eine leichte Verzögerung im Projektplan. Anfang 2025 wird die interne Vernehmlassung durchgeführt und verarbeitet. Danach erfolgt das öffentliche Konsultationsverfahren und 2026 die öffentliche Auflage und die Festsetzung durch den Regierungsrat.

Verzögert 2025

BD 7.3i Die Überwachungsschwerpunkte der Auswirkungen des Klimawandels auf Zürcher Böden sind geklärt und in einem Monitoringkonzept für die Umsetzung vorbereitet.

Die Überwachungs-Standorte auf organischen Böden stehen fest und im Herbst fanden erste Erhebungen statt. 2025 werden weitere Standorte definitiv festgelegt und beprobt. Bezüglich der Erosionsproblematik läuft seit März ein langfristiges Monitoring in einem Pilotgebiet in der Umgebung von Buch am Irchel. Eine Ausweitung der Erhebungen wird im Rahmen des Massnahmenplans Bodenschutz (siehe dazu BD 7.4i) thematisiert, ebenso die Überwachung organischer Böden.

Planmässig 2025

BD 7.4i Ein kantonaler «Massnahmenplan Bodenschutz» liegt vor: Die Massnahmen zum Schutz der Ressource Boden stehen fest, sind priorisiert und der Umsetzungsplan liegt vor.

Aufgrund intensiver Bautätigkeit und vielfältiger Nutzungsansprüche stehen die Böden im Kanton unter hohem Druck. Um den langfristigen Schutz und eine nachhaltige Nutzung der Böden sicherzustellen, wurden 2023 und im Berichtsjahr die wichtigsten Handlungsschwerpunkte identifiziert und unter Mitarbeit verschiedener Schnittstellendisziplinen Massnahmen ausgearbeitet. Basierend darauf wurde ein erster Entwurf des Massnahmenplans Bodenschutz erstellt. 2025 wird eine mehrstufige Vernehmlassung durchgeführt. Die Publikation des finalisierten Massnahmenplans soll Ende 2025 erfolgen.

Planmässig 2025

BD 7.8e Die Verwertung für Boden- und Untergrundmaterial im Kanton Zürich wird für die Zielnutzung Kiesgrubenauffüllung, landwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Deponien festgelegt.

Wird Boden abgetragen, muss er gemäss Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen als Boden wiederverwertet werden. Aus verschiedenen Gründen wird jedoch nicht aller geeignete Boden verwertet. 2023 wurde eine Situationsanalyse vorgenommen und die entsprechenden Handlungsfelder ermittelt. Darauf basierend wurde ein Massnahmenkatalog für einen höheren Anteil effektiver Bodenverwertung erarbeitet. Im Berichtsjahr wurde ein Umsetzungskonzept erarbeitet. Da Verwertungsprojekte mit dem Ziel einer landwirtschaftlichen Bodenaufwertung grossmehrheitlich mit der Neuschaffung von Fruchtfolgeflächen verbunden sind (siehe RRZ 7g), werden 2025 zudem damit verbundene Lösungsansätze gegen die Kostensteigerung von Kompensationen von Fruchtfolgeflächen ermittelt.

Planmässig 2025

BD 7.12d Die Umsetzung der «Sanierungsplanung Wildtierkorridore» mittels grossräumiger Vernetzungsprojekte ist gestartet; erste Projekte konnten realisiert werden.

Das Projekt Sanierung Wildtierkorridore ist fertig ausgearbeitet, die interne Vernehmlassung läuft. Das Anreizsystem für die betroffene Landwirtschaft ist mit den externen Interessenvertretungen abgestimmt. Die Umsetzungsphase startet 2025. Alle sich bietenden Möglichkeiten im Zusammenhang mit Bauvorhaben, Gestaltungsplänen und Strassenprojekten wurden ergriffen. Zudem wurden flankierende Projekte gestartet, wie die Erprobung neuer Wildwarnanlagen.

Planmässig 2027

BD 7.12e Massnahmen zur Wiederherstellung von artenreichen Lebensräumen, u.a. Potenzialflächen für Feuchtgebietsregenerationen sind umgesetzt und eine funktionsfähige ökologische Infrastruktur ist geplant.

Im Gesamtplanungsgebiet Gossauerried wurden die Grundlagen zur Bodenqualität, Nutzungseignung und Drainage-Zustand erfasst. 2025 ist die Auswertung der Ergebnisse und die Diskussion mit den Betroffenen zum weiteren Vorgehen geplant. Die Potenzialflächen für Feuchtgebietsregenerationen sind Teil der Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur, die als Basis einer kantonalen Biodiversitätsstrategie erarbeitet wird (siehe RRZ 7e).

Planmässig 2027

BD 7.12f Zur wirksamen Umsetzung der ökologischen Infrastruktur ist die Pflicht zum ökologischen Ausgleich innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes im Planungs- und Baugesetz verankert (Reaktion auf PI KR-Nrn. 395/2019 und 386/2020).

Für die parlamentarischen Initiativen KR-Nrn. 395/2019 betreffend Ökologischer Ausgleich und 368/2020 betreffend Ökologischer Ausgleich im Siedlungsgebiet hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 530/2022 die Ausarbeitung von möglichen Umsetzungsvarianten vorgeschlagen. Im Berichtsjahr wurden konkrete Umsetzungsvarianten erarbeitet.

Planmässig 2027

BD 8.1a Der Strickhof als das Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Land- und Ernährungswirtschaft wird unter Berücksichtigung neuer kantonalen Strategien (u.a. «Klimastrategie», «Leitbild nachhaltige Ernährung»), der Umweltziele Landwirtschaft des Bundes und der Vorgaben für das neue Leitbild für die Zürcher Landwirtschaftspolitik weiterentwickelt.

Das Leitbild nachhaltige Ernährung des Regierungsrates (RRB Nr. 1319/2022) erfordert eine stete Überprüfung und strategische Weiterentwicklung der Angebote des Strickhofs in der Aus- und Weiterbildung, der Beratung, den Dienstleistungen sowie der angewandten Forschung zu seinen Kernthemen in der Agrar-, Lebensmittel- und Hauswirtschaft. Der Strickhof positioniert sich im Bereich nachhaltige Ernährungssysteme als interdisziplinäres, vernetztes Kompetenzzentrum in der ganzen Wertschöpfungskette vom Feld auf den Teller und übernimmt im Kanton eine entsprechende thematische Führungsrolle.

Planmässig 2027

BD 8.1b Ein Leitbild für die Zürcher Landwirtschaftspolitik ist festgelegt und vom Regierungsrat als Grundlage für die Revision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes festgesetzt.

Das Leitbild für die Zürcher Landwirtschaftspolitik ist mit RRB Nr. 811/2024 festgesetzt.

Abgeschlossen 2024

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
374.5	386.5	391.0	4.6	1.2

Bemerkungen R24 zu B24

2.9 Zusätzliche Stellen für Lehrpersonen für Projekte im Bildungsbereich

1.7 Überbrückung von Ausfällen sowie Überlappung bei Wiederbesetzung von Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	217.2	217.4	0.0	0.0	217.4	214.9	-2.5	-1.1
- Durchlaufende Beiträge	151.2	153.9	0.0	0.0	153.9	149.7	-4.2	-2.8
Aufwand	-276.9	-281.1	0.0	-0.3	-281.4	-276.9	4.4	1.6
- Durchlaufende Beiträge	-151.2	-153.9	0.0	0.0	-153.9	-149.7	4.2	2.8
Saldo	-59.7	-63.7	0.0	-0.3	-64.0	-62.0	2.0	3.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.0	3.6	0.0	0.0	3.6	2.7	-0.8	-23.9
Ausgaben	-10.1	-13.4	0.0	-1.1	-14.5	-10.1	4.4	30.3
Saldo	-7.1	-9.8	0.0	-1.1	-10.9	-7.4	3.5	32.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
2.0	A1	- Höhere Einnahmen Verrechnung Mittelschul- und Berufsbildungsamt
1.9	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand Staatsbeiträge Landwirtschaft, Naturschutz und Forstwirtschaft
0.9	A2, A4	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter im Bereich Wald und Bodenschutzprojekte
0.9	A1, A2	- Höhere Einnahmen Bund für die Bekämpfung Schadorganismen (Japankäfer, Jordanvirus) und der Programmvereinbarung Waldpflege
0.7	A3	- Auflösung Rückstellung Sanierung Jagdschiessanlagen
0.1	A1	- Geringerer interner Informatikaufwand
-0.4	A1	- Geringere Erträge aus Verkäufen im Bereich Bildung
-0.8	A1	- Höherer Sachaufwand für die Bekämpfung von Schadorganismen
-1.0	A1, A2	- Höhere Nettokosten Liegenschaften (Mietermodell)
-2.4	A1, A2, A3, A4	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 und höhere Lohnkosten Lehrpersonal im Bereich Bildung
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	3.6	2.7	-0.8	
- Einnahmen Durchlaufende Investitionsbeiträge	3.0	2.2	-0.8	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen Landwirtschaftliche Meliorationen und Landwirtschaftliches Bauen
- Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.5	0.5	0.0	
- Einnahmen aus Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	0.1	0.0	-0.1	- Tiefere Rückzahlungen
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-14.5	-10.1	4.4	
- Ausgaben Sachanlagen und immaterielle Anlagen	-3.3	-2.3	1.0	- Vorgesehene Anschaffungen im Bereich Forstwirtschaft (0.3) und vorgesehene Projekte im Bereich Bildung (0.6) sowie übrige Investitionen auf Rechnung Dritter (0.1) konnten im Berichtsjahr nicht realisiert werden.
- Ausgaben Darlehen	-0.1	-1.5	-1.4	- Zusätzliches Darlehen im Bereich Forstwirtschaft. Finanzierung durch Bund, daher saldoneutral gemäss RRB Nr. 288/2024, einnahmenseitig über IR technisch nicht abbildbar (-1.0). Zudem zusätzliches Darlehen im Bereich Bildung (-0.4)
- Ausgaben Investitionsbeiträge	-8.1	-4.1	4.0	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft sowie der Jagdverwaltung
- Ausgaben Durchlaufende Investitionsbeiträge	-3.0	-2.2	0.8	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen Landwirtschaftliche Meliorationen und Landwirtschaftliches Bauen
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -258265	Verwendung 2024 12447	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -245818	Veränderung Bestand 12447

Bemerkungen

Verwendung für Personalanlässe und Teamentwicklung.

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Die Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur wurde weiterbearbeitet. Sie zeigt auf, was die Natur im Kanton braucht, damit die biologische Vielfalt und die wichtigen Ökosystemfunktionen in Zukunft erhalten bleiben. Die Fachgrundlage wird voraussichtlich 2025 in der ersten Version vorliegen. Bei der Fortführung der Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts wurden weitere hochwertige Lebensräume regeneriert bzw. neu geschaffen, hauptsächlich Feucht- und Trockenwiesen sowie lichte Wälder beispielsweise in Mettmenstetten, Urdorf oder am Uetliberg.

Im dritten Pilotjahr des Programms Vielfältige Zürcher Gewässer konnten insgesamt 64 Gesuche abgewickelt werden, 45 davon waren Neueingänge. Der Gesuchsprozess wurde verbessert und für die Gesuchstellenden stehen auf der Webseite neue Hilfsmittel zu Verfügung.

Ein Projekt zur Gestaltung des Dorfplatzes in Maschwanden konnte abgeschlossen werden. Mit der Sanierung der Stadtmauer Regensberg wurde zudem erstmals ein Projekt zum Landschaftsschutz unterstützt. Die Stadtmauer von Regensberg liegt innerhalb einer Kulturterrassenlandschaft im Inventar der Landschaftsschutzobjekte.

Bei 124 Objekten der Denkmalpflege wurden Analysen, Bestandesaufnahmen, Archivabklärungen und Fotodokumentationen durchgeführt. Für die Instandsetzung verschiedener Liegenschaften wurden Planungen in Auftrag gegeben. Das Grundstück mit dem historischen Gebäude Höchhus in Küsnacht wurde an die Gemeinde Küsnacht abgetreten.

Im Berichtsjahr wurden archäologische Rettungsgrabungen in Zusammenhang mit dem Kiesabbau in den Gemeinden Knoben und Marthalen sowie weitere Rettungsgrabungen und zahlreiche Sondierungen und Baubegleitungen durchgeführt.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
L1	Beitragsempfänger Naturschutz	A1	1626	1710	1595	-115	-6.7
L3	Archäologische Projekte	A1	200	210	204	-6	-2.9
L4	Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	A1	3	4	3	-1	-25.0

Bemerkungen

L1 Die Anzahl interessierter Betriebe für die Bewirtschaftung von Naturschutzflächen ist im Berichtsjahr leicht zurückgegangen. Die prognostizierte Steigerung ist nicht eingetreten. Die Bewirtschaftung der Naturflächen war trotzdem gewährleistet, indem einzelne Bewirtschafter mehr Flächen pflegten.

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	11.4	14.4	12.2	-2.2	-15.3
Fondsbestand	-25.5	-27.4	-42.7	-15.3	-55.7
Finanzierung	14.1	13.0	30.5	17.5	134.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	63.2	70.9	0.0	0.0	70.9	73.6	2.7	3.8
- Übertrag vom GS (LG 8000)	40.0	50.0	0.0	0.0	50.0	50.0	0.0	0.0
- Durchlaufende Beiträge	10.5	10.3	0.0	0.0	10.3	10.3	0.0	0.1
- Bundesbeiträge	8.6	8.8	0.0	0.0	8.8	8.8	0.0	0.5
Aufwand	-55.2	-69.0	0.0	0.0	-69.0	-56.4	12.5	18.2
- Abschreibungen und Zinsen	-2.4	-3.6	0.0	0.0	-3.6	-2.4	1.2	32.7
- Durchlaufende Beiträge	-10.5	-10.3	0.0	0.0	-10.3	-10.3	-0.0	-0.1
Saldo	8.0	1.9	0.0	0.0	1.9	17.2	15.3	797.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-3.8	-7.0	0.0	-0.7	-7.7	-3.2	4.5	59.0
Saldo	-3.8	-7.0	0.0	-0.7	-7.7	-3.2	4.5	59.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
15.3		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
14.0	A1	- Geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts infolge des vom Regierungsrat vorläufig zurückgestellten Projekts Aufwertung nationales Flachmoor Au/Wädenswil, geringerer Beitragszahlungen an Gemeinden und Dritte (weniger Beitragsgesuche als erwartet), für Bau- und Unterhaltsarbeiten ungünstiger Witterungsbedingungen im Herbst, sehr grossen Aufwands aufgrund struktureller und instrumenteller Lücken für Projektumsetzungen, geringerer Kapitalfolgekosten aufgrund weniger Erwerb von Naturschutzflächen (abhängig von Angebot) und höherer Erträge
2.5	A1	- Geringere Beiträge im Bereich Renaturierung, da zwar mehr Gesuche eingegangen sind, die beanspruchten Beiträge aber jeweils gering waren.
0.3	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz infolge geringerer Staatsbeiträge an Gemeinden
0.3	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Archäologie, v.a. infolge höherer Rückvergütungen für Rettungsgrabungen (hoher Anteil an Selbstbindungsfällen gemäss Planungs- und Baugesetz)
0.1		- Höherer Zinsertrag infolge höheren Fondskapitals
-1.9	A1	- Höherer Nettoaufwand im Bereich Denkmalpflege, v.a. infolge Erhöhung von Rückstellungen für denkmalpflegerische Verpflichtungen
0.0		- Übrige Abweichungen

8930 Mehrwertausgleichsfonds

Im Berichtsjahr konnten wieder weitere Einnahmen aus Einzahlungen verbucht werden. Beiträge an Auszonungen und an raumplanerische Massnahmen konnten noch keine finanziert

werden, da der Fonds noch nicht über entsprechende Mittel verfügt.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Entschädigungen bei Auszonungen und Massnahmen der Raumplanung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Anträge für Beiträge an Entschädigungen bei Auszonungen	A1	0	5	0	-5	-100.0
L2	Bearbeitete Anträge für Beiträge für Massnahmen der Raumplanung	A1	0	0	0	0	
W1	Summe der ausgerichteten Beiträge an Entschädigungen bei Auszonungen	A1	0	0	0	0	
W2	Summe der ausgerichteten Beiträge für Massnahmen der Raumplanung	A1	0	0	0	0	

Bemerkungen

L1, L2, Da der Fondsbestand negativ ist, wurden im Berichtsjahr keine Anträge bearbeitet und keine Beiträge ausgerichtet.

W1,

W2

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
Fondsbestand	1.5	1.5	1.2	-0.2	-14.9
Finanzierung	-1.5	-1.5	-1.2	0.2	14.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.8	1.5	0.0	0.0	1.5	1.0	-0.5	-34.5
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-0.8	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-1.0	0.5	34.5
- Einlage in Bestandeskonto		-0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.3	-0.2	-469.9
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.5	A1	- Tieferer Sachaufwand, insbesondere Dienstleistungen Dritter für Schätzungen und Fachgutachten
0.2	A1	- Tieferer interner Aufwand, insbesondere Notariatskosten und geringere Informatikkosten
-0.2	A1	- Höhere Einlage in den Fondsbestand
-0.5	A1	- Tiefere Einnahmen Mehrwertabgabe
0.0		- Übrige Abweichungen

8940 Denkmalpflegefonds

Zahlreiche Bauprojekte zur Erhaltung denkmalgeschützter Liegenschaften wurden begleitet und mit Beiträgen unterstützt, unter anderem die Restaurierung des Mutterhauses der Zürich Versicherungen und die Instandsetzung mehrerer historischer Gebäude im prosperierenden The Valley (ehema-

liges Maggi-Areal) in Lindau. Insgesamt wurden für 80 Objekte Zahlungen (einschliesslich Schlusszahlungen) geleistet. An zwölf kulturhistorische Organisationen wurden Betriebsbeiträge ausbezahlt.

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Beiträgen
A2 Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
L1 Zusicherungen von Beiträgen	A1	82	50	41	-9	-18.0

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-36.4	-34.8	-41.8	-7.0	-20.1
Finanzierung	36.4	34.8	41.8	7.0	20.1

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	10.1	10.4	0.0	0.0	10.4	10.6	0.2	1.6
- Übertrag Swisslos	10.1	8.8	0.0	0.0	8.8	10.6	1.8	20.4
- Entnahme aus Bestandeskonto		1.6	0.0	0.0	1.6		-1.6	-100.0
Aufwand	-10.1	-10.4	0.0	0.0	-10.4	-10.6	-0.2	-1.6
- Staatsbeiträge	-1.7	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-1.4	0.6	32.4
- Abschreibungen und Zinsen	-4.3	-8.4	0.0	0.0	-8.4	-3.9	4.5	54.0
- Einlage in Bestandeskonto	-4.1					-5.4	-5.4	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.9	2.5	0.0	0.0	2.5	0.3	-2.2	-86.4
Ausgaben	-5.2	-10.9	0.0	0.0	-10.9	-4.2	6.7	61.4
Saldo	-4.3	-8.4	0.0	0.0	-8.4	-3.9	4.5	54.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
4.5	A1	- Geringere Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge an Private für die Sanierung denkmalgeschützter Liegenschaften
1.8		- Höherer Übertrag aus den Einnahmen von Swisslos
0.6	A2	- Geringere Ausrichtung von Betriebsbeiträgen an kulturhistorische Organisationen
-1.6		- Keine Entnahmen aus Fondsbestand
-5.4		- Einlagen in den Fondsbestand
0.1		- Übrige Abweichungen

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton über ein solides und bewährtes System, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heutigen Form gut akzeptiert ist.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Sammlung und Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
L1 Mobile Sammlungen von Sonderabfällen (Zielwert)		295	295	293	-2	-0.7
B1 Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.		0.9	0.9	0.9	0.0	0.0
W1 Gesammelte Menge Sonderabfall, in t		250	300	284	-16	-5.3
W2 Abgeber bei Sonderabfallsammlungen		30000	30000	34472	4472	14.9

Bemerkungen

W2 In den letzten zwei Jahren wurden unterdurchschnittlich wenig Abgebende registriert. Möglicherweise gab es im Berichtsjahr einen Kompensationseffekt, der zu überdurchschnittlich vielen Abgebenden führte.

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-2.4	-2.5	-2.5	-0.0	-0.7
Finanzierung	2.4	2.5	2.5	0.0	0.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.4	1.5	0.0	0.0	1.5	1.5	-0.0	-0.0
- Abgaben von Gemeinden	1.4	1.4	0.0	0.0	1.4	1.4	-0.0	-0.0
Aufwand	-1.4	-1.4	0.0	0.0	-1.4	-1.4	0.0	1.2
- Beiträge an Betriebe	-0.7	-0.8	0.0	0.0	-0.8	-0.8	-0.0	-2.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	33.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

8960 Deponiefonds

Am Fonds sind 17 Deponien mit einem Gesamtvolumen von rund 17 Mio. m³ (verfüllt und leer) angeschlossen. Für 5,0 Mio. m³ davon trägt der Deponiefonds das Risiko für die Sanie-

rungspflicht. Für den Rest liegt das Risiko bei den Deponiebetreibern bis zur Übernahme durch den Fonds.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Nachsorge und allfälliger Sanierung von Deponien

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-41.8	-42.8	-42.2	0.6	1.3
Finanzierung	41.8	42.8	42.2	-0.6	-1.3

Bemerkungen R24 zu B24

- 0.2 Höhere Einlagen der Deponiebetreiber als budgetiert
- 0.8 Nicht budgetierte Auszahlung von zu viel angespartem Kapital bei Übernahme in die Nachsorge der zwei Deponien Chüehalden/Eglisau und Leigrueb/Lufingen

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	15.0	1.0	0.0	0.0	1.0	1.2	0.2	15.5
- Beiträge von Deponiebetreibern	15.0	1.0	0.0	0.0	1.0	1.2	0.2	15.5
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand								
- Entnahme aus Bestandeskonto								
Aufwand	-15.0	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-1.2	-0.2	-15.5
- Einlagen in Bestandeskonto	-15.0	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-0.4	0.6	58.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

8970 Kantonaler Waldfonds

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Fonds

Anlagevermögen

Fondsbestand

Finanzierung

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
			0.0	
-0.9	-0.9	-0.9	0.0	0.1
0.9	0.9	0.9	-0.0	-0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	11.8
-	-	-	-	-	-	-	-
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	11.8
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	11.8
Aufwand	-0.0	-0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.0	-11.8
- Einlage in Bestandeskonto							
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen							
Ausgaben							
Saldo							

8980 Wildschadenfonds

Der nasse Winter und Frühling des Berichtsjahres hatte keinen merklichen Einfluss auf die Wildschweinpopulation. Die Meldungen aus den Revieren zeigen, dass die Bestände wieder angestiegen sind. Trotz der hohen Abschusszahlen bei den Wildschweinen im Berichtsjahr ist der Aufwand für die

Wildschädenregulierung deutlich angestiegen. Das veränderte Meldeverhalten der Landwirtinnen und Landwirte hat ebenfalls dazu beigetragen. Es werden seit dem Wegfall der Bagatellschadenschwelle wesentlich mehr Schäden zur Abschätzung vorgelegt.

Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Vergütete Wildschadenfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	A1	489	550	607	57	10.4
L2	Bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	A1	109	70	201	131	187.1
L3	Bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	A1	10	25	9	-16	-64.0
B2	Kosten pro Wildschadenfall, in Fr.	A1	587	600	687	87	14.5
W1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden, in Fr.	A1	287014	350000	416868	66868	19.1

Bemerkungen

- L1 Aufgrund des neuen Jagdgesetzes nahmen die Schadenfälle zu.
 L2 Die neue Jagdgesetzgebung ermöglicht Gesuche für Unterhaltsbeiträge, die im Berichtsjahr stark anstiegen. Zudem stieg die Anzahl der Gesuche für Verhütungsmassnahmen.
 L3 Die Zahl der eingereichten Projekte blieb unter den Erwartungen.
 B2 Die Kosten sind von der Art der geschädigten Kultur abhängig. Im Berichtsjahr waren mehrheitlich teure Kulturen betroffen, was zu höheren Wildschadenkosten führte.
 W1 Der Aufwand erhöht sich aufgrund der steigenden Fallzahlen und der höheren Vergütung pro Schadenfall.

Fonds

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-1.6	-1.5	-1.6	-0.1	-5.6
Finanzierung	1.6	1.5	1.6	0.1	5.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.6	0.6	0.0	0.0	0.6	0.8	0.3	45.0
- Erträge aus Regalien	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0	6.9
- Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0.0	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0	5.4
- Übertrag aus ALN (LG 8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0.5	0.5	0.0	0.0	0.5	0.7	0.3	55.6
Aufwand	-0.6	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.9	-0.2	-25.0
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	-0.5	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.7	-0.2	-29.7
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (LG 8800)	-0.2	-0.2	0.0	0.0	-0.2	-0.2	-0.0	-5.1
Saldo	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.0	0.1	69.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite*
in Franken

Budget 2024
Kantonsrat
(12.12.2023)

Veränderungen
Nachtragskredite
und Kreditüber-
tragungen

Budget^{plus} 2024

Rechnung 2024

Abweichung
+ besser,
-schlechter

Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)

Regierungsrat und Staatskanzlei

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-30 098 200		-30 098 200	-30 279 720	-181 520
Budgetkredit Investitionsrechnung		-700 000	-700 000		700 000

Direktion der Justiz und des Innern

2201 Generalsekretariat

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20 782 604	-1 600 000	-22 382 604	-14 657 375	7 725 229
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 177 150	-1 300 000	-5 477 150	-867 260	4 609 890

2204 Staatsanwaltschaft

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-103 033 734		-103 033 734	-95 840 835	7 192 900
Budgetkredit Investitionsrechnung	-665 000		-665 000	-255 922	409 078

2205 Jugendstrafrechtspflege

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-41 349 200		-41 349 200	-38 891 637	2 457 563

2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-265 520 300		-265 520 300	-273 368 611	-7 848 311
Budgetkredit Investitionsrechnung	-910 000		-910 000	-730 188	179 812

2207 Gemeindeamt

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 252 800		-10 252 800	-9 743 163	509 637

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 900 000		-1 900 000	-1 428 935	471 065

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-486 036 400		-486 036 400	-481 500 184	4 536 216

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Budgetkredit Investitionsrechnung					

2217 Abwicklung Investitionsfonds

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-449 939		-449 939	-447 387	2 552

2221 Handelsregisteramt

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-900 800		-900 800	24 870	925 670

2223 Statistisches Amt

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 346 167		-8 346 167	-7 772 439	573 728

2224 Staatsarchiv

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 206 947		-11 206 947	-12 147 130	-940 183

2232 Kantonale Opferhilfestelle

Budgetkredit Investitionsrechnung					

2232 Kantonale Opferhilfestelle

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-14 539 064		-14 539 064	-17 395 840	-2 856 776

2233 Fachstelle Gleichstellung

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-847 253		-847 253	-847 258	-5

2234 Fachstelle Kultur

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-100 788 965		-100 788 965	-101 020 434	-231 469

2241 Fachstelle Integration

Budgetkredit Investitionsrechnung		-8 863 000	-8 863 000	-3 148 344	5 714 656

2241 Fachstelle Integration

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 830 669	-6 324 000	-9 154 669	-2 830 669	6 324 000

2251 Bezirksräte

Budgetkredit Investitionsrechnung					

2251 Bezirksräte

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 688 000		-9 688 000	-9 581 298	106 702

2261 Statthalterämter

Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 622 800		7 622 800	7 721 752	98 952

2261 Statthalterämter

Budgetkredit Investitionsrechnung					

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2024 Kantonsrat (12.12.2023)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2024	Rechnung 2024	Abweichung + besser, -schlechter
2270 Religionsgemeinschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-55 006 100		-55 006 100	-55 006 050	50
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2934 Kulturfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	442 890		442 890	7 884 817	7 441 927
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 038 000	-150 000	-4 188 000	-3 943 625	244 375
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-470 889 000		-470 889 000	-469 929 326	959 674
Budgetkredit Investitionsrechnung	-29 779 000	-10 380 000	-40 159 000	-32 687 274	7 471 726
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	14 967 000		14 967 000	2 638 243	-12 328 757
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 283 000	-7 080 000	-8 363 000	4 204 981	12 567 981
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 568 000		-15 568 000	-15 503 775	64 225
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 843 000	-915 000	-2 758 000	-1 910 444	847 557
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 479 000		-11 479 000	-11 471 326	7 674
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 753 000		-1 753 000	-1 427 620	325 380
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-959 146 000	-28 231 000	-987 377 000	-1 000 040 241	-12 663 241
Budgetkredit Investitionsrechnung	-16 394 000	-1 100 000	-17 494 000	-13 665 375	3 828 625
3700 Sportamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 530 000		-3 530 000	-3 477 062	52 938
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3910 Sportfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 763 269		-1 763 269	2 969 418	4 732 687
Budgetkredit Investitionsrechnung	-530 000		-530 000	-559 197	-29 197
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-70 000		-70 000	853 739	923 739
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3930 Schutzraumfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 340 000		5 340 000	4 392 812	-947 188
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-81 881		-81 881	-2 555 800	-2 473 919
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 340 677	-859 000	-12 199 677	-11 479 369	720 309
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 068 750	-530 000	-1 598 750	-1 292 586	306 164
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-169 571 361	-6 855 000	-176 426 361	-159 138 399	17 287 962
Budgetkredit Investitionsrechnung	-8 987 000	-13 213 000	-22 200 000	-886 614	21 313 386
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-27 663 950	-1 149 000	-28 812 950	-21 973 472	6 839 478
Budgetkredit Investitionsrechnung				-5 216 979	-5 216 979
4610 Amt für Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-35 412 614	-8 500 000	-43 912 614	-45 667 007	-1 754 393
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 194 506	-7 737 000	-16 931 506	-11 487 489	5 444 016
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 200 740	-4 742 000	-11 942 740	-3 501 247	8 441 493
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-76 027		-76 027	787 985	864 012
Budgetkredit Investitionsrechnung	-50 000		-50 000	-150 000	-100 000
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	8 734 975 000		8 734 975 000	9 300 442 465	565 467 465
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 500 000		-2 500 000	-789 608	1 710 392
Budgetkredit Investitionsrechnung					

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2024 Kantonsrat (12.12.2023)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2024	Rechnung 2024	Abweichung + besser, -schlechter
4930 Zinsen und Beteiligungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	572 100 970		572 100 970	520 991 150	-51 109 820
Budgetkredit Investitionsrechnung				-119 423	-119 423
4950 Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	236 127 613		236 127 613	-12 020 151	-248 147 764
Budgetkredit Investitionsrechnung	99 838 500		99 838 500		-99 838 500
4960 Nationaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-462 177 232		-462 177 232	-462 177 231	1
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4980 Gemeinnütziger Fonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-30 146 937		-30 146 937	-3 821 869	26 325 068
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 119 929		-7 119 929	-7 399 619	-279 690
Budgetkredit Investitionsrechnung				-47 128	-47 128
5205 Amt für Mobilität					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-174 217 958		-174 217 958	-169 516 034	4 701 924
Budgetkredit Investitionsrechnung	-66 708 100		-66 708 100	-66 607 482	100 618
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-386 751 538		-386 751 538	-377 400 893	9 350 645
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5301 Amt für Wirtschaft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-19 087 808	-3 125 000	-22 212 808	-19 919 022	2 293 786
Budgetkredit Investitionsrechnung	-22 000 000	-16 830 000	-38 830 000	-36 924 965	1 905 035
5302 Amt für Arbeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-35 437 800	-451 000	-35 888 800	-32 910 337	2 978 463
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5920 Verkehrsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 181 086		-6 181 086	-2 675 172	3 505 914
Budgetkredit Investitionsrechnung	-33 600 000	-26 300 000	-59 900 000	-15 012 175	44 887 825
5921 Flughafenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	316 300		316 300	1 192 212	875 912
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5925 Strassenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	23 504 990		23 504 990	57 161 496	33 656 506
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Gesundheitsdirektion					
6000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-16 651 500	-7 856 000	-24 507 500	-21 747 524	2 759 976
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 010 000	-22 000 000	-23 010 000	-18 904 290	4 105 710
6010 Amt für Gesundheit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-13 937 800	-3 460 000	-17 397 800	-15 913 119	1 484 681
Budgetkredit Investitionsrechnung	-265 000	-1 024 000	-1 289 000	-587 352	701 648
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-25 213 500		-25 213 500	-24 560 236	653 264
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 978 000		-1 978 000	-1 332 685	645 315
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 976 200		-11 976 200	-13 669 699	-1 693 499
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 400 030 000	-35 000 000	-1 435 030 000	-1 486 518 061	-51 488 061
Budgetkredit Investitionsrechnung		-104 518 000	-104 518 000	-55 000 000	49 518 000
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-285 010 000		-285 010 000	-290 774 447	-5 764 447
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-524 100 000	-10 400 000	-534 500 000	-531 963 323	2 536 677
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6900 Tierseuchenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-133 276		-133 276	-133 463	-187
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-71 212 860		-71 212 860	-73 085 688	-1 872 828
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 166 000	-423 000	-2 589 000	-467 466	2 121 535

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2024 Kantonsrat (12.12.2023)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2024	Rechnung 2024	Abweichung + besser, -schlechter
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-522 683		-522 683	-213 565	309 118
Budgetkredit Investitionsrechnung	-140 980 000		-140 980 000	-90 156 784	50 823 216
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 347 684		5 347 684	7 712 057	2 364 373
Budgetkredit Investitionsrechnung	-7 078 000		-7 078 000	-3 921 136	3 156 864
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-507 877 975		-507 877 975	-512 986 587	-5 108 612
Budgetkredit Investitionsrechnung	-8 645 000	-1 223 000	-9 868 000	-1 174 679	8 693 321
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-444 067 183		-444 067 183	-450 258 769	-6 191 586
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 193 500		-10 193 500	-5 684 687	4 508 813
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-409 606 982		-409 606 982	-422 912 815	-13 305 833
Budgetkredit Investitionsrechnung	-13 022 410	-6 395 000	-19 417 410	-2 850 431	16 566 979
7401 Universität (Beiträge)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-756 051 939		-756 051 939	-763 581 847	-7 529 908
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-71 137 383		-71 137 383	-72 509 105	-1 371 722
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 180 000	-2 117 000	-6 297 000	-2 699 012	3 597 988
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-428 884 863	-596 000	-429 480 863	-441 695 234	-12 214 371
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-79 614 029		-79 614 029	-82 372 724	-2 758 695
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7501 Kinder- und Jugendhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-305 127 948		-305 127 948	-283 682 289	21 445 659
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 140 000	-11 515 000	-12 655 000	-11 507 710	1 147 290
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-74 474 471		-74 474 471	-76 009 450	-1 534 979
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 135 000		-3 135 000	-1 425 272	1 709 728
7930 Berufsbildungsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 751 500		1 751 500	2 185 204	433 704
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Baudirektion					
8000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-67 049 056		-67 049 056	-66 101 468	947 588
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 610 000	-200 000	-3 810 000	-767 183	3 042 818
8100 Hochbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-28 156 930		-28 156 930	-28 457 982	-301 052
Budgetkredit Investitionsrechnung	-228 000		-228 000	-54 762	173 238
8300 Amt für Raumentwicklung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-34 300 904	-420 000	-34 720 904	-33 599 512	1 121 392
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 285 000	-2 041 000	-3 326 000	-1 617 359	1 708 641
8400 Tiefbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-222 365 500		-222 365 500	-210 564 001	11 801 499
Budgetkredit Investitionsrechnung	-144 875 000		-144 875 000	-136 640 818	8 234 182
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-72 574 823	-11 319 000	-83 893 823	-65 752 528	18 141 295
Budgetkredit Investitionsrechnung	-108 001 000	-94 564 000	-202 565 000	-148 096 031	54 468 969
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 047 210		-1 047 210	-993 275	53 935
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8700 Immobilienamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-24 326 780		-24 326 780	-22 846 831	1 479 949
Budgetkredit Investitionsrechnung	-475 000		-475 000	-235 152	239 848
8710 Liegenschaften Finanzvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 541 105		2 541 105	239 818 235	237 277 130
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-24 527 000	-6 100 000	-30 627 000	-44 736 833	-14 109 833
Budgetkredit Investitionsrechnung	-259 160 000	-50 800 000	-309 960 000	-308 264 563	1 695 437
8800 Amt für Landschaft und Natur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-63 674 962	-300 000	-63 974 962	-62 013 418	1 961 544
Budgetkredit Investitionsrechnung	-13 364 000	-1 133 000	-14 497 000	-10 105 126	4 391 874

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2024 Kantonsrat (12.12.2023)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2024	Rechnung 2024	Abweichung + besser, -schlechter
8910 Natur- und Heimatschutzfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 911 744		1 911 744	17 162 685	15 250 941
Budgetkredit Investitionsrechnung	-7 030 000	-675 000	-7 705 000	-3 157 047	4 547 953
8930 Mehrwertausgleichsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	46 300		46 300	263 885	217 585
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8940 Denkmalpflegefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 625 000		-1 625 000	5 364 338	6 989 338
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 925 000		-10 925 000	-4 215 303	6 709 697
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	49 310		49 310	65 750	16 440
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8960 Deponiefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	977 184		977 184	407 991	-569 193
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8970 Kantonaler Waldfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 200		-5 200	-5 814	-614
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8980 Wildschadenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-122 500		-122 500	-37 403	85 097
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 836 800	-147 000	-15 983 800	-14 875 281	1 108 519
Budgetkredit Investitionsrechnung		-626 000	-626 000	-129 658	496 342
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 444 300		-5 444 300	-5 380 538	63 762
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9030 Obergericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-48 866 500		-48 866 500	-47 406 218	1 460 282
Budgetkredit Investitionsrechnung	-7 252 300	-3 938 000	-11 190 300	-9 755 678	1 434 622
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-135 133 000		-135 133 000	-141 639 047	-6 506 047
Budgetkredit Investitionsrechnung	-32 870 000	-14 987 000	-47 857 000	-14 780 478	33 076 522
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	13 352 600		13 352 600	14 083 470	730 870
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 995 000		-1 995 000	-1 398 822	596 178
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 848 400		-8 848 400	-8 863 573	-15 173
Budgetkredit Investitionsrechnung	-710 000		-710 000	-150 000	560 000
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-16 140 412		-16 140 412	-14 295 648	1 844 764
Budgetkredit Investitionsrechnung	-16 150 000	-710 000	-16 860 000	-1 306 090	15 553 910
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 262 263		-4 262 263	-3 893 062	369 201
Budgetkredit Investitionsrechnung	-190 000		-190 000		190 000
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 547 189		-2 547 189	-2 372 298	174 891
Budgetkredit Investitionsrechnung	-190 000		-190 000		190 000
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 326 100		-1 326 100	-1 282 478	43 622
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9071 Datenschutzbeauftragte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 448 000	-55 000	-3 503 000	-3 208 798	294 202
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Organisationen)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-218 743 000		-218 743 000	-208 937 892	9 805 108
Budgetkredit Investitionsrechnung	-735 000		-735 000		735 000
9350 Forensisches Institut Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-26 377 000		-26 377 000	-25 477 252	899 748
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 010 000	-220 000	-1 230 000	-866 493	363 507
9600 Universität Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-753 740 000		-753 740 000	-761 231 727	-7 491 727
Budgetkredit Investitionsrechnung	-45 900 000		-45 900 000	-49 363 435	-3 463 435

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
 Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite* in Franken	Budget 2024 Kantonsrat (12.12.2023)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2024	Rechnung 2024	Abweichung + besser, -schlechter
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-33 078 000		-33 078 000	-31 892 805	1 185 195
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 225 000	-2 646 000	-7 871 000	-3 870 889	4 000 111
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-205 260 000	-596 000	-205 856 000	-208 432 557	-2 576 557
Budgetkredit Investitionsrechnung	-22 800 000	-3 833 000	-26 633 000	-13 065 473	13 567 527
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-108 962 800		-108 962 800	-121 638 635	-12 675 835
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 800 000		-3 800 000	-3 783 425	16 575
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-116 629 200		-116 629 200	-120 953 225	-4 324 025
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 995 000		-1 995 000	-1 550 502	444 498
9510 Universitätsspital Zürich					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	8 351 118	7 500 000	15 851 118	-31 490 391	-47 341 508
geplante Investitionsausgaben	-212 047 978		-212 047 978	-132 942 602	79 105 376
9520 Kantonsspital Winterthur					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	-21 570 000		-21 570 000	-24 009 610	-2 439 610
geplante Investitionsausgaben	-42 949 000		-42 949 000	-27 345 743	15 603 257
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	1 254 547		1 254 547	-1 531 238	-2 785 785
geplante Investitionsausgaben	-19 627 000		-19 627 000	-8 806 971	10 820 029
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	-732 700		-732 700	-2 974 998	-2 242 298
geplante Investitionsausgaben	-9 000 000		-9 000 000	-10 497 954	-1 497 954
9800 Legate					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-732 801		-732 801	-811 475	-78 674
Budgetkredit Investitionsrechnung					

* Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung
Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgabe

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 2 877 171 zulasten der Rechnung 2024. Für das Jahr 2023 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 1 000 000. Der Kantonsrat hat am 8. Juli des Berichtsjahres mit dem Geschäftsbericht 2023 Rücklagen von Fr. 1 000 000 genehmigt.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe aufgrund effizienter Leistungserbringung besser abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen und Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

in Franken

Leistungsgruppe		Bildung von Rücklagen 2023	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand (-Zunahme/+Abnahme gegenüber Vorjahr)
Total		-1 000 000	-38 987 785	1 513 661	-2 877 171	-40 351 295	-1 363 510
1000	Regierungsrat und Staatskanzlei		-263 886	43 939		-219 947	43 939
2201	Generalsekretariat		-224 614	61 396		-163 218	61 396
2204	Staatsanwaltschaft		-1 701 216		-1 150 000	-2 851 216	-1 150 000
2205	Jugendstrafrechtspflege		-94 531			-94 531	
2206	Justizvollzug und Wiedereingliederung		-407 744	143 683		-264 061	143 683
2221	Handelsregisteramt		-323 737			-323 737	
2223	Statistisches Amt		-79 302			-79 302	
2232	Kantonale Opferhilfestelle		-1 195	1 195			1 195
2233	Fachstelle Gleichstellung		-5 692			-5 692	
2234	Fachstelle Kultur		-6 836			-6 836	
2251	Bezirksräte		-30 328	14 622		-15 706	14 622
2261	Statthalterämter		-115 798	33 219	-132 171	-214 750	-98 952
3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung		-4 351	2 003		-2 348	2 003
3100	Kantonspolizei		-1 218 325	118 505		-1 099 820	118 505
3500	Sozialamt		-183 198	36 438		-146 760	36 438
4000	Generalsekretariat		-23 536			-23 536	
4100	Finanzverwaltung		-295 621	33 602	-95 000	-357 019	-61 398
4400	Steuern Betriebsteil	-250 000	-2 064 774	118 797	-250 000	-2 195 977	-131 203
4500	Personalamt		-326 681			-326 681	
4610	Amt für Informatik		-55 829			-55 829	
4700	Drucksachen und Material		-410 613			-410 613	
5000	Generalsekretariat	-30 000	-61 774	14 514		-47 260	14 514
5205	Amt für Mobilität	-60 000	-62 926	29 019		-33 907	29 019
5301	Amt für Wirtschaft	-135 600	-135 600	31 790		-103 810	31 790
5302	Amt für Arbeit	-164 400	-542 650	24 906		-517 744	24 906
6000	Generalsekretariat	-100 000	-197 256		-150 000	-347 256	-150 000
6010	Amt für Gesundheit	-130 000	-287 886		-100 000	-387 886	-100 000
6100	Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt		-640 884		-50 000	-690 884	-50 000
6150	Kantonsapotheke		-221	221			221
7000	Bildungsverwaltung		-734 472	12 835		-721 637	12 835
7301	Mittelschulen		-6 988 556			-6 988 556	
7306	Berufsbildung		-11 000 000			-11 000 000	
7406	Fachhochschulen (Beiträge)		-4 000 000			-4 000 000	
8000	Generalsekretariat		-320 922	8 379		-312 543	8 379
8100	Hochbauamt		-200 449			-200 449	
8300	Amt für Raumentwicklung		-275 722	37 017		-238 705	37 017
8400	Tiefbauamt		-416 000	48 000		-368 000	48 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft		-275 697	9 831		-265 866	9 831
8700	Immobilienamt		-86 076			-86 076	
8800	Amt für Landschaft und Natur		-258 265	12 447		-245 818	12 447
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste		-22 719			-22 719	
9020	Finanzkontrolle		-84 200			-84 200	
9030	Obergericht		-701 041	167 583	-700 000	-1 233 458	-532 417
9040	Bezirksgerichte		-2 048 877	243 336		-1 805 541	243 336
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter		-943 548	179 000	-180 000	-944 548	-1 000
9063	Verwaltungsgericht	-65 000	-260 738	53 000		-207 738	53 000
9065	Baurekursgericht	-25 000	-198 089	21 707	-20 000	-196 382	1 707
9066	Steuerrekursgericht	-30 000	-45 295	12 677	-30 000	-62 618	-17 323
9070	Ombudsstelle		-13 039			-13 039	
9071	Datenschutzbeauftragte	-10 000	-79 369		-20 000	-99 369	-20 000

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat
Rücklagen und Gewinnverwendung

in Franken						Veränderung	
		Bildung von Rücklagen 2023	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	(-Zunahme/+Abnahme gegenüber Vorjahr)
Leistungsgruppe							
Total	Unselbstständige Anstalten		-267 707			-267 707	
9300	Zürcher Verkehrsverbund		-267 707			-267 707	

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.
Die Werte in den Spalten «Bildung von Rücklagen 2023», «Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023» und «Verwendung 2024» sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

Die beantragte Bildung der Rücklagen im Betrag von Fr. 2 877 171 wird nach der Genehmigung durch den Kantonsrat verbucht.
Im Berichtsjahr wurden Rücklagen von 1,5 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft steigt der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2024 einschliesslich der beantragten Bildung um 1,4 Mio. Franken auf 40,4 Mio. Franken.

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus verwendeten Rücklagen Sachaufwendungen für Vorhaben von mehr als Fr. 50 000 vor:

in Franken				Betrag
Leistungsgruppe		Verwendungszweck		
2206	Justizvollzug und Wiedereingliederung	Finanzierung von Personalaufwand für befristete Stellen		143 683
9030	Obergericht	Personalförderungsmassnahmen		167 583
9040	Bezirksgerichte	Personalförderungsmassnahmen		243 336
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	Personalförderungsmassnahmen		179 000
9063	Verwaltungsgericht	Betriebliche Gesundheitsförderung und Teambildung		53 000

Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten

Im Rahmen der Gewinnverwendung können Mittel den Reserven zugewiesen oder an den Kanton ausgeschüttet werden. Verluste werden durch Entnahmen aus den Reserven gedeckt. Die Verwendung der Gewinne bzw. Deckung der Verluste 2024 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht.

Die folgenden Tabellen zeigen die Anträge für die selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

in Franken		Antrag auf Zuweisung zu den Reserven im
Leistungsgruppe		Rahmen der Gewinnverwendung
Total	Zuweisung zu den Reserven	12 912 705.56
9600	Universität Zürich	7 040 105.42
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	5 872 600.14

in Franken		Antrag auf Entnahme aus den Reserven im
Leistungsgruppe		Rahmen der Verlustdeckung
Total	Entnahme aus den Reserven	71 992 276.72
9510	Universitätsspital Zürich	30 679 654.10
9520	Kantonsspital Winterthur	21 573 843.00
9530	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	1 531 238.00
9540	Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	2 735 912.00
9600	Universität Zürich	5 252 155.15
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	3 283 022.40
9720	Zürcher Hochschule der Künste	5 905 908.32
9740	Pädagogische Hochschule Zürich	1 030 543.75

Anhang

Behörden	285
Übersicht Finanzierung	285
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	286
9020 Finanzkontrolle	287
9070 Ombudsstelle	288
9071 Datenschutzbeauftragte	289
Rechtspflege	290
Übersicht Finanzierung	290
9030 Obergericht	291
9040 Bezirksgerichte	294
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	297
9063 Verwaltungsgericht	300
9064 Sozialversicherungsgericht	303
9065 Baurekursgericht	305
9066 Steuerrekursgericht	307
Zu konsolidierende Organisationen	310
Übersicht Finanzierung	310
9300 Zürcher Verkehrsverbund	311
9350 Forensisches Institut Zürich	314
9600 Universität Zürich	317
9690 Zentralbibliothek	323
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	325
9720 Zürcher Hochschule der Künste	332
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	336
9800 Legate	340
Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)	342
Übersicht Finanzierung	342
9510 Universitätsspital Zürich	343
9520 Kantonsspital Winterthur	345
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	347
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	349
Kreditübertragungen	351
Bewilligte Kreditüberschreitungen	361
Definitionen und Konventionen	364

Behörden

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.5	1.5	0.0	0.0	1.5	1.4	-0.1	-5.6
Aufwand	-25.4	-27.5	0.0	-0.2	-27.7	-26.1	1.6	5.7
Saldo	-23.9	-26.1	0.0	-0.2	-26.3	-24.7	1.5	5.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1			-0.6	-0.6	-0.1	0.5	79.3
Saldo	-0.1			-0.6	-0.6	-0.1	0.5	79.3

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Aufgaben

- A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in dem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zuständig für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.
- A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.
- A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	KR: Behandelte Vorlagen	A1	96	104	59	-45	-43.3
L2	KR: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A1	0.9	1	0.8	-0.2	-20.0
L3	KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A1	151	195	141	-54	-27.7
L4	K: Behandelte Vorlagen	A2	91	98	54	-44	-44.9
L5	K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer, in Tg.	A2	176	218	203	-15	-6.9
L6	K: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A2	3.32	3.2	3.4	0.2	6.3
L7	K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A2	116	114	124	10	8.8
L8	PD: Protokolle	A3	361	371	374	3	0.8
B1	PD: Durchschnittliche Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	1983	2257	1535	-722	-32.0
B2	PD: Durchschnittliche Kosten je Kommissionsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	1287	1369	1397	28	2.0

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
	19.1	19.5	20.9	1.4	7.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.2	0.1	0.0	0.0	0.1	0.0	-0.0	-26.8
Aufwand	-15.0	-15.9	0.0	-0.1	-16.0	-14.9	1.1	7.0
Saldo	-14.9	-15.8	0.0	-0.1	-16.0	-14.9	1.1	6.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1			-0.6	-0.6	-0.1	0.5	79.3
Saldo	-0.1			-0.6	-0.6	-0.1	0.5	79.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.3	A1, A2	- Tieferer Aufwand für Sitzungsgelder
0.2	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand im Bereich IT
0.2	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
0.2	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand für externe Berater und Experten
0.1	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand für Nebenkosten im Mietermodell
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.6	-0.1	0.5	
- Weg der Demokratie	-0.6	-0.1	0.5	- Die Kreditübertragung aus dem Vorjahr (ZKB-Jubiläumsdividende) wurde nicht vollumfänglich verwendet.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Verwendung 2024	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-22719	0	0	-22719	0

9020 Finanzkontrolle

Aufgaben

- A1 Die Finanzkontrolle nimmt die Aufgaben der Abschlussprüfung und der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG) wahr. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht und den Regierungsrat und seine Direktionen bei der Ausübung der Aufsicht. Die Finanzaufsicht der Finanzkontrolle umfasst die Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit sowie der Wirtschaftlichkeit im Rahmen der Haushaltsführung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L2	Revisionen pro Jahr	A1	137	135	130	-5	-3.7
B1	Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG, in % zur verfügbaren Präsenzzeit	A1	81	80	80	0	
W1	Anteil der von den Geprüften akzeptierten Feststellungen, in % (aufgrund Stellungnahmen)	A1	93	92	93	1	

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
	27.7	29.0	29.1	0.1	0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.2	1.2	0.0	0.0	1.2	1.2	0.0	0.6
Aufwand	-6.2	-6.7	0.0	0.0	-6.7	-6.6	0.1	0.8
Saldo	-5.0	-5.4	0.0	0.0	-5.4	-5.4	0.1	1.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags-kredite	Kreditüber-tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -84200	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -84200	Veränderung Bestand 0

9070 Ombudsstelle

Aufgaben

A1 Die Ombudsperson nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Amtsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlagen für die Institution Ombudsstelle finden sich in Art. 81 der Kantonsverfassung und in den §§ 87ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
L1	Eingegangene Geschäfte	A1	835	840	894	54	6.4
L2	Erledigte Geschäfte	A1	578	780	1150	370	47.4
L3	Angeschlossene Gemeinden	A1	22	24	22	-2	-8.3
L4	Eingegangene Geschäfte aus angeschlossenen Gemeinden	A1	67	70	60	-10	-14.3

Bemerkungen

L2 Vermehrtes Augenmerk auf Geschäftserledigungen

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4.3	4.3	4.7	0.4	8.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	-0.1	-51.9
Aufwand	-1.2	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-1.3	0.1	7.9
Saldo	-1.2	-1.3	0.0	0.0	-1.3	-1.3	0.0	3.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -13039	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -13039	Veränderung Bestand 0

9071 Datenschutzbeauftragte

Die ausführliche Berichterstattung der Datenschutzbeauftragten ist dem Tätigkeitsbericht 2024 zu entnehmen. Dieser wird im Juni 2025 publiziert und auf der Webseite der Datenschutzbeauftragten (www.datenschutz.ch) verfügbar sein.

Aufgaben

- A1 Die Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton, um die Privatsphäre der Einwohnerinnen und Einwohner sicherzustellen.
- A2 Sie berät die öffentlichen Organe, beurteilt die datenschutzrelevanten Vorhaben (Vorabkontrollen) und nimmt Stellung zu Erlassen. Sie bietet Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit an.
- A3 Bei öffentlichen Organen überprüft sie mit Kontrollen (Datenschutz-Reviews), ob die Anforderungen des Datenschutzes in rechtlicher, organisatorischer und sicherheitstechnischer Hinsicht eingehalten sind. Öffentliche Organe sind verpflichtet, Datenschutzvorfälle zu melden. Die Datenschutzbeauftragte kann die Umsetzung von Massnahmen verfügen.
- A4 Die Datenschutzbeauftragte berät Privatpersonen über ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche und vermittelt in Konfliktfällen zwischen Privatpersonen und öffentlichen Organen. Sie informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Beratungen	A4	793	850	850	0	0.0
L2	Vernehmlassungen und Mitberichte	A2	16	20	14	-6	-30.0
L3	Weiterbildungsangebote für öffentliche Organe	A2	27	25	45	20	80.0
L4	Kontrollen	A3	60	70	74	4	5.7
W1	Anteil umgesetzter Empfehlungen bei Datenschutz-Reviews, in %	A3	89	80	93	13	
W2	Besuche auf Webseiten	A4	74567	45000	88360	43360	96.4

Entwicklungsschwerpunkte

9071 10g Gewährleisten einer regelmässigen und nachhaltigen Kontrolle der Datenbearbeitungen

Stand bis

Planmässig 2025

9071 10e Effiziente und wirksame Unterstützung der Verwaltung, um Digitalisierungsziele zu erreichen

Planmässig 2026

9071 10f Aufbau und Umsetzung der neuen Aufgaben im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips

Die Umsetzung verzögert sich aufgrund der Verzögerung der Beratung der Totalrevision IDG im Kantonsrat.

Verzögert 2026

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	13.0	14.7	14.0	-0.7	-4.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24plus	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	-0.0	-2.6
Aufwand		-3.0	-3.5	0.0	-0.1	-3.6	-3.3	0.3	8.3
Saldo		-2.9	-3.4	0.0	-0.1	-3.5	-3.2	0.3	8.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24plus	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben									
Saldo									

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025)	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -79369	2024 0	-20000	-99369	-20000

Bemerkungen

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserung aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden

Rechtspflege

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	181.4	179.0	0.0	0.0	179.0	188.3	9.3	5.2
Aufwand	-377.2	-381.4	0.0	0.0	-381.4	-392.7	-11.3	-3.0
Saldo	-195.8	-202.4	0.0	0.0	-202.4	-204.4	-1.9	-1.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-23.9	-59.4	0.0	-19.6	-79.0	-27.4	51.6	65.3
Saldo	-23.9	-59.4	0.0	-19.6	-79.0	-27.3	51.7	65.4

9030 Obergericht

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren gemäss geltendem Recht
A2 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	A1	442	400	461	61	15.3
L2	Erledigung von Berufungen	A1	1 141	1 100	1 145	45	4.1
L3	Erledigung von Beschwerden	A1	2 118	2 000	2 161	161	8.1
L4	Erledigung von anderen Verfahren	A1	1 412	1 200	1 380	180	15.0
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	9 835	9 300	10 763	1 463	15.7
L6	Eingänge	A1	9 842	9 300	10 600	1 300	14.0
L7	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	2 877	2 700	2 706	6	0.2
L8	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	1	1	1.02	0.02	2.00
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	4 735	5 254	4 405	-849	-16.2
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1	145 734	143 922	148 504	4 582	3.2
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	53.8	72	51.7	-20.3	
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	76.6	92	79	-13	
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	2.6	1.9	2.8	0.9	47.4
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsvertretungen, in Mio. Franken	A1	0.9	0.7	0.9	0.2	28.6
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	1.0	1.1	1.1	0.0	0.0

Bemerkungen

- Allg. Die Budgetwerte der Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2018–2022 erstellt. Das Erreichen der Budgetwerte ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- L1 Im Berichtsjahr sind sowohl die Anzahl eingegangener Verfahren als auch Erledigungen erneut angestiegen.
- L2, L3 Bei leicht gesunkenen Eingängen bei den Strafkammern liegen die Erledigungen aufgrund der zusätzlichen Personalressourcen über dem Prognosewert, sodass die Pendenzen reduziert werden konnten.
- L5, L6 Die hohen Werte bei den Erledigungen und Eingängen absolut sind überwiegend auf die Verfahren der Justizverwaltung zurückzuführen. Insbesondere bei der Aufsichtscommission über die Anwältinnen und Anwälte, der Anwaltsprüfungskommission, der Fachgruppe Sprachdienstleistungen und dem Generalsekretariat mussten mehr Verfahren bearbeitet werden.
- L7 Da mehr Verfahren erledigt wurden als eingingen, konnten die Pendenzen, primär im Rechtsprechungs Bereich, gesenkt werden.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft ist gegenüber der Prognose und dem Vorjahr aufgrund der hohen Erledigungszahlen, des Rückgangs des Wertberichtigungsbedarfs, der hohen Nachinkassoerträge sowie der gestiegenen Vergütung der Notariate für den IT-Bereich gesunken.
- B2 Die durchschnittliche Lohnsumme stieg aufgrund des nicht budgetierten Teuerungsausgleichs und des Stufenanstiegs der Mitglieder.
- W1, W2 Der Anteil von innert 6 Monaten erledigten Berufungsverfahren nahm aufgrund der hohen Geschäftslast bei den Berufungskammern sowie wegen zahlreicher komplexer und aufwendiger Verfahren leicht ab. Bei den Beschwerdeverfahren konnte der Anteil von innert 6 Monaten erledigten Verfahren gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.
- W3, W4, W5 Die Indikatoren W3–W5 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden. Die Prognosen für die Zahlungen des Staates wurden deshalb auf der Grundlage des Durchschnittswerts der Vorjahre 2018–2022 erstellt. Die Kosten für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen, unentgeltliche Rechtsvertretungen und Parteient-schädigungen) sind erneut angestiegen und liegen deutlich über dem Fünfjahresdurchschnitt.

Entwicklungsschwerpunkte

9030 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die immer zahlreicheren Gesetzesänderungen führen häufig zu Mehrbelastungen an den Gerichten, sodass die Abläufe und die Ressourcenzuteilung an die Kammern und an das Handelsgericht laufend überprüft werden müssen. Abgeschlossen 2024

9030 10d Umsetzung der Dachstrategie der Zürcher Zivil- und Strafgerichte

Die Dachstrategie gibt die allgemeine strategische Stossrichtung für die nächsten Jahre vor. Gestützt darauf werden die Umsetzungsmassnahmen in den identifizierten Handlungsfeldern von sieben breit abgestützten Projekt- bzw. Arbeitsgruppen gestaffelt erarbeitet. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten in den verschiedenen Projektgruppen weitergeführt und vielfach abgeschlossen werden. Verzögert 2024

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
	284.6	295.2	295.2	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	35.4	35.1	0.0	0.0	35.1	37.2	2.2	6.2
Aufwand	-82.0	-83.9	0.0	0.0	-83.9	-84.6	-0.7	-0.8
Saldo	-46.6	-48.9	0.0	0.0	-48.9	-47.4	1.5	3.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-8.1	-7.3	0.0	-3.9	-11.2	-9.8	1.4	12.8
Saldo	-8.1	-7.3	0.0	-3.9	-11.2	-9.7	1.5	13.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
3.7	A1	- Die Berechnung des Wertberichtigungssatzes erfolgt rollend anhand der Erfahrungswerte der letzten fünf Jahre. Die Aktualisierung anhand der Daten des Berichtsjahrs führte zu einer Senkung des Wertberichtigungssatzes. Geringe Gebührenerträge in den vergangenen Jahren führten zu tieferen Forderungsverlusten.
3.1	A1	- Der Anstieg bei den Projektkosten und den Kosten für den IT-Betrieb der Notariate führte zu einer höheren Vergütung im Bereich des IC-Ertrages ans Obergericht.
0.7	A1	- Erfolgreiche Bemühungen im Rahmen des Nachinkassos
-0.3	A1	- Die laufenden IT-Projekte der Notariate führten zu Mehrausgaben, welche an die Notariate weiterverrechnet werden.
-0.4	A1	- Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs für die Modernisierung der Fachapplikationen der Notariate stiegen die Abschreibungen stärker an als budgetiert.
-0.7	A1	- Der gewährte Teuerungsausgleich von 1.6% war zentral bei der Finanzdirektion budgetiert und führte zur Überschreitung des Personalaufwands.
-1.0	A1	- Die Kosten für amtliche Mandate sind anhaltend hoch. Insbesondere die Auslagen für amtliche Verteidigungen in Strafverfahren liegen deutlich über dem Budgetwert.
-1.8	A1	- Höhere Kosten für externe Projektleitungs- und Wartungsdienstleistungen primär im IT-Bereich.
-1.9	A1	- Es konnten nur vereinzelt Entscheide mit hohen Gebühren fakturiert werden.
0.1		- Übrige Abweichungen

Rechtspflege Leistungsgruppe 9030

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.1	0.1	
- Rückerstattung für Schallschutzfenster; Seilergraben 1	0.0	0.1	0.1	- Die Stadt Zürich beteiligte sich an der bereits erfolgten Installation von Schallschutzfenstern.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-11.2	-9.8	1.4	
- Informatikinvestitionen für die Gerichte und Notariate-Software (Anpassungen an den Geschäftsapplikationen)	-3.3	-6.0	-2.7	- Im Projekt «Modernisierung Fachapplikationen Notariate» kam es zu einer Überschreitung des Budgetkredits.
- Informatikinvestitionen für die Gerichte und Notariate-Hardware (Realisierung Projektportfolio; Lifecycle Management)	-3.9	-2.9	1.0	- Aufgrund der Mehrausgaben im Softwarebereich wurden geplante Hardwareinvestitionen aufgeschoben.
- Übertragung in das Verwaltungsvermögen der Gerichte und Gesamtinstandsetzung der Liegenschaft Florhofgasse 2	-2.0	-0.2	1.8	- Die Instandsetzung der Liegenschaft verzögert sich aufgrund verschiedener Abklärungen. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Kühlung Obmannamtsgasse	-0.4	-0.1	0.3	- Verzögerungen im Bauprojekt
- diverse bauliche Vorhaben	-1.5	-0.3	1.2	- Verschiedene Projekte konnten noch nicht abgeschlossen werden.
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar	-0.2	-0.2	0.0	
- Übrige	0.1	-0.1	-0.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -701041	Verwendung 2024 167583	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) -700000	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -1 233 458	Veränderung Bestand -532 417

Bemerkungen

Die Rücklagen wurden für Personalförderungsmassnahmen verwendet. Die Bildung von Rücklagen wird mit den Mehrerträgen beim Nachinkasso begründet.

9040 Bezirksgerichte

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren gemäss geltendem Recht
A2 Ausbildung junger Juristinnen und Juristen am Gericht (Auditorinnen und Auditoren sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber)
A3 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von summarischen Verfahren	A1	38790	36900	40283	3383	9.2
L2	Erledigung von Zivilprozessen	A1	6808	7400	7122	-278	-3.8
L3	Erledigung von Strafprozessen	A1	2509	2300	2559	259	11.3
L4	Erledigung von Hafttrichtersachen	A1	3220	3000	3532	532	17.7
L5	Erledigung von Mietschlachtungen	A1	8621	4200	8786	4586	109.2
L6	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	62935	56700	65442	8742	15.4
L7	Eingänge	A1	65844	56700	64424	7724	13.6
L8	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	13531	10300	12436	2136	20.7
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	0.96	1	1.02	0.02	2.00
L10	Verhältnis Auditoren : Gerichtsschreiber (Zielwert)	A2	0.7	0.8			
B1	Durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	1897	2396	2164	-232	-9.7
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1	108815	108691	110164	1473	1.4
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	73	75	74.6	-0.4	
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	20.5	15	21.3	6.3	42.0
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände, in Mio. Franken	A1	16.3	15	15.7	0.7	4.7
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	2.4	1.7	2.0	0.3	17.6

Bemerkungen

- Allg. Die Budgetwerte der Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2018–2022 erstellt. Das Erreichen der Budgetwerte ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- L1 Der erneute Anstieg der Eingänge führte zu einer Zunahme bei den Erledigungen, welche deutlich über dem Fünfjahresdurchschnitt liegen.
- L2 Trotz des Anstiegs der Eingangszahlen entsprechen die Erledigungen den Eingängen, sodass die Pendenzenlast stabil blieb.
- L3, L4 Die Eingänge bei den Kollegialstrafverfahren und dem Zwangsmassnahmengericht sind deutlich angestiegen. Obwohl mehr Strafverfahren erledigt werden konnten als im Vorjahr, ist die Pendenzenlast angestiegen.
- L5 Aufgrund der Anpassung des hypothekarischen Referenzzinssatzes per 1. Dezember 2023 sind auch im Berichtsjahr aussergewöhnlich viele Verfahren im Bereich der Mietschlachtungen eingegangen. Ein erheblicher Anteil dieser Verfahren konnte bereits erledigt werden.
- L6, L7, L8 Die Geschäftslast bei den Bezirksgerichten liegt erneut deutlich über dem Fünfjahresdurchschnitt. Da mehr Verfahren erledigt werden konnten als eingingen, ist die Anzahl Pendenzen gesunken.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft liegt trotz des erneuten Anstiegs bei den Kosten der Rechtsprechung unter dem Prognosewert. Dies ist auf die hohen Erledigungszahlen zurückzuführen.
- B2 Der gewährte Teuerungsausgleich auf den Löhnen von 1.6% war im Budget zentral bei der Finanzdirektion eingestellt und führte zu einer dementsprechend höheren durchschnittlichen Lohnsumme.
- Allg. Die Indikatoren W2–W4 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden. Die Prognosen für die Zahlungen des Staates werden deshalb auf der Grundlage des Durchschnittswerts der Vorjahre 2018–2022 erstellt.
- W2, W3, W4 Bei den Zahlungen des Staates für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen, unentgeltliche Rechtsvertretungen und Parteientschädigungen) ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Insbesondere bei der amtlichen Verteidigung in Strafsachen kam es wiederum zu einer deutlichen Kostenzunahme. Die Anzahl der fakturierten Fälle befand sich auf Vorjahresniveau, wobei die Kosten pro Fall zugenommen haben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9040 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Bezirksgerichte. Abgeschlossen 2024

9040 10d Umsetzung der Dachstrategie der Zürcher Zivil- und Strafgerichte

Die Dachstrategie gibt die allgemeine strategische Stossrichtung für die nächsten Jahre vor. Gestützt darauf werden die Umsetzungsmassnahmen in den identifizierten Handlungsfeldern von sieben breit abgestützten Projekt- bzw. Arbeitsgruppen gestaffelt erarbeitet. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten in den verschiedenen Projektgruppen weitergeführt und vielfach abgeschlossen werden. Verzögert 2024

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	772.8	793.2	802.6	9.4	1.2

Bemerkungen R24 zu B24

9.4 Zur Bewältigung der Geschäftslast, insbesondere für Bearbeitung der Schlichtungsverfahren in Miet- und Pachtsachen, und für den Ersatz von Personalausfällen mussten zusätzliche, überwiegend befristete Stellen bewilligt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	41.4	38.4	0.0	0.0	38.4	41.2	2.9	7.5
Aufwand	-176.7	-173.5	0.0	0.0	-173.5	-182.9	-9.4	-5.4
Saldo	-135.3	-135.1	0.0	0.0	-135.1	-141.6	-6.5	-4.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-12.6	-32.9	0.0	-15.0	-47.9	-14.8	33.1	69.1
Saldo	-12.6	-32.9	0.0	-15.0	-47.9	-14.8	33.1	69.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.5		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
2.9	A1	- Verzögerungen in Bauprojekten führten zu einem Rückgang der prognostizierten Abschreibungen.
2.9	A1	- Der Gebührenertrag fiel höher aus als budgetiert. Es konnten rund 2100 Verfahren mehr fakturiert werden.
0.6	A1	- Verschiedene Nebenkostengutschriften führten zu einer positiven Abweichung gegenüber dem budgetierten Wert.
-0.6	A1	- Aufgrund der Erhöhung der Preise der Schweizerischen Post und der Zunahme der zu bearbeitenden Verfahren entstanden höhere Portokosten.
-2.5	A1	- Die Mehrerträge aus den vergangenen Jahren führten zu höheren Forderungsverlusten.
-2.6	A1	- Der Teuerungsausgleich wurde zentral bei der Finanzdirektion eingestellt. Zur Bewältigung der hohen Geschäftslast, primär bei den Schlichtungsbehörden in Miet- und Pachtsachen, mussten vorwiegend befristete Personaleinsätze bewilligt werden, welche nicht im Budget enthalten waren.
-7.2	A1	- Die Kosten für amtliche Mandate liegen auch dieses Jahr deutlich über dem Fünfjahresdurchschnitt. Insbesondere bei den amtlichen Verteidigungen in Strafsachen ist erneut ein Anstieg zu verzeichnen.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rechtspflege Leistungsgruppe 9040

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-47.9	-14.8	33.1	
- Bezirksgericht Andelfingen: Zentrumsüberbauung, Leuchtenersatz (2024)	-1.1	-0.1	1.0	- Verzögerungen im Bauprojekt. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Bülach: PV-Anlage, Leuchtenersatz	-0.4	-0.1	0.3	- Personelle Ressourcenengpässe bei einem Lieferanten sind Grund für die Verzögerungen im Projekt.
- Bezirksgericht Hinwil: Neubau Gerichtsgebäude	-14.6	-1.0	13.6	- Der Übertrag in das Verwaltungsvermögen der Gerichte ist noch nicht erfolgt. Das Bauprojekt verzögerte sich aufgrund des politischen Prozesses der Kreditbewilligung. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Winterthur: Div. kleinere Projekte, Leuchtenersatz	-0.3	-0.1	0.2	- Verzögerungen bei Kleinprojekten. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Zürich: Gesamtinstandsetzung Liegenschaft Wengistrasse 30	-29.5	-12.6	16.9	- Beim Bauprojekt kam es aufgrund von Produktionsproblemen eines wichtigen Handwerkbetriebes zu Verzögerungen. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Bezirksgericht Zürich: Provisorium Airgate	-0.6	-0.2	0.4	- Verzögerungen begründet durch den Zusammenhang mit dem Projekt Gesamtinstandsetzung W30.
- Bezirksgericht Zürich: verschiedene bauliche Vorhaben (Ersatz Schliessanlage, Anpassungsarbeiten Wengistrasse 28, bauliche Anpassungen im Haftbereich usw.)	-0.7	-0.5	0.2	- Verzögerungen im Bauprojekt. Der nicht beanspruchte Kredit wird ins neue Rechnungsjahr übertragen.
- Übrige	-0.7	-0.2	0.5	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -2048877	Verwendung 2024 243336	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -1805541	Veränderung Bestand 243336

Bemerkungen

Die Bezirksgerichte verwenden Rücklagen für Personalförderungsmassnahmen.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Aufgaben

- A1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte
- A2 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren, dem Notariat übertragenen, Aufgaben im Rahmen des eidgenössischen und kantonalen Rechts
- A3 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs nach den Vorgaben des eidgenössischen und kantonalen Rechts
- A4 Erledigung der dem Konkursamt durch das eidgenössische Recht übertragenen Aufgaben

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspekts im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt, in % (Zielwert)	A2, A3	90	90	90	0	
L2	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mt., in % (Zielwert)	A3	92.5	90	88.8	-1.2	
L3	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mt., in % (Zielwert)	A3	96.3	95	93	-2	
L4	Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: abgeschlossene Verfahren (Zielwert)	A3	0	2	0	-2	-100.0
L5	Beurkundungen	A2	52649	58800	53449	-5351	-9.1
L6	Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	A3	74926	78900	76883	-2017	-2.6
L7	Konkurserledigungen	A4	2510	2100	2611	511	24.3
L8	Erledigte Erbschaftssachen	A2	246	230	253	23	10.0
L9	Beglaubigungen	A2	121333	121300	119940	-1360	-1.1
L10	Grundbuchauszüge	A3	86586	82500	80216	-2284	-2.8
L11	Erledigte Geschäfte	A1	338250	343900	333352	-10548	-3.1
B1	Deckungsgrad, in % (Aufwand/Ertrag)	A1	118	116	116	0	
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1, A2, A3, A4	103210	107840	109469	1629	1.5
B3	Durchschnittlicher Aufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	245	225	266	41	18.2
W1	Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit, in %	A1	90	90	90	0	
W2	Erledigung des Konkursverfahrens innerhalb eines Jahres, in % (Mindestwert)	A4	95	75	91	16	

Bemerkungen

- L2, L3 Aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens (insbesondere bei den Grundstückkaufverträgen um gut 8% und den Konkurseröffnungen um 15%) und des Fachkräftemangels verzögerte sich die Verarbeitung der Grundbuchgeschäfte.
- L4 Im Berichtsjahr konnte für keine weitere Gemeinde das eidgenössische Grundbuch in Kraft gesetzt werden. Die Prioritäten lagen bei der Verarbeitung des ordentlichen Tagesgeschäfts und der Digitalisierung der Grundbuchdaten.
- L5 Bei den Beurkundungen von Rechten an Grundstücken ist eine Zunahme von rund 3% zu verzeichnen. Zurückgegangen sind hingegen die Beurkundungen im Gesellschaftsrecht (gut -1%) und bei den übrigen zu beurkundenden Geschäften (eidesstattliche Erklärungen, Schrankfachöffnungen, Verlosungen, Bürgschaften, vollstreckbare öffentliche Urkunden usw.; -5%) sowie die Beglaubigungen (-1%).
- L6 Eine Tagebuchnummer kann mehrere Geschäfte umfassen. Obwohl die Anzahl der Grundbuchgeschäfte insgesamt leicht gesunken ist, haben die Tagebuchnummern im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, da die Tagebuchnummern mit nur einem Grundbuchgeschäft angestiegen sind.
- L7 Die Eingänge bei den Konkursverfahren haben um über 15% zugenommen. Obwohl durch die Stärkung der Mobilen Equipe Konkurs mehr Verfahren als im Vorjahr abgeschlossen werden konnten, hat die Pendenzenlast zugenommen.
- L9, L10, L11 Der Rückgang bei den Beglaubigungen und Grundbuchauszügen führte zu einer Abnahme der erledigten Geschäfte.

- B2 Der gewährte Teuerungsausgleich auf den Löhnen von 1.6% war im Budget zentral bei der Finanzdirektion eingestellt und führte zu einer dementsprechend höheren durchschnittlichen Lohnsumme.
- B3 Die erledigten Geschäfte sind einzig aufgrund des Rückgangs bei den Beglaubigungen und bei den Grundbuchauszügen gesunken. In Verbindung mit dem grösseren finanziellen Aufwand resultiert eine Erhöhung des durchschnittlichen Aufwands pro erledigtes Geschäft.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9060 10a Erarbeitung eines Konzeptes zur Digitalisierung neuer Hauptbelege zum Grundbuch.

Das Konzept wurde erstellt. Damit bestehen Vorgaben, welche die spätere Verwendung der digitalisierten Hauptbelege in Geschäftsanwendungen sicherstellen sollten. Abgeschlossen 2024

9060 10b Vollständige Umstellung auf das elektronische Grundbuch.

Seit Ende 2017 steht mit eGBZH die Applikation für die elektronische Grundbuchführung allen Grundbuchämtern zur Verfügung. Für die zusätzlich zum ordentlichen Tagesgeschäft zu bewerkstelligende Übernahme der Daten ab Papiergrundbuch in die digitalisierte Form sind den Notariaten 15 befristete Projektstellen bewilligt. Das Verifizieren der übernommenen Daten liegt in der Verantwortung von Fachkräften mit Expertise in der Grundbuchführung. Von den knapp 720 000 Grundstücken im Kanton wurden per Ende Berichtsjahr 86% (Vorjahr: 79%) in eGBZH geführt. Dabei haben bereits 21 (Vorjahr: 17) Grundbuchämter die Datenübernahme abgeschlossen und führen alle ihre Grundstücke in eGBZH. Verzögert 2026

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	445.9	448.3	440.7	-7.6	-1.7

Bemerkungen R24 zu B24

Allg. Den 44 Notariaten und dem Notariatsinspektorat standen 448.3 bewilligte Vollzeitstellen zur Verfügung. Darin enthalten sind 15 befristete Projektstellen für das Informatikgrundbuch eGBZH sowie 6 ebenfalls befristete Stellen für den Ausbildungspilot Quereinstieg. Aufgrund des immer akuter werdenden Fachkräftemangels konnten leider verschiedene Stellen nicht besetzt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	98.1	98.6	0.0	0.0	98.6	102.8	4.2	4.3
Aufwand	-83.0	-85.3	0.0	0.0	-85.3	-88.8	-3.5	-4.1
Saldo	15.1	13.4	0.0	0.0	13.4	14.1	0.7	5.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.7	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-1.4	0.6	29.9
Saldo	-0.7	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-1.4	0.6	29.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
4.1	A2, A3, A4	- Die Zunahme bei den Beurkundungen und bei den Handänderungen (insbesondere bei den Käufen) in Verbindung mit gestiegenen Immobilienpreisen sowie der Anstieg bei den Konkursöffnungen führten zu höheren Gebührenerträgen in allen drei Bereichen.
0.5		- Aufgrund des Fachkräftemangels konnten verschiedene Stellen nicht besetzt werden, was trotz der Mehrkosten durch die nicht budgetierte Teuerungszulage zu Einsparungen beim Personalaufwand führte.
0.2		- Tiefere Abschreibungen aufgrund einer verzögerten Bauabrechnung
0.1	A3	- Grundbuchgebühren aus dem elektronischen Grundbuchzugriff im Abrufverfahren
-0.3	A1, A4	- Die Zahl der erledigten Konkursverfahren liegt deutlich über dem Durchschnittswert der letzten fünf Jahre und auch über dem Vorjahreswert. Das führte zu höheren Forderungsverlusten bei Verfahren ohne Kostenvorschuss (Nachlasskonkurse und Konkursverfahren nach Art. 731b OR).
-0.3		- Höhere Notariatsgebühren bewirken höhere Mehrwertsteuern.
-0.5		- Die Mietkosten wurden gemäss der Weisung des Regierungsrates auf dem Niveau des Jahres 2023 budgetiert, welches aufgrund der gestiegenen Mietpreise zu tief war.
-3.1		- Der Anstieg bei den Projektkosten und den Kosten für den IT-Betrieb der Notariate führte zu einer höheren Vergütung an das Obergericht.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rechtspflege

Leistungsgruppe 9060

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.0	-1.4	0.6	
- Bauliche Investitionen (Renovationsbedarf bei verschiedenen Notariaten, Umbauten)	-1.1	-1.0	0.1	- Der Ausbau der neuen Büros des Notariats Affoltern erfolgte innerhalb des Budgets.
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar für verschiedene Notariate	-0.9	-0.4	0.5	- Mehrere Mobiliaranschaffungen für verschiedene Notariate erreichten die Aktivierungsgrenze nicht.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023	Verwendung	Antrag Bildung 2024	Bestand 31.12.2024	
plus Bildung 2023	2024	(verbucht 2025)	plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-943548	179000	-180000	-944548	-1000

Bemerkungen

Verwendung: Die Notariate verwenden Rücklagen für Personalförderungsmassnahmen.

Bildung: Der Saldo der Erfolgsrechnung weist gegenüber dem Budget eine Verbesserung von 0.7 Mio. Franken auf.

9063 Verwaltungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2024 zu entnehmen, der etwa im April 2025 veröffentlicht wird (www.vgrzh.ch).

Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A4	903	1050	944	-106	-10.1
L2	Eingänge	A4	981	1050	1021	-29	-2.8
L3	Pendenzen	A4	507	430	584	154	35.8
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A4	5.3	6	6.2	0.2	3.3
B1	Durchschnittlicher Lohnaufwand pro Personalstelle, in Fr.	A4	171090	170500	173690	3190	1.9
B2	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A4	9243	8430	9390	960	11.4
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A4	622	740	568	-172	-23.2
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A4	208	250	261	11	4.4
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A4	63	55	104	49	89.1
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A4	10	5	11	6	120.0
W11	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände, in Fr.	A4	93400	150000	92900	-57100	-38.1

Bemerkungen

- L1 Die Zahl der Erledigungen lag 10% unter den Erwartungen. Der Anteil der Eingänge in den aufwendigen und zeitintensiven Verfahren (insbesondere von Baurechtsfällen) ist weiterhin hoch. Sodann konnten aufgrund des Fachkräftemangels nicht alle Gerichtsschreiberstellen durchgehend besetzt werden.
- L2 Die Anzahl der eingegangenen Fälle stieg im Berichtsjahr und lag nur leicht unter der budgetierten Annahme von 1050. Das Fallgut bleibt weiterhin anspruchsvoll und zeitintensiv, wobei hinzukommt, dass auch in den weniger anspruchsvollen Verfahren im Vergleich zum Vorjahr wieder eine Zunahme an Eingängen zu beobachten ist. Die Geschäftslast ist deshalb hoch.
- L3 Die Anzahl der pendenten Fälle stieg auf 584 Fälle und übertraf den Budgetwert um 35.8%.
- L4 Die Nettoverfahrensdauer stieg leicht um 0.2 Monate an. Mehr Fälle benötigten eine Bearbeitungszeit zwischen 7 und 24 Monaten.
- B1 Dieser Indikator wird berechnet aus den Grundlöhnen der Richterinnen und Richter, einschliesslich Funktionszulagen, sowie den Grundlöhnen des Personals einschliesslich Zulagen, jedoch ohne Dienstaltersgeschenke und Ersatzrichterentschädigungen geteilt durch den Beschäftigungsumfang von 40.3 Stellen. Der durchschnittliche Lohnaufwand pro Personalstelle liegt 1.9 % über dem budgetierten Wert. Grösstenteils führte die gewährte Teuerung von 1.6% zu dieser Erhöhung.
- B2 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess lag aufgrund der tieferen Anzahl der Erledigungen und des höheren Jahresergebnisses 11.4% über dem budgetierten Wert.
- W1, W2, W3, W4 Die abgeschlossenen Prozesse innert 6 Monaten nahmen gegenüber dem budgetierten Wert und im Vergleich zum Vorjahr weiter ab. Es erfolgte eine Verlagerung in die Bereiche von 12–24 Monaten Bearbeitungsdauer. Der Grund für diese Entwicklung liegt im veränderten Fallgut mit mehr aufwendigen Verfahren sowie in der seit diesem Berichtsjahr wieder generellen Zunahme der Eingänge. Hinzu kommt der gestiegene Aufwand für die Justizverwaltung durch die Vorbereitung der Digitalisierung und das Liegenschaftsprojekt.
- W11 In weniger Fällen als angenommen wurde eine unentgeltliche Rechtsbeistandung gewährt. Der Wert liegt im Bereich des Vorjahres.

Entwicklungsschwerpunkte

9063 10a Laufende Überprüfung der personellen Mittel und Geschäftsabläufe unter Berücksichtigung der Pendenzenlast

Im Geschäftsjahr wurden die Ressourcen auf dem Generalsekretariat zur Entlastung der Richterschaft erhöht und es wurden vermehrt Ersatzrichtende eingesetzt. Die Pendenzen können mit den gegenwärtigen Strukturen und Ressourcen bei gleichbleibender Geschäftslast nicht in naher Zukunft abgebaut werden.

Stand bis
Verzögert 2027

9063 10c Bewältigung der Geschäftslast unter Einhaltung der Budgetvorgaben sowie unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität

Die Verfahren können nicht mehr speditiv erledigt werden.

Verzögert 2027

9063 10d Gesamterneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit den unterstellten Gerichten und Aufbau einer digitalen Infrastruktur gemäss den Anforderungen der Projekte Justitia 4.0 (Bund) und DigiLex (Kanton Zürich)

Die Umsetzung der Digitalisierungsprojekte DigiLex, Helium und Justitia 4.0 findet in Zusammenarbeit mit den unterstellten Gerichten und der Staatskanzlei sowie der Justizdirektion statt. Aufgrund des Verkaufs der vom Verwaltungsgericht verwendeten Fachapplikation Juris an einen neuen IT-Dienstleister, konnte ein Grossteil der geplanten Erweiterungen und Erneuerungen der Gerichtssoftware (noch) nicht umgesetzt werden.

Verzögert 2027

9063 10e Bezug einer neuen Gerichtsliegenschaft, die einem zeitgemässen Gerichtsbetrieb dient und den kantonalen Standards bezüglich Sicherheit und Barrierefreiheit entspricht.

Der Mietvertrag mit den SBB wurde unterzeichnet. Die Projektplanung verzögert sich aufgrund politischer Diskussionen zum Thema Flächenstandard.

Verzögert 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
38.6	39.7	40.3	0.6	1.4

Bemerkungen R24 zu B24

0.6 Der Beschäftigungsumfang wurde im Bereich des administrativen Personals um 0.6 Stellen befristet aufgestockt, um Abgänge von langjährigen Mitarbeitenden aufzufangen (z.B. Einführung von neuen Mitarbeitenden, Überbrückung von Absenzen durch bezogene Dienstaltersgeschenke und Restferienguthaben).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.4	2.8	0.0	0.0	2.8	2.7	-0.1	-4.4
Aufwand	-10.7	-11.7	0.0	0.0	-11.7	-11.5	0.1	0.9
Saldo	-8.3	-8.8	0.0	0.0	-8.8	-8.9	-0.0	-0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	0.0	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.2	0.6	78.9
Saldo	0.0	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.2	0.6	78.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
		- Es wurden in der Bilanz Rücklagen in Höhe von Fr. 53 000 aufgelöst. Die Leistungsgruppe schliesst gegenüber Budget 2024 um Fr. 37 800 besser ab.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.7	-0.2	0.6	
- Neue Liegenschaft	-0.4	-0.2	0.2	- Verzögerung des Bauprojekts aufgrund politischer Diskussion zum Thema Flächenstandard
- Hard- und Softwarebeschaffung zur Umsetzung des Digitalisierungsprojekts	-0.3	0.0	0.3	- Die budgetierten Hard- und Softwarebeschaffungskosten wurden teilweise über AFI und DigiSol via interne Verrechnung abgewickelt bzw. nicht benötigt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023	Verwendung	Antrag Bildung 2024	Bestand 31.12.2024	
plus Bildung 2023	2024	(verbucht 2025)	plus Bildung 2024	Veränderung Bestand
-260 738	53 000	0	-207 738	53 000

Bemerkungen

Es wurden Rücklagen in Höhe von Fr. 53 000 im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Teambildung verwendet.

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2025 veröffentlicht wird.

Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigungen	A1	1768	2007	1470	-537	-26.8
L2	Eingänge	A1	1695	1984	1821	-163	-8.2
L3	Pendenzen	A1	1122	1199	1473	274	22.9
L4	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	A1	1.04	1.01	0.81	-0.20	-19.80
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	8204	8042	9725	1683	20.9
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.	A1	159427	161014	164112	3098	1.9
W1	Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen innert 6 Monaten, in %	A1	47.3	38	42.7	4.7	
W2	Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 6 und 12 Monaten, in %	A1	37.2	37	41.3	4.3	
W3	Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 12 und 24 Monaten, in %	A1	12.6	23	14.0	-9.0	
W4	Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen über 24 Monate, in %	A1	2.9	2	2.0	0.0	
W5	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsvertreter (URV)	A1	227703	290000	201078	-88922	-30.7
W6	Zahlungen des Staates an Parteien	A1	3800	4000	0	-4000	-100.0

Bemerkungen

- L1 Im Vergleich zum Budget waren im Berichtsjahr 3,2 Gerichtsschreibende weniger am Gericht beschäftigt. Zusätzlich wurden infolge geringeren Arbeitsanfalls 3.8 Gerichtsschreibende an andere Gerichte ausgeliehen. Dies schlug sich in den Erledigungszahlen nieder.
- L2 Nachdem in den letzten Jahren durchwegs sinkende Eingänge zu verzeichnen waren, stieg die Zahl der Eingänge im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 126 Fälle an.
- L3 Infolge der gestiegenen Eingänge und der gesunkenen Erledigungen nahmen die Pendenzen zu.
- L4 Im Berichtsjahr entwickelten sich die Eingänge und Erledigungen gegenläufig, wodurch das aufgrund der tiefen Pendenzen überholte Ziel nicht erreicht werden konnte. Diese vorübergehende Entwicklung war notwendig, um wieder genügend spruchreife Fälle zur Bearbeitung zu erhalten (vgl. auch die Bemerkung zu L1).
- B1 Infolge tieferer Erledigungszahlen resultierte eine Zunahme des durchschnittlichen Nettoaufwands pro Geschäft.
- B2 Die durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle nahm aufgrund der Teuerung/Lohnentwicklung zu.
- W1 Dieser Indikator verbesserte sich im Vergleich zum Budget um knapp 5%.
- W2 Dieser Wert entwickelte sich im Berichtsjahr ebenfalls positiv. Das Total von W1 und W2 zeigt, dass insgesamt 84% der Verfahren innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden konnten.
- W3 Die Erledigungen der Kategorie «erledigt zwischen 12 und 24 Monaten» nahmen gegenüber der Vorjahresrechnung leicht zu.
- W4 Lediglich 2% der Prozesse beanspruchten für die Erledigung über 2 Jahre.
- W5 Aufgrund des Rückgangs der Anzahl Fälle gab es weniger Zahlungen an unentgeltliche Rechtsvertretungen.
- W6 Die Zahlungen an Parteien aufgrund von Bundesgerichtsurteilen sind seit Jahren auf einem niedrigen Niveau stabil. Im Berichtsjahr betrugen sie null.

Entwicklungsschwerpunkte

9064 1a Die Zahl der Pendenzen beträgt in der KEF-Periode rund 1200.

Dieses Ziel wurde mit 1122 Pendenzen bereits Ende 2023 erreicht. Ziel war nunmehr, die Mitarbeitenden optimal auszulasten und gleichzeitig sicherzustellen, dass keine Mitarbeitenden verloren gehen, insbesondere im Hinblick auf die bereits absehbare erneute Erhöhung des Arbeitsanfalls. Aus diesem Grund wurden Gerichtsschreibende im Umfang von 3.8 Jahresstellen an andere Gerichte ausgeliehen.

Stand bis

Abgeschlossen 2027

9064 1b Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt weiterhin mindestens 38%.

Das Ziel wurde im Berichtsjahr übertroffen, indem 42.7% der Verfahren innert 6 Monaten abgeschlossen werden konnten.

Abgeschlossen 2024

9064 1c Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 22%.

Das Ziel wurde im Berichtsjahr übertroffen: Lediglich 16% der Prozesse wiesen eine Verfahrensdauer von über einem Jahr auf.

Abgeschlossen 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	64.5	65.2	60.9	-4.2	-6.5

Bemerkungen R24 zu B24

-4.2 Infolge von Vakanzen blieb im Berichtsjahr insgesamt eine halbe Richterstelle unbesetzt. Ausserdem wurden 3.2 Gerichtsschreiberstellen wegen des tiefen Pendenzenstandes nicht besetzt. Zusätzlich wurden infolge geringeren Arbeitsanfalls Gerichtsschreibende im Umfang von 3.8 Jahresstellen an andere Amtsstellen ausgeliehen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.8	0.5	0.0	0.0	0.5	0.8	0.3	56.9
Aufwand	-15.3	-16.6	0.0	0.0	-16.6	-15.1	1.6	9.4
Saldo	-14.5	-16.1	0.0	0.0	-16.1	-14.3	1.8	11.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-2.5	-16.2	0.0	-0.7	-16.9	-1.3	15.6	92.3
Saldo	-2.5	-16.2	0.0	-0.7	-16.9	-1.3	15.6	92.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.4	A1	- Nichtausschöpfung des Stellenplans des Personals um 3.7 Stellen
0.3	A1	- Innerkantonale Ausleihe von Personal (Intercompany)
0.2	A1	- Weniger Software-Unterhalt. Die Inbetriebnahme des RMS-Systems (digitales Dateiablagensystem) verzögerte sich.
0.2	A1	- Ausserkantonale Ausleihe von Personal sowie Unfalltaggelder
0.2	A1	- Weniger unentgeltliche Rechtsvertreter sowie Gutachten
0.1	A1	- Tiefere SV-Beiträge infolge Nichtausschöpfung des Stellenplans
0.1	A1	- Infolge von Vakanzen blieben 0.5 Richter-Jahresstellen unbesetzt.
-0.1	A1	- Gebäudereinigung neu auf Kto. DL Dritter
0.4		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-16.9	-1.3	15.6	
- Neubauprojekt	-16.7	-0.8	15.9	- Beim Projekt ergaben sich Verzögerungen. Am 28. Oktober 2024 hat der Kantonsrat den Objektkredit für den Neubau des Sozialversicherungsgerichts bewilligt.
- IT-Investitionen (Hardware)	-0.1	-0.5	-0.4	- Hardware-Anschaffung (Server/Datenspeicher)
- Übrige	-0.1	0.0	0.1	

9065 Baurekursgericht

Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse sank im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 982 auf 851 Eingänge (2022: 1012; 2021: 984; 2020: 956; 2019: 815; 2018: 789). Erledigt wurden 914 Rekursverfahren (Vorjahr: 1015). Die Pendenzen sanken infolge der hohen Anzahl an Erledigungen um 8% auf 710 Geschäfte (Vorjahr: 773; 2022: 806; 2021: 733). Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) belief sich im Berichtsjahr auf 4,6 Monate (Vorjahr: 4,3 Monate). Innert der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten konnten 79% der Verfahren erledigt werden (Vorjahr: 81%).

Am 30. Mai wählte der Kantonsrat Felix Holenstein zum Ersatzrichter (Fachperson für Land- und Forstwirtschaft) für den im Vorjahr zum Abteilungspräsidenten gewählten Frank Kessler. Im juristischen Sekretariat gab es keine personellen Änderungen. Im Verwaltungssekretariat waren im Berichtsjahr zwei Aus- sowie vier Eintritte zu verzeichnen. Auf der Webseite des Baurekursgerichts (www.baurekursgericht-zh.ch) stehen der Öffentlichkeit neben allgemeinen Informationen aktuelle Entscheide und eine Entscheiddatenbank mit Urteilen ab 1990 zur Einsicht offen.

Aufgaben

- A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie von kantonalen Amtsstellen und Bezirksräten (Lex Koller), von Entscheiden der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von landwirtschaftlichen Streitigkeiten im Klageverfahren. Seit dem 1. Juli 2014 ist das Baurekursgericht auch zuständig für Anordnungen, die in Anwendung des Gewässerschutzgesetzes, des Abfallgesetzes, des Strassengesetzes (teilweise), des Wasserwirtschaftsgesetzes, des Energiegesetzes (teilweise) und des Waldgesetzes ergehen. Seit dem 1. Januar 2021 können überdies auf das Mehrwertausgleichsgesetz gestützte Regelungen beim Baurekursgericht angefochten werden.
- A2 Qualitativ gute Rechtsprechung
- A3 Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 339a PBG)
- A4 Für die Rechtsuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV)
- A5 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet
- A6 Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A1, A2	1015	1000	914	-86	-8.6
L2	Eingänge	A1	982	1000	851	-149	-14.9
L3	Pendenzen	A1, A3	773	750	710	-40	-5.3
L4	Durchschnittliche Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A1, A3	4.3	5	4.6	-0.4	-8.0
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.		130010	131313	132553	1240	0.9
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A1	3905	4262	4259	-3	-0.1
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A1, A3	821	800	725	-75	-9.4
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A1, A3	158	150	149	-1	-0.7
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A1, A3	36	50	37	-13	-26.0
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A1, A3	0	0	3	3	

Bemerkungen

Allg. Positiv hervorzuheben ist, dass im Berichtsjahr mehr Rekurse erledigt wurden als eingingen (851 Eingänge, 914 Erledigungen) und die Pendenzen von 773 auf 710 gesenkt werden konnten.

Entwicklungsschwerpunkte

9065 10a Laufende Überprüfung der personellen Mittel und der Geschäftsabläufe unter Berücksichtigung der Pendenzenlast

Die Überprüfung fand im Berichtsjahr laufend statt. Im Fokus stand die weiterhin hohe Geschäftslast. Die Besetzung von Gerichtsschreibendenstellen war bzw. ist aufgrund des Fachkräftemangels erschwert.

Stand bis

Planmässig 2027

9065 10b Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht und Aufbau einer Digitalisierungsinfrastruktur gemäss den Anforderungen der Projekte Justitia 4.0 (Bund) und DigiLex (Kanton Zürich)

Die Umsetzung der Digitalisierungsprojekte DigiLex, Helium und Justitia 4.0 findet in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht statt.

Planmässig 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	28.1	29.9	28.1	-1.8	-6.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.1	2.4	0.0	0.0	2.4	2.4	-0.0	-0.0
Aufwand	-6.1	-6.7	0.0	0.0	-6.7	-6.3	0.4	5.6
Saldo	-4.0	-4.3	0.0	0.0	-4.3	-3.9	0.4	8.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-0.2	0.0	0.0	-0.2		0.2	100.0
Saldo		-0.2	0.0	0.0	-0.2		0.2	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.3		- Einsparungen von Fr. 298 900 durch verzögerte bzw. durch den Fachkräftemangel erschwerte Stellenwiederbesetzungen/-veränderungen, Vakanzen und Rotationsgewinne
0.1		- Weitere Einsparungen beim Personalaufwand von Fr. 138 200 hauptsächlich durch bezogene, unbezahlte Urlaube (Fr. 44 200), Abnahme der Rückstellungen bezüglich der Mehrleistungen des Personals (Fr. 33 100), Minderausgaben bezüglich Überbrückungszuschüsse (Fr. 20 000), Bezug von Dienstaltersgeschenken in Urlaubstagen (Fr. 16 400) sowie durch übrige, sich aus verschiedenen Positionen zusammensetzende, personalbezogene Minderausgaben (Fr. 24 500)
0.1		- Einsparungen beim übrigen Aufwand von Fr. 123 500, welche sich hauptsächlich durch nicht angefallene Kosten bezüglich der neuen Geschäftsverwaltung (Fr. 60 000), durch Minderausgaben für Gutachten (Fr. 10 000), durch geringere IT-Kosten (Fr. 8000) sowie durch einen sparsamen Umgang bzw. geringeren allgemeinen Bedarf (Fr. 45 500) ergeben.
0.1		- Rundungsdifferenz
-0.0		- Mehrausgaben beim übrigen Aufwand von Fr. -34 200 ergeben sich hauptsächlich durch die erhöhten Mietnebenkosten (Fr. -18 300) sowie durch Rücklagen gedeckte Investitionen (Fr. -9800; vorgezogener Teil der Erneuerung der Beleuchtungsanlage)
-0.2		- Mehrausgaben von Fr. -156 900 ergeben sich beim Personalaufwand hauptsächlich durch die Teuerungszulage 2024 (Fr. -69 900), erhöhte Entschädigungszahlungen an die Mitglieder (Fr. -24 100), individuelle Lohnerhöhungen (Fr. -20 700), Weiterbildung in Hinblick auf die Digitalisierung (Fr. -12 200) sowie durch übrige personalbezogene Mehrausgaben (Fr. -30 000).
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.2	0.0	0.2	
- Hard- und Softwarebeschaffung infolge der Digitalisierung	-0.2	0.0	0.2	- Diese Beschaffung erfolgt nicht über die Investitionsrechnung des Baurekursgerichts.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -198089	Verwendung 2024 21 707	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) -20000	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -196382	Veränderung Bestand 1 707

Bemerkungen

Auflösung von Rücklagen: Massnahmen zur Förderung der Unternehmenskultur und Teambuilding und Teilfinanzierung einer Investition (Erneuerung Beleuchtungsanlage).

Antrag zur Bildung von Rücklagen: Es wurden 7.4% mehr Rekurse erledigt als eingingen und die Pendenzen konnten um 8% gesenkt werden.

9066 Steuerrekursgericht

Im Berichtsjahr gingen deutlich weniger Geschäfte beim Steuerrekursgericht ein als im Vorjahr bzw. in der Planung vorgesehen. Die Anzahl an Geschäftserledigungen lag über dem Vorjahres- und nur leicht unter dem Planungswert. Die Pendenzenlast konnte damit unter den Planungswert abgebaut werden. In finanzieller Hinsicht konnte das ausserordentlich gute Ergebnis des Vorjahrs nicht wiederholt werden. Indes konnte auch im Berichtsjahr ein besseres Ergebnis erzielt werden als geplant, da aufwandseitig insbesondere bei den Personalkosten, aber auch beim Sachaufwand Einsparungen möglich waren und der Gebührenertrag nur leicht unter den Erwartungen lag. Das Projekt Helium für die Einführung einer neuen Geschäftsverwaltungssoftware befindet sich im Submissionsverfahren, während beim hiervon abgetrennten Teilprojekt Überführung der Rechnungslegung in SAP

die Initialisierungsphase abgeschlossen werden konnte. Zur Sicherstellung des digitalen Rechtsverkehrs gemäss den ab 2026 geltenden kantonalrechtlichen Vorgaben (DigiLex) wurden weitere Tests insbesondere betreffend Kommunikationskanäle durchgeführt. Das Steuerrekursgericht hat im Zusammenhang mit der Motion KR-Nr. 157/2022 (Eine kantonale Gerichtsstanz in Steuerverfahren) die notwendigen Vorbereitungsarbeiten (Gesetzesänderungen/Kostenschätzungen) durchgeführt und eine Vernehmlassung eingereicht. Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts über das Jahr 2024. Dieser wird voraussichtlich im April 2025 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Webseite www.strgzh.ch abrufbar sein.

Aufgaben

- A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
- A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
- A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A3	521	550	534	-16	-2.9
L2	Eingänge	A3	528	550	498	-52	-9.5
L3	Pendenzen	A3	369	360	333	-27	-7.5
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A3	8.4	8	7.6	-0.4	-5.0
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.	A3	143893	143882	142985	-897	-0.6
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A3	4062	4631	4443	-188	-4.1
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A3	260	290	279	-11	-3.8
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A3	141	150	167	17	11.3
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A3	93	90	64	-26	-28.9
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A3	27	20	24	4	20.0

Bemerkungen

- L1 Die 534 Erledigungen des Berichtsjahres liegen über dem Vorjahreswert (521) und leicht unter dem Planungswert (550 Erledigungen). Ein leicht unter der Planung liegender Beschäftigungsumfang (15.8 anstatt 16.1 Vollzeitstellen) stand der vollständigen Erreichung des Planungswerts entgegen.
- L2 Die Anzahl der im Berichtsjahr eingegangenen Geschäfte liegt moderat unter dem Vorjahreswert (498 anstatt 528) und deutlich unter dem Planungswert von 550 Geschäften.
- L3, L4 Die verminderte Anzahl an Geschäftseingängen verbunden mit der nahe am Planungsziel liegenden Anzahl an Geschäftserledigungen führte zu einem deutlichen Abbau der Pendenzenlast unter den Planungswert (333 statt 360 Geschäfte). Die Nettoverfahrensdauer von 7.6 Monaten lag tiefer als im Vorjahr und in der Planung vorgesehen (8 Monate).
- B2 Die durchschnittliche Lohnsumme pro Vollzeitstelle hat sich im Vergleich zur Vorperiode und zur Planung leicht reduziert. Teuerung und Lohnentwicklung konnten durch Rotationsgewinne als Folge verschiedener Funktionswechsel mehr als kompensiert werden.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess lag deutlich über dem Vorjahres- sowie moderat unter dem Planungswert. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen der Sachaufwand (insbesondere Wertberichtigung Debitoren) sowie die internen Verrechnungen (insbesondere IT-Kosten zufolge Kombination Kosten Amt für Informatik und Digital Solutions Direktion der Justiz und des Innern zufolge Einführung des Digitalen Arbeitsplatzes). Zudem konnte der sehr hohe Ertrag des Vorjahres nicht wiederholt werden. Im Vergleich zur Planung konnten Personalkosten (insbesondere zufolge Rotationsgewinnen, verminderten Beschäftigungsumfangs, Mutterschaftsentschädigung und eines geringeren Entschädigungsvolumens für Ersatzrichtende) und Sachaufwand (insbesondere geringere Gutachterkosten) eingespart werden. Das Ertragsziel wurde nur knapp verpasst.
- W1 Die Anzahl der Erledigungen innert 6 Monaten erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr nominal (von 260 auf 279) wie auch prozentual (von 49.9% auf 52.2%). Im Vergleich zur Planung lag sie nominal unter dem Planungswert (279 anstatt 290), entsprach indes prozentual weitestgehend (52.2% anstatt 52.7%).

Entwicklungsschwerpunkte

9066 1a Stabilisierung der Pendenzenlast unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität

Die Anzahl an Pendenzen konnte mit 333 Geschäften unter den Planungswert (360 Geschäfte) abgebaut werden.

Stand bis

Planmässig 2027

9066 10a Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht und Durchführung Digitalisierungsprojekt Justitia 4.0 von Bund und Kantonen (Bundesplattform Rechtsmittelverkehr und Justizakten-Applikation)

Mit einem Submissionsentscheid für die Geschäftsverwaltungssoftware kann im ersten Halbjahr 2025 gerechnet werden.

Planmässig 2027

9066 10b Digitalisierung des Rechtsmittelverkehrs einschliesslich Scanning (Projekt DigiLex Kanton Zürich)

Der Regierungsrat hat das Inkrafttreten der Revision auf den 1. Januar 2026 festgesetzt.

Verzögert 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
15.8	16.1	15.8	-0.4	-2.2

Bemerkungen R24 zu B24

Allg.

R24 zu B24 Nichtnutzung Pensumsreserve Leitender Gerichtsschreiber, unbezahlter Urlaub für Prüfungsvorbereitung und nach Mutterschaftsurlaub in der Richterschaft, nur teilweise kompensiert durch vorübergehende Pensumserhöhung einer Steuerrichterin. Einmonatige Vakanz bei den Gerichtsschreibern.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.3	1.2	0.0	0.0	1.2	1.2	-0.0	-3.7
Aufwand	-3.4	-3.7	0.0	0.0	-3.7	-3.5	0.2	5.8
Saldo	-2.1	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-2.4	0.2	6.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-0.2	0.0	0.0	-0.2		0.2	100.0
Saldo		-0.2	0.0	0.0	-0.2		0.2	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

0.2 Abweichungen total R24 zu B24^{plus}

0.1 A1, A2, A3 - Geringere Personalkosten (insbesondere geringere Lohnsumme Richterschaft und Mitarbeitende trotz Teuerungsausgleichs und individuellen Lohnerhöhungen aufgrund von Rotationsgewinnen, nur teilweise kompensierter unbezahlter Urlaube, einer Kurzvakanz bei den Gerichtsschreibern und der Nichtnutzung Pensumsreserve Leitender Gerichtsschreiber [+ 0.057]; geringeres Entschädigungsvolumen für Ersatzrichterschaft [+0.061]; geringer Sozialversicherungsbeiträge [+0.027]; Taggelder Mutterschaftsversicherung [+ 0.022]; Erhöhung Rückstellungen Ferien- und Gleitzeitguthaben [-0.019]).

0.1 A1, A2, A3 - Geringerer Sachaufwand und interne Verrechnungen (geringere Gutachterkosten fallbezogen und für Digitalisierung [+0.103]; geringere tatsächliche Forderungsverluste [+0.045], nur wenige Mobilfunkentschädigungen [+0.006]; nicht budgetierte Ersatzanschaffungen Geräte und Beleuchtung [-0.012]; höhere Wertberichtigung Forderungen [-0.075])

-0.0 A1, A2, A3 - Geringerer Ertrag (insbesondere zufolge ausserordentlich tiefer Rückerstattungen Gutachterkosten zufolge des Rückgangs von Geschäften mit Gutachtenbedarf [-0.057])

0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.2	0.0	0.2	
- Verschiebung Investition neue Geschäftsverwaltungssoftware von P24 auf P27 mit Erhöhung von Fr. 120 000 auf Fr. 140 000. Vorverschiebung Investition Digitalisierung Geschäftsein- und -ausgang gemäss DigiLex von 2025 auf 2024 mit Erhöhung von Fr. 100 000 auf Fr. 200 000. Erstmalige Erfassung Investition Anbindung Bundesjustizplattform und Justizaktenapplikation 2025 Fr. 80 000.	-0.2	0.0	0.2	- Die Investitionen werden bei Digital Solutions der Direktion der Justiz und des Innern in der Investitionsrechnung geführt und künftig in die Rechnungstellung für die laufenden EDV-Kosten pro Arbeitsplatz mit einbezogen, weshalb auf Stufe Steuerrekursgericht die Führung einer Investitionsrechnung entfällt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -45295	Verwendung 2024 12677	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) -30000	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -62618	Veränderung Bestand -17323

Bemerkungen

Im Vergleich zur Planung konnten beim Personalaufwand insgesamt erhebliche Einsparungen getätigt werden. Mehrkosten ohne Einflussmöglichkeit (z.B. Teuerungsausgleich / individuelle Lohnerhöhungen) standen mehrheitlich Minderkosten ohne Einflussmöglichkeit des Steuerrekursgerichts gegenüber (z.B. Mutterschaftsentschädigung, Rotationsgewinne, Kurzvakanz Gerichtsschreibendenstelle). Gewisse Minderkosten (z.B. Nichtnutzung Pensumsreserve Leitender Gerichtsschreiber, Gewährung unbezahlter Urlaube, verringertes Honorarvolumen Ersatzrichtende durch zurückhaltende Zuteilung von Geschäften) konnte das Steuerrekursgericht beeinflussen. Die Einsparungen beim Sachaufwand und bei den internen Verrechnungen waren weitestgehend durch externe Umstände verursacht. Der prognostizierte kumulierte Gebührenertrag zulasten Privater und der Steuerbehörden wurde trotz der Einsparungen im Personalbereich leicht übertroffen. Das Gesamtertragsziel wurde einzig aufgrund eines ausserordentlich geringen Rückerstattungsvolumens für Gutachterkosten als Folge der geringen Anzahl an Fällen mit Gutachterbedarf verfehlt.

Zu konsolidierende Organisationen

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3752.9	3830.3	0.0	0.6	3830.9	3883.5	52.7	1.4
Aufwand	-3759.3	-3832.8	0.0	-0.6	-3833.4	-3887.4	-54.0	-1.4
Saldo	-6.4	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-3.9	-1.4	-54.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.3	10.9	0.0	2.6	13.6	10.3	-3.3	-24.6
Ausgaben	-87.6	-81.5	0.0	-6.7	-88.2	-72.5	15.7	17.8
Saldo	-85.3	-70.5	0.0	-4.1	-74.6	-62.2	12.3	16.5

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Bereits vor zwei Jahren wurde im Rahmen der ZVV-Strategie beschlossen, dass künftig keine Tickets mehr in Regionalbussen verkauft werden sollen. Auf dieser Grundlage wurde der Kauf beim Fahrpersonal per Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahres eingestellt. Es stehen aber mehrere Alternativen für den Ticketkauf zur Verfügung auch für Fahrgäste, die keine digitalen Kanäle nutzen können oder möchten. So können Tickets oder Abonnemente neu per Telefon beim Kundendienst ZVV-Contact gekauft werden und sind anschliessend unmittelbar auf dem SwissPass abrufbar.

In den nächsten Jahren soll der öffentliche Verkehr noch umwelt- und klimafreundlicher werden. Der ZVV unterstützt und finanziert deshalb laufend Vorhaben der Verkehrsunternehmen. Der langfristige Ersatz von Dieselnissen durch Elek-

trobusse steht dabei im Vordergrund. Im Dezember hat die neu elektrifizierte Trolleybuslinie 5 in Winterthur den Betrieb aufgenommen.

Nachdem Ende 2023 die Umsetzungsfrist des Behindertengleichstellungsgesetzes ausgelaufen ist, hat im Berichtsjahr der Ersatzfahrdienst für Menschen im Rollstuhl den Betrieb aufgenommen. Der vom ZVV koordinierte Shuttledienst steht bei noch nicht umgebauten Haltestellen zur Verfügung, die keine selbstständige Nutzung für Menschen mit Behinderung zulassen. Der Shuttle-Fahrdienst wird gemäss Beschluss des Regierungsrates bis spätestens Ende 2027 über die Rechnung des ZVV finanziert. Bis dann werden die gesetzlichen Grundlagen für eine verursachergerechte Finanzierung erarbeitet.

Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares öffentliches Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur
- A2 Interessenwahrung des Kantons Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	25.3	25.2	25.3	0.1	0.4
L2	Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	13.0	13.1	13.1	0.0	0.0
L3	Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	53.3	54.6	53.4	-1.2	-2.2
L4	Kilometer Schiffe und Bergbahnen, in Mio.	A1	0.7	0.7	0.5	-0.2	-28.6
B1	Kostenunterdeckung pro Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	4.15	4.67	4.53	-0.14	-3.00
B2	Kostenunterdeckung Verbund, in Mio. Fr.	A1	383.2	437.5	417.9	-19.6	-4.5
B3	Gesamtkosten pro Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	12.0	12.46	12.42	-0.04	-0.32
B4	Kostendeckungsgrad, in %	A1	65.3	62.5	63.5	1.0	
W1	Personenkilometer, in Mio.	A1	3729	3803	n.a.		
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	77	76	78	2	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget L3, L4 wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- L4 In den Vorjahren waren fälschlicherweise die Leistungen der Fähre Horgen-Meilen in den Schiffskilometern enthalten, obwohl diese nicht durch den ZVV finanziert wird. Dieser Fehler wurde korrigiert.
- B1, B2, Die Kostenunterdeckung und die Gesamtkosten fielen insbesondere aufgrund der tieferen Abgeltungen an die defizitfinanzierten Verkehrsunternehmen geringer aus als erwartet.
- B4 Der Kostendeckungsgrad fiel insbesondere aufgrund der tieferen Abgeltungen an die defizitfinanzierten Verkehrsunternehmen höher aus, als noch bei der Budgetierung angenommen.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

9300 6a Die aufgrund der Bevölkerungs-, der Arbeitsplatz- und der Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage bis 2027 (Grundlage 2019) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr soll abgestimmt auf die angestrebte räumliche Entwicklung und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit abgedeckt werden.

Das tatsächliche Nachfragewachstum im ZVV-Gebiet liegt im Rahmen der Erwartungen. Das Angebot wird punktuell angepasst, wo Optimierungen nötig sind sowie dort, wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.

Stand bis

Planmässig 2027

9300 6b Das Angebot wird mit dem Ziel, den Modal Split deutlich zu verbessern, dort angepasst, wo Marktpotenzial oder Kapazitätsengpässe bestehen. Die Ausgestaltung des Angebots trägt zum Dekarbonisierungsziel des Kantons bei.

Die Angebotsplanung erfolgt im zweijährigen Fahrplanverfahren. Das Angebot für die Fahrplanperiode 2025/2026 wurde im Sommer des Berichtsjahres vom Verkehrsrat bewilligt. Das Verfahren für die nächste Fahrplanperiode 2027/2028 wird 2025 gestartet.

Planmässig 2027

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9300

9300 6c Die Kundenzufriedenheit soll in der Messung Servicequalität des ZVV auf dem Niveau von mindestens 76 Punkten gehalten werden.

Bisherige Messungen belegen, dass die Kundenzufriedenheit auf dem gewünschten hohen Niveau gehalten werden kann. Mit 78 von 100 möglichen Punkten übertrifft die Gesamtzufriedenheit im Berichtsjahr trotz anspruchsvollem Umfeld weiterhin den in der ZVV-Strategie definierten Zielwert.

Planmässig 2027

9300 6d Die Kostenunterdeckung wird nach Abflauen der Coronapandemie schrittweise wieder gesenkt. Der Kostendeckungsgrad soll demgegenüber wieder erhöht werden.

Die budgetierte Kostenunterdeckung wird unterschritten. Der Kostendeckungsgrad kann über dem in der ZVV-Strategie definierten Ziel von 60% gehalten werden.

Planmässig 2027

9300 6e Die Verkehrsleistungen werden klimafreundlich und energieeffizienter als heute erbracht unter Berücksichtigung eines angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Die technischen Möglichkeiten zur Dekarbonisierung werden bei den Fahrzeug-Neubeschaffungen im ZVV konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Die Anzahl der Dieselsebusse beginnt nun erstmals merklich abzunehmen. In Winterthur wurde per Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahres die Linie 5 auf Trolleybusbetrieb umgestellt und weitere Linien werden folgen. Die Dekarbonisierung ist insgesamt äusserst anspruchsvoll und komplex (insbesondere das zeitliche Zusammenspiel zwischen Fahrzeugbeschaffungen und dem Bereitstellen der Ladeinfrastrukturen, aber auch die Einsatzplanung im Betrieb). Die Finanzierung der für die Dekarbonisierung nötigen Infrastrukturen aus dem Verkehrsfonds ist derzeit teilweise nicht gesichert, was die Zielerreichung längerfristig gefährden könnte.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
34.2	38.5	37.6	-0.9	-2.3

Bemerkungen R24 zu B24

0.9 Aufgrund von Unterbrüchen bei Personalwechseln und von Restanteilen verschiedener Teilzeitanstellungen wurde der Stellenplan nicht vollständig ausgeschöpft.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 103.7	1 165.8	0.0	0.0	1 165.8	1 146.2	-19.6	-1.7
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	191.6	218.7	0.0	0.0	218.7	208.9	-9.8	-4.5
Aufwand	-1 103.7	-1 165.8	0.0	0.0	-1 165.8	-1 146.2	19.6	1.7
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-0.7	0.0	0.0	-0.7		0.7	100.0
Saldo		-0.7	0.0	0.0	-0.7		0.7	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.0	A1	- Dank der geringeren Abgeltungen an die defizitfinanzierten Verkehrsunternehmen konnte die geplante Kostenunterdeckung um 19.6 Mio. Franken unterschritten werden. Dies führt zu einem um 9.8 Mio. Franken geringeren Staatsbeitrag an den ZVV.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -267 707	Verwendung 2024 0	Antrag Bildung 2024 (verbucht 2025) 0	Bestand 31.12.2024 plus Bildung 2024 -267 707	Veränderung Bestand 0

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9300

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	332.7	337.9	5.2	1.6
Finanzvermögen¹⁾	332.7	337.9	5.2	1.6
Flüssige Mittel	4.5	3.7	-0.9	-19.1
Forderungen	306.2	311.9	5.7	1.9
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	22.0	22.3	0.4	1.6
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	0.7	0.2	-0.4	-66.3
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	0.7	0.2	-0.4	-66.3
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen	0.7	0.2	-0.4	-66.3
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	333.4	338.1	4.7	1.4
Fremdkapital	-333.1	-337.9	-4.7	-1.4
Kurzfristiges Fremdkapital	-303.7	-318.0	-14.3	-4.7
Laufende Verbindlichkeiten	-41.1	-37.8	3.4	8.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-46.1	-30.0	16.1	34.8
Passive Rechnungsabgrenzung	-206.2	-242.0	-35.7	-17.3
Kurzfristige Rückstellungen	-10.2	-8.2	2.0	20.0
Langfristiges Fremdkapital	-29.4	-19.9	9.5	32.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-20.2	-9.8	10.4	51.6
Langfristige Rückstellungen	-9.2	-10.1	-0.9	-9.7
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-333.4	-338.1	-4.7	-1.4
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	332.7	337.9	5.2	1.6

9350 Forensisches Institut Zürich

Das Forensische Institut Zürich (FOR) hat den Status einer kantonalen Polizeibehörde und ist als Spurenpolizei seit dem 1. Januar 2022 eine selbstständig öffentlich-rechtliche Anstalt, betrieben durch den Kanton und die Stadt Zürich. Das Institut ist für polizeiwissenschaftliche und forensisch-

kriminaltechnische Belange zuständig. Das Institutspersonal setzt sich aus zivilen Angestellten des FOR sowie Angehörigen der Kantonspolizei Zürich und der Stadtpolizei Zürich zusammen.

Aufgaben

- A1 Kriminaltechnisch-forensische Grundversorgung mit Spurensicherung und Spurenauswertung, dem sogenannten Sachbeweis, für Polizei und Strafuntersuchungsbehörden im Kanton Zürich sowie kriminaltechnisch-forensische und unfalltechnische Spezialversorgung im Kanton Zürich, für andere Kantone sowie den Bund
- A2 Gefahrenabwehr wie Chemiefachberatung am Ereignisort und Entschärfung (Unschädlichmachung) von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen im Auftrag der Kantone als einer von drei nationalen Entschärfungssstützpunkten
- A3 Wissenstransfer in kriminaltechnisch-forensischen sowie unfall- und sprengstofftechnischen Fachgebieten für eigene Fachkräfte und Partner
- A4 Angewandte Forschung und Entwicklung in kriminaltechnisch-forensischen sowie unfall- und sprengstofftechnischen Fachgebieten zwecks Erkennung von Trends und Weiterentwicklung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Forensischen Instituts Zürich (FOR); auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
L1 Spurensicherungen am Ereignisort	A1	3596	3500	3592	92	2.6
L2 Kriminal- und unfalltechnische Spurenauswertungen	A1	17178	17000	21905	4905	28.9
L3 Erkennungsdienstliche Erfassungen	A1	9908	9500	10371	871	9.2
L4 Einsätze Zürcher Entschärfungsdienst	A2	100	100	119	19	19.0
L5 Stunden für Instruktionen/Ausbildung	A3	17614	23000	19065	-3935	-17.1
B1 Aufträge pro Vollzeitstelle (inkl. abkommandierter Korpsangehöriger der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich)	A1	199	175	233	58	33.1
W1 Fingerabdruck-Treffer	A1	2130	1800	2345	545	30.3
W2 DNA-Treffer	A1	1275	900	1299	399	44.3
W3 Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmende mindestens «gut», in %	A3	92	90	92	2	2.2
W4 Laufende Projekte angewandte Forschung und Entwicklung	A4	25	20	28	8	40.0

Bemerkungen

- L2 Zunahme Ausweisuntersuchungen unter anderem aufgrund höherer Arrestantenzahlen. Mehr Fingerabdruck- und DNA-Treffer generieren mehr interne Aufträge.
- B1 Zunahme erkennungsdienstlicher Erfassungen und kriminaltechnischer Aufträge

Entwicklungsschwerpunkte

9350 1b Ausbau von 3D-Technologie sowie Augmented Reality und Virtual Reality für forensische Anwendungen

Kollaborationen zwecks Nutzung von Synergien. Stand bis

Planmässig 2025

9350 1c Digitalisierung und Weiterentwicklung der Auswertung von digitalen Spuren

Integration von zusätzlichem Fachwissen Informatik/Digitalisierung. Stand bis

Planmässig 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
	70.5	72.6	71.3	-1.3	-1.7

Bemerkungen R24 zu B24

- 1.3 Unterbrüche bei Wiederbesetzungen

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9350

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	43.2	44.9	0.0	0.0	44.9	43.8	-1.2	-2.6
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	25.2	26.4	0.0	0.0	26.4	25.5	-0.9	-3.4
Aufwand	-43.2	-44.9	0.0	0.0	-44.9	-43.8	1.2	2.6
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.8	-1.0	0.0	-0.2	-1.2	-0.9	0.4	29.6
Saldo	-1.8	-1.0	0.0	-0.2	-1.2	-0.9	0.4	29.6
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen				
Ausgaben total	-1.2	-0.9	0.4					
- Sachinvestitionen (Geräte und Fahrzeuge)	-1.2	-0.9	0.3	- Lieferverzögerungen bei Geräten und Fahrzeugen				
- Übrige	0.0	0.0	0.0					

Ausgeglichene Rechnung ohne Antrag auf Gewinnverwendung/Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Rechnung des Forensischen Instituts Zürich soll mittelfristig ausgeglichen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Kostenbeiträge des Kantons Zürich und der Stadt Zürich

so berechnet, dass der jährliche Aufwand kostendeckend finanziert werden kann. Im Berichtsjahr konnte eine kostendeckende Finanzierung innerhalb des Budgets mit ausgeglichener Rechnung gewährleistet werden. Damit entfällt ein Antrag auf Gewinnverwendung bzw. Verlustdeckung.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9350

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	3.9	5.8	1.9	48.6
Finanzvermögen¹⁾	3.9	5.8	1.9	48.6
Flüssige Mittel				
Forderungen	3.2	5.4	2.2	68.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.6	0.3	-0.3	-49.6
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.1	0.1	-0.0	-1.4
Anlagevermögen	4.7	4.6	-0.1	-1.5
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	4.7	4.6	-0.1	-1.5
Sachanlagen	4.7	4.6	-0.1	-1.5
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	8.6	10.4	1.8	21.3
Fremdkapital	-8.6	-10.4	-1.8	-21.3
Kurzfristiges Fremdkapital	-8.4	-10.2	-1.8	-21.7
Laufende Verbindlichkeiten	-8.1	-9.9	-1.8	-22.6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.1	-0.0	0.1	93.0
Kurzfristige Rückstellungen	-0.2	-0.3	-0.1	-31.7
Langfristiges Fremdkapital	-0.2	-0.2	-0.0	-2.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.2	-0.2	-0.0	-2.4
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital				
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-8.6	-10.4	-1.8	-21.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	3.9	5.8	1.9	48.6

9600 Universität Zürich

Die Zahl der Studierenden steigt auf einen neuen Höchstwert von 28 476.

Die Universität Zürich (UZH) entwickelt ihr Lehrangebot laufend weiter. Das neue Programm «DSI Minor Digital Skills» für digitale Transformation und der «Biodiversitäts-Master» sind interdisziplinär ausgerichtet. Die neue Förderlinie «Engage Now» der universitären Lehrförderung macht Studierendenprojekte national und international sichtbar.

Die acht universitären Forschungsschwerpunkte der zweiten Serie laufen mit sehr erfreulicher Bilanz aus. Über die vier Jahre wurden 36 neue Professuren mit neuen Denominationen geschaffen und 473 Nachwuchsforschende ausgebildet, die zum Teil an international renommierte Lehrstühle berufen wurden.

Der UZH Space Hub ist Teil einer Absichtserklärung mit dem internationalen Konsortium Starlab Space, um die nachfolgende Raumstation der heutigen ISS mit der Entwicklung und den Betrieb von Nutzlasten und Experimenten zu unterstützen. Mit dem schweizweit ersten Lehrstuhl für Gendermedizin fördert die UZH geschlechtsspezifische Forschung zu Krankheitsursachen und -symptomen.

Die erste von drei Mittelschulen hat zwei umgebaute Gebäude auf dem Campus Irchel bezogen, der Startschuss für eine national einzigartige Nachbarschaft von Gymnasium und Hochschule.

Die Finanzabteilung hat sich neu aufgestellt, um die dezentralen Einheiten in finanziellen Belangen verstärkt und gezielter zu begleiten und so die Mittel effizienter einzusetzen.

Aufgaben

- A1 Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau einschliesslich nationaler und internationaler Zusammenarbeit
- A2 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen
- A3 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L9 Studierende gesamt	A1	27958	28560	28476	-84	-0.3
L5 Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	14382	14560	14667	107	0.7
L6 Studierende in Masterstudiengängen	A1	7557	7890	7782	-108	-1.4
L7 Studierende Lehramt	A1	576	470	594	124	26.4
L8 Studierende in Doktoratsstudiengängen	A2, A3	5443	5640	5433	-207	-3.7
L2 Habilitationen	A2, A3	136	80	82	2	2.5
B1 Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	26071	26291	26693	402	1.5
B2 Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2	44.9	46	44.9	-1.1	
B6 Anteil Drittmittel am Gesamtumsatz der Universität, in %	A2, A3	21.7	22	21.5	-0.5	
B3 Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaft (inkl. Doktorierende)	A1	73.6	73	82.0	9.0	12.3
B5 Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	A1	55.7	58	55.0	-3.0	-5.2
W8 Abschlüsse gesamt	A1	6250	6180	5589	-591	-9.6
W9 Bachelorabschlüsse	A1	2776	2830	2377	-453	-16.0
W10 Masterabschlüsse	A1	2429	2390	2177	-213	-8.9
W11 Abschlüsse Lehramt	A1	174	210	231	21	10.0
W15 Verleihene Dokorate	A1, A2, A3	871	750	804	54	7.2
W2 Laufende SNF-Projekte	A2	553	530	590	60	11.3
W3 Laufende EU-Projekte	A2	174	190	151	-39	-20.5
W6 Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss, in %		98	98	99	1	

Bemerkungen

- L9, L5, Die Anzahl Studierender ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Etwa drei Viertel dieses Anstiegs entfallen auf die kostenintensiven Fachbereiche Medizin sowie die exakten und Naturwissenschaften. Insgesamt entsprechen die Studierendenzahlen den prognostizierten B24-Werten, zwischen den Studienstufen sind Verschiebungen zu verzeichnen.
- L7 Gegenüber dem Vorjahr ist erneut ein Zuwachs bei der ausgewiesenen Anzahl Studierender zu verzeichnen, die sich nach einem Masterstudium für ein Lehrdiplomstudium einschreiben. Zusätzlich verfolgen 281 Studierende ein Lehrdiplomstudium parallel zum Bachelor-, Masterstudium oder Doktorat. Diese sind in der Statistik in den Masterstudiengängen bzw. verliehenen Doktoraten berücksichtigt, um Doppelzählungen zu vermeiden. Die effektive Anzahl Studierender im Lehrdiplomstudium beträgt insgesamt 875 (Vorjahr: 857).
- L2 Nach einer aussergewöhnlich hohen Anzahl von Habilitationen im Jahr 2023 hat sich deren Zahl im Berichtsjahr wieder auf das erwartete Niveau eingependelt.
- B1, B2 R24 enthält den zusätzlichen Kantonsbeitrag für den teilweisen Ausgleich der Lohnsteigerung. Die Berechnung bei B1 bezieht sich ausschliesslich auf den Kantonsbeitrag.
- W8 Die Anzahl der Abschlüsse ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Dies ist auf prozessuale Änderungen bei der Anmeldung zum Studienabschluss in der Philosophischen Fakultät zurückzuführen. Durch die Anpassung der Fristen für den Studienabschluss wurden einige Abschlüsse einmalig im vorherigen akademischen Jahr gezählt. Ab dem nächsten Jahr sollten sich die Abschlusszahlen wieder stabilisieren. In den anderen Fakultäten entwickelt sich die Anzahl der Abschlüsse überwiegend positiv, was auf die gestiegenen Studierendenzahlen während der Coronapandemie zurückzuführen ist.
- W11 Das Wachstum der Lehrdiplomstudierenden in den vergangenen Jahren spiegelt sich dieses Jahr erstmals in einer erhöhten Abschlusszahl wider.
- W2 Die Zahl umfasst alle an der UZH im Berichtsjahr laufenden SNF-Zusprachen zur Projektförderung. Die Projekte verteilen sich auf alle Disziplinen und Forschungsgebiete. Erfreulicherweise übertraf das Berichtsjahr die Erwartungen deutlich. Die Planwerte waren aufgrund von Schwankungen in den Vorjahren zu vorsichtig geschätzt.
- W3 Die meisten Ausschreibungen von EU-Projekten sind nicht themenoffen, der Erfolg bei der Einwerbung hängt stark von den jeweiligen, jährlich wechselnden Ausschreibungsthemen ab. Die UZH verfügt nicht bei allen Themen über die gleiche Expertise. Mehr als die Hälfte der laufenden EU-Projekte gehen auf das Vorgängerprogramm Horizon 2020 zurück. Aufgrund der Nichtassoziiierung der Schweiz an das aktuelle EU-Programm Horizon Europe in den Jahren 2021–2024 waren einige Programmbereiche für Forschende aus der Schweiz nicht zugänglich, was zu einem Rückgang an neuen Projekten führte. Mit der erneuten Assoziierung ab 2025 sollte sich die Situation wieder ändern.
- W6 Die Anzahl der Beschäftigten im ersten Jahr nach Abschluss ihres Masters bleibt auf hohem Niveau.

Entwicklungsschwerpunkte

9600 2a Unterstützung der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich der Medizin

Stand bis

Im Berichtsjahr führten die zwölf geförderten Projekte der Klinischen Forschungsschwerpunkte (KFSP) erfolgreich ihre Forschungstätigkeiten weiter. Neben der Forschung in strategisch relevanten medizinischen Themenbereichen war die Förderung des akademischen Nachwuchses ein wichtiger Teil der KFSP. Die Ende des Berichtsjahres ausgelaufenen KFSP werden im Rahmen der Möglichkeiten die aufgebauten Forschungskapazitäten und -strukturen langfristig weiterführen.

Planmässig 2027

In der Periode 2024–2025 wurden durch die Laufbahnförderung «Filling the Gap» 16 Neuanträge von jungen Klinikerinnen und Klinikern sowie neun Verlängerungsanträge bewilligt. In einer ersten Ausschreibung des neuen Advanced Clinician Scientist Förderprogramms wurde die Förderung von acht fortgeschrittenen Clinician Scientists beschlossen.

9600 2b Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren

Im Berichtsjahr wurden 22 bestehende Kompetenzzentren weitergeführt, wovon vier erfolgreich einen erneuten Anerkennungsprozess durchliefen. Das Ende 2023 neu gegründete Kompetenzzentrum Center for Human Immunology nahm offiziell seinen Betrieb auf. Zwei Kompetenzzentren haben sich im Berichtsjahr aufgelöst und werden ihre Aktivitäten in neuen, nachhaltigen Strukturen weiterverfolgen: Das 1998 gegründete Zentrum für Gerontologie wurde Anfang des Berichtsjahres in das Healthy Longevity Center überführt. Das 2014 gegründete Zentrum Künste und Kulturtheorie wurde in ein gemeinsames Zentrum der UZH und der Zürcher Hochschule der Künste umgewandelt.

Planmässig 2027

9600 2c Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte (UFSP)

Im Berichtsjahr durchliefen die fünf Universitären Forschungsschwerpunkte (UFSP) der dritten Serie eine Zwischenevaluation. Diese fiel bei allen Programmen positiv aus, sodass die Universitätsleitung deren Weiterfinanzierung in der nächsten Förderphase 2025–2028 bewilligte. Die acht UFSP der zweiten Serie laufen Ende Jahr aus, ihre Leistungen wurden im Frühling im Rahmen einer Abschlussveranstaltung gewürdigt.

Planmässig 2027

Auch die Finanzierung des von der UZH geleiteten Nationalen Forschungsschwerpunkts (NFS) «Evolving Language» wurde für weitere vier Jahre bewilligt. Der NFS vereint Forschungsgruppen aus der Linguistik, der Informatik und den Sozial- und Naturwissenschaften an mehreren Schweizer Hochschulen. Weiter reichte die UZH nach einem internen Vorauswahlverfahren elf Projektskizzen für neue NFS-Vorhaben beim Schweizerischen Nationalfonds ein. Nach einer ersten Begutachtungsrunde erreichten sechs davon die zweite Evaluationsstufe.

9600 2d Weitere Erhöhung der Drittmittel

Die Drittmittelerlöse konnten im Vergleich zum Vorjahr stark gesteigert werden. Die Diversifizierung der Finanzierungsbasis der UZH mittels konsequenter Einwerbung kompetitiver Drittmittel und Stärkung der UZH Foundation entspricht der Strategie der UZH und wird auch in den nächsten Jahren so weiterverfolgt.

Planmässig 2027

9600 2e Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in stark nachgefragten Fächern

In der Rechtswissenschaftlichen Fakultät hat sich das Betreuungsverhältnis gegenüber dem Vorjahr sichtlich verschlechtert. Dies ist auf zwei gleichlaufende Effekte zurückzuführen: einerseits auf das Wachstum der Studierendenzahl, andererseits auf einen Rückgang der Professuren aufgrund von Verzögerungen bei Wiederbesetzungen. In der Philosophischen Fakultät hat sich das Verhältnis leicht verbessert.

Planmässig 2027

9600 2f Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning/E-Assessment)

Die UZH verabschiedete im Berichtsjahr eine Digital Charter, die strategische Aktionslinien vorgibt, um unter anderem die digitale Lehre gezielt voranzutreiben. Besonderes Augenmerk galt im Berichtsjahr dem gesamtuniversitär koordinierten Wissensaufbau im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) sowie dem Bereitstellen von benutzerfreundlichen KI-Tools. Es wurde ein Konzept für einen Kompetenz-Hub erarbeitet, der Studierenden und Dozierenden niederschwellige Unterstützung bei der Nutzung von KI bietet. Zudem wurde ein KI-gestützter Chatbot entwickelt, der Dozierenden dabei helfen wird, ihre Lehrveranstaltungen effizient und qualitativ hochwertig zu planen und umzusetzen.

Planmässig 2027

9600 2g Entwicklung spezialisierter Masterprogramme; Förderung der Doktoratsstufe; Nachwuchsförderung

Die UZH setzt sich kontinuierlich für die Förderung des akademischen Nachwuchses ein. Dies geschieht durch zentrale Eigenmittel wie die UZH Candoc- und Postdoc-Grants, interuniversitäre Mobilitäts- und Doktoratsprogramme sowie speziell auf Postdocs ausgerichtete Fördermassnahmen. Dazu gehören Kurse zu überfachlichen Kompetenzen sowie umfangreiche Beratungs-, Coaching- und Vernetzungsangebote. Im Berichtsjahr initiierte die UZH eine Arbeitsgruppe, die transparente Regularien zur Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche Nachwuchskräfte nach der Promotion erarbeitet. Rollen und Erwartungen an Postdocs sollen klarer definiert werden. Darüber hinaus konnten Drittmittel eingeworben werden, um die Karrierechancen von Postdocs zu fördern.

Planmässig 2027

9600 2h Zusammenarbeit mit der ETH: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.

Im Berichtsjahr wurde die gemeinsame Technologieplattform «Functional Genomics Center Zurich» (FGCZ) positiv evaluiert. Vor allem die exzellente Präsenz aller Omics-Disziplinen unter einem Dach wurde dabei gewürdigt. Die gemeinsam betriebene Fachstelle für europäische Forschungsprogramme «EU GrantsAccess» wurde aufgelöst. Die jeweiligen Aufgaben wurden erfolgreich in die Grant Offices an den beiden Hochschulen integriert und dadurch Synergien im Bereich Forschungsförderung geschaffen.

Planmässig 2027

UZH und ETH sind Trägerhochschulen des Collegium Helveticum. Für die Periode 2025–2028 hat die UZH ihre Unterstützung erneuert und die jährlichen Finanzmittel erhöht, da sich das neu eingeführte Fellowship-Modell in Bezug auf nationale wie internationale Sichtbarkeit exzellent bewährt hat.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9600

9600 2i Umsetzung der UZH-Immobilienstrategie

Im Berichtsjahr hat die UZH ihre Immobilienportfoliostrategie gezielt in Richtung Stadtuniversität weiterentwickelt. Sie sichert damit die Basis für den Umgang mit den derzeitigen und zukünftigen infrastrukturellen Herausforderungen. Insbesondere ist das Immobilienportfolio UZH nach wie vor vom aufgestauten baulichen Unterhalt geprägt. Die Priorisierung der Investitionsvorhaben durch den Regierungsrat haben zur Folge, dass der Neubau Zentrum für Zahnmedizin in Hottingen (ehemaliges Kispi-Areal) nicht im KEF belassen werden konnte. Der Ersatzneubau für die Rechtsmedizin wurde hinter den Planungshorizont verlegt und die Gesamterneuerung des Hauptgebäudes im Botanischen Garten um vier Jahre in der Planung verschoben. Durch weitere Verschiebungen des baulichen Unterhalts steigt die Wahrscheinlichkeit des Bedarfs an ungeplanten Massnahmen zur Gewährleistung der Betriebssicherheit, welche teilweise durch zusätzliche Pakete stabilisierender Massnahmen kompensiert werden müssen.

Planmässig 2030

9600 2j Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH, Vorlage 5523)

Die Brückenprofessuren mit der Pädagogischen Hochschule Zürich und der Zürcher Hochschule der Künste wurden im Berichtsjahr besetzt. Vier neue digitalisierungsrelevante Professuren erhielten eine Anschubfinanzierung. Insgesamt wurden 31 Professuren durch die DIZH und die UZH unterstützt. Mit elf parallellaufenden vierjährigen Brücken-Postdoc-Fellowships wurde im Berichtsjahr ein Höchststand erreicht. 16 Doktorierende haben im Herbst in der vierten Kohorte des DSI PhD Excellence Program begonnen. Mehr als 1000 Bachelorstudierende nehmen am Studium Digitale oder an Teilen davon teil. Das Minor-Master-Studienprogramm «Digital Skills» wurde im Berichtsjahr Teil des regulären Studienprogramms, als erstes alle Fakultäten überspannendes interdisziplinäres Studienprogramm. UZH-Forschende arbeiteten in 46 teilweise hochschulübergreifenden Projekten des DIZH-Innovationsprogramms (2023: 25).

Planmässig 2029

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
5142.9	5340.0	5403.9	63.9	1.2

Bemerkungen R24 zu B24

63.9 Die UZH hat per 1. Januar das Anstellungsmodell für Promovierende gestärkt. Mit der neu festgelegten Mindestgrenze für die eigene Forschungsarbeit («Protected Time») erfolgt eine Steigerung der Attraktivität dieser Stellen und die Forschungsarbeit während der Qualifikationsphase wird gestärkt. Die Verlagerung von Leistungen für Lehre hin zu «Protected Time» kann in den Fakultäten nicht ressourcenneutral umgesetzt werden. Im Berichtsjahr resultiert daraus eine Überschreitung von rund 50 VZÄ, es entstehen keine zusätzlichen Kosten. Der Hauptfaktor hierfür ist die Erhöhung des Mindestbeschäftigungsgrads für Doktorierende von durchschnittlich 0.6 VZÄ auf 0.8 VZÄ (bei unverändertem Lohn).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1630.3	1652.4	0.0	0.0	1652.4	1699.0	46.6	2.8
- Beiträge Bund	149.4	150.1	0.0	0.0	150.1	150.7	0.6	0.4
- Beiträge anderer Kantone	151.9	156.4	0.0	0.0	156.4	147.8	-8.6	-5.5
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	731.5	753.7	0.0	0.0	753.7	763.0	9.3	1.2
Aufwand	-1629.3	-1652.4	0.0	0.0	-1652.4	-1697.2	-44.8	-2.7
Saldo	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.8	1.8	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.2	5.7	0.0	0.0	5.7	6.3	0.6	10.0
Ausgaben	-61.9	-45.9	0.0	0.0	-45.9	-49.4	-3.5	-7.5
Saldo	-61.7	-40.2	0.0	0.0	-40.2	-43.1	-2.9	-7.2

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9600

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.8		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
35.3	A1, A2, A3	- Mehrerträge hauptsächlich aus medizinischen Dienstleistungen: 0.7 Mio. Franken entfallen auf den neu geschaffenen Aufsuchenden Dienst Forensic Nurses, weitere 7 Mio. Franken werden durch zusätzliche Weiterverrechnung insbesondere von medizinischem Fachpersonal erzielt.
9.0	A1, A2, A3	- Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich: Teilweiser Ausgleich der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (7.4 Mio. Franken), kompetitiv erworbene Zusprachen aus dem DIZH-Innovationsprogramm (1.9 Mio. Franken). Demgegenüber steht ein tieferer Kostenbeitrag der Gesundheitsdirektion (-0.2 Mio. Franken).
4.1	A1, A2, A3	- Verzögerungsbedingte Unterschreitung im Anlage-Unterhalt
1.5	A1, A2, A3	- Tiefere Abschreibungen sowie tieferer Finanzaufwand
0.7	A2, A3	- Mit Drittmittel-Projekten erwirtschaftetes Ergebnis: Höherem Aufwand (-9.2 Mio. Franken) stehen höhere Projektbeiträge (+9.9 Mio. Franken) gegenüber.
0.6	A1, A2, A3	- Leicht höhere Grundbeiträge des Bundes gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG)
-1.9	A1, A2, A3	- Zusätzliche Anmietungen können nur teilweise durch erhöhte Baunutzungsbeiträge kompensiert werden.
-8.6	A1, A2, A3	- Geringere IUV-Einnahmen infolge tieferer Studierendenzahlen (das Budget wurde noch auf einer höheren Basis erstellt), einer geringeren Anzahl an IUV-relevanten Studierenden sowie überproportional weniger IUV-relevanter Studierender in der Kostengruppe III
-14.4	A1, A2, A3	- Mehraufwendungen wegen zusätzlichen Bedarfs an Betriebsmaterial und Bezug von externen Dienstleistungen
-24.5	A1, A2, A3	- Höherer Personalaufwand aufgrund der Teuerungszulage von 1.6% gemäss RRB Nr. 1130/2023. Weitere rund 7 Mio. Franken Personalkosten werden ergebnisneutral weiterverrechnet.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	5.7	6.3	0.6	
- Übrige	5.7	6.3	0.6	
Ausgaben total	-45.9	-49.4	-3.5	
- Projekte zur Erneuerung und Entwicklung der Grundausstattung an mobilen Geräten und (Erst-)Ausstattung bei Immobilienvorhaben. Ab 2025 sind Investitionen für die «Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen» geplant.	-45.9	-49.4	-3.5	- Die durchgeführten Investitionen liegen leicht über dem Rahmen des Investitionskredits. Die Mehrausgaben entstehen mehrheitlich aufgrund zahlreicher bewilligter R'Equip-Projekte (Research Equipment). Das Spezialprojekt «1.2 GHz NMR-Gerät» wird im Berichtsjahr vollständig abgeschlossen.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2024 der Universität Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr 1 787 950.27 (Vorjahr: Gewinn von Fr. 961 897.69).

Der Universitätsrat beantragt, den Gewinn von Fr. 1 787 950.27 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage von Fr. 6 378 461.20 in die Reserven ohne Zweckbindung
- Entnahme von Fr. 5 107 159.95 aus den Reserven mit interner Zweckbindung
- Entnahme von Fr. 144 995.20 aus den Reserven mit externer Zweckbindung
- Einlage von Fr. 661 644.22 in die Reserven Drittmittelprojekte (separate Rechnung)

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9600

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	419.1	424.4	5.4	1.3
Finanzvermögen¹⁾	419.1	424.4	5.4	1.3
Flüssige Mittel	4.8	5.3	0.4	9.0
Forderungen	374.5	374.1	-0.5	-0.1
Kurzfristige Finanzanlagen	0.1	0.0	-0.1	-100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	38.0	43.3	5.3	13.8
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.6	1.8	0.2	13.0
Anlagevermögen	215.1	211.2	-3.9	-1.8
Finanzvermögen¹⁾	24.3	22.6	-1.7	-7.0
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	24.3	22.6	-1.7	-7.0
Verwaltungsvermögen	190.8	188.6	-2.2	-1.1
Sachanlagen	175.3	173.2	-2.1	-1.2
Immaterielle Anlagen	12.2	11.7	-0.5	-4.1
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.5	0.3	-0.1	-25.4
Beteiligungen	0.6	0.7	0.1	7.9
Investitionsbeiträge	2.1	2.6	0.4	19.8
Total Aktiven	634.2	635.6	1.5	0.2
Fremdkapital	-534.8	-534.5	0.3	0.1
Kurzfristiges Fremdkapital	-166.6	-161.0	5.6	3.3
Laufende Verbindlichkeiten	-66.0	-64.9	1.1	1.7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-81.7	-76.7	5.0	6.1
Kurzfristige Rückstellungen	-18.9	-19.5	-0.5	-2.8
Langfristiges Fremdkapital	-368.2	-373.4	-5.2	-1.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-4.9	-10.1	-5.2	> 100.0
Langfristige Rückstellungen	-23.0	-23.2	-0.2	-0.7
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-340.3	-340.2	0.1	0.0
Eigenkapital	-99.4	-101.1	-1.8	-1.8
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-98.4	-99.4	-1.0	-1.0
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-1.0	-1.8	-0.8	-85.9
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-634.2	-635.6	-1.5	-0.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	443.3	447.0	3.6	0.8

9690 Zentralbibliothek

Auch im Berichtsjahr wurde die Zentralbibliothek Zürich (ZB) ad interim vom Vizedirektor geleitet. Im August hat der Stiftungsrat Dr. Priska Bucher zur neuen Direktorin gewählt; sie wird die Stelle am 1. März 2025 antreten. Es wurden neben der Aufrechterhaltung des umfangreichen Tagesgeschäfts die Arbeiten an der Umsetzung der ZB-Strategie 2021–2024 abgeschlossen. Dies umfasst unter anderem die Umsetzung spezifischer Angebote für Seniorinnen und Senioren, die Partizipation der Nutzenden beim Bestandesaufbau, die zeitliche Optimierung der Medienbereitstellung, die Einrichtung einer «Werkstatt öffentlicher Raum der ZB», die Erhöhung der

Präsenz in der wissenschaftlichen Community, den Ausbau der Zürcher Bibliographie und den Aufbau einer systematischen Kundenforschung. Sodann wurde die Umsetzung der neuen gemeinsamen Strategie von ZB und Universitätsbibliothek UZH 2024–2027 an die Hand genommen. Weiter wurde eine ZB-Kerngruppe Forschungsservices konstituiert mit dem Auftrag, ein entsprechendes Portfolio zu entwickeln und den Ausbau und die Entwicklung entsprechender Projekte voranzutreiben. Der Jahresbericht der ZB 2024 erscheint in der ersten Jahreshälfte 2025 nach Abnahme durch den Stiftungsrat.

Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich (ZB) ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublishierter zürcherischer Informationsträger und ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen und akademischen Nachwuchs.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt – auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen – wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1 Ausleihen	A1	266467	220000	266181	46181	21.0
L2 Gesamtwachstum Medien	A2	79550	91200	94600	3400	3.7
L3 Führungs- und Schulungsteilnehmende	A3	11551	9000	12586	3586	39.8
B2 Besucher pro Vollzeitstelle	A1, A2, A3	5164	3595	4608	1013	28.2
B3 Nutzung E-Medien inkl. Eigendigitalisate pro Vollzeitstelle	A1	30771	73009	30995	-42014	-57.5
W2 Nutzung Eigendigitalisate, in Mio.	A1	1.03	8.47	1.08	-7.39	-87.25
W3 Nutzung E-Medien, in Mio.	A1	4.53	4.73	4.51	-0.22	-4.65

Bemerkungen

- L1 Die Ausleihzahlen sind stabil geblieben. Im Budget war ein Rückgang der Ausleihen angenommen worden.
- L3 Neu werden die spezifischen Beratungsservices der Spezialsammlungen (rund 3000) mit einberechnet. Ohne diese entspräche der Indikatorwert ungefähr dem Budget.
- B2 Die Besucherzahl ist etwas tiefer als im Vorjahr, aber bedeutend höher als budgetiert. Das ist auf den zentralen Standort und die attraktive Infrastruktur für Studierende und Lernende zurückzuführen.
- B3 Siehe Begründung unten zu W2 und W3
- W2 Infolge eines erneuten Wechsels des Tools zur Erhebung der Nutzungszahlen durch den technischen Host der nationalen Kooperationsplattformen (ETH-Bibliothek: e-rara und e-manuscripta) erfolgte ein Statistikbruch. Der Budgetwert wurde noch auf der Grundlage des alten Tools eingestellt, eine Überleitung zur neuen Zählweise ist nicht möglich.
- W3 Die Budgetabweichung von rund 5% ist hauptsächlich auf eine vermehrte Nutzung von Open-Access-Inhalten zurückzuführen.

Entwicklungsschwerpunkte

9690 2c Planung und Realisierung einer umfassenden Sanierung des Altbaus sowie weiterer Gebäudeteile der Zentralbibliothek

Das Projekt wurde durch den Träger unterbrochen unter anderem wegen Mehrkosten, der Bereinigung des Projekts und der Einholung neuer Beschlüsse durch die Bibliothekskommission und den Regierungsrat. Die Projektfortsetzung ist im Herbst 2025 geplant.

Stand bis

Verzögert 2026

9690 2d Umsetzung der ZB-Strategie 2021–2024: Stärkung der digitalen Kompetenzen der Nutzenden, bessere Orientierung in der Informationsfülle und Vereinfachung des Zugangs zu den Informationsangeboten, Ausbau der Rolle der ZB als Partnerin der Forschung; unter Beachtung von 9690 2b vorstehend

Die aus der ZB-Strategie 2021–2024 abgeleiteten Vorhaben wurden umgesetzt.

Abgeschlossen 2024

9690 2e Gemeinsame, neue Strategieentwicklung zusammen mit der Universitätsbibliothek Zürich auf der Grundlage der bestehenden Strategie der ZB und den strategischen Vorgaben der Universität Zürich. Verabschiedung im Jahr 2023, Umsetzung im Zeitraum 2024 bis 2027.

Die Governance für die Umsetzung ist definiert und es wurden entlang definierter Produktfelder erste Umsetzungsmassnahmen aufgegleist.

Planmässig 2027

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	180.7	180.8	180.4	-0.5	-0.2

Finanzierung

	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	45.9	43.1	0.0	0.0	43.1	48.5	5.4	12.5
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	31.8	30.6	0.0	0.0	30.6	30.6	0.0	0.0
Aufwand	-46.0	-45.6	0.0	0.0	-45.6	-49.8	-4.2	-9.2
Saldo	-0.1	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-1.3	1.2	47.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	1.7	5.2	0.0	2.6	7.9	3.5	-4.4	-55.7
Ausgaben	-2.1	-5.2	0.0	-2.6	-7.9	-3.9	4.0	50.8
Saldo	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-0.4	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.2		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.5	A1, A2, A3	- Mehrertrag aufgrund nicht budgetierter Weiterverrechnungen von Personal- und sonstigen Dienstleistungen
0.4	A1, A2, A3	- Mehrertrag durch nicht realisierten Wertschriftenertrag
0.3	A1, A2, A3	- Minderaufwand Personalaufwand aufgrund nicht besetzter Stellen
0.2	A1, A2, A3	- Minderaufwand Energiekosten
-0.3	A1, A2, A3	- Mehraufwand Abschreibungen
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	7.9	3.5	-4.4	
- Sanierung Altbau ZB gemäss Regierungs- und Stadtratsbeschluss	7.9	3.4	-4.5	- Die Verzögerung des Bauprojekts Sanierung Altbau führt zu geringeren Investitionsbeiträgen.
- Rückzahlung Darlehen der Swiss Library Plattform (SLSP)	0.0	0.1	0.1	- Nicht budgetierte Darlehensrückzahlung
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-7.9	-3.9	4.0	
- Sanierung Altbau ZB gemäss Regierungs- und Stadtratsbeschluss	-7.9	-3.4	4.5	- Verzögerung beim Bauprojekt Sanierung Altbau
- Verschiedene Erneuerungsunterhalte Hochbauten	0.0	-0.3	-0.3	- Nicht budgetierte Erneuerungsunterhalte Hochbauten
- Anschaffungen von Grossgeräten	0.0	-0.2	-0.2	- Nicht budgetierte Anschaffungen von Scannern und IT-Geräten
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) verzeichnete in der Lehre gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 1,2%. Auf Bachelorstufe betrug das Wachstum 0,6%, während es auf Masterstufe 4% erreichte. Erfreulicherweise konnte in der Weiterbildung sowie der anwendungsorientierten Forschung & Entwicklung ein starker Anstieg der Drittmittel um 9,8% im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden.

Mit der Beteiligung an der Umsetzung der nationalen Open-Access-Strategie und der nationalen Open-Research-Data-Strategie förderte die ZHAW auch in diesem Jahr den erfolgreichen Austausch von Wissen. Zudem wurden die Kooperationen im Rahmen der EELISA-Allianz in den Departementen auf- und ausgebaut. Dadurch wird die Verankerung der ZHAW im Europäischen Hochschulraum gestärkt und strate-

gische Partnerschaften innerhalb, aber auch ausserhalb Europas ausgebaut.

Die ZHAW nutzt die digitale Transformation mit der Strategie «Bildung und digitale Transformation», der strategischen Initiative «ZHAW digital» und der «Digitalisierungsinitiative Zürich, DIZH» als Chance, um ihre Positionierung als innovative Hochschule weiter zu stärken. Zur Förderung des unternehmerischen Denkens und Handelns sowie Positionierung als «Entrepreneurial University» werden die Aktivitäten in den Departementen laufend ausgebaut und Synergien genutzt.

Auf dem Areal des Campus Technikumstrasse in Winterthur konnte nach einer sehr langen Vorbereitungszeit mit den Bauarbeiten für zwei neue Laborgebäude des Departements School of Engineering gestartet werden.

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur/Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Angewandte Linguistik, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität der Lehre sowie Weiterbildung auf Hochschulniveau

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	13866	14700	14037	-663	-4.5
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	11456	12190	11529	-661	-5.4
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	2411	2510	2508	-2	-0.1
L4	Anteil erweiterten Leistungsauftrags gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	45.1	44.1	45.7	1.6	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	10.1	10.6	10.7	0.1	
L6	Anteil anwendungsorientierter Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	31.9	30.5	32	1.5	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	3.1	3	3	0	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	15285	13963	15033	1070	7.7
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der ZHAW, in %	A1, A2	36.7	35.6	35.8	0.2	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	29.9	31.3	30	-1.3	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	78.3	80	79.9	-0.1	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	2710	2790	2810	20	0.7
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	819	840	929	89	10.6
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	2348	2400	2486	86	3.6

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

Bemerkungen

- L1, L2, Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzahl der Studierenden auf Bachelor- und Masterstufe um 171 Personen gestiegen, was einem Wachstum von 1.2% entspricht. Auf Bachelorstufe wurden die höchsten Wachstumsraten in den Bereichen Angewandte Psychologie (+19/+4.2%) und Gesundheit (+51/+2.9%) verzeichnet. Den stärksten Rückgang gab es im Bereich Angewandte Linguistik (-28/-3.4%). Auf Masterstufe zeigten die Bereiche Soziale Arbeit (+26/+19.6%) und Gesundheit (+41/+14.6%) die grössten Steigerungen. Der stärkste Rückgang entfiel auf den Bereich Technik und IT (-15/-5.6%). Die Anzahl der Studierenden liegt auf Bachelorstufe 5.4% und auf Masterstufe 0.1% unter dem Budget. Bei der Planung der Studierendenzahlen wurden die Wachstumsraten der Jahre 2019 bis 2021 als Grundlage herangezogen. Im Master-Bereich bewegt sich die Abweichung gegenüber dem Budget in einem marginalen Bereich. Das langsamere Wachstum im Bachelor ist auf das allgemein abgeflachte nationale Studierendenwachstum zurückzuführen, das unter anderem auf einen ausgetrockneten Arbeitsmarkt zurückzuführen ist.
- L4 Der Kostenanteil in den Bereichen Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung sowie Dienstleistungen insgesamt ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und liegt über Budget. Dieser Anstieg gegenüber der Planung ist primär auf die anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung zurückzuführen. Erfreulicherweise konnte in den Leistungsbereichen Weiterbildung sowie anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung ein starkes Wachstum der Drittmittel sowohl gegenüber dem Budget als auch dem Vorjahr erzielt werden.
- L5 Der Anteil der Weiterbildung am gesamten Leistungsauftrag verzeichnet eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr und liegt zudem leicht über dem Budget. Die Erlöse in der Weiterbildung zeigen im Jahresvergleich ein klares Wachstum von +6.8% und übertreffen die Planung um +3.3%.
- L6 Der Anteil der anwendungsorientierten Forschung & Entwicklung am gesamten Leistungsauftrag ist im Vergleich zum Budget und zum Vorjahr gestiegen. Gleichzeitig konnte ein deutliches Drittmittelwachstum von +11.9% gegenüber dem Vorjahr sowie eine positive Abweichung vom Budget um +11.2% erzielt werden.
- L7 Der Anteil der Dienstleistung am gesamten Leistungsauftrag entspricht exakt der Planung, verzeichnet jedoch im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang. Gegenüber der Planung ist ein Wachstum der Drittmittel um +3.8% zu verzeichnen.
- B1 Der Kostenbeitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, liegt jedoch über dem Budget. Hauptgründe sind einerseits der Ausgleich von höheren Nebenkosten im Rahmen des Mietermodells, andererseits die tieferen Studierendenzahlen als budgetiert (vgl. L1). Die Vorgaben zum Haushaltsvollzug (RRB Nr. 45/2024) konnten dank weiteren Ergebnisverbesserungen in den Leistungsaufträgen und einem gegenüber dem Studierendenwachstum unterproportionalen Mitarbeitendenwachstum ohne kantonale Zusatzfinanzierung eingehalten werden.
- B3 Die erzielte Quote von 30% entspricht der vom Bund in Art. 50 Bst. b des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes avisierten Quote bei den Fachhochschulen.
- B4 Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen ist mit knapp 80% gegenüber dem Vorjahr um 1.6 Prozentpunkte gestiegen und weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.
- W1 Die Anzahl der Bachelordiplomabschlüsse liegt über dem Budget und dem Vorjahr. Das stärkste Wachstum der Bachelordiplomabschlüsse wurde im Bereich Gesundheit verzeichnet, mit einem Zuwachs von +108 Abschlüssen (+26%). Den grössten Rückgang gab es im Bereich Angewandte Linguistik mit -22 Bachelorabschlüssen weniger als im Vorjahr (-9.4%).
- W2 Die Anzahl der Masterdiplomabschlüsse liegt über dem Budget sowie über dem Vorjahr. Den grössten Zuwachs der Masterdiplomabschlüsse verzeichnet der Bereich Technik und IT mit einem Zuwachs von +27 (+32.5%). Den grössten Rückgang gab es im Bereich Soziale Arbeit, mit -9 Masterdiplomen weniger als im Vorjahr (-24.3%).
- W3 Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der anwendungsorientierten Forschungs- und Entwicklungsprojekte (aF&E) um +3.6% gestiegen. Zudem konnte eine Erhöhung der durchschnittlich pro Projekt akquirierten Drittmittel um +5.6% verzeichnet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

9710 2b Teilnahme an Doktoratsprogrammen im Rahmen eines von Bund/Swissuniversities geförderten Programms

In Zusammenhang mit der Entwicklung des dritten Zyklus an Fachhochschulen bekennt sich die ZHAW zum Kooperationsmodell mit universitären Hochschulen und baut konsequent solche Kooperationsprogramme auf. Im Rahmen des Programms von Swissuniversities (P1-Doktoratsprogramme) wurden während der BFI-Periode 2021–2024 PhD-Programme auf- und ausgebaut. Die ZHAW wird solche Kooperationsprogramme auch nach Abschluss dieser BFI-Periode weiter vorantreiben.

Stand bis

Abgeschlossen 2024

9710 2c Die 2019 von der Hochschulleitung verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie wird umgesetzt.

Die ZHAW führte einen Multistakeholder-Dialog zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie basierend auf dem Nachhaltigkeitsbericht 2023 durch. Mit den Departementen wurde eine Planung für die stufenweise Reduktion der Flugemissionen erstellt. Ein Living Lab zur nachhaltigen Gastronomie entsteht in Wädenswil in Zusammenarbeit mit der Genossenschaft ZFV-Unternehmungen. Im Zurich Knowledge Center for Sustainable Development (ZKSD) übernahm die ZHAW den Vorsitz und die Partnerschaft mit der Hamsil Stiftung für die Bereitstellung von Räumlichkeiten in Zürich wurde bis 2030 verlängert.

Planmässig 2025

9710 2d Entwicklung und Umsetzung der strategischen Initiative «ZHAW Entrepreneurship»

Das Entrepreneurship-Angebot für Studierende wurde mit drei Summer Schools, einer Pioneer Innovation Challenge, dem ZHAWenture Programm und zwei Hackathons erweitert. Diese Programme verfolgen alle ein Open-Innovation-Format mit Industrie-/Praxispartnern und ziehen Studierende anderer Schweizer und EELISA-Hochschulen an. Aufbauend auf einem Entrepreneurship Kompetenzraster konnten erstmals Microcredentials vergeben werden. Die Community Webseite bindet Stakeholder ein und zeigt die Vielfalt der Angebote an der ZHAW und im Ökosystem auf. Drei Projekte aus dem Innovationswettbewerb von 2023 wurden im Berichtsjahr realisiert. Die Teilnahme der ZHAW an den Startup Nights Winterthur und an der Open-i Konferenz in Zürich wurde mit verschiedenen Start-ups sowie Innovationsprojekten der ZHAW umgesetzt.

Planmässig 2026

9710 2e Stärkung der Positionierung der ZHAW im Bereich «gesellschaftliche Integration»

Die etablierten Netzwerke sind im täglichen Forschungsbetrieb der ZHAW präsent und in den Alltagsbetrieb der ZHAW übergegangen.

Planmässig 2025

9710 2g Umsetzung der Qualitätsstrategie

Die überarbeitete Qualitätsstrategie wurde als Rahmenkonzept Qualität von der Hochschulleitung beschlossen und im August des Berichtsjahres vom Fachhochschulrat genehmigt. Im Zuge der Überarbeitung der Qualitätsstrategie wurde zudem ein Konzept zum Informed-Peer-Review-Verfahren von der Hochschulleitung beschlossen. Das Informed-Peer-Review-Verfahren bleibt für die ZHAW das zentrale und für die Einheiten der ZHAW verbindliche Instrument zur Evaluation und Weiterentwicklung der Qualität. Auch im Berichtsjahr wurden in den Departementen Informed Peer Reviews und zahlreiche weitere Qualitätsverfahren durchgeführt, Massnahmen aus den Verfahren abgeleitet und Massnahmenumsetzungen weitergeführt.

Abgeschlossen 2024

9710 2h Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (Etappe 1)

Der Bau des ersten neuen Laborgebäudes verläuft planmässig, und die anspruchsvollen Abbruch- und Bauarbeiten schreiten wie geplant voran. Die beiden neuen Gebäude stellen einen zentralen Meilenstein für die zukünftige Hochschulinfrastruktur der School of Engineering dar. Die Fertigstellung und der Bezug sind für 2027 und 2029 vorgesehen.

Planmässig 2029

9710 2i Stärkung der Positionierung der ZHAW im Bereich Energie

Das ZHAW Energy Research Board (ZERB) war im Berichtsjahr weiterhin die Koordinationsstelle für alle Kompetenzen im Bereich der angewandten Energieforschung und -entwicklung. Auch im Berichtsjahr war das ZERB wieder sehr erfolgreich unterwegs und hat bei den SWEET und SOUR des Bundesamtes für Energie (BFE) die ZHAW eingebracht und Drittmittel eingeworben.

Planmässig 2025

9710 2j Entwicklung Standort Wädenswil (Campus Reidbach und Campus Grüental)

Der Baubeginn Shedhalle Campus Reidbach erfolgte planmässig im Sommer des Betriebsjahres und die nötigen Rochadeflächen wurden etappenweise bereitgestellt. Am Campus Grüental wurden Instandsetzungen termingerecht abgeschlossen und ein Schulraumprovisorium in Betrieb genommen. Das seit Frühling des Berichtsjahres laufende Varianzverfahren wird bis Mitte 2025 abgeschlossen, um die langfristige Raumentwicklung sicherzustellen. Bis dahin bleiben provisorische Flächen nötig, um die Nutzungsanforderungen des Departementes zu decken. Die infrastrukturelle Entwicklungsstrategie wird in die Teil-Portfoliostrategie Fachhochschulen integriert.

Verzögert 2030

9710 2k Umsetzung der Strategie 2015–2025

Die Umsetzung der Strategie 2015–2025 wird mittels Jahres- und Mehrjahreszielen konkretisiert. Es wurde eine neue Strategie ausgearbeitet und im Dezember des Berichtsjahres durch den Fachhochschulrat mit Gültigkeit ab 1. Januar 2025 verabschiedet.

Abgeschlossen 2025

9710 2l Strategische Initiative ZHAW digital (Umsetzung Strategie Bildung und digitale Transformation) sowie Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH)

Die strategische Initiative ZHAW digital fördert gemäss ihrem Auftrag die Forschung und Bildung sowie die digitale Transformation an der Hochschule selbst. Dazu wurden an geeigneten Stellen der Hochschule Projekte finanziert, um diesen Wandel aktiv und mit bestehenden Strukturen voranzutreiben, sodass die Effekte nachhaltig überdauern können. Darüber hinaus vergibt ZHAW digital Mittel, um Personen und Vorhaben zu fördern, die einen übergeordneten Nutzen für die Gesellschaft oder die Hochschule stiften oder an relevanten Innovationen im Bereich der digitalen Transformation tätig sind. In Zusammenarbeit mit der DIZH werden Kooperationen mit anderen kantonalen Hochschulen ausdrücklich gefördert.

Planmässig 2029

9710 2m Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (Etappe 2)

Der Kanton Zürich, die Stadt Winterthur und die ZHAW haben gemeinsam die Vision Wissensquartier Winterthur entwickelt. Im Rahmen dieser Vision erweitert sich die ZHAW School of Engineering vom Kernareal Campus Technikumstrasse in Richtung Teuchelweiherplatz. In einer späteren Phase ist eine mögliche Ausdehnung nach Süden geplant.

Die infrastrukturelle Entwicklungsstrategie wird in die Teil-Portfoliostrategie Fachhochschulen integriert.

Verzögert 2030

9710 2n Entwicklungen im Rahmen von Open Science sowie Teilnahme an entsprechenden Initiativen und Programmen

Die mit Projektgebunden Beiträgen des Bundes (Pgb) geförderten Projekte in den Bereichen Open Access (GOAL) und Open Research Data (z.B. Sembedded) sowie die P8-Projekte (Stärkung von Digital Skills in der Lehre) sind auf Kurs. Besondere Aufmerksamkeit konnte das Projekt ROADS erzeugen, indem es mit dem nationalen ORD-Preis ausgezeichnet wurde. Auch andere Initiativen entwickeln sich sehr erfolgreich. So ist es gelungen in Kooperation mit SWITCH, Metaventis und anderen Hochschulen das nationale OER Repository live zu schalten (switch.oer.ch). 2025 wird sich die ZHAW an den Aktionslinien im Bereich Open Access, Open Research Data und Open Education & Digital Competencies als Leading House oder als Projektpartner beteiligen. Ebenso wird die ZHAW sich in nationale oder internationale Gremien einbringen.

Planmässig 2025

9710 2o Einführung Änderung der Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule (PVF) und Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts einschliesslich Förderung von Frauen in Führungspositionen

Im Berichtsjahr wurden die administrativen Arbeiten zur neuen Personalverordnung fertig gestellt und alle bisherigen Regulative soweit erforderlich redaktionell und inhaltlich überarbeitet. Per Ende Jahr wurde die Projektphase abgeschlossen.

Abgeschlossen 2024

9710 2p Konsolidierung und Ausbau der Studien- und Weiterbildungsangebote

Die Konsolidierung sowie der Ausbau der Bildungsangebote wurden im Berichtsjahr mit verschiedenen Massnahmen gefördert: Einführung von ZHAW-weiten Allgemeinen Zulassungs- und Teilnahmebedingungen (AZTB) für die Weiterbildung; Analyse der Praxis von Recognition of Learning (RoL) in der Lehre und Weiterbildung sowie der Einleitung von Verbesserungsmassnahmen; Erarbeitung einer neuen Rahmenordnung für die Weiterbildung; Re-Design der Genehmigung neuer Studiengänge; Einführung einer Produktstruktur für die administrative Abbildung von Bildungsangeboten; aktive Orientierung in den Departementen zu den Kooperationsmöglichkeiten.

Planmässig 2025

9710 2q Umsetzung der Lifelong-Learning-(LLL-)Strategie

Im Kontext von LLL wurden im Berichtsjahr mehrere interdepartementale Entrepreneurial Summer Schools durchgeführt, in welchen sowohl Microcredentials für Entrepreneurship als auch EELISA (European Engineering Learning Innovation & Science Alliance) Credentials für Sustainable Development Goals vergeben wurden. Zudem wurde unter aktiver Mitwirkung der ZHAW auf Stufe Swissuniversities ein gemeinsames Verständnis der Schweizer Hochschulen zu Microcredentials geschaffen, welches die ZHAW nun aktiv in der Weiterbildung für sämtliche Weiterbildungskurse umsetzt.

Planmässig 2028

9710 2r Räumliche Entwicklung Standort Zürich

Für den Standort Zürich wurde ein räumliches Entwicklungskonzept beschlossen, welches die zukünftige Ausrichtung der ZHAW-Angebote definiert. Diese sollen künftig an den Standorten Hohlstrasse, in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Hardbrücke und Lagerstrasse angesiedelt sein.

Die infrastrukturelle Entwicklungsstrategie wird in die Teil-Portfoliostrategie Fachhochschulen integriert. Dadurch verzögern sich teilweise die ursprünglich vorgesehenen Planungsprozesse.

Verzögert 2030

9710 2s Aufbau Zusammenarbeit im Rahmen von EELISA (European Engineering Learning Innovation and Science Alliance)

Die ZHAW beteiligt sich aktiv an der EELISA-Allianz. Die ZHAW ist an allen zehn Work Packages (WP) beteiligt, zwei in Co-Leitung. Vier WP-Meetings mit Allianzmitgliedern haben an der ZHAW stattgefunden. Verschiedene Delegationsreisen zur Vernetzung wurden unternommen. Die ZHAW ist vollwertige Partnerin im PhD-Programm Quantum Technology and Nanoscience. Weitere gemeinsame Masterprogramme sind in Planung. Bisher wurden innerhalb der Allianz 80 EELISA-Credentials durch Angebote der ZHAW vergeben. Die ZHAW ist Co-Organisatorin mehrerer EELISA-Joint-Calls und nimmt an verschiedenen EELISA-Events teil. Ein regelmässiger Austausch innerhalb der Allianzen ist etabliert.

Planmässig 2026

9710 2t Förderung von interdisziplinären Initiativen (z.B. Kompetenzzentrums für Technologien in der Gesundheitsversorgung [GEKONT], Angewandte Gerontologie AGe+)

Für die Erreichung des Ziels «Die ZHAW wächst an ihren interdisziplinären Schnittstellen» in der neuen ZHAW-Strategie ist die Förderung vielfältiger interdisziplinärer Initiativen essenziell. Die einzelnen Initiativen sind naturgemäss in unterschiedlichem Status, in der Summe ist der Fortschritt planmässig. Planmässig 2026

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2737.2	2750.0	2757.7	7.7	0.3

Bemerkungen R24 zu B24

7.7 Die zuvor angespannte Personalsituation hat sich weiter verbessert. Neben dem Nachholbedarf ist der Anstieg des Personalbestands insbesondere auf das Wachstum in den Leistungsbereichen Weiterbildung und anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung zurückzuführen, wobei der Personalzuwachs im Verhältnis zum Wachstum dieser Bereiche wie auch zum Studierendenwachstum unterproportional ausfällt. Die weitere Entwicklung hängt massgeblich von der Entwicklung der Studierendenzahlen ab.

Finanzierung

	R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	577.5	576.6	0.0	0.6	577.2	588.9	11.7	2.0
- Beiträge Bund	96.9	102.0	0.0	0.0	102.0	97.8	-4.2	-4.1
- Beiträge anderer Kantone	87.1	93.1	0.0	0.0	93.1	87.1	-6.0	-6.5
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	211.9	205.3	0.0	0.6	205.9	211.0	5.2	2.5
Aufwand	-576.8	-576.6	0.0	-0.6	-577.2	-586.3	-9.1	-1.6
Saldo	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	2.6	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.4					0.4	0.4	0.0
Ausgaben	-15.6	-22.8	0.0	-3.8	-26.6	-13.1	13.6	50.9
Saldo	-15.3	-22.8	0.0	-3.8	-26.6	-12.7	13.9	52.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.6		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
12.1		- Die kompetitiv erworbenen Projektbeiträge des Bundes liegen deutlich über Budget (+26.6%) und über dem Vorjahresniveau (+10.9%). Im Vergleich zum Vorjahr konnten sowohl die Beiträge des Nationalfonds (+2.4 Mio. Franken) als auch die Beiträge der EU (+2.9 Mio. Franken) gesteigert werden.
5.2		- Die Budgetabweichung (+2.8%) beim Kostenbeitrag BI kommt primär aus den höheren Energiekosten der Infrastruktur sowie aus einer Studierendenverschiebung von +1.3 Prozentpunkten in den Kanton Zürich. Gegenüber Vorjahr beträgt die Abweichung -0.9 Mio. Franken (-0.4%).
3.2		- Die Entgelte, Erträge sowie der Finanzertrag liegen um +3.2 Mio. Franken (+2.7%) über Budget und um +7.7 Mio. Franken (+6.9%) über Vorjahr. Der Anstieg der Erträge ist insbesondere auf das erfreuliche (Drittmittel-)Wachstum in den Leistungsbereichen Weiterbildung sowie Angewandte Forschung & Entwicklung zurückzuführen.
0.8		- Die Abweichung bei den weiteren Transfererträgen kommt aus der Rückvergütung von CO ₂ -Abgaben sowie aus der Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen.
0.6		- Die Erträge aus internen Verrechnungen (Aus- und Weiterbildung, weitere Dienstleistungen) belaufen sich im Berichtsjahr auf 14.7 Mio. Franken und wurden zu tief budgetiert. Die Abweichung von -2.1 Mio. Franken (-12.8%) gegenüber Vorjahr ist auf ein tieferes Auftragsvolumen mit kantonalen Einheiten zurückzuführen.
-4.2		- Die Bundesbeiträge gemäss HFKG liegen unter dem Budget (-4.1%) und leicht über Vorjahresniveau (+1.0%). Der Hauptgrund dafür ist das geringere Wachstum der Studierendenzahlen im Vergleich zur ursprünglichen Erwartung.
-4.5		- Der Personalaufwand liegt +1.0% über Budget und +2.2% über Vorjahr. Der Grund ist das erfreuliche Wachstum in den Leistungsbereichen Weiterbildung sowie Angewandte Forschung & Entwicklung.
-5.3		- Der Sachaufwand liegt um +3.9% über dem Budget, jedoch -0.2% unter dem Vorjahreswert. Die Budgetabweichung ist primär auf höhere Infrastrukturkosten zurückzuführen. Zudem wurden die Dienstleistungen Dritter im Berichtsjahr um 1.6 Mio. Franken zu tief budgetiert. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich bei diesen Dienstleistungen eine Steigerung von 1.3 Mio. Franken.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

- 6.0 - Die Beiträge anderer Kantone gemäss der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) liegen -6.5% unter Budget, bleiben jedoch im Vergleich zum Vorjahr stabil. Dies ist auf das geringere Wachstum der Studierendenzahlen gegenüber der Erwartung sowie eine Verschiebung der Studierenden um +1.3 Prozentpunkte in den Kanton Zürich zurückzuführen.
- 0.7 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.4	0.4	
- Übrige	0.0	0.4	0.4	
Ausgaben total	-26.6	-13.1	13.6	
- Die Ausgaben in der Investitionsrechnung ab dem Planjahr 2024 stehen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Campus Technikumstrasse (Departement School of Engineering), der Entwicklung des Campus Wädenswil (Departement Life Sciences and Facility Management) sowie der räumlichen Entwicklung am Standort Zürich; vgl. Entwicklungsschwerpunkte 9710 2h, 2j, 2m, 2r. Die Höhe der Bruttoinvestitionen sind gemäss Vorgaben der Finanzdirektion zur KEF-Zweiteingabe eingestellt. Es sind keine Einzelprojekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 20 Mio. Franken enthalten.	-26.6	-13.1	13.5	- Verzögerungen bei IT-Infrastrukturprojekten (Lieferverzögerungen bei Hardwarekomponenten) und Bauprojekten (Ressourcenengpässe und exogene Faktoren). Für 1.8 Mio. Franken wurde eine Kreditübertragung beantragt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Verlusts vor.

Die Jahresrechnung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Gewinn von Fr. 2 589 577.74 (Vorjahr: Gewinn von Fr. 689 350.66) ab.

Die Rektorin der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beantragt, den Gewinn dem Eigenkapital zuzuführen:

Entnahme strategische Reserve Fr. 3 283 022.40

Einlage Allgemeine Reserve Fr. 872 600.14

Einlage strategische Reserve Fr. 5 000 000.00

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	156.2	170.8	14.6	9.4
Finanzvermögen¹⁾	156.2	170.8	14.6	9.4
Flüssige Mittel	1.8	0.6	-1.2	-65.6
Forderungen	141.2	152.8	11.6	8.2
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	13.0	17.2	4.2	32.3
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.2	0.2	-0.0	-3.1
Anlagevermögen	45.8	43.7	-2.2	-4.7
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	45.8	43.7	-2.2	-4.7
Sachanlagen	43.6	42.1	-1.5	-3.4
Immaterielle Anlagen	1.6	1.0	-0.6	-35.8
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.5	0.3	-0.1	-25.4
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	202.0	214.5	12.5	6.2
Fremdkapital	-140.8	-150.7	-9.9	-7.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-139.1	-149.4	-10.3	-7.4
Laufende Verbindlichkeiten	-35.1	-41.2	-6.1	-17.3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-81.5	-85.8	-4.3	-5.3
Kurzfristige Rückstellungen	-22.6	-22.5	0.1	0.5
Langfristiges Fremdkapital	-1.7	-1.3	0.4	24.1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-1.2	-0.9	0.3	27.9
Langfristige Rückstellungen	-0.5	-0.4	0.1	13.7
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-61.2	-63.8	-2.6	-4.2
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-60.5	-61.2	-0.7	-1.1
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-0.7	-2.6	-1.9	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-202.0	-214.5	-12.5	-6.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	156.2	170.8	14.6	9.4

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Um die Einführung des neuen Major-Minor-Studienmodells zu begleiten, wurde die studentische Lehrevaluation um eine neu konzipierte Studiengang-Evaluation ergänzt. In den Leitlinien zur agilen Strategie 2024ff folgend hat die Hochschulleitung konkrete Ziele bis Mitte 2025 festgelegt, unter anderem die Vereinfachung der Aufbauorganisation, die Stärkung der Führungs- und Förderungskultur und der vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie der Weiterentwicklung von Lehre und Forschung. Die neue Personalverordnung für die Zürcher Fachhochschulen (nPVF) trat am 1. August des Berichtsjahres in Kraft, woraus weitreichende Änderungen in Regularien, Prozessen und Strukturen der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) folgten.

Die Initiative zur Stabilisierung der Finanzen soll mittels Sparmassnahmen die Eigenkapital-Reserven wieder mindestens

auf das Niveau von 10 Mio. Franken erhöhen und die künftige Handlungsfähigkeit sicherstellen. Das Budget belasteten unter anderem grosse Vorhaben wie die Einführung von Major-Minor oder die Umsetzung der nPVF, aber auch Faktoren wie die teilweise aus dem regulären Budget zu tragende Lohnteuerung.

Die Hochschulleitung hat im März unter dem Motto «Critical Curiosity» ein Positionspapier zu Anwendung und Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI) veröffentlicht, Schulungen und Workshops förderten individuelle Kompetenzen in dem Feld. Das neue Team «Digital Workplace» schaffte ein fortschrittliches, produktives Arbeitsumfeld, während im neuen Tool «Swiss GRC» Datenschutz, Informationssicherheit, Risikomanagement und das interne Kontrollsystem integriert geführt werden.

Aufgaben

- A1 Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design, Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung
- A3 Angebote im Nicht-Fachhochschulbereich (Museum, Künstlerische Vorbildungen Musik und Gestaltung [Propädeutikum] und Tanzakademie)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	2099	2182	2084	-98	-4.5
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	1176	1233	1196	-37	-3.0
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	923	949	888	-61	-6.4
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	16.9	22.7	19.2	-3.5	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	3.8	5.1	3.8	-1.3	
L6	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	12.9	17.5	15.3	-2.2	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	0.2	0.2	0.1	-0.1	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	44726	40767	44883	4116	10.1
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der ZHdK, in %	A1, A2	61.2	60.1	61.6	1.5	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	22.0	23.7	20	-3.7	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	55.7	62.2	59.8	-2.4	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	343	350	329	-21	-6.0
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	358	336	344	8	2.4
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	43	60	42	-18	-30.0

Bemerkungen

L1, L2, Der Rückgang der Anzahl Studierender ist vor allem auf weniger Langzeitstudierende zurückzuführen.

L3

W3 Die Anzahl der Forschungsprojekte war rückläufig, dafür nimmt das Projektvolumen zu.

L4, L6 Der Anteil des erweiterten Leistungsauftrags ist leicht gesunken infolge weniger Forschungsprojekte.

B2, B3 Durch den weiterhin tieferen Anteil des Bundes an die Diplombildung sowie den Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1130/2023 (vgl.Finanzierung) steigt der Anteil des Kostenbeitrages Kanton Zürich.

- B4 Tiefere Einnahmen von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung aufgrund weniger ausserkantonaler Studierender
- B1 Die Kosten pro Studierende/n sind aufgrund des Rückgangs der Anzahl Studierender angestiegen.

Entwicklungsschwerpunkte

9720 2b Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH; gemeinsam mit LG 7401 UZH, 7406 ZFH, 9600 UZH, 9710 ZHAW, 9740 PHZH)

Die DIZH-Aktivitäten der ZHdK verlaufen wie geplant. In allen Bereichen rückte im Berichtsjahr das Thema Künstliche Intelligenz in den Fokus: Dies zeigte sich als Forschungsschwerpunkt bei «Immersive Arts» und Kooperations-Studien bei «Creative Economies». Auch neu geförderte Innovationsprojekte griffen KI als Thema auf. Das Programm Digital Skills & Spaces lancierte Angebote zur KI-Kompetenzentwicklung. Im Juli trat Roland Maier die DIZH-Brückenprofessur Digital Cultures and Arts an.

Stand bis

Planmässig 2029

9720 2d Einführung einer Major-Minor-Struktur im Lehrangebot

Die Implementierung der Major-Minor-Struktur ist mit dem Start des ersten Jahrgangs im Bachelorstudiengang im Herbstsemester 2023 und dem Start des ersten Masterstudiengangs sowie der Minor-Angebote planmässig erfolgt. Das Projekt wurde Ende Berichtsjahr abgeschlossen.

Planmässig 2026

9720 2e Umsetzung der neuen Personalverordnung der Zürcher Fachhochschulen (PVF)

Projekt-Etappe 1 der Umsetzung nPVF wurde planmässig im September abgeschlossen: Die ZHdK hat ein neues Anstellungsreglement erlassen, die Professorinnen und Professoren, die Mitarbeitenden des Lehr- und Forschungspersonals und die Assistierenden wurden in die neuen Personalkategorien und Levels eingeteilt und die Anstellungsverfügungen entsprechend angepasst. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der nPVF wurden zahlreiche weitere Regularien angepasst.

Abgeschlossen 2024

9720 2f Umsetzung der Strategie zur Integration von Forschung und Lehre entlang eines neuen Professorenstellenmodells, einer angepassten Organisationstruktur und entsprechender Mittelallokationsprozesse

Das neue Professorenreglement der ZHdK wurde am 9. Juli durch den Fachhochschulrat beschlossen. Die Umsetzung des Professorenreglements liegt in der Federführung des Generalsekretariats. Strukturberichte für Professuren mit Forschungsprofil sind bereits etabliert. Parallel dazu erarbeitet das Dossier Forschung zuhanden der Hochschulleitung die Umsetzungsentscheide zur Organisation und Finanzierung der zukünftigen Forschungsorganisation der ZHdK.

Planmässig 2025

9720 2k Integration der durch projektgebundene Beiträge des Bundes (PgB) mitfinanzierten Doktoratsprogramme

Die Hochschulleitung hat im Berichtsjahr in verschiedenen Grundsatzdebatten Rahmenbedingungen beschlossen, welche die zukünftige Finanzierung von Doktoratsprogrammen definieren (z.B. Profilierung, Anteil finanzierter PhD-Stellen, Höchstzahl Doktorierende, Standards für Betreuung). Die finanziellen Mittel der PhD-Programme sind im Budget 2025 bei den Departementen hinterlegt und gewährleisten, dass laufende Verpflichtungen der Programme weiterhin erfüllt werden können. Im Frühjahr 2025 wird der Hochschulleitung ein PhD-Finanzierungsmodell vorgelegt, auf dessen Basis die Finanzplanung 2026–2029 erfolgen wird.

Verzögert 2024

9720 2l Implementierung neue Strategie ab 2024

Die ZHdK verfolgt seit dem Berichtsjahr einen agilen Strategieprozess, dieser löst die bisher statischen vierjährigen Strategiezyklen ab. Um sich in der aktuellen Situation zu fokussieren, hat sich die ZHdK zwei handlungsleitende Ziele gesetzt: Kräfte bündeln und Potenziale ausschöpfen. Im Berichtsjahr hat die Hochschulleitung im Handlungsfeld Rahmenbedingungen mit dem Thema Organisation und Gremien vereinfachen einen ersten Schwerpunkt gesetzt. Entlang eines Kreismodells vereinfacht die ZHdK die Organisation mit klaren Verantwortlichkeiten. Die Arbeiten dazu laufen 2025 weiter. Als nächster Schwerpunkt wurde im Handlungsfeld Leistungsüberprüfung die Überprüfung und Weiterentwicklung des Leistungsportfolios der ZHdK identifiziert. Die ersten Schritte dazu werden 2025 angestossen.

Abgeschlossen 2024

9720 2m Nachfolgeprojekt nPVF (Umstellung auf harmonisierte Zeitkontingentierung)

Im Rahmen der Projekt-Etappe 2 (nPVF Nachfolgeprojekt) werden in der zweiten Umsetzungsphase die noch offenen Arbeitspakete und Pendenzen abgearbeitet. Dies betrifft insbesondere noch anzupassende Regularien sowie die Neudefinition des Verhältnisses zwischen Unterrichtsformen und Arbeitszeit.

Planmässig 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
780.2	775.0	785.6	10.6	1.4

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9720

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	186.0	181.4	0.0	0.0	181.4	188.0	6.6	3.6
- Beiträge Bund	24.6	25.1	0.0	0.0	25.1	24.6	-0.5	-1.9
- Beiträge anderer Kantone	18.9	20.6	0.0	0.0	20.6	18.7	-1.9	-9.3
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	113.8	109.0	0.0	0.0	109.0	115.7	6.8	6.2
Aufwand	-192.9	-181.4	0.0	0.0	-181.4	-193.9	-12.5	-6.9
Saldo	-6.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.9	-5.9	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-6.0	-3.8	0.0	0.0	-3.8	-3.8	0.0	0.4
Saldo	-5.9	-3.8	0.0	0.0	-3.8	-3.7	0.1	3.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

-5.9 Abweichungen total R24 zu B24^{plus}

6.5	A1, A2, A3, 9720 2b	-	Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich: Budgetabweichungen im Rahmen des Mietermodells (3.7), Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (2.0), Projektbeiträge Innovationsprogramm DIZH (0.8). Daraus resultiert ein betrieblicher Jahresverlust der ZHdK von 0.5 Mio. Franken.
0.9	A3	-	Höhere Einnahmen Museum für Gestaltung (Eintritte und Shop)
-1.9	A1	-	Tiefere Einnahmen von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (weniger ausserkantonale Studierende)
-2.2	A1, A2, A3	-	Höhere Personalkosten: Mehraufwand für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (-2.0), Sozialplankosten (-0.2)
-3.7	A1, A2, A3	-	Höhere Raumkosten gemäss Mietermodell, hauptsächlich aufgrund einer nachträglichen Korrektur (für die ZHdK nicht beeinflussbar)
-5.2	9720 2b, 9720 2d, 9720 2e, 9720 2m	-	Ausserordentliche Projektkosten (Personal- und Sachaufwand), die mittels Auflösung von Eigenkapitalreserven finanziert werden.
-0.3		-	Übrige Abweichungen

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Verlust von Fr. 5 905 908.32 (Vorjahr: Verlust von Fr. 6 918 48.63).

Das Jahresergebnis wirkt sich wie folgt auf die Reserven der ZHdK aus: Entnahme für von der Rektorin bewilligte Projekte zulasten des Eigenkapitals Fr. 5 171 428.69, Entnahme für

den vom FHR bewilligten Sozialplan Fr. 213 867.95, Entnahme für die Deckung des betrieblichen Jahresverlusts Fr. 520 611.68.

Die Rektorin der Zürcher Hochschule der Künste beantragt, den Verlust von Fr. 5 905 908.32 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zu belasten:

Entnahme allgemeine Reserven Fr. 3 409 828.99

Entnahme Forschungsreserven Fr. 36 243.85

Entnahme strategische Reserven Fr. 2 459 835.48

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9720

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	18.6	9.6	-9.0	-48.4
Finanzvermögen¹⁾	18.6	9.6	-9.0	-48.4
Flüssige Mittel	0.1	0.2	0.1	52.8
Forderungen	15.1	5.6	-9.4	-62.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.4	3.8	0.4	10.6
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	26.8	25.7	-1.1	-4.2
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	26.8	25.7	-1.1	-4.2
Sachanlagen	25.9	24.9	-1.0	-3.9
Immaterielle Anlagen	0.3	0.3	-0.0	-0.4
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.5	0.3	-0.1	-25.4
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	45.4	35.3	-10.1	-22.3
Fremdkapital	-30.0	-25.8	4.2	14.1
Kurzfristiges Fremdkapital	-27.6	-23.6	4.0	14.5
Laufende Verbindlichkeiten	-13.9	-11.2	2.7	19.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-6.7	-6.5	0.2	2.5
Kurzfristige Rückstellungen	-7.0	-5.9	1.1	16.0
Langfristiges Fremdkapital	-2.4	-2.2	0.2	9.5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2.4	-2.1	0.3	11.8
Langfristige Rückstellungen	-0.0	-0.1	-0.1	> 100.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-15.4	-9.5	5.9	38.4
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-22.3	-15.4	6.9	31.0
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	6.9	5.9	-1.0	-14.6
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-45.4	-35.3	10.1	22.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	18.6	9.6	-9.0	-48.4

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die Berufspraxis bildete im Berichtsjahr einen Schwerpunkt in der Ausbildung der Studierenden. In der berufspraktischen Ausbildung arbeitet die Pädagogische Hochschule (PHZH) mit über 90 Kooperationsschulen zusammen – ein Netzwerk, das im Berichtsjahr mit dem zweiten Netzwerktag gestärkt wurde. Auch die weiterentwickelten Studiengänge für Quereinsteigende mit Hochschulabschluss unterstreichen den Fokus der PHZH auf die Berufspraxis. Quereinsteigende können neu zunehmend individualisiert und berufsintegriert studieren und bereits ab dem zweiten Studienjahr in einer eigenen Klasse unterrichten. Erfreulich haben sich auch die Studierendenzahlen entwickelt: Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl Neueintritte um rund 10%.

Den Leistungsbereich Weiterbildung und Dienstleistungen beschäftigten neben den Entwicklungen im Schul- und Bildungsumfeld aktuelle gesellschaftliche, technologische und (geo)politische Entwicklungen.

Themen wie Inklusion, Beurteilung oder Künstliche Intelligenz prägten die Arbeit des Leistungsbereichs. Es entstanden dabei verschiedene neue Unterstützungsangebote, etwa eine Webseite zum Nahostkonflikt oder Materialien zur Schulentwicklung.

Im Berichtsjahr führte die PHZH Forschungsprojekte durch, welche die Schulen im Umgang mit grossen gesellschaftlichen Herausforderungen unterstützen. Sie analysierte beispielsweise zusammen mit sechs weiteren Hochschulen die Auswirkungen digitaler Lernumgebungen in Primarschulen, um damit eine gerechte digitale Transformation zu fördern. Zudem gründete die PHZH im Berichtsjahr drei neue Forschungsgruppen: Empirische Hochschuldidaktik, Berufliche Bildung und Didaktiken Künste. Damit stärkt sie die Lehrpersonenbildung in wichtigen Bereichen. Die im Berichtsjahr eingeführte Veranstaltungsreihe Forschung im Dialog fördert den Austausch der Hochschule mit der Öffentlichkeit.

Aufgaben

- A1 Praxisorientierte Diplomstudiengänge für die Lehrpersonenausbildung auf Hochschulebene, die dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	3820	3992	3808	-184	-4.6
L2	Studierende Eingangsstufe (Bachelor, Stufenerweiterung)	A1	412	403	402	-1	-0.2
L10	Studierende Primarstufe (Bachelor, Stufenerweiterung)	A1	1729	1776	1767	-9	-0.5
L3	Studierende Sekundarstufe I (Bachelor, Master)	A1	926	1015	899	-116	-11.4
L4	Studierende Sekundarstufe II	A1	402	401	437	36	9.0
L12	Studierende Fachdidaktik (Master)	A1	133	152	126	-26	-17.1
L13	Studierende Fachweiterbildung	A1	219	245	177	-68	-27.8
L6	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	34.6	32.9	35.1	2.2	
L7	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	9.9	9.4	9.4	0.0	
L8	Anteil anwendungsorientierter Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	14.9	12.1	15.5	3.4	
L9	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	9.8	11.4	10.1	-1.3	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	30683	29784	31486	1702	5.7
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der PHZH, in %	A1, A2	70.0	70.6	70.9	0.3	
B3	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	56.0	58.1	53.0	-5.1	
W10	Studienabschlüsse gesamt	A1	1205	1264	1220	-44	-3.5
W11	Studienabschlüsse Eingangsstufe (Bachelor, Stufenerweiterungsdiplom)	A1	164	114	112	-2	-1.8
W12	Studienabschlüsse Primarstufe (Bachelor, Stufenerweiterungsdiplom)	A1	361	467	407	-60	-12.8
W2	Studienabschlüsse Sekundarstufe I (Bachelor, Master)	A1	292	292	332	40	13.7
W3	Studienabschlüsse Sekundarstufe II (Lehrdiplom)	A1	233	262	262	0	0.0
W6	Studienabschlüsse Fachdidaktik (Master)	A1	12	14	19	5	35.7

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ%
W8	Studienabschlüsse Facherweiterung (Facherweiterungsdiplom)	A1	143	115	88	-27	-23.5
W5	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	94	70	101	31	44.3

Bemerkungen

- W5 Infolge Intensivierung der Forschungstätigkeit kam es zu einer Erhöhung der Anzahl Projekte, wobei verschiedene Erfolge bei der Drittmittelakquise zu verzeichnen sind.
- L1 Aufgrund des Lehrermangels hat sich die Pädagogische Hochschule Zürich für das Berichtsjahr hochgesteckte Ziele gesetzt. Die Budgetvorgaben wurden nicht ganz erreicht. Die Studierendenzahlen bewegen sich im Rahmen des Vorjahres.
- W10 Erfreulicherweise konnten die Studienabschlüsse im Vergleich zum Vorjahr 2023 erhöht werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9740 2a Weiterentwicklung der Studiengänge Eingangsstufe, Primarstufe und Sekundarstufe I und Aufnahme von Veränderungen in der Gesellschaft und im Schulfeld. Alle Studiengänge sollen zu einem von der EDK anerkannten Lehrdiplom führen.

Die Studiengänge sind von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren anerkannt oder die Anerkennung ist beantragt. Abgeschlossen 2024

9740 2c Aufbau und Weiterentwicklung der fachdidaktischen Kompetenzen als ein Schwerpunkt in der Lehre und Forschung. Weiterführung und Ausbau der Masterstudiengänge Fachdidaktik und der angewandten Forschung in den Fachdidaktiken mit Unterstützung des Bundes (projektgebundene Beiträge gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz [HFKG]).

Die Projekte mit Projektgebundenen Beiträgen gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz der Förderperiode 2021–2024 werden planmässig 2025 abgeschlossen und abgerechnet. Der Schlussbericht wird von Swissuniversities erstellt. Planmässig 2025

9740 2d Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH, Vorlage 5523)

Die einzelnen Projekte, insbesondere der Aufbau des Zentrums für Bildung und Digitalität schreiten planmässig voran. Die budgetierten Mittel wurden im Berichtsjahr vollständig ausgeschöpft. Planmässig 2029

9740 2e Bereitstellung von zusätzlicher Infrastruktur (u.a. zusätzlicher Raum)

Die zusätzliche Infrastruktur wurde mit dem Leutschentower in Zürich Oerlikon angemietet. Planmässig 2028

9740 2f Zusätzliche Unterrichts- und Arbeitsflächenplanung in Zürich Oerlikon

In Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt wird zusätzlicher Raum in Zürich Oerlikon für Unterricht und Arbeit gesucht. Die Bedarfserhebung und Bestellung beim Immobilienamt verläuft planmässig. Planmässig 2035

Personal

	R23	B24	R24	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	633.0	660.5	641.4	-19.1	-2.9

Bemerkungen R24 zu B24

- 19.1 Es wurden nicht sämtliche budgetierten Stellen besetzt, unter anderem wegen tieferer Studierendenzahlen als budgetiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag		166.4	166.0	0.0	0.0	166.0	169.2	3.1	1.9
- Beiträge anderer Kantone		18.8	20.2	0.0	0.0	20.2	18.2	-2.0	-9.7
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion		117.3	116.6	0.0	0.0	116.6	119.9	3.3	2.8
Aufwand		-167.4	-166.0	0.0	0.0	-166.0	-170.2	-4.2	-2.5
Saldo		-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0	-1.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R23	B24	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben		-0.3	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-1.6	0.4	22.3
Saldo		-0.3	-2.0	0.0	0.0	-2.0	-1.6	0.4	22.3

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.0		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
3.3	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag des Kantons zum Ausgleich des Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 sowie zum Ausgleich der höheren internen Verrechnung im Rahmen des Mietermodells (Raumkosten und Nebenkosten)
1.8	A1, A2	- Höherer Ertrag insbesondere durch höhere Erträge Schul-/Kursgelder und Dienstleistungserträge
0.7	A1, A2	- Tieferer Sachaufwand begründet durch tiefere Betriebs- und Verbrauchsmaterial sowie übriger Sachaufwand.
-1.9	A1, A2	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023
-2.0	A1, A2	- Tieferer Beitrag im Rahmen der FHV aufgrund weniger Studierenden als budgetiert
-2.9	A1, A2	- Höherer Personalaufwand aufgrund von Mehrleistungen des Personals sowie zu tief budgetiertem durchschnittlichem Personalaufwand
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.0	-1.6	0.4	
- Notwendige Ersatz- und Neuinvestitionen in Informatik, Schulräumlichkeiten und Bürozonnen. Es sind keine Einzelprojekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 20 Mio. Franken enthalten.	-2.0	-1.6	0.4	- Tiefere Ausgaben für den neuen Standort Leutschentower als budgetiert
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2024 der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem Verlust von Fr. 1 030 543.75 (Vorjahr: Verlust von Fr. 991 930.66).

Die Rektorin beantragt, den Verlust von Fr. 1 030 543.75 den allgemeinen Reserven im Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 FCV) zu belasten.

- Entnahme allgemeine Reserve Fr. 1 030 543.75

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	29.8	29.3	-0.4	-1.4
Finanzvermögen¹⁾	29.8	29.3	-0.4	-1.4
Flüssige Mittel	0.1	0.4	0.3	> 100.0
Forderungen	26.7	25.2	-1.5	-5.7
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	2.6	3.4	0.8	29.3
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.4	0.3	-0.0	-4.7
Anlagevermögen	3.1	3.5	0.4	13.0
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	3.1	3.5	0.4	13.0
Sachanlagen	2.5	3.0	0.5	20.3
Immaterielle Anlagen	0.6	0.5	-0.1	-17.7
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	32.8	32.8	-0.0	-0.1
Fremdkapital	-20.1	-21.1	-1.0	-5.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-20.0	-21.0	-1.0	-4.9
Laufende Verbindlichkeiten	-6.3	-5.6	0.7	11.3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-9.6	-12.1	-2.6	-26.6
Kurzfristige Rückstellungen	-4.1	-3.3	0.9	20.9
Langfristiges Fremdkapital	-0.1	-0.1	-0.0	-31.8
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.1	-0.0	-31.8
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-12.7	-11.7	1.0	8.1
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-13.7	-12.7	1.0	7.2
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	1.0	1.0	0.0	3.9
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-32.8	-32.8	0.0	0.1
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	29.8	29.3	-0.4	-1.4

9800 Legate

Aufgaben

A1 Vermächtnisse Dritter zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel ist in der Regel vorgegeben, die bedachte Institution kann nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.6	2.1	0.0	0.0	2.1	3.0	0.9	45.7
Aufwand	-4.6	-2.8	0.0	0.0	-2.8	-3.8	-1.0	-36.5
Saldo	-0.9	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.8	-0.1	-10.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
0.6	A1	- Wertsteigerung Wertschriften
0.2	A1	- Wertsteigerung Beteiligungen
-0.3	A1	- Tiefere Finanzerträge
-0.7	A1	- Höhere Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
0.1		- Übrige Abweichungen

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9800

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	61.4	59.8	-1.6	-2.6
Finanzvermögen¹⁾	61.4	59.8	-1.6	-2.6
Flüssige Mittel	32.6	38.4	5.8	17.9
Forderungen	19.0	18.7	-0.2	-1.2
Kurzfristige Finanzanlagen	9.9	2.7	-7.2	-72.8
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.1	0.0	-0.0	-38.9
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	28.7	29.3	0.6	2.0
Finanzvermögen¹⁾	28.7	29.3	0.6	2.0
Finanzanlagen	22.9	23.4	0.5	2.3
Sachanlagen	5.8	5.9	0.0	0.8
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	90.1	89.1	-1.0	-1.2
Fremdkapital	-54.0	-53.8	0.2	0.4
Kurzfristiges Fremdkapital	-0.0	0.0	0.0	> 100.0
Laufende Verbindlichkeiten	-0.0	0.0	0.0	> 100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.0	0.0	0.0	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-54.0	-53.8	0.2	0.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-54.0	-53.8	0.2	0.4
Eigenkapital	-36.1	-35.3	0.8	2.2
Fonds im Eigenkapital	-36.1	-35.3	0.8	2.2
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-90.1	-89.1	1.0	1.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	90.1	89.1	-1.0	-1.2

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2656.6	2890.1	7.5	0.0	2897.6	3037.3	139.7	4.8
Aufwand	-2725.1	-2903.6	0.0	0.0	-2903.6	-3098.1	-194.6	-6.7
Saldo	-68.4	-13.4	7.5	0.0	-5.9	-60.8	-54.9	-925.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.5					1.4	1.4	0.0
Ausgaben	-180.1	-283.6	0.0	0.0	-283.6	-179.6	104.0	36.7
Saldo	-176.6	-283.6	0.0	0.0	-283.6	-178.2	105.5	37.2

9510 Universitätsspital Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG) verfolgt das Universitätsspital folgenden Zweck: Das Universitätsspital dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Bemerkungen

Allg. Die Leistungsgruppe Nr. 9510 umfasst neu das Universitätsspital Zürich (USZ) und die ZüriPharm AG (ehemalige Kantonsapotheke Zürich, die per 1. Januar 2024 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und als Spitalapotheke dem USZ übertragen wurde).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1633.6	1850.2	7.5	0.0	1857.7	1964.5	106.8	5.7
Aufwand	-1668.5	-1841.8	0.0	0.0	-1841.8	-1996.0	-154.1	-8.4
Saldo	-35.0	8.4	7.5	0.0	15.9	-31.5	-47.3	-298.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.6					1.4	1.4	0.0
Ausgaben	-123.0	-212.0	0.0	0.0	-212.0	-132.9	79.1	37.3
Saldo	-122.4	-212.0	0.0	0.0	-212.0	-131.5	80.5	38.0

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 11b lit. e des Gesetzes über das Universitätsspital Zürich (USZG, LS 813.15) beantragt der Spitalrat dem Regierungsrat die Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts). Der Regierungsrat beschliesst nach § 9a lit. d USZG über die Verwendung des Gewinns oder die Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2024 des Universitätsspitals Zürich (USZ) schliesst mit einem Verlust von Fr. 30 679 654.10 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER). Der Verlust nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 31 490 391.

Der Spitalrat des USZ hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresverlust 2024 dem Eigenkapital zu belasten. Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Verlust durch die freien Reserven (Eigenkapital) zu decken.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für das USZ dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen vom USZ bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Leistungsgruppe 9510

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024 ²⁾	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	513.7	603.9	90.2	17.6
Finanzvermögen¹⁾	513.7	603.9	90.2	17.6
Flüssige Mittel	33.5	26.2	-7.3	-21.8
Forderungen	294.8	326.9	32.1	10.9
Kurzfristige Finanzanlagen	0.2	5.2	5.0	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	179.5	215.5	36.0	20.1
Vorräte und angefangene Arbeiten	5.6	30.1	24.4	> 100.0
Anlagevermögen	990.0	1069.7	79.7	8.1
Finanzvermögen¹⁾	87.3	87.4	0.2	0.2
Finanzanlagen	87.3	87.4	0.2	0.2
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	902.7	982.2	79.5	8.8
Sachanlagen	895.8	974.8	79.0	8.8
Immaterielle Anlagen	6.7	7.3	0.6	8.4
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen		0.0	0.0	
Investitionsbeiträge	0.2	0.1	-0.1	-40.3
Total Aktiven	1503.7	1673.6	169.9	11.3
Fremdkapital	-737.4	-919.9	-182.5	-24.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-560.1	-414.7	145.4	26.0
Laufende Verbindlichkeiten	-171.4	-197.1	-25.8	-15.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-244.5	-96.6	147.9	60.5
Passive Rechnungsabgrenzung	-60.6	-56.0	4.6	7.5
Kurzfristige Rückstellungen	-83.7	-64.9	18.7	22.4
Langfristiges Fremdkapital	-177.3	-505.1	-327.9	> 100.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-160.0	-487.7	-327.7	> 100.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-5.9	-5.1	0.8	13.6
Langfristige Rückstellungen	-0.6	-1.0	-0.4	-65.2
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-10.8	-11.4	-0.6	-5.7
Eigenkapital	-766.3	-753.7	12.6	1.6
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-288.6	-234.7	53.9	18.7
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital	-512.6	-550.4	-37.8	-7.4
Jahresergebnis	35.0	31.5	-3.5	-9.9
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-1503.7	-1673.6	-169.9	-11.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	601.0	691.3	90.4	15.0
²⁾ nach Konsolidierung ZüriPharm AG				

9520 Kantonsspital Winterthur

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG) verfolgt das Kantonsspital Winterthur folgenden Zweck: Das KSW dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	615.8	642.0	0.0	0.0	642.0	651.8	9.8	1.5
Aufwand	-657.2	-663.5	0.0	0.0	-663.5	-675.8	-12.3	-1.8
Saldo	-41.4	-21.6	0.0	0.0	-21.6	-24.0	-2.4	-11.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-37.6	-42.9	0.0	0.0	-42.9	-27.3	15.6	36.3
Saldo	-37.6	-42.9	0.0	0.0	-42.9	-27.3	15.6	36.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.4		Abweichungen total R24 zu B24^{plus}
	A1	- Begründung Abweichung zu B24: Bei höherem Niveau Erlös- wie auch Kostenseitig ist der Effekt aus Beteiligung rund 2.9 Mio. tiefer als in der Planung (IPSAS). (Zusatzinfo: In der Betrachtung zum KSW-Abschluss nach Swiss GAAP FER ist es ebenfalls der Beteiligungserfolg, welcher gemäss IPSAS-Bewertung das IPSAS-Ergebnis um rund 2.4 Mio. verschlechtert.)
-2.4		- Übrige Abweichungen

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 10 Abs. 3 Ziff. 5 des Gesetzes über das Kantonsspital Winterthur (KSWG, LS 813.16) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 Ziff. 6 KSWG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2024 des Kantonsspitals Winterthur (KSW) schliesst mit einem Verlust von Fr. 21 573 843 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER). Der Verlust nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 24 009 610.

Der Spitalrat des KSW hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresverlust 2024 dem Eigenkapital zu belasten. Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Verlust durch die freien Reserven (Eigenkapital) zu decken.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für das KSW dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen vom KSW bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Leistungsgruppe 9520

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	182.6	173.0	-9.6	-5.3
Finanzvermögen¹⁾	182.6	173.0	-9.6	-5.3
Flüssige Mittel	25.9	13.5	-12.4	-47.8
Forderungen	58.1	50.3	-7.8	-13.4
Kurzfristige Finanzanlagen	0.3	0.2	-0.1	-25.7
Aktive Rechnungsabgrenzung	89.7	100.2	10.4	11.6
Vorräte und angefangene Arbeiten	8.6	8.8	0.2	2.1
Anlagevermögen	506.8	495.9	-11.0	-2.2
Finanzvermögen¹⁾	32.4	30.4	-2.0	-6.2
Finanzanlagen	32.4	30.4	-2.0	-6.2
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel		0.0	0.0	
Verwaltungsvermögen	474.4	465.4	-9.0	-1.9
Sachanlagen	462.2	454.9	-7.3	-1.6
Immaterielle Anlagen	12.2	10.5	-1.7	-13.8
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	689.5	668.9	-20.6	-3.0
Fremdkapital	-341.3	-344.7	-3.4	-1.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-94.1	-212.3	-118.2	> 100.0
Laufende Verbindlichkeiten	-56.9	-62.9	-6.0	-10.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0.1	-115.2	-115.0	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-7.8	-8.2	-0.4	-5.3
Kurzfristige Rückstellungen	-29.2	-26.0	3.2	10.8
Langfristiges Fremdkapital	-247.2	-132.4	114.8	46.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-242.8	-127.6	115.2	47.4
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.8	-0.7	0.1	9.9
Langfristige Rückstellungen	-0.2	-0.3	-0.0	-7.9
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-3.4	-3.8	-0.4	-11.4
Eigenkapital	-348.2	-324.2	24.0	6.9
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-189.6	-148.1	41.4	21.9
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital	-200.1	-200.1	0.0	0.0
Jahresergebnis	41.4	24.0	-17.4	-42.1
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-689.5	-668.9	20.6	3.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	215.1	203.4	-11.6	-5.4

9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUKG) verfolgt die Psychiatrische Universitätsklinik folgenden Zweck: Die Psychiatrische Universitätsklinik dient a) der regionalen und überregionalen medizinisch-psychiatrischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	290.6	283.6	0.0	0.0	283.6	302.5	19.0	6.7
Aufwand	-283.2	-282.3	0.0	0.0	-282.3	-304.1	-21.7	-7.7
Saldo	7.4	1.3	0.0	0.0	1.3	-1.5	-2.8	-222.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.8							
Ausgaben	-9.8	-19.6	0.0	0.0	-19.6	-8.8	10.8	55.1
Saldo	-6.9	-19.6	0.0	0.0	-19.6	-8.8	10.8	55.1

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 15 des Gesetzes über die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUKG, LS 813.17) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 lit. b PUKG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2024 der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) schliesst mit einem Verlust von Fr. 1 531 238 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER). Der Verlust nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 1 531 238.

Der Spitalrat der PUK hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresverlust 2024 dem Eigenkapital zu belasten. Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Verlust durch die freien Reserven (Eigenkapital) zu decken.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für die PUK dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen von der PUK bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Leistungsgruppe 9530

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	66.5	73.4	6.8	10.2
Finanzvermögen¹⁾	66.5	73.4	6.8	10.2
Flüssige Mittel	1.8	3.3	1.5	85.0
Forderungen	38.0	31.6	-6.4	-17.0
Kurzfristige Finanzanlagen	0.2	1.1	0.9	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	25.5	36.4	10.8	42.4
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.0	1.0	0.0	1.8
Anlagevermögen	147.3	141.7	-5.6	-3.8
Finanzvermögen¹⁾	1.3	1.5	0.2	16.0
Finanzanlagen	1.3	1.5	0.2	16.0
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	146.1	140.2	-5.8	-4.0
Sachanlagen	142.7	137.1	-5.5	-3.9
Immaterielle Anlagen	3.4	3.1	-0.3	-8.1
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	213.9	215.1	1.2	0.6
Fremdkapital	-82.3	-85.1	-2.7	-3.3
Kurzfristiges Fremdkapital	-33.9	-52.1	-18.2	-53.6
Laufende Verbindlichkeiten	-21.8	-20.2	1.6	7.3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0.2	-15.2	-15.0	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-1.5	-4.3	-2.8	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen	-10.4	-12.4	-2.0	-19.4
Langfristiges Fremdkapital	-48.4	-32.9	15.5	32.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-31.5	-16.2	15.2	48.4
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-10.5	-9.7	0.8	7.7
Langfristige Rückstellungen	-0.2	-0.3	-0.1	-62.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-6.2	-6.6	-0.4	-7.2
Eigenkapital	-131.6	-130.0	1.5	1.2
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-1.5	-8.9	-7.4	> 100.0
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital und Reserven	-122.7	-122.7	0.0	0.0
Jahresergebnis	-7.4	1.5	8.9	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-213.9	-215.1	-1.2	-0.6
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	67.8	74.8	7.0	10.3

9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland

Aufgaben

- A1 Gemäss dem Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipwG) verfolgt die Integrierte Psychiatrie folgenden Zweck: Die ipw dient a) der integrierten psychiatrischen Versorgung, insbesondere für die Regionen Winterthur und Zürcher Unterland, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Ertrag	113.1	112.4	0.0	0.0	112.4	115.5	3.2	2.8
Aufwand	-111.6	-113.1	0.0	0.0	-113.1	-118.5	-5.4	-4.8
Saldo	1.5	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-3.0	-2.2	-306.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R23	B24	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B24 ^{plus}	R24	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-9.8	-9.0	0.0	0.0	-9.0	-10.5	-1.5	-16.6
Saldo	-9.8	-9.0	0.0	0.0	-9.0	-10.5	-1.5	-16.6

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 14 des Gesetzes über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipwG, LS 813.18) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 7 lit. b ipwG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2024 der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) schliesst mit einem Verlust von Fr. 2 735 912 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER). Der Verlust nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 2 974 998.

Der Spitalrat der ipw hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresverlust 2024 dem Eigenkapital zu belasten. Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Verlust durch die freien Reserven (Eigenkapital) zu decken.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für die ipw dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen von der ipw bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Leistungsgruppe 9540

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2023	per 31.12.2024	Differenz R 23/24	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	51.0	61.4	10.4	20.4
Finanzvermögen¹⁾	51.0	61.4	10.4	20.4
Flüssige Mittel	2.2	11.2	9.0	> 100.0
Forderungen	23.3	15.1	-8.3	-35.4
Kurzfristige Finanzanlagen	4.2		-4.2	-100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	20.7	34.6	13.9	66.9
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.5	0.5	0.0	5.0
Anlagevermögen	74.8	81.6	6.8	9.1
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	74.8	81.6	6.8	9.1
Sachanlagen	74.6	81.4	6.8	9.2
Immaterielle Anlagen	0.3	0.2	-0.0	-16.2
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	125.8	143.0	17.2	13.7
Fremdkapital	-62.4	-82.6	-20.2	-32.3
Kurzfristiges Fremdkapital	-12.4	-34.1	-21.8	> 100.0
Laufende Verbindlichkeiten	-5.1	-11.3	-6.1	> 100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		-11.2	-11.2	
Passive Rechnungsabgrenzung	-1.3	-3.6	-2.3	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen	-5.9	-8.0	-2.1	-35.6
Langfristiges Fremdkapital	-50.0	-48.4	1.6	3.2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-49.1	-47.5	1.6	3.2
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.8	-0.8	0.0	3.6
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.1	0.0	3.2
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-63.4	-60.4	3.0	4.7
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-15.7	-17.2	-1.5	-9.7
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital und Reserven	-46.2	-46.2	0.0	0.0
Jahresergebnis	-1.5	3.0	4.5	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-125.8	-143.0	-17.2	-13.7
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	51.0	61.4	10.4	20.4

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe «Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung» gilt nicht nur für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.

- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher als Fr. 100 000 ist (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget des Folgejahres (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 130 Kreditübertragungen (Vorjahr: 156) bewilligt, davon 46 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 52,2 Mio. Franken (Vorjahr: 36 Kreditübertragungen über 38,8 Mio. Franken) und 84 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 253,7 Mio. Franken (Vorjahr: 120 Kreditübertragungen über 280,8 Mio. Franken).

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)
Leistungsgruppe
Total Erfolgsrechnung
2201 Generalsekretariat (JI)

Vorhaben: Ursache Verzögerung und Notwendigkeit der Übertragung

Kreditübertragung

-52 231 000

Digitalisierungsprojekte: Abhängig von der Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie, verzögerte Migration Datacenter JI. Ablösung bestehender Geschäftskontrolle (Eigenentwicklung) in den Fachstellen der JI durch eine Standardlösung. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-1,0 Mio. Franken) wurden nicht ausgeschöpft. Die benötigten Mittel für die Digitalisierungsprojekte wurden neu beurteilt und die nicht ausgeschöpften Mittel werden als Kreditübertragung benötigt. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.

-1 000 000

ELEKTRA (elektronische Krankenakte): Verschiebung des Einführungstermins in der Pilotinstitution und damit verzögerter Rollout in weitere Institutionen. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel wurden erst teilweise beansprucht. Die Mittel wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Beträgen gemäss RRB Nr. 762/2022 geplant. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.

-800 000

Aktenmanagement: Verzögerte Projektumsetzung bis zum Bereitstellungszeitpunkt des Services durch das Amt für Informatik (AFI). Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-0,24 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln geplant.

-240 000

RESys Neues Resultatermittlungssystem: Projektverzögerung durch verspätete Bereitstellung von Schnittstellen durch die Leistungserbringerin und damit Verschiebung des Einführungstermins. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-0,5 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 849/2023 geplant.

-150 000

ELFA (Elektronische Fallakte, ehemals FAJuV): Projektabbruch durch die Leistungserbringerin und notwendige Durchführung einer neuen Beschaffung. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-1,5 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 821/2024 geplant.

-1 000 000

RZersatz (Ersatzbeschaffung Rechenzentrum JI): Fortbestehende Verzögerung zur Migration der Datacenter JI in den Kantonalen Rechenzentrumverbund beim AFI (RRB Nr. 383/2018). Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-2,3 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.

-1 000 000

Handelsregisteramt (HRA) Fachapplikation Betrieb: Verschiebung der Projektumsetzung durch später erfolgte Ausgabenbewilligung. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-0,6 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 447/2024 geplant.

-240 000

2223 Statistisches Amt

SI Daten: Kantonale Datenplattform: Die Überführung der Datenplattform in einen regulären Betrieb schreitet wegen knapper Ressourcen, datenschutz- und beschaffungsrechtlichen Abklärungen sowie der Abhängigkeit zur Cloudstrategie weniger rasch voran als geplant, weshalb Arbeiten zurückgestellt werden mussten. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel wurden nicht ausgeschöpft. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.

-112 000

SI Daten: Kantonaler Datenkatalog: Die IDG-Revision und damit die Verabschiedung der rechtlichen Grundlagen für den Datenkatalog im OG RR dauern länger, als ursprünglich geplant, und das von der Digitalen Verwaltung Schweiz unterstützte Projekt Basel+, mit dem Ziel, eine schweizweite Datenkatalog-Lösung aufzubauen, hat nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel wurden

-120 000

Kreditübertragungen

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)

		nicht ausgeschöpft. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.	
		SI Daten: Kantonale Data Governance: Mit den beiden fehlenden Infrastruktur-Komponenten kam es zu Verzögerungen im Projekt kantonale Data Governance. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel wurden nicht ausgeschöpft. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.	-180 000
2241	Fachstelle für Integration	Integrationsförderung Personen mit Status S: Die Integrationsförderung für die aus der Ukraine Geflüchteten setzte erst im dritten Quartal 2022 ein. Die Sozialdienste der Gemeinden mussten zuerst die nötigen Kapazitäten aufbauen, um die grosse Zahl von Geflüchteten adäquat im Integrationsprozess begleiten zu können. Die mit Nachtrag zum Budget 2023 bewilligten Mittel mussten bisher nicht beansprucht werden. Da sich die Kriegssituation noch nicht entspannt hat und der Schutzstatus S verlängert wurde, werden die noch nicht beanspruchten Mittel übertragen. Die fehlenden und notwendigen Arbeiten müssen 2025 nachgeholt und ausgeführt werden. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.	-6 324 000
3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	Ablösung Fachapplikation (DS GeKo): Die Einführung des Digitalen Arbeitsplatzes (DAP) im Sommer und Herbst des Berichtsjahres erforderte personelle Mittel, die für die Ablösung der Fachapplikation fehlten. Die Fachapplikation wird zurzeit auf der HCL-Notes-Plattform betrieben, die mit Entscheid des AFI im Rahmen der Einführung des DAP im Kanton Zürich abgelöst werden soll. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-150 000
4100	Finanzverwaltung	Planungs- und Budgetierungstool (PBT): Das Covid-19-Härtefallprogramm führte zur Verschiebung des Projekts in den Jahren 2021 und 2022 mit Folgen bis auf die Budgetwerte des Berichtsjahres, was zu Kostenfolgen aufgrund der Verschiebung des Projektbeginns und damit Verzögerungen der Projektierungs- und Einführungsphasen in weiteren Direktionen führt. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-500 000
		Projekt Durchbruch E-Rechnung: Das Projekt musste aufgrund anderer technischer Herausforderungen im Berichtsjahr tiefer priorisiert werden. In der Annahme, dieses Projekts im Berichtsjahr abschliessen zu können, wurden im Budget 2025 tiefere Kosten eingestellt.	-110 000
4400	Steuern Betriebsteil	Neuausrichtung Verfahren und Hilfsmittel im Steuerbereich: Verzögerte Initialisierungs- und Konzeptphase aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel dafür sind im Budget 2025 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist notwendig, um den Auswirkungen auf die Personalkosten infolge des (Bevölkerungs-)Wachstums und fehlender Effizienzmassnahmen entgegenzuwirken.	-1 620 000
		Laufender Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dies betrifft folgende Funktionalitäten: 1. Ablösung konventioneller Papierwege und Schnittstellen; 2. Digitale Transformation, welche die Effizienz unserer Verwaltungsprozesse und die Qualität unserer Dienstleistungen erhöht. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die benötigten Mittel sind nicht im Budget 2025 enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.	-4 626 000
		Anpassung der Prozesse und Organisationen im Steuerbereich: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dies betrifft die Ausrichtung auf die Digitalisierung der Gesellschaft. Die Vorarbeiten erfolgten in der Berichtsperiode und das Vorhaben wird 2025 gestartet. Die benötigten Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-2 275 000
		Zusammenführung der Datenhaltungen des Kantons und der Gemeinden im Steuerbereich: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dies betrifft die Harmonisierung grosser Datenhaltungen im Steuerbereich. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die dafür benötigten Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-2 512 000
		Projektierung, Initialisierungsphase Ersatzbeschaffung Online-Steuererklärung: Verzögerung aufgrund zusätzlicher Abklärungen in Richtung Zürikonto. Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die benötigten Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-360 000
		Ersatzbeschaffung Register/Veranlagung/Bezug Natürliche Personen (NP): Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, in der die Grobanforderungen ermittelt und die Grundlagen für die Vorhabenziele geschaffen werden sollen. Aufgrund der Abhängigkeit zur Erneuerung der kantonalen Plattform mit Einbezug der Gemeinden im Steuerbereich (gemeinsame IT) wurde dieses Vorhaben noch nicht gestartet und die benötigten Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-641 000
4620	IKT-Sicherheitsbeauftragter	Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie (RRB Nr. 676/2022): Insbesondere Ressourcenverfügbarkeit führte zu Verzögerungen. Um die Sicherung des Kantons gemäss der Cybersicherheitsstrategie zu gewährleisten, wird	-2 500 000

Kreditübertragungen

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)

		die Umsetzung der wichtigsten Massnahmen benötigt. Im Budget 2025 sind nicht genügend Mittel eingestellt.	
		Expertenpool für Umsetzung der Besonderen Informatiksicherheitsrichtlinie (BISR) in den Direktionen und der SK (RRB Nr. 1193/2020): Die BISR werden noch überarbeitet. Die Implementierung des Regelwerks konnte somit nur beschränkt im Berichtsjahr stattfinden und ist für 2025 und 2026 geplant. Die Unterstützungsleistungen sind notwendig, um die Informations-sicherheitsstandards in den Direktionen umsetzen zu können. Im Budget 2025 sind nicht genügend Mittel eingestellt.	-419 000
		Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie (RRB Nr. 676/2022) – IAM, PKI, SOC (Übertrag auf Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik): Insbesondere Ressourcenverfügbarkeit führte zu Verzögerungen. Um die Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie in den Bereichen IAM, PKI, SOC zu gewährleisten. Im Budget 2025 sind nicht genügend Mittel eingestellt.	-2 500 000
5301	Amt für Wirtschaft	Einführung Customer-Relationship-Management-System (CRM): Die Nutzung der Power-Plattform des Kantons, auf der das CRM-System basiert, hat sich verzögert. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-350 000
		Innovationsstandort 2030: Die Konzeptentwicklung ist aufwendiger als geplant. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-100 000
		RRZ 8g «Für Branchen mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft die zukünftig nachgefragten Fähigkeiten identifizieren, den Handlungsbedarf definieren sowie Programme mit Hochschulen, Verbänden und Unternehmen umsetzen»: Verzögerung wegen Stellenneubesetzung. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten und können nicht kompensiert werden.	-130 000
		Fachstelle betrieblicher Gesundheitsschutz: Verzögertes Kommunikationsvorhaben wegen Knappheit an personellen Mitteln. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-50 000
		Innovationspark Zürich: Verzögerung aufgrund hoher Komplexität (Bund, Kanton, Standortgemeinden, Private). Die Mittel sind im Budget 2025 nicht eingestellt und können nicht kompensiert werden.	-300 000
5302	Amt für Arbeit	ZKB-Jubiläumsdividende (Vorlage 5694a): Aufgrund der nach wie vor tiefen Arbeitslosigkeit konnten nicht so viele Laptops abgegeben werden wie erwartet. Im Budget 2025 sind keine Mittel eingestellt und die Aufwendungen können im kantonsfinanzierten Teil der Leistungsgruppe Nr. 5302, Amt für Arbeit, nicht kompensiert werden.	-402 000
6000	Generalsekretariat (GD)	Totalrevision Gesundheitsgesetz: Die Totalrevision des Gesundheitsgesetzes war bereits eine Massnahme unter den Legislaturzielen 2019–2023. Aufgrund der Bewältigung der Coronapandemie musste die Revision zurückgestellt werden. Die Arbeiten konnten im Berichtsjahr gut vorangetrieben werden, sind allerdings noch nicht fertiggestellt. Im Budget 2025 sind nur begrenzt Mittel für das Vorhaben eingestellt. Eine Kompensation ist nicht möglich.	-229 000
		Elektronisches Patientendossier (EPD): Weniger Aufwand als budgetiert aufgrund geringen Interesses an Eröffnungen des EPD. Revision auf eidgenössischer Ebene wird erwartet, entsprechend wurde die Sensibilisierungskampagne des Bundes und folglich auch die Kampagne des Kantons Zürich nicht gestartet. Mit dem voraussichtlichen Start der Bundeskampagne im Jahr 2025 wird einerseits die Zahl der eröffneten EPD sprunghaft ansteigen, andererseits wird der Weg für den Kanton Zürich geebnet, eine eigene Kampagne zu lancieren. Die im Berichtsjahr nicht verwendeten Mittel werden daher 2025 benötigt und sind zu übertragen.	-2 030 000
6010	Amt für Gesundheit	Umsetzung Pflegeinitiative: erste Etappe Ausbildungsoffensive, Förderung der praktischen Ausbildung: Die Prüfung der Anträge zur Unterstützung der Betriebe für die eingereichten Projekte konnte im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden. Die Beiträge für das Berichtsjahr werden zusammen mit den Beiträgen für 2025 ausbezahlt. Die im Berichtsjahr nicht verwendeten Mittel werden 2025 für die Unterstützung der Projekte benötigt wie auch für die Beschaffung einer neuen Applikation zur Auszahlung der Förderbeiträge.	-1 212 000
		Elektronische Bewilligungsprozesse (Projekte aus Impulsprogramm Digitalisierung): Der Go-live des Projekts musste verschoben werden aufgrund Verzögerung bei der Servermigration des AFI. Zudem ergaben sich Verzögerungen gemäss Erläuterungen in RRB Nr. 378/2024. Der Gesamtprojektplan kann eingehalten werden, die im Berichtsjahr nicht verwendeten Mittel werden 2025 für das Projekt benötigt.	-142 000
6100	Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	DigiAct – Schaffung eines digitalen Geschäftsverwaltungssystems (GEVER): Die Konkretisierung der Projektplanung im Digitalisierungsprojekt (DigiAct) war zeitaufwendiger als vorgesehen. Dies hat dazu geführt, dass sich weitere kleinere IT-Vorhaben verzögert haben (wegen deren Abhängigkeit zu DigiAct). Der Abschluss dieses IKT-Projekts ist zwingend, insbesondere im Hinblick auf die Strategie Digitale Verwaltung 2018-2023 (RRB Nr. 326/2020). Die Mittel werden für das Projekt weiterhin benötigt, damit der Gesamtprojektplan eingehalten werden kann. Für die im Berichtsjahr verschobenen Arbeiten sind im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt.	-94 000
7501	Kinder- und Jugendhilfe	Beiträge betreutes Wohnen in Heimen: Gestützt auf die gesetzlichen Vorgaben wurden weniger Beiträge ausgerichtet als ursprünglich budgetiert. Im Folgejahr werden höhere Beiträge erwartet, die nicht budgetiert sind.	-6 499 000
		Beiträge betreutes Wohnen in kommunalen Heimen: Gestützt auf die gesetzlichen Vorgaben wurden weniger Beiträge ausgerichtet als ursprünglich budgetiert. Im Folgejahr werden höhere Beiträge erwartet, die nicht budgetiert sind.	-1 707 000
		Beiträge Subventionen § 21 KJG: Gestützt auf die gesetzlichen Vorgaben wurden weniger Beiträge ausgerichtet als ursprünglich budgetiert. Im Folgejahr werden höhere Beiträge erwartet, die nicht budgetiert sind.	-4 193 000

Kreditübertragungen

in Franken (-Aufwand/ Investitionsausgaben)			
8000	Generalsekretariat	Einführung Building Information Modeling (BIM) in der Baudirektion, Konzeption: Verzögerte Ausschreibung von verschiedenen Unterstützungsleistungen infolge längerer Vorbereitungszeit für die Umsetzung der Machbarkeitsstudie. Durch die Verzögerung sind im Folgejahr nicht genügend Mittel eingestellt, um das Projekt planmässig fortführen zu können.	-650 000
8300	Amt für Raumentwicklung	eBaugesucheZH – Volldigital: Erhöhte Komplexität bei der Bestimmung der fachlichen Vorgaben zur Umsetzung der Auflagenverwaltung sowie Implementierung von zusätzlichen gesetzlichen Anforderungen an die vollständige Digitalisierung. Die finanziellen Mittel im Budget 2025 sind zu gering, um die bereits vergebenen Aufträge zu decken.	-100 000
		Revision Planungs- und Baugesetz (PBG) – Klimawandel: Die Vorlage zur Änderung des PBG betreffend klimaangepasste Siedlungsentwicklung wurde erst im April des Berichtsjahres vom Kantonsrat beschlossen. Aufgrund einiger grundlegender Änderungen gegenüber der Vorlage des Regierungsrates und der erhöhten Komplexität wurde entschieden, den Gemeinden eine Vollzugshilfe sowie Musterbestimmungen zur Verfügung zu stellen. Die Vorlage war politisch stark umstritten, weshalb erst nach Ablauf der Referendumsfrist mit den Arbeiten begonnen werden konnte. Im Budget 2025 sind für die noch ausstehenden Arbeiten keine Mittel eingestellt.	-50 000
		Geodaten-Infrastruktur des Kantons Zürich (GIS-ZH), Systemerneuerung GIS-ZH 2020: Der Aufbau der Basisinstallation der neuen Betriebsplattform «ArcGIS Enterprise» und die Realisation des Geodaten-Portals «GIS-Browser 3» hat sich aufgrund eines erhöhten Entwicklungs- und Implementierungsaufwands gegenüber dem Zeitplan verschoben. Mit der verzögerten Bereitstellung der technischen Cloud-Plattform Microsoft Azure konnte der Aufbau der Kollaborationsplattform für den Daten- und Informationsaustausch von raumbezogenen Daten erst im Berichtsjahr erfolgen. Dadurch haben sich auch die Abschlussarbeiten der Entwicklungsstufe Eschenberg und Felsenegg und die Migration der komplexen Applikation auf die neue Plattform verzögert. Die im Budget 2025 eingestellten Mittel reichen nicht aus, um die Verbindlichkeiten der Lieferanten zu decken. Für eine erfolgreiche Umsetzung des bewilligten Programms ist eine Übertragung der Mittel notwendig.	-100 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Festlegung des Gewässerraums im Siedlungsgebiet RRB Nr. 977/2016: Kurzfristige Vakanz der zuständigen Stelle und Verschiebungen aufgrund laufender Rechtsmittelverfahren. Durch die Verzögerung konnten die budgetierten Aufträge nicht wie geplant ausgeführt werden. Diese müssen nun in den Folgejahren nachgeholt werden. Deshalb müssen die nicht verwendeten budgetierten Mittel in das Folgejahr übertragen werden.	-1 290 000
		Revitalisierungsprojekt der Jonen, Rifferswil: Infolge anhaltender Regenfälle konnten die Bauarbeiten im Berichtsjahr nicht ausgeführt werden. Die Bauarbeiten werden 2025 ausgeführt, weshalb der im Berichtsjahr für diese Arbeiten vorgesehene und nicht verwendete budgetierte Betrag teilweise in das Folgejahr übertragen werden muss.	-1 000 000
		ZKB-Jubiläumsdividende zugunsten des Projekts «WasserErLeben» (Vorlage 5694a): Nachtragskredit bewilligt im November 2021, der über rund zehn Jahre bis 2031 genutzt wird. Der Kantonsrat hat mit Vorlage 5694a (ZKB-Jubiläumsdividende) einen Nachtragskredit von 9,0 Mio. Franken für Projekte zur Aufwertung des Zugangs zu Fließgewässern beschlossen. Es ist absehbar, dass die Verwendung dieses Betrags mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Um hohe jährliche Budgetunterschreitungen und Kreditübertragungen zu vermeiden, wird die Kreditübertragung nur noch in Höhe der im Folgejahr benötigten Mittel beantragt. Die weiteren Mittel werden im darauffolgenden KEF gemäss aktuellem Erkenntnisstand eingestellt.	-1 650 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Überprüfung Bodenkarte im Gossauerried bezüglich prioritärer Potenzialflächen für Feuchtgebiete (PPF): Verzögerung bei der Kartierung des Gesamtperimeters infolge grosser Skepsis und Ablehnung bei den Interessenvertretenden. Aufgrund veralteter Karten muss das Bodenkartieren neu vorgenommen werden, hauptsächlich um den tatsächlichen Stand der Fruchtfolgeflächen (FFF) und prioritären Potenzialflächen für Feuchtgebiete (PPF) zu ermitteln sowie um aktuelle Planungsgrundlagen für die Gesamtplanungsgebiete bereitzustellen. 2025 sind keine Mittel für das Projekt eingestellt. Damit das Projekt realisiert werden kann, ist eine Übertragung der Mittel in das Budget 2025 notwendig.	-522 000
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende (Vorlage 5694a): Im November 2021 bewilligter Nachtragskredit, der über mehrere Jahre für Projekte im Bereich der Politikvermittlung verwendet wird. Die Umsetzung erfolgt mit den bestehenden personellen Mitteln der Parlamentsdienste. Die Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.	-52 000
Total	Investitionsrechnung		-253 697 000
2201	Generalsekretariat (JI)	Digitalisierungsprojekte: Abhängig von der Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie, verzögerte Migration Datacenter JI. Ablösung bestehender Geschäftskontrolle (Eigenentwicklung) in den Fachstellen der JI durch eine Standardlösung. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-1,0 Mio. Franken) wurden nicht ausgeschöpft. Die benötigten Mittel für die Digitalisierungsprojekte wurden neu beurteilt und die nicht ausgeschöpften Mittel werden als Kreditübertragung benötigt. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.	-1 000 000
		SMAZH (Smart Prisons Zürich): Projektverzögerung durch verspätete Bereitstellung erster Software-Release. Dadurch Verschiebung des Einführungstermins in der Pilotinstitution und damit verzögerter Rollout in weitere Institutionen. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-1,9 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 113/2024 geplant.	-1 740 000

Kreditübertragungen

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)

		SiSuJuWe (Sicherheitssupportsystem Institutionen JuWe): Verschiebung der Projektumsetzung durch später erfolgte Ausgabenbewilligung. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (0,7 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 446/2024 geplant.	-470 000
		RESys (Neues Resultateermittlungssystem, Wahlen und Abstimmungen): Projektverzögerung durch verspätete Bereitstellung von Schnittstellen durch die Leistungserbringerin und damit Verschiebung des Einführungs-termins. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel (-0,5 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 849/2023 geplant.	-195 000
		WaMoRIS (Betrieb und Unterhalt Rechtsinformationssystem RIS): Verschiebung des Einführungstermins in der Pilotinstitution im Projekt SMAZH (Smart Prisons Zürich) und damit verzögerter Realisierung RIS-Schnittstelle. Die mit Budgetbeschluss 2024 bewilligten Mittel wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2025 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 1468/2023 geplant.	-368 000
2207	Gemeindeamt	Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP): Als Folge personeller Engpässe bei der Leistungserbringerin haben sich die Arbeiten verzögert. Die fehlenden und notwendigen Arbeiten müssen 2025 nachgeholt und ausgeführt werden. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2025.	-471 000
2234	Fachstelle Kultur	Opernhaus Zürich, Bauvorhaben: Planmässiger Fortschritt der Bauvorhaben im Berichtsjahr nach Verzögerungen in den Vorjahren. Die Bauvorhaben werden durch die Kreditübertragung finanziert. Im Budget 2025 sind lediglich 0,3 Mio. Franken eingestellt.	-5 714 000
3100	Kantonspolizei	Ersatzbeschaffung von zwei Wasserwerfern: Aufgrund des aufwendigen Produktionsverlaufs verzögern sich die Auslieferungen der beiden Wasserwerfer. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-3 550 000
		Ersatzbeschaffung von in Motorfahrzeugen verbauten Geschwindigkeitsmessanlagen (ESAT Speed): Die Ersatzbeschaffung dieses Spezialprodukts verzögert sich aufgrund der noch nicht vorhandenen zertifizierten Nachfolgeprodukte (Zertifizierung durch Eidgenössisches Institut für Metrologie). In der Annahme, in diesem Berichtsjahr bereits Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-2 050 000
		Ersatzbeschaffung Zentrales Informationsportal Polizei (ZIP): Umfangreichere Vorbereitungsarbeiten (vor allem im Rahmen der Erstellung des Pflichtenhefts und der Ausschreibung) als geplant. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr bereits mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-250 000
		Ersatzbeschaffung POLIS – zentrales Datenverarbeitungs- und Informationssystem des Zürcher Polizeikorps: Die Erstellung des Pflichtenhefts nahm aufgrund von Absprachen mit anderen involvierten Korps und zeit-aufwendigen Bedürfnisabklärungen mehr Zeit in Anspruch als geplant. Das POLIS stellt die wichtigste Kernapplikation des Zürcher Polizeikorps dar und weist daher eine hohe Komplexität auf. In der Annahme in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-1 000 000
		Ersatzbeschaffung IT-Arbeitsplatz-Hardware sowie Hardware-Dienstleistungen: Umfangreichere Vorbereitungsarbeiten (vor allem im Rahmen der Erstellung des Pflichtenhefts und Ausschreibung) als geplant. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-600 000
3200	Strassenverkehrsamt	Kerngeschäftsfallapplikation, Softwareanpassungen: Die Softwareanpassungen bei der Kerngeschäftsfallapplikation «Cari» konnten durch die Anbieterin noch nicht vollständig abgeschlossen werden. Die Zahlungen an die Anbieterin der Kerngeschäftsfallapplikation für die Softwareanpassungen erfolgen erst nach Vorliegen der erbrachten Leistungen, voraussichtlich bis 2027. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-4 124 000
		Erneuerung des Mobiliars: Die Umsetzung der Erneuerung des Mobiliars beim Strassenverkehrsamt Zürich (vor allem Abteilung Technik) verzögert sich aufgrund vertiefter Bedürfnisabklärungen. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr dieses Projekt abzuschliessen, wurden im Budget 2025 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-72 000
3300	Migrationsamt	Erneuerung Fachapplikation für das Migrationsamt: Das Projekt NEO (Erneuerung der Fachapplikation für das Migrationsamt) mit Einbindung von Kundenschnittstellen verzögert sich wegen vertiefter Datenschutz-Abklärungen und des Aufbaus der produktiven Cloud-Umgebung für den Kanton durch das AFI. Das Projekt NEO wird voraussichtlich bis Ende 2025 realisiert. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden für das Budget 2025 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-603 000
3500	Sozialamt	Möbiliar- und Kleinanschaffungen, Winterthur: Die baulichen Verzögerungen führten in der Folge auch zu Verzögerungen bei den Beschaffungen. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden im Budget 2025 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-170 000
		Ersatz der Fachapplikation Melde- und Abrechnungswesen: Der Ersatz der Fachapplikation Melde- und Abrechnungswesen (Öffentliche Sozialhilfe) konnte wegen Personalengpässen nicht wie geplant umgesetzt werden. Im Berichtsjahr wurden die Beschaffungsunterlagen erarbeitet. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr bereits Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.	-1 000 000
		Ersatz Fachapplikation Zusatzleistungen: Die Ablösung der Fachapplikation (Abteilung Zusatzleistungen) konnte infolge aufwendigerer Anforderungsanalyse nicht wie geplant umgesetzt werden. Im Berichtsjahr wurde die	-430 000

Kreditübertragungen

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)

Studie erstellt. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr bereits Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.

Mobiliaranschaffungen für Ersatzneubau «Tilia», Alleestrasse 86–88, Rheinau: Der Ersatzneubau für das Wohnheim «Tilia», das erwachsenen Menschen mit kognitiven und psychischen Behinderungen ein Zuhause bietet, hat sich aufgrund der Covid-19-Krise verzögert (Inbetriebnahme: November 2024). Die Projektabrechnung des Immobilienamtes liegt noch nicht vor. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2025 keine finanziellen Mittel eingestellt.

Ersatz Fachapplikation Tutoris (Asyl): Der Ersatz der Fachapplikation Tutoris (Abteilung Asylkoordination) konnte wegen der starken Arbeitsbelastung im Bereich Asylwesen (vor allem Betreiberwechsel bei den Asylunterkünften und Systemwechsel bei der Finanzierung, Intensivierung Wohngruppensysteme für unbegleitete Minderjährige nicht wie geplant umgesetzt werden. Im Berichtsjahr wurden die Prozesse evaluiert und die Systemarchitektur festgelegt. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr bereits Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.

Selbstbestimmt Entscheiden (SEBE), Social-Protektion und SEBE-Digital: Die agile Projektumsetzung des SEBE-Systems verzögerte sich wegen der vorgegebenen Rollout-Zyklen (vor allem SAP). Bis zum Projektabschluss sind weitere Rollout-Zyklen erforderlich. In der Annahme, in diesem Berichtsjahr mehr Ausgaben zu tätigen, wurden im Budget 2025 zu geringe finanzielle Mittel eingestellt.

4100 Finanzverwaltung eVorhaben: Das Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Verschiebungen des Projekts in den Jahren 2021 und 2022 mit Folgen bis auf die Budgetwerte des Berichtsjahres. Kostenfolgen aufgrund Verschiebung des Projektbeginns und damit Verzögerungen der Projektierungs- und Einführungsphasen in weiteren Ämtern. Im Budget 2025 sind nicht genügend Mittel eingestellt.

4400 Steuern Betriebsteil Neuausrichtung Verfahren und Hilfsmittel im Steuerbereich: Verzögerte Initialisierungs- und Konzeptphase aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Dies betrifft: 1. Papierlose Erhebung von Steuern natürlicher Personen; 2. Integration der Gemeinden im Steuerverfahren mit juristischen Personen; 3. Anwendung intelligenter, digitaler Technologien. Die Mittel dafür sind im Budget 2025 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist notwendig, um den Auswirkungen auf die Personalkosten infolge des (Bevölkerungs-)Wachstums und fehlender Effizienzmassnahmen entgegenzuwirken.

Laufender Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Kreditübertragungen erfolgen für Funktionalitäten, die im Berichtsjahr nicht umgesetzt werden konnten. Dies betrifft die Ablösung konventioneller Papierwege und Schnittstellen gestützt auf Erfahrungen in ZüriPrimo, wie beispielsweise Online-Steuererklärung, Workflowsysteme, Quellensteuerprozess, Gemeinderegister. Die Mittel dafür sind im Budget 2025 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.

Anpassung der Prozesse und Organisationen im Steuerbereich: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten wesentlicher Entwicklungen im Umfeld der nachhaltigen und langfristigen Ausrichtung auf die Digitalisierung der Gesellschaft. Dies betrifft die folgenden Funktionen: 1. Digitale ID; 2. Zürikonto. Die Mittel dafür sind im Budget 2025 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.

Zusammenführung der Datenhaltungen des Kantons und der Gemeinden im Steuerbereich: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons. Dies betrifft Funktionen, die einen digitalen, medienbruchfreien und unmittelbaren Informationsaustausch innerhalb der Steuerverwaltung ermöglichen, unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben. Die Mittel dafür sind im Budget 2025 nicht enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.

Ersatz Formular S-167: Verzögerte Realisierungsphase infolge Repriorisierung der Projekte. Die Kreditübertragung erfolgt aufgrund der Notwendigkeit für den Life-Cycle der fachapplikatorischen Betriebsumgebung sowie für Folgeinvestitionen in Fachapplikationen zur Sicherstellung der Funktionalität und des Betriebs. Die Mittel dafür sind im Budget 2025 nicht enthalten.

Vertragsverwaltung, Erweiterung um digitale und workflowbasierte Verarbeitung: Verzögerte Realisierungsphase infolge Repriorisierung der Projekte. Die Kreditübertragung erfolgt aufgrund der Notwendigkeit für den Life-Cycle der fachapplikatorischen Betriebsumgebung sowie für Folgeinvestitionen in Fachapplikationen zur Sicherstellung der Funktionalität und des Betriebs. Die Mittel dafür sind im Budget 2025 nicht enthalten.

4610 Amt für Informatik IKT-Programm (Digitaler Arbeitsplatz, Unified Communication and Collaboration, Plattformen & Rechenzentren): Verzögerungen im Rollout führen dazu, dass sich die Investitionsausgaben für verschiedene Hard- und Software im Zusammenhang mit der zentralen IKT-Grundversorgung verzögern. Im Budget 2025 sind nicht genügend Mittel eingestellt.

5301 Amt für Wirtschaft Darlehen Wohnbauförderung: Einige Darlehen, die mit der Vorlage 5981 (Nachtragskredite für das Jahr 2024, II. Sammelvorlage) beantragt worden waren, waren Ende des Berichtsjahres noch nicht bereit zur Auszahlung. Es handelt sich um Verpflichtungen, die erfüllt werden müssen. Die

Kreditübertragungen

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)

		notwendigen Mittel sind 2025 nicht budgetiert und können nicht kompensiert werden.	
5920	Verkehrsfonds	Limmattalbahn: Entgegen der ursprünglichen Planung konnte die Kreditabrechnung im Berichtsjahr noch nicht definitiv erstellt und keine Schlusszahlung für die 2. Etappe der Limmattalbahn geleistet werden. Die Kreditübertragung ist notwendig, um eine allfällige Schlusszahlung im Jahr 2025 leisten zu können. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht eingestellt.	-500 000
		Tram Affoltern (Planungsmittel): Die Planungen konnten infolge der durch die Investitionspriorisierung (KEF 2025–2028) ausgelösten Projektverzögerungen nicht wie veranschlagt ausgeführt werden. Aufgrund der zeitlichen Verschiebung des Baustarts des Projekts in das Jahr 2028 ist mit Mehrkosten für die Projektierung (Aufrechterhaltung Projektorganisation, Teuerung, längere Projektierungsdauer) zu rechnen. Daher werden zusätzliche Investitionsmittel benötigt, die im Budget 2025 nicht eingestellt sind.	-6 090 000
		Verkehrsbetriebe Zürich, Wendeschleife Rehalp: Die Umsetzung ist für den Herbst 2026 geplant. Verschiedene neue Vorgaben des Bundesamtes für Verkehr führten dazu, dass sich das Plangenehmigungsgesuch verspätet und sich der Baubeginn in das Jahr 2026 verschiebt. Im Budget 2025 sind keine Mittel eingestellt und es ist eine vollständige Kreditübertragung notwendig.	-800 000
		Verkehrsbetriebe Glattal: Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten Industrie: Die Planungen konnten infolge der durch die Ablehnung der BZO-Revision in Kloten ausgelösten Verzögerungen nicht wie geplant ausgeführt werden. Aufgrund der nötigen zusätzlichen Abklärungen (Variantenplanung) im Zusammenhang mit der BZO-Abstimmung in Kloten werden 2025 zusätzliche Planungsmittel benötigt, die im Budget 2025 nicht eingestellt sind.	-7 711 000
		Investitionen in Zubringerhaltestellen (Bushöfe): Bei mehreren Gemeinden sind die Projektierungen noch nicht so weit fortgeschritten wie erwartet. Infolge der abgelaufenen Umsetzungsfrist für den behindertengerechten Ausbau der Bus- und Tramhaltestellen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG, SR 151.3) wird 2025 gegenüber der ordentlichen Budgetierung mit zusätzlichen Anträgen der Gemeinden gerechnet. Ohne die Übertragung besteht die Gefahr, dass ausführungsfähige Projekte der Gemeinden nicht gestartet werden können und es zu weiteren Verzögerungen bei der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes kommt. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht eingestellt.	-2 000 000
6010	Amt für Gesundheit	Elektronische Bewilligungsprozesse (Projekte aus Impulsprogramm Digitalisierung): Aufgrund von Verzögerungen (gemäss RRB Nr. 378/2024) sind Kreditübertragungen auf das Jahr 2025 bereits vorgesehen. Darüber hinaus musste das Go-live des Projekts aufgrund der Servermigration des AFI verschoben werden. Die Mittel werden für das Projekt weiterhin benötigt, damit der Gesamtprojektplan eingehalten werden kann. Für die aus dem Berichtsjahr verschobenen Arbeiten sind keine zusätzlichen Mittel im Budget 2025 eingestellt.	-442 000
		Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS), Umstellung Rechnungskontrolle: Die Schweizer Stimmberechtigten haben der Vorlage zu EFAS erst Ende des Berichtsjahres zugestimmt. Das Vorprojekt zu EFAS wurde entsprechend auf 2025 verschoben. Dafür sind im Budget 2025 bisher keine Mittel vorgesehen.	-250 000
6100	Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	Neues Betriebsregister/E-Portal: Fehlende personelle Mittel aufgrund Auslastung durch IKT-Projekte. Der Abschluss dieses IKT-Projekts ist zwingend, insbesondere im Hinblick auf die am 1. Januar 2026 in Kraft tretenden Revisionsänderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VRG) sowie der Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren (VEVV). Die Mittel werden für das Projekt weiterhin benötigt, damit der Gesamtprojektplan eingehalten werden kann. Für die aus dem Berichtsjahr verschobenen Arbeiten sind im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt.	-65 000
		DigiAct – Schaffung eines digitalen Geschäftsverwaltungssystems (GEVER): Die Konkretisierung der Projektplanung im Digitalisierungsprojekt (DigiAct) war zeitaufwendiger als vorgesehen. Dies hat dazu geführt, dass sich weitere kleinere IT-Vorhaben verzögert haben (wegen deren Abhängigkeit zu DigiAct). Der Kreditübertrag im Rahmen des Geschäftsberichts 2024 wurde mit RRB Nr. 422/2024 festgelegt. Im KEF 2025–2028 wurden die Mittel unter der Berücksichtigung der geplanten Übertragung eingestellt.	-428 000
		Weiterentwicklung Fachapplikation Limsophy (Software zur Heilmittelverwaltung und Dokumentation von Inspektionen): Fehlende personelle Mittel aufgrund Auslastung durch IKT-Projekte. Der Abschluss dieses IKT-Projekts ist zwingend, insbesondere im Hinblick auf die am 1. Januar 2026 in Kraft tretenden Revisionsänderungen des VRG sowie der VEVV. Die Mittel werden für das Projekt weiterhin benötigt, damit der Gesamtprojektplan eingehalten werden kann. Für die aus dem Berichtsjahr verschobenen Arbeiten sind im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt.	-150 000
6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Darlehen für Neubau Kinderspital gemäss RRB Nrn. 1185/2015 und 326/2024: Die Eleonorenstiftung hat 2024 die Hälfte des gemäss RRB Nr. 326/2024 zusätzlich gewährten Kantonsdarlehens in Form einer Privatplatzierung mit Staatsgarantie aufgenommen. Die restlichen 50 Mio. Franken aus RRB Nr. 326/2024 werden als direktes Kantonsdarlehen an die Eleonorenstiftung gewährt. Die Kreditübertragung wurde bereits mittels RRB Nr. 35/2025 vom Regierungsrat genehmigt, da die Mittel im Budget 2025 nicht eingestellt sind.	-49 518 000
7000	Bildungsverwaltung	Projekt neue Fachanwendungen der Fachstelle für Schulbeurteilung, Ablösung Dokumenten-Management-System (DocM) und Planungssystem (Plato): Der Vertragsabschluss und die Bereitstellung der Power-Plattform durch das AFI verzögerte sich. Dadurch werden die Kosten im Folgejahr	-200 000

Kreditübertragungen

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)

		anfallen. Das genehmigte Investitionsprojekt wurde 2025 nicht erneut budgetiert.	
		Projekt MOVE-Ausstattung Ausstellungsstrasse 88: Die Freigabe des Projektkredits zum Umbau der Ausstellungsstrasse 88 wurde vom Kantonsrat erst im Berichtsjahr gefällt. Die Beschaffung der Möblierung kann daher erst 2025 erfolgen. Die Mittel sind für die Umsetzung des Vorhabens notwendig. Diese fehlen im Budget 2025 und können nicht kompensiert werden.	-1 500 000
		Projekt BISTA-Portal: Erstellen einer neuen Applikation für die Erhebung von Bildungsdaten: Längere Entscheidungsfindungen mit externen Dienstleistern führten zur Verzögerung des Projekts. Durch die Verzögerung müssen die Konzipierung, Planung und Ausführung der Softwaretests auf spätere Phasen im Projekt verschoben werden. Die Mittel sind für die Umsetzung des Vorhabens notwendig. Diese fehlen im Budget 2025 und können nicht kompensiert werden.	-87 000
		Supportunterstützung im Rahmen E-Vikariatsrapports (Volksschule): Das Projekt erwies sich als komplexer als ursprünglich angenommen, besonders im Bereich der Schnittstellen mit den Gemeinden. Die umfassenden Abklärungen mit den Schulen konnten erst im Dezember des Berichtsjahres geführt werden. Die Entwicklungen und Anpassungen erfolgen Anfang 2025. Durch die Verzögerung bei der Einführung des elektronischen Vikariatsrapports werden die Kosten im Folgejahr anfallen. Das genehmigte Investitionsprojekt wurde 2025 nicht erneut budgetiert.	-200 000
7050	Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	Neubau des FORUM UZH der Universität Zürich (Vorlag 5811a): Verzug des Baustarts um neun Monate infolge Vergabebeschwerde in der Werkgruppe Baugrube. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-33 400 000
		Neubau Zentrum für Zahnmedizin der Universität Zürich: Neubeurteilung der Leistungsplanung infolge Projektkonkretisierungen per Ende 2023 und Verlängerung der Fertigstellung des Bauprojekts um drei Monate. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-8 000 000
		Instandsetzung Aussenflächen Standort Zürich Zentrum Universität Zürich: Verschiebung 1. Etappe um ein Jahr aufgrund Universitätsleitungs-/Universitätsratsentscheidung, um die geplante Auflösung des Brunnens auf Notwendigkeit und Denkmalschutz zu überprüfen. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-2 500 000
		Instandsetzung Pferdeklunik Universität Zürich: Terminverschiebungen aufgrund detaillierterer Erkenntnisse aus dem Phasenabschluss Bauprojekt und Terminverzögerungen im Bauverlauf. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-5 000 000
		Transformatorenersatz Campus Irchel der Universität Zürich: Zwei von drei Transformatoren werden aufgrund von Lieferproblemen in das Jahr 2025 verschoben. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-1 700 000
7306	Berufsbildung	Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Ablösung der Schulverwaltungslösung für die Schulen der Sekundarstufe II (RRB Nr. 694/2022): 2021 wurde eine einheitliche Schulverwaltungslösung extern ausgeschrieben, der Zuschlag erteilt und die Arbeit aufgenommen. 2022 musste die Zusammenarbeit abgebrochen werden. Mit dem Anbieter konnte keine einvernehmliche Entschädigungslösung gefunden werden. Im Verlauf des Jahres 2025 wird das Bezirksgericht Zürich entscheiden. Die Neuausschreibung ist für das erste Quartal 2025 geplant. Das Projektbudget wurde im Berichtsjahr deutlich unterschritten, da noch keine neue Lieferantin gefunden ist. Im Budget 2025 sind diese Kredite so nicht eingeplant und müssen daher zwingend übertragen werden.	-4 600 000
7402	Sonstige universitäre Leistungen	Sanierung Altbau (RRB Nr. 45/2022): Projektunterbruch wegen prognostizierter Mehrkosten zur Abklärung des weiteren Vorgehens. Die Mittel sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-3 597 000
8300	Amt für Raumentwicklung	ObjektwesenZH: Erhöhte Komplexität bei der Konzeptionsphase der einzelnen Schnittstellen sowie Ressourcenengpässe/Personalwechsel innerhalb der Projektorganisation. Zusätzliche fachliche Anforderungen der Dateneigentümer, die technisch umgesetzt wurden. Die finanziellen Mittel im Budget 2025 zur Entwicklung der neuen standardisierten Datenaustausch-Schnittstelle (eCH) sind zu gering, um die bereits vergebenen Aufträge zu decken.	-604 000
		eBaugesucheZH – Volldigital: Erhöhte Komplexität bei der Bestimmung der fachlichen Vorgaben zur Umsetzung der Auflagenverwaltung. Implementierung von zusätzlichen fachlichen und gesetzlichen Anforderungen an die vollständige Digitalisierung. Die finanziellen Mittel im Budget 2025 sind zu gering, um die bereits vergebenen Aufträge zu decken.	-324 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Entlastungssstollen Thalwil: Der Baufortschritt hat sich verfahrensbedingt durch Einsprachen verzögert und konnte bisher nur teilweise wieder aufgeholt werden. Durch die Verzögerung verschieben sich die Ausgaben in die Folgejahre. Das Projekt wurde im Rahmen der Investitionspriorisierung in den KEF aufgenommen. Um hohe jährliche Budgetunterschreitungen und Kreditübertragungen zu vermeiden, wird die Kreditübertragung nur noch in Höhe der im Folgejahr benötigten Mittel beantragt. Die weiteren Mittel werden im darauffolgenden KEF gemäss aktuellem Erkenntnisstand eingestellt.	-9 800 000
		ZKB-Jubiläumsdividende zugunsten des Projekts «WasserErLeben» (Vorlage 5694a): Nachtragskredit bewilligt im November 2021, der über rund zehn Jahre bis 2031 genutzt wird. Der Kantonsrat hat mit Vorlage 5694a (ZKB-Jubiläumsdividende) einen Nachtragskredit von 36 Mio. Franken für Projekte zur Aufwertung des Zugangs zu Fließgewässern beschlossen. Es ist absehbar, dass die Verwendung dieses Betrags mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Um hohe jährliche Budgetunterschreitungen und Kreditübertragungen zu vermeiden, wird die Kreditübertragung nur noch in Höhe der im Folgejahr benötigten Mittel beantragt. Die weiteren Mittel	-2 500 000

Kreditübertragungen

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)

		werden im darauffolgenden KEF gemäss aktuellem Erkenntnisstand eingestellt.	
8800	Amt für Landschaft und Natur	LKW MAN mit Holzladeaufbau und Anhänger: Engpass bei Zuliefern und aufwendige Fahrzeugkonfiguration. 2025 sind keine Mittel eingestellt. Der vorhandene LKW ist nur noch mit hohem Reparaturaufwand zu betreiben, was einen Kreditübertrag in das Budget 2025 erfordert.	-285 000
		Wildtierkorridore: Verzögerung bei Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern. 2025 sind zu wenig weitere Mittel eingestellt. Weiterführende Studien und Projektrealisierungen können nur mit einem entsprechenden Kreditübertrag in das Budget 2025 sichergestellt werden.	-188 000
8910	Natur- und Heimatschutzfonds	Fabrikensemble Neuthal, Instandsetzung und Anpassungen des Museumsareals: Im Berichtsjahr musste eine komplexe und aufwendige Interessenabwägung zu den Triebwasserwegen, den Hochwasserschutzmassnahmen und den Besucherparkplätzen vorgenommen werden. Diese und die Wiedererwägung des Energiekonzepts, neue Erkenntnisse zu Erdbebensicherheit, statischen und brandschutztechnischen Massnahmen haben zu Planungsverzögerung des Projekts von derzeit zwölf Monaten geführt. Im Budget 2025 sind durch die Verzögerung nicht genügend Mittel eingestellt, um das Projekt wie geplant und ohne Unterbruch fortführen zu können.	-1 500 000
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende (Vorlage 5694a): Im November 2021 bewilligter Nachtragskredit, der für das mehrjährige Projekt «Weg der Demokratie in Uster, Winterthur und Zürich» verwendet wird. Die Projektbearbeitung erfolgt mit den bestehenden personellen Mitteln der Parlamentsdienste. Die Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.	-466 000
9030	Obergericht	Obmannamtsgasse 21; Einbau Kühlung: Aufgrund fehlender personeller Mittel bei den Fachplanern verzögert sich das Projekt. Der Restkredit wird 2025 benötigt, um das Projekt umsetzen zu können. Im Budget 2025 wurden nicht genügend Mittel eingestellt.	-200 000
		Hirschengraben; Ersatz Alarmserverlösung: Aufgrund fehlender personeller Mittel bei den Fachplanern kommt es zu einer Verzögerung des Projekts. Der Restkredit wird 2025 benötigt, da die Arbeiten mittlerweile aufgenommen und im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-200 000
		Hirschengraben; verschiedene bauliche Massnahmen, Türeinbau Plenarsaal: Aufgrund fehlender personeller Mittel beim Schreiner konnte die Umsetzung erst im Januar 2025 erfolgen. Im Budget 2025 sind für dieses Projekt keine Mittel eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-55 000
		Florhofgasse 2; Gesamtinstandsetzung: Es waren unerwartet viele Gutachten und Abklärungen (Schadstoffe, Denkmalpflege) nötig, was zu Verzögerungen im Projekt führte. Der Restkredit wird 2025 benötigt, da im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-979 000
9040	Bezirksgerichte	Bezirksgericht Meilen; Mobiliarbeschaffung: Der Umbau der Büroräume und der Bezug wurden erst zu Beginn des Jahres 2025 vollzogen (Projekt des Immobilienamtes). Aufgrund dieser Verzögerung wird erst 2025 bekannt, wo noch Bedarf an Ergänzungsmobiliar besteht. Im Budget 2025 sind für dieses Projekt keine Mittel eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-180 000
		Bezirksgericht Horgen; Mobiliarbeschaffung: Das Bauprojekt wurde aufgrund von Sparmassnahmen vom Regierungsrat gestoppt. Zurzeit ist noch unklar, wann dieses weitergeführt wird. Der Restkredit wird 2025 benötigt, da im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-86 000
		Bezirksgericht Zürich; Gesamtinstandsetzung Wengistrasse 30 einschliesslich Provisorium Airgate: Das Bauprojekt verzögert sich, da unter anderem ein wichtiger Handwerksbetrieb Opfer einer Cyberattacke wurde. Der Restkredit wird 2025 benötigt, da im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-17 316 000
		Bezirksgericht Zürich; Anpassungsarbeiten Wengistrasse 28, Ersatz Videoanlage einschliesslich Umbau Haftbereich: Das Projekt konnte im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden, da sich der Umfang grösser als erwartet herausstellte. Im Budget 2025 sind für dieses Projekt keine Mittel eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-307 000
		Bezirksgericht Andelfingen; Zentrumsüberbauung: Das Projekt wird nicht wie geplant umgesetzt, da sich ein Partner zurückgezogen hat. Es wird entsprechende Änderungen im Projekt geben, was zu einer Verzögerung führt. Der Restkredit wird 2025 benötigt, um das Projekt umsetzen zu können. Im Budget 2025 wurden nicht genügend Mittel eingestellt.	-1 070 000
		Bezirksgericht Bülach; Photovotaikanlage: Das Projekt konnte wegen fehlender personeller Mittel nicht im Berichtsjahr umgesetzt werden. Im Budget 2025 sind für dieses Projekt keine Mittel eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-251 000
		Bezirksgericht Bülach; Leuchtenersatz: Aufgrund fehlender personeller Mittel und eines Wechsels der verantwortlichen Personen kann das Projekt erst 2025 umgesetzt werden. Der Restkredit wird 2025 benötigt, um das Projekt umsetzen zu können. Im Budget 2025 wurden keine Mittel eingestellt.	-100 000
		Bezirksgericht Hinwil; Neubau/Umbau/Erweiterungsbau Hinwil: Der Übertrag in das Verwaltungsvermögen der Gerichte konnte noch nicht im Berichtsjahr erfolgen. Das Bauprojekt musste unterbrochen werden, da der Objektkredit später als geplant vom Kantonsrat bewilligt wurde. Der Restkredit wird 2025 benötigt, da im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	-13 566 000
		Bezirksgericht Winterthur; verschiedene bauliche Massnahmen: Das Projekt kostet mehr als erwartet und läuft erst 2025 weiter. Im Projekt kam es	-200 000

Kreditübertragungen

in Franken
(-Aufwand/ Investitionsausgaben)

		aufgrund der umfangreichen Abklärungen und beschränkten Mitteln zu Verzögerungen, da die Bewilligung des Objektkredites im Kantonsrat mehr Zeit als erwartet beanspruchte. Der Restkredit wird 2025 benötigt, da im Budget 2025 nicht genügend Mittel eingestellt wurden.	
9064	Sozialversicherungsgericht	Neubauprojekt des Sozialversicherungsgerichts: Der Baubeginn musste infolge verzögerter Beschlussfassung im Kantonsrat sowie wegen einer Einsprache auf 2025 verschoben werden. Das Vorhaben war für das Berichtsjahr geplant. Es sind im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Der Baubeginn ist für Mitte 2025 geplant.	-15 550 000
9350	Forensisches Institut Zürich	Ersatzbeschaffung Einsatzfahrzeuge: Verspätete Fahrzeugauslieferung trotz frühzeitiger Bestellung. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-280 000
		Bombensplitterschutz: Wenige Anbieter und Lieferengpässe. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-83 000
9690	Zentralbibliothek	Sanierung Altbau (RRB Nr. 45/2022): Projektunterbruch durch Träger unter anderem wegen Mehrkosten, Bereinigung Projekt und Einholung neuer Beschlüsse. Die Mittel sind notwendig zur Umsetzung des Vorhabens. Sie sind im Budget 2025 nicht enthalten.	-4 000 000
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	Kaffeemaschinen (Departement Life Sciences an Facility Management): Aufgrund starker Verzögerung der Baubewilligung des Gebäudes GS konnten die Maschinen noch nicht installiert werden. Die Installation ist im ersten Quartal 2025 geplant. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-56 000
		Aufbau Labor (School of Engineering): Die Beschaffungen verzögerten sich aufgrund von Ressourcenabklärungen. Die Realisierung erfolgt 2025. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-62 000
		CEPH-Storage-Erweiterung (School of Engineering): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Lieferung der Geräte in das erste Quartal 2025. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-123 000
		Ersatzbeschaffung Bioreaktoren (Departement Life Sciences and Facility Management): Aufgrund von personeller Engpässe verzögerte sich die öffentliche Ausschreibung. Die Realisierung der Beschaffung erfolgt Mitte 2025. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-850 000
		Agri-Photovoltaikanlage Grüental (Departement Life Sciences and Facility Management): Das Baugesuch für die Agri-Photovoltaikanlage wurde am 5. November 2024 genehmigt. Die Anlage wird 2025 gebaut. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-496 000
		Umbau Praxisräume (Gesundheit): Aufgrund von nicht überbrückbaren personeller Engpässe im Departement Gesundheit hat sich die Umsetzung zeitlich verzögert und musste in das Jahr 2025 verschoben werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-100 000
		AI (Artificial Intelligence) Tech Lab for Business (School of Management and Law): Aufgrund nicht überbrückbarer personeller Engpässe im Departement Wirtschaft hat sich die Umsetzung zeitlich verzögert und musste in das Jahr 2025 verschoben werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt.	-101 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

Die Direktionen haben im laufenden Jahr 16 Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 169,0 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden zwei Kreditüberschreitungen im Betrag von 5,3 Mio. Franken bewilligt.

in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter Leistungsgruppe		Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2024
Total	Bewilligte Kreditüberschreitungen		-174 275 929	
Total	Erfolgsrechnung		-168 958 950	
2224	Staatsarchiv	Mit RRB Nr. 1462/2023 wurde eine Subvention an das Museum Schloss Kyburg bewilligt (-0,5 Mio. Franken). Dieser Betrag war nicht im Budget eingestellt. Infolge hoher Arbeitslast entstand höherer Personalaufwand für temporäre Mitarbeitende, der nicht im Budget eingestellt war (-0,3 Mio. Franken). Der Mehraufwand für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 45/2024 war zentral bei der Finanzdirektion eingestellt (-0,1 Mio. Franken). Eine Kompensation der vorerwähnten Beträge war in der Rechnung 2024 nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG), weshalb eine Kreditüberschreitung gemäss § 22 Abs. 1 lit. a CRG bewilligt wurde.	- 940 183	- 940 183
3500	Sozialamt	Die budgetierten Ausgaben für die Zusatzleistungen lagen bei -393,7 Mio. Franken, die effektiven Ausgaben bei -435,9 Mio. Franken. Damit lag im Bereich der Zusatzleistung ein Ausgabenüberschuss von -42,2 Mio. Franken vor. Die Leistungen im Bereich der Zusatzleistungen sind durch Bundesrecht (u.a. Art. 13 Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung [SR 831.30]) zwingend vorgegeben. Es fallen sowohl Mehrkosten bedingt durch die demografische Entwicklung an als auch höhere Kosten bei den Krankheitskosten, Beihilfen und Zuschüssen. Ebenso sind die effektiven Beitragssätze tiefer als budgetiert ausgefallen, was zu einem tieferen Bundesertrag geführt hat. Die Kreditüberschreitung ist deshalb gemäss § 22 Abs. 1 lit. b CRG zu bewilligen. Eine vollständige Kompensation dieser Mehraufwendungen innerhalb des vom Kantonsrat genehmigten Budgets war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-41 320 000	-12 663 241
4610	Amt für Informatik	Für die Umsetzung des IKT-Programms hat der Regierungsrat in der Erfolgsrechnung insgesamt -14,7 Mio. Franken bewilligt. Für das Berichtsjahr waren rund -1,8 Mio. Franken vorgesehen, die allerdings durch Kompensationen in anderen Leistungsbereichen des Amtes für Informatik zu finanzieren waren. Trotz intensiver Bemühungen in verschiedenen Bereichen konnte diese Kompensation allerdings nicht erreicht werden. Da eine Verzögerung oder eine Nichtweiterverfolgung des IKT-Programms zu nachteiligen Folgen für den Kanton geführt hätte (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und der Mittelbedarf im Berichtsjahr nicht vollumfänglich durch Minderausgaben in anderen Leistungsbereichen kompensiert werden konnte (§ 22 Abs. 2 CRG), wurde eine Kreditüberschreitung von Fr. -1 754 393 bewilligt.	-1 754 393	-1 754 393
6200	Prävention und Gesundheitsförderung	Mit Beginn der Coronapandemie beauftragte die Gesundheitsdirektion die ZüriPharm (ehemals Kantonsapotheke Zürich), verschiedene Materialien (Corona-Schnelltests, Masken, Handschuhe, Desinfektionsmittel usw.) einzukaufen, zu lagern und zu bewirtschaften. Das Pandemielager wies Ende des Berichtsjahres noch einen grossen Bestand insbesondere an Handschuhen, CPA-Atemschutzmasken und FFP2-Masken aus, die für ihren ursprünglichen Zweck als Reservelager nicht mehr benötigt werden. Die Materialien laufen in den nächsten Monaten, spätestens im kommenden Jahr ab und können danach nicht mehr regulär genutzt werden. Ein im Berichtsjahr angestrebter Verkauf war aufgrund der gut gefüllten Lager in den Spitälern und der erhaltenen Marktversorgung nicht erfolgreich. Das Pandemielager wurde deshalb per 31. Dezember 2024 aufgehoben und die Leistungsgruppe Nr. 6200, Prävention und Gesundheitsförderung, hat die Kosten für Entsorgung und Restabschreibungen von Fr. -2 225 542 zu tragen (analog den Vorjahren). Im Budget 2024 wurden diese Kosten aufgrund der schwierigen Planbarkeit nicht eingestellt. Der Kanton ist gestützt auf Art. 71 Bst. a des Epidemiegesetzes (SR 818.101) verpflichtet, die Massnahme gegenüber der Bevölkerung oder einzelnen Personen zu tragen. Aufgrund der Bundesvorgabe wurde eine Kreditüberschreitung gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe ist unverhältnismässig gemäss § 22 Abs. 2 CRG.	-1 693 499	-1 693 499
6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Der Kanton trägt 55% der Kosten für stationäre Hospitalisationen seiner Einwohnerinnen und Einwohner gemäss Art. 49a des	-51 488 061	-51 488 061

Bewilligte Kreditüberschreitungen

in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter Leistungsgruppe		Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2024
		Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.10). Die Budgetüberschreitung wurde hauptsächlich durch höhere Aufwände für Hospitalisationen verursacht. Zudem konnten mehrere Spitäler ihre Tarifverhandlungen abschliessen, die unter anderem aufgrund der Teuerung der Vorjahre zu höheren Fallpauschalen ab dem Berichtsjahr, aber auch rückwirkend führte. Für das Berichtsjahr ist eine Kreditüberschreitung von -51,5 Mio. Franken zu verzeichnen. Diese wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe wäre unverhältnismässig (§ 22 Abs. 2 CRG).		
6400	Psychiatrische Versorgung	Der Kanton trägt 55% der Kosten für stationäre Hospitalisationen seiner Einwohnerinnen und Einwohner gemäss Art. 49a KVG. Im Berichtsjahr fiel der Aufwand für Hospitalisationen insbesondere in den kantonalen Betrieben, aber auch bei ausserkantonalen Leistungserbringern höher aus als budgetiert. Im Weiteren verursachte ein Leistungswachstum in den Ambulatorien und den Tageskliniken einen höheren Subventionsaufwand. Für die psychiatrische Versorgung wurde eine Kreditüberschreitung von -5,8 Mio. Franken gestützt auf § 22 Abs. 2 lit. b CRG bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe wäre nach § 22 Abs. 2 CRG unverhältnismässig.	-5 764 447	-5 764 447
7000	Bildungsverwaltung	Mehraufwand aufgrund der im Budget nicht enthaltenen Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 sowie höherer Beiträge an Projekte und Organisationen der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-1 872 828	-1 872 828
7200	Volksschulen	Mehraufwand aufgrund der im Budget nicht enthaltenen Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-5 108 612	-5 108 612
7301	Mittelschulen	Mehraufwand aufgrund der im Budget nicht enthaltenen Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-6 191 586	-6 191 586
7306	Berufsbildung	Mehraufwand aufgrund der im Budget nicht enthaltenen Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (-6,2 Mio. Franken), höherer Raumkosten (-4 Mio. Franken) und der Umsetzung Pflegeinitiative gemäss Vorlage 5943 (-2,3 Mio. Franken) sowie übrige Abweichungen (-0,8 Mio. Franken). Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-13 305 833	-13 305 833
7401	Universität (Beiträge)	Der Kostenbeitrag an die Universität Zürich liegt über dem Budget infolge nicht kompensierbaren Mehraufwands aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-7 529 908	-7 529 908
7402	Sonstige universitäre Leistungen	Höherer Beitrag für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV, LS 415.17). Die IUV schreibt die Abgeltung zwingend vor. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-1 371 722	-1 371 722
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge)	Höherer Kostenbeitrag an die Pädagogische Hochschule Zürich infolge höherer Raumkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells (-1,2 Mio. Franken) sowie nicht kompensierbaren Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (-1,9 Mio. Franken). Höherer Kostenbeitrag an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften infolge höherer Raumkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells (-3,5 Mio. Franken). Höherer Kostenbeitrag an die Zürcher Hochschule der Künste infolge höherer Raumkosten im Rahmen des kantonalen Mietermodells (-3,7 Mio. Franken) sowie nicht kompensierbaren Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1130/2023 (-2,0 Mio. Franken). Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-12 214 371	-12 214 371
7407	Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	Höhere Beiträge für Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH und PH gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung (FHV, -2,4 Mio. Franken). Mehr Studierende an der Hochschule für Heilpädagogik (HfH, -0,4 Mio. Franken). Die FHV bzw. das HfH-Konkordat schreiben die Abgeltungen zwingend vor. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine	-2 758 695	-2 758 695

Bewilligte Kreditüberschreitungen

in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter Leistungsgruppe		Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2024
7502	Berufsberatung und Ausbildungs- beiträge	Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG). Es mussten gestützt auf die gesetzlichen Vorgaben mehr Ausbildungsbeiträge ausgerichtet werden, als ursprünglich budgetiert. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-1 534 979	-1 534 979
8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Die Kreditüberschreitung ist auf die höheren Abschreibungen im Zusammenhang mit Bauprojekten zurückzuführen (§ 22 Abs. 1 lit. e CRG). Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-14 109 833	-14 109 833
Total	Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)		-5 316 979	
4500	Personalamt	Das Mobiliar des kantonalen Weiterbildungszentrums Vordere Au in Wädenswil war nicht mehr zeitgemäss und wies teilweise starke Abnützungserscheinungen auf. Mit zurückhaltenden Ersatzinvestitionen konnte das Weiterbildungszentrum für interne und externe Kundinnen und Kunden dennoch angemessen aufgewertet und attraktiver gestaltet werden. Da eine Verzögerung des Mobiliarsatzes zu einer Verminderung der Schulungsqualität geführt hätte (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und der Mittelbedarf im Berichtsjahr aufgrund eines fehlenden Budgetkredits nicht kompensiert werden konnte (§ 22 Abs. 2 CRG), wurde eine Kreditüberschreitung von Fr. -102 026 bewilligt. Zudem fielen betreffend die Einführung der SAP-HCM-Standardlösung (Projekt Aurora) im Berichtsjahr aufgrund geänderter Prioritäten in der Projektbearbeitung und zusätzlicher Funktionalitäten gemäss RRB Nr. 267/2024 sowie aufgrund rechnungslegungstechnischer Überlegungen zur Aktivierung nicht budgetierte Ausgaben von insgesamt rund -5,1 Mio. Franken an. Da eine Verzögerung oder eine Nichtweiterverfolgung des Projekts zu markanten nachteiligen Folgen für den Kanton führen würde (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und keine Kompensationen in anderen Aufgabenbereichen des Personalamtes möglich waren (§ 22 Abs. 2 CRG), wurde eine Kreditüberschreitung von -5,1 Mio. Franken bewilligt.	-5 216 979	-5 216 979
4700	Drucksachen und Material	Projekt Beschaffungsportal: Eine umfassende Modernisierung der seit rund sieben Jahren bestehenden Webshop-Lösung sollte die einfache Handhabung und die Zukunftsfähigkeit sicherstellen. Im Berichtsjahr fielen dafür Investitionsausgaben von Fr. -150 000 an. Diese konnten mit dem ordentlichen Budgetkredit von Fr. -50 000 nicht abgedeckt werden. Da eine Verzögerung oder eine Nichtweiterverfolgung des Projekts zu markanten nachteiligen Folgen für den Kanton führen würde (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG) und keine Kompensationen in anderen Aufgabenbereichen der kdmz (Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale) möglich waren (§ 22 Abs. 2 CRG), wurde eine Kreditüberschreitung von Fr. -100 000 bewilligt.	-100 000	-100 000

Definitionen und Konventionen

Der vorliegende Geschäftsbericht beruht auf den nachfolgend aufgeführten Definitionen und Konventionen.

Rechtsgrundlage	Grundlagen für den Geschäftsbericht bilden das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR, LS 172.1) und die Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR, LS 172.11) sowie das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) und seine Ausführungserlasse Rechnungslegungsverordnung (RLV, LS 611.1) und Finanzcontrollingverordnung (FCV, LS 611.2). Als Regelwerk für die Rechnungslegung bestimmt § 3 RLV die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Die Grundlage für den Beteiligungsbericht in der Beilage zum Geschäftsbericht Teil III bildet § 107 des Kantonsratsgesetzes (KRG, LS 171.1).
Politikbereiche	Alle Ziele werden in zehn Politikbereiche gegliedert: 1 Öffentliche Sicherheit, 2 Bildung, 3 Kultur, Sport und Freizeit, 4 Gesundheit, 5 Gesellschaft und soziale Sicherheit, 6 Verkehr, 7 Umwelt und Raumordnung, 8 Volkswirtschaft, 9 Finanzen und Steuern, 10 Allgemeine Verwaltung.
Leistungsgruppen	Der Regierungsrat teilt die vom Kanton erbrachten Leistungen in Leistungsgruppen ein (§ 11 Abs. 1 CRG). Er berücksichtigt dabei den Zusammenhang und den Umfang der einzelnen Leistungen sowie den organisatorischen Aufbau der Verwaltung (§ 11 Abs. 2 CRG).
Richtlinien der Regierungspolitik	Zu Beginn der Amtsdauer erstellt der Regierungsrat die Richtlinien der Regierungspolitik und bringt sie dem Kantonsrat zur Kenntnis. Die Richtlinien der Regierungspolitik geben Auskunft über die langfristigen Ziele des Kantons, die Legislaturziele des Regierungsrates und die Massnahmen zu deren Umsetzung (§ 1 Abs. 1 VOG RR). Sie sind in der Broschüre «Richtlinien der Regierungspolitik» veröffentlicht (siehe zh.ch/de/politik-staat/gesetze-beschluesse/richtlinien-der-regierungspolitik-2023-2027.html).
Langfristige Ziele	Die langfristigen Ziele ergeben sich aus der Verfassung und dem Gesetz (§ 1 Abs. 2 VOG RR). Sie gelten unbegrenzt und bilden die gesamte kantonale Tätigkeit ab. Sie werden mittels Aufgaben in den Leistungsgruppen umgesetzt.
Legislaturziele des Regierungsrates	Die Legislaturziele des Regierungsrates bilden die strategischen Schwerpunkte und Prioritäten des Regierungsrates für die laufende Legislaturperiode. Sie sind Bestandteil der Richtlinien der Regierungspolitik (§ 1 Abs. 1 VOG RR) und werden vom Regierungsrat zu Beginn der Amtsdauer festgelegt aufgrund der von den Direktionen vorgeschlagenen neuen Legislaturziele und der Lagebeurteilung (§ 5 VOG RR). Die Direktionen setzen die Legislaturziele des Regierungsrates, die ihre Zuständigkeit betreffen, in ihren Zielen um (§ 7 Abs. 1 VOG RR). Die Legislaturziele des Regierungsrates werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung RRZ und der Nummer des Politikbereichs, z. B. RRZ 6 für ein Legislaturziel des Regierungsrates im Politikbereich 6 Verkehr.
Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates	Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates sind Bestandteil der Richtlinien der Regierungspolitik (§ 1 Abs. 1 VOG RR) und werden damit vom Regierungsrat zu Beginn der Amtsdauer festgelegt. Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates müssen handlungsorientiert sein (§ 5 Abs. 1 VOG RR). Für jede Massnahme gibt es eine oder mehrere zuständige Leistungsgruppen, die diese Massnahmen als Entwicklungsschwerpunkte umsetzen. Sie werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung RRZ und der Nummer für den Politikbereich, z.B. RRZ 8c für eine Massnahme zur Umsetzung des Legislaturziels 8 des Regierungsrates im Politikbereich 8 Volkswirtschaft.
Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei	Nachdem der Regierungsrat die Richtlinien seiner Regierungspolitik beschlossen hat, legen die Direktionen ihre Ziele für die Amtsdauer des Regierungsrates fest (§ 7 Abs. 1 VOG RR). Die Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei werden ebenfalls im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) eingestellt (§ 7 Abs. 3 VOG RR), somit wird auch im Geschäftsbericht darüber Bericht erstattet. Die Legislaturziele der Direktionen werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung der Direktion und der Nummer des Politikbereichs, z.B. DS 1.2 für ein Legislaturziel der Sicherheitsdirektion im Politikbereich 1 Öffentliche Sicherheit.

Definitionen und Konventionen

Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei	Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei werden im KEF dargestellt (§ 7 Abs. 3 VOG RR), somit wird auch im Geschäftsbericht darüber Bericht erstattet. Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen werden von den zuständigen Leistungsgruppen als Entwicklungsschwerpunkte geführt. Sie werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung der entsprechenden Direktion und der Nummer des Politikbereichs, z.B. BI 2.1b für eine Massnahme zur Umsetzung des Legislaturziels 2.1 der Bildungsdirektion im Politikbereich 2 Bildung.
Entwicklungsschwerpunkte	Für jede Leistungsgruppe werden die Entwicklungsschwerpunkte dargestellt (§ 12 Abs. 1 lit. d CRG). Entwicklungsschwerpunkte sind zeitlich befristete Vorhaben, die von den Leistungsgruppen umgesetzt werden. Darunter fallen sowohl die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates und der Direktion als auch eigene Vorhaben der Leistungsgruppen. Die Entwicklungsschwerpunkte werden immer mit einer Jahreszahl versehen, bis wann sie zu erledigen sind.
Aufgaben	In der Rubrik Aufgaben werden die unbefristeten Aufgaben pro Leistungsgruppe abgebildet, die sich aus den gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen ergeben. Sie dienen der Umsetzung der langfristigen Ziele. Die Aufgaben bilden die gesamte kantonale Tätigkeit ab.
Indikatoren	Für die wichtigsten Aufgaben einer Leistungsgruppe werden Indikatoren bestimmt (§ 7 Abs. 1 FCV). Die Indikatoren sind Beurteilungskriterien zu den angestrebten Wirkungen und Leistungen (§ 12 Abs. 1 lit. b CRG). Es gibt drei Kategorien von Indikatoren: – Leistungsindikatoren zeigen die Menge der im Rahmen der Aufgabenerfüllung zu erbringenden Leistungen. Dabei ist für jeden Indikator anzugeben, ob es sich um einen Zielwert oder eine Prognose handelt (§ 7 Abs. 2 FCV). Leistungsindikatoren mit Zielwerten werden dem Kantonsrat zusammen mit den Budgetkrediten unterbreitet (§ 9 Abs. 2 FCV). – Wirtschaftlichkeitsindikatoren setzen die Leistungen in Bezug zum Aufwand (§ 34 Abs. 1 OG RR, §§ 2 Abs. 2 lit. c und 28 Abs. 2 CRG). – Wirkungsindikatoren zeigen die angestrebten Wirkungen auf die Zielgruppe der Leistungen auf (Impact).
Personalstellen (Beschäftigungsumfang)	Bei den Personalstellen ist die geplante bzw. tatsächliche Beschäftigung während des Berichtsjahres aufgeführt. Der Wert 1.0 entspricht einem Beschäftigungsumfang von 100%.
Fonds	Die Fonds werden als Leistungsgruppen geführt und entweder dem Fremdkapital oder dem Eigenkapital zugerechnet. Fonds werden dem Fremdkapital zugerechnet, wenn sie ihren Ursprung im Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder sie gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken (§ 15 Abs. 1 RLV). Alle anderen Fonds werden dem Eigenkapital zugerechnet (§ 15 Abs. 2 RLV). Fonds im Fremdkapital: – 2934 Kulturfonds – 3910 Sportfonds – 3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht – 3930 Schutzraumfonds – 4980 Gemeinnütziger Fonds – 7930 Berufsbildungsfonds – 8930 Mehrwertausgleichsfonds – 8940 Denkmalpflegefonds – 8960 Deponiefonds – 8970 Kantonaler Waldfonds Fonds im Eigenkapital: – 5920 Verkehrsfonds – 5921 Flughafenfonds – 5925 Strassenfonds – 6900 Tierseuchenfonds – 8910 Natur- und Heimatschutzfonds – 8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen – 8980 Wildschadenfonds Die Erfolgsrechnung von Fonds im Fremdkapital wird gemäss § 15 Abs. 3 RLV mit Einlagen und Entnahmen ausgeglichen, sodass sich immer ein Saldo von null ergibt und die konsolidierte Erfolgsrechnung insgesamt nicht beeinflusst wird. Das gilt als Ausnahme von IPSAS auch für den Verkehrsfonds als Fonds im Eigenkapital. Die Fonds im Eigenkapital weisen in der Regel einen Saldo auf, der nicht null ist und die konsolidierte Erfolgsrechnung beeinflusst.

Definitionen und Konventionen

Konsolidierung

§ 54 CRG verlangt eine Konsolidierung. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Organisationen gemäss § 54 Abs. 1 und 2 CRG:

- Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis
- Kantonsrat und Parlamentsdienste, Finanzkontrolle, Ombudsstelle, Datenschutzbeauftragte, Obergericht, Bezirksgerichte, Notariate, Grundbuch- und Konkursämter, Verwaltungsgericht, Sozialversicherungsgericht, Baurekursgericht und Steuerrekursgericht im zweiten Konsolidierungskreis
- Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation), Forensisches Institut Zürich, Universität Zürich, Zentralbibliothek, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste und Pädagogische Hochschule Zürich, Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Integrierte Psychiatrie Winterthur
- Zürcher Unterland und Legate im dritten Konsolidierungskreis

Die Konsolidierung erfolgt nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung (§ 29 RLV). Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitige Forderungen, Verbindlichkeiten, Aufwand, Ertrag usw. der konsolidierten Einheiten). In der Planung werden die Erfolgs- und die Investitionsrechnung konsolidiert, aber keine konsolidierte Planbilanz erstellt.

Vorzeichenregelung

Erfolgsrechnung:

- positives Vorzeichen: Ertrag, positiver Saldo (Überschuss), Ertragszunahme, Aufwandabnahme, Saldoverbesserung
- negatives Vorzeichen: Aufwand, negativer Saldo (Defizit), Aufwandszunahme, Ertragsabnahme, Saldoverschlechterung

Investitionsrechnung, Finanzierungsrechnung:

- positives Vorzeichen: Einnahmen, positiver Saldo (Überschuss), Einnahmезunahme, Ausgabenabnahme, Saldoverbesserung
- negatives Vorzeichen: Ausgaben, Geldabfluss, negativer Saldo (Defizit), Ausgabenzunahme, Einnahmenabnahme, Saldoverschlechterung

Bilanzgrössen:

- positives Vorzeichen: Aktiven (insbesondere Anlagevermögen Fonds), negativer Fondsbestand, Finanzierung Fonds bei Guthaben gegenüber dem Staatshaushalt, Zunahme Aktiven, Abnahme Passiven
- negatives Vorzeichen: Passiven (insbesondere positiver Fondsbestand), Finanzierung Fonds bei Verpflichtung gegenüber dem Staatshaushalt, Zunahme Passiven, Abnahme Aktiven

Kennzahlen (insbesondere Eigenkapital, Nettoschulden I, Selbstfinanzierungsgrad):

- keine Vorzeichen

Personal (Beschäftigungsumfang):

- positives Vorzeichen: absolute Personalstellen (Beschäftigungsumfang), Zunahme
- negatives Vorzeichen: Abnahme

Rundung

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Das Total kann deshalb jeweils von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Foto Umschlag

Kanton Zürich / Salvatore Vinci

Druck

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)

Auflage

410 Expl.

Datum des Beschlusses des Regierungsrates

9. April 2025

Internet

zh.ch/gb

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

Bezugsquelle

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)
Art.-Nr. 692427

ISSN-Nummer

ISSN 1663-2885

